

Ulla Plener (Hrsg.)

Die November- revolution 1918/1919 in Deutschland

Für bürgerliche und sozialistische Demokratie
Allgemeine, regionale und biographische Aspekte

Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 85

Rosa-Luxemburg-Stiftung

ULLA PLENER (HRSG.)

Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland

Für bürgerliche und sozialistische Demokratie

**Allgemeine, regionale und biographische
Aspekte**

Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution

Karl Dietz Verlag Berlin

Ein herzlicher Dank an Helga Brangsch für die umfangreiche Mitarbeit bei der Herstellung des Manuskripts.

In den vorliegenden Beiträgen folgt die Schreibweise nur teilweise der letzten Rechtschreibreform – sie wurde den Autoren überlassen, Zitate eingeschlossen.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 85

ISBN 978-3-320-02205-1

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2009

Satz: Marion Schüttrumpf

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Zum Geleit	7
WERNER BRAMKE Eine ungeliebte Revolution. Die deutsche Novemberrevolution 1918/1919 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern	11
MARCEL BOIS/REINER TOSSTORFF „Ganz Europa ist vom Geist der Revolution erfüllt“. Die internationale Protestbewegung am Ende des Ersten Weltkrieges	41
HARTMUT HENICKE/MARIO HESSELBARTH Chance der Revolution: Soziale Demokratie war möglich	61
OTTOKAR LUBAN Neue Forschungsergebnisse über die Spartakuskonferenz im Oktober 1918	68
ULLA PLENER Zum Verhältnis demokratischer und sozialistischer Bestrebungen in der Revolution 1918/1919	79
INGO MATERNA Berlin – das Zentrum der deutschen Revolution 1918/1919	92
LENNART LÜPKE/NADINE KRUPPA Von der politischen Revolution zur sozialen Protestbewegung: Die Revolution im Ruhrgebiet 1918-1920	104
JUDITH PAKH Die Revolution in Hessen – einige Grundzüge	131
MARIO HESSELBARTH Zur Novemberrevolution 1918/1919 in Thüringen	147
SILVIO REISINGER Die Novemberrevolution 1918/1919 in Leipzig	163

HELMUT SCHWARZBACH Die revolutionären Kämpfe in Zittau 1918-1920	181
GÜNTER WEHNER Die Stahlwerker von Hennigsdorf bei Berlin in der Novemberrevolution	187
RALF HOFFFROGGE Räteaktivisten in der USPD: Richard Müller und die Revolutionären Obleute in Berliner Betrieben	189
GERHARD ENGEL Draufgängertum zwischen Diktatur und Demokratie: Johann Knief in der revolutionären Hochburg Bremen	200
FLORIAN WILDE Ernst Meyer vor und während der Novemberrevolution im Jahre 1918	210
ECKHARD MÜLLER Der streitbare Freireligiöse Adolph Hoffmann: politisches Wirken vor und während der Novemberrevolution 1918/1919	232
MIRJAM SACHSE Marie Juchacz: Reflexionen der Novemberrevolution 1918/1919 in der „Gleichheit“	249
WOLFGANG BEUTIN Intellektuelle in der Revolution	262
HARTMUT HENICKE Zu den Weltkriegsrevolutionen 1918/1919 und ihrem Platz in der Geschichte	283
PETER SCHERER Die Bedeutung der Novemberrevolution 1918 für die deutsche und europäische Geschichte	296
WERNER BRAMKE Zwei Revolutionen im November	304
Namensverzeichnis	309
Autorinnen und Autoren	326

Zum Geleit

Die Erinnerung an die Revolution 1918/1919 in Deutschland wurde vor 1989/ 1990 besonders von der westdeutschen und wird seitdem von der gesamtdeutschen offiziellen Geschichtspolitik aus dem öffentlichen Bewusstsein an den Rand bzw. ganz verdrängt. So ist im Prospekt der Ausstellung „Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen aus zwei Jahrtausenden“ des Deutschen Historischen Museums in Berlin, der staatlichen Leiteinrichtung für dieses Thema, über den Abschnitt 1871-1918 („Kaiserreich und Erster Weltkrieg“) abschließend zu lesen: „1918 kapitulierte Deutschland, Wilhelm II. musste abdanken. Der Krieg setzte in Deutschland und in anderen Teilen Europas neue republikanische Kräfte frei.“ Und der folgende Abschnitt 1918-1933 („Weimarer Republik“) wird mit dem Satz eingeleitet: „Aus den revolutionären Erschütterungen nach dem Ersten Weltkrieg ging das Deutsche Reich 1918 als parlamentarische Demokratie hervor.“ Der Begriff Revolution wird tunlichst vermieden. Unter der Fragestellung „Wie und wo entstand die demokratische Ordnung in Deutschland?“ bot die Berliner Landeszentrale für Politische Bildung 2008 einen „historischen Stadtrundgang“ durch Berlin an – Anlass und Schwerpunkt war die Märzrevolution 1848. Und der Berliner Senat will den 18. März zum „nationalen Gedenktag zu Ehren des Geburtstags der Demokratie“ erklären (und einen entsprechenden Antrag in den Bundesrat einbringen): Die Märzrevolution 1848 sei Teil einer länderübergreifenden Bewegung gewesen und habe sich gegen Fürstenwillkür und Absolutismus in den damaligen deutschen Kleinstaaten gerichtet. Die Tatsache stimmt, nur: Erreicht wurde dieses Anliegen nicht infolge der Märzrevolution (da scheut man auch den Begriff nicht) 1848, sondern im Ergebnis der November-Revolution 1918 – erst da musste Wilhelm II. abdanken, und Deutschland wurde Republik. Der *Geburtstag der Republik ist der 9. November* – dieser müsste zum deutschen Staatsfeiertag erklärt werden.

Allerdings ist das ein schwieriges Datum in der deutschen Geschichte, weil es auch den 9.11.1923 und den 9.11.1938 gab. Aber beide Daten hängen eben mit der November-Revolution 1918 zusammen. Auf den inneren Zusammenhang dieser drei 9. November verweist Peter Scherer (S. 300f.): Faschismus – „das politische System der Konterrevolution“ – war auch die Antwort auf die Revolution vom November 1918; der Hitler-Putsch 1923 und der Pogrom 1938 wurden nicht zufällig gerade an einem 9.11. inszeniert. Ähnlich Werner Bramke (S. 13). Bramke greift außerdem den vierten 9.11. der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts auf – den Mauerfall 1989 infolge einer Volksbewegung in der DDR. Er vergleicht ihn mit dem 9.11.1918 und fragt auch da nach dem Zusammenhang, u. a. nach der Verbindung von politischer Demokratie mit der sozialen Frage – das Anliegen breiter Volksschichten 1918 und nach 1989, – eine Frage, die den heute in

Deutschland Herrschenden und Regierenden unbequem ist und sie wohl auch deshalb die Erinnerung an die Revolution 1918/1919 möglichst verdrängen möchten.

So erweist sich auch heute wie vor 1989/1990 in Ost und West der Zusammenhang Geschichte – Geschichtsschreibung – aktuelle Politik.

Die hier vorliegenden Beiträge entstammen überwiegend der aus Anlass des 90. Jahrestages der Revolution 1918/1919 vom Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin am 31. Oktober und 1. November 2008 durchgeführten wissenschaftlichen Tagung. Es ging um allgemeine, regionale und biografische Aspekte in der Revolution unter der Fragestellung: für bürgerliche *und/oder* sozialistische Demokratie? Beiträge und Diskussion führten zu dem Schluss: In dieser Revolution ging es den Akteuren um die bürgerliche *und* um die sozialistische (soziale) Demokratie.

Der herausragende Platz der Revolution 1918/1919 in der deutschen Geschichte erweist sich, so das Ergebnis der Tagung, mindestens in dreierlei Hinsicht:

1. Ihr *Hauptergebnis*: Sie beendete den Ersten Weltkrieg, brachte Deutschland den Frieden, stürzte das Kaisertum und etablierte die Republik mit allgemeinem Wahlrecht, auch für Frauen, der Trennung von Staat und Kirche u. a. demokratischen Maßnahmen sowie einigen nach jahrzehntelangem Kampf endlich gewährten sozialen Rechten für die Lohnarbeitenden.

2. Das erfolgte nicht aufgrund eines Parlamentsbeschlusses, sondern war das Resultat breiter, in erster Linie von der Arbeiterbewegung getragener *spontaner Massenaktionen*.

3. Deshalb war der demokratischen Revolution ein ausgeprägter sozialer und basisdemokratischer Grundzug eigen, was sich besonders in der Bildung und dem anfänglichen Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte und in der Forderung nach Sozialisierung niedergeschlagen hatte.

Insgesamt ging es also um Frieden, demokratische Republik, individuelle staatsbürgerliche Freiheiten – und um die Lösung der sozialen Frage, um kollektive soziale Rechte aller, die Eigentumsfrage eingeschlossen.

Mit der Annahme der Verfassung in Weimar im August 1919 wurde die bürgerlich-demokratische Staatsordnung in Deutschland etabliert, und sie bedeutete auch den Durchbruch zur Anerkennung wesentlicher Rechte der Lohnarbeitenden. Insofern war die Revolution 1918/1919 die *erste erfolgreiche Revolution in Deutschland* – und das wurde *maßgeblich von der Arbeiterbewegung erreicht*.

Diese Erkenntnis wurde auf der Tagung mit konkretem Material aus verschiedenen Regionen Deutschlands untersetzt: In Berlin, in Hessen, in Thüringen, in Sachsen, im Ruhrgebiet und anderswo – überall bildeten sich die *Räte spontan*, von unten, setzten sie sich basisdemokratisch für die Republik und die soziale Demokratie ein (darunter Räte geistiger Arbeiter in Berlin, München, Wien; ein Hausfrauenrat in Jena u.a.m.). Vielerorts hatten sie – mit *friedlichen* Mitteln, als *soziale Gewalt* – anfänglich (vor allem im November und Dezember 1918) die reale Macht verkörpert, in einigen Fällen auch Betriebe übernommen. Dabei

wurde hier und da die mögliche Parallelität, auch Verschränkung der parlamentarischen, auf Parteien gestützten und der basisdemokratischen Räte-Macht erwogen – eine Frage, die 1945 noch einmal gestellt wurde und für die aktuelle Diskussion der Linken von Interesse sein könnte.

Eine weitere mit konkreten Fakten belegte Erkenntnis: Es waren überall die Kräfte der Konterrevolution – die Reaktion, das Militär –, die zur Waffengewalt griffen und den Bürgerkrieg entfachten.

Dagegen waren die revolutionären Kräfte zu schwach, nicht zuletzt wegen ihrer Zersplitterung, auch in den Regionen, – „die sozialistische deutsche Arbeiterbewegung ging weitgehend unvorbereitet in diese Revolution“. (S. 22) Die Führer ihrer einflussreichsten Partei, der MSPD, wirkten als Bremser, Gegner der Räte und der tiefgreifenden sozialen Umwälzung; sie wollten nur die parlamentarische Republik – und sie verbündeten sich dafür mit der Konterrevolution, im Zentrum Berlin ebenso wie in den Regionen. Die Mehrheit der *USPD* vertrat ein (vages) Konzept des dritten Weges (also Nationalversammlung mit dem Gegengewicht der Räte), das aber wegen mangelnder Unterstützung seitens der linken Minderheit, auch außerhalb dieser Partei, gescheitert war. – „Das Scheitern des Konzepts muss aber nicht dessen Illegitimität oder grundsätzliche Fehlkonstruktion beweisen.“ (S. 26) Die radikale Linke (*Spartakusbund/KPD*) hatte zu wenig Einfluss auf die in Bewegung gekommenen Arbeitermassen und ebenfalls kein klares Konzept. Im Unterschied zu dem in der Literatur vorherrschenden negativen Urteil über diese Linke fragte Werner Bramke nach ihrer „positiv aufstörenden Rolle“ in der Revolution, nach ihrer im Antikriegskampf wurzelnden demokratischen und humanistischen Tradition, die sie in Deutschland "als legitime, unbequeme, aber vorwärtstreibende Kraft" ausweise, weshalb sie „in einer demokratischen Gesellschaft nicht einfach ausgegrenzt werden sollte“. (S. 26/27)

So wurde die Tagung von einer differenzierten, pauschale Urteile vermeidenden Sicht auf die Akteure der Revolution bestimmt. Davon zeugen auch die biographischen Beiträge, darunter über das Agieren vieler Intellektuellen, sowie Auskünfte über positive gewerkschaftliche Stellungnahmen zu Revolution, Räten und Sozialisierung. Die (im einzelnen noch nicht beantwortete) Frage wurde aufgeworfen, wie breit die soziale Basis der Revolution über die Arbeiterschaft hinaus – oder nicht – war, was ihre Ergebnisse entsprechend beeinflussen musste.

Ein in den Beiträgen und in der Diskussion behandelter Aspekt war die notwendige globale Sicht und die Einordnung der Revolution in Deutschland in das damalige internationale Geschehen als Bestandteil der revolutionären Umwälzungen infolge des Weltkrieges. Bezogen auf die in der Diskussion vorgetragene These von der Vorbild- (gar Leit-) Funktion der deutschen Revolution 1918/1919, die ihr eher als der Oktoberrevolution 1917 in Russland zukäme, wurde zweierlei unterschieden:

1. International unvergleichlich stärker ausgestrahlt hat die Revolution in Russland, sie bildete die „globale Klammer“ der damaligen revolutionären Ereignisse in Europa und in der ganzen Welt. Auch nach Deutschland kam der Impuls für die

Rätedemokratie aus Russland – so die damaligen Akteure (vgl. z. B. S. 84), darunter Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD: Die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte sei das Stichwort der deutschen Revolution – „und wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: Wo habt Ihr das Abc Eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt Ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte (Zustimmung)... Die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat.“¹ Das bleibt auch 90 Jahre später wahr.

2. Der oben festgestellte ausgeprägte soziale und basisdemokratische Grundzug der (angesichts ihrer Ergebnisse) bürgerlich-demokratischen Revolution 1918/1919 in Deutschland reflektierte das damalige Potenzial (Chance) für einen neuen Typus der Demokratie – der sozialen Demokratie, dessen Realisierung die Brüche der deutschen – und damit europäischen – Geschichte 1933, 1938, 1939-1945 eventuell vermieden hätte. Aber dieses Potenzial hat sich nicht realisiert. Und so bleibt am Ende, dass es doch die Oktoberrevolution von 1917 in Russland und ihre Folgen waren, die das europäische und Weltgeschehen im 20. Jahrhundert – wenn auch nicht im Sinne ihrer damaligen maßgebenden Akteure – weitgehend bestimmt haben.

Die hier vorgelegten Beiträge enthalten eine Fülle bisher nicht oder wenig bekannter Tatsachen und Vorgänge der Revolutionszeit 1918/1919, auch Präzisierung bekannter Fakten (vgl. Zeitpunkt, Ort, Ablauf und Zusammensetzung der Oktober-Konferenz der Spartakusgruppe 1918, S. 68ff.) sowie Anregungen für weitere Revolutionsforschungen, darunter (in Anlehnung an Clara Zetkin, vgl. S. 68/69) über die soziale (kollektive) „Psyche als geschichtlicher Faktor“.

Für die sozialistisch orientierte Linke bleiben die Erfahrungen der Revolution 1918/1919 von wesentlichem Interesse: Der Durchbruch zu demokratischen und sozialen Rechten war Ergebnis der Bewegung Hunderttausender, ja Millionen von „unten“, der sozialen Gewalt „der Straße“; es waren in erster Linie demokratische, mit sozialen Anliegen verbundene Forderungen, die die Massen auf die Straßen trieben; die Ideen der Demokratisierung von Staat und Wirtschaft materialisierten sich in der Rätebewegung und ihrer Forderung nach Sozialisierung, nach Wirtschaftsdemokratie; es war – neben der ausschlaggebenden Waffengewalt der Konterrevolution – nicht zuletzt die Zersplitterung der sozialistisch orientierten Linken, die ein Weitertreiben der Revolution hin zur sozialen (sozialistischen) Demokratie behinderte. Es hätte nicht unbedingt „eine revolutionäre Partei“ geben müssen – aber die (bewusste) Einheit des Handelns der verschiedenen linken Kräfte war geboten. Sie ist es heute auch.

So bleibt das Studium der Revolution 1918/1919 eine Quelle für das aktuelle Nachdenken über den weiteren Weg der Linken. Denn heute steht immer noch wie 1918/1919 – neben der Verteidigung demokratischer Persönlichkeitsrechte – die Lösung der (alten) sozialen Frage auf der Tagesordnung.

Ulla Plener

1 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Berlin 1974, S. 498.

Eine ungeliebte Revolution. Die deutsche Novemberrevolution von 1918/1919 im Widerstreit von Zeitgenossen und Historikern¹

Lohnt es, an eine Revolution zu erinnern, die aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend verschwunden ist? Haben nicht auch die Fachleute ihr Desinteresse in den letzten zwanzig Jahren bekundet, indem sie kaum Neues zu Tage förderten und sich, wenn überhaupt, dann zumeist nur im Zusammenhang mit anderen Themen über die deutsche Revolution von 1918/1919 äußerten?

Das Forschungsinteresse an der Revolution von 1918/19 hat schon deutlich vor der Wiedervereinigung nachgelassen. Ulrich Kluge konnte bereits 1985 in seiner Gesamtdarstellung zur Novemberrevolution seit Längerem kaum noch Neues in den Forschungen zu dieser Revolution entdecken, und zwar weder in der westdeutschen noch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, wobei er in letzterer noch weniger Bewegung sah.²

Im Jubiläumsjahr 1988 schien noch einmal in zweierlei Hinsicht eine gewisse positive Unruhe in die fast eingeschlafene Diskussion um diese Revolution zu kommen: In der DDR erschienen zum 70. Jahrestag der Novemberrevolution mehrere Beiträge, die veränderte Akzentuierungen gegenüber der bisherigen, von der Führung der SED verordneten oder abgesehenen Linie erkennen ließen.³ Weil es in diesen Darstellungen immer auch um die KPD und damit um die eigene Parteitradition ging, darf angenommen werden, die neue Offenheit war von den Parteioberen als Signal im Entspannungsprozess der Achtzigerjahre gewünscht oder wenigstens nicht behindert worden. In den von mir zusammen mit Ulrich Heß geschriebenen Beitrag jedenfalls hat es kein Hineinreden gegeben, obwohl der Aufsatz in der zentralen und damit offiziösen geschichtswissenschaftlichen Zeitschrift erschien. Dessen Erscheinen ohne irgendwelche Auflagen wurde gewiss auch durch die Empfehlung vom unlängst verstorbenen Wolfgang Ruge, der in Fachkreisen der DDR großes Ansehen genoss, ermöglicht.

Der Zwang zur Entspannung in den Außenbeziehungen und der Druck von Glasnost im Inneren hatte schon seit Jahren (noch vor Gorbatschow und vor der

1 Der Beitrag bildet das erste Kapitel eines Buchprojektes zum Thema „Die Revolution von 1918/19 über Leipzig“ (Arbeitstitel). Das Buch erscheint 2009 im Leipziger Universitätsverlag.

2 Siehe Ulrich Kluge: Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt/Main 1985, S. 30, 36.

3 Siehe Jürgen John: Das Bild der Novemberrevolution 1918 in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR, in: Heinrich August Winkler: Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S. 43-84, hier S. 82f. Zu den von der vorgegebenen Linie abweichenden Publikationen rechnete John auch den von mir und Ulrich Heß verfassten Aufsatz: Die Novemberrevolution in Deutschland und ihre Wirkung auf die deutsche Klassengesellschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 36 (1988), H. 12, S. 1059-1073.

Kenntnis des Begriffs im politischen Sprachgebrauch) eine gewisse Entkrampfung im deutsch-deutschen wissenschaftlichen Meinungsstreit bewirkt. Das betraf insbesondere der Politik nahe Forschungsfelder wie die Revolutionsgeschichte und die Widerstandsforschung. So gab es 1988 keine Probleme, Heinrich August Winkler zu einem Vortrag über die deutsche Revolution von 1918/1919 an die Karl-Marx-Universität Leipzig einzuladen. Auch erfolgten keine Auflagen für die Veranstaltung selbst, am öffentlichen Vortrag und an der Diskussion nahmen interessierte Wissenschaftler und Studenten nach ihrem Gusto teil. Der Vortrag erschien wenig später in der „Historischen Zeitschrift“, dem traditionsreichsten geschichtswissenschaftlichen Periodikum.⁴ Winkler und ich hofften auf neue Impulse für die Forschung und die Intensivierung des deutsch-deutschen Dialogs. Wir ahnten nicht, dass das Erscheinen unserer Aufsätze in der für die von uns vertretenen Staaten jeweils wichtigsten Geschichtszeitschrift das Ende der deutsch-deutschen Diskussion über die Revolution von 1918/1919 bedeutete.

Die Ursachen für das allmählich nachlassende Interesse an dieser Revolution sieht Rürup in der Entwicklung der Forschungen selbst und dabei besonders in der Veränderung der methodischen Ansätze.⁵

Die Ende der Fünfzigerjahre des 20. Jahrhunderts verstärkte Hinwendung zur sozialgeschichtlichen Methode und in diesem Zusammenhang zur Geschichte der Arbeiterbewegung hatte in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung zu bemerkenswerten Veränderungen in der Sicht auf die Revolution von 1918/19 geführt. Wurde bis dahin von einer ernststen Bedrohung des Durchbruchs zur Demokratie 1918 durch bolschewistisch-spartakistische Kräfte ausgegangen, erbrachten wichtige Forschungen zu den Räten vor allem durch Eberhard Kolb⁶ und Peter von Oertzen⁷ die Erkenntnis, eine reale bolschewistische Bedrohung habe nicht bestanden. Die Rätebewegung wurde nun als wichtige, teilweise als entscheidende Kraft für die Etablierung der neuen Demokratie anerkannt. Der Siegeszug der Sozialgeschichte, so Rürup, machte diese und deren theoretische Fundierung zur herrschenden Lehre.⁸ Herrschende Lehren führen aber irgendwann zur Erstarrung beziehungsweise zur Erschlaffung. Als seit dem Ende der Siebzigerjahre die Alltags- und die Frauengeschichte verbreitetes Interesse bei Forschern und in der Öffentlichkeit fanden, traten die wichtigsten Themen der Sozialgeschichte im Verlauf der Achtzigerjahre in den Hintergrund.

Eine solche Argumentation hat Plausibilität für sich. Denn gerade die Alltagsgeschichte und die gleichfalls im Vormarsch befindliche Mentalitätsgeschichte

4 Siehe Heinrich August Winkler: Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift (HZ) 250 (1990), S. 300-319.

5 Siehe Reinhard Rürup: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte. Vortrag vor dem Gesprächskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 4. November 1993, Bonn-Bad Godesberg 1993, S. 18-20.

6 Siehe Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962.

7 Siehe Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963.

8 Siehe Rürup, Revolution von 1918/19, S. 16f.

nahmen die „kleinen Leute“, was auch heißt kleine Gruppen und Individuen, ins Visier. Gleiches gilt für die Kulturgeschichte, die seit den Neunzigerjahren, in gewisser Hinsicht zum Missvergnügen vieler Sozialhistoriker, ein neuer Trendsetter wurde. Staatsaktionen erschienen aus der Perspektive dieser methodischen Schulen für viele Forscher nicht mehr „in“ zu sein.

Aber eine solche Erklärung lässt manches offen. So darf man etwas salopp formulieren: Die Revolution war ja keine Staatsaktion, sondern ein Aufruhr gegen den Staat, getragen gerade von den „kleinen Leuten“! Hier äußerte sich massenhaft ein neues Selbstbewusstsein, das eine neue politische Kultur begründete. Dem intensiver nachzugehen hätte ein lohnendes Ziel sein können. Es hätte z. B. nahegelegen zu untersuchen, wie die Frauen zur Revolution gestanden haben. Das geschah nicht. Die Untersuchungen zur sozialen Lage der Frauen im Krieg und in den unruhigen Zeiten von Revolution und früher Republik nehmen die Frauen zu meist nicht als Akteure, sondern als von den Wirren Betroffene wahr.

Nachdenklich stimmt weiter, dass im Aufstieg der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik zu wissenschaftlichen Teildisziplinen mit großer öffentlicher Beachtung gerade seit der Vereinigung von DDR und BRD 1990 die Revolution von 1918/1919 wie eine arme Waise behandelt wird. Die Leser werden sich erinnern, wie in den zurückliegenden Jahren relativ oft in den Medien vom 9. November in der deutschen Geschichte die Rede gewesen ist. Besondere Beachtung fanden die Pogrom-Nacht vom 9. November 1938 als negativer Fixpunkt und als Kontradiktion dazu der Fall der Mauer am 9. November 1989, mit dem der Weg in die Freiheit unumkehrbar gemacht worden sei. Selbst Hitlers Bierkeller-Putsch am 9. November 1923 ist seit geraumer Zeit häufiger im öffentlichen Gespräch als der Durchbruch zur Demokratie am 9. November 1918.⁹ Dabei hat das Geschehen, das mit den anderen drei Erinnerungspunkten verbunden ist, eine innere Beziehung zu den Novemberereignissen von 1918. Hitlers Coup 1923 wurde möglich, weil 1918/1919 den schlimmsten Feinden der Republik zu viel Spielraum gegeben wurde. Was diese nutzten, um schließlich die Weimarer Demokratie zu beseitigen und später zur Vernichtung der deutschen und europäischen Juden überzugehen, wofür das Pogrom von 1938 das Signalzeichen darstellte. Diese drei Stationen markierten keinen zwangsläufig zu begehenden Weg, aber ihre Zusammenhänge sind unübersehbar.¹⁰

Auf Geschichtsschreibung wirkt immer Politik ein. Auch auf die künftigen Historiker werden politische Gespräche im Elternhaus, in der Schule sowie eigene Lektüre und, wie heute, vielleicht am stärksten die Massenmedien Einfluss ausüben. Später kommt das eigene Erleben und nicht selten Erleiden von aktueller Politik hinzu. Der für unser Thema so wichtige Historiker Arthur Rosenberg steht

9 Ein gewisses Gegengewicht bildeten Veranstaltungen, vor allem vom DGB organisiert, zu sogenannten runden Jahrestagen der Revolution von 1918/1919, um die Aktualität der damaligen Kämpfe für die Bewältigung der heutigen Probleme zu zeigen.

10 Siehe dazu den Beitrag von Peter Scherer im vorliegenden Band.

beispielhaft für Letzteres. Aber auch Politiker werden durch den Bildungsgang und den Gang der Geschichte selbst wenn nicht vorgeprägt, so doch beeinflusst – sofern es ihnen nicht nur um die Karriere geht. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen alle Menschen in Deutschland, die irgendwie mit dem politischen Geschäft verbunden waren, sich nahezu zwanghaft verpflichtet, sich mit der jüngsten Geschichte des eigenen Landes auseinanderzusetzen. Das betraf ganz besonders die Entstehung und das Scheitern der Weimarer Republik sowie den Absturz in die Nazi-Diktatur.

In Westdeutschland waren die Väter des Grundgesetzes in ihrer Arbeit bemüht, Fehler in der Weimarer Verfassung, die nach ihrer Meinung das Scheitern der ersten deutschen Republik begünstigt hatten, zu vermeiden. In dieser Verfassung wurden die Eckpunkte für die repräsentative, wehrhafte Demokratie gesetzt.¹¹ Die meisten Arbeiten der bundesdeutschen Historiker über die neueste deutsche Geschichte spiegeln diese Intention des Grundgesetzes wider, auch in der Bejahung der Fünf-Prozent-Klausel oder in der Skepsis gegenüber Volksbefragungen.

In Ostdeutschland diente die Auseinandersetzung mit der Novemberrevolution leitmotivisch für den Entwurf des anderen deutschen Staates. Das Buch Otto Grotewohls „Dreißig Jahre später“¹² steht dafür. Der Verzicht auf die Sozialisierung der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen und auf die Rätewahl nach russischem Vorbild galten der SED-Führung als die schwerwiegendsten Mängel der Novemberrevolution. Diese Fehler seien auf das Fehlen einer einheitlichen Arbeiterpartei zurückzuführen. Als diese und damit als legitime Erbin der besten revolutionären Kräfte in der Revolution sah sich die SED. Die Lehre von der Einheit der Arbeiterbewegung wurde zur verpflichtenden Grundlage für die Arbeit aller Historiker, die sich mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts befassten.

In beiden Teilen Deutschlands hatte die Auseinandersetzung mit der Revolution von 1918/1919 und mit der Weimarer Republik auch immer eine legitimatorische Funktion. Das galt für die Zeit der Staatsgründungen umso mehr, als deren Promotoren auf den Gang der Geschichte in den zurückliegenden drei Jahrzehnten gewissen Einfluss genommen hatten. In Ost und in West steckten aber die Besatzungsmächte den Rahmen für die grundsätzliche Ausrichtung und damit auch für die Arbeit an den Verfassungen ab. Dabei schreckten auch die Westmächte in ihrer Kontrollfunktion nicht vor direkten Eingriffen zurück. Der Spielraum für die Staatsgründer im Westen war jedoch erheblich größer als der für ihre nunmehrigen Gegner im Osten. Ob das für die direkte Arbeit an den Verfassungen gilt, ist bis heute nicht wirklich geklärt. Die Untersuchung von Johannes Frakowiak über die Ausarbeitung der sächsischen Landesverfassung lässt beträchtlichen Spielraum auch für die daran beteiligten Vertreter der bürgerlichen Parteien (die damals diese Bezeichnung noch verdienten) erkennen.¹³ Erst mit dem voll einsetzenden

11 Siehe John, *Bild der Novemberrevolution*, S. 46f.

12 Siehe Otto Grotewohl: *Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1948.

13 Siehe Johannes Frakowiak: *Soziale Demokratie als Ideal. Die Verfassungsdiskussionen nach 1918 und 1945*, Köln-Weimar-Wien 2005.

Kalten Krieg 1948 wurde die Herrschaft der SED und in dieser die Dominanz der Kommunisten durchgesetzt, auch bei der Entwicklung eines verbindlichen Geschichtsbildes.

Der Kalte Krieg beeinflusste auch die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Westdeutschland, zumindest was die Zeitgeschichte betraf. Das Bild, das die Historiker von der Revolution von 1918/1919 entwarfen, war wesentlich von der Annahme geprägt, damals sei der Kampf um Demokratie oder einen diktatorischen Sozialismus ausgetragen worden. Das suggerierte eine Vorwegnahme von Zuständen, die nun das geteilte Deutschland kennzeichneten. Diese vorherrschende Sicht wurde erst Ende der Fünfzigerjahre mit der Hinwendung zur Geschichte der Arbeiterbewegung und mit dem Siegeszug der sozialgeschichtlichen Methode erschüttert. Die in diesem Rahmen betriebenen Forschungen fanden starke öffentliche Beachtung. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass wachsendes Unbehagen an restaurativen Zügen in der Politik und in der Gesellschaft diesen Forschungen den Boden bereiteten. Die in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzenden Untersuchungen von Eberhard Kolb¹⁴ und Peter von Oertzen¹⁵ über die Räte in der Novemberrevolution ließen die Revolution insgesamt in einem positiveren Lichte erscheinen als bisher. Das förderte aber auch ein Nachdenken über demokratische Alternativen in der Gegenwart, also in den Sechzigerjahren.

Die neu gewonnenen Positionen erhielten in den folgenden zwei Jahrzehnten in weiteren Arbeiten ihre Bestätigung. Die sozialgeschichtliche Arbeitsweise war, wie Rürup konstatiert, zur herrschenden Lehre geworden. Die von ihm gesehene, damit zusammenhängende Stagnation zeigte sich schon in der ersten Hälfte der Achtzigerjahre, wie Kluge angemerkt hatte. Damit einher ging eine wieder skeptischere Beurteilung der Revolution von 1918/1919 auch bei Wissenschaftlern, die sich große Verdienste bei der Erforschung der Arbeiterbewegung und dieser Revolution erworben hatten. Heinrich August Winkler sah 1984 im Räte-System keine taugliche Alternative zum Parlamentarismus. Auf einem Symposium 2002 in Leipzig bezeichnete er Revolutionen als unzeitgemäß: Durch sie würden die komplexen Zusammenhänge moderner Industriegesellschaften zerrissen werden.¹⁶

In der DDR gab es weniger Spielraum für eine öffentliche kontroverse Diskussion über die Novemberrevolution. Bis zum Anfang der Fünfzigerjahre war die Zeitgeschichtsforschung auf die „marxistisch-leninistische Theorie“ festgelegt worden. Was nicht zuletzt hieß, die Forschung hatte ihren Beitrag zur Formulierung und Propagierung ideologischer Doktrinen zu leisten. Diese Einengung schloss solide Untersuchungen über die Revolution, vor allem auf lokaler und regionaler Ebene, nicht aus. Diese wurden zumeist in den Fünfzigerjahren unter Anleitung und Kontrolle von Parteiinstitutionen in Vorbereitung auf den 40. Jahres-

¹⁴ Siehe Anm. 6.

¹⁵ Siehe Anm. 7.

¹⁶ Siehe Heinrich August Winkler: Ein umstrittener Wendepunkt: Die Revolution von 1918/19 im Urteil der westdeutschen Geschichtswissenschaft, in: ders.: Weimar im Widerstreit, S. 33-42, hier S. 37.

tag der Novemberrevolution erarbeitet. Es handelte sich dabei zumeist um quellenmäßig gut fundierte Arbeiten, von denen auch die westdeutsche Forschung profitierte. Meinungsstreit, allerdings unter dem abschirmenden Dach, das die Parteiobere errichteten, blieb aber nicht aus. Erinnert sei an die Auseinandersetzungen über den Charakter der Novemberrevolution. Galt diese unter den Kommunisten, aber auch anderen Sozialisten in der Weimarer Republik und bis in das erste Jahrzehnt der Nachkriegszeit als letztlich fehlgeschlagene sozialistische oder auch bloße bürgerliche Revolution, so legten Thesen der Parteiführung 1958 die Kompromissformel fest: Die Novemberrevolution war eine bürgerliche mit teilweise proletarischen Mitteln durchgeführte Revolution.¹⁷ An diese gewissermaßen kanonische Charakterbestimmung hatten sich alle, selbst der bekannte sowjetische Historiker Jakov Drabkin, zu halten.¹⁸

Diese Diskussion mutet heute auf den ersten Blick skurril an. Sehen wir genauer hin, verrät der Streit um den Charakter der Revolution die Unsicherheit oder doch Unentschiedenheit bei der Beantwortung der Frage, wie stark der kommunistische respektive radikalsozialistische Faktor in der Revolution gewesen sei. Die Beantwortung dieser Frage war die Voraussetzung für die Bewertung der Perspektive und der Langzeitfolgen der Novemberrevolution. Die SED-Führung glaubte, mit der Kompromissformel die Herrschaft der Arbeiterklasse, die sich in der Partei verkörpern sollte, historisch legitimieren zu können. Die kleinbürgerlich-demokratischen Kräfte – den Blockparteien wurde nun dieser Klasseninhalt zuerkannt – könnten dieser Führung vertrauen, auch aus den Lehren der Revolution heraus. Denn das wichtigste Ergebnis der Revolution sei in der Gründung der KPD zu sehen, ohne deren Kampf gegen Faschismus und Krieg die Gründung der DDR nicht möglich gewesen wäre. Die kleinbürgerlichen Kräfte könnten sich also der Führung der SED mit gutem Gewissen anvertrauen.

Für eine kurze Zeit schien der 1974 offiziell eingeführte Terminus „antiimperialistische Volksrevolution“¹⁹ die Monotonie in der Forschungsdiskussion aufzubrechen. Es ist nicht wirklich geklärt, woher der Impuls für diesen Rückgriff auf den von Marx verwendeten Begriff kam. Konsequenzen, sprich mehr Freiraum für alternative Sichten, erwachsen daraus nicht, ein Begriff wurde gegen einen anderen ausgetauscht.²⁰

17 Siehe Die Novemberrevolution in Deutschland (Thesen anlässlich des 40. Jahrestages), Berlin 1958, S. 34f. Siehe dazu Mario Keßler: Die Novemberrevolution in der Geschichtswissenschaft der DDR: Die Kontroversen des Jahres 1958 und ihre Folgen im internationalen Kontext, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. III/2008, S. 38-58.

18 Siehe Jakov Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968. Guten Bekannten D.s zufolge hatte dieser sinniert: Er sei eigentlich der Meinung gewesen, die Novemberrevolution müsste als gescheiterte sozialistische Revolution angesehen werden; aber wenn die deutschen Genossen von einer bürgerlich-demokratischen Revolution sprechen, dann möge es so sein.

19 Siehe Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 388.

20 So auch die Schlussfolgerung bei John, Bild der Novemberrevolution, S. 78.

Anders als in der westdeutschen Forschung, wo mit dem Vormarsch der Sozialgeschichte in lokalen und regionalen Untersuchungen nicht selten grundsätzliche Fragen gestellt und oft auch beantwortet wurden, blieben die regionalgeschichtlichen Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Novemberrevolution brav auf der Parteilinie, dabei auch deren Windungen begleitend.²¹ Die wichtigste Ursache dafür lag in der Anleitung und Kontrolle durch Institutionen der SED, besonders über die Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung.²² Die Gängelei wurde von professionellen und Laienhistorikern oft als lästig empfunden. Die Parteizugehörigkeit der meisten von ihnen wirkte jedoch disziplinierend, woraus oft eine Selbstdisziplinierung entstand, verbunden mit dem Gedanken: Vielleicht haben die Genossen da oben doch die größere Weisheit. Nicht selten spielte die Überlegung mit, durch einige Zugeständnisse kann ich die Substanz meiner Forschungen retten. Verbunden war ein solches Verhalten mit einem Sichanpassen an wissenschaftliche Hierarchien. Es war oft schwer, originelle Ideen gegen bekannte Wissenschaftler, nicht nur aus Parteiinstitutionen, auch aus der Akademie und aus Universitäten zu behaupten. Die Vertreter der „niederen Ebene“ und Seiteneinsteiger hatten nicht sehr gute Chancen gegen die „Platzhirsche“ und deren Klientel. So entstand eine Selbstgenügsamkeit, die bei nicht wenigen anhielt, als in den Achtzigerjahren der Spielraum größer wurde, größer vermutlich, als viele dachten.

Die letzte Überlegung soll durch einen Verweis auf Forschungen in der DDR zu den bürgerlichen Revolutionen²³ gestützt werden. Die wichtigsten Impulse gingen dafür von einem Leipziger Forschungszentrum, geleitet von Walter Markov und Manfred Kossok, aus. Markov darf wohl als bedeutendster Kopf der DDR-Geschichtswissenschaft und als eine der faszinierendsten Persönlichkeiten unter den deutschen Historikern des 20. Jahrhunderts angesehen werden. Als junger Wissenschaftler, der bei Arthur Rosenberg promoviert hatte, trat er nach(!) der Errichtung der NS-Herrschaft der KPD bei. Nachdem eine von ihm geleitete Widerstandsgruppe von der Gestapo aufgespürt worden war, musste er eine Zuchthausstrafe bis zur Befreiung 1945 in Einzelhaft abbüßen. Zunächst an der Universität Bonn als Wissenschaftler tätig, folgte er 1946 einem Ruf an die Universität Leipzig, wo er sich nach der Berufung zum Professor der Französischen Revolution von 1789-1794 zuwandte.²⁴ Das Thema ließ ihn zeitlebens nicht mehr los, aber als universell denkender Historiker schloss für ihn die Auseinandersetzung mit der

21 Forschungen zur Arbeiterbewegung bis zum Ersten Weltkrieg waren zumindest seit den Achtzigerjahren weniger Zwängen unterworfen.

22 Diese waren nach einer Weisung des Zentralkomitees der SED im Oktober 1951 gegründet worden. Siehe Werner Bramke: Widerstandsforschung in der Regionalgeschichtsschreibung der DDR. Eine kritische Bilanz, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 451-466, hier S. 455f.

23 Zum bürgerlichen Revolutions-Zyklus wurden in der DDR-Forschung die Revolutionen vom Ende des 16. Jahrhunderts bis zum Ende des 19. Jahrhunderts gerechnet.

24 Siehe Walter Markov: Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin 1989, S. 152-177.

großen Revolution der Franzosen die Beschäftigung mit der Geschichte der Revolutionen überhaupt ein. Für Markov waren es glückliche Umstände, dass er sich länger als ein Jahrzehnt mit dem Germanisten Hans Mayer, dem Philosophen Ernst Bloch und dem Romanisten Werner Krauss, alle drei international hoch geschätzte Wissenschaftler und Antifaschisten,²⁵ austauschen konnte. Der ihm eigene weite Blick bestimmte später die Arbeiten des Zentrums für Revolutionsgeschichte. So konnte sich ein Arbeitskreis mit einem Klima entwickeln, das offen für Fragen und unorthodoxe Denkweisen war wie wohl kein anderes Forum der Gesellschaftswissenschaftler der DDR. Daran partizipierten Wissenschaftler des In- und Auslandes, die die Anregungen aufnahmen und ihrerseits Ideen einbrachten.

Die Diskussionen auf diesem Forum betrafen hauptsächlich die bürgerlichen Revolutionen seit dem Beginn der Neuzeit²⁶ und bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Es kamen aber auch Forscher, die sich mit Revolutionen im 20. Jahrhundert, vornehmlich mit denen in der „Dritten Welt“, befassten, zu Wort. Der sogenannte sozialistische Revolutionszyklus stand in den Achtzigerjahren mehrfach auf der Tagesordnung, doch wurde nie wirklich eine Brücke von den bürgerlichen zu den russischen Revolutionen geschlagen. Die deutsche Novemberrevolution blieb lange Zeit ganz ausgespart.

Ich hatte mich seit den Sechzigerjahren mehrfach bei meiner Beschäftigung mit dem Militarismus, mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und mit der Sozialgeschichte der deutschen Mittelschichten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der Novemberrevolution und deren Folgen herumgeschlagen. Eine erste Publikation zu dieser Revolution erschien jedoch erst 1983.²⁷ Hierbei handelte es sich um einen bestimmten Aspekt des Revolutionsgeschehens. Eine grundsätzliche Bewertung erlaubte ich mir erst fünf Jahre später in dem bereits erwähnten, zusammen mit Ulrich Heß verfassten Aufsatz.²⁸ Unzufrieden mit den bisherigen Forschungen in der DDR über die Novemberrevolution, aber auch mit dem Bild in der westdeutschen Geschichtsschreibung seit Ende der Siebzigerjahre, erschien mir die von Manfred Kossok und Wolfgang Küttler aufgestellte These, es gebe „keine Modelle, sondern nur Wege von Revolutionen“²⁹ auch für das 20. Jahrhun-

25 Wenn heute von den großen Wissenschaftlern nach dem Kriegsende an der Leipziger Universität gesprochen wird, werden zuerst Ernst Bloch und Hans Meyer, mit gewissem Abstand Walter Markov und dann – wenn überhaupt – Werner Krauss genannt. Sehr zu Unrecht, denn Letzterer war ein international hoch geschätzter Romanist. Als Mitglied der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack war er zunächst zum Tode, dann zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden.

26 Das bedeutet, seit dem 16. Jahrhundert, wobei der Bauernkrieg als Teil einer frühbürgerlichen Revolution einbezogen wurde.

27 Siehe Werner Bramke: Zum Verhalten der Mittelschichten in der Novemberrevolution, in: ZfG 31 (1983), H. 8, S. 691-700.

28 Siehe Bramke/Heß, Novemberrevolution (Anm. 8). Von U. Heß stammen die Passagen über die Entwicklung in Deutschland im Krieg.

29 Siehe Manfred Kossok/Wolfgang Küttler: Die bürgerliche Revolution: Grundpositionen einer historisch-vergleichenden Analyse, in: Manfred Kossok (Hrsg.): Vergleichende Revolutionsgeschichte, Probleme der Theorie und Methode, Berlin 1988, S. 1-114, hier S. 9f.

dert zutreffend zu sein. Daher ordnete ich die Revolution von 1918/19 keinem Zyklus zu, vermied den Vergleich mit der Oktoberrevolution in Russland, an der die deutsche Revolution in der DDR-Geschichtswissenschaft sonst gemessen wurde. Ich kennzeichnete die deutsche Novemberrevolution als einen „Versuch [...], eine Demokratie ganz neuen Typs zu schaffen“, der tiefe und lange Zeit nachwirkende Spuren hinterließ.³⁰ Damit grenzte ich mich auch von der seit den Achtzigerjahren in der BRD vorherrschenden Sicht ab, die einzig realistische Perspektive habe 1918/1919 in der Errichtung der repräsentativen parlamentarischen Demokratie gelegen. Diese Sicht schien mir gleichfalls zu formelhaft, auf eine Lösung hin ausgerichtet. In ihr wurde nicht berücksichtigt, dass – wie es auch von den Zeitgenossen gesehen wurde – der Ausgang der Revolution über längere Zeit offen war. Auch fand in dieser Version von der historischen Aufgabe der ausgeprägte soziale Grundzug der Revolution kaum Beachtung.

Zu einer intensiven Diskussion über diesen Artikel kam es nicht mehr, kaum ein halbes Jahr nach dessen Erscheinen setzte mit den Auseinandersetzungen über die manipulierten Kommunalwahlen vom Mai 1989 die akute Finalkrise der DDR ein. Die „friedliche Revolution“ veränderte gründlich den Schauplatz deutsch-deutschen Geschichtsstreits mit dem gewissen Zwang des Aufeinanderreagierens.³¹

Dabei hatten neue politische Unsicherheiten, auf die Rürup schon 1993 hinwies³² und die seitdem beträchtlich größer geworden sind, und wissenschaftlich längst nicht schlüssig begründete Hypothesen genügend Anlässe für ein neues Bedenken früheren Streits über die Revolution von 1918/1919 geliefert.

Der Umsturz in der DDR erfolgte nach herrschender Meinung durch eine Revolution, eine friedliche zwar, aber immerhin durch eine Revolution. Das Chaos war ausgeblieben. Das widersprach dem Denken von der Unzweckmäßigkeit von Revolutionen in den modernen Industriegesellschaften.³³ Also hätte die Revolution von 1918/1919, die erste und bis 1989 einzige in einer modernen Industriegesellschaft, wieder auf den Prüfstand geschichtswissenschaftlicher Diskussion gestellt werden sollen. Gravierende politische Verunsicherungen, die dem Kollaps des sozialistischen Systems bald folgten, müssten für die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik, die sich nach dem faschistischen Desaster immer wieder mit Fragen und Mahnungen positiv in die Politik eingemischt hatte, herausfordern. Scheinbar gut bestellte Felder sind zu besichtigen und gegebenenfalls neu zu beackern. Die soziale Frage ist, was die wenigsten erwartet haben, wieder zu einer fast alle Politikbereiche bedrängenden Frage geworden. Die internationalen Konflikte sind heute weniger beherrschbar als zu den Zeiten des sich abschwächenden

30 Bramke/Heß, Novemberrevolution, S. 1065.

31 Wobei der Zwang, auf westdeutsche Herausforderungen zu reagieren, in der DDR größer war als auf der anderen Seite.

32 Siehe Rürup, Revolution von 1918/19, S. 20f.

33 Auch deshalb herrschen unter westdeutschen Historikern Unsicherheiten, ob man den Umbruch in der DDR als eine Revolution bezeichnen soll.

Kalten Krieges seit den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts. Das müsste herausfordern, Schnittpunkte der internationalen Geschichte, an denen Weichen für Langzeitentwicklungen gestellt wurden, erneut unter die Lupe zu nehmen, um – mehr kann wohl Geschichtswissenschaft nicht – die Politik auf Gefahren aufmerksam zu machen, wenn mögliche Alternativen unbeachtet bleiben. Die Revolution von 1918/1919 gehört zu solchen Schnittpunkten. Das würde freilich aufstörende Unruhe in die Historikerzunft bringen, in einer Zeit, wo der Satz „Dazu gibt es keine Alternative!“ zu einem beherrschenden Schlagwort geworden ist.

Der Streit um die Ausgestaltung der Demokratie 1918/1919

Demokratie oder bolschewistische Diktatur, man könnte auch formulieren: Sein oder Nichtsein, diese Alternative wird heute in der Forschung nicht mehr gesehen. Es herrscht Übereinstimmung darüber, die große Mehrheit der Bevölkerung wollte 1918 Frieden und – mit einigen Prozent Abstrichen – demokratische Verhältnisse. Ob aber die parlamentarische, repräsentative Demokratie das erstrebte und auch das beste Ziel gewesen sei, ist fraglich, zumindest aber nicht mit der Bestimmtheit zu behaupten, wie es heute geschieht. Die Bewährung dieses Typs der Demokratie in der deutschen und in der österreichischen Bundesrepublik nach 1945, also in Ländern, die gleichermaßen von der Revolution nach dem Ersten Weltkrieg erschüttert wurden, kann nur bedingt als Beweis für die vermeintlich beste Lösung herangezogen werden. Die Ausgangssituation bei der Gründung dieser Republiken war eine ganz andere als die für die Geburt der Weimarer Republik in der Revolution von 1918/1919.

Am Ende des Ersten Weltkrieges befand sich der Kapitalismus in der schwersten Krise seit seinem Bestehen. Man darf wohl hinzufügen, spätere Krisen haben dieses Ausmaß nicht mehr erreicht. Auch die Sieger waren davon mehr oder minder betroffen, nicht nur schwache Mächte wie Italien. Das Bewusstsein, dass nicht nur die zu Schuldigen erklärten Mittelmächte für die entsetzlichen Zerstörungen und ungeheuren Menschenverluste verantwortlich gemacht werden sollten, beeinflusste das Denken vieler Menschen in den Sieger- und neutralen Ländern. Der Aufschwung der Befreiungsbewegung in den Kolonien hing mit diesem Denken zusammen. Die Furcht vor dem Bolschewismus in den westlichen Demokratien, für uns heute schwer verständlich, war nicht zuletzt eine Reaktion regierender Politik und von Meinungsmachern auf Krisenerscheinungen in den Demokratien. Und als gefährliche Krisenerscheinungen wurden von Friedens- und anderen demokratischen Bewegungen imperialistische Strömungen bei allen Großmächten vor dem und im Ersten Weltkrieg und auch bei den Friedensschlüssen zu Recht ausgemacht. Nicht zuletzt geriet das Weltwirtschaftssystem, das vor dem Krieg recht gut funktioniert hatte, durch diesen und durch die revolutionären Wirren danach arg und anhaltend durcheinander.

Revolutionen brechen zumeist spontan oder durch Erhebungen aus, in denen elementar gewonnene Erfahrung als Triebkraft wirkt. So sah es Hannah Arendt mit dem Blick auf die Amerikanische und die Französische Revolution von 1789.³⁴ Gerade das überraschende Moment stellt die Gegenrevolution oft vor unlösbare Probleme, auch wenn der Revolution eine längere Inkubationszeit vorausgegangen ist. Das gilt auch für die Novemberrevolution 1918. Da hatten seit spätestens dem Frühsommer 1918 die stellvertretenden Generalkommandos und zivile Behörden eine stark verbreitete Unzufriedenheit und sogar Systemverdrossenheit in bisher der Monarchie treuen Kreisen signalisiert.³⁵ Dennoch war der monarchistische Machtapparat wie gelähmt oder reagierte konfus, was ganz besonders für die viel gepriesene militärische Führung in Deutschland zutraf. Die Untersuchung von Ernst-Heinrich Schmidt über das Heimatheer im November 1918³⁶ führt uns das unwiderlegbar vor Augen. Eigentlich hätten nach den Erfahrungen mit der Revolution in Russland 1917/1918 die Oberste Heeresleitung und die stellvertretenden Generalkommandos auf die Revolution in deren Anfangsverlauf vorbereitet sein müssen. Immerhin waren spätestens mit der sich abzeichnenden Niederlage im Westen ab Anfang August 1918 die Anzeichen von Sympathien unter den Soldaten für Leninsche Losungen und die russische Rätebewegung erkennbar gewesen.

Der Hauptgrund für die hilflos machende Überraschung im Heeres- und Staatsapparat ist wohl in der Wucht und der Massenbeteiligung, mit welcher der Aufstand in Kiel einsetzte, und in der Geschwindigkeit, mit der sich die Revolution ausbreitete, zu sehen. Es dürfte kaum eine andere Revolution gegeben haben, die in der ersten Revolutionswoche von einer solchen Massenbewegung getragen wurde und so erfolgreich verlief wie die deutsche Revolution im November 1918. Es ist deshalb merkwürdig und spricht nicht von der Sachkenntnis Charles Tillys, wenn dieser in seinem hoch gelobten Buch über die europäischen Revolutionen die deutsche Revolution von 1918/19 nicht einmal erwähnt.³⁷ Ebenso wie die Masse der Aufständischen ist deren Entschlossenheit und zielsicheres Handeln gegenüber den alten Machtinhabern hervorzuheben. Und das, obwohl eine koordinierende Instanz fehlte, welche die regionalen Zentren verbinden konnte! Die Forderungen der Matrosen und Soldaten anderer Waffengattungen und der mit ihnen verbündeten Arbeiter waren einerseits auf das Nächstliegende gerichtet, auf die Freilassung der politischen Gefangenen, auf ein neues Verhältnis zwischen Soldaten und Offizieren sowie auf eine bessere Versorgung. Andererseits entstanden wie aus dem Nichts die Arbeiter- und Soldatenräte als neue Organe demokratischer Macht, wie es sie in einem Land der entwickelten Industriegesellschaft noch nicht gegeben hatte.

34 Siehe Hannah Arendt: Über die Revolution, München-Zürich 2000, S. 307; Oliver Marchart: Die Welt und die Revolution, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 2006, Nr. 39, S. 33-38, hier S. 35.

35 Siehe Archivalische Forschungen, Bd. 4/IV, Berlin 1959, S. 1540 f., 1552f., 1561f.

36 Siehe Ernst-Heinrich Schmidt: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärische Gewalt im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981.

37 Siehe Charles Tilly: Die europäischen Revolutionen, München 1999.

Diese Leistungen verdienen eine hohe Würdigung und können nicht nur als von temporärer Bedeutung abgetan werden. In gleichem Atemzug ist aber zu sagen: Die sozialistische deutsche Arbeiterbewegung ging weitgehend unvorbereitet in diese Revolution, was auf unterschiedliche Weise für alle ihre Gruppierungen zutrifft. Dieser Feststellung widerspricht nur scheinbar das selbstbewusste und zu meist zielklare Agieren der Räte bis zum 9. November.

Die deutsche Arbeiterbewegung hatte sich in einer autoritär regierten Gesellschaft als die demokratische Alternative herauskristallisiert und dabei vielfältige Formen der Selbstverteidigung entwickelt. Ihre Gliederungen, auch die auf der lokalen Ebene, mussten dabei oft selbstständig handeln, ohne die großen Zusammenhänge aus dem Blick zu verlieren. Durch ihre sich im Krieg rapide verschlechternde soziale Lage wurden sich die Arbeiter der sich wieder verschärfenden Klassenspannungen³⁸ deutlicher bewusst als ihre Führer, die sich Illusionen über ihren Einfluss auf staatliche Entscheidungen, etwa im Interfraktionellen Ausschuss, machten. In den großen Streiks im April 1917 und im Januar/Februar 1918 erlebten die Arbeiter nicht den Burgfrieden, sondern die Anzeichen eines Bürgerkrieges. Die Beteiligten der Ausstände sahen sich dabei von den Führungen der MSPD und den Gewerkschaften im Stich gelassen. All diese über eine lange Zeit gemachten Erfahrungen wirkten wie eine elementare Schulung, welche die Arbeiter in den Werken und in der Armee besser auf den großen Konflikt vorbereitete als die von der Wirklichkeit etwas abgehobene Führerschaft. Die elementar gewonnene revolutionäre Schulung im politischen Kampf ermöglichte es, den richtigen Zeitpunkt zum Aufstand zu erfassen und die Entwicklung bis zum 9. November voranzutreiben. Dann bedurfte es weiter reichender Perspektiven.

Die deutsche Sozialdemokratie verstand sich auch nach Friedrich Engels' Tod 1895 und bis zum Ersten Weltkrieg als sozialistische und letztlich auch revolutionäre Partei. Die Verweigerung voller politischer Rechte und die permanente Ausgrenzung in vielen Bereichen der Wilhelminischen Gesellschaft wirkten stärker als die Chancen für eine Integration. Es war der Klassenkampf von oben, der die Marxsche Lehre von der Unversöhnlichkeit der Gegensätze zwischen den beiden Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat weiter glaubhaft erscheinen ließ. Allerdings erwies sich Marx' Vorhersage über die Entwicklung hin zu einer Zweiklassengesellschaft als falsch. Auch innerhalb der Arbeiterklasse zeigten sich größere, die Klassengrenzen teilweise sprengende Differenzierungen. Die Schicht der Angestellten wuchs schneller als jede andere große soziale Gruppe und entsprach wenig einem neuen Proletariat. Das aber brachte die Theorie von der Unvermeidlichkeit der proletarischen Revolution ins Wanken. Eine Minderheit in der Sozialdemokratie um Eduard Bernstein erkannte diesen Zug der Zeit. Andererseits erwuchs mit dem Aufkommen des Imperialismus eine neue gesamtgesellschaftliche Bedrohung, was dank der bahnbrechenden Untersuchungen Rudolf Hilfer-

38 Siehe Jürgen Kocka: *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918*, Frankfurt/Main 1988, S. 173; Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, München 2003, S. 6.

dings³⁸ niemand deutlicher wahrnahm als die klassenkämpferische Arbeiterbewegung und was revolutionäre Potentiale stärkte. So wurden sehr widersprüchliche neue Entwicklungen in der Sozialdemokratie zwar bemerkenswert klar gesehen, nicht aber zur Grundlage neuen strategischen Denkens gemacht. Der Sozialismus blieb das erklärte Ziel der Bewegung, im Tageskampf um die Verbesserung des täglichen Lebens diente diese immer wieder artikuliert Perspektive aber mehr zur Beruhigung, wenn nicht zur Erbauung, trotz der heftigen Attacken der Linken gegen diesen Kurs. Doch obwohl Letztere mit dem Eintreten für den politischen Massenstreik als elementares revolutionäres Kampfinstrument die Sozialdemokratie hindern wollten, zur bloßen Reformpartei zu werden, wussten auch sie keinen gangbaren Weg zur Revolution und auch nicht, wie der künftige sozialistische Staat aussehen sollte.

Auch keine sozialistische Partei außerhalb Deutschlands entwickelte ein in sich geschlossenes Konzept zur Verwirklichung der von Marx und Engels entworfenen kommunistischen respektive sozialistischen Vision, was die Schwierigkeit, wahrscheinlich die Unmöglichkeit einer solchen Aufgabe verdeutlicht. Dort, wo dies – aber auch nur in Teilen – in Angriff genommen wurde, erwiesen sich die Konsequenzen als verhängnisvoll. Der Versuch der Bolschewiki, die Herrschaft der Arbeiterklasse nach einem vorbereiteten Rahmenprogramm in einem Land zu errichten, wo diese Klasse kaum zehn Prozent der Bevölkerung ausmachte, bedingte geradezu diktatorisches Regieren, aber nicht einer Klasse, sondern einer Partei, die dazu den nötigen Apparat aufbaute. Doch es verwundert, dass in der deutschen Arbeiterbewegung der Räte-Idee so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Immerhin hatte es schon in der Französischen Revolution von 1789-1794 und noch deutlicher in der Pariser Kommune Keimformen der Räte gegeben. Hannah Arendt wies darauf hin, dass Marx, zunächst von diesen Organen der Kommune überrascht, schnell deren Potenzen erfasste.⁴⁰ Sein mehr spontaner Hinweis auf die Kommune als neuen Staatstyp, als gewissermaßen die Urform der Diktatur des Proletariats,⁴¹ wurde oft zitiert, aber nicht wirklich weiter verfolgt. Auch nicht von der Spartakusgruppe, die mit ihrer antimilitaristischen Agitation während des Krieges die sozialistische Revolution vorbereiten wollte. Sie folgte damit der Orientierung der Zweiten Internationale, beschlossen auf deren Stuttgarter Kongress von 1907, wenn ein imperialistischer Krieg ausbrechen sollte, dann müssten die Sozialisten auf dessen schnelle Beendigung hinarbeiten und die Voraussetzungen für den Sturz der Klassenherrschaft schaffen.⁴²

Obwohl die Spartakusgruppe als einzige der sozialistischen Gruppierungen eine gezielte revolutionäre Propaganda betrieben und damit, vor allem dank der

39 Siehe Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital, 1910 erschienen, wurde zur wichtigsten Grundlage für Imperialismustheorien.

40 Siehe Arendt, Über die Revolution, S. 318-330.

41 Siehe Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 313-362, hier S. 362.

42 Siehe Internationaler sozialistischer Arbeiter- und Gewerkschaftskongress. Protokoll 1907, S. 41.

Popularität Karl Liebknechts, auch Wirkung erzielt hatte, besaß sie keine Chance, die Führung der Revolution zu übernehmen oder auch nur deren Verlauf nachhaltig zu beeinflussen. Die Führungsrolle konnten nur die Mehrheitssozialisten ausüben, nicht allein wegen der zahlenmäßigen Mehrheit. Sie waren von den drei sozialistischen Gruppierungen, die aus der alten Sozialdemokratie hervorgegangen waren, am wenigsten von inneren Auseinandersetzungen betroffen und verfügten, was wohl am meisten ausmachte, über den größten Anteil am alten Parteiapparat. Die deutsche Sozialdemokratie hatte ihre imponierende Stärke ganz wesentlich ihrem vorzüglichen Organisationswesen zu verdanken. Davon profitierte nun die MSPD und ganz besonders ihr Vorsitzender Friedrich Ebert, der den Apparat beherrschte. Diesen Vorteil der MSPD konnte die USPD, die bei der Parteispaltung 1917 nur in einigen Regionen, darunter in der Leipziger, die deutliche Mehrheit und damit auch den Apparat gewonnen hatte, trotz starkem Wachsen der Mitgliederzahl, nicht wettmachen. Außerdem differierten in ihrer Führung die Ansichten über den einzuschlagenden Kurs weit mehr, als dies bei der MSPD der Fall war.

So war die paradoxe Situation gegeben, dass eine sich kaum noch als revolutionär verstehende Partei die Führung in der Revolution übernahm. Aus unserer heutigen Sicht gab es dazu kaum eine Alternative. Die Zeitgenossen hielten auch andere Optionen für möglich. Friedrich Ebert, ein Revolutionsführer ohne Neigung, aber aus machtpolitischem Kalkül, war sich seiner Sache keinesfalls immer sicher.

Die MSPD, darüber gibt es heute kaum Zweifel, arbeitete auf die Errichtung der parlamentarischen Republik, mit deutlichen sozialen Verbesserungen für die Arbeiterschaft, hin. Eberts zunächst tiefe Abneigung gegen die Revolution entsprang nicht monarchistischen Sympathien, sondern der Furcht vor einer kommunistischen Machtübernahme. Die Rätebewegung war für ihn und andere wichtige SPD-Führer eigentlich ein Störfaktor, was nicht ausschloss, dass sich die MSPD ihrer geschickt zu bedienen verstand. Und wie der Reichsrätekongress im Dezember 1918 bewies, gebrauchten die Mehrheitssozialdemokraten die Rätebewegung zu allererst dazu, dass diese sich selbst abschaffte.

Die Orientierung auf die demokratische Republik verband MSPD und USPD, jedenfalls was deren Mehrheit betraf. Hierbei spielte der Bezug auf einen Hinweis von Friedrich Engels eine nicht unwichtige Rolle. Dieser hatte in seiner Analyse des Erfurter Programms 1890 empfohlen, die Sozialdemokratie möge den Kampf um die demokratische Republik zu einer ihrer Leitlinien machen.⁴³ Diese Empfehlung war nicht zuletzt den Bedingungen, mit denen es die Sozialisten in der damals noch stabilen Monarchie zu tun hatten, geschuldet gewesen, konnte aber in dieser allgemeinen Formulierung auch unterschiedlichen Sichten in einer Zeit gerecht werden, wo es schwer war, zum Kompromiss zu gelangen.

Friedrich Ebert und seine Vertrauten gaben ihre Politik als dem Sozialismus dienend oder direkt als sozialistisch aus. Es ist zu fragen, sprachen sie aus, ließen

43 Siehe Heinrich Potthoff/Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, Bonn 2002, S. 55f.

sie plakatieren, was sie wirklich erstrebten? Glaubten sie im Ernst daran, später, nach den Wirren der Revolution, mit einer Mehrheit in der Nationalversammlung ihre zeitweiligen Verbündeten und unverbesserliche Monarchisten wieder aus den Machtpositionen zu vertreiben, oder hofften sie tatsächlich auf deren Bekehrung zur Demokratie? Glaubten sie tatsächlich, ebenfalls später, wenn die Normalität des kapitalistischen Wirtschafts-Alltags eingetreten war, die Sozialisierung, sei es nur die von einigen Schlüsselbereichen, parlamentarisch dekreten zu können? Wenn sie das wirklich glaubten, waren sie hoffnungslose Illusionisten, also Fehlbesetzungen in ihren Positionen. Der Zeitraum für grundsätzliche Veränderungen im Prozess einer Revolution ist zumeist kurz, in der deutschen Revolution war dieser sehr kurz, spätestens Anfang Mai, vielleicht schon nach den Märzkämpfen 1919 abgeschlossen. Dennoch änderten die sozialdemokratischen Führer ihren Kurs nicht und hofften weiter. Oder, so drängt sich eine zweite Frage auf, täuschten diese Führer die Mitglieder ihrer Partei mit sozialistischen Losungen, weil sie ihre Anhänger und die Massen überhaupt für unreif hielten, sich in eine neue Situation hineinzudenken? Es wäre dann nicht die bloße Gier nach Macht gewesen; ein Vorwurf, den man den meisten sozialdemokratischen Führern in der Weimarer Republik wirklich nicht machen kann. Aber diese Täuschung wäre trotzdem nicht einfach als zweckdienliches taktisches Manöver, also als kleiner, aber noch erlaubter Machiavellismus zu interpretieren. Für eine große Partei mit großer Tradition muss eine solche Taktik, an einem historischen Wendepunkt praktiziert, wo nur Wahrheit der geschichtlichen Situation gerecht wird, verhängnisvolle, irreparable Folgen haben. Die SPD war gewiss die stabilste demokratische Partei in der Weimarer Demokratie, in ihrer republikanischen Gesinnung unanfechtbar, wie noch ihre Haltung bei der Abstimmung über Hitlers Ermächtigungsgesetz im März 1933 bewies. Das nimmt sie aber von einer grundsätzlichen kritischen Prüfung nicht aus.

Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten zählte nicht wenige hervorragende Intellektuelle zu ihrem Führungsstab, während unter ihren Mitgliedern der Arbeiteranteil noch größer als in der MSPD war. Die Unterschiedlichkeit der politischen Auffassungen rührt vor allem daher, dass sie sich als radikale Friedenspartei konstituiert hatte, wobei zunächst das Eintreten für einen sofortigen Frieden, nicht aber eine bestimmte Variante der Demokratie im Vordergrund stand. Mit dem Ausbruch der Revolution und mit dem Waffenstillstand am 11. November musste aber das strategische Ziel festgelegt werden. Der Kompromiss des dritten Weges, also Nationalversammlung mit dem Gegengewicht der Räte, war schon früh infrage gestellt worden, als es der USPD nicht gelungen war, die Wahlen zur Nationalversammlung so lange hinauszuschieben, bis durch die Räte entscheidende Maßnahmen der Umgestaltung, so die Sozialisierung wichtiger Wirtschaftszweige, auf den Weg gebracht worden seien. Das Konzept des dritten Weges wurde aber nicht nur von früheren Reformisten und Zentristen abgelehnt oder halbherzig vertreten, es entsprach auch nicht den Vorstellungen einer starken

linken Minderheit mit Basen in Mitteldeutschland, Hamburg und dem Ruhrgebiet, die wie Spartakus und später die KPD ein Rätedeutschland anstrebten. Das Scheitern des Konzepts muss aber nicht dessen Illegitimität oder grundsätzliche Fehlkonstruktion beweisen.

Zu bedenken ist zunächst, dass die Revolution von der Arbeiterbewegung getragen und ganz überwiegend von Arbeitern ausgefochten worden ist. Nun ist es in Revolutionen meistens so, dass die Hauptakteure der Revolution von deren positiven Resultaten wenig abbekommen, nicht selten die Verlierer sind. In Deutschland gab es aber den besonderen Fall, dass die Arbeiterschaft die demokratische Republik gegen die in ihrer Mehrheit ablehnenden, distanzierenden oder gleichgültigen bürgerlichen Schichten durchsetzte. Die Arbeiterräte, die nicht nur von Arbeitern der sozialen Herkunft nach besetzt werden mussten, hätten die von Anfang an bedrohte Republik schützen können. Berücksichtigen wir das internationale Umfeld, so wäre diesen Räten vermutlich keine dauerhafte Perspektive beschieden gewesen. Sie hätten aber bei längerem Bestehen als Organe der politischen Macht durch eine frühe Sozialisierung der Schwerindustrie und eine Bodenreform den unnatürlich großen Einfluss der Vertreter der Schwerindustrie und der Großagrarien auf die Politik verhindern können. Das hätte der Weimarer Demokratie eine ganz andere Chance als die gehabte eröffnet.

Die Sicht auf die radikale Linke (Spartakusgruppe, -bund/KPD und kleinere Gruppen) hat sich in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung im Fortgang der Forschungen über die Revolution versachlicht. Es ist kaum mehr die Rede von bolschewistischer Bedrohung, die Bezeichnung Spartakus-Aufstand für die Januarkämpfe 1919 wurde als Legende erkannt, partielles Lob wird den scharfsinnigen Analysen Rosa Luxemburgs und deren demokratischer Gesinnung und dem Mut Karl Liebknechts gezollt. Nur noch wenig bezweifelt wird, dass der Terror erst als „weißer Terror“, vor allem über die Freikorps, zum oft gebrauchten Mittel in politischen Auseinandersetzungen in Deutschland geworden ist.

Geblichen ist jedoch die vorherrschende Sicht auf die radikale Linke als die eines störenden oder destruktiven Faktors in der Revolution und später. Bisher wurde die Frage umgangen, ob die Linke nicht auch eine positiv aufstörende Rolle gespielt, Entwicklungen vorangetrieben hat. Ich verwies in diesem Zusammenhang auf den Antikriegskampf. Wenn akzeptiert wird, dass die radikale Linke in der Revolution nicht als terroristische Kraft aufgetreten ist, dann sollte unvoreingenommen untersucht werden, welche Faktoren ihre spätere überwiegend – aber nicht ausschließlich! – destruktive Haltung gegenüber der demokratischen Republik bewirkten. Dabei darf nicht ausgeblendet werden, dass es in der Frühzeit der NS-Diktatur, mit der noch frischen Erinnerung an die Weimarer Zeit, die Kommunisten waren, die zum Symbol des Widerstandes wurden, Solidarität gegenüber Nichtkommunisten übten. Ein solches Verhalten konnte nicht aus dem Nichts heraus geboren, ohne eine humanistische Tradition entstanden sein. Zu befürchten ist, es wird in Deutschland, anders als in anderen Ländern, noch viel Zeit verge-

hen, bis die Linke als legitime, unbequeme, aber vorantreibende Kraft gesehen wird, die in einer demokratischen Gesellschaft nicht einfach ausgegrenzt werden sollte.

Wer gegen wen?

Ein klarer Verlauf der Frontlinien war – anders als 1848/1849 – in der Anfangsperiode der Revolution und zumindest bis zum 24. Dezember 1918 für die Beteiligten nur schwer zu erkennen.

In der Revolution des 19. Jahrhunderts blieben die Grenzlinien zwischen den Demokraten und Liberalen auf der einen und ihren monarchistischen Gegnern auf der anderen Seite trotz aller Differenzen in beiden Lagern immer kenntlich. 1918/19 gab es nicht einfach zwei sich gegenüberstehende Lager. Die Gegner der autoritären Herrschaft waren uneins darüber, gegen wen der Hauptstoß zu richten sei, während die Anhänger der Monarchie und Feinde eines jeden Sozialismus sich – jedenfalls was ihre führenden Kräfte betraf – relativ früh zum Kompromiss untereinander und mit einem Teil der Sozialisten zusammenfanden. Daraus resultierte zunächst die Ungewissheit, wer die Rolle als Hegemon in der Revolution erreichen und welche Bundesgenossen von diesem bevorzugt werden würden. Für die Führung der MSPD, die durch geschicktes und verdecktes Agieren bis zum 10. November die Hegemonie an sich gezogen hatte, gaben die Erfahrungen im Interfraktionellen Ausschuss den Ausschlag für die Wahl bevorzugter Partner. Dabei hätten diese Erfahrungen wenigstens ebenso sehr zur Warnung, zur Distanz wie zur Kooperation Anlass geben sollen. Ein klares Ja zur Demokratie war nur bei den Linksliberalen erkennbar, was diesen einen zeitweilig starken Aufwind bescherte. Bei den Nationalliberalen und im Zentrum war eine solche Entscheidung umstritten. Sogenannte Vernunftrepublikaner, die sich nur mit Bedauern von der Monarchie verabschiedeten, und Anhänger einer autoritär zu gestaltenden Staatsmacht zählten in diesen Parteien mindestens genauso viel Anhänger wie die erklärten Republikaner. Das Bedenklichste aber war bei den Rechtsliberalen und im Zentrum das überwiegende Vertrauen auf die militärische Führung. Die Spitzen dieser Parteien hätten eigentlich von dem sie überraschenden späten Eingeständnis des militärischen Desasters, das doch bereits am 8. August 1918 offensichtlich gewesen war, ernüchert sein müssen. Sie sahen aber trotzdem das Heil Deutschlands, das sie mit ihren eigenen Interessen identifizierten, von einer herausgehobenen militärischen Führung in der deutschen Politik abhängen. Dazu trug die schon vor dem Krieg gepflegte und im Krieg intensivierte Zusammenarbeit von Großindustriellen und Großagrariern mit dem Militär entscheidend bei.⁴⁴ So

44 Siehe Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt/Main 1955, S. 99f.

wurde die Stellung der Sozialisten zum Militärproblem zur Entscheidungsfrage der Revolution.

In der wissenschaftlichen Literatur wird seit geraumer Zeit das Bündnis Eberts und der MSPD mit der Obersten Heeresleitung (OHL) als problematisch, in wichtigen Details kritisch, meist aber als alternativlos abgehandelt. Nur eine Minderheit hält die Kooperation mit der OHL und deren Nachfolgeinstitutionen für verhängnisvoll und nicht zwingend notwendig. Für letztere Auffassung können gewichtige Gründe angeführt werden.

Den damals Verantwortlichen wird zunächst zugutegehalten, in einer Situation gehandelt zu haben, in der innere und äußere Bedrängnisse fast jeden Tag Entscheidungen von großer Tragweite erforderten, ohne dass deren Folgen bis in die letzte Konsequenz übersehen werden konnten. Dass die Zusammenarbeit mit der OHL und die Schaffung der Freikorps die Grundlagen für den Faschismus und dessen Aufstieg zur Macht initiierten, war auch beim Ende der Revolution im Frühjahr 1919 nicht abzusehen gewesen. Wohl aber hätte der Rat der Volksbeauftragten erkennen können, ja müssen, dass er mit der militärischen Führung höchstens einen bedingten Helfer auf Zeit fand, der in der SPD nie wirklich eine Verbündete, sondern ein Mittel zum Zweck sah. Kurzum, die Wandlung von einem Saulus zu einem Paulus, woran die MSPD-Führung offensichtlich glaubte, mutet seltsam an.

Für eine Partei, die sich intensiv mit der Geschichte auseinandersetzte und aus der Geschichte ihre Legitimation ableitete, hätte die Rolle des Militarismus in der deutschen Politik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mit ungebrochener Kontinuität bis zum Beginn der Novemberrevolution kein Buch mit sieben Siegeln sein dürfen. 1848/1849 Exekutor der Konterrevolution, im Kampf gegen die Pariser Kommune der eigentliche Scharfmacher, dem Bismarcks Politik noch zu lasch erschien, im Kampf gegen die Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg – immer drängte die militärische Führung auf drakonische Maßnahmen gegen demokratische Bestrebungen. Das Heer war die Hauptstütze der Monarchie, deren Exponenten sich 1916 in die direkte Abhängigkeit von der OHL begaben.

Akzeptieren wir, dass es für die sozialdemokratische Führung aufgrund der internationalen Konstellation 1914 nicht einfach war, dem „Burgfrieden“ auszuweichen, so hätte sie sich nicht trügerischen Illusionen bezüglich ihrer neuen „Partner“ hingeben dürfen. Stattdessen hielt sie in einem falschen Patriotismus still und aufmüpfige regionale Leitungen, wie in Leipzig, an, mit Kritik an der imperialistischen Zielsetzung zurückhaltend zu sein. Schon Arthur Rosenberg verwies darauf, gerade diese Kritik wäre notwendig gewesen, damit die SPD als glaubwürdige demokratische Macht hätte Stärke zeigen können.⁴⁵ Endlich aufwachen hätte die Führung der nunmehr MSPD müssen, als die Marineleitung im Sommer 1917 die Matrosenproteste gegen die unzumutbare Behandlung durch die Offiziere mit brutaler Härte niederschlug und dabei wortbrüchig wurde. In der Forschung wird

45 Siehe ebenda, S. 76f.

dieser Vorgang viel zu wenig beachtet. Die Hinrichtung von Albin Köbis und Max Reichpietsch, die alles andere als Revoluzzer waren, zeigte den Matrosen, der Marineleitung durfte man nicht vertrauen und nur von Macht zu Macht begegnen. Der Aufstand in Kiel und die schnelle Ausweitung der Revolution 1918 sind ohne diese Erfahrung nur schwer zu erklären. Nicht einmal der selbstmörderische Versuch der Marineleitung Ende Oktober 1918, die Flotte zu opfern, um das Ansehen der Marine und damit deren Position in künftiger Rüstungspolitik zu retten,⁴⁶ ließ Friedrich Ebert Abstand davon nehmen, am 10. November sich durch seine geheime Vereinbarung mit General Wilhelm Groener in die direkte Abhängigkeit von der OHL zu bringen. Gerade weil Groener, anders als viele andere Generale, berechenbar und auf seine Weise ein glaubwürdiger Mann war, wäre mindestens äußerste Vorsicht geboten gewesen. Denn selbst wenn Hindenburg und Groener von der Absicht der Marineleitung nicht bis ins Detail informiert gewesen sind (was bei der Kommando-Struktur denkbar war), so hätten sie in der Situation, in der sich Deutschland befand, entschieden gegen den geplante Flottenvorstoß protestieren müssen. Stattdessen übten sie billigende Zurückhaltung. Sie zeigten unmissverständlich ihre ungebrochene Treue zur Monarchie und wollten nach deren Zusammenbruch das Heer als die wichtigste Institution der alten Zeit in die neue Zeit hinüberführen. Die MSPD und mit ihr der Rat der Volksbeauftragten befanden sich somit bereits im frühen Stadium der Revolution in teilweiser direkter Abhängigkeit von der monarchisch gesinnten Heeresführung.

Dabei hätte schon nach Ablauf der ersten Revolutionswoche der Rat der Volksbeauftragten, wenn er schon mit den Militärs bedingt kooperieren wollte, seine Bedingungen von einer Position der Stärke aus durchsetzen können. Das Heimatheer war nicht mehr in der Hand der zuständigen Generalkommandos, der preußische Kriegsminister konnte keine Befehle eigenmächtig erteilen, und das Feldheer war, wie in der OHL festgestellt werden musste, zur Verteidigung der Monarchie nicht bereit. Es war überhaupt im Innern nicht einsetzbar, wie sich spätestens am 24. Dezember in Berlin im Kampf mit der Volksmarinedivision zeigte, als die von der Front zurückgeführten Truppen unter dem Befehl des Generals Lequis beim Anrücken Tausender Demonstranten, darunter viele Frauen, auseinanderliefen.⁴⁷

Es hätte also die Chance bestanden, in Kürze neue Streitkräfte mit den Soldatenräten als oberste Kommando-Instanzen aufzubauen. Dagegen werden in der Literatur meist zwei Einwände vorgetragen: erstens der Zwang zu schnellem Handeln, um die Truppen in der von den Siegermächten verlangten relativ kurzen Frist zurückzuführen, wozu man die militärischen Fachleute benötigte; zweitens das Fehlen von genügend Freiwilligen für eine republikanische Truppe, die für die Sicherheit der neuen Macht die Gewähr bot.

46 Siehe Karl-Volker Neugebauer (Hrsg.): Grundkurs Militärgeschichte, Bd. 2, München 2007, S. 72.

47 Siehe Wolfgang zu Putlitz: Unterwegs nach Deutschland. Erinnerungen eines ehemaligen Diplomaten, Berlin 1964, S. 13-16. Putlitz hatte als Leutnant der Garde-Ulanen am Kampf teilgenommen. Seine Schilderung entspricht den Darstellungen in der wissenschaftlichen Literatur.

Bei Ersterem zeigt sich der Mangel an Kenntnissen in der Militärgeschichte, der in den meisten Darstellungen über die Revolution zu erkennen ist. Logistische Unternehmen wie Aufmarsch und Rückführung werden von den militärischen Stäben in enger Zusammenarbeit mit zivilen Fachleuten vorbereitet und durchgeführt. Im Krieg waren für diese Zusammenarbeit enge Netzwerke entstanden. Die daran direkt beteiligten Militärfachleute waren zumeist Offiziere der unteren bis mittleren Ebene. Von diesen militärischen Fachleuten wären genügend zu gewinnen gewesen. Das Beispiel Österreich, dessen Lage mit der in Deutschland vergleichbar war, hat das bewiesen.⁴⁸ Nach einem zunächst chaotischen Beginn verlief die Rückführung nicht schlechter als in Deutschland.

Noch weniger stichhaltig ist der zweite Einwand. In diesem wird das Unbehagen mancher Autoren deutlich zugegeben, dass der Rat der Volksbeauftragten keine ernsthaften Anstalten machte, eine starke Volkswehr aufzubauen, um die OHL nicht zu verprellen. Dafür gibt es eine drückende Beweislast.⁴⁹ Zwar trifft zu, dass bestimmte Aufrufe auf wenig Resonanz bei Arbeitern stießen, wofür es jedoch gute Gründe gab: Die Arbeiter, gerade auch militärisch ausgebildete und zurückgekehrte Frontsoldaten, hatten keine Lust, sich von den alten Offizieren und Unteroffizieren wieder schurigeln zu lassen. Das aber wäre geschehen, denn die OHL konnte ohne größeren Widerstand nach kurzzeitiger Verunsicherung durch die Soldatenräte bald wieder die Kommandogewalt der alten Offiziere durchsetzen. Die hinhaltende Taktik Friedrich Eberts spielte ihnen dabei in die Hände.⁵⁰ Dort wo es möglich war, unter dem Kommando der Soldatenräte Volkswehren zu bilden, geschah dies mit Erfolg, nicht nur in Österreich, wie die Beispiele München und auch Leipzig bewiesen.

Solche Wehren sicherten Ruhe und Ordnung, sie waren allerdings zu Operationen außerhalb der deutschen Grenzen kaum geeignet. Für solche gab es auch keine zwingende Notwendigkeit, da die Grenzen vorerst und bis zur Herstellung der vollen Souveränität Deutschlands durch die Siegermächte garantiert waren. Durchaus mögliche Übergriffe größeren Ausmaßes seitens polnischer Nationalisten lagen nicht im Interesse der Sieger, kleinere Grenzscharmützel hätten von demokratischen Wehren erfolgreich bestanden werden können. Diese Wehren hätten den Sockel des neuen Heeres auf der Grundlage des Versailler Vertrages bilden können. Doch genau das war von den Militärs und den alten Eliten nicht gewollt. Die neue Reichswehr sollte zum Kern eines späteren sogenannten Volksheeres werden, mit welchem wieder Großmachtspolitik zu betreiben war. Da störten von

48 Siehe Francis L. Carsten: *Revolution in Mitteleuropa 1918-1919*, Köln 1973, S. 20-23.

49 Siehe Heinrich August Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924*, Berlin-Bonn 1984, S. 70f. In Österreich gelang es, eine einsatzfähige Volkswehr zu schaffen. Siehe Detlef Lehnert: *Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft*, Stuttgart 1999, S. 65.

50 Ebert gab dem Druck General Groeners nach, indem er den Beschluss des Reichsräte-Kongresses über die Hamburger Punkte zur Entmachtung der Offiziere hinhaltend behandelte. Siehe Carsten, *Revolution in Mitteleuropa*, S. 58f.

Arbeiter- und Soldatenräten geführte Milizen. Freikorps, aus der Konkursmasse des alten Heeres und mit jungen Freiwilligen gebildet, Einwohnerwehren und Grenzschutzformationen unter dem Kommando nationalistischer Offiziere sollten die Basis für die neue Wehr bilden. Die Politik des Rates der Volksbeauftragten lieferte dafür die Grundlagen.

Dabei wollten Ebert als faktischer erster Regierungschef und bald darauf als Reichspräsident sowie die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder gewiss nicht einer imperialistischen Politik auf lange Sicht den Weg bereiten.

Was aber wollte Ebert wirklich? Wie sollte nach den persönlichen Intentionen der drei den Rat der Volksbeauftragten dominierenden Sozialdemokraten Ebert, Scheidemann und Landsberg die Perspektive Deutschlands gestaltet werden? Aus den bisherigen Forschungen treten nur eindeutig die klare Orientierung auf die parlamentarische Staatsform und die Abneigung gegenüber den Räten hervor. Aber der Weg dorthin hing entscheidend von den Partnern aus dem bürgerlichen Lager, mit denen man sich zusammensetzen musste, ab. Warum vertraute vor allem Ebert, der eigentliche Weichensteller, den Militärs, nach all den Erfahrungen und obwohl er selbst, zumindest nach außen, eine ganz unmilitärische Persönlichkeit zu sein schien? War es sein Patriotismus, der selbst durch den Soldatentod zweier Söhne nicht erschüttert wurde und blind glauben ließ, seine Bindung an Deutschland sei die gleiche wie die der kaiserlichen Offiziere? Persönliche Aufzeichnungen darüber existieren nicht.⁵¹ Schlussfolgerungen können wir nur aus Erinnerungen anderer an Gespräche mit ihm und aus den von ihm und von den anderen Mitgliedern des Rates getroffenen Entscheidungen ziehen. Die offiziellen Erklärungen geben wegen der sozialistischen Phraseologie nur bedingt Aufschluss. Sie bleiben zudem in militärischen Fragen bis zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Aufstellung von bewaffneten Formationen oder über die Kommandogewalt relativ unbestimmt.

Offenkundig fühlten sich Friedrich Ebert und seine Vertrauten so weit in die bürgerliche Gesellschaft integriert, dass für sie die Klassenbindung zweitrangig geworden war. Daher vertrauten sie mehr den Ordnungskräften des alten Staates als möglichen neuen aus ihrer eigenen Bewegung, der sie sich teilweise entfremdet hatten. Hierbei handelte es sich nicht nur um die Entfremdung, die sich mit der Herausbildung der drei Strömungen vor allem im Jahrzehnt vor dem Krieg und in diesem selbst eingestellt hatte. Auch die unterschiedlichen Erfahrungen von Parteiführern, die von der Regierungsbürokratie dringend gebraucht wurden, und von Arbeitern, die im Krieg trotz Burgfrieden die Klassenpolarisierung sehr deutlich spürten, schufen Spannungen, die durch die Anfangserfolge der Revolution zeitweilig überbrückt wurden. So blieb der Parteiführung nichts anderes übrig, als sich weiter sozialistischer Losungen zu bedienen, was ihnen wiederum das Misstrauen der neuen Verbündeten eintrug. Das aber konnte nur durch Zugeständnisse

51 Persönliche Aufzeichnungen und Briefe gingen im Zweiten Weltkrieg verloren. Es ist auch unsicher, ob solche Aufschluss gegeben hätten, weil sich Friedrich Ebert mit persönlichen Äußerungen zurückhielt.

an die militärische Führung abgebaut werden, die im eigenen Führungskreis Zweifel auslösten, zumal Ebert entscheidende Fragen aus eigener Machtvollkommenheit entschied und spätere Kritik daran harsch abwies. Sebastian Haffner zeichnete daher das Bild eines kleinbürgerlichen Politikers, der wie ein Handwerksmeister seine Gesellen anraunt, gegenüber vornehmer Kundschaft aber verbindlich bis devot auftritt.⁵² Es sei dahingestellt, ob durch dieses treffend gezeichnete Erscheinungsbild (im wörtlichen Sinne) das Selbstverständnis Eberts als Politiker richtig wiedergegeben wird. Wahrscheinlich verstand er sich von dem Moment an, als er die Macht an sich gezogen hatte, als Sachwalter aller Deutschen und in diesem Sinne schon vor der Wahl zum Reichspräsidenten nicht mehr als erster Mann der Arbeiterbewegung, sondern als erster Bürger in Deutschland. Gerade dann ist aber danach zu fragen, ob er für diese selbst übernommene Verantwortung die Voraussetzungen mitbrachte. Zu solchen Voraussetzungen gehörten durchaus der Wille zur Macht und das Gespür für den Weg dahin. Wenn aber dabei die Perspektive unklar gesehen wurde und persönliche Animositäten, gar Hass eine wichtige Rolle spielten, dann handelte es sich um einen fehlgeleiteten Machtwillen.

Hass war in beiden Flügeln der Revolution von Anfang an da. Die Verletzungen im Richtungsstreit bis 1914 und verstärkt seit dem Ausbrechen der Minderheit der Sozialdemokratie aus der Burg eines nur scheinbaren inneren Friedens mussten die Handlungen der Repräsentanten der Flügel beeinflussen. Rosa Luxemburgs Attacken gegen die Führer des rechten Flügels, besonders gegen Scheidemann, lassen solchen Hass erkennen. Aber wie sollte es nicht zu Hassgefühlen kommen, wenn der Feind im Inneren – und diesen erkannte Rosa Luxemburg lange vor Ausbruch der Revolution sehr klar – brutal auf sie einschlug und dabei Unterstützung von ihren Gegnern, aber noch nicht direkten Feinden (!) in der Arbeiterbewegung erhielt?

Wenn wir verfolgen, wie mit diesem Hass in der Revolution umgegangen wurde, bleibt festzustellen: Der Hass mündete bei Spartakus und dann in der KPD nicht in eine Gewaltpolitik, obwohl es dafür bei den Linksradikalen Befürworter gab. Man könnte jetzt aber sagen, für eine Gewaltpolitik ohne Wenn und Aber fehlten die Mittel, was zutrifft, aber nicht aus der Welt schafft, dass die Führer des Spartakusbundes auf Überzeugungsarbeit und Massendemonstrationen setzten. Das hätten die Führer der MSPD wenn schon nicht würdigen, so doch bei langjähriger Kenntnis der ihnen Gegenüberstehenden in Rechnung stellen sollen. Es gab im Verlauf der Revolution mehrfach Möglichkeiten zur Deeskalation zur rechten Zeit, so am 24. Dezember 1918 und nach dem 4. Januar 1919. Diese wurden, da gibt es keinen Zweifel, bewusst nicht genutzt. Hassgefühle und eine falsche Beurteilung der seit dem Januar entfesselten Militärs leiteten weiter die Politik der mehrheitssozialistischen Führer. Die von der Soldateska verübten mas-

52 Siehe Sebastian Haffner: Die deutsche Revolution, München 1991, S. 83.

senhaften Morde wurden offensichtlich als – wie heute gesagt werden würde – bedauerliche, aber nicht zu verhindernde „Kollateralschäden“ angesehen. Über die zweifelhafte Rolle, die sozialdemokratische Politiker im Zusammenhang mit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg spielten, hat Klaus Gietinger bisher nicht Widerlegtes geschrieben.⁵³ Eine offizielle Verurteilung des unsäglich-lichen „Vorwärts“-Beitrages,⁵⁴ durchaus als Mordhetze zu verstehen, blieb aus. Wenn es ein echtes Erschrecken nach Bekanntwerden der Morde gegeben hat, warum wurde dann nicht die gerichtliche Untersuchung der Vorgänge um den Mord der Führung der militärischen Formation, in der die Morde verübt wurden, aus der Hand genommen? Nach den Gräueltaten im März in Berlin wurden keine persönlichen Konsequenzen gezogen. Hauptverantwortliche wie Oberst Wilhelm Reinhard blieben im Dienst. Obwohl der zeitweilige Berliner Stadtkommandant, verantwortlich für die Erschießung der 29 Matrosen in den Märzkämpfen, als verborbener Monarchist und rabiater Antisemit bekannt war, nannte ihn Friedrich Ebert einen „tüchtigen Offizier“⁵⁵.

Wenn wir annehmen, auch Ebert und seine Mitarbeiter litten an den Brutalitäten ihrer vermeintlichen Helfer und waren überzeugt: Wir müssen das grausige Zwischenspiel durchstehen, um die Republik in deren Geburtswehen nicht im Stich zu lassen, danach beginnt die eigentliche Aufbauarbeit – so erlagen sie einem Irrtum mit zwangsweise fatalen Folgen. Sie verbündeten sich nicht mit Resten einer geschlagenen Macht, sondern mit Kräften, die zeitweilig erschüttert, deren Grundlagen aber voll erhalten geblieben waren. Die ungesühnten Morde belasteten die Republik auf eine nicht zu überschätzende Weise. Bei Berücksichtigung des nationalistisch aufgeheizten Klimas erschienen die Mörder in patriotischen Kreisen – und dazu gehörten auch viele der „Vernunftrepublikaner“ – als Verteidiger des Vaterlandes. Das Militär, nun Reichswehr, wurde wieder zur Klammer der Nation, mit den Soldaten und Offizieren, die Verbrechen verübt hatten, aber als unbescholten gelten konnten, da sie nicht juristisch belangt worden waren. Das nach den Wahlen vom Januar 1919 scheinbar breite Bündnis der Republikaner konnte, ja musste unter diesen Bedingungen schnell bröckeln. Die lauen Republikaner auf der rechten Seite suchten, von taktischen Zwängen befreit, bald neue Bündnisse ohne Sozialdemokraten. In der Arbeiterbewegung links von der MSPD musste deren Politik abstoßend – hier im wertneutralen Sinne gemeint – wirken. Der starke Zustrom zur USPD seit dem Ende der Revolution war die Folge. Die Masse dieser zumeist Arbeiter kann nicht als der Demokratie feindlich

53 Siehe Klaus Gietinger: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Berlin 1995, S. 73-75, 107-109.

54 In einem „Gedicht“ hatte ein Artur Zickler im „Vorwärts“ am 13.1.1919 faktisch zum Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aufgerufen.

55 Siehe Otto-Ernst Schüddekopf: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918-1933, Hannover-Frankfurt/Main 1955, S. 17. Der damalige Stadtkommandant von Berlin Reinhard hatte die Erschießung der 29 Matrosen befohlen. Im Sommer 1919 bezeichnete er die Mitglieder der Regierung als „Lumpengesindel“.

eingestellt angesehen werden, sie erstrebten eine nicht rechtslastige Republik. Unter den Radikallinken in der USPD und in der KPD waren viele in ihrer Position nicht verfestigt. Aber die ungesühnten Morde, besonders an ihren großen Vorbildern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, erbitterten sie und entfremdeten sie dieser Republik.

Das Letztgenannte gilt auch für nicht wenige Demokraten aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen sowie aus intellektuellen Kreisen. Künstler und Publizisten wandten sich während der Weimarer Republik oft den Verbrechen und den Versäumnissen in der Revolution zu, dabei die SPD, sicher oft zuspitzend, doch selten grundlos, belastend. Bekannt geblieben sind die Dramen Ernst Tollers (besonders „Hoppla, wir leben“) und Bernhard Kellermanns Roman „Der 9. November“ sowie Kurt Tucholskys Glossen und Gedichte. Dessen bitter-ironische Sentenz „Die deutsche Revolution hat im Jahre 1918 im Saale stattgefunden“⁵⁶ wurde oft zitiert, allerdings zumeist ohne den Nachsatz: „Die Möglichkeiten, die trotzdem auf der Straße gelegen haben, sind von Ebert und den Seinen verraten worden.“⁵⁷ Weniger in der Erinnerung geblieben, aber damals heftige Diskussionen auslösend, sind die Artikel und ein Bühnenstück Ehm Welks. Als einer der damals bekanntesten Publizisten ging er in den ersten Jahren der Weimarer Republik in der „Braunschweigischen Morgenzeitung“ und im angesehenen „Leipziger Tageblatt“ mit der Drohung von rechts ins Gericht.⁵⁸ Sein Drama „Gewitter über Gottland“ behandelt im historischen Gewand der Störtebeker-Sage die Probleme der Revolutionszeit. Die von Erwin Piscator inszenierte Berliner Aufführung löste 1927 den vielleicht größten Skandal in der Theaterszene der Weimarer Republik aus.⁵⁹ Aufschlussreich ist auch eine Äußerung Hermann Hesses. Er schrieb 1929 an den Verleger Heinrich Wiegand, er teile „doch ein klein wenig die kommunistische Aversion gegen die deutschen Menschewiki, die Patrioten anno 14 waren und Patrioten heute sind, die an der Revolution nicht teilgenommen haben, den Eisner wie den Liebknecht im Stich gelassen haben, aber als Erben auf deren Stühlen sitzen [...] Wenn schon Revolution und Machtkampf, dann auch durchführen und Ernst machen.“⁶⁰

Viele Künstler und Publizisten in der Weimarer Republik hatten ein Gespür für die politischen Probleme der Zeit und deren historische Wurzeln. Sie durchbrachen zeitweilig die kulturelle konservative Hegemonie. Das Nachdenken darüber blieb in der SPD aus. Solche Versäumnisse sollten den Historikern heute zu denken geben, wenn über die Revolution von 1918/1919 geschrieben und gesprochen wird.

56 Kurt Tucholsky: Deutschland, Deutschland – unter anderen, Berlin 1958, S. 24.

57 Ebenda.

58 Siehe Konrad Reich: Ehm Welk. Stationen eines Lebens, Rostock 1977, S. 69-74.

59 Siehe ebenda, S. 148-172.

60 Zit. nach: Eike Middell: Hermann Hesse, Leipzig 1972, S. 200.

Die internationale Dimension der Revolution

Der Erste Weltkrieg veränderte die internationalen Beziehungen von Grund auf. Das Ausscheiden der drei Hauptverlierer Deutschland, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich, alle drei autoritär regierte Staaten, als wichtige Mitspieler im Konzert der Großmächte bedeutete einerseits einen Triumph der westlichen Demokratien. Andererseits führten die durch den Krieg bedingte Verschiebung der Kräfte innerhalb der westlichen Mächte zugunsten der USA und die gleichzeitige Herausforderung durch das revolutionäre Russland zu einer irreparablen Störung des bisher leidlich ausbalancierten Gleichgewichts zwischen den Mächten. Daher mussten die verbliebenen Großmächte ein starkes Interesse am Gang der Revolution in Deutschland, einer immer noch potentiellen Großmacht, haben. Dieses Problem ist in der Revolutionsforschung bisher zumeist etwas einseitig, vor allem unter dem Gesichtspunkt behandelt worden, welchen Spielraum die Siegermächte dem Rat der Volksbeauftragten gewährten.

Auch die führenden Politiker des Westens trieb die Sorge um, Deutschland könnte von der russischen Revolutionswelle überrollt werden und damit außer Kontrolle geraten. Sie sahen im Rat der Volksbeauftragten einen in ihrem Sinne stabilisierenden Faktor, ohne allerdings dadurch zu Milderungen der Vertragsbedingungen für einen Friedensschluss veranlasst zu werden.

Die Mehrheitssozialdemokraten setzten, um keine Irritationen bei den Siegermächten zu erwecken und aus ihrer antibolschewistischen Grundhaltung heraus, von Anfang an auf eine unzweideutige Westorientierung. Das war an sich konsequent. Dort jedoch, wo sie versuchten, die Westorientierung und die Annäherung an die militärische Führung in Deutschland zu verbinden, mussten sie in ein unauflösbares Dilemma geraten.

Ein erster vorentscheidender Schritt auf diesem Weg noch während des Krieges war ihre Stimmenthaltung bei der Abstimmung über den Brester Frieden. Wenn nicht vorher die bereits genannten Faktoren, dann hätte dieser von deutscher Seite aus imperialistische Friedensvertrag die SPD-Führer von Bundesgenossen, die diesen Vertrag durchboxten, ein für alle Mal abhalten müssen. Für eine sozialdemokratische Partei war eigentlich nichts anderes denkbar als ein klares Nein. Bereits hier verloren Friedrich Ebert und seine Anhänger an Glaubwürdigkeit, und dieser Vertrauensverlust war nicht wiedergutzumachen. Gewiss war ihre Lage schwierig, innenpolitisch, aber auch bei Berücksichtigung der Tatsache, dass der Vertrag mit einer Regierung abgeschlossen wurde, die nicht lange davor eine gewählte Volksvertretung davongejagt hatte. Aber stärker musste wiegen, dass sie einen Raub gigantischen Ausmaßes faktisch unterstützten. Nicht zu vergessen: Die Politiker, die später in der Revolution die Regierungspolitik bestimmten, begaben sich früh ohne Not in eine Falle. Ihre Befangenheit gegenüber der Ordnungsmacht wurde zu einer Gefangenschaft.

In diesem Zusammenhang ist eine Frage zu berühren, vor der die etablierte deutsche Historikerzunft ausweicht. Die meist verhaltene Kritik an der erwähnten

Entscheidung oder am Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland hätte eigentlich zur Überlegung führen müssen, ob es nicht Alternativen in der Politik gegenüber Rußland nach dem Ausbruch der Revolution in Deutschland gegeben habe. Selbst wenn im Rat der Volksbeauftragten geglaubt wurde, die Januarkämpfe seien ein Spartakisten-Putsch gewesen, so war nach diesen Kämpfen die Gefahr beseitigt. Dem Rat und den Militärs muss zudem klar gewesen sein, dass von Rußland in den Wirren des Bürgerkrieges keine ernstzunehmende Einmischung in Deutschland drohte. Vielmehr musste der Sowjetstaat an einem leidlich guten Verhältnis zu Deutschland interessiert sein. Dass Lenin eine solche Politik verfolgte, hatte er bewiesen. So wäre die Möglichkeit für mehrere Optionen gegeben gewesen. Die heutige deutsche Geschichtsschreibung berücksichtigt kaum die damals noch leidlich offene Situation, den Ausgang der Kämpfe in Rußland betreffend. Der Sieger im Bürgerkrieg musste nicht zwangsläufig den Weg einschlagen, den er dann genommen hat. Wenn seit geraumer Zeit eingeschätzt wird, das Zurückweisen Maos und Ho Chi Minhs durch die USA habe erst die einseitige Festlegung Chinas und Nordvietnams auf einen prosovjetschen Weg unumkehrbar gemacht,⁶¹ dann bietet sich eine vergleichbare Schlussfolgerung auch für Sowjetrußland an. Entkräften lässt sich eine solche Überlegung auch nicht durch den Einwand, der Rapallo-Vertrag habe den Stalinismus nicht verhindert. Denn einmal war 1922 Lenin durch seine Krankheit als Führer der Sowjetunion faktisch ausgefallen, und die Strukturen der Herrschaft waren sehr wesentlich anders als die zu Anfang des Jahres 1919. Und nicht zu vergessen: Der jahrelange Bürgerkrieg, auch von den Gegnern der Bolschewiki mit großer Brutalität und mit Unterstützung der Westmächte geführt, hatte zur Barbarisierung der Herrschaft beigetragen.

Die Hypothese, die Siegermächte hätten kein Vertrauen zu den Räten als Machtinstitutionen im zivilen oder gar im militärischen Bereich gehabt, ist mehr vermutet als bewiesen. Der Rat der Volksbeauftragten wurde doch nicht deshalb von den Siegern als rechtmäßige deutsche Regierung akzeptiert, weil er sich auf geschulte hohe Berufsbeamte und Berufsoffiziere stützte, sondern weil er als demokratisches Organ aus dem Sturz der alten Ordnung hervorgegangen war. Was das alliierte Misstrauen gegen die Räte und besonders die Soldatenräte in den besetzten Gebieten betrifft, so ist nachgewiesen worden, dass es sich hierbei um suggerierte bzw. lancierte Meldungen aus dem Auswärtigen Amt handelte.⁶² Viel stärker als gewiss vorhandene Vorbehalte gegenüber Räten im militärischen Bereich wog in Frankreich und Großbritannien die tief verwurzelte Ablehnung des deutschen Militarismus. Darin waren sich die französischen und englischen Politiker einig, nicht nur während der Verhandlungen über den Versailler Vertrag. In Clemenceaus Erinnerungen⁶³ wird das ebenso deutlich wie später in der Skepsis bis

61 Siehe Stephen Maxner: Die USA und Vietnam, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2008, Nr. 27, S. 25-32, hier S. 26.

62 Siehe Freya Eisner: Kurt Eisner. Die Politik des libertären Sozialismus, Frankfurt/Main 1979, S. 95.

Ablehnung des militärischen Widerstandes gegen Hitler durch die britischen verantwortlichen Politiker. Für die Revolutionszeit gibt es jedenfalls keinen belastbaren Beleg für die Ablehnung eines Milizheeres mit Soldatenräten. Überhaupt ist die Zurückhaltung der Siegermächte, was die innerdeutschen Machtverhältnisse betraf, hervorzuheben. Deutschland wurde eben nicht mit Russland gleichgesetzt.

Vor einer neuen Sachlichkeit im Umgang mit der Literatur?

Bei einer Wiederbelebung der Revolutionsforschung wird vielleicht nach neuen Quellen gefragt werden. Das gilt nicht so sehr für die neuen Länder, wo zu DDR-Zeiten viel aus Quellen geschöpft wurde, woraus neue Interpretationen erwachsen können. Gemeint sind in erster Linie die heute polnischen, teilweise russischen Gebiete, also Ost- und Westpreußen, Schlesien und Hinterpommern. Die hier zu erschließenden Quellen könnten wichtige Aufschlüsse zur Formierung der Gegenrevolution, doch auch zum Verhalten der ländlichen und städtischen Mittelschichten liefern. Es sei hierzu nur eine These aufgestellt. In der Wahlforschung gilt eine große Kontinuität im Wählerverhalten von der Kaiserzeit bis zur späten Weimarer Republik für ausgemacht. Berücksichtigen wir die große Unzufriedenheit bei Kriegsende in den Mittelschichten, deren in der Revolution zunächst ausbleibende Unterstützung für die alte Macht, deren Exponenten sie bisher zumeist gewählt hatten, ergibt sich die Frage: Wäre bei einem anderen Verlauf der Revolution nicht ein Kontinuitätsbruch denkbar gewesen? Scheinbar lange Trends können auch über mögliche jähe Wendungen hinwegtäuschen.

Vielleicht noch wichtiger als das Stöbern in polnischen und russischen Archiven wird sein, das bisher über die Revolution Geschriebene unvoreingenommen zu visitieren. Über die meiste Zeit in der Spanne von 1919 bis heute haben die Autoren von einem deutlich erkennbaren politischen Standpunkt aus geschrieben. Das galt während der Weimarer Republik besonders für die Erinnerungs-Literatur. Die akademisch etablierte Geschichtsschreibung hielt sich mit großen Versuchen über die Revolution zurück. Arthur Rosenbergs „Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik“ war ein Solitär. Im Autor erkennen wir die seltene Verbindung zeitweiligen Engagiertseins in herausgehobener politischer Position und danach die abgeklärte Sicht auf erlebte und mitgestaltete Geschichte. In der NS-Zeit dominierte die Sicht auf die „November-Verbrecher“, letztlich auch bei Historikern von Rang in kultivierter Version wie in der noch heute und übrigens auch in der DDR hoch gelobten Sächsischen Geschichte von Kötzschke/Kretzschmar.⁶⁴

63 Siehe Georges Clemenceau: Größe und Tragik eines Sieges, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1930, Kap. 15, S. 205-223. Clemenceau verliert kein Wort gegen die Räte. Dafür sind seine Ausführungen vom tiefen Misstrauen gegenüber der deutschen Militärpolitik und die den Militarismus stützenden Kräfte geprägt.

64 Siehe Rudolf Kötzschke/Hellmut Kretzschmar: Sächsische Geschichte, Bd. 2, Dresden 1935. Diese Sicht gilt für die ganze Zeit der Weimarer Republik.

Auf die Forschungsliteratur in der Zeit des Kalten Krieges und bis zur Vereinigung ist bereits oben eingegangen worden.

Es ist zu wünschen, dass in einer Wiederbelebung der Diskussion um die deutsche Revolution von 1918/1919 das Überlieferte an Literatur unbefangener als in den Jahrzehnten davor zu Rate gezogen wird. Das gilt aus meiner Sicht einmal für die Literatur über andere europäische Revolutionen des gleichen Zeitraums. Auch die politische Diskussion um das Europa von heute und morgen sollte dazu animieren. Bei deutschen Autoren ist eine nicht übersehbare Distanz zu diesen Revolutionen und zur Literatur darüber erkennbar. Die Vergleichsmöglichkeit bleibt dadurch eingeschränkt. Zum Beispiel fällt auf, wie wenig Francis L. Carstens vergleichende Betrachtung über die „Revolution in Mitteleuropa 1918-1919“⁶⁵ ausgebeutet wird, obwohl sich dessen Vergleich zum Verlauf in den deutschen Ländern und in Österreich als sehr produktiv erweist. Über die Gründe der Enthaltensamkeit soll hier nicht gemutmaßt werden. Auch dass die russische Revolution (richtiger: die drei Revolutionen in Russland von 1905 bis 1917) sehr einseitig im Kontrastprogramm der Bedrohung erscheint, wird dem Zusammenhang, auch dem strukturellen Zusammenhang von deutscher und russischer Revolution nicht wirklich gerecht. Eine Fallstudie zur russischen Oktoberrevolution in dem Sammelband „Große Revolutionen der Geschichte“ weist auf einen positiven Ansatz in dieser Richtung hin. In dieser ordnet Dietrich Beyrau die bolschewistische Revolution in den europäischen Kontext von der Französischen Revolution 1789 bis zur Zweiten Internationale ein,⁶⁶ was das Verständnis für die Umwälzungen in Russland bis 1921 fördert. Ein vergleichbarer Blickwinkel würde die Sicht auf die deutsche Revolution schärfen.

Neue Aufmerksamkeit verdienen auch die vielfältigen Erinnerungen. Sie wurden bisher in erster Linie in ihrem informativen Gehalt ausgeschöpft, was Sinn machte, um sich von subjektiven Positionen wie Animositäten der Autoren gegen ehemalige Konkurrenten nicht aufs Glatteis führen zu lassen. Aber es gab auch Selektionen, die dem subjektiven Standpunkt der Historiker geschuldet waren. Von solcher Selektion waren auch unverzichtbare Kronzeugen betroffen. Walter Oehme, ein bekannter Publizist, 1918 prominenter Soldatenrat im Ostheer, saß in den entscheidenden Tagen der Revolution im Vorzimmer Friedrich Eberts „Damals in der Reichskanzlei“.⁶⁷ Seine hochinteressanten Erinnerungen von 1958 wurden in der westdeutschen Literatur fast vollständig gemieden, doch auch in der DDR, wo sie erschienen, nur sehr sparsam genutzt. Gleiches lässt sich von den Erinnerungen von Wolfgang zu Putlitz sagen, der nicht nur über den Kampf am 24. Dezember 1918 als Teilnehmer berichtet, sondern auch sonst interessante Schilderungen über Offiziere und Adlige in der Revolutionszeit liefert.⁶⁸ Westdeutsche

65 Siehe Carsten, *Revolution in Mitteleuropa* (Anm. 48).

66 Siehe Dietrich Beyrau: *Die bolschewistische Revolution 1917-1921*, in: Peter Wende (Hrsg.): *Große Revolutionen der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München 2000, S. 190-207.

67 Siehe Walter Oehme: *Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/19*, Berlin 1958.

Historiker verhielten sich beiden Autoren gegenüber wie im Kalten Krieg üblich: Der ehemalige Sozialdemokrat Oehme und Kritiker des Ebert-Kurses wirkte als Störenfried. Bei Putlitz war es noch ärger. Dieser leistete – wohl als einziger deutscher Diplomat in gehobener Position – frühzeitig Widerstand gegen den Kriegskurs Hitler-Deutschlands, und zwar in Konspiration mit dem „Feind“ Großbritannien. Schlimmer noch, er ging nach einigen Irrfahrten nach dem Krieg in die DDR und äußerte sich kritisch über seine ehemaligen Kollegen, die ihre Karriere nun bruchlos in der BRD fortsetzten.

Wolfgang zu Putlitz' Erinnerungen sind zudem nicht als historische Erinnerungen in engerem Sinne, sondern als Erinnerungen eines an Abwechslungen reichen Lebens gedacht und der „schönen“ Literatur zuzurechnen. Die verhältnismäßig geringe Beachtung von Erinnerungsbüchern in der neueren deutschen Geschichtsschreibung hat mit einem gewissen Hochmut professioneller Historiker und mit dem literarischen Anspruch in Erinnerungsbüchern zu tun, was heißt, sie sind oft gut und leicht lesbar. Womit Historiker in unseren Landen ihr Problem haben. Was den Abstand von DDR-Historikern zu den Erinnerungen von Oehme und Putlitz betrifft, so dürfte auch deren nicht unbedingt der Partei gemäße Diktion eine Rolle gespielt haben.

Wenn Rürup 1993 zu Recht hervorgehoben hat, der Aufschwung der Revolutionsforschung in der BRD sei wesentlich der Hinwendung zur Sozialgeschichte zu verdanken gewesen und deren Bedrängnis durch konkurrierende Sichten habe das Bild der Revolution verblässen lassen, dann ist aber auch auf neue Chancen zu verweisen. Die Hinwendung zur kulturgeschichtlichen Sicht oder wenigstens deren Einbeziehung eröffnet eine solche Chance. Diese wird anderswo bereits gesehen. Im von Heiko Haumann herausgegebenen Sammelband „Die Russische Revolution 1917“⁶⁹ beziehen die Autoren, alle an der Universität Basel arbeitend, intensiv die sogenannte schöne Literatur ein. Der Herausgeber selbst zitiert in seinem Beitrag über die Ursachen der Revolution natürlich Gorkij, aber auch Čechov und Leo Tolstoj. Diese Autoren zeigten ein großes Gespür für heranreifende Konflikte und die dahinter liegenden Ursachen. Nach der Oktoberrevolution waren es wieder Künstler, die bald auf die Fehlentwicklungen verwiesen, erneut Gorkij, dann Pasternak und die eher als unpolitisch geltenden Paustovskij und Korolenko.

Wer sich mit der deutschen Revolution von 1918/1919 befasst, ist gut beraten, auf ein ebensolches Gespür bei deutschen Autoren zu achten, wofür oben Namen genannt wurden.⁷⁰ Verfolgt man die künstlerische Widerspiegelung der Revolution in den Jahrzehnten nach dem Ereignis, vor allem in der Literatur, doch auch in der bildenden Kunst, so kann der Historiker etwas über die Langzeit- und Tiefenwirkung des Umbruchs erfahren. Mehr aber noch darüber, wie es die Historiker und die Politiker verstanden haben, etwas von dem Atem dieser Revolution zu erhal-

68 Siehe Putlitz, *Unterwegs nach Deutschland* (Anm. 47).

69 Siehe Heiko Haumann (Hrsg.): *Die Russische Revolution 1917*. Köln-Weimar-Wien 2007.

ten. Dann wird auffallen, dass – obwohl die Gründer beider Staaten am Beginn einer neuen Zeit die intensive Auseinandersetzung mit den Ursprüngen der ersten Republik für wichtig gehalten haben – Künstler davon höchst selten inspiriert wurden. Was wenigstens den Historikern zu denken geben sollte.

70 Siehe auch den Beitrag von Wolfgang Beutin im vorliegenden Band.

„Ganz Europa ist vom Geist der Revolution erfüllt“. Die internationale Protestbewegung am Ende des Ersten Weltkrieges

Zeitgenossen erlebten den Ersten Weltkrieg als den bis dahin schrecklichsten und opferreichsten Krieg. Vier Jahre lang litten sie unter seinen direkten Auswirkungen, viele weitere Jahre unter seinen langfristigen Folgen. Es war der erste Krieg, in dem im großen Maßstab Flugzeuge, U-Boote und Giftgas eingesetzt wurden. Fast zehn Millionen Soldaten kamen in den Schlachten von Verdun, Tannenberg und anderswo ums Leben, doppelt so viele wurden verletzt. Abseits der Front starben mindestens weitere zehn Millionen Zivilisten an Hunger und entbehrungsbedingten Krankheiten. Der Erste Weltkrieg war der erste globale Krieg. Der mit ihm einhergehende Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber ihren jeweiligen Herrschern war ebenfalls global.

Millionen Menschen gingen in den Jahren 1917-20 zwischen Petrograd und Barcelona auf die Straße. Sie protestierten für Frieden und gegen die schlechte Versorgungslage infolge des Krieges. Vielfach entmachteten darüber hinaus Soldaten ihre Offiziere, Arbeiter besetzten die Fabriken und Bauern das Land. In vielen Regionen bildeten die Menschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Nahezu in ganz Europa mussten die Herrscher um ihre Macht bangen. Im März 1919 notierte der britische Premierminister Lloyd George besorgt: „Ganz Europa ist vom Geist der Revolution erfüllt. Die Arbeiter sind nicht nur von einem tiefen Gefühl der Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen, wie sie vor dem Krieg bestanden, ergriffen, sondern von Groll und Empörung. Die ganze bestehende soziale, politische und wirtschaftliche Ordnung wird von der Masse der Bevölkerung von einem Ende Europas zum anderen in Frage gestellt.“¹

In der Forschung wird diese Ansicht geteilt. So schreibt Donald Sassoon: „Das Ausmaß der Arbeiterunruhen und des aufflammenden revolutionären Potentials der Jahre 1918 bis 1920 ist einmalig im zwanzigsten Jahrhundert geblieben.“² Howard Zinn macht darauf aufmerksam, dass die Bewegung keineswegs auf Europa beschränkt gewesen sei. Er spricht von „einer weltweiten Welle von Nachkriegsrebellionen“.³ Auch Philip Yale Nicholson sieht in jenen Jahren eine „weltweite Erhebung der Ausgebeuteten und Unterdrückten“.⁴ In der Tat kam es zu dieser Zeit nicht nur in Europa zu Aufständen, Streiks und Protesten, sondern auch in den In-

1 Zit. nach Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Berlin und Bonn 1978, Bd. 1, S. 186.

2 Donald Sassoon: One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century, New York 1996, S. 32.

3 Howard Zinn: Eine Geschichte des amerikanischen Volkes, Bd. 6: Reformen, Repressionen und der Erste Weltkrieg, Berlin 2006, S. 109.

4 Philip Yale Nicholson: Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA, Berlin 2006, S. 213.

dustriestaaten auf anderen Kontinenten. Zudem erfuhren die antikolonialen Bewegungen einen ersten Höhepunkt. Die Welt erlebte eine internationale Protestbewegung, wie es sie in dieser Dimension nicht einmal 1968 gegeben hat.

Im Folgenden soll diese Bewegung in ihrem globalen Maßstab skizziert werden. Viele Ereignisse in unterschiedlichen Ländern können dabei nur angedeutet werden. Lediglich den Entwicklungen in West- und Südeuropa soll etwas mehr Platz eingeräumt werden, handelte es sich doch bei Staaten wie Frankreich, Großbritannien und Italien um Nachbarn und/oder Weltkriegsgegner des Deutschen Reiches. Obwohl deren Herrscher den Krieg gewannen, hatten sie mit ähnlichen Widerständen im Innern zu kämpfen wie der deutsche Kaiser.

Gelegentlich wurde im Rahmen von Veranstaltungen und Konferenzen anlässlich des 90. Jahrestages der deutschen Revolution deren Vorbildfunktion für andere Länder betont.⁵ Tatsächlich spielte Deutschland als hoch industrialisierter Staat mit der weltweit größten organisierten Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle in der globalen Bewegung nach dem Krieg. Die Initialzündung ging jedoch von der Revolution in Russland aus. Und nicht nur das: Die Menschen, die weltweit gegen den Krieg und für soziale Gerechtigkeit protestierten, sahen im revolutionären Russland ihr Vorbild für eine bessere Welt.

Proteste und Revolutionen in den europäischen Mittelmächten

Im Zentrum der globalen Bewegung stand Europa. Gleich fünf Herrschaftshäuser überstanden den Krieg nicht – oder, um es mit den Worten Eric Hobsbawms auszudrücken: Europa erlebte eine Revolution, die „alle Regime von Wladiwostok bis zum Rhein hinwegfegte“⁶.

Bereits im Februar 1917 stürzten Arbeiter, Bauern und Soldaten in Russland die seit 450 Jahren despotisch regierende Zaren-Monarchie und gründeten im ganzen Land Räte („Sowjets“). Das bis dahin noch in halbfeudalen Strukturen steckende Land demokratisierte sich in den nächsten Monaten rasch. Orlando Figes meint: „Russland wurde praktisch über Nacht in ‚das freieste Land der Welt‘ verwandelt.“⁷ Im Oktober⁸ übernahm nach einem weiteren Aufstand eine auf die Räte gestützte revolutionäre Regierung unter Führung der Bolschewiki die Macht im Land. Die neue Regierung setzte sich für sofortige Friedensverhandlungen ein und

5 Siehe den Tagungsbericht von Rainer Holze „Für bürgerliche und/oder sozialistische Demokratie? Tagung zur Novemberrevolution 1918/1919“ in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2009, H. 1, S. 167-170.

6 Eric Hobsbawm: *Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhundert*, München 2002, S. 93.

7 Orlando Figes: *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924*, München 2001, S. 382.

8 Zur Zeit der beiden Revolutionen hielt sich Russland noch an den Julianischen Kalender, welcher gegenüber dem in Westeuropa gängigen Gregorianischen Kalender um 13 Tage „nachhing“. Erst am 31. Januar 1918 wechselte die sowjetische Regierung zum Gregorianischen Kalender. Der nächste Tag wurde zum 14. Februar erklärt. Die Februarrevolution 1917 fand daher eigentlich im März statt, die Oktoberrevolution im November.

gab den Völkern des ehemaligen russischen Reichs das Recht auf volle nationale Selbstbestimmung. Arbeiter nahmen die Fabriken und Betriebe unter ihre demokratische Kontrolle. Das Land der Großgrundbesitzer wurde unter den Bauern verteilt, und in der Armee wählten die Soldaten nun ihre Offiziere. Ein enormer gesellschaftlicher Aufbruch erfasste Russland – das Land, das kurz zuvor noch in ganz Europa als „Hort der Reaktion“ gegolten hatte.⁹

Von Russland aus erfasste die revolutionäre Bewegung den restlichen Kontinent. Ein Jahr später, im November 1918, besiegelten die Streiks und Proteste von Arbeitern und Soldaten das Ende der monarchistischen Ordnung in Deutschland. Die Akteure der Revolution entmachteten nicht nur Kaiser Wilhelm II., sondern alle 22 deutschen Könige, Herzoge und Fürsten und legten so den Grundstein für einen demokratischen Neuanfang. Zudem beendeten sie Deutschlands Beteiligung am Ersten Weltkrieg. Bayern und Bremen wurden für kurze Zeit Räterepubliken.¹⁰ Im gleichen Monat näherte sich auch die zweite große zentraleuropäische Monarchie, Österreich-Ungarn, unter dem Druck revolutionärer Erhebungen ihrem Ende. Nach einem Aufstand ungarischer Soldaten dankte Kaiser Karl I. ab, und der Vielvölkerstaat brach auseinander. Die slawischen Minoritäten rebellierten und gründeten eigene Staaten. Im deutschsprachigen Teil – vor allem in Wien und Oberösterreich – bildeten sich einflussreiche Arbeiterräte.¹¹ Im ehemaligen Teilstaat Ungarn wurde im Frühjahr 1919 eine Räterepublik proklamiert, im Sommer auch in der slowakischen Stadt Košice. Die Herrscher der Mittelmächte Bulgarien und Türkei mussten nach dem Krieg ebenfalls abdanken.¹²

Aber nicht nur die im Krieg unterlegenen Staaten erlebten Aufstände und Massenstreiks, sondern auch die gegnerischen Entente-Mächte. Francis L. Carsten hat darauf hingewiesen, „dass alle Revolutionen der Jahre 1917 bis 1920 in besiegten Staaten stattfanden“, dennoch habe es „revolutionäre Situationen auch in dem einen oder dem anderen der Siegerstaaten, vor allem in Italien“, gegeben.¹³ Denn auch in diesen Ländern hatte sich im Verlauf des Krieges eine Opposition herausgebildet, die vor allem seit Ausbruch der Revolution in Russland großen Zulauf

9 Aus dem enormen Literaturbestand zur Geschichte der Revolution in Russland sei hier nur auf einige neuere Standardwerke verwiesen, die in deutscher Sprache vorliegen: Figes, Tragödie; Manfred Hildermeier: Die Russische Revolution 1905-1921, Frankfurt a. M. 1989; Helmut Altrichter: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn u. a. 1997; Dietrich Beyrau: Petrograd, 25. Oktober 1917. Die russische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus, München 2001; Bernd Bonwetsch: Die Russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz, Darmstadt 1991; Dietrich Geyer: Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven, Göttingen 1985; Richard Lorenz u.a. (Hrsg.): Die russische Revolution 1917. Der Aufstand der Arbeiter, Bauern und Soldaten. Eine Dokumentation, München 1981; Heiko Haumann (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917, Köln u.a. 2007.

10 Zu Bremen siehe Peter Kuckuk (Hrsg.): Revolution und Räterepublik in Bremen, Frankfurt a. M. 1969, sowie Beitrag von Gerhard Engel in diesem Band.

11 Siehe Francis L. Carsten: Revolution in Mitteleuropa 1918-1919, Köln 1973, S. 87. Siehe auch: Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918-1924, Wien 1987.

12 Siehe Hobsbawm, Zeitalter, S. 83.

13 Francis L. Carsten: Revolutionäre Situationen in Europa 1917-1920, in: Dirk Stegmann u.a. (Hrsg.): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fitz Frischer zum siebenzigsten Geburtstag, Bonn 1978, S. 375-388, hier S. 375.

erfuhr. Vielerorts konnten die Herrschenden jedoch großen Teilen der Bevölkerung durch eine chauvinistische Siegespropaganda das Gefühl vermitteln, diese erhielten einen wie auch immer gearteten Ausgleich für die Opfer und Entbehrungen der Kriegsjahre. So gelang es ihnen zumeist, die Dynamik der Opposition und deren Radikalisierung und Entwicklung hin zu einer systemgefährdenden Kraft zu blockieren.

Frankreich: Radikalisierung der Linken

In Frankreich erging es den Kriegsgegnern bei Beginn der Kampfhandlungen nicht anders als denen in den Mittelmächten. Sie waren – selbst in der Linken – völlig isoliert.¹⁴ Zunächst konzentrierten sie sich auf die Gewerkschaftsbewegung, die Confédération Générale du Travail (CGT). Diese war ihrem Selbstverständnis nach bis zu Kriegsbeginn revolutionär-syndikalistisch und damit auch antimilitaristisch ausgerichtet, schwenkte aber im August 1914 genauso wie die „marxistischen“ Politiker der SPD auf eine Pro-Kriegs-Haltung um. Auch die weniger einflussreichen Sozialisten vollzogen den Schwenk ihrer deutschen Brüder. Sie traten sogar in die Regierung ein und garantierten der französischen Republik eine reibungslose Kriegsproduktion. Doch während die SPD-Führer im Verlauf des Krieges immer stärker zu einer Stütze der staatlichen Kriegsführung wurden (ohne dabei realen Einfluss, nicht einmal Regierungsposten, zu gewinnen) und die Anti-Kriegs-Strömung aus der Partei warfen, vollzog sich in Frankreich ein umgekehrter Prozess. Zwei Ereignisse des Jahres 1917 beschleunigten diese Entwicklung: die brutale Unterdrückung von Anti-Kriegs-Meutereien im Lande und der Ausbruch der Februarrevolution in Russland. Im September 1917 verließen die Sozialisten die Regierung unter dem Eindruck einer nach Stockholm einberufenen Friedenskonferenz der Zweiten Internationale (diese kam aber letztendlich durch den Boykott der Entente-Regierungen, die den Delegierten die Reise verboten, nicht zustande). Im Verlaufe des Jahres 1918 vertiefte sich die Linkswende der Sozialisten. Auf dem Parteitag im Oktober drängte schließlich der pazifistische den rechten Flügel aus der Führung, hielt aber zugleich deutlich Distanz zur kleinen, mit den Bolschewiki sympathisierenden revolutionären Strömung.¹⁵

14 Das noch immer maßgebliche Werk über die französische Anti-Kriegs-Bewegung stammt von einem ihrer wichtigsten Protagonisten: Alfred Rosmer: *Le mouvement ouvrier pendant la guerre*, 2 Bde., Paris 1936, 1959 [Reprint Aubervilliers 1993]. Die Darstellung reicht nur bis zur Revolution in Russland, da die gesammelten Materialien des Verfassers für die Fortführung des Textes im Gefolge der deutschen Besatzung verloren gingen. Für die unmittelbare Nachkriegszeit, unter dem besonderen Blickwinkel der Herausbildung der Kommunistischen Partei, vgl. die folgenden beiden Standardwerke: Annie Kriegel: *Aux origines du communisme français 1914-1920. Contribution à l'histoire du mouvement ouvrier français*, 2 Bde., Paris 1964; Robert Wohl: *French Communism in the Making, 1914-1924*, Stanford 1966. Einen breiteren Blick auf die allgemeine Situation der Arbeiterschaft und im Vergleich mit der Situation in Großbritannien liefert John N. Horne: *Labour at war: France and Britain 1914-1918*, Oxford 1991.

15 In dieser Frage verhielt es sich ähnlich in der CGT, wo sich die pazifistische Linke mit der Mehrheitsführung aussöhnte. Beide lehnten die bolschewistische Machteroberung ab.

Derweil setzte die nach Ausscheiden der Sozialisten neu gebildete Regierung unter Ministerpräsident Georges Clemenceau den Krieg mit Hilfe des neuen Alliierten USA erfolgreich fort. Infolge dessen polarisierte sich die französische Gesellschaft. Geprägt von der Siegesstimmung und von Befürchtungen, es könne doch noch zu einer breiten Radikalisierung kommen, machte Clemenceau Zugeständnisse gegenüber der Arbeiterbewegung, etwa durch die Einführung eines Tarifvertragsrechts oder des Acht-Stunden-Arbeitstags Anfang 1919. Solche sozialpolitischen und ökonomischen Konzessionen fielen den Herrschenden umso leichter, als sie vom Friedensvertrag reiche Entschädigung aus Deutschland erwarteten. Weitergehende ökonomische Kämpfe blieben darauf hin zersplittert und scheiterten an der politischen Unentschiedenheit der CGT und der Sozialisten. Die Tatsache, dass sich die Mitgliederzahl der CGT im Verlaufe des Jahres 1919 verdoppelte, zeigte jedoch die kämpferische Stimmung innerhalb der Arbeiterbewegung an. Zugleich führten die Wahlen im November 1919 zu einem drastischen Rechtsruck, vom Parlament sagte man, es sei vom Blau der französischen Uniformen geprägt („chambre bleu horizon“).

Während sich die Linke ausdifferenzierte – eine kleine Gruppierung, die mehr anarchistisch als marxistisch war, konstituierte sich im Sommer 1919 als einflusslose kommunistische Partei –, wurden entscheidende Arbeitskämpfe verloren. 1920 gelang es der Regierung, einen großen Eisenbahnerstreik niederzuschlagen. Im Ergebnis führte das allerdings zu einer weiteren Radikalisierung der Sozialisten, die Ende Dezember 1920 auf ihrem Parteitag in Tours den Beitritt zur Kommunistischen Internationale (Komintern) beschlossen, womit die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) von Beginn an als Massenpartei entstand. Dadurch gewarnt, ergriff die Gewerkschaftsführung alle Mittel, um einem ähnlichen Schicksal zu entgehen. Das Ergebnis war die Spaltung der CGT Ende 1921.

Zur Radikalisierung der französischen Arbeiterbewegung hatte nicht zuletzt der Kampf gegen die maßgeblich von Frankreich betriebene Militärintervention gegen das revolutionäre Russland beigetragen. Zwar hatte ein von Sozialisten und CGT unternommener Generalstreikversuch am 21. Juni 1919 – als Teil einer geplanten internationalen Aktion zur Hilfe der bedrohten Sowjetrepublik – in einer Niederlage geendet. Umso erfolgreicher war die Bewegung unter den französischen Interventionstruppen selbst, wo es im April 1919 zu einer regelrechten Meuterei in der französischen Schwarzmeerflotte kam, welche einen wichtigen Beitrag zum bolschewistischen Sieg leistete.

Großbritannien: Shop Stewards und irischer Befreiungskrieg

Die britische Anti-Kriegslinker war wesentlich schwächer als jene in Frankreich.¹⁶ Sie sollte auch nach 1917 nur eine Minderheitsbewegung darstellen. Lange Zeit blieb auch in der Labour Party der pazifistische Flügel marginal. Allerdings sollte man nicht übersehen, dass es in Großbritannien eine wie in keiner anderen der Großmächte breite, nach Tausenden zählende Bewegung von Kriegsdienstverweigerern gab, die oftmals religiös beeinflusst waren. Hinzu kam eine revolutionäre Anti-Kriegs-Bewegung, deren Kern die Shop Stewards bildeten – gewerkschaftliche Vertrauensleute vor allem in der Metallindustrie. Sie waren die organisierende Kraft der Bewegung, ähnlich den revolutionären Obleuten in Deutschland. In ihrer Hochburg, der „Red Clydeside“ (wie man Glasgow und Umgebung bezeichnete), gelang es ihnen bereits 1915, eine soziale Protestbewegung um sich herum aufzubauen: das Clydeside Workers Committee. Hierbei handelte es sich um eine regelmäßige Zusammenkunft der Shop Stewards wichtiger Betriebe – eine Art embryonale Rätestruktur. Deren Aktivisten kamen aus der Linken, aus sozialistischen und syndikalistischen Gruppierungen. Indem sie die allgemeine Notsituation zum Gegenstand von Forderungen machten, konnten sie über diesen Kreis hinaus Einfluss gewinnen. Darüber hinaus speisten sie sich aus der Bewegung von Facharbeitern in der Rüstungsindustrie, die gegen die Abwertung („dilution“) ihres Facharbeiterstatus aufgrund der Erfordernisse der Kriegswirtschaft protestierten – ein Umstand, den eine nicht sehr gut meinende Historiographie gerne zu einer rein berufständisch motivierten Bewegung abqualifiziert.

Die Regierung Lloyd Georges stand diesen Entwicklungen keineswegs passiv gegenüber. Erste Repressionen setzten bereits 1916 in Glasgow ein, hatten aber zur Folge, dass sich die Shop-Steward-Bewegung auf andere Industriegebiete (vor allem im Norden Englands) ausbreitete. Hierzu trug zudem die massive Durchsetzung der „dilution“ in der gesamten Rüstungsindustrie des Landes bei. Dennoch blieb der Einfluss der Shop Stewards außerhalb der Clydeside eher beschränkt.

Die Labour Party hielt derweil weiterhin an der Kriegsunterstützung fest. Doch auch hier erschütterte der im Zuge der Februarrevolution in Russland erfolgte Friedensappell des Petrograder Sowjets die Mehrheitsverhältnisse in der Partei. Die Regierung, in der Labour vertreten war, desavouierte die den Krieg unterstützende Parteiführung durch das Verbot einer Teilnahme. Ähnlich wie die französischen Sozialisten war die Partei so gezwungen, die Koalitionsregierung im Sommer 1917 zu verlassen. Als eine ihrem Selbstverständnis nach nicht-marxistische

16 Zum folgenden siehe James Hinton: *The First Shop Stewards' Movement*, London 1973; Walter Kendall: *The Revolutionary Movement in Britain 1900-21. The Origins of British Communism*, London 1971; Donny Gluckstein: *The Western Soviets. Workers' Councils versus Parliament 1915-1920*, London 1985, S. 59-89; Horne, *Labour at War*.

Partei bewegte sie sich nun nach links. Mit der Annahme eines neuen Programms (sowie einer neuen Parteistruktur) auf der Parteikonferenz in Nottingham im Januar 1918 gab sich Labour eine radikal-reformistische Orientierung: In der berühmten „clause four“ forderte die Partei künftig das öffentliche Eigentum an den Schlüsselindustrien – bis die Passage 1995 von Tony Blair gestrichen wurde.

Im Dezember 1918 fanden die ersten (halbwegs) allgemeinen Wahlen statt, an denen sich Männer über 21 Jahren und Frauen ab 30 beteiligen durften. Die nach der Farbe der britischen Uniformen benannten „khaki elections“ zeigten jedoch, dass die politische Stimmung weiter von chauvinistischen Siegeserwartungen geprägt war. Zwar konnte Labour an Stimmen ordentlich zulegen, doch gegen die Kriegskoalition der Liberalen unter Lloyd George und der Konservativen kam die Partei nicht an und gewann aufgrund des Mehrheitswahlrechts nur wenige Abgeordnetensitze hinzu. Allerdings erlebte gleichzeitig das spalterische Projekt einer eigenen patriotischen – „national-sozialen“ – Arbeiterpartei, das von Führern des rechten Flügels der Gewerkschaften verfolgt worden war, eine vollständige Niederlage.

In der darauffolgenden Zeit wurde das Land von den ökonomischen und sozialen Folgen des Kriegs erschüttert. Speziell ging die Furcht vor einer breiten Arbeitslosigkeit umher, da die demobilisierten Soldaten ihre Arbeitsplätze besetzt vorfinden würden. So kam es im Januar 1919 in Glasgow unter Führung des Clydeside Workers' Committee zu einem Streik vor allem für Arbeitszeitverkürzungen und die Einführung der 40-Stunden-Woche. Dieser wurde brutal niedergeschlagen. Auch weitere ökonomische Kämpfe blieben angesichts der Siegeskonjunktur erfolglos, die erst 1921 durch eine jähe Wirtschaftskrise beendet wurde. Von da an sollte vor allem die Lage der Bergarbeiter in den Mittelpunkt der sozialen Auseinandersetzungen rücken.

Die revolutionäre Linke um die Shop Stewards blieb in Verbindung mit einigen kleinen sozialistischen Gruppen im Verlaufe des Jahres 1919 marginal und weiterhin zersplittert. Nur langsam kamen Diskussionen über die Bildung einer kommunistischen Partei zustande. Gegründet wurde die KP dann erst Anfang August 1920.

Insgesamt war es den Herrschenden gelungen, einer tendenziell kritischen Situation durch eine Reihe von Zugeständnissen wie Acht-Stunden-Arbeitstag, Ausweitung der „englischen Woche“ (d. h. der Fünfeinhalbtagewoche) und Lohnerhöhungen entgegenzuwirken. Dennoch ließen die Kampagne gegen die britische Unterstützung Polens im russisch-polnischen Krieg, die im Mai 1920 zum Dockarbeiterboykott des Waffentransporters Jolly George führte, oder die anschließende „Hände weg von Sowjetrußland“-Kampagne, die Lloyd George zur Aufgabe aller Interventionspläne zwang, erahnen, welches Potential in der britischen Arbeiterbewegung steckte.

Diese konnte jedoch nicht verhindern, dass die Regierung den Unabhängigkeitskampf in ihrer ersten Kolonie, in Irland, blutig bekämpfte. Einen ersten An-

stoß hatte diese Bewegung durch den Osteraufstand 1916 erfahren, der von republikanischen und gewerkschaftlichen Gruppen in Dublin getragen worden war. Breite Teile der irischen Gesellschaft hatten ihm noch abwartend gegenübergestanden.¹⁷ Im Dezember 1918 brachten dann die „khaki elections“ in Irland – das ja noch mit Großbritannien verbunden war – eine „grüne“ Mehrheit in Gestalt der revolutionären Nationalisten von Sinn Fein zustande. Im Januar 1919 kam es zu ersten Angriffen durch die Irische Republikanische Armee (IRA), die von Sinn Fein geschaffene Miliz, auf die koloniale Polizeimacht. Die britische Armee schlug umgehend zurück. Daraufhin tobte für zwei Jahre ein blutiger Befreiungskampf, der zwar mit einer zunächst stark eingeschränkten Unabhängigkeit (Freistaat statt Republik), aber auch mit einer Teilung des Landes entlang konfessioneller Grenzen endete. Die irische Arbeiterbewegung wurde in diesem Befreiungskampf als eigenständige Kraft weitgehend zerrieben. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte sie noch unter sozialistischer und syndikalistischer Führung in Dublin und Belfast Streiks führen können, die die konfessionellen Grenzen gesprengt hatten. Die nationalistische Mobilisierung und die konfessionelle Spaltung – die größte Konzentration der irischen Arbeiterklasse war im protestantischen Belfast mit seinen bedeutenden Werften – hatte die irische Linke marginalisiert, auch wenn sie in Teilen der IRA weiterhin ein gewisses Echo finden konnte. Die Unabhängigkeit war zudem keineswegs mit einer sozialen Umwälzung der irischen Gesellschaft verbunden.

Dennoch hatte der Unabhängigkeitskampf auf die Sympathien der internationalen Arbeiterbewegung setzen können. Die Bolschewiki in Russland hatten sich schon 1916 für die Osteraufständischen erklärt, doch später hatten sie nicht viele Möglichkeiten, aktive Solidarität auszuüben, – waren sie doch selbst in einen Bürgerkrieg verwickelt. Bedeutender war die Unterstützung, die aus den USA kam – zum Teil sogar aus den Gewerkschaften: Dort wurde Geld für die Iren gesammelt und Waffenschmuggel organisiert.

Italien: Die zwei „roten Jahre“

Sieht man von dem Sonderfall Irland – einerseits Teil einer Siegermacht, andererseits Kolonie – ab, so gelang es den Herrschenden in Frankreich und Großbritannien, die Entwicklungen in ihren Ländern halbwegs unter Kontrolle zu halten.

17 Speziell zur Rolle der irischen Arbeiterbewegung im nationalen Befreiungskampf siehe die Arbeiten von Emmet O'Connor: *Syndicalism in Ireland, 1917-1923*, Cork 1988; Ders.: *James Larkin*, Cork 2003; Ders.: *Reds and the green: Ireland, Russia and the Communist International 1919-43*, Dublin 2004.

18 Siehe dazu Christian Riechers: *Antonio Gramsci. Marxismus in Italien*, Frankfurt a. M. 1970; Gluckstein, *The Western Soviets*, S. 162-211; Gwyn A. Williams: *Proletarian Order: Antonio Gramsci, Factory Councils and the Origins of Italian Communism, 1911-1921*, London 1975; Angelo Tasca: *Glauben, gehorchen, kämpfen. Aufstieg des Faschismus*, Wien u. a. 1969; Paolo Spriano: *The Occupation of the Factories: Italy 1920*, London 1975; Ignazio Silone: *Der Faschismus*, Frankfurt a. M. 1978 [Original 1934].

Hier gab die Tatsache, den Krieg gewonnen zu haben, letztlich den Ausschlag. Doch es gab auch eine Siegermacht, die – wenn auch mit Verspätung – eine wirkliche revolutionäre Erschütterung erlebte: Italien.¹⁸

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges blieb der südeuropäische Staat zunächst neutral, schloss sich dann aber 1915 den Entente-Mächten an. Die Arbeiterbewegung hatte den Kriegseintritt überwiegend bekämpft. Dennoch existierte auch eine kriegsinterventionistische Linke. Diese Strömung war vor allem unter den Syndikalisten stark, zum Teil aber auch in der Sozialistischen Partei (PSI). Einige radikale Sozialisten wie Benito Mussolini brachen mit der Partei – wohin ihr Weg führte, ist bekannt. Insgesamt war die PSI aber pazifistisch dominiert, da sich bereits vor 1914 ein Großteil des rechten Parteiflügels abgespalten hatte (weil die Mehrheit ihm nicht bei seiner Unterstützung für den italienischen Kolonialkrieg in Libyen folgen wollte). Entsprechend führte die Arbeiterbewegung schon seit 1915 eine breite öffentliche Anti-Kriegsagitation durch, die im Oktober 1917 nach der verheerenden Niederlage bei Caporetto (Karfreit) beinahe zu einer mit Russland vergleichbaren Entwicklung geführt hätte. Die Armee zeigte Auflösungserscheinungen und eine revolutionäre Krise schien bevorzustehen. Diese konnte jedoch abgewendet werden – unter anderem indem britische und französische Truppen zur Stabilisierung der Front entsandt wurden.

Dennoch wuchs der Unmut über den Krieg. Innerhalb der PSI führte dies zu einem Linksruck. Dieser fand seinen Ausdruck auf dem Parteitag im September 1918, als die Sozialisten von einer pazifistischen zu einer revolutionären (im Sprachgebrauch der Partei: „maximalistischen“) Position übergingen. Diese Entwicklung stand ganz unter dem Zeichen der Solidarität mit der Revolution in Russland. Unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht von der Gründung der Kommunistischen Internationale (März 1919) beschloss die Sozialistische Partei (und damit auch der von ihr geführte Gewerkschaftsbund) den Beitritt. Auch die in Italien nicht unwichtigen Syndikalisten erklärten, sich der Komintern anschließen zu wollen.

Seit Kriegsende durchzog eine immer breitere Welle von ökonomischen und sozialen Kämpfen das Land. Sie nahm ein solches Ausmaß an, dass die Jahre 1919 und 1920 als „biennio rosso“, als die zwei roten Jahre, in die Geschichte Italiens eingehen sollten. Bei den Wahlen im November 1919 errangen die Sozialisten mit einem revolutionär-marxistischen Programm 30 Prozent der Stimmen. Einige Sozialisten entfalteten nun eine Agitation für die Umwandlung der bestehenden Betriebsräte in politische Machtorgane, in Räte nach russischem Vorbild. Doch diese Position wurde nur von einer Minderheit innerhalb der PSI vertreten, vor allem in Italiens Industriehauptstadt Turin vom dortigen Parteiorgan Ordine Nuovo („Neue Ordnung“) um Antonio Gramsci sowie von den Neapolitanern um Amadeo Bordiga (mit der Zeitung „Il Soviet“). Die Parteiführung und die Führung der Syndikalisten hielten hingegen ihre Partei bzw. ihre Unionen für ausreichende revolutionäre Organisationen: Räte bräuchte man nicht.

Den Höhepunkt der Arbeitskämpfe stellten die Betriebsbesetzungen im August und September 1920 in Norditalien dar. Die Sozialistische Partei und ihre Gewerkschaft trieben diese Kämpfe jedoch nicht zur Machteroberung weiter, sondern stimmten stattdessen einer Prüfungskommission zu, die über die Arbeiter-Mitbestimmung in den Betrieben entscheiden sollte. Daraufhin wurden die Kämpfe abgebrochen. Die Bewegung hatte damit ihren Höhepunkt überschritten. Ihr Niedergang wurde durch die Auseinandersetzung um die Verantwortung für die Niederlage verschärft. Infolgedessen trennte sich im Januar 1921 der linke Flügel von den Sozialisten und gründete die Kommunistische Partei Italiens (KPI). Im Jahr darauf verließ auch der rechte Flügel um die Gewerkschaftsführer die Sozialisten.

Die nun gesplante Arbeiterbewegung war mit einem neuen Gegner konfrontiert, der sich seit dem Frühjahr 1919 formiert und langsam vorgekämpft hatte. Das bürgerliche Italien hatte sich durch die Pariser Friedensverträge trotz territorialer Zugewinne nicht ausreichend berücksichtigt gefühlt. Der Eindruck, um die „Früchte des Sieges“ betrogen worden zu sein, verbreitete sich unter vielen Kriegsveteranen und wurde zum Ausgangspunkt für eine neue Partei, die sich mit Mussolini an der Spitze aus zumeist ehemaligen kriegsinterventionistischen Linken formierte: die Faschisten. Damit Italien eine wirkliche Führungsstellung erreichen könne, erklärten sie, müsse es zunächst den Feind im Inneren, die Arbeiterbewegung, besiegen. Diese Position machte sie schnell zu einer von Bürgertum und Staat mehr oder weniger offen protegierten Hilfstruppe. Auf die zwei roten Jahre folgten nun die zwei schwarzen. In einem blutigen Bürgerkrieg wurde die gesplante Arbeiterbewegung zerschlagen und schließlich im Oktober 1922 eine Diktatur um Mussolinis Faschisten errichtet. In nur zwei Jahren hatte sich die politische Lage grundlegend gewandelt: vom Vorabend einer sozialistischen Revolution zu einer zerstörten Arbeiterbewegung. Das war der Preis, den diese dafür zu bezahlen hatte, im günstigen Augenblick nicht entschieden vorwärts geschritten zu sein.

Schweiz und Niederlande: Massenbewegung in kriegsneutralen Staaten

Auch an den im Krieg neutralen Ländern war die globale Bewegung nicht vorübergegangen. Dies gilt etwa für die Niederlande, über die Horst Lademacher, Chronist der Landesgeschichte, schreibt: „Innenpolitisch förderte der Krieg der Großmächte auch in diesem neutralen Land die Radikalisierung der Arbeiterbewegung.“¹⁹ Die Sozialdemokratie bewegte sich nach links und propagierte zeitweise revolutionäre Forderungen.

Selbst in der vermeintlich stockkonservativen Schweiz kam es zu einem Aufschwung der Massenbewegung. Das Land erlebte, eingepfercht zwischen den

19 Horst Lademacher: Geschichte der Niederlande. Politik, Verfassung, Wirtschaft, Darmstadt 1983, S. 316.

kriegführenden Staaten, eine schwere soziale Misere. Darauf reagierten Sozialdemokraten (SP) und Gewerkschaften mit einem landesweiten Generalstreik vom 11. bis 14. November 1918. Sie kämpften für die Verwirklichung eines Programms umfassender Sozialreformen und einer weiteren Demokratisierung der Gesellschaft, also keineswegs für ein revolutionäres Programm nach bolschewistischem Vorbild.²⁰ Angesichts der Mobilisierung des Staates, der Militär einsetzte, und der Unentschlossenheit der sozialistischen und gewerkschaftlichen Führungen wurde der Streik abgebrochen. Daraufhin zerbrach die Linke. Der revolutionäre Flügel der SP spaltete sich von der Partei ab und bildete eine zunächst stark zerstrittene Kommunistische Partei, die nur über sehr begrenzten Einfluss verfügte. Als weitere Folge des Streiks, der trotz der gegenteiligen Propaganda des Staates niemals den Charakter eines Aufstandes hatte, brach die Schweiz die quasi-diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland ab. Einer der ganz wenigen diplomatischen Kanäle der jungen Sowjetrepublik in Richtung Westen in der damaligen Zeit ging damit verloren.

Spanien: Die drei „bolschewistischen Jahre“

Das am tiefsten von der revolutionären Erschütterung erfasste neutrale Land war Spanien.²¹ Der Staat befand sich seit der Niederlage im Krieg gegen die USA im Jahre 1898 mit dem Verlust der letzten bedeutenden Kolonien Kuba, Puerto Rico und Philippinen in einer strukturellen Krise. Durch die Neutralität im Weltkrieg konnte das spanische Bürgertum fabelhafte Geschäfte mit beiden Seiten machen. Doch die exorbitanten Gewinne flossen weder in Lohnerhöhungen noch in Neuinvestitionen. Zugleich führte der Export vieler Agrarprodukte und Industriegüter zu einer hohen Inflation. Dies rief den Unmut breiter Schichten der Arbeitnehmerschaft auf den Plan. Die Unzufriedenheit ergriff sogar das Militär. Im Jahre 1917 kamen deren Protest, die Forderungen der Arbeiter sowie das Verlangen des katalanischen Bürgertums nach einer umfassenden Staatsreform und Autonomie für diesen wirtschaftlich wichtigsten Teil des Landes zusammen. Doch sowohl der Versuch oppositioneller Abgeordneter im Mai 1917, die Wahl einer Nationalversammlung zu erzwingen, als auch jener der Gewerkschaften im August 1917, mit Hilfe eines Generalstreiks ökonomische Forderungen durchzusetzen, scheiterten. Dennoch schien es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die spanischen Ar-

20 Siehe Willi Gautschi: Der Landesstreik 1918, Zürich 1988.

21 Siehe dazu Walther L. Bernecker: Arbeiterbewegung und Sozialkonflikte im Spanien des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1993, S. 60-68; Gerald Meaker: The Revolutionary Left in Spain 1914-23, Stanford 1974; Angel Smith: Anarchism, Revolution and Reaction. Catalan Labour and the Crisis of the Spanish State, New York/Oxford 2007, S. 225-359; Francisco J. Romero Salvadó: The Foundations of Civil War. Revolution, Social Conflict and Reaction in Liberal Spain, 1916-1923. Einen literarischen Blick auf die Kämpfe in Barcelona hat Victor Serge in seinem autobiographisch gefärbten Roman „Geburt unserer Macht“, München 1976, geworfen.

beiter das russische Beispiel nachahmen würden. Insbesondere die starke anarchistische und anarchosyndikalistische Bewegung erklärte den Sowjetstaat zum Vorbild.

Das agrarisch geprägte Andalusien mit seinen großen Latifundien, vor allem aber Katalonien mit seiner Industriearbeiterschaft wurden jetzt zu Zentren der sozialen Agitation. Die folgende Zeit ging als „trienio bolchevique“ – die drei bolschewistischen Jahre – in die spanische Geschichte ein. Der anarchosyndikalistische Gewerkschaftsbund CNT (Confederación Nacional del Trabajo – Nationaler Arbeitsbund), weitaus stärker als die Sozialisten, wuchs rapide an. Verfügte er 1916/17 nur über 70.000 Mitglieder, so verzehnfachte sich deren Zahl bis Ende 1919. Ungefähr die Hälfte der Neumitglieder stammte aus Katalonien – und dort vor allem aus der Metropole Barcelona. Das Geheimnis dieses Aufschwungs lag in der Bildung der „sindicatos únicos“, eine Art Industriegewerkschaft auf der Ebene von Einzelbetrieben, in der jeweils die verschiedenen Berufsorganisationen aufgingen. Diese Tatsache konnten die Anarchisten als Hebel für die Streikkämpfe einsetzen, um ganze Betriebe oder gar Branchen lahmzulegen. Im Frühjahr 1919 waren es vor allem die Elektrizitätswerke Kataloniens, die im Zentrum eines großen und monatelangen Streiks standen. Zahlreiche kleinere Arbeitskämpfe folgten.

Das hierdurch aufgeschreckte Bürgertum, das noch kurz zuvor hartnäckig gegen die Regierung in Madrid für die Herstellung der katalanischen Autonomie angekämpft hatte, vollzog nun eine politische Kehrtwende. Im engen Bündnis mit dem Militär wurde ein veritabler Bürgerkrieg entfesselt. Ab Frühjahr 1920 herrschte der weiße Terror in Barcelona. Gedungene Pistolereros, wenn nicht gleich die Polizei, jagten die wichtigsten Aktivisten der CNT und brachten sie kurzerhand um – sie wurden, wie es hieß, „auf der Flucht erschossen“. Reaktionäre katholische Arbeitervereine wurden in „freie Gewerkschaften“ umgewandelt, die vermeintlich „günstigere“ Verträge mit den Arbeitgebern abschlossen.

Zwar brachten die folgenden drei Jahre zeitweilige Zugeständnisse und gelegentliche Rücknahmen der Terrormaßnahmen im Gefolge von Regierungswechseln in Madrid und Manövern liberaler Regierungen. Doch faktisch befand sich nun die CNT, die sich noch im Dezember 1919 auf ihrem Kongress kurz vor der Revolution gesehen hatte, auf dem Rückzug. In dieser Situation behaupteten sich die Anarchisten gegen die Anhänger des Anschlusses an die Kommunistische Internationale, die auf dem Kongress noch die Mehrheit gehabt hatten. Auch die eher in Madrid und vor allem im Norden über Einfluss verfügenden Sozialisten nahmen nun davon Abstand, das bolschewistische Beispiel nachzuahmen. Die sich von Anarchisten und Sozialisten abspaltenden kommunistischen Strömungen sollten marginal bleiben.

Streikwelle in den außereuropäischen Industriestaaten

Auch Staaten außerhalb Europas wurden von der Bewegung erfasst – auf allen Kontinenten. In Nordamerika stellten die USA das Zentrum der Proteste dar. Der Kriegseintritt 1917 befeuerte den hier schon existenten Unmut in der Arbeiterschaft, wie Philip Yale Nicholson schreibt: „Die Streikwelle ebte nicht ab, sondern erreichte während der ersten sechs Kriegsmonate sogar eine neue Rekordhöhe: Zwischen dem 6. April und dem 5. Oktober [1917] gingen durch Streikaktionen über sechs Millionen Arbeitstage verloren. Deutschland und seine Verbündeten – das war nur der eine Feind. Der andere schien die einheimische Arbeiterklasse zu sein.“²² Als sich nach dem Krieg die soziale Lage der Arbeiterschaft – zu der im zunehmenden Maße auch Frauen und Afroamerikaner gehörten – durch eine Inflation massiv verschlechterte, streikten 1919/20 erneut tausende Arbeitnehmer in nahezu jedem Industriesektor. Allein in den Kohlegruben waren 800.000 Arbeiter im Ausstand, in der Stahlindustrie über 300.000, die – allerdings erfolglos – für die gewerkschaftliche Organisierung dieses Industriezweigs kämpften.²³ Von besonderer Bedeutung waren die Generalstreiks in Seattle im Februar und, nördlich der Grenze, im kanadischen Winnipeg im Mai/Juni 1919. Sie entzündeten sich – nach dem Lohnstopp während des Weltkriegs – an Lohnforderungen, doch warfen sie schnell auch weitergehende Forderungen auf. Durch ihre branchenübergreifende Organisationsformen drückten sie eine tiefgehende Radikalisierung aus, die von syndikalistischen Organisationen wie die Industrial Workers of the World („Wobblies“) beeinflusst war und wogegen die jeweiligen Staatsorgane massiv vorgingen. Trotz dieser staatlichen Repressionen erhielten die Organisationen der Arbeiterbewegung zu dieser Zeit großen Zulauf.

Auf der anderen Seite des Pazifik gingen die Menschen ebenfalls für bessere Lebensbedingungen auf die Straße. In Japan führte die im Krieg verschlechterte Versorgungslage zu einer „Streikbewegung in einem bislang nicht gekannten Ausmaß“.²⁴ Diese setzte sich auch in den ersten Nachkriegsjahren fort. So legten im September 1919 etwa 16.000 Werftarbeiter in Kobe die Arbeit nieder und erkämpften – erstmals in der japanischen Geschichte – den Acht-Stunden-Arbeitstag. Schon ein Jahr zuvor – im Sommer 1918 – erfassten schwere Reis-Unruhen den Inselstaat. Sie begannen in dem kleinen Fischerdorf Uozo, wo Ende Juli die einheimischen Frauen den Abtransport von Reis verhinderten, der durch die Regierung beschlagnahmt worden war. Innerhalb weniger Wochen breiteten sich die Unruhen wie ein Lauffeuer über das ganze Land aus: „Allerorts wurden Reisläden und Speicher gestürmt, Großhandelskontore, Behörden, Niederlassungen der Wucherer und Polizeistationen angegriffen. Es kam zu regelrechten Straßenschlachten.“²⁵ Die

22 Nicholson, Arbeiterbewegung, S. 206.

23 Nicholson, Arbeiterbewegung, S. 213. Siehe auch: Jeremy Brecher: Streiks und Arbeiterrevolten. Amerikanische Arbeiterbewegung 1877 bis 1970. Frankfurt a. M. 1975, S. 95-129; Zinn, Geschichte, Bd. 6, S. 105-113.

24 Rudolf Hartmann: Geschichte des modernen Japan. Von Meiji bis Heisei, Berlin 1996, S. 132.

Unruhen dauerten 50 Tage und erfassten 436 Städte in nahezu allen Präfekturen. Die Angaben über die Zahl der Beteiligten schwanken. Die optimistischsten Schätzungen gehen von einem Viertel der japanischen Gesamtbevölkerung aus.²⁶

In der Südafrikanischen Union, zu dieser Zeit einer der wenigen unabhängigen Staaten auf dem afrikanischen Kontinent²⁷, setzte die Bewegung etwas später ein. Aber auch sie stand im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg. Ein wichtiger Wirtschaftszweig der Union war der Goldbergbau. Die durch den Krieg bedingte Inflation ließ den Goldpreis – mit einer kleinen Unterbrechung 1920/21 – stark sinken. Die Unternehmer begegneten dem mit Arbeitsplatzabbau. Das Resultat war eine von Januar bis März 1922 andauernde Streikbewegung der (Gold-)Bergarbeiter im Minengebiet am Witwatersrand bei Johannesburg (nach der Region „Rand Revolt“ genannt), die schnell bürgerkriegsähnliche Züge annahm. Die Regierung setzte 20.000 Soldaten mit Panzern, Artillerie und Flugzeugen gegen die Arbeiter ein. 219 Tote und 591 Verwundete waren die Folge. 7.600 Arbeiter wurden entlassen, 46 wegen Mordes und Hochverrates angeklagt. Die Gewerkschaftsbewegung wurde durch die staatlichen Repressionen nahezu zerschlagen. Geschwächt hatte sie sich jedoch schon zuvor selber, indem sie die von Regierung und Unternehmern vorangetriebene Spaltung zwischen weißen und schwarzen Arbeitern unterstützte. An dem Bergarbeiterstreik beteiligten sich fast ausnahmslos weiße Gewerkschaftsmitglieder (von deren Streikführern hatten nicht wenige eine lange Tradition in der englischen sozialistischen Bewegung). Zwei Jahre zuvor hatten bereits 71.000 schwarze Arbeiter gestreikt – ohne Beteiligung ihrer weißen Kollegen. Auch diese Bewegung wurde von der Polizei niedergeschlagen.²⁸

Der fünfte Kontinent wurde nach dem Krieg ebenfalls zum Schauplatz der weltweiten Bewegung: Australien erlebte die größte Streikwelle seiner bisherigen Geschichte. 1919 verlor die Industrie des Landes 6,3 Millionen Arbeitstage durch Streiks und Aussperrungen.²⁹ In der Bergbausiedlung Broken Hill in New South Wales befanden sich die Arbeiter 18 Monate – von Mai 1919 bis November 1920 – im Ausstand. Von April bis Juni 1919 führten zudem die Seeleute einen Streik durch, und es gelang ihnen, die meisten ihrer Forderungen nach verbesserten Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

25 Ebenda, S. 126.

26 Siehe ebenda, S. 126.

27 Die Südafrikanische Union wurde 1910 als sich selbst regierender Dominion des britischen Empires durch den Zusammenschluss der britischen Kapkolonie und der Kolonie Natal mit der Südafrikanischen Republik (Transvaal) und dem Oranje-Freistaat gegründet.

28 Siehe Jörg Fisch: Geschichte Südafrikas, München 1990, S. 248-251. Für eine ausführliche Geschichte vgl. Jeremy Krikler: *White Rising. The 1922 insurrection and racial killing in South Africa*, Manchester 2005. Wegen des sozialen und politischen Kontextes, der einerseits mit der Herausbildung der Kommunistischen Partei, andererseits mit der des Afrikaner-Nationalismus verbunden ist, ist die Bewertung dieses äußerst militant geführten Streiks Gegenstand heftiger Diskussionen. Siehe z. B. die entsprechenden Beiträge in der zwischen 1988 und 1995 im Exil erschienenen Zeitschrift *South African Searchlight*.

29 Siehe Stuart MacIntyre: *The Oxford History of Australia*, Vol. 4: 1901-1942. *The Succeeding Age*, Melbourne 1986, S. 183. Vgl. auch Chris Harman: *A People's History of the World*, London/Chicago/Sydney 1999, S. 437.

Lateinamerika zwischen Revolte und Repression

Sehr deutlich artikuliert sich die Protestbewegung in Südamerika – und das, obwohl lediglich Brasilien aktiv am Krieg beteiligt war.³⁰ In Peru etwa kam es zwischen 1910 und 1920 wiederholt zu Ausständen. 1919 führte die Arbeiterschaft in Lima und anderen Küstenstädten einen erfolgreichen Generalstreik durch: Sie setzte den Acht-Stunden-Arbeitstag und weitere Verbesserungen durch. Im gleichen Jahr gab es Streiks und Demonstrationen gegen steigende Lebenshaltungskosten. Diese endeten jedoch in Zusammenstößen mit der Armee und etwa 400 Toten.³¹

In Bolivien kam es während des Krieges zu schweren politischen Auseinandersetzungen. Vor allem unter den Bergarbeitern und städtischen Lohnabhängigen wuchs die Unruhe. Erstere streikten bereits seit 1917. Einen Höhepunkt der Proteste markierte dann ein Generalstreik der Eisenbahner und Telegraphenangestellten Anfang 1920. Die wachsende Bewegung und das zunehmend repressive Vorgehen der Regierung führten schließlich im Juli 1920 zu einem unblutigen Umsturz, in Zuge dessen die Republikanische Partei die regierenden Liberalen ablöste – und die ersten Sozialgesetze verabschiedete.³² Der Machtwechsel markierte zudem den „Beginn ununterbrochener und zunehmend heftiger werdender Auseinandersetzungen“.³³ So folgte beispielsweise ein Jahr später ein Aufstand der Bauern von Jesús de Machaca gegen die Usurpation ihrer Ländereien durch Großgrundbesitzer.³⁴

Im südlichen Nachbarland Argentinien brachten während des Krieges steigende Inflation und damit einhergehende erhebliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten bei stagnierenden Reallöhnen die unteren sozialen Schichten enorm in Bedrängnis. Die Arbeiterbewegung des Landes, die zu den ältesten des Kontinents gehörte, reagierte ab 1917 mit einer zunehmenden Zahl von Aufständen – vor allem im Transportsektor und der Kühlfleischindustrie. Peter Waldmann meint: „Die Jahre von 1917 bis 1920 zählen [...] zu den in sozialer Hinsicht turbulentesten in der jüngeren Geschichte der Republik. Streiks und soziale Unruhen waren an der Tagesordnung, die gewerkschaftliche Mobilisierung erreichte Rekordmarken.“³⁵ Im Januar 1919 spitzten sich in Buenos Aires die Auseinandersetzungen während der so genannten „semana trágica“ („tragische Woche“) zu. Das Militär schlug einen Generalstreik nieder. Zahlreiche Tote und Verletzte waren die Folge.³⁶ Ein Landarbeiteraufstand in Patagonien 1921/22 wurde ebenfalls blutig von der Armee beendet.³⁷

30 Involviert waren zudem noch die beiden Kolonien Britisch-Guyana und Französisch-Guyana.

31 Siehe Lewis Taylor: Peru, in: Walther L. Bernecker (Hrsg.): Handbuch zur Geschichte Lateinamerikas, Bd. 3: Lateinamerika im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, S. 761-820, hier S. 767.

32 Siehe Léon E. Bieber: Bolivien, in: Bernecker, Handbuch Lateinamerika, S. 821-846, hier S. 828.

33 Ebenda, S. 829.

34 Siehe ebenda, S. 831.

35 Peter Waldmann: Argentinien, in: Bernecker, Handbuch Lateinamerika, S. 889-972, hier S. 901.

36 Siehe ebenda, S. 902.

In Brasilien erlangte die Arbeiterbewegung „wie anderswo [...] in den Jahren 1917 bis 1920 eine nationale Bedeutung“.³⁸ Im Juli 1917 beteiligten sich 45.000 Arbeiter an einem Generalstreik in São Paulo. Dieser löste ähnliche Aktionen in Rio de Janeiro und in anderen Orten aus.³⁹ In den nächsten zwei Jahren folgten weitere Arbeitskämpfe. Ähnlich wie in den anderen Ländern Lateinamerikas reagierte der Staat mit Unterdrückung und Deportationen.

Auch Chile erlebte in den frühen 1920er Jahren eine Streikbewegung.⁴⁰ Und Uruguay, das über hohe Exportüberschüsse verfügte, führte bereits 1915 nach einer langen Auseinandersetzung unter dem Druck einer starken sozialistischen und syndikalistischen Arbeiterbewegung – als eines der ersten Länder der Welt – den Acht-Stunden-Arbeitstag für städtische Arbeiter ein.⁴¹ In den Jahren danach folgten weitere Verbesserungen beim Arbeitsschutz, den Bedingungen für Frauenarbeit und der Unfallversicherung. 1919 wurde eine einheitliche aus Steuern finanzierte Altersrente eingeführt, 1923 schließlich ein Mindestlohn für Landarbeiter.

Die antikolonialen Kämpfe

Auch an den Kolonien ging die globale Bewegung nicht vorbei. Bei den bislang dargestellten Protesten standen die Forderungen nach Beendigung des Krieges und nach der Verbesserung der sozialen Lage breiter Schichten der Bevölkerung im Zentrum. In den Kolonien war es zumeist der Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung.

Verhältnismäßig ruhig blieb es in den von Frankreich beanspruchten Gebieten. Zwar löste die Rekrutierung in Französisch-Afrika während des Krieges Unruhen und eine Massenflucht der einheimischen Bevölkerung in die angrenzenden britischen Territorien aus.⁴² Doch erfolgten Aufstände in Tunesien (1915/16) und im Aurès-Gebirge (1916) lediglich „in von der Kolonialmacht wenig erfassten Randgebieten“⁴³.

Größere Probleme hatten die Niederlande mit ihren Besitztümern in Südostasien. 1919/20 kam es zu großen Streiks auf den Zuckerplantagen Indonesiens. In den Jahren zuvor war die 1912 gegründete Befreiungsorganisation Sarekat Islam (Islamische Vereinigung) zur Massenbewegung geworden. Bereits 1914 hatte sie

37 Siehe ebenda, S. 904. Der argentinische Historiker Osvaldo Bayer hat der Geschichte des „tragischen Patagoniens“ ein mehrbändiges, – u. a. im Exil in Deutschland während der argentinischen Militärdiktatur entstandenes – leider nur auf Spanisch erschienenes Werk gewidmet. Er hat zahlreiche weitere Arbeiten zum Anarchismus und Syndikalismus in diesem Land verfasst, die die Hauptkraft des sozialen Protestes bis zum Aufkommen der Kommunistischen Partei Anfang der zwanziger Jahre darstellten.

38 Paul Cammack: Brasilien, in: Bernecker, Handbuch Lateinamerika, S. 1049-1168, hier S. 1070.

39 Siehe ebenda, S. 1070.

40 Siehe Alan Angell: Chile seit 1920, in: Bernecker, Handbuch Lateinamerika, S. 847-888, hier S. 850.

41 Siehe Hans-Jürgen Puhle: Uruguay, in: Bernecker, Handbuch Lateinamerika, S. 973-1016, hier S. 985.

42 Siehe Rudolf von Albertini: Europäische Kolonialherrschaft 1880-1940, Zürich 1976, S. 291.

43 Ebenda, S. 232.

knapp 370.000 Mitglieder. Auch die seit 1908 gegründeten Gewerkschaften erhielten enormen Zulauf.⁴⁴

Wirklich erschüttert wurde in der Zeit des Ersten Weltkrieges aber vor allem das britische Kolonialreich. In zahlreichen Ländern rebellierte die Menschen gegen das Empire – so im heutigen Irak. Das Zentrum dieser Revolte befand sich in den südlichen und zentralen Gebieten des Landes. Der Aufstand, der später als Revolution von 1920 bezeichnet werden sollte, dauerte nahezu ein halbes Jahr und kostete mehr als 2000 britische Soldaten das Leben.⁴⁵

In der benachbarten nordiranischen Provinz Gilan gelang es im Frühsommer 1920 der Partisanenbewegung der angali mit Hilfe der Roten Armee, die Truppen des Empire für einige Monate aus der Region zu vertreiben. Anfang Juni eroberten sie die Hauptstadt und riefen eine Räterepublik aus – die Persische Sozialistische Sowjetrepublik.⁴⁶

Im britischen Protektorat Ägypten hatte sich eine Unabhängigkeitsbewegung entwickelt, an deren Spitze die Wafd-Partei stand. Als ihr Führer Saad Zaghlul 1919 festgenommen und nach Malta deportiert wurde, brachen Unruhen aus, die sich von den Städten über nahezu das ganze Land ausbreiteten. Es kam zu massiven Demonstrationen, Streiks und Sabotageakten gegen die Kolonialmacht. Britische Produkte wurden boykottiert, Soldaten überfallen und auf Vertreter des Empire Attentate ausgeübt. Die Proteste führten schließlich zur Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1922.⁴⁷

Auch in Indien wehrte sich in der Nachkriegszeit die Bevölkerung gegen die Unterdrückung durch das britische Empire. In Bombay beteiligten sich 125.000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen an einem Streik. Hier sowie in Madras und Bengal fanden Hungerunruhen statt, in Kalkutta gewaltsame Proteste von Schuldnern gegen Kreditgeber. In vielen weiteren Städten gab es zwischen 1918 und 1920 Demonstrationen und Streiks.⁴⁸ Weltweiten Protest erregte im April 1919 das Massaker von Amritsar im Punjab. Während eines Generalstreiks in der Stadt ließ der britische Militärkommandeur auf eine friedliche Kundgebung schießen. Hunderte Tote waren die Folge. Dieses Massaker wurde zum Fanal für die indische Unabhängigkeitsbewegung. 1920 rief Mahatma Gandhi die „Kampagne der Nichtkooperation“ aus – eine Bewegung zivilen Ungehorsams, an der sich Millionen Indier beteiligten. Sie boykottierten britische Waren, Schulen, Universitäten, Gerichte und die 1920 abgehaltenen Wahlen.⁴⁹ Der indischstämmige britische Kommunist Rajani Palme Dutt berichtete wenige Jahre später: „Die revolutionäre

44 Siehe ebenda, S. 154.

45 Siehe Peter Sluglett/Marion Faouk-Sluglett: Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur, Frankfurt a. M. 1991, S. 20; Tariq Ali: Bush in Babylon. Die Re-Kolonisierung des Irak, München 2005, S. 56.

46 Siehe Hans Georg Ebert u.a.: Die islamische Republik Iran, Köln 1987, S. 11-22.

47 Siehe Albertini, Kolonialherrschaft, S. 205.

48 Siehe Harman, People's History, S. 454.

49 Siehe Hermann Kulke und Dietmar Rothermund: Geschichte Indiens. Von der Induskultur bis heute, München 1998, S. 359-361.

Unruhe war allgemein; gewaltige Demonstrationen, Streiks, Hartals und Kämpfe mit Millionen Beteiligten erschütterten das Land, und in den Jahren 1919-1922 war das [britische] Imperium in Indien ernsthaft bedroht.⁵⁰ Allerdings sollte der Unabhängigkeitskampf niemals eine solche Dynamik annehmen, dass er auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, etwa durch eine Agrarrevolution, in Frage gestellt hätte. Er blieb im Wesentlichen unter Kontrolle der bürgerlich-nationalistischen Kongress-Partei (bzw. in den entsprechenden Gebieten unter der der Muslim-Liga). Unter dem Einfluss der Oktoberrevolution 1917 in Russland wurde auch hier eine Kommunistische Partei gegründet; sie sollte aber über eine beschränkte Massenunterstützung nicht hinauskommen.⁵¹

Auch im benachbarten Afghanistan herrschte seit Jahrzehnten eine stark ausgeprägte anti-britische Stimmung. Lange Zeit kollidierten im Land am Hindu-kusch, das seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine Kolonie des Empire war, britische und russische Interessen. Im Zuge der Oktoberrevolution 1917 verzichtete die Sowjetmacht jedoch auf jegliche Ansprüche. Daraufhin erklärte Amanullah Khan, Sohn und Nachfolger des im Februar 1919 ermordeten Emirs Habibullah Khan, die Unabhängigkeit von Großbritannien. Die Briten versuchten, dies durch den dritten Anglo-Afghanischen Krieg seit 1839 zu verhindern. Geschwächt durch den Ersten Weltkrieg und die Massenbewegung in Indien nach dem Massaker von Amritsar, brach die britische Armee nach nur wenigen Wochen die Kampfhandlungen ab. Im August 1919 erkannte das Empire Afghanistan als souveränen und unabhängigen Staat an. Von sozialistischen Ideen beeinflusst, erließ Amanullah in den kommenden Jahren einige weitgehende Reformen – vor allem im Bildungssektor. Es wurde versucht, ein öffentliches und für alle Afghanen, auch Frauen, verpflichtendes Schulwesen aufzubauen. Zudem reformierte er 1921 die Familiengesetzgebung. Inzucht und die Verheiratung von Kindern wurden verboten, die Rechte von Ehefrauen verbessert. Auch wenn viele Maßnahmen auf dem Papier blieben und vor allem auf dem Land von reaktionären Mullahs verhindert wurden, war dies der erste Versuch des Aufbruchs Afghanistans in die moderne Welt. Er wurde zwar im Wesentlichen „von oben“ durchgeführt, dennoch machten sich hier die Auswirkungen der Oktoberrevolution auf das sowjetische Zentralasien durchaus bemerkbar.

Dagegen kam es im bevölkerungsreichsten Land der Erde, in China, zu einem wirklichen gesellschaftlichen Aufbruch „von unten“.⁵² Das Reich der Mitte hatte zwar nie seine formale Selbständigkeit verloren, doch hatten sich die Imperial-

50 R. Palme Dutt: Das moderne Indien, Hamburg 1928, S. 62.

51 Siehe hierzu Sobhanlal Datta Gupta: Comintern and the Destiny of Communism in India: 1919-1943, Kalkutta 2006.

52 Von der zahllosen Literatur zu China sei hier nur erwähnt: Manabendra Nath Roy: Revolution und Konterrevolution in China, Berlin 1930; Deng Zhongxia: Anfänge der chinesischen Arbeiterbewegung 1919-1926, hrsg. von Werner Meißner und Günther Schulz, Reinbek 1975; James P. Harrison: Der lange Weg zur Macht. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas von ihrer Gründung bis zum Tode von Mao Tse-tung, Zürich 1978, S. 16-75; Richard Lorenz (Hrsg.): Umwälzung einer Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte der chinesischen Revolution (1911-1949), Frankfurt a. M. 1977.

mächte weitgehende ökonomische Zugeständnisse und territoriale Sonderrechte erzwungen. Die Chinesen hofften, dass mit der Niederlage eines dieser Staaten – nämlich Deutschlands – im Weltkrieg dessen quasi-kolonialen Ansprüche im Norden des Landes wegfallen würden. Diese Erwartungen wurden durch die Siegermächte enttäuscht, die Deutschlands Rechte einfach an Japan übertrugen. Am 4. Mai 1919 begann, ausgehend von Demonstrationen der Pekinger Studenten, eine breite antiimperialistische Kampagne, die zunächst auf Intellektuelle beschränkt war und lediglich eine geistige Wiedergeburt des Landes propagierte. Doch sie setzte schnell politische und soziale Kräfte frei, die weit darüber hinausgingen und sich zunehmend an der jungen Sowjetrepublik orientierten – diese hatte als einzige Macht auf ihre Sonderrechte in China verzichtet. Zahlreiche Studenten lernten Fremdsprachen und gingen dann ins Ausland, viele nach Russland. Marxistische Klassiker wurden zum ersten Mal ins Chinesische übersetzt. Die Bewegung drang tief in die Gesellschaft ein. Gewerkschaften wurden gegründet, vor allem in dem ökonomisch weiter entwickelten Süden des Landes (um Kanton) und in der Metropole Shanghai. Dort wurde im Juli 1921 die Kommunistische Partei aus der Taufe gehoben. An der Gründung waren wichtige Wortführer der „4.-Mai-Bewegung“ beteiligt. Die bürgerlich-nationalistischen Kräfte der Guomindang unter Sun Yatsen formierten sich ebenfalls neu. Nur wenige Jahre darauf begann die zweite chinesische Revolution von 1925 bis 1927, deren Schlagkraft maßgeblich auf der jungen Arbeiterbewegung beruhte.

Das Vorbild: die Revolution in Russland

Es war keineswegs Zufall, dass alle Kontinente gerade in den Jahren 1917 bis 1920 einen derartigen Aufschwung sozialer Bewegungen erlebt haben. Zumeist war der Erste Weltkrieg – direkt oder indirekt – Auslöser der Proteste. Die Völker verlangten das Ende der Kampfhandlungen oder demonstrierten gegen kriegsbedingte Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und Versorgungsengpässe.

Die globale Klammer für diese Bewegung bildete die Revolution in Russland. Weltweit schauten die Menschen auf den neuen Sowjetstaat. Die dortigen Ereignisse stellten für sie eine enorme Inspiration dar. So benannten Arbeiter während eines wochenlangen Streiks in Valencia Straßen nach „Lenin“, den „Sowjets“ und der „Oktoberrevolution“.⁵³ Jean Carrière und Stefan Karlen betonen, der Aufschwung der zentralamerikanischen Arbeiterbewegung in den 1920er Jahren sei „unter dem Einfluss äußerer Faktoren wie der Mexikanischen Revolution und der russischen Oktoberrevolution“⁵⁴ erfolgt. Alan Angell erklärt, die „verschärften Klassenkonflikte“ im Chile jener Zeit seien eine „Auswirkung[...] der bolschewistischen Revolution in Russland auf eine damals schon organisierte Arbeiterbe-

53 Siehe Harman: *People's History*, S. 436.

54 Hartmann, *Geschichte*, S. 133.

wegung“.⁵⁵ Zu Japan erklärt Rudolf Hartmann: „Einen nicht geringen Anteil am Aufschwung der Streik- und Gewerkschaftsbewegung hatten sozialistisch orientierte Gruppen, die sich unter dem direkten Einfluß der russischen Oktoberrevolution formierten.“⁵⁶

Zusammenfassend schreibt Eric Hobsbawm über den Einfluss der Sowjets auf die globale Bewegung: „Völker hört die Signale“, so beginnt der Refrain der Internationale in Deutsch. Und diese Signale kamen laut und klar aus Petrograd und aus Moskau [...]. Sie wurden überall dort gehört, wo Arbeiterorganisationen und sozialistische Bewegungen, gleich welcher Ideologie, operierten. Die Tabakarbeiter Kubas, von denen nur wenige überhaupt wussten, wo Russland lag, gründeten ‚Räte‘; in Spanien werden die Jahre 1917-19 noch heute das ‚Bolschewistische Duo‘ genannt, obwohl die regionale Linke dort leidenschaftlich anarchistisch war, politisch also dem entgegengesetzten Lager von Lenin angehörte; revolutionäre Studentenbewegungen entstanden 1919 in Peking (Beijing) und 1918 in Córdoba (Argentinien), von wo aus sie sich bald über Lateinamerika ausbreiten und regionale Revolutionsführer und Parteien hervorbringen sollten. [...] Die Oktoberrevolution prägte [...] auch die größte Massenorganisation Indonesiens, die Nationale Befreiungsbewegung ‚Sarekat Islam‘. ‚Diese Aktion des russischen Volkes‘, schrieb eine türkische Provinzzeitung, ‚wird eines schönen Tages zur Sonne werden und die ganze Menschheit erleuchten.‘ Im fernen Innern von Australien feierten hartgesottene (und hauptsächlich irisch-katholische) Schafscherer, die ansonsten kein erkennbares Interesse an politischer Theorie zeigten, den Arbeiterstaat der Sowjets. [...] Kurz gesagt, die Oktoberrevolution wurde überall als welterschütterndes Ereignis empfunden.“⁵⁷

Diese Beschreibung illustriert sehr deutlich die Vorbildfunktion, die die Erhebung in Russland auf Arbeiter, Soldaten und Bauern in verschiedenen Ländern hatte. Sie und nicht – wie gelegentlich behauptet – die deutsche Revolution von 1918/19 inspirierte Millionen Menschen weltweit.

55 Angell: Chile, S. 850.

56 Hartmann, Geschichte, S. 133.

57 Hobsbawm, Zeitalter, S. 90f.

Chance der Revolution: Soziale Demokratie war möglich

Die Revolution in Deutschland von 1918/19 war Teil der Weltkriegsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa. Diese bewirkten den Zusammenbruch der aus der „Heiligen Allianz“ von 1815 überkommenden Autokratien des Kontinents, indem sie Russland, Österreich-Ungarn, Deutschland und somit das Europa des 19. Jahrhunderts umwälzten. Vom Rhein bis Wladiwostok, vom Baltikum bis zum Balkan entstand ein neues Staatensystem. Die Weltkriegsrevolutionen wurzelten in der allgemeinen Erschöpfung der am Krieg 1914 bis 1918 beteiligten Völker, in deren Streben nach Demokratie und nationaler Unabhängigkeit – nicht zuletzt auch in der Einsicht der arbeitenden Klassen in die Friedensunfähigkeit der expansiven und kriegsgewinnlerischen Wirtschaftsunternehmen, ihrer imperialistisch agierenden Regierungen und Militärführungen. Mit den Forderungen nach Frieden ohne Annexion und Kontribution, nach Demokratie, Bodenreform und Sozialisierung nahmen diese Volksbewegungen im Vergleich zu allen früheren Revolutionen einen epochal neuen Charakter an. Die Friedensforderung wandte sich gegen den imperialistischen Krieg, und die Sozialisierungsforderung stellte die gesellschaftspolitische Systemfrage. Zwischen Oktober 1917 und August 1919 konstituierten sich Räterepubliken, die in Russland langfristig, in anderen Ländern nur zeitweilig währten. In Ungarn kam es erstmalig zu einer Regierungsbildung, in der sich Sozialdemokraten und Kommunisten vereinigten.

Der Revolution in Deutschland kam eine kontinentale Schlüsselrolle für die Gestaltung der Nachkriegsverhältnisse zu. Das industriekapitalistische und kulturelle Entwicklungsniveau der Gesellschaft sowie Reife und Organisiertheit der Arbeiterschaft eröffneten die historische Chance, unter dem politischen Einfluss der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften nicht nur die Überreste des Feudalismus vollständig zu beseitigen. Auch die sozialen Negativwirkungen des Kapitalismus waren zu begrenzen, wenn öffentliche und staatliche Kontrolle der Verfilzung von Wirtschaft, Militär, Parteien und Staatsregierung entgegenwirken würden. In Gestalt der Räte schufen spontan tätige Volksmassen neue Organisationsformen, die potenziell imstande waren, die angestrebte bürgerlich-parlamentarische Demokratie durch Institutionen konsequenter Volkssouveränität zu ergänzen und zu vertiefen.

Adel und Bürgertum waren infolge der Kriegsniederlage diskreditiert und angesichts der Volksrevolution paralysiert. Die Initiative lag allein bei der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Diese waren ideologisch in verschiedene Richtungen gespalten. Aber die von den reformsozialistischen Führern erkannte Logik der Kapitalkonzentration und Wirtschaftsregulierung, die Beispielwirkung der russischen Oktoberrevolution auf die Linksozialisten in der USPD und das

allgemeine Veränderungspotenzial in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Basis eröffneten die Chance für eine tief greifende sozial orientierte Demokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands auf privat- und staatskapitalistischer Grundlage.

Indes rief diese denkbare historische Alternative, insbesondere unter dem Eindruck des Bürgerkrieges in Russland und einer ähnlichen Polarisierung in Deutschland, alle Kräfte der Gegenrevolution auf den Plan. Und der Gegensatz zu den Burgfriedenspolitikern in den Führungsspitzen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften machte ein Zusammengehen der Linkssozialisten mit diesen unmöglich. Das linkssozialistische Konzept der Übernahme der kapitalistischen Wirtschaft durch das zur Staatsmacht gelangte Industrieproletariat nach dem Vorbild Sowjetrusslands war für die Mehrheit der deutschen Gesellschaft nicht konsensfähig. Unter der politischen Verantwortung der sozialdemokratischen Provisorischen Regierung wurde die Revolution, gestützt auf die militärische Führung des untergegangenen Kaiserreichs, trotz möglicher radikaler politischer und sozialer Reformen auf Ziele begrenzt, die weit hinter den Absichtserklärungen des Würzburger Parteitages der Reformsozialisten von 1917 und den mit der Revolution gegebenen Chancen zurückblieben. Das betraf vor allem die Militärreform, die vom letzten Kanzler des Kaiserreiches und Vorsitzenden der provisorischen Revolutionsregierung Friedrich Ebert hintertrieben wurde, weil dieser es vorzog, sich auf die alte kaiserliche Exekutive zu stützen, als auf die reale Machtbasis seiner Partei innerhalb der Arbeiterschaft. Das besiegelte das Schicksal der Revolution.

Weichenstellung zwischen Revolution und Gegenrevolution

Die Bolschewiki, der linke Mehrheitsflügel der russischen Sozialdemokratie, waren die politische Kraft, die sich an die Spitze der revolutionären Umwälzung der russischen Gesellschaft stellte und der Massendesertion von der Front, der spontanen Aufteilung des Großgrundbesitzes und der Arbeiterkontrolle über die Industrie mit der Bildung der Sowjetregierung eine staatliche Lenkung und rechtliche Legitimität zu geben vermochten. Das „Dekret über den Frieden“ gab allen in den Weltkrieg verstrickten Völkern die Hoffnung auf einen annexionsfreien und bedingungslosen Frieden. Als aber die Regierungen Deutschlands und Österreichs der Sowjet-Republik den Raubfrieden von Brest-Litowsk aufzwingen, begriffen große Teile der Arbeiterschaft, dass dieser Friede nur den Zweck verfolgte, den Krieg im Westen fortzusetzen. Der Krieg konnte also nur durch die Intervention von unten beendet werden. Nunmehr fand die seit Kriegsausbruch betriebene Antikriegsagitation der Spartakusgruppe u. a. linker Gruppen zunehmende Resonanz innerhalb der Arbeiterschaft. Die europäischen Linken gründeten ihr Friedenskonzept auf die Resolutionen der Internationalen Sozialistenkongresse in Stuttgart

1907, Kopenhagen 1910 und Basel 1912. Diese sahen vor, eine durch den Krieg ausgelöste Krise zum Sturz des Kapitalismus, der ökonomischen Ursache des Weltkrieges, auszunutzen. Die politischen Massenstreiks im Januar 1918 waren der Anfang vom Ende der Monarchien der Mittelmächte. In Deutschland bereiteten von nun an revolutionäre Betriebsobleute mit dem Zentrum in Berlin den bewaffneten Aufstand zum Sturz des Kaisertums und der Diktatur der Obersten Heeresleitung vor. Die Siege der Entente an der Westfront und auf dem Balkan ließen die militärische Disziplin der deutschen und österreichischen Truppen zusammenbrechen. Die Kriegsmüdigkeit auch der Zivilbevölkerungen schlug im Herbst 1918 in Widerstand um. Der plötzliche Autoritätsverlust der monarchistischen Staats- und Militärführungen, die Kriegsdienstverweigerungen der Soldaten und die spontanen Massenerhebungen bewirkten letztlich den Ausbruch der Revolution. Es waren rasch gebildete regionale Arbeiter- und Soldatenräte, die dem organisierten Aufstand zuvorkamen.

Für die Durchschlagkraft der Revolution im Machtzentrum Berlin war es vorteilhaft, dass diese bereits das ganze Land erfasst hatte. Als der von bewaffneten Arbeitern flankierte Sternmarsch der Belegschaften der Industriebetriebe nach Berlins Mitte die Straßen füllte und sich ihnen die Soldaten der Garnison anschlossen, begriff die sozialdemokratische Führung, dass die Beteiligung ihrer Partei an der letzten kaiserlichen Regierung und ihre Aufrufe zu Ruhe und Ordnung keine zeitgemäße Antwort auf die Systemkrise waren. Jetzt forderte der Parteivorsitzende Friedrich Ebert den Kanzler Max von Baden auf, ihm unverzüglich dieses Amt zu übertragen und die Abdankung des Kaisers zu veranlassen. Als die Massen den Reichstag erreichten, sah sich Philipp Scheidemann am 9. November gezwungen, die deutsche Republik auszurufen. Karl Liebknecht proklamierte kurz darauf vom Balkon des Schlosses die sozialistische Republik. In einer Nachtsitzung einigten sich SPD und USPD auf eine paritätische Koalition und anerkannten die Vollversammlung der Berliner Räte als die höchste Machtausübende Autorität. Die Obleute sahen in dieser Koalition die parlamentarische Demokratie. Um diese zu vertiefen, bestellten sie einen Vollzugsrat mit ihrer Führungsautorität Richard Müller an der Spitze. Tags darauf bestätigte der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat im Zirkus Busch den Rat der Volksbeauftragten mit den gemäßigten Sozialdemokraten Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Otto Landsberg und den Unabhängigen Sozialdemokraten Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth. Als die Obleute ihre Liste für einen Vollzugsrat als Kontrollorgan der provisorischen Regierung präsentierten, verlangten die Soldatendelegierten Parität zwischen SPD und USPD wie zwischen Arbeitern und Soldaten und drohten mit Militärdiktatur im Falle der Ablehnung ihrer Forderung. Ihrem Willen wurde entsprochen.

Ebert hatte sein Ziel erreicht, sich an die Spitze der Revolution gestellt, um sie ins bürgerlich-demokratisch-parlamentarische Fahrwasser zurückzulotsen. Denn er fühlte sich eher als letzter Reichskanzler des Kaiserreichs, denn als Vorsitzen-

der des Rates der Volksbeauftragten. Am späten Abend erreichte ihn über eine geheime Telefonleitung im Reichstag General Wilhelm Groener, er versicherte ihm der Unterstützung der Heeresführung und verlangte die Beendigung des „bolshewistischen Räteunwesens“.

Von diesem denkwürdigen 10. November an schwelte zunächst und eskalierte in den folgenden Wochen der Konflikt zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten und der bestehenden Verwaltung. In jenen Regionen des Reiches, wo der linke Flügel der USPD stark war wie in Bayern, im Ruhrgebiet, in Sachsen, in der preußischen Provinz Sachsen und in den Freien Hansestädten nahm der Streit um die Kompetenzverteilung von legislativer und exekutiver Gewalt offen konfrontative Formen an. In den agrarisch geprägten Regionen des Südwestens und Nordostens begnügten sich die Räte mit Kontroll- und Beratungsfunktionen und vorwiegend kommunaler Politik. Hier hatten gemäßigte Sozialdemokraten und Gewerkschafter das Sagen in den Räten. Die politische Bedeutung der Soldatenräte reduzierte sich infolge der Demobilisierung. Wegen ihrer heterogenen, mehrheitlich bäuerlichen und kleinbürgerlichen Zusammensetzung stärkten sie mit ihrer Forderung nach paritätischer Machtverteilung den gemäßigten Flügel. In ihrem Antimilitarismus waren die Räte jedoch konsequent revolutionär, weil sie in der Generalität und dem Offizierskorps von Beginn an zu Recht die Konterrevolution sahen.

Die Widersprüchlichkeit dieser Umstände zeigte sich auf dem Reichsrätekongress vom 16. bis 19. Dezember in Berlin. Der Kongress, auf dem die Gemäßigten entsprechend der sozioökonomischen Struktur des Reiches die Mehrheit hatten, beschloss die Aufhebung des Belagerungszustands, eine Amnestie, die Abschaffung der Zensur, die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen ab dem 20. Lebensjahr, Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit sowie Wahlen zur Nationalversammlung. Damit stand fest: Deutschland würde eine parlamentarische Demokratie mit entsprechenden Machtpositionen der bürgerlichen Parteien bekommen. Ebert hatte von nun an allen Grund, auch die einzige revolutionäre Entscheidung des Reichsrätekongresses, das Militär der Kontrolle der Räte zu unterstellen, zu hintertreiben. Denn dieser Beschluss traf den Nerv seiner Kooperation mit Groener.

Wichtige Weichenstellungen für die künftige Sozial- und Wirtschaftsordnung waren Mitte November in den Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden erfolgt. Die Gewerkschaften erreichten die Alleinvertretung der Arbeitnehmerinteressen, volle Koalitionsfreiheit, paritätische Schlichtungsausschüsse, Kollektivvereinbarungen der Berufsvereinigungen mit den Arbeitgebern, Einführung kollektiver Arbeitsverträge, Gründung von Arbeiterausschüssen in den Betrieben über 50 Mitarbeiter, den Achtstundenarbeitstag und die Verbesserung der Sozial-, Alters- und Arbeitslosenversicherung sowie die Wiedereingliederung der Heimkehrer in die Betriebe. Mit diesen Ergebnissen waren jahrzehntelange gewerkschaftliche Forderungen erfüllt. Aber das Großkapital behielt seine

wirtschaftliche Macht und damit politischen Einfluss. Lediglich eine Minderheit der Gewerkschaftsfunktionäre trat für eine ökonomische Neuordnung der Wirtschaft ein. Die Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) der Unternehmer und Gewerkschaften war aber auch der Schwäche der provisorischen Regierung geschuldet, mit den Problemen der unmittelbaren Nachkriegssituation fertig zu werden. Mit der ZAG nahmen Unternehmer und Gewerkschaften die Lösung der wirtschaftlichen Probleme in eigene Regie. Die Unternehmer verstanden diese Allianz allerdings lediglich als Zwischenlösung.

Mit dem Reichsrätekongress waren endgültig die Würfel gefallen, wenngleich die USPD noch die Chance gehabt hätte, im Zentralrat, dem künftigen Exekutivorgan des Rätekongresses, im gleichen Maße Einfluss zu gewinnen wie die Obleute im Berliner Vollzugsrat. Aber sie beteiligte sich nicht mehr an der Wahl des Zentralrates, was ein schwerer politischer Fehler war. Der zweite Fehler der USPD-Führung war ihr alternativloser Austritt aus dem Rat der Volksbeauftragten nach den opferreichen aber siegreichen Kämpfen zwischen Volksmarinedivision und Reichswehrtruppen am Heiligabend. Diese politische Konzeptionslosigkeit veranlasste die radikale Minderheit der USPD um die Spartakus- u. a. linke Gruppen, zur Jahreswende die Kommunistische Partei Deutschlands zu gründen.

Schon bald rächte sich, dass die Räte die Aufstellung einer Volkswehr unterlassen hatten. Mit dem Geld der deutschen Wirtschaft, organisiert von der Antibolschewistischen Liga, schufen die Generale inzwischen aus Offizieren, Berufssoldaten und Arbeitslosen Freikorps, die sich unter dem Oberkommando des Sozialdemokraten Gustav Noske vorbereiteten, tabula rasa zu machen. Die Kämpfe in Berlin vom 10. bis 15. Januar waren symbolisch für den letzten Machtkampf zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie. Nach dem Weihnachtsaufstand der Volksmarinedivision verließen die USPD-Volksbeauftragten die provisorische Reichs- und preußische Regierung. Letztere setzte daraufhin auch den linken Berliner Polizeipräsidenten ab, der verfassungsrechtlich unter dem alten Regime der preußischen Regierung unterstand. Emil Eichhorn hatte dieses Amt jedoch vom Berliner Arbeiter- und Soldatenrat erhalten. Insofern bedeutete seine Entlassung einen provokativen Anschlag auf die letzte Bastion der Rätemacht. Das löste den zweiten Aufstand nach dem 9. November aus. Die Gardekavallerieschützendivision unter dem Kommando des Hauptmann Waldemar Pabst schlug diesen brutal nieder. Mit dem weißen Terror in Berlin und der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts begann der Bürgerkrieg, den zu vermeiden die sozialdemokratische Führung angetreten war. Sie hatte das Volk permanent zu Ruhe und Ordnung aufgerufen, nachdem sie am 3. Oktober 1918 vom Kaiser zwei Regierungssitze ohne Amt erhalten hatte und Deutschland de facto eine parlamentarische Monarchie geworden war.

Wenn die revolutionären Kräfte in diesem Stadium keine Mehrheit mehr fanden, wie die Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 bewiesen, dann vor allem deshalb, weil am 11. November 1918 der Waffenstillstand in Kraft ge-

treten und das wichtigste Ziel der Revolution erreicht war. Darüber hinaus war die diskreditierte Monarchie durch eine bürgerlich-parlamentarischen Republik abgelöst worden. Für das Experiment Rätemacht im Interesse eines Teils der Industriearbeiterschaft hatte die Mehrheit der deutschen Bevölkerung kein Interesse. Die zu erwartenden Friedensbedingungen verdrängten zudem die Opposition gegen Kriegsgewinnler, Junker und Generale und erzeugte eine nationale Empörung gegen die Siegermächte. Anfang Mai fiel mit der Münchener Räterepublik die letzte Bastion der deutschen Revolution.

Fazit

Im Gegensatz zu den Identifikation stiftenden Revolutionen anderer Völker erschien die deutsche Revolution von 1918/19 in den historischen Wertungen und Erinnerungen nicht als Ruhmesblatt. De facto verkörperte die Weimarer Republik die erste bürgerlich-demokratische Staatsordnung Deutschlands. Sie war von keiner Partei ernstlich gewollt. Die Konservativen setzten auf Restauration. Das bürgerliche Lager, einschließlich der sozialdemokratischen Führung, verabscheute die volksrevolutionäre Art ihres Zustandekommens. Veteranen der Arbeiter- und Soldatenräte und linker Gewerkschaftsgruppen hätten lieber eine Kombination von Räten und Parlament gesehen. Die kommunistische Linke wollte die alleinige Rätemacht.

Die deutsche Revolution 1918/19 war die erste Revolution in einer großindustriellen Gesellschaft. Mit der bestorganisierten Arbeiterschaft der Welt und der politisch erfahrensten Sozialdemokratie und Gewerkschaft bestanden die Voraussetzungen für eine Vertiefung der tradierten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie durch eine soziale Demokratie. Erstmals bestand die historische Chance, das Freiheitsversprechen der französischen Revolution durch deren Solidaritätsversprechen zu ergänzen. Mit der Rätedemokratie schuf das Proletariat spontan eine Form der direkten Selbstverwaltung, deren verfassungsrechtliche Integration in die parlamentarische Demokratie denkbar war. Gleichermaßen entsprach die Sozialisierungsforderung dem hohen Vergesellschaftungsgrad der Wirtschaft.

Unter dem Eindruck des Bruchs der russischen Oktoberrevolution mit der Vergangenheit und potenziell möglichen ähnlichen Entwicklungen in Deutschland organisierte sich hier jedoch die Gegenrevolution vom konservativen bis zum gemäßigten sozialdemokratischen Flügel. Geleitet von den Sachzwängen der Kriegsniederlage und Friedensbedingungen, der Umstellung der Kriegs- auf Friedenswirtschaft und der Interventionsgefahr sowie geprägt von den tradierten bürgerlichen Demokratieauffassungen des 18. und 19. Jahrhunderts erkannten die gemäßigten Sozialdemokraten und Gewerkschafter weder die Notwendigkeit des radikaldemokratischen Bruchs mit den aristokratischen Machtpositionen geschweige denn den demokratischen Neuanatz der Räte. Die strikte Ablehnung

außerparlamentarischer Masseninitiativen der eigenen Basis, die absolute Unterordnung unter die verfassungsrechtliche Legalität und die daraus resultierende Abhängigkeit von der monarchischen Exekutive hinderten die sozialdemokratische Führung an einer konsequenten Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution. So betrieb sie an diesem historischen Scheidepunkt eine restaurative Politik und vertiefte damit die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Die Führungsschwäche der USPD und der mangelnde Kampfgeist ihrer Führungskräfte bewirkten den vorzeitigen Rückzug aus wichtigen Machtpositionen, was den Einfluss der gemäßigten Sozialdemokraten stärkte. Die Fehleinschätzung der historischen Situation durch die radikalen Linken innerhalb der KPD und deren Maximalismus bewirkten deren Isolation. Und dennoch: Ohne den Volksaufstand und das in allen neuzeitlichen Revolutionen zu beobachtende Hinausweisen über das real mögliche Ziel wäre letzteres gar nicht erreicht worden.

Der Niedergang der Revolution war nicht zuletzt von außen beeinflusst. Das Friedensdiktat der Siegermächte stärkte die Gegenrevolution. Die Oktoberrevolution in Russland verlor trotz erneuter Zuspitzung der politischen Gegensätze während der Nachkriegskrise bis 1923 ihre Funktion als Initialzündung einer europäischen Revolution. Rosa Luxemburg schrieb 1918: „In Russland konnte das Problem (die Verwirklichung des Sozialismus – der Verf.) nur gestellt werden. Es konnte nicht in Russland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden.“¹

1 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Dies., Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 365.

Neue Forschungsergebnisse über die Spartakuskonferenz im Oktober 1918

„Die wichtigste Initiative der Spartakisten in den Wochen vor der Revolution war die Einberufung einer am 7. Oktober [1918] in Berlin tagenden illegalen Konferenz von Vertretern der Spartakusorganisationen aus dem ganzen Reichsgebiet und von Linksradikalen, die nicht der USPD angehörten.“ Mit diesen Worten hob Susanne Miller die Bedeutung dieses Treffens der – neben den revolutionären Obleuten – am entschiedensten auf einen revolutionären Umsturz drängenden Kräfte auf dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie hervor, und sie ging auf einer Drittel-Druckseite auf die wesentlichen Ergebnisse der Tagung ein.¹ In keinem der die Arbeiterbewegung in der Vorrevolutionszeit behandelnden Werke, ob in Ost oder West, fehlt eine Schilderung der Spartakus-Oktoberkonferenz. Dabei fallen die Darstellungen über den Verlauf der Konferenz in vielen relevanten DDR-Publikationen wesentlich ausführlicher aus als in denen der „Westhistoriker“.²

Forschungsstand

Erstaunlicherweise haben alle Schilderungen eines gemeinsam: Die einzige Quellengrundlage ist der von den Veranstaltern herausgegebene Konferenzbericht, der in der illegalen Zeitschrift *Spartacus* Nr. 12 vom Oktober 1918 und in der in Deutschland ebenfalls illegal verbreiteten deutschsprachigen Zeitschrift aus Moskau *Weltrevolution* Nr. 53 vom 24. Oktober 1918 abgedruckt wurde; im ersten Schriftstück ohne die behandelten Resolutionen, im zweiten mit dem Text der Resolutionen, aber mit einigen Auslassungen im eigentlichen Bericht über den Tagungsverlauf.³ Nach diesen Berichten auf der Konferenz waren „Vertreter der Spartakusorganisationen aller wichtigen Bezirke und Orte Deutschlands vertreten,

1 Siehe Susanne Miller: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978, S. 42 (Zitat), S. 42 f.

2 Siehe z. B.: Heinz Wohlgenuth: Die Entstehung der KPD. Überblick, Berlin 1978, S. 218-220; Jakow] S. Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968, S. 85-88.

3 Siehe Spartakusbriefe, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 469-471; Ernst Drahn/Susanne Leonhard (Hrsg.): Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Berlin 1920, S. 113-118; Neuaufgabe [Reprint nur mit dem Teil der von S. Leonhard herausgegebenen Dokumente, aber mit der gleichen Seitennummerierung]: Susanne Leonhard (Hrsg.): Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Frankfurt/Main 1968, S. 114 („Resolution zur weltpolitischen Lage“), S. 115-117 („Aufruf an die Bevölkerung“); nach Drahn/Leonhard auch wiedergegeben in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 2, November 1917-Dezember 1918, Berlin 1957, S. 228-234.

ferner mehrere Ortsgruppen der sog. linksradikalen Bewegung, die bekanntlich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht angehören.“ Die Teilnehmer informierten über die von ihnen durchgeführten Aktionen. Dabei hatten die örtlichen Gruppen in der Zusammenarbeit mit der USPD nur dann gute Erfahrungen gemacht, wenn die *Gruppe Internationale* in den Städten und Regionen die Mehrheit stellte. Weiterhin wurde die Förderung der Militäragitation, die Zusammenarbeit mit der sozialistischen Jugendbewegung besprochen und der Zusammenschluss der *Linksradikalen* mit der *Spartakusgruppe* vollzogen, ohne dass die *Linksradikalen* der USPD beitraten. Bemerkenswert: Die letztere Aussage fehlte in der „Weltrevolution“, was auf – zumindest noch nicht vollständig ausgeräumte – Unstimmigkeiten zwischen den beiden Gruppierungen hindeutet, wie sich bei der Auswertung weiterer Quellen zur Konferenz bestätigt (siehe unten). Den russischen Genossen wurde die „brüderliche Sympathie“ übermittelt, gegenüber den inhaftierten deutschen Genossen, speziell Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, eine Solidaritätserklärung abgegeben. Beschlossen wurde, Arbeiter- und Soldatenräte in allen Orten zu gründen, falls sie nicht bereits vorhanden waren. Die „Grundidee“ einer vorgelegten „Resolution zur weltpolitischen Lage“ wurde gebilligt, „ohne sie [die Resolution] zum Beschluß zu erheben“. Dagegen erhielt ein Aufruf an die Bevölkerung die volle Zustimmung der Konferenzteilnehmer⁴ und wurde offensichtlich in der zweiten Oktoberhälfte in vielen Städten und Regionen weit verbreitet. Die Behörden entdeckten die entsprechende Flugschrift „Wir sind in die letzte Periode des Krieges eingetreten...“ mit der Unterschrift „Die Gruppe Internationale (Spartakusgruppe) [,] Die Linksradikalen Deutschlands“ bei Arbeitern auf der Vulkanwerft in Hamburg sowie in großen Mengen bei einem Spartakusmann in Duisburg.⁵ Nach einer Charakterisierung der politischen Entwicklung wurde in diesem Aufruf eine Reihe von Forderungen aufgestellt wie Freilassung aller politischen Gefangenen, Aufhebung des Belagerungszustands und des Hilfsdienstgesetzes, Sozialisierung der Banken, der Schwerindustrie sowie Verkürzung der Arbeitszeit und Festsetzung von Mindestlöhnen, Enteignung der landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe und deren Leitung durch Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern, eine „durchgreifende Umgestaltung des Heereswesens“ mit mehreren Einzelpunkten (die „Hamburger Punkte“ des 1. Reichsrätekongresses kündigen sich hier an). Zwar wird auch die „Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien“ gefordert, doch nicht expressis verbis die Abschaffung des halbabsolutistischen Staatssystems und stattdessen die Republik oder ein Regierungssystem der Arbeiter- und Soldatenräte. Insgesamt macht dieser sehr lange Aufruf – besonders in der ersten Hälfte - einen langatmigen zerfaserten Eindruck. Es fehlen ein paar zündende übergreifende Parolen.

4 Siehe Spartakusbriefe, S. 469-471, S. 471, S. 470 (in der Reihenfolge der Zitate).

5 Siehe Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde [BArch Berlin], R 3003, J 810/18, Nr. 1, Bl. 2 f.; Leo Stern (Hrsg.): Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4/IV, Berlin 1959, S. 1723-1726.

Es ist nicht zu verstehen, warum in der kommunistischen Parteigeschichtsschreibung und in der DDR-Nachkriegshistoriographie der Konferenzbericht der Veranstalter nicht durch Archivalien und Erinnerungsberichte ergänzt und korrigiert wurde. Sogar in den kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften der Zwischenkriegszeit sowie in der 1929 erschienenen offiziellen ersten Parteigeschichte „Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“,⁶ deren Verfasser sich auf vielfältige Materialien und reichlich Zeitzeugenaussagen stützen konnten, findet man keine zusätzlichen Informationen über die Oktoberkonferenz. Nur in zwei Regionalstudien westlicher Historiker gibt es Hinweise auf spätere Aussagen von Beteiligten über die Konferenz.⁷

Falsches Datum, falscher Ort, der russische Botschafter als Autor des Aufrufes

Bei einer Nachprüfung der bisher bekannten Angaben muss schon das Datum korrigiert werden. Am 9. Oktober 1918 lud das Mitglied der Spartakusführung Ernst Meyer seinen früheren Kollegen aus der „Vorwärts“-Redaktion Rudolf Franz, der unterdessen als Redakteur bei der „Leipziger Volkszeitung“ arbeitete, zu „einem Familienfest, dem Freunde aus dem ganzen Reich beiwohnen...“ ein, und zwar zum 12. Oktober abends und zum 13. Oktober ganztägig. Anlaufpunkt sollte das Büro Ernst Meyers bei der ROSTA, der russischen Telegraphenagentur, in der im Zentrum Berlins gelegenen Friedrichstraße sein.⁸ In zwei zeitgenössischen Briefen, zum einen von der wie Meyer zur Spartakusführung gehörenden Käte Duncker und zum anderen vom russischen Botschafter Adolph Joffe, wird dieses Datum bestätigt.⁹ Die Oktober-Konferenz der Spartakusgruppe hat also nicht am 7., sondern am 12. und 13. Oktober 1918 stattgefunden, wahrscheinlich mit voller Besetzung nur am 13., mit einer Besprechung im kleineren Kreis am 12. Oktober.

Dies ist insofern von Bedeutung, als dass damit die Zeit für die organisatorische und agitatorische Vorbereitung des angestrebten revolutionären Umsturzes für die sich mit dieser Konferenz gerade neu sammelnden linksradikalen Kräfte kürzer ausfiel, zumal ihre Personaldecke noch immer sehr dünn war. Die falsche

6 Siehe Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution [Reprint der Ausgabe von (Berlin)1929], Frankfurt [Main] 1970, S. 177 f. Hier wird lediglich der Text des Aufrufes mit der falschen Angabe des Konferenzdatums "1.[sic!] Oktober" wiedergegeben.

7 Volker Ullrich: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, Hamburg 1976, hier: Bd. 1, S. 605-609, Bd. 2, S. 220 (Anm. 60), S. 221 (Anm. 63); Sylvia Neuschl: Geschichte der USPD in Württemberg oder Über die Unmöglichkeit, einig zu bleiben, Esslingen 1983, S. 155.

8 BArch Berlin, NY 4020, Nr. 5. Rudolf Franz konnte nicht teilnehmen.

9 Käte Duncker schreibt in einem Brief an ihre Tochter Hedwig am 17.10.18 von einer „Spa[rtakus]. Konferenz vom ganzen Reich“ am vergangenen Sonntag (Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde [SAPMO BArch], NY 4445, Nr. 236, Bl. 90). Adolph Joffe geht in einem Brief an Lenin vom 13. Oktober 1918 auf die Spartakuskonferenz von „Gestern“ ein. Da der 12seitige handgeschriebene Brief offensichtlich nachts, also in seinem letzten Teil schon am 14., geschrieben worden ist, meint Joffe höchstwahrscheinlich den 13. Oktober (Russländisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI), Moskau, Fonds 5, Verzeichnis 1, Akte 2134, Bl. 41 Rück.).

Datumsangabe im veröffentlichten Bericht erfolgte zur Irreführung der Politischen Polizei.

Auch eine falsche Ortsangabe war nach Joffe ursprünglich vorgesehen, und zwar Erfurt.¹⁰ Doch im „Spartacus“ wurde überhaupt keine Stadt genannt, nur im Bericht der „Weltrevolution“ die unrichtige Angabe Gotha.¹¹ Tatsächlich hat die Tagung in Berlin stattgefunden, wie der Mitorganisator Ernst Meyer Ende 1920 in einer Rezension des Dokumentenbandes von Drahn/Leonhard, in dem der Konferenzbericht enthalten ist, angemerkt hat.¹²

Wie Ernst Meyer zwei Jahre nach der Oktoberkonferenz berichtete, wurde die „Resolution zur weltpolitischen Lage“, bei der die Versammlung lediglich die Grundidee akzeptiert hatte, vom Hamburger Linksradikalen Fritz Wolffheim präsentiert, der Aufruf an die Bevölkerung, der beschlossen und später massenhaft als Flugschrift Verbreitung fand, wurde von Paul Levi der Tagung vorgelegt.¹³ Der Verfasser dieses Aufrufes war jedoch nicht Paul Levi oder ein anderes Mitglied der Spartakusführung, sondern der russische Botschafter Joffe. Dieser teilte am 13. Oktober in einen Brief an Lenin mit, dass es „mir nur mit großer Mühe gelungen ist, ihre [der Konferenz] Zustimmung zu einer Proklamation zu erlangen, die ich geschrieben hatte und anbei mitschicke.“¹⁴

Differenzen zwischen den Hamburger Linksradikalen und Spartakus

Tatsächlich hat es um diesen Aufruf eine lebhafte Diskussion gegeben. Der Hamburger Wolffheim erhob Einwände gegen den Abschnitt, in dem die Auflösung der Truppe an der Front mit massenhafter Desertion als Beginn der Revolution gekennzeichnet und die Desertion zur Nachahmung empfohlen wurde. Nach einem polemischen Bericht Wolffheims aus dem Jahre 1920 schloss sich die Mehrheit seiner Auffassung an. Levi ließ eine Redaktionskommission einsetzen und versprach Wolffheim, dafür Sorge zu tragen, dass keine Aufforderung zur Desertion im Aufruf enthalten sein würde.¹⁵ Tatsächlich wird im gedruckten Text des Aufrufs nur verklausuliert die Tatsache einer steigenden Zahl von Deserteuren als Beginn

10 Am Ende des Briefes vom 13. Oktober informiert Joffe Lenin, dass als offizielles Tagungsdatum der 7. und als offizieller Tagungsort Erfurt genannt werden sollen (ebenda, Bl. 44 Rückseite).

11 Siehe Susanne Leonhard (Hrsg.): Unterirdische Literatur, S. 113 (im kurzen einleitenden Text, der sich aber auf die „Weltrevolution“ stützte).

12 Siehe E. M.: Revolutionäre Literatur während des Krieges, in: Die Internationale, Zentralorgan der USPD, 17. November 1920, Nr. 17 [im Original auf der Titelseite falsch: Nr. 27], S. 3.

13 Siehe ebenda.

14 Zitiert nach: Alexander Vatlin: Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die außenpolitische Wende der Bolschewiki, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2007, S. 180-200, hier: S. 195.

15 Siehe Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim (im Auftrage der Ersten Bezirkskonferenz des Bezirks Nord der Kommunistischen Arbeiterpartei): Kommunismus gegen Spartakismus. Eine reinliche Scheidung, Hamburg, 1. Mai 1920, in: Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg, Nachlass Paul Levi, M181.

revolutionärer Kämpfe und mehr als Zeichen der militärischen Auflösung erwähnt.¹⁶ Hier hatte Levi aufgrund der Stimmung auf der Sitzung offensichtlich etwas eingelenkt, ohne den Passus mit der Desertion vollständig zu streichen.

Einfacher hatte es Levi, der das Hauptreferat hielt und wohl die gesamte Sitzung leitete, mit einem weiteren Antrag Wolffheims, die Gewerkschaftsfrage und damit die von den Linksradikalen propagierte Einheitsorganisation von Partei und Gewerkschaft auf die Tagesordnung zu setzen. Nach den Erinnerungen des Konferenzteilnehmers Jacob Walcher fand Wolffheim für diesen Antrag aber keine Mehrheit. Levi konnte sich in diesem Falle – nach Walcher – mit den Argumenten durchsetzen, für die Gewerkschaftsfrage sei eine gründliche Beratung notwendig, im Augenblick stünden jedoch die Fragen, die direkt mit der Vorbereitung der Revolution zusammenhängen, im Vordergrund.¹⁷ Ähnlich wie bei Walcher kommt in den Erinnerungen des Konferenzteilnehmers Fritz Rück aus Stuttgart zum Ausdruck, dass es Paul Levi gelang, „von der Feststellung aus, daß der Zusammenbruch der Militärmaschine und des Kaiserreiches eine Tatsache sei, man sich bereits in einer Revolution befinde und nun jeder an seinem Platz und an seinem Ort die notwendigen organisatorischen und agitatorischen Konsequenzen zu ziehen habe“, eine Einigung auf der Basis des im Aufruf enthaltenen Programms zu erreichen.¹⁸ Wahrscheinlich versuchte Wolffheim aber, noch mit einem weiteren Antrag zur Anerkennung der Einheitsorganisation, die als Kommunistische Partei während der Revolution entstehen sollte, zu kommen. Damit wäre es zu einer Loslösung der Spartakusgruppe von der USPD gekommen, die von der Spartakusführung zu diesem Zeitpunkt noch abgelehnt wurde. Nach stichwortartig niedergeschriebenen Erinnerungen Wolffheims aus dem Jahre 1925 hatte er den Antrag gestellt, „dass die ganze revolutionäre Bewegung im Augenblick des Aufstandes als kommunistische Partei in Erscheinung treten soll, dass sich die Partei von unten nach oben aufbauen, ihre Orientierung aber von den bestehenden Spitzen der Bewegung erhalten solle. Antrag abgelehnt durch Manöver von Paul Levi.“¹⁹ Es sieht so aus, als ob Wolffheim dem Versammlungsleiter Paul Levi Schwierigkeiten bereitet, sich aber nicht durchsetzen konnte.

16 Siehe Susanne Leonhard (Hrsg.): *Unterirdische Literatur*, S. 115.

17 Siehe Jacob Walcher: *Erinnerungsbericht*, S. 36. (Bezirksparteiarchiv der SED Berlin, V5/ 011, jetzt Landesarchiv Berlin).

18 Fritz Rück: *November 1918. Die Revolution in Württemberg*, o. O., o. J. [Stuttgart 1958, Selbstverlag des Verfassers], S. 15.

19 Siehe Fritz Wolffheim: *Notizen über die Geschichte unserer Bewegung zum Gebrauch des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für revol. Politik*, Genossen Emil Geiger [1925 geschrieben], in: *SAPMO BArch, Ry 1/I, 5/5*, Bd. VII, Nr. 1, S. 91.

Erfolgreiche integrative Bemühungen Levis

Zum Thema einer Zusammenarbeit mit der USPD könnte ebenfalls ein Antrag vorgelegen haben. In den von der Polizei in Duisburg bei dem Spartakusmann Ulrich Rogg beschlagnahmten Papieren befindet sich neben anderen Konferenzmaterialien auch eine Resolution, die offensichtlich aus Duisburg selbst oder einer örtlichen Spartakusgruppe gekommen und für die Oktoberkonferenz gedacht war. Hierin werden einerseits die MSPD und die USPD scharf angegriffen, aber andererseits sollen die Unabhängigen zur Beteiligung an Massenaktionen gedrängt werden. Ein Austritt aus der USPD „ist absolut zu *verwerfen* als in diesem Zeitpunkt zwecklos“.²⁰ Wie dem offiziellen Konferenzbericht zu entnehmen ist, war in dieser Frage auf der Tagung ein unverbindlicher Kompromiss gefunden worden. Die USPD-Politik in Bezug auf den Wilson-Frieden und die Parlamentarisierung wurde als nichtrevolutionär, als Ablenkung vom Ziel einer „Herbeiführung der Revolution“ verurteilt. Die Zusammenarbeit mit der USPD in den Orten, in denen die Spartakusgruppe in der Minderheit war, sei nicht günstig gewesen. Konsequenzen für das zukünftige Verhalten wurden nicht gezogen.²¹

Die Spartakusführung versuchte offensichtlich, auch in weiteren Punkten mit einigen Zugeständnissen an die Linksradikalen integrativ zu wirken. Neben dem Fortfall einer Aufforderung zur Desertion, die allgemein keinen Anklang auf der Konferenz gefunden hatte, wurde im „Spartacus“ im Gegensatz zur „Weltrevolution“ erwähnt, dass die Teilnehmer mit der „Grundidee“ der von Wolffheim vorgelegten „Resolution über die weltpolitische Lage“ „einverstanden“ gewesen seien. Eine Ablehnung blieb Wolffheim damit erspart. Weiterhin wurde im offiziellen Bericht des „Spartacus“ ein „Zusammenschluß der Linksradikalen Bewegung mit der Spartakus-Organisation“ und „eine feste gemeinsame Grundlage“ konstatiert, ein Passus, der in der „Weltrevolution“ ebenfalls nicht enthalten ist.²² Diese entgegenkommende Haltung der Spartakusführung wurde von den Linksradikalen, wie einem Kommentar in ihrem Organ „Arbeiterpolitik“ zu entnehmen ist, durchaus positiv aufgenommen.²³

Teilnehmer der Konferenz

Nach den Erinnerungen Jacob Walchers handelte es sich bei der Oktoberkonferenz um eine kleine Zusammenkunft mit höchstens 30 Teilnehmern, was für ein illegales Treffen durchaus als angemessen erscheint.²⁴ Wegen der fehlenden Überliefe-

20 BArch Berlin, R 3003, J 810/18, Nr. 1, Bl. 40 (Hülle), darin Bl. 4 mit RückS. („Politische Lage und Aufgaben“).

21 Siehe Spartakusbriefe, S. 470.

22 Siehe ebenda.

23 Siehe Volker Ullrich: Die Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 608.

rung sind nur wenige Teilnehmer namentlich bekannt geworden. Zweifelsfrei stehen als Teilnehmer fest: Ulrich Rogg aus Duisburg, der dort ein dichtes Netz von Spartakusvertrauensleuten in der USPD-Organisation der Region aufgebaut hatte; Fritz Rück, württembergischer USPD-Landesvorsitzender und Redakteur des Stuttgarter „Sozialdemokrat“; Fritz Wolffheim, Vertreter der Hamburger Linksradikalen, einer Gruppe, die nach zwei Verhaftungswellen im März und Mai 1918 stark dezimiert war²⁵; Jacob Walcher, früherer linker Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ aus Stuttgart, der nach seiner 1915 erfolgten Umsiedlung nach Berlin von 1917 bis Mai 1918 aus beruflichen Gründen weitgehend politisch passiv geblieben und erst wieder durch Käte Duncker und Fritz Rück – besonders ab Oktober 1918 – in die illegale politische Arbeit miteinbezogen worden war²⁶; sowie August Merges, Leiter der Spartakusgruppe in Braunschweig²⁷.

Von der Spartakusführung waren auf der Oktoberkonferenz anwesend Käte Duncker und Ernst Meyer, Berlin, sowie der noch in Frankfurt lebende, aber seit Mai 1918 häufig nach Berlin kommende Rechtsanwalt Paul Levi²⁸, nach einer Bemerkung Wolffheims²⁹ eventuell auch der Partei- und Literaturhistoriker Franz Mehring. Die weiteren Spartakusführer Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches und Karl Schulz (zwischen Mai und August in der Spartakusleitung³⁰) waren in Haft, Clara Zetkin in Stuttgart krankheitsbedingt nicht reisefähig. Die zahlenmäßig schwache Vertretung der Spartakusführung verdeutlicht die äußerst dünne Personaldecke der linksradikalen Bewegung.

Die Auswirkungen der Oktoberkonferenz

Es hätte nahe gelegen, dass auch ein Vertreter der Bolschewiki, eventuell der russische Botschafter Joffe, auf der Spartakuskonferenz aufgetreten wäre, wie dies der bolschewistische Vertreter Pjotr Tučka auf einer internen USPD-Reichskonferenz Mitte September 1918 getan hatte.³¹ Doch da die russische Botschaft scharf

24 Mündliche Auskünfte Jacob Walchers gegenüber dem Verfasser am 2. Juli 1969.

25 Siehe Volker Ullrich: Die Hamburger Arbeiterbewegung, Bd. 1, S. 604.

26 Walcher wohnte im zentralen Berliner Stadtteil Moabit und hatte 1917/18 einen langen Anfahrtsweg zu seiner Arbeitsstelle in Nowawes (heute: Babelsberg) bei Berlin (Mündliche Auskünfte Jacob Walchers gegenüber dem Verfasser am 2. Juli 1969).

27 Mündliche Auskünfte von Walter Merges, Sohn von August Merges, gegenüber dem Verfasser am 16. März 1969.

28 Erst am 5. November 1918 bekundete Levi in einem Kassiber für die inhaftierte Rosa Luxemburg, dass er am folgenden Wochenende nach Berlin übersiedeln werde (Kassiber abgedruckt in: Ottokar Luban: Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg (Juni 1917; 5. November 1918), in: Archiv für Sozialgeschichte, XI, 1971, S. 225-240, hier: 238).

29 „Teilnahme an der Oktoberkonferenz nach Zusammenwirken mit Mehring und Ernst Meyer“ Wolffheim, Notizen, in: BA Berlin, Ry 1/I, 5/5, Bd. VII, Nr. 1, Bl. 91.

30 Siehe Ottokar Luban: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915-1918). Einige Ergänzungen zu ihren politischen Biographien, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz (IWK), Jg. 31 (1995), H.3, S. 328 f.

von der Politischen Polizei beobachtet wurde und deshalb die russischen Genossen befürchten mussten, dass die Spartakuskonferenz auffliegen würde, wurde – wie einem Brief des in Berlin weilenden russischen Wirtschaftsexperten Miljutin an Lenin zu entnehmen ist – darauf verzichtet.³² Stattdessen besuchte nach der Konferenz Käte Duncker von der Spartakusleitung – eventuell gemeinsam mit weiteren Spartakusführern Levi, Meyer und Mehring – die russische Botschaft, um den russischen Genossen und der gerade frisch eingetroffenen Sekretärin der Internationalen Sozialistischen Kommission der Zimmerwalder Bewegung Angelica Balabanoff über die Spartakuskonferenz zu berichten.³³

Aus verschiedenen Briefen an Lenin spiegelt sich der Eindruck wider, den die russischen Genossen und Angelica Balabanoff aufgrund der Berichte über die Spartakuskonferenz und weiterer Informationen aus der linken Szene gewonnen hatten. Joffe berichtete vom Einverständnis der Spartakusführer mit der von ihm vorgeschlagenen Taktik der provokativen Straßendemonstrationen mit einem ersten Versuch bei der Reichstagseröffnung, hatte aber wenig Hoffnung auf einen Erfolg: „Es ist ein Unglück, dass sie so schwach sind.“ Seine Hoffnung setzte er vor allem auf die aus den Gefängnissen und von der Front zurückerwarteten prominenten Persönlichkeiten.³⁴ Angelica Balabanoff berichtete Lenin in einem Schreiben vom 19. Oktober 1918 nach ihrem Berlin-Aufenthalt über ihre Gespräche mit den deutschen Linken, sie hätte auf ihre konkrete Frage, welchen Einfluss „sie unter den Massen besitzen“, von den Spartakusführern „keine konkrete Antwort erhalten“.³⁵ Im Schreiben Miljutins an Lenin von Mitte Oktober 1918 bezieht sich der russische Wirtschaftsexperte ebenfalls auf die Spartakuskonferenz: „Die Spartakisten machen keinen sehr starken Eindruck. Sie hatten eine Konferenz. Haben Verbindungen zur Provinz und zur Armee. Besitzen zwei legale Zeitungen (Die eine hat eine Auflage von 4000 Exemplaren, die andere 1500 [„Der Sozialdemokrat“, Stuttgart, und die „Arbeiterpolitik“, Bremen], unsere „Prawda“ hatte 1917 stets eine Auflage von 50.000 bis 60.000 Exemplaren). Sie haben noch keine einzige Demonstration durchgeführt und organisiert, von mehr gar nicht zu reden... Schließlich gibt es noch einen illegalen „Arbeiterrat“, in dem 400.000 Arbeiter zusammengeschlossen sein sollen [die Revolutionären Obleute]. Dies ist eine bedeutendere Angelegenheit. Es ist jedoch eigenartig: die Spartakisten haben zu ihm fast keine Verbindung. Das trifft auch auf unsere Leute zu.“³⁶

31 Siehe Vatlin, Im zweiten Oktober, S. 183.

32 Siehe RGASPI, Fonds 5, Verzeichnis 1, Akte 1204, Bl. 1.

33 Siehe Brief K. Duncckers an ihre Tochter Hedwig vom 17.10.1918, in : SAPMO BArch, NY 4445, Nr. 236, Bl. 90.

34 Siehe Brief Joffes an Lenin vom 13.{14.} Oktober 1918, in: RGASPI, Fonds 5, Verzeichnis 1, Akte 2134, Bl. 41 Rücks.

35 RGASPI, Fonds 5, Verzeichnis 3, Akte 80, Bl. 2 Rücks.

36 Schreiben Miljutins an Lenin, ohne Datum [nach dem 14. Oktober 1918], in: RGASPI, Fonds 5, Verzeichnis 1, Akte 1204, Bl. 1.

Die Aussage Miljutins über die fehlende Verbindung der Spartakusführung zu den revolutionären Obleuten erstaunt. Denn es hätte nahe gelegen, dass alle den revolutionären Umsturz anstrebenden Kräfte zusammengearbeitet hätten. Eine Erklärung findet sich in einem Bericht des führenden Spartakusmitglieds Wilhelm Pieck vom 15. September 1918. Pieck, der als desertierter Soldat im März 1918 nach Holland geflüchtet und in die Redaktion der deutschsprachigen sozialistischen Zeitung „Der Kampf“ in Amsterdam eingetreten war, hatte in der ersten Hälfte des Septembers illegal Berlin besucht und mit der Führung der revolutionären Obleute gesprochen. Die revolutionäre Erhebung sei für den Januar 1919 geplant, so jedenfalls die Erwartung der deutschen Revolutionäre in der ersten Septemberhälfte 1918. Die Leitung der Betriebsvertrauensleute hätte die Kontakte zur Spartakusgruppe abgebrochen, da diese zu stark von der Politischen Polizei beobachtet werde.³⁷ Die Politische Polizei in Berlin hatte Ende März und Mitte August 1918 der Spartakusorganisation vernichtende Schläge versetzt und schrieb sich deshalb Ende September 1918 das Verdienst zu, durch die Aushebung der Jogiches-Gruppe Ende März und der Holz[Karl Schulz]-Gruppe Mitte August alle Pläne der revolutionären Linken für einen Generalstreik zunichte gemacht zu haben, zumal der Polizei im August das „gesamte Adressenmaterial“ [der Spartakuszentrale] in die Hände gefallen sei.³⁸ Offensichtlich war in die Spartakusgruppe – wahrscheinlich durch die Zusammenarbeit mit den Hamburger Linksradikalen³⁹ – ein Polizeispitzel eingedrungen. Die revolutionären Obleute hatten damit allen Grund, gegenüber der Spartakusgruppe Distanz zu wahren.

Höchstwahrscheinlich hatte dies auch Auswirkungen auf die von der Spartakusgruppe unter der Schirmherrschaft Joffes für die zweite Oktoberhälfte angestrebten Massendemonstrationen in Berlin, an denen sich die USPD zunächst nicht beteiligte. Hier mag der dominierende Einfluss der zur Führung der revolutionären Obleute gehörenden Parteigrößen der Berliner USPD, des Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour und des – in Vertretung für den inhaftierten Wilhelm Dittmann amtierenden – Parteisekretärs Ernst Däumig, eine große Rolle gespielt zu haben. Joffe jedenfalls stellte in einem weiteren ausführlichen Schreiben an Lenin vom 19. Oktober auch nach der Spartakuskonferenz vom 13. Oktober keine wesentliche Verbesserung der Revolutionsaussichten in Deutschland fest: Während die Armee zerfalle, gäbe es einen Stillstand der revolutionären Gärung im Proletariat, „weil es keine Partei gibt, die die Massen ständig revolutionieren und alle Fehler der regierenden Parteien ausnutzen konnte. Es ist zweifellos so, dass die Scheidemann-Leute [die MSPD] immer noch die große Popularität haben.“

37 Siehe Jean-Claude Montant: *La propagande extérieure de la France pendant la Première Guerre Mondiale. L'exemple de quelques neutres européennes*, thèse pour le doctorat de l'État, université de Paris I, Panthéon-Sorbonne 1988, S. 1489 f.

38 Siehe Bericht der Politischen Polizei Berlin vom 28. September 1918, in: Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15842, Bl. 131.

39 Siehe Volker Ullrich: *Die Hamburger Arbeiterbewegung*, Bd. 1, S. 558-563.

Das hätte sich gerade bei Nachwahlen zum Reichstag in Berlin gezeigt, wo die MSPD 2/3, die USPD nur 1/3 der Stimmen erhalten habe.⁴⁰ Eine von Joffe angelegte Demonstration der Spartakusgruppe am 16. Oktober vor dem Reichstagsgebäude und in der Innenstadt, der sich die Unabhängigen nicht angeschlossen hatten, machte wegen der geringen Beteiligung nur einen „kläglichen Eindruck“.⁴¹

Bei den Hamburger Linksradiكال konnte der Historiker Volker Ullrich eine Belebung der revolutionären Bestrebungen als Folge der Oktoberkonferenz feststellen. Dies gilt auch für Duisburg mit Ausstrahlung auf die gesamte Region. In beiden Fällen wurde von den Strafverfolgungsbehörden durch Verhaftung aller linksradikaler Aktivisten dieser intensivierten Vorbereitung auf die Revolution schnell ein Ende bereitet.⁴² Unter den in Berlin gegebenen Bedingungen war von einem Auftrieb der revolutionären Bewegung in der zweiten Oktoberhälfte und in den allerersten Novembertagen kaum etwas zu bemerken. Zwar gab es eine große Willkommensdemonstration am 23. Oktober für den per Amnestie aus dem Zuchthaus entlassenen Karl Liebknecht, der in den folgenden zwei Wochen bejubelte Auftritte auf USPD-Versammlungen hatte. Auch intensivierte der am 26. Oktober aus dem holländischen Exil zurückkehrende Wilhelm Pieck die Flugblattagitiation der Spartakusgruppe erheblich. Doch zu der von den Spartakusführern erhofften Steigerung der Massenaktionen zur spontanen revolutionären Erhebung kam es nicht. Verzweifelt beklagte der Spartakusführer Hermann Duncker das Zurückweichen der Demonstranten vor der Polizei beim Empfang Liebknechts am 23. Oktober sowie die Passivität der Berliner Arbeiterschaft am 5. November angesichts der revolutionären Aktionen in anderen Teilen Deutschlands, der Versammlungsverbote in Berlin und der Ausweisung der Russischen Botschaft.⁴³ Angesichts der durch die Verhaftungswellen vom März und August 1918 dezimierten Führer- und Helferschar konnte die Spartakusgruppe in Berlin keinen größeren Einfluss auf die revolutionäre Entwicklung nehmen, da – wie Levi am 5. November an Rosa Luxemburg schrieb – „uns ja augenblicklich jeder Mechanismus fehlt, der selbständig Massen in Bewegung setzen könnte...“⁴⁴

Mit ihrem Revolutionskonzept der sich bis zur spontanen revolutionären Erhebung steigernden Massenaktionen steckte die Spartakusführung zwischen der USPD-Führung und den revolutionären Obleuten fest: Die Leitung der USPD hielt eine Revolution eigentlich für unmöglich, und die Obleute mit Däumig und Ledebour beharrten auf ihrem Plan einer sorgfältig vorbereiteten einmaligen Aktion, eines revolutionären Massenstreiks mit bewaffnetem Umsturz.⁴⁵ In welchem

40 RGASPI, Fonds 5, Verzeichnis 1, Akte 2134, Bl. 46

41 Ebenda, Bl. 47.

42 Siehe Volker Ullrich: Die Hamburger Arbeiterbewegung, Bd.1, S. 608-610; BArch Berlin, R 3003, J 810/18, Nr. 1, insbes.: Bl. 2-4.

43 Nachlass Hermann und Käte Duncker, BA Berlin, NY 4445, Nr.155, Bl.303, o. D.; Bl. 306, 5.11.1918.

44 Zit. nach Ottokar Luban, Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg, S. 239.

45 Siehe hierzu Ottokar Luban: Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen [der Ruhr-Universität Bochum], Heft 40.

Ausmaße die gerade in den Wochen vor dem 9. November massenhaft verbreiteten Spartakusflugblätter und die mündliche Agitation eines Karl Liebknecht zur Steigerung der Revolutionsbereitschaft beigetragen haben, ist schwer abschätzbar. Im Aktionsausschuss der revolutionären Obleute, dem einzigen wirkungsvollen revolutionären Gremium in Berlin, hat Liebknecht mit seinem Drängen auf baldige Aktionen auf jeden Fall bewirkt, dass die bremsende Wirkung der USPD-Führer nicht zur Geltung kam. Von der Konferenz der Spartakusgruppe vom 13. Oktober 1918 selbst ist infolge der bis in die zweite Oktoberhälfte andauernden Verhaftungsmaßnahmen keine revolutionierende Wirkung ausgegangen.

Zum Verhältnis demokratischer und sozialistischer Bestrebungen 1918/1919

Zum Gesamtthema drei Vorbemerkungen:

Erstens: Demokratische und sozialistische Bestrebungen in der Arbeiterbewegung gründen sich auf den „der Menschheit angeborenen Drang zur Freiheit“ und auf die „Explosivkraft demokratischer Ideen“, von denen Friedrich Engels 1853 mit Bezug auf die französische Revolution 1789 sprach.¹ Dabei geht es um die Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten des Menschen, um seine Selbstbestimmung, und das ist gerade dem (lohn)arbeitenden Menschen eigen, ist es doch die Arbeit, die die materielle Grundlage für das Schöpfertum der Gattung Mensch bildet. Der Freiheitsdrang ist die ständige Triebfeder des Demokratiestrebens in den werktätigen Klassen und Schichten. Deshalb wurden in ihren Reihen die in der französischen Revolution verfochtenen demokratischen Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit schon 1789 aufgegriffen und darüber hinaus die soziale Freiheit und soziale Gleichheit aller Menschen – also die soziale Demokratie – gefordert. 1848 fand das seinen Niederschlag im Ruf der Pariser Proletarier nach der „sozialen Republik“; 1871 wurde die Pariser Kommune die bestimmte Form einer solchen Republik; 1905 und seit Februar 1917 die Sowjets in Russland. 1918/1919 waren das nach deren Vorbild in Deutschland und anderswo in Europa die Räte.²

Zweitens: Ausdruck der „Urwüchsigkeit“ des Demokratiestrebens und seiner sozialen Zuspitzung war (und bleibt) die Spontaneität der dafür immer wieder entstehenden Bewegungen und deren spontanes Schöpfertum, die konkreten Formen der gesellschaftlichen Organisation betreffend: Kommune, Sowjets, Räte, nach 1945 in Deutschland Komitees und Ausschüsse verschiedener Art – und das von unten, aus der Gesellschaft heraus und stets als Formen der unmittelbaren, der (Basis)Demokratie. Wohl gerade deshalb waren sie in ihrer überwiegenden Mehrheit radikal-demokratisch, d.h. sozial orientiert - und gerade deshalb forderten und praktizierten sie die Einheit von legislativer und exekutiver Gewalt.³

Drittens: Zugleich ist auf Faktoren hinzuweisen, die das spontane Demokratiestreben der Lohnarbeitenden hemmen. Dazu gehört vor allem der Widerspruch ihrer Klassenlage im Kapitalismus: Diese ruft – schon durch den Doppelcharakter

1 Engels in MEW, Bd. 9, S. 17.

2 Siehe Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, S. 298.

3 Siehe dazu Ulla Plener: Über Spontaneität, zwei Demokratietraditionen in der Arbeiterbewegung und die Position von Kurt Schumacher, in: Republik im Niemandsland. Ein Schwarzenberg Lesebuch, Schkeuditz 1997, S. 227 ff.

der kapitalistischen Lohnarbeit bedingt (sie ist entwürdigend-abhängig – und bedürfnisbefriedigend) – nicht nur die ständige Rebellion gegen politische und ökonomische Abhängigkeiten hervor, sondern auch die Anpassung an diese.⁴ Die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte, die zyklische Bewegung der kapitalistischen Produktion mit ihren wirtschaftlichen Aufschwüngen boten dem Kapital periodisch und immer wieder auf höherer Stufe die Möglichkeit, die Bedürfnisse der materiellen, später zunehmend auch der geistigen Existenz der Lohnarbeitenden in einem bestimmten Maße zu befriedigen und damit Teile der Lohnarbeiterschaft an das System zu binden, was sich z. T. in der Beschränkung der Rebellion auf Reformen innerhalb des Kapitalismus niederschlägt. In dieser Richtung wirkt auch der Doppelcharakter der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie: Sie eröffnet der Lohnarbeiterschaft und anderen demokratischen Kräften Möglichkeiten für ihren politischen und sozialen Emanzipationskampf; und sie ist zugleich eine Form der bourgeois Herrschaft, deren politische Einrichtungen (allgemeines Wahlrecht, Parlamente, Versammlungs- und Pressefreiheit u.a.m) auch größeren Teilen der Arbeiterschaft zugute kommen und sie so an die bürgerliche Demokratie binden.⁵ Und das umso nachhaltiger, je länger diese Verhältnisse wirken, je verzweigter dieses politische System, je umfangreicher und organisierter die Lohnarbeiterschaft ist – ein (der) Grund, warum es in Russland 1917 leichter war als in Westeuropa, die Revolution zu beginnen, aber – so Lenin – schwerer sein würde, sie dort fortzusetzen.⁶

Diese drei Faktoren – das urwüchsige Demokratiestreben in der Lohnarbeiterschaft, seine Spontaneität und die gegen ihn wirkenden Hemmnisse – bestimmten den Ablauf der Revolution von 1918/1919 in Deutschland.

Nicht zuletzt schlug sich während der Revolution konkret nieder, was Oskar Negt generalisierend zum Zusammenhang von „Arbeit und menschliche Würde“ feststellt: Es ging – und geht auch heute – um „reichhaltigere Formen der Arbeit“, „in denen die Menschen sich in ihren Ansprüchen an Selbstverwirklichung wiedererkennen, weil sich ihre individuelle Tätigkeit gleichzeitig als verantwortungsbewusste Arbeit für das Gemeinwesen erweist. Die in der lebendigen Arbeit steckenden Potentiale schöpferischer Phantasie und Gestaltungsmacht lassen sich innerhalb der von Kapital und Markt definierten Grenzen kaum sinnvoll und ausreichend entfalten. So wandern sie aus, verlassen das offizielle System, verpuppen sich gleichsam, indem sie sich in vielfältig verkleidete Arbeitsutopien flüchten. Aber diese Arbeitsutopien verschwinden nicht einfach, sondern bilden riesige Vorratslager, die von Zeit zu Zeit auf Verwirklichung drängen und weit Entferntes manchmal ganz in die Nähe rücken.“⁷ Die Revolution 1918/1919 war so ein Zeitpunkt.

4 Siehe Engels in MEW, Bd. 2, S. 344/345; Marx in ebenda, Bd. 23, S. 765; Lenin, Werke, Bd. 27, S. 206.

5 Siehe dazu Ulla Plener: Arbeiterbewegung - demokratische Hauptkraft im Kapitalismus, Berlin 1988, S. 182-183, 187 (mit Verweisen auf entsprechende Aussagen von Marx, Engels, Rosa Luxemburg, Lenin).

6 Siehe Lenin, Werke, Bd. 27, S. 85; Bd. 31, S. 104; Bd. 32, S. 498/499.

7 Oskar Negt: Kleiner Epilog zu: Arbeit und menschliche Würde, Göttingen 2001, S. 714.

Demokratische und sozialistische Bestrebungen in der Revolution – eine gewerkschaftliche Sicht

Die sozialistisch orientierten Gewerkschaften reflektierten seit ihrem Entstehen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die demokratischen, um soziale Rechte und Freiheiten erweiternden Bestrebungen in der Lohnarbeiterschaft: Als Verfechter der politischen Ökonomie der Lohnarbeitenden⁸ stritten sie besonders für deren (kollektive) soziale Rechte, in Deutschland etwa seit dem Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert auch für deren Mitbestimmungsrechte im Betrieb und Industriezweig bzw. in der Wirtschaft.

Der demokratische Fortschritt im Kapitalismus, die soziale Gesetzgebung eingeschlossen, war in Westeuropa, so auch in Deutschland, dem Wirken der Arbeiterbewegung, auch der gewerkschaftlichen, zu verdanken. Zugleich reflektierten sich in dieser Bewegung, und zwar in verschiedenen ihrer Teile jeweils unterschiedlich, die Demokratiebestrebungen in der Lohnarbeiterschaft ebenso wie die o.g. Hemmnisse. So auch im 1893 gegründeten Deutschen Holzarbeiterverband (DHV), an dessen Spitze jahrzehntlang Theodor Leipart stand.⁹ Dieser bestimmte während des Weltkriegs und in der Revolution 1918/1919 (sowie dann bis 1933) konzeptionell und in der Tat das Wirken der in der Generalkommission vereinten sozialistisch orientierten Gewerkschaften entscheidend mit (obwohl er nie Mitglied der Generalkommission war). Die in dieser Gewerkschaft 1918/1919 vertretenen Positionen liegen den folgenden Ausführungen zugrunde.¹⁰

Um das Agieren dieser Gewerkschafter in der Novemberrevolution zu verstehen, müssen die Leitlinien, die ihr Handeln schon vor 1918 bestimmt hatten, genannt werden.

1. Unter Sozialismus verstand man im DHV eine menschenwürdige, von Ausbeutung u.a. Abhängigkeiten freie gesellschaftliche und Rechtsordnung, in der jedem Menschen alle materiellen und geistigen Güter zugänglich sind und er sich als Persönlichkeit frei entfalten kann. Diese angestrebte Ordnung wurde ethisch (aus dem Menschsein des Arbeiters) und politökonomisch (das Problem Eigentumsordnung, gestützt auf Marx, eingeschlossen) begründet. Es ging um den Zusammenhang Menschsein – Gerechtigkeit (gleiches Recht für alle) – Eigentumsordnung – Demokratisierung der Wirtschaft, also um radikale, weil auch soziale und die Wirtschaft einschließende, Demokratie. Der Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus wurde eindeutig artikuliert.

8 Siehe dazu Marx in: MEW, Bd.16, S. 11.

9 Peter v. Oertzen zählte ihn neben Paul Umbreit zu den „zwei klügsten sozialdemokratischen Gewerkschafter(n)“. Siehe Ders., Betriebsräte, S. 268.

10 Siehe dazu auch Ulla Plener: Gewerkschaftliche Positionen 1918/1919 zu Aktionen und Gewalt, Sozialisierung und Räten, in: Revolution – Reform – Parlamentarismus, Schkeuditz 1999, S. 91-95.

11 Siehe Holzarbeiter-Zeitung (HZ), vom 5.1.1918.

2. Die politische Ökonomie der Lohnarbeiterschaft zugrundegelegt, wurde für die materielle und geistige Höherentwicklung der Arbeiterschaft auf dem Wege der Reformen noch im Kapitalismus gestritten; nicht zuletzt hielt man dafür eine funktionierende Wirtschaft für notwendig.

3. Der Staat wurde als Träger der gesellschaftlichen Gesamtinteressen (des „Volksganzen“) verstanden, also auch der Arbeiterschaft (aber nicht nur ihr!) verpflichtet.

4. Die ethische Motivation bedingte, dass im Kampf um politische und soziale Rechte bewaffnete Gewalt, die (im Wortsinne) „Gut und Blut der Arbeiter“ gefährde, abgelehnt wurde; so auch der Bürgerkrieg (und der politische Massenstreik), der Gewalt heraufbeschwöre, die Wirtschaft zerstöre, den Massen Not und Elend bringe.

5. Die erstrebte Demokratisierung der Eigentumsordnung, der Wirtschaft könne nur allmählich, schrittweise erfolgen. Gewerkschaftliche Organisation und Aufklärung seien dafür die Hebel (Organisation kam vor Aktion!), die Einheit der Arbeiterbewegung (auch der politischen) für den Erfolg notwendig.

Zusammengenommen bedeuteten diese Leitlinien: die demokratischen und sozialen (sozialistischen) Anliegen wurden nicht voneinander getrennt – sie sollten im Laufe eines allmählichen (Transformations-) Prozesses erreicht werden.

Die genannten Leitlinien blieben 1918/1919 für die Führung des DHV maßgebend – erfuhren aber infolge der Revolution eine gewisse Radikalisierung und wurden konkretisiert. Hier soll auf die Stellung zu zwei Grundfragen der Revolution näher eingegangen werden: zur Sozialisierung und zu den Räten.

Die Revolution selbst wurde als Ergebnis spontaner politischer Aktionen ohne Widerspruch angenommen: Schon die Oktober-Revolution von 1917 in Russland wurde in der „Holzarbeiter-Zeitung“ (HZ), dem Organ des DHV, zustimmend reflektiert¹¹; den politischen Massenstreiks in Deutschland im Verlauf des Jahres 1918 Verständnis entgegengebracht; die am 3. Oktober 1918 eingesetzte Regierung als „Volksregierung“ und „Gewähr für eine demokratische Entwicklung im Interesse der Arbeiterklasse“ begrüßt. Am 26.10.18 hieß es in der HZ, eine neue Epoche habe im Zeichen der Weltrevolution begonnen; Deutschland befinde sich „mitten in der Revolution, die sich konsequent und unaufhaltsam weiterentwickelt“. Und: „Wir können den Gang der Revolution beeinflussen, aber nicht etwa durch die Entfesselung des blutigen Bürgerkrieges, sondern durch den festen Zusammenschluss der Arbeiter.“

Der Abschluss des Abkommens der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden vom 15.11.18 sei, so gab Leipart (er war der Verhandlungsführer seitens der Gewerkschaften) zu, „durch die Revolution erheblich beschleunigt worden“.¹²

12 Nach: Ulla Plener: Theodor Leipart (1867-1947). Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz - Ein Lebensbild mit Dokumenten; 1. Halbband: Biographie, 2. Halbband: Dokumente (im folgenden Leipart II). Berlin 2000/2001. Hier Leipart II, S. 272. So Leipart auch schon am 3.12.18: „... tatsächlich (habe) die Revolution insoweit einen Einfluss auf die Verhandlungen mit den Unternehmervertretern ausgeübt..., dass wir nach der Revolution naturgemäß weitergehende Forderungen gestellt haben“. Ebenda, S. 235.

Und nicht nur das: Der Inhalt des Abkommens konnte gerade aufgrund des 9.11. um den Achtstunden-Arbeitstag u. a. Festlegungen, für die die Gewerkschaften Jahrzehnte gekämpft und die die Arbeitgeberseite noch am 8.11. abgelehnt hatte, erweitert werden. Das Abkommen war ein durch die Revolution bewirkter Schritt nach vorn bei der Durchsetzung der politischen Ökonomie der Lohnarbeiterschaft gegen die politische Ökonomie des Unternehmertums.

Auf dem Verbandstag des DHV im Juni 1919 schätzte Leipart ein: „Die Arbeiter haben einen großen Sieg errungen, aber(!) der Kampf ist noch nicht zu Ende. Der Kapitalismus hat uns Konzessionen machen müssen, aber er ist noch nicht besiegt.“¹³ Und auf dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg im Juli 1919 sagte er: Nach der (November-) Revolution habe man geglaubt, „bei der schnellen Durchführung der politischen Revolution sei auch die soziale Revolution bald vollendet“; aber: „Man vergaß dabei die alte Wahrheit, dass die Demokratie nur die erste Voraussetzung für die Durchführung des Sozialismus ist.“¹⁴ Da bewegte sich Leipart ganz auf der Linie von Marx und Engels (die auch Rosa Luxemburg und Lenin vertraten). Sozialismus verband man im DHV (bzw. setzte ihn gleich) mit Sozialisierung.

Die Sozialisierung wurde als „die Überführung der Produktion in den Besitz und die Verwaltung der Allgemeinheit“ erläutert (so Fritz Tarnow, Leiparts Gleichgesinnter und Nachfolger als Vorsitzender des DHV, auf dem Verbandstag des DHV im Juni 1919).¹⁵ Im Einklang damit führte Leipart in Nürnberg im Juli 1919 aus: Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die soziale Revolution durchzuführen, den Sozialismus zu verwirklichen¹⁶ – und das hieß: die Sozialisierung der Produktion, wie Tarnow das erläutert hatte, was aber „eine längere Zeit dauern wird“. Leipart ebenda: „Ich bin gegen jede unberechtigte Verzögerung, gegen jede Verschleppung der Sozialisierung“, und er empfiehlt, in den „Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“, die er auf dem Kongress begründete, „auszusprechen, dass die Gewerkschaften im Sozialismus die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation erblicken. Also auch die Gewerkschaften verlangen die baldige Verwirklichung des Sozialismus...“¹⁷ Dieses (erstmalige) programmatische Bekenntnis der freien Gewerkschaften zum Sozialismus wurde in die in Nürnberg beschlossenen „Richtlinien“ aufgenommen.¹⁷

Sozialisierung bedeutete also im Verständnis dieser Gewerkschafter, den Sozialismus zu verwirklichen. Da die Revolution, so Leipart in Nürnberg, mit der politischen Demokratie „nur die erste Voraussetzung für die Durchführung des Sozialismus“ gebracht habe, müsse „die Revolution fortgesetzt werden“. Aber: „nicht durch Putsche, nicht durch Waffengewalt, auch nicht mit wilden Streiks...

13 Leipart II, S. 261.

14 Ebenda, S. 270.

15 Nach HZ, 28.6.1919.

16 Leipart II, S. 271, 276.

17 Siehe Leipart II, S. 276.

Wir wollen die strikte Durchführung der Demokratie, des Mehrheitswillens in der Gesetzgebung und Verwaltung. Wir wollen diese Entwicklung auch nicht in dem langsamen bedächtigen Tempo der Evolution, sondern ich für meinen Teil bin auch damit einverstanden, dass sie gefördert wird im Tempo der Revolution, mit festem energischen Willen und äußerster Anstrengung aller geistigen und physischen Kräfte.(Beifall) Dazu können und wollen die Gewerkschaften mithelfen mit der ganzen Kraft unserer geeinten(!) starken Organisation.“¹⁸

Ein tragender Gesichtspunkt war dabei: Die Sozialisierung könne nicht das Werk der Arbeiter allein sein, es müssten dazu die Fachleute – Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter – herangezogen werden, um ein störfreies Funktionieren der sozialisierten Wirtschaft – auch während und vor allem nach der Revolution – zu sichern. Auf dem DHV-Gewerkschaftstag im Juni 1919 unterbreitete Tarnow konkrete Vorstellungen über die Sozialisierung in der Holzindustrie.¹⁹

Neben der Sozialisierung standen im Zentrum der gewerkschaftlichen Diskussion 1918/1919, so auch im DHV, die überall spontan entstandenen Räte. Auf der Gauvorsteherkonferenz des DHV Anfang März 1919 hieß es dazu: „Die Arbeiterräte sind eine Errungenschaft der Revolution. Sie sind kein einheimisches Gewächs, sondern aus dem revolutionären Russland übernommen“; es hätten auch andere, „der deutschen Eigenart angepasste“ Organisationsformen „Träger des Revolutionsgedankens“ sein können, aber: „Wir müssen die Tatsache anerkennen, dass der Gedanke der Arbeiterräte in der deutschen Arbeiterschaft schnell Boden gefasst hat“, und es stünde „doch unzweifelhaft fest, dass sehr große Teile der deutschen Arbeiterschaft die Erhaltung und den Ausbau des Räteystems wünschen“; Arbeiterräte und Gewerkschaften seien keine Gegensätze, sie sollten eng zusammenarbeiten.²⁰ Dabei wurde zwischen Betriebsräten und territorialen Räten unterschieden.

Die Betriebsräte wurden als von Arbeitern des jeweiligen Betriebes demokratisch gewählte Organe verstanden, die ihre Mitbestimmung, auch Mitentscheidung in allen(!) sie betreffenden Betriebs- und Produktionsfragen und damit ihre neben dem Unternehmer gleichberechtigte Stellung im Betrieb realisieren sollten. Sie (nicht die Gewerkschaften) sollten die Träger der Produktion im Betrieb sein.²¹ Ihre Aufgaben und Rechte sollten in Tarifverträgen festgeschrieben werden. Hier ging es um die „wirtschaftliche Demokratie im Betriebe“ – auch als Weiterführung der „politischen Revolution“ vom November hin zur „sozialen Revolution“: „Die gleichberechtigte Stellung, d.h. also die wirtschaftliche Demokratie im Betriebe, ist noch nicht der Sozialismus, wohl aber eine seiner Voraussetzungen“, sie sei deshalb „geradezu der Brennpunkt des wirtschaftlichen Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit“ geworden.²² Die Gewerkschaften würden dabei

18 Leipart II, S. 270.

19 Siehe dazu Plener, Gewerkschaftliche Positionen 1918/19.

20 HZ, 5.4.1919.

21 Leipart II, S. 253.

nicht überflüssig werden: Sie hätten gegenüber der Betriebsleitung (auch gegenüber dem Betriebsrat als Träger der Produktion) die ökonomischen Interessen (Lohnhöhe, Arbeitszeit) der Lohnarbeitenden wahrzunehmen (und das auch in sozialisierten Betrieben, auch später im Sozialismus!). Den Regierungsentwurf für ein Betriebsrätegesetz kritisierte Leipart als unzureichend.²³

Die territorialen Arbeiterräte wurden von Leipart (im Unterschied z. B. zu Fritz Paepflow vom Bauarbeiterverband, der sie strikt ablehnte) als „politische Organe der Revolution“ gefasst und anerkannt. Sie sollten „gewählt (werden) in Urwahlen, nicht etwa aus den Betriebsräten heraus, sondern durch Urwahl der Gesamtheit der Arbeiterschaft eines Ortes, eines Gemeindebezirks oder eines größeren Wirtschaftsgebiets“ und „könnten dann neben den ihnen in der allgemeinen Wirtschaftsorganisation gesetzlich zugewiesenen Rechten und Pflichten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben übernehmen“ – „als Vertretung der Arbeiterschaft innerhalb des Gemeindebezirks“. Über die praktische Durchführung dieser Ideen sollte noch nachgedacht werden: „Wie kann man die Arbeiterräte in das Wirtschaftsleben einfügen, wie kann man ihnen wirklich praktische Aufgaben zuweisen, die sie auch erfüllen können? Das ist nicht so einfach, das kann man nicht aus dem Handgelenk schütten, sondern das muss eingehend überlegt und erwogen werden.“²⁴ Und: „Die Arbeiterräte als politische Organe sollten für die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben die Gewerkschaften heranziehen, die in jahrelanger Arbeit Erfahrungen gesammelt haben und die insbesondere bei der bevorstehenden Sozialisierung dazu reifer Industriezweige unentbehrlich sind“; sie „bilden nach wie vor die stärkste Gewähr für eine dauerhafte Vertretung der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen“.²⁵

Im Zusammenhang mit der Rätediskussion unterbreitete Leipart einige Überlegungen zur „allgemeinen Wirtschaftsorganisation“, deren tragende Säule „Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft“ sein sollten, zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter, der Betriebe, der Gemeinden, des Handels, der Konsumenten usw.²⁶

Zusammengenommen enthielten die während der Revolution angestellten Überlegungen zu Sozialisierung und Räten (den betrieblichen und den territorialen) erste Vorstellungen zur Demokratisierung der Wirtschaft (Wirtschaftsdemokratie) als transformatorischer - demokratischer - Weg zum Sozialismus. Sie wurden in den 20er Jahren weiterentwickelt.²⁷

22 Jahrbuch des DHV für 1919, Berlin 1920, S. 25-27.

23 Siehe Leipart, u. a. auf dem Nürnberger Kongress, in: Leipart II, S. 273/264.

24 So Leipart in der Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften am 25.4.1919. Siehe Leipart II, S. 251-253.

25 Leipart II, S. 239.

26 Leipart II, S. 253. Siehe Peter von Oertzen: Sozialisierung im Marxschen Sinne sei ein System radikaler demokratischer Selbstverwaltung, in: Ders., Betriebsräte, S. 230.

27 Siehe dazu Ulla Plener: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, Berlin 2006 (2. erweiterte Auflage), Kapitel II, S. 19-26. Zum Umgang mit der Idee Wirtschaftsdemokratie nach dem 2. Weltkrieg ebenda, Kapitel III, S. 27-49; in den Jahren 1990-2000 ebenda, Kapitel IV, S. 50-124.

Die demokratischen Forderungen der Gewerkschaften während der Revolution – mit den Aktionen und vor allem der spontanen Rätebewegung im Rücken – fanden ihren Niederschlag in Geboten der am 11. August 1919 in Weimar angenommenen (bürgerlichen) Verfassung (Art. 151, 159, 165).²⁸ „Den Gewerkschaften war damit“, so Michael Schneider, „durch die Verfassung das Recht auf Mitbestimmung und Einflussnahme nicht nur im sozialpolitischen Bereich, sondern auch bei der Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens zugesprochen worden...“²⁹

Die vom sozialistischen Ideal geleiteten Vorstellungen für die Praxis, wie sie von Gewerkschaftern um Theodor Leipart während der Revolution entwickelt wurden, waren konkreter und führten weiter als die Postulate des immobilen Kautskyschen „Marxismus“, der in der Revolution keine „Anleitung zum Handeln“ bieten konnte.³⁰ Diese Gewerkschafter orientierten sich an der Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Prozess, sie stritten für die Demokratisierung in der Wirtschaft, konkret für die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an den volkswirtschaftlich entscheidenden Produktionsmitteln, zusammengefasst in der Erkenntnis: über konsequente – radikale, weil die Wirtschaft einschließende, – Demokratie zum Sozialismus.

90 Jahre danach bleiben diese Vorstellungen für die neue Linke aktuell und anregend. Auch heute gilt: Nur die allseitige, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – Wirtschaft, Medien, Bildung u.a.m. – erfassende radikale Demokratisierung führt zum Sozialismus. Denn dieser kann nichts anderes sein als die verwirklichte konsequente – also radikale – Demokratie.³¹ Und: Das kann nur infolge einer breiten und starken Bewegung „von unten“, aus der Gesellschaft heraus durchgesetzt werden.

28 Nach Art. 151 sollte die Ordnung des Wirtschaftslebens „den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen“; Art. 159 bestimmte die rechtliche Voraussetzung der Gewerkschaftsarbeit: „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet“; Art. 165 erklärte Tarifverträge als rechtsverbindlich und legte fest: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“ Es waren Einrichtungen vorgesehen wie Betriebs- und Bezirksarbeiterräte sowie ein Reichsarbeiterrat; Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat, die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse regeln sollten. Siehe Verfassungen der deutschen Länder und Staaten. Von 1816 bis zur Gegenwart, Berlin 1989, S. 250-253.

29 Michael Schneider: Höhen, Krisen und Tiefen. Die Gewerkschaften in der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: Ulrich Borsdorf (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 302.

30 Siehe dazu Peter von Oertzen: „Der blinde Glaube an die Macht der ‚Entwicklung‘ und die Verwerfung jeder konkreten Zukunftsperspektive hatten die Sozialisten an der Schwelle der Revolution ohne ein brauchbares Aktionsprogramm gelassen. Nur für den Ausbau der Sozialpolitik und vor allem für die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie besaß die Sozialdemokratie praktikable Vorstellungen.“ (Ders., Betriebsräte, S. 253/254; auch S. 35, 37, 44, 49, 231-233, 264, 291).

31 Siehe dazu Plener, Wirtschaften, Kapitel V und VI, S. 125-190.

Rosa Luxemburg zu Sozialismus und Demokratie in der Revolution 1918. Drei Bemerkungen

1. Während der Revolution war Rosa Luxemburg der Meinung, der Sozialismus stünde unmittelbar auf der Tagesordnung. Ihr Satz auf dem Gründungsparteitag der KPD, „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner“, meinte genau das: Die KPD sei bei dem Marx, der 1848 der Auffassung war, die Bewegung stünde unmittelbar vor der Verwirklichung des Sozialismus. Nachdem sie die von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest vom Februar 1848 benannten 10 Maßnahmen wiedergegeben hatte, die 1848 für „die fortgeschrittenen Länder... ziemlich allgemein in Anwendung kommen können“³², schlussfolgerte sie: „Wie Sie sehen, sind das mit einigen Abweichungen dieselben Aufgaben, vor denen wir heute unmittelbar stehen: Die Durchführung, Verwirklichung des Sozialismus.“ Nach der Revolution hätten Marx und Engels diesen Standpunkt als Irrtum aufgegeben. Aber 1918: „... was damals Irrtum war, (ist) heute Wahrheit geworden; und heute ist unmittelbare Aufgabe, das zu erfüllen, wovor Marx und Engels 1848 standen“.³³

Das war für sie die Konsequenz der Entwicklung seit Ende des 19. Jahrhunderts. Schon in ihrem Zusatz zur Resolution über Militarismus und internationale Konflikte auf dem Stuttgarter Kongress der Sozialistischen Internationale 1907 (vom Kongress angenommen, auf den SI-Kongressen 1910 und 1912 bestätigt) hatte sie formuliert, im Falle des Kriegsausbruchs seien die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen“.³⁴ In der Junius-Broschüre schrieb sie 1916: Der „brutale Siegeszug des Kapitals in der Welt... stellte die kapitalistische Weltherrschaft her, auf die allein die sozialistische Weltrevolution folgen kann“.³⁵ Darauf war ihr Wirken an der Spitze der Spartakusgruppe bzw. des Spartakusbundes gerichtet.

Jedoch: Als die Revolution gekommen war, hatten sie und die anderen Führer des Spartakusbundes keine konkreten Maßnahmen, Schritte formuliert, an denen sich die in Bewegung gekommenen Massen in ihrer praktischen Tätigkeit orientieren konnten, – auch nicht die im Kommunistischen Manifest von 1848 enthaltenen, die ja „mit einigen Abweichungen“ durchaus hätten eine Orientierung sein können. „Alle Macht den Räten!“ – ja, aber was sollten diese konkret tun,

32 MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 481/482.

33 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 489/490.

34 Dies., ebenda, Bd. 2, Berlin 1972, S. 236.

35 Dies., ebenda, Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 160.

36 Ingo Materna: Januar 1919. „Die Ordnung herrscht in Berlin“, in: Neues Deutschland, Berlin, Beilage „Rosa und Karl!“, Januar 2009, S. 4/5.

welche Maßnahmen sollten sie sofort ergreifen? Ingo Materna zu den Ereignissen in Berlin Anfang Januar 1919: „... Auch die am 6. Januar erneut im Tiergarten zu Hunderttausenden zusammenströmenden Massen erfuhren nicht, wie es weitergehen sollte: ‚Nieder mit der Gewaltherrschaft der Ebert-Scheidemann. Es lebe der revolutionäre Sozialismus!‘ Aber was tun? Enttäuscht verließen die Demonstranten das Zentrum...“ Ein USPD-Arbeiterrat schilderte am 9. Januar die Lage nach dem 6./7. Januar 1919 so: „Die Massen riefen nach den Führern, um die Direktiven zu weiteren Taten zu bekommen, doch die Führer waren nicht vorhanden...“³⁶

Das fehlende Maßnahmenprogramm als „normalen“, natürlichen Zustand begründete Rosa Luxemburg vor der Novemberrevolution sogar „theoretisch“ in ihrem (Selbstverständigungs-) Manuskript „Zur russischen Revolution“: ... „die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems“ liege „völlig im Nebel der Zukunft“, sie werde durch die schöpferische Kraft der (an der Bewegung) teilnehmenden Volksmasse realisiert.³⁷ Nun, im November/Dezember 1918 und im Januar 1919, war die aktive Volksmasse in Bewegung, sie bildete örtliche und Betriebs-Räte – aber sie wusste nicht, was konkret zu tun war. Es kam 1918, wie Friedrich Engels es in seiner Kritik des Programmwurfs der Sozialdemokratie im Juni 1891 vorausgesagt hatte: „... Man schiebt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich, im entscheidenden Moment, ratlos ist, daß über die einschneidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind.“³⁸ Das war 1918/1919 der Fall – und die Mehrheit der Lohnarbeitenden und anderer Volksschichten folgte den rechtssozialdemokratischen Führern.

2. Rosa Luxemburg unterlag hier wohl ihrer – weitgehend illusionären – Vorstellung von „der Arbeiterklasse“, die (in ihrer „Ganzheit“?) die kapitalistische Klassenherrschaft stürzen und „aus sich heraus“ die richtigen Maßnahmen ergreifen werde. Auch sie rechnete wohl (wie Lenin und die Bolschewiki 1921, was Clara Zetkin diesen damals vorhielt) „mit dem deutschen Proletarier als einer geschichtlichen Kategorie und nicht mit dem deutschen Arbeiter, wie er konkret ist“.³⁹ Im Brief an Franz Mehring vom 1. Juli 1917 kritisierte Clara Zetkin die Spartakusführung wegen ihrer Ablehnung, an der nach Stockholm einberufenen sozialdemokratischen Friedenskonferenz teilzunehmen. Sie erwarte, schrieb sie, nichts von den Verhandlungen, dennoch hätten die Spartakusdelegierten dort eine wichtige Aufgabe: Sie müssten dort „klären & vorantreiben ... wegen der Massen,

37 Siehe Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 359/360.

38 Friedrich Engels, MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 234.

39 Clara Zetkin an Lenin, 14.4.1921, in: Briefe Deutscher an Lenin 1917-1923, Berlin 1990, S. 230.

40 Zit. nach Ottokar Luban: Der Einfluss Clara Zetkins auf die Spartakusgruppe 1914-1918, in: Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, Berlin 2008, S. 83.

die mit den modernen Umlernern oder mit den zahmen Oppositionellen gehen. Lediglich auf die muss es uns ankommen, wenn wir politisch kämpfen & nicht [nur] propagieren wollen... Ich finde, unsere [Spartakus-]Freunde begehen den alten Fehler weiter, dem wir unsere Erfahrung und Enttäuschung verdanken. Sie rechnen nicht mit der Psyche der Arbeitermassen, namentlich der deutschen Arbeitermassen, & diese Psyche ist auch ein geschichtlicher Faktor... Die Ereignisse haben bewiesen, dass der Deutsche das passivste, unpolitischste aller ‚sozialen Tiere‘ ist... Aber gerade weil dem so ist, müssen wir mit einer langsamen, schmerzlichen Aufklärungs- & Erziehungsarbeit rechnen... Je kleiner noch unsere Zahl & je geringer unsere Mittel, umso notwendiger, dass wir jede Gelegenheit nutzen, um zu den Massen zu reden...“⁴⁰

3. In seiner jüngsten Veröffentlichung befließigt sich Manfred Scharrer (wie schon in der Monographie „Freiheit ist immer...“ Die Legende von Rosa und Karl, Berlin 2002) des „Nachweises“, Rosa Luxemburg habe seit November 1918 die „maßlose Kampagne gegen die Nationalversammlung... angeführt“ und „die Abkehr von den Prinzipien einer allgemeinen demokratischen Republik... theoretisch begründet“, indem sie die „Diktatur des Proletariats“ forderte. „Für Demokraten“ gebe es „keinen Grund, Rosa Luxemburg mit ihrer anti-demokratischen Wendung zur proletarischen Diktatur als Verfechterin der wahren Demokratie zu feiern“.⁴¹

Damit ist die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Sozialismus in Rosa Luxemburgs Programm gestellt und danach, was „wahre Demokratie“ ist.

Scharrers „Beweisführung“ (besser: Trick) besteht in dreierlei:

Zum einen setzt er den Begriff Diktatur des Proletariats gleich mit „all den Verbrechen, die im Namen des [sowjetischen] Kommunismus und Sozialismus verübt wurden“ in den vergangenen 70 Jahren – und er unterstellt Rosa Luxemburg ein solches Verständnis der proletarischen Diktatur.

Zum anderen vertritt er – wie schon seinerzeit Kautsky und heute alle bürgerlichen Ideologen – das bürgerlich-liberale Verständnis von Demokratie, von demokratischer Republik: Demokratie reduziert er auf die individuellen freiheitlichen Bürgerrechte.

Zum dritten unterstellt er, die sozialistische bzw. sozialdemokratische Arbeiterbewegung hätte ebenfalls nur dieses liberale Demokratieverständnis vertreten.

Es ist schlicht absurd, Rosa Luxemburgs Verständnis der Diktatur des Proletariats mit dem unter Stalin entarteten System, genannt Diktatur des Proletariats, gleichzusetzen. Mit Marx, Engels, Lenin und der ganzen sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung ging es ihr stets darum, über die für die Arbeiterklasse und alle Volkskräfte notwendigen bürgerlich-liberalen, individuellen Freiheitsrechte hinaus die sozialen – kollektiven – Freiheitsrechte, die erst die dauerhafte Inanspruchnahme der individuellen Rechte real werden lassen, zu erobern. Es ging ihr um die soziale – die sozialistische Demokratie.

41 M. Scharrer: Diktatur ist die wahre Demokratie. Rosa Luxemburg in der November-Revolution, in: Helga Grebing (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1918/19, Berlin 2008, S. 239-263, hier S. 259.

Scharrer zitiert viele Aussagen Rosa Luxemburgs von 1918, darunter aus ihrem Manuskript „Zur russischen Revolution“, aber nicht die entscheidende Passage über Diktatur des Proletariats als sozialistische Demokratie mit ihrem „sozialen Kern“: „... Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie die sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen... Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats. Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlverworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen lässt...“⁴²

Bei den „entschlossenen Eingriffen in die wohlverworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft“ ging (und geht) es um Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse, um deren Demokratisierung – also um radikale (und deshalb – im Gefolge – soziale/sozialistische) Demokratie. Sozialismus verstand Rosa Luxemburg als radikale Demokratie. Das war auch der Inhalt der 10 Punkte des Kommunistischen Manifests 1848! Die im Verlauf des Jahres 1918 überall in Deutschland unter dem Einfluss der Revolution in Russland 1917 spontan entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte waren dafür die zutreffenden Organe – deshalb Rosa Luxemburgs Forderung „Alle Macht den Räten!“

Wenn Scharrer schreibt, Rosa Luxemburgs „Abkehr von der demokratischen Republik“ (eine „Abkehr“, die er postuliert, aber nicht nachweist, weil sie nicht nachzuweisen ist) habe „den grundsätzlichen Bruch mit der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung“ bedeutet, so verschweigt er, dass „die demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung“ – das war die sozialdemokratische Arbeiterbewegung – seit Marx und Engels 1848 für die soziale Republik, die soziale Demokratie gestritten hat, die mehr sein sollte als die bürgerlich-liberale Demokratie, nämlich eine soziale (schließlich sozialistische) Demokratie. So auch Teile der sozialdemokratisch/sozialistisch orientierten Gewerkschaften, wie oben am Beispiel des Deutschen Holzarbeiterverbandes ausgeführt. In Deutschland stand dafür erklärtermaßen die SPD – und das noch in ihrem Berliner Grundsatzzprogramm von 1989, das bis 2006 gültig war.

42 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd.4, S. 363.

Das Streiten für die konsequente, über bürgerlich-liberale Freiheiten hinausführende radikale Demokratie – das ist das unabgegoldene bei Rosa Luxemburg, das ist ihr Vermächtnis. Die heutige Linke sollte dafür kämpfen, es zu verwirklichen.

Berlin – das Zentrum der deutschen Revolution 1918/1919

Am Ende des 19. Jahrhunderts war Berlin, die Millionenstadt, längst mit ihrem Umland zusammengewachsen, wurde aber bekanntlich erst 1920 zu Groß-Berlin zusammengefasst.¹ Unbestritten war Berlin das politische Zentrum Preußens und Deutschlands, größtes Industriezentrum, zugleich größte Handwerker- und Handelsstadt, Finanzzentrum, Verkehrsmittelpunkt; weltweit bekannt waren seine Wissenschafts- und Kulturinstitutionen; es war auch riesige Garnisonsstadt – Kasernopolis mit jeder Menge Rüstungsfabriken, mit Bischofssitz und es war Medienmittelpunkt. Vernachlässigt, bewusst vergessen oder übersehen wird jedoch meistens, dass Berlin das Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung war, – das haben wir den allgemein zugestandenem Attributen hinzuzusetzen und unterstreichen es in unserem heutigen Zusammenhang. Schon 1905 hatten sich die 6 Berliner Reichstagswahlkreis-Vereine der SPD mit den umgebenden Kreisen Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und Niederbarnim zum „Verband der Wahlvereine Groß-Berlins und Umgegend“, eine über das spätere Groß-Berlin weit in die brandenburgische Provinz greifende Organisation, zusammengeschlossen; sie zählte 1914 über 120.000 Mitglieder, die bei den Reichstagswahlen 1912 sieben der acht Wahlkreise gewinnen konnte. 45 der Berliner Stadtverordneten waren 1913 Sozialdemokraten und von den 10 preußischen SPD-Landtagsabgeordneten kamen 7 aus Berlin. Von etwa 560.000 organisationsfähigen Berufstätigen gehörten über 300.000 den sozialistischen Gewerkschaften an.² Gerade diese sozialdemokratische Dominanz in der Haltung der Berliner Einwohnerschaft verstärkte die ohnehin traditionelle Abneigung bedeutender deutscher Bevölkerungsschichten und einiger Kleinstaaten gegen die preußische Hauptstadt; die fortbestehende staatliche Eigenständigkeit besonders der süddeutschen Bundesstaaten, der weiterhin auch verfassungsrechtlich gestützte Partikularismus, widerspiegelten sich in der Ablehnung Berlins, dieses „Molochs“.

Das hier nur skizzierte Bild der Hauptstadt gewann mit Ausbruch und im Verlauf des Ersten Weltkrieges schärfere Konturen, Tendenzen verstärkten sich zu Dominanzen. Als neuer Typ entstand in der Meinung vieler einfacher Menschen der „Raffke“, der Kriegstreiber und Kriegsgewinnler, dem der Kriegsprofit über alles ging und der ein Schlemmerdasein führte, das der verarmten hungernden Bevölkerung Klassengegensätze emotional erlebbar machte. Und wie selbstver-

1 Siehe allgemein: Geschichte Berlins, hrsg. von Wolfgang Ribbe. Forschungen der Historischen Kommission zu Berlin, 2 Bde., Berlin 2002, hier Bd. 2.

2 Siehe immer noch am ausführlichsten im Detail: Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, hrsg. von der Bezirksleitung der SED, Kommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung. Bd. 1. Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1987.

ständig konzentrierten sich die ganze zunehmende Kriegsmüdigkeit und der Unmut auf das Kriegszentrum. In Berlin selbst kam es nach der ersten allgemeinen Kriegsbegeisterung bald zu Hungerunruhen und im Juni 1916 erstmalig zum politischen Streik von 55.000 Rüstungsarbeitern gegen die Verhaftung und den Prozess Karl Liebknechts.³ Hatte bis dahin das nationalistische „Deutschland, Deutschland über alles“ der jungen deutschen Soldaten z. B. bei den Kämpfen um das belgische Langemark das einsame Votum Karl Liebknechts am 2. Dezember 1914 im Reichstag gegen die Kriegskredite und sein „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ 1915 auch in der Arbeiterschaft übertönt, so begann sich seit 1916 eine Antikriegsbewegung zu entwickeln, deren Träger vor allem die Arbeiterschaft in der Rüstungsindustrie, deren Agitatoren linke Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und bürgerliche Pazifisten (Bund Neues Vaterland z. B.) waren.

Die bereits vor dem Krieg in der Sozialdemokratie geführten Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei, z. B. um die Stellung zum Massenstreik und zur Rüstungspolitik, gewannen mit Kriegsausbruch neue Dimensionen und erfuhren in der Kriegskreditfrage ihre krasse Zuspitzung. War einerseits die Zahl der beitragszahlenden Mitglieder (bei Berücksichtigung der „Eingezogenen“) von 1914 im Agitationsbezirk Groß-Berlin mit 121.689 Mitgliedern auf 76.355 (1916) bzw. 6.475 (1917) zurückgegangen⁴, so spaltete andererseits die Zustimmung der SPD-Führung zu den Kriegskrediten und zum „Burgfrieden“ die Partei zunächst politisch-ideologisch und schließlich auch organisatorisch. Für Berlin war dieser Prozess sehr kompliziert und durch einzelne Schritte charakterisiert, die hier nicht im Detail dargelegt werden müssen.⁵ Die markantesten waren indes: die allmähliche Formierung der Linken mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches u.a. zur Spartakusgruppe; ihr Verbleiben in der zentristischen Gruppierung um Georg Ledebour, Hugo Haase, Ernst Däumig u. a., der Führung der USPD und deren Reichstagsfraktion; der fortschreitende Meinungsumschwung in den Betrieben und die Herausbildung der Bewegung oppositioneller Gewerkschaftsfunktionäre, die als Ob- und Vertrauensleute in den Rüstungsfabriken, den Branchenkommissionen, schließlich auch in der mittleren Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) als wichtigster Berliner Gewerkschaftsorganisation einflussreiche Positionen gewannen. Im Sommer 1917 zählte nach der Spaltung die Stadtverordnetenfraktion der SPD 23, die der USPD 22 Mitglieder. Am 1. Juli 1917 hatte die USPD in Berlin 25.000, die SPD etwa 6.500 Mitglieder. Somit

3 Siehe die Einleitung zu: Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4, 1914-1918. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin. Bearb. von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Weimar 1987 (zit. als: Berichte 1914-1918).

4 Siehe Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, 2 Bde, Leipzig 1987, Bd. 1, S. 377.

5 Siehe die Literatur in: Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress. Hrsg. von Gerhard Engel, Bärbel Holtz und Ingo Materna, Berlin 1993, S. XVIII, Anm. 40 (zit. als: Groß-Berliner A.- und S. - Räte,1.)

hätte die Mehrheits-SPD (so seit ihrer Neugründung am 28. April 1917) in Berlin Minderheits-SPD heißen müssen. Bis zum Ausbruch der Revolution ging die Zahl der USPD-Mitglieder auf etwa 18 – 20.000 zurück, die SPD hatte zu diesem Zeitpunkt etwa die gleiche Mitgliederzahl.

Die Linken wuchsen mit den sich entwickelnden Massenstreiks nach den Revolutionen in Russland vom Februar und Oktober 1917 im April 1917⁶ und im Januar 1918⁷. Mit den Arbeiteräten entstanden neue Formen zur Leitung der Massenbewegung neben den herkömmlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen – jetzt konnte Berlin deutlich als Vorort der Antikriegsbewegung, wohl auch als zentraler Ort der heranwachsenden Revolution gelten. Es zeigten sich bereits die Stärken, aber auch die Schwächen der Bewegung: Spontaneität und Massenbeteiligung, Kampfbereitschaft und Solidarität, zugleich relative Isolation gegenüber anderen Mittelpunkten der Bewegung, Meinungsverschiedenheiten in der Führung und Zielsetzung, deren prinzipielle Unterschiede zunächst durch gemeinsame Streikforderungen und die Beteiligung rechtssozialdemokratischer Funktionäre z. B. am Groß-Berliner Arbeiterrat Ende Januar 1918 überdeckt wurden. Der fortdauernde Belagerungszustand, die Inhaftierung oder Einberufung von Spartakus- und USPD-Funktionären, das faktische Fehlen einer oppositionellen Massenpresse –neben dem rechtssozialdemokratischen „Vorwärts“, der seine Auflage noch steigern konnte, – schränkten die Möglichkeiten einer klärenden politischen Auseinandersetzung über Fortgang und Ziele der Bewegung stark ein.

Am 7. November 1918 schrieb Harry Graf Kessler in sein Tagebuch: „Allmähliche Inbesitznahme, Ölfleck, durch die meuternden Matrosen von der Küste aus. Sie isolieren Berlin, das bald nur noch eine Insel sein wird. Umgekehrt wie in Frankreich (1789 – I.M.) revolutioniert die Provinz die Hauptstadt, die See das Land“.⁸ Obgleich sich Ende Oktober 1918 der „Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates“ in Berlin aus Revolutionären Obleuten, leitenden USPD-Funktionären und Spartakusführern bildete (die Anwesenheit des Pionier-Oberleutnants Eduard Walz bis zu seiner Verhaftung am 3. November rechtfertigte offenbar auch die Bezeichnung „Soldatenrat“!), kam es zunächst nicht zu einem geschlossenen und entschlossenen Aufruf zum revolutionären Aufstand. Man muss allerdings in Rechnung stellen, dass sich in der Hauptstadt nach wie vor ein machtvoller Militär- und Polizeiapparat befand, der insbesondere nach der Verhaftung von Walz von der „revolutionären Bedrohung Berlins“ überzeugt war. So begann die Revolution mit dem Aufstand der Matrosen, „an der See“, in Wilhelmshaven und Kiel, wo sich Arbeiter und Soldaten mit ihnen zusammenschlossen für die Beendigung des Krieges und revolutionäre demokratische Verände-

6 Siehe dazu am ausführlichsten Heinrich Scheel: Der Aprilstreik 1917 in Berlin, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918, hrsg. von Albert Schreiner, Berlin 1957, S. 1-88.

7 Siehe Walter Bartel: Der Januarstreik 1918 in Berlin, in: ebenda, S. 141-184.

8 Harry Graf Kessler: Tagebücher 1918-1937, Frankfurt a.M. 1961, S. 18; zit. nach Heinrich A. Winkler: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 29.

rungen.⁹ Ihnen folgten zahlreiche Orte an den Küsten, in Nord- und Westdeutschland, in Stuttgart, und am 7. November wurde in München die erste Monarchie gestürzt und die demokratische Republik ausgerufen. Einen „demokratischen“ Staat hatte die kaiserliche Koalitionsregierung unter Max von Baden mit SPD-Beteiligung durch Teilparlamentarisierung am 26./27. Oktober und durch Versprechen von Frieden und demokratischen Freiheiten am 4. November angekündigt. Doch diesen Weg zum Frieden ohne Revolution, mit Kaiser und ohne Republik verhinderte die revolutionäre Massenerhebung zwischen dem 3./4. und dem 9. November, beginnend an der Küste; der entscheidende Schlag kam jedoch aus Berlin am 9. November mit Generalstreik und bewaffneten Demonstrationen. Es erfolgte die Übergabe des Reichskanzleramtes von Max von Baden an Friedrich Ebert, die Proklamation der freien deutschen Republik, womit ein bürgerlich-parlamentarischer Staat gemeint war, durch Philipp Scheidemann vom Reichstagsgebäude aus, Karl Liebknecht verkündete vom Balkon des Stadtschlusses der Hohenzollern die freie sozialistische Republik, die sich auf die Arbeiter- und Soldatenräte stützen sollte. Die „Berliner Republik“ war ausgerufen! Der revolutionären Erhebung stellte sich kaum Widerstand entgegen, millionenfach wurden die hochgeschworenen Eide gebrochen. Entscheidungsschwäche, Plan- und Tatenlosigkeit der Militärbefehlshaber waren wesentlich für den raschen, relativ unblutigen Sieg der vermeintlichen Revolutionäre, die sich in Berlin an die Hebel der Macht gesetzt hatten. An diesen hatten sie bereits seit Anfang Oktober teil. Sie wurde ihnen am 9. und 10. November von den alten Machthabern übergeben, und sie verbündeten sich sofort mit deren funktionierenden und agierenden Teilen, um die Macht real ausüben zu können. Das Bündnis Ebert-Groener fand seine provinziellen und örtlichen Parallelen: Führende Militärs arrangierten sich mit den Aufständischen, ihren revolutionär gebildeten Kampforganen, den Räten. Ähnliches vollzog sich bekanntlich auf anderen Ebenen.¹⁰

Berlin wird (oder bleibt) Zentrum der Revolution, der Republik und ihrer leitenden Organe: der Reichsregierung, jetzt Rat der Volksbeauftragten. Die Vollversammlung der Berliner A.- und S.-Räte bildet am 10. November im Zirkus Busch den Vollzugsrat, vorgeblich zentrales Macht- und Kontrollorgan der sozialistischen Republik. In beiden leitenden Revolutionsorganen zeigt sich der Kompromisscharakter des Erreichten: das Zusammenwirken der sozialdemokratischen Parteien, die demokratische Beteiligung der Arbeiter und Soldaten an den Machtorganen, die Einigung auf den Aufruf „An das werktätige Volk“, der die sozialistische Republik verkündet – dem stimmen alle Versammelten zu. Die Spartakusgruppe lehnt jedoch die Beteiligung am Vollzugsrat der Räte, die Zusammenarbeit mit „Regierungssozialisten“ ab – eine sektiererische Position, die erst im Februar 1919 aufgegeben wird, als die Räte ihren ursprünglich nicht unbedeutenden Rang

9 Siehe Ernst-Heinrich Schmidt: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981, S. 204 ff.

10 Siehe ebenda, S. 433 ff.

bereits weitgehend eingeübt haben. In der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band 3, wurde nach langen Diskussionen die Fehlentscheidung beschönigend als „nicht elastisch genug“ charakterisiert.¹¹ Der Groß-Berliner Vollzugsrat erklärte wie der Rat der Volksbeauftragten seine Zuständigkeit für das Reich, für Preußen und für Berlin, wenn auch zunächst nur provisorisch, bis zu dem in Aussicht genommenen gesamtdeutschen Rätekongress¹², der das „Provisorium“ beenden und ein für das Reich dauerhaft legitimes leitendes Räteorgan anstelle des Berliner Rates wählen sollte.

Zunächst waren in den zentralen Revolutionsgremien Berliner Funktionäre dominant. Die örtliche Herkunft, die Verbindung zur Basis, zur „Hausmacht“, war für die Reputation beider Institutionen, für ihr Ansehen bei der Bevölkerung im ganzen Reich von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Man muss daran erinnern, dass es nicht überall als ein Vorzug galt, ein Berliner Funktionär zu sein. Das Ansehen der Hauptstadt hatte, wie erwähnt, während des Krieges als Zentrum der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Diktatoren nicht gerade gewonnen. Nun waren weder die Volksbeauftragten der SPD Ebert, Landsberg und Scheidemann, noch die der USPD Barth, Dittmann und Haase seit Geburt Berliner, jedoch waren sie als Funktionäre längst vor dem Krieg in der Hauptstadt ansässig; Emil Barth indessen, als einziger mit dem Berliner Proletariat durch seine Funktion im DMV verbunden, wirkte zudem im Rat der Volksbeauftragten und bis zum 20. November gleichzeitig im Vollzugsrat. Ähnlich enge Beziehungen zur Berliner Arbeiterbewegung wie Barth hatten die leitenden Genossen des Vollzugsrates; bezeichnenderweise gab es lediglich im technischen Apparat des Vollzugsrates Frauen. Allerdings waren auch hier keine gebürtigen Berliner unter den Führungskadern: der Vorsitzende Richard Müller (USPD) kam aus Thüringen¹³, der soldatische Kovorsitzende, zunächst Hauptmann von Beerfelde (bis zum 12. November)¹⁴, dann (bis zum 8.1.1919) Brutus Molkenbuhr¹⁵ ebenso wenig aus Berlin wie die Arbeiterräte Ernst Däumig¹⁶ und Georg Ledebour¹⁷. Die beiden letzteren waren wie Barth mit der Berliner Arbeiterbewegung eng verbunden, sie waren beide im Zentralvorstand der USPD, Ledebour seit 1900 Mitglied des Reichstags für Berlin VI. Dazu kam eine ganze Phalanx aus den etwa 100 Revolutionären Obleuten: Paul Eckert, Paul Wegmann, Paul Neuendorf von der USPD, sowie Ernst Jülich,

11 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 8 Bde., Bd. 3, Berlin 1966, S. 108.

12 Groß-Berliner A.- und S.-Räte, Bd. 1, S. XXVI, XXVIII, 34.

13 Jetzt liegt erstmalig seine präzise Biographie von Ralf Hoffrogge vor: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008; siehe auch ders., Räteaktivisten in der USPD: Richard Müller und die Revolutionären Obleute, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2008, H. 1, S. 36-45. Nachzutragen wäre für Ebert Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006; zu Hugo Haase Dieter Engelmann/Horst Naumann: Hugo Haase. Lebensweg und politisches Vermächtnis eines streitbaren Sozialisten, Berlin 1999.

14 Siehe Groß-Berliner A.- und S.-Räte, S. 20, Anm. 12.

15 Siehe ebenda, S. 16, Anm. 7.

16 Siehe ebenda, S. 5 (mit Lit.).

17 Siehe ebenda, S. 8.

Oskar Rusch, Max Maynz, Franz Büchel.¹⁸ Somit war der Vollzugsrat hinsichtlich der personellen Zusammensetzung deutlich ein Berliner Organ. Die Soldatenräte vertraten zwar Berliner Truppenteile, waren aber durchweg keine „Berliner“, sondern spiegelten eine breitere deutsche Landsmannschaft und andere soziale Schichten wider.

Aus den zunächst gewählten Soldaten sind neben den erwähnten Vorsitzenden wohl Eduard Walz¹⁹ und Hans Paasche²⁰ zu erwähnen sowie Max Cohen-Reuß²¹ und der „Arbeiterrat“ Hermann Müller, zwei prominente Mitglieder des Parteivorstandes der SPD.²² Cohen-Reuß trug mit Julius Kaliski Überlegungen zur Rätebewegung bei, die die Mehrheit des Parteivorstandes ablehnte. Einem Vorschlag der SPD-Fraktion entsprechend, bildeten die Berliner Soldatenräte am 20. November einen gesonderten Vorstand mit Alfred Gottschling als Vorsitzenden, der Anfang Dezember Mitglied des Vollzugsrates wurde.²³ Es war sicher auch eine Folge der von Berlinern dominierten Zusammensetzung des Vollzugsrates, dass sich „sehr bald...in weiten Teilen des Reiches eine starke Missstimmung gegen den Berliner Vollzugsrat geltend“ machte, wie Hermann Müller in seinen „Erinnerungen“ feststellte. Er zitiert den S.-Rat Gerhardt: „Der Vollzugsrat hat nicht Fühlung mit den Süddeutschen aufgenommen, sondern die Vertreter der süddeutschen Kameraden mussten erst hierher kommen.“²⁴ Dies traf zu diesem Zeitpunkt so nicht mehr zu, denn bereits am 15. November bedankte sich der Vollzugsrat bei der „Republik der Bayrischen Arbeiter- und Soldatenräte“ für deren „brüderlichen Gruß“ und forderte sie auf, „gemeinsam alle Kräfte einzusetzen, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und auszubauen“.²⁵ Am 23. November nahmen zwei Vertreter des A.- und S.- Rates Badens (Emil Baer und Johannes Krayer) – sie hatten am 21. November Gespräche mit den Berliner Vorsitzenden geführt – sowie drei Delegierte von etwa 400.000 Soldaten der Ostfront an der Vollzugsratssitzung teil; sie wurden in den Rat aufgenommen. Sehr bedeutsam war die Teilnahme von Regierungsvertretern Preußens und Bayerns (mit Kurt Eisner) als der größten deutschen Bundesstaaten an der Sitzung des Vollzugsrates am 25. November²⁶ sowie die Anwesenheit von Kieler Delegierten am 26. November²⁷, später (am 30.11.) von Delegierten aus Bremen und München²⁸. Als weitere Vertreter

18 Zu allen Arbeiterräten siehe ebenda, S. 22 ff.

19 Zu E. Walz ebenda, S. 16.

20 Zu H. Paasche (ebenda S. 23) ist nachzutragen Werner Lange: Hans Paasches Forschungsreise ins innerste Deutschland. Eine Biographie. Mit einem Geleitwort von Helga Paasche, Bremen 1995.

21 Ebenda, S. 34.

22 Siehe Hermann Müller: Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928, S. 104 f.

23 Siehe Groß-Berliner A.- und S.-Räte, Bd.1, S. XXXIII.

24 Hermann Müller, Die Novemberrevolution, S. 106. Wörtlich übereinstimmend mit Groß-Berliner A. und S.-Räte, Bd. 1, S. 414 (Sitzung des VR am 28.11.1918).

25 Groß-Berliner A.- und S.-Räte, Bd.1, S. 66 f.

26 Siehe ebenda, S. 234 ff., 316 ff., 355.

27 Siehe ebenda, S. 357, 374.

28 Siehe ebenda, S 469, S. 480 f.

der Länder wurden Max König und Lemke für Elsaß-Lothringen (!), Fritz Heckert und Max Heldt für Sachsen sowie der Arbeiterrat Heinrich Schäfer für die besetzten linksrheinischen Gebiete Mitglieder des Vollzugsrates, wobei Heckert (Spartakusbund) und Heldt (SPD) ihre Arbeit im Rat nicht aufnahmen.²⁹ Schließlich beschloss der Vollzugsrat nach der Soldatenratskonferenz am 1.12.18 in Bad Ems seine Erweiterung um fünf Delegierte der Soldatenräte der im Westen befindlichen Truppen; dann traten noch drei Abgeordnete des Zentralrats der Marine (sogenannter 53er Ausschuss) hinzu, so dass der Vollzugsrat am Vorabend des Rätekongresses 45 Mitglieder zählte, die mehrheitlich der SPD folgten, und deutlich über seine ursprüngliche Zentriertheit auf Berlin hinausgewachsen war. Er entsprach damit der politischen Zusammensetzung vieler deutscher Räte. Trotz des anfänglichen Paritätsprinzips SPD – USPD, was eigentlich dem Räteprinzip widersprach, hatte die SPD bald vielerorten die Mehrheit errungen, zumal längst nicht überall USPD- oder gar Spartakusorganisationen existierten.³⁰

Entscheidend für die politische Rolle des Vollzugsrates waren jedoch seine Politik, seine Beschlüsse und sein Vermögen, diese zu verbreiten und zu realisieren. Erst daran lässt sich die Stellung Berlins im Revolutionsprozess festmachen. Gerhard Engel hat in seinem Aufsatz über den Vollzugsrat als zentrales Räteorgan darauf hingewiesen,³¹ dass der Vollzugsrat entsprechend seinem Anspruch „hauptstadtübergreifende Probleme“ behandelte, also Berlin als Zentrum der revolutionären Veränderungen zu respektieren war – so die Verlautbarung über die exekutive Gewalt, gerichtet auf Reich, Preußen und Hauptstadt. Aber der Aufruf war lediglich an die Arbeiter und Soldaten Groß-Berlins gerichtet. So auch der Aufruf zur Bildung der Roten Garde, die Wahlrichtlinien für die Arbeiterräte, die Ressorts des Vollzugsrates. Andererseits schickte man Kuriere ins Land, bestimmte formal Bildung und Zusammensetzung der Preußischen Regierung, die Überprüfung der preußischen Regional- und Lokalbehörden. Schließlich gab es Ansätze, direkt Reichskompetenz in Anspruch zu nehmen, z. B. Berlin als europäische Hauptstadt zu behaupten – so der Aufruf an die Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas. Ernst Däumig hatte mit dem Entwurf seiner Leitsätze die Grundsätze revolutionärer Politik ausgearbeitet und damit die Rolle Berlins deutlich gemacht. Kernpunkt der Leitsätze war: „proletarische Demokratie“ gegen die „bürgerlich-demokratische Republik“. Diese Leitsätze wurden am 16./17. November im Vollzugsrat diskutiert und mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Schließlich entsprach der Aufruf des Vollzugsrates zur gesamtdeutschen Delegiertenkonferenz am 23. November seiner zentralen Rolle, die Entscheidung aber war verschoben.

29 Siehe ebenda, S. XXXVI.

30 Siehe ebenda, S. XXXVII.

31 Siehe Gerhard Engel: Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins als zentrales Räteorgan (Über Zentralisation und Dezentralisation in der deutschen Rätebewegung), in: 75 Jahre deutsche Novemberrevolution. Schriftenreihe der Marx/Engels-Stiftung, Bd. 21, Köln 1994, S. 151-161.

Und doch: Obgleich es keine umfassende Orientierung oder gar Organisation der Revolutionsbewegung, der Räte, gab – die Forderungen in den verschiedenen Zentren der Revolution waren bei Ausbruch der Revolution in den Hauptpunkten identisch oder ähnlich: schleunigste Herbeiführung des Friedens, Beseitigung des monarchistischen Regimes, eine freie demokratische Republik, Brot, demokratische Rechte und Freiheiten in einer sozial gerechten Gesellschaft. Allgemein war auch die Illusion, mit dem 9./10. November sei bereits die sozialistische Republik errungen, und Träger der politischen Macht seien die Räte. Gefordert wurde vielfach die Verbindung zur russischen Sowjetrepublik.³²

Die Auseinandersetzungen um die Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses entbrannten, eigentlich waren sie nur kurzzeitig bei den Kompromissen um den 9./10.11. überdeckt. Auf der einen Seite standen sehr bald die um den Rat der Volksbeauftragten, also die Führung der SPD und Teilen der USPD, formierten Kräfte, der alte Staatsapparat, die OHL (Groener/Hindenburg) und der überwiegende Teil des Militärs, Gewerkschaftsführer und Unternehmerverbände in Industrie und Landwirtschaft (Legien – Stinnes), die Kirchen, Schulen und Medien, die Justiz, Bürgerräte und die neu gebildeten bürgerlichen Parteien, verbunden und verbündet mit der Regierungsforderung nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht, auch für Frauen, und nach einer Nationalversammlung, die künftige Gestaltung des Reiches als bürgerlich-demokratische Republik zu bestimmen hätte. Auf der anderen Seite waren es die auf eine Weiterführung der Revolution bis zur Errichtung einer sozialistischen Republik, der Rätewacht, als „sozialistische“ oder „proletarische“ Demokratie bezeichnet, teilweise als Synonym für „Diktatur des Proletariats“ verstanden, orientierenden Kräfte: die linke USPD, in Berlin also USPD-Funktionäre des Vollzugsrates, die Mehrheit der revolutionären Obleute und die Spartakusführer, die sich zwar am 11. November zum Bund, aber noch nicht zur selbständigen Partei zusammenfanden, und die, wie sich zeigte, in der Berliner Arbeiterschaft unterstützt wurden, jedoch nicht mehrheitlich.

Die Gegenrevolution konzentrierte sich von Anfang an auf Berlin, bereitete seine militärische Besetzung vor und organisierte die konterrevolutionäre Propaganda gegen die Räte bis hin zur Rufmordhetze gegen Karl Liebknecht bereits Ende November.

In der Provinz machte die bürgerliche Presse zudem Stimmung gegen das „rote“ Berlin: „Berlin ist von allen guten Geistern verlassen... Liebknecht ist der Mann von morgen, wenn ihn nicht andere Mächte in Fesseln schlagen als das Kollegium der sechs Männer... Berlin wird das ganze Deutschland in den Abgrund reißen, wenn das Reich in seinen Einzelstämmen nicht die Entschlußkraft findet, die einstige Reichshauptstadt abzuschütteln und sein Schicksal selbst zu bestimm-

32 Siehe den Aufruf der Vollversammlung der Berliner Räte am 10.11.1918, in : Groß-Berliner A.- und S.-Räte, Bd. 1, S. 24f. Es wäre eine spezielle Untersuchung zu dieser Problematik angebracht.

men. Dort locken die Sirenen des Bolschewismus... In einer solchen Stunde heißt es: Rette sich wer kann! Die Augen auf ... und los von Berlin.“³³ Diese Losung kulminierte in den Bestrebungen nach einer „Republik Groß-Thüringen“ nach dem Beispiel der Rheinisch-westfälischen Separatisten und ähnlicher Machenschaften in Bayern und Oberschlesien.³⁴ Obgleich Ebert der Hessischen Regierung bereits am 21.11. auf ihre Befürchtungen über „die Entwicklung in Berlin“ geantwortet hatte, dass „nicht nach der Diktatur einer Stadt“ gestrebt werde³⁵, und dies auf der Reichskonferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Staaten am 25. 11. in Berlin erneut unterstrichen hatte³⁶, wurden weiter die Anti-Berlin-Lösungen als Teil der konterrevolutionären Propaganda verbreitet. Die Konferenz der süddeutschen Staaten erklärte am 28./29. November: „Die Verhältnisse in Berlin... bedrohen auch die Einheit des Deutschen Reiches.“³⁷ Man kann den Hass der Konterrevolution gegen das „rote“ Berlin auch positiv wenden: Die Hauptstadt war das Zentrum der Revolution.

Am gleichen Tag, als der zitierte Artikel in Erfurt erschienen war, am 6. Dezember, kam es in Berlin zum ersten blutigen Zusammenstoß zwischen den Anhängern der Revolution und den Militärs in der Chausseestraße. Es war noch nicht eine Regierungsaktion, sondern ein militärischer Gewaltakt, ein Vorbote. Am 10. Dezember begrüßten Ebert und der Magistrat am Brandenburger Tor die heimkehrenden, „unbesiegten“ Truppen. Über die Pläne, die die OHL mit Zustimmung Eberts mit dem Militäreinmarsch der 10 Divisionen in Berlin nach diesem Tag verfolgte, hat sich General Groener später deutlich geäußert: „Das nächste Ziel“ war, „in Berlin die Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten zu entreißen“ und „eine feste Regierung in Berlin aufzustellen“.³⁸ Bevor es aber zur Militäraktion, zum „Krieg gegen die Revolution“³⁹, kam, fand im Preußischen Abgeordnetenhaus der von allen Seiten mit Spannung erwartete 1. Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16.-20. Dezember statt – ein klares Zeichen für die Akzeptanz der Hauptstadt als Zentrum der Räte, die immer noch zehntausende Demonstranten mobilisieren konnten. Der Rätekongress öffnete jedoch mit seinem mehrheitlichen Beschluss über die Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 den Weg nach Weimar. War der Rätekongress ein Beispiel für ein „sozialistisches“ Parlament? Bekanntlich schloss sein Wahlreglement die Bürger von der Wahl aus, die Wahl sollte aus den „bestehenden A.- und S.-Räten“ erfolgen. So kamen selbst die Vorkämpfer für eine Räte-macht, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, nicht zu einem Mandat.

33 Erfurter Allgemeiner Anzeiger vom 6.12.1918, zit nach Gerhard Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, Erfurt 1976, S.136.

34 Siehe die knappe Übersicht bei Gerhard A. Ritter/Susanne Miller: Die deutsche Revolution 1918/1919. Dokumente, Frankfurt a. M. 1983, S. 416 ff.

35 Siehe ebenda, S. 399.

36 Siehe ebenda, S. 394ff., ausführlich in: Rat der Volksbeauftragten 1918/1919. Bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von H. Potthoff. Eingeleitet von E. Matthias, Düsseldorf 1969, S. 149ff.

37 Ritter/Miller, S. 401.

38 Ebenda, S. 136, 137.

39 Die Rote Fahne, Berlin, 25.12.1918.

Der offene Angriff auf das revolutionäre Berlin begann mit den sogenannten Weihnachtskämpfen, dem Bombardement der kaiserlichen Artillerie auf Schloss und Marstall, Symbole des Königs- und Kaiserreichs, die von der Volksmarinedivision allerdings ohne jeden Beschuss besetzt worden waren. Das Ergebnis war eher dürrtig für die Angreifer, führte schließlich zum Austritt der rechten USPD-Vertreter aus der Regierung, die nun mit Noske, dem mit OHL und Freikorps zum brutalen Vorgehen entschlossenen „Bluthund“, eine „reine“ SPD-Zusammensetzung erhielt und die alleinige Verantwortung für das weitere Geschehen übernahm.⁴⁰

Die Gründung der KPD am Jahresende 1918 im Preußischen Abgeordnetenhaus unterstrich erneut die zentrale Rolle Berlins bei der Herausbildung und schließlichen Formierung einer alternativen Linkspartei. Sie war sicher ein wichtiges Ergebnis der Revolution, jedoch nicht das wichtigste und historisch bedeutendste, wie in DDR-Publikationen immer wieder zu lesen war.⁴¹ Bekanntlich gab es Widersprüche zwischen der Minderheit um Rosa Luxemburg, die am 23.12. in der „Roten Fahne“, nach dem Rätekongress, auf einen Kompromiss, nämlich die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und das gleichzeitige Festhalten am Räteystem orientierte, und der unrealistisch, z. T. anarchistisch votierenden Mehrheit, die an der Illusion von der unmittelbaren Errichtung der Räte-macht, der Diktatur des Proletariats, festhielt. Es ist hier nicht der Platz, die theoretischen und parteipolitischen Diskrepanzen in der jungen Partei zu erörtern, auch nicht über die Feststellung in der „Chronik zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, die Kämpfe in der Revolution hätten bewiesen, dass es in Deutschland unmöglich war, „in einem Sprung zur Diktatur des Proletariats“ zu gelangen.⁴² Konnte das überhaupt das aktuelle Ziel sein? Eine Diskussion wäre nötig über „Räte-macht und Diktatur des Proletariats“, die noch 1974 im „Wörterbuch der Geschichte“ als „die bis dahin umfassendste Demokratie“ bezeichnet wurde.⁴³ Wichtig in unserem Zusammenhang ist, dass es nicht gelang, mit dem fortgeschrittenen Teil der Berliner Arbeiterschaft, vertreten durch die Revolutionären Obleute, zu einem wie auch immer gearteten Zusammenschluss zu kommen und damit größeren Einfluss in Richtung auf eine Räte-demokratie zu gewinnen. Die umstrittene Erklärung des „Revolutions-Ausschusses“ vom 6. Januar 1919 über die Absetzung der Regierung Ebert war dafür ungeeignet. Andererseits hatten die nachfolgenden Kämpfe, fälschlich als Spartakusaufstand bezeichnet, die Massen der Berliner Arbeiter, ihre Obleute, den Berliner USPD-Vorstand und die KPD in der Abwehr des weißen Terrors, der in der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts kulminierte, zusammengeführt.

40 Siehe Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

41 Siehe z.B. Lothar Berthold/Helmut Neef: Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution, Berlin 1978, S. 109: Die Gründung der KPD „wurde zum wichtigsten Ereignis der Novemberrevolution“.

42 Chronik zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, T. II, Berlin 1966, S. 53.

43 Wörterbuch der Geschichte, Berlin 1974, S. 237, 238.

Der erste offene brutale Schlag der Konterrevolution richtete sich also gegen das Berliner Proletariat, und wir haben versucht, an einigen Schnittpunkten zu zeigen, warum das der Fall war. Es folgten bekanntlich sehr bald weitere Militäraktionen gegen revolutionäre Zentren, Räterepubliken zumal, wie sie sich in Bremen (10.1.-4.2.1919) und dann in München (13.4.-3.5.1919) konstituiert hatten, gegen die Arbeiter Mitteldeutschlands und im Ruhrgebiet.

Waren dies Beispiele für eine „sozialistische Demokratie“? Auch in Berlin war man sich der Sache noch immer nicht sicher. Schon während des Rätekongresses, am 17. Dezember 1918, hatte der rechtssozialdemokratische „Vorwärts“ vorausschauend geschrieben, dass man in einer Stadt wie Berlin, wo man vor Demonstrationen und Angriffen der Massen nicht sicher sei, das „höchste Symbol der Demokratie“, die Nationalversammlung, nicht tagen lassen könne, man sollte in Kassel, Erfurt oder an einem anderen Ort zusammenkommen.⁴⁴ Ende Dezember 1918 äußerte sich Ebert zu diesem Problem: „Die Sicherheit der Nationalversammlung“ in Berlin zu gewährleisten, sei einerseits „sehr schwierig, selbst wenn man nicht vor einer starken militärischen Sicherung zurückschrecken würde“, auch die wachsenden Anti-Berlin-Stimmungen und die Gefahr des Separatismus, die Beziehungen zu den Bundesstaaten legten den Gedanken nahe, die Nationalversammlung „näher nach dem Herzen Deutschlands“ zu verlegen. Am 14. Januar 1919 meinte er: „Man sollte den Erfolg gegenüber den Unabhängigen und Spartakisten nicht überschätzen. Eine absolute Sicherheit läßt sich in einer solchen Riesenstadt wie Berlin nicht schaffen.“⁴⁵ Scheidemann zog ebenfalls in Betracht, „daß man in Berlin jeden Tag Hunderttausende von Menschen auf die Beine bringen kann, die sich wie Mauern um die Gebäude legen. Dagegen schützen alle militärischen Machtmittel gar nichts. Man kann auf diese Menschenmassen nicht einfach schießen.“⁴⁶ (Das konnte man weiterhin, so auch in Berlin im März 1919). Weimar als die „Stadt Goethes“ sei „ein gutes Symbol für die junge deutsche Republik“⁴⁷. Weimar sei auch aus Gründen des „Einheitsgedankens“ und der „Zusammengehörigkeit des Reiches“ auszuwählen; wenn man den „Geist von Weimar“ mit dem Aufbau eines „neuen Deutschen Reiches verbindet“, so würde das in der ganzen Welt „angenehm empfunden werden“, meinte Ebert.⁴⁸ Es traten noch weitere Überlegungen hinzu: der USA-Präsident W. Wilson würde zustimmen, man könne einen „besseren Frieden“ erhalten⁴⁹, und schließlich fasste die Regierung am Tag nach den Wahlen zur Nationalversammlung den Beschluss, Weimar als ihren Tagungsort zu bestimmen.⁵⁰

44 Siehe Vorwärts, Berlin, 17.12.1918.

45 Die Regierung der Volksbeauftragten, T. 2, a.a.O., S. 225., auch S. 206 f.

46 Ebenda, S. 227.

47 Ebenda, S. 228 f.

48 Ebenda, S. 225.

49 So Staatssekretär Graf Rantzau, ebenda, S. 228.

50 Siehe ebenda, S. 283.

„Die Konstituante soll die revolutionären Zustände beenden und dazu muß sie absolut sichergestellt sein“, hatte der Unterstaatssekretär und Chef der Reichskanzlei Curt Baake bereits am 14.1. gesagt: „In Berlin ist das aber nicht möglich... Hat die Konstituante erst einmal eine legale Gewalt geschaffen, so werden wir mit Berlin sehr viel eher fertig werden, denn diese legale Gewalt kann viel entschlossener, unbekümmerter und rücksichtsloser vorgehen als die gegenwärtige Regierung.“ Dann könne man auch bestimmen, „daß Berlin das Zentrum von Deutschland bleibt“.⁵¹

Berlin wurde also erst nach der Liquidation der Revolution wieder das Zentrum. Es war eines der Zentren der deutschen Revolution, der Ursprung der Republik lag hier. Aber Berlin wurde nicht ihr Namensgeber. Der Tagungsort der Nationalversammlung, das bürgerliche Weimar, gab dem in der Revolution geborenen Staat für die nächsten 14 Jahre seinen Namen.

51 Ebenda, S. 230f.

Von der politischen Revolution zur sozialen Protestbewegung: Die Revolution im Ruhrgebiet 1918-1920

Dem Ruhrgebiet kommt eine Schlüsselrolle in der Geschichte der deutschen Revolution zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik zu. Zwar haben die revolutionären Ereignisse keinesfalls hier ihren Ausgang genommen; auch wurden die wichtigen politischen Entscheidungen des Rates der Volksbeauftragten während der ersten Revolutionsphase zwischen November 1918 und Januar 1919, die den Weg zur republikanischen Staatsform anbahnten, in Berlin getroffen. Doch in der zweiten und dritten Phase der Revolution, zwischen Januar und April 1919 und im März/April 1920, geriet das Ruhrgebiet in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit.¹ Die Kämpfe um die Neuordnung der Wirtschafts- und Sozialordnung der Republik „wurden nicht zuletzt an Rhein und Ruhr entschieden“.² Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stritt die Arbeiterbewegung mit Vehemenz um ihren institutionellen Ort im neuen Staat. Hier erreichte die gesellschaftliche Polarisierung während der Revolutionszeit ein regional einzigartiges Niveau.

Der politische Umsturz vom November 1918 hatte im größten deutschen Industrievier eine erhebliche revolutionäre Dynamik entfacht, die sich spätestens seit Beginn des Jahres 1919 in breiten sozialen Protestbewegungen Bahn brach und die noch junge Republik in ihren Grundfesten erschütterte. Die Generalstreiks vom Frühjahr 1919 und der Ruhrkampf im März/April 1920 markieren Höhepunkte dieser Bewegungen. Träger des Protestes waren weite Teile der industriell geprägten Arbeiterschaft des Ruhrgebiets. Grob gerechnet gehörten drei Viertel der erwerbstätigen Ruhrgebietsbevölkerung zu dieser Zeit der Unterschicht an, die sich wiederum größtenteils aus der schwerindustriellen Arbeiterklasse zusammensetzte.³ Es war gerade die sozialstrukturelle Dominanz der Arbeiterklasse, die

1 Siehe zur Periodisierung der deutschen Revolution Wolfgang J. Mommsen: Die deutsche Revolution 1918-1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung, in: ... Heft 4 (1978), S. 362-391.

2 Vorwort in: Werner Abelshäuser/Ralf Himmelmann (Hrsg.): Revolution in Rheinland und Westfalen. Quellen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik 1918 bis 1923, Essen 1988, S. IX.

3 Berechnungsgrundlage sind hier die Kernkreise des Ruhrgebiets (Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen und Recklinghausen). Der städtische Agglomerationskomplex umfasste eine darüber hinaus gehende Anzahl an Groß- und Mittelstädten. 1925 betrug die Einwohnerzahl des gesamten Ruhrgebiets gut 3,5 Millionen. Siehe Klaus Tenfelde: Soziale Schichtung, Klassenbildung und Konfliktlagen im Ruhrgebiet, in: Wolfgang Köllmann u.a. (Hrsg.): Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 145, 174. Seit der Entstehung der schwerindustriellen Ballungsregion an der Ruhr im 19. Jahrhundert wurde sie als „rheinisch-westfälisches Industriegebiet“ gefasst. Der Begriff Ruhrgebiet begann sich erst allmählich, verstärkt im 20. Jahrhundert, zu etablieren. Das Ruhrgebiet bildete zu keiner Zeit eine politische Verwaltungseinheit. Stattdessen erstreckte und erstreckt es sich auf Teile der ehemals preußischen, nunmehr nordrhein-westfälischen Regierungsbezirke Düsseldorf, Münster und Arnsberg. Zudem bildete es gleichsam eine „Klammer“ zwischen den preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen. Der nach dem Ersten Weltkrieg gegründete „Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk“ verfügte im Grunde lediglich über planungsrechtliche Kompetenzen.

das Ruhrgebiet zu einem potenziell fruchtbaren Nährboden für revolutionäre Bewegungen machte.⁴

Im Folgenden sollen die revolutionären Ereignisse im Ruhrgebiet zwischen November 1918 und April 1920 analysiert werden. Gefragt wird dabei nach Entstehungsbedingungen, Zielen und Wirkungen der sozialen Protestbewegungen, die das politische Feld der Ballungsregion in der revolutionären Phase zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik prägten. Um Antworten auf diese Frage geben zu können, bedienen sich die Autoren sowohl der Analyse als auch der Ereignisschilderung. Dabei werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der Ruhrgebietsentwicklung und dem Revolutionsverlauf auf Reichsebene bzw. in anderen Regionen berücksichtigt.

Forschungsüberblick

Derzeit mangelt es noch an einer quellenfundierten Gesamtdarstellung der Revolution im Ruhrgebiet, die den Zeitraum zwischen November 1918 und April 1920 abdecken würde. Gleichwohl könnte sich eine solche Studie auf reichhaltige, aber bislang unverbundene empirische Forschungserträge stützen. Mit dem Aufschwung der Revolutionsforschung in den 1960er und 70er Jahren richtete sich das Interesse der Historiker nicht zuletzt auch auf die politische Geschichte der revolutionären Nachkriegsphase im Ruhrgebiet. Den Auftakt der Forschungsbemühungen markiert Peter von Oertzens Aufsatz über die Ruhrstreiks 1919 aus dem Jahr 1958.⁵ Im Zuge des nun folgenden Booms entstand eine Reihe an Lokal- und Regionalstudien, die eine dichte Rekonstruktion der revolutionären Ereignisse in der Region ermöglichen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die interessierten Leser noch auf z. T. tendenziöse Deutungsentwürfe aus der Zeit der Weimarer Republik angewiesen.⁶ Unverzichtbar bis heute ist die Aufsatzsammlung von Reinhard Rürup, die einen lokal differenzierten Überblick über die revolutionäre Entwicklung der Jahre 1918/19 liefert.⁷ Der Band nimmt in Auseinandersetzung mit Forschungspositionen der 1950er Jahre die Debatte um die Rolle und den Stellenwert der Rätebewegung auf und kommt zu dem Ergebnis, dass die Arbeiter- und Soldatenräte im Ruhrgebiet weniger „Repräsentanten des Bolschewismus“ gewesen seien. Vielmehr hätten sie ein demokratisches Potenzial mit breiter

4 Siehe Werner Abelshäuser: Umsturz, Terror, Bürgerkrieg. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet in der revolutionären Nachkriegsperiode, in: Abelshäuser/Himmelmann, *Revolution*, S. XI.

5 Siehe Peter von Oertzen: Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919. Ein Beitrag zur Diskussion über die revolutionäre Entstehungsphase der Weimarer Republik, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* (VfZ), H. 6 (1958), S. 231-262.

6 Siehe die vom Verein für bergbauliche Interessen in Auftrag gegebene Arbeit von Hans Spethmann: *Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte von Kriegsbeginn bis zum Franzosenabmarsch 1914-1925*, Bd. 1-3, Berlin 1928/29.

7 Siehe Reinhard Rürup: *Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, Wuppertal 1975.

Massenunterstützung gebildet, das in der revolutionären Übergangsphase von der Führung der Mehrheitssozialdemokratie nicht genutzt worden sei.⁸ Die mit den Protesten und Aufständen des Jahres 1919 vielfach umschlungene Debatte um die Sozialisierung des Kohlenbergbaus wird von Peter Wulf und Jürgen Tampke nachgezeichnet.⁹ Letztgenannter fokussiert in seiner Dissertation in erster Linie die politischen Brüche in der Ruhrarbeiterschaft zwischen der sich radikalisierenden Massenbasis und den auf Mäßigung bedachten Führungen von SPD und Freien Gewerkschaften.¹⁰ Die Lokalstudie von Hermann Bogdal schildert quellennah die revolutionäre Entwicklung in Recklinghausen und bezieht dabei die wesentlichen regionalen Entwicklungen mit ein.¹¹ Auch die Forschung der 1960er und 70er Jahre war nicht ganz unwesentlich von zeitbedingten politischen Debatten und Forschungskategorien bestimmt. Unter dem Eindruck vielfältiger politisch-kultureller und generationeller Aufbrüche übte die Beschäftigung mit der deutschen Revolution eine starke Anziehungskraft auf jüngere, „linksbewegte“ Historiker aus. Hierüber geben nicht zuletzt die Beiträge von Erhard Lucas Auskunft, der sich im besonderen Maße mit der von Hamborn ausgehenden Streikbewegung des Winters 1918/1912 und dem Ruhrkampf vom März/April 1920¹³ beschäftigt hat, wobei gewisse Sympathien für linkssozialistische Strömungen zum Ausdruck kommen. Dagegen stehen die Untersuchungen von H. Walther/D. Engelmann ganz im Zeichen der Erkenntnisinteressen der staatssozialistisch geprägten DDR-Geschichtswissenschaft.¹⁴

Als Frucht der genannten Forschungsentwicklung ist 1988 die Skizze von Werner Abelshauser zu den Voraussetzungen und zum Verlauf der Revolution im

- 8 Siehe insbesondere die Einleitung des Bandes ebenda, S. 7-38. Rürup bestätigt damit Befunde der zeitgenössischen Revolutionsforschung. Siehe nur Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Düsseldorf 1962. Zur Forschungsentwicklung Andreas Wirsching: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2008, S. 51-54 und Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik, München 2002, S. 166-178.
- 9 Siehe Peter Wulf: Die Auseinandersetzungen um die Sozialisierung der Kohle in Deutschland 1920/21, in: VfZ, H. 25 (1977), S. 46-98; Jürgen Tampke: Die Sozialisierungsbewegung im Steinkohlenbergbau an der Ruhr, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hrsg.): Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 225-248.
- 10 Siehe Jürgen Tampke: The Ruhr and the Revolution. The Revolutionary Movement in the Rhenish-Westphalian Region 1912-1919, London 1987.
- 11 Siehe Hermann Bogdal: Rote Fahnen im Vest, Bd. 1: Novembertrage 1918 in Recklinghausen, Essen 1983.
- 12 Siehe Erhard Lucas: Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet 1918/19. Zum Syndikalismus in der Novemberrevolution, in: Stadtarchiv Duisburg (Hrsg.): Duisburger Forschungen. Schriftenreihe für Geschichte und Heimatkunde Duisburgs, Bd. 15 (1971), S. 1-119; Erhard Lucas/Claus Tedesco: Zur Bergarbeiterbewegung in Hamborn 1918/19, in: Duisburger Forschungen, Bd. 22 (1975), S. 141-169; Erhard Lucas: Der 9. November 1918 – Umschlagpunkt der Widerstandsbewegung in Duisburg, Hamborn und dem westlichen Ruhrgebiet, in: Duisburger Forschungen, Bd. 37 (1990), S. 163-178.
- 13 Siehe Erhard Lucas: Märzrevolution 1920, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1974-1983. Hierzu auch: Johannes Gorlas/Detlev J.K. Peukert: Ruhrkampf, Essen 1987; Jürgen Lange: Die Schlacht bei Pelkm im März 1920. Legenden und Dokumente, Essen 1994.
- 14 Siehe Henri Walther/Dieter Engelmann: Zur Linksentwicklung der Arbeiterbewegung im Rhein-Ruhrgebiet unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung der USPD und der Entwicklung ihres linken Flügels vom Ausbruch des 1. Weltkrieges bis zum Heidelberger Parteitag der KPD und dem Leipziger Parteitag der USPD, 3 Bde., Diss. phil., Leipzig 1965.

Ruhrgebiet entstanden, die der Quellensammlung „Revolution in Rheinland und Westfalen“ vorausgeschickt wird und besonders die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen der regionalen Revolutionsgeschichte berücksichtigt.¹⁵

Hilfreiche Hinweise zur Rolle der lokalen und regionalen Arbeiterorganisationen in der Revolution enthalten die Studien zur politischen Geschichte der (Berg-)Arbeiterbewegung des Ruhrgebiets zwischen 1918 und 1933 von Martin Martiny und Hans Mommsen.¹⁶ Gerade die Sozialdemokratie und der sozialdemokratisch geprägte *Verband der Bergarbeiter Deutschlands*, der so genannte Alte Verband, hatten 1919/20 erhebliche machtpolitische Raumverluste zu gewärtigen. Die allgemeine Polarisierung trieb syndikalistischen Organisationen und Zusammenschlüssen eine erhebliche Zahl von (Berg-)Arbeitern zu, worüber die Forschungen von Jürgen Jenko und Karl-Friedrich Gesau Auskunft geben.¹⁷ Den sozialgeschichtlichen Zusammenhang, in dem die Radikalisierung weiter Teile der Ruhrarbeiterschaft in der revolutionären Nachkriegsperiode zu erfassen ist, erläutern grundlegende Studien von Klaus Tenfelde über „soziale Schichtung, Klassenbildung und Konfliktlagen im Ruhrgebiet“ und zur Arbeiterbewegung in der Region.¹⁸ In den regionalen Auseinandersetzungen und Arbeitskämpfen der Revolutionszeit offenbare sich, so Tenfelde, die Koinzidenz eines industriegesellschaftlichen Verteilungskonflikts und eines politischen Herrschaftskonflikts. Die Schärfe und Massenhaftigkeit dieser fundamentalen Konfliktlagen, die sich in einem von der industriellen Arbeiterklasse des Ruhrgebiets ausgeprägten „spontaneistischen Konfliktmodus“ abspielten, hätten die Region zu dem wohl wichtigsten Zentrum der revolutionären Massenbewegung gemacht.¹⁹

Abelshauer/Himmelmann und Tenfelde unterstreichen, dass eine umfassende Betrachtung der revolutionären Phase im Ruhrgebiet auch die in der Inflation und der Ruhrbesetzung angelegten sozialen und wirtschaftlichen Konstellationen und Konfliktlagen bis zur Stabilisierungskrise 1923/24 zu berücksichtigen hätte.²⁰

15 Siehe Abelshauer, Umsturz.

16 Siehe Martin Martiny: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr vom Scheitern der Räte- und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik (1920-1930), in: Jürgen Reulecke (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 205-273; Hans Mommsen: Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918-1933, in: Reulecke, Arbeiterbewegung, S. 275-311. Siehe auch Stefan Goch: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848-1975, Düsseldorf 1990. Siehe daneben den ersten Teil der Geschichte der Arbeiterbewegung 1918-1933 von Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1984.

17 Siehe Jürgen Jenko: Die Bergarbeiterschaft und der Aufstieg des Anarcho-Syndikalismus im Ruhrgebiet bis 1919, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen (Bochum) 38/2008, S. 7-26; Karl-Friedrich Gesau: Syndikalismus in der Ruhrbergarbeiterschaft zu Beginn der Weimarer Republik 1918-1925, Münster 1985; Andreas Müller: Aufbruch in neue Zeiten. Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mengede in der Frühphase der Weimarer Republik, in: Bochumer Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 9, Bochum 1987, S. 121-154.

18 Siehe Tenfelde, Schichtung; Ders.: Zur Sozialgeschichte der Arbeiterbewegungen im Ruhrgebiet 1918 bis 1933, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 2: Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Wuppertal 1984, S. 333-348.

19 Siehe Tenfelde, Schichtung, S. 210. Siehe auch Ders., Arbeiterbewegung, S. 339.

Wenn im Folgenden die Ruhrgebietsentwicklung ausschließlich während der unmittelbaren Revolutionsphase zwischen November 1918 und April 1920 untersucht wird, ist damit zugleich gesagt, dass der Untersuchungsgegenstand nicht in seiner ganzen Tiefe durchleuchtet werden kann.

Radikalisierungsschübe in der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets 1918-1920

Der Umsturz im Ruhrgebiet wurde wie im übrigen Deutschen Reich von Soldaten ausgelöst. Zwischen 7. und 9. November 1918 initiierten Kieler Marinesoldaten, die vom Militärstützpunkt Köln gekommen waren, die Bildung lokaler Arbeiter- und Soldatenräte in den Revierstädten. Obgleich die Räte im Ruhrgebiet mit klassenkämpferischen Worten die vollständige Übernahme der politischen Gewalt beanspruchten, verlief der Umsturz in den Städten relativ ruhig. Die Räte waren mehrheitlich von Sozialdemokraten besetzt, daher antibolschewistisch eingestellt und entwickelten nur in Maßen politische Initiativen. Stattdessen waren ihre Aktivitäten in erster Linie auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Sicherung der Lebensmittelversorgung gerichtet. Dies geht aus den überlieferten Aufrufen verschiedener Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrgebiets hervor.²¹ An zweiter Stelle stand der Kampf gegen das Wiedererstarken monarchischer Kräfte in der Armee. Damit sollte die Übergangsherrschaft des Rates der Volksbeauftragten stabilisiert werden, der frühzeitig die Weichen für die parlamentarische Republik und die Überwindung der Revolution stellte. Im Zeichen eines reformistischen Kurses suchten die Räte die Kooperation mit den kaiserlichen Verwaltungsbeamten in den Stadtverwaltungen und Bezirksregierungen.²² Der Blick auf das Ruhrgebiet macht somit deutlich, dass das „demokratische Potenzial“ der Rätebewegung für einen wahrhaft politischen Neuanfang nicht überschätzt werden darf, wie in der Forschung der 1960er und 70er Jahre bisweilen geschehen.²³ Die spontan gebildeten Räte waren zwar Träger des Umbruchs in der ersten Revolutionsphase und wirkten etwa durch die Niederwerfung linksextremer Gewalttaten auf die Durchsetzung demokratischer Verhältnisse hin, gleichwohl ist ihr Stellenwert für einen fundamentalen Umbau der politischen Ordnung inklusive eines umfassenden Elitenwechsels zu relativieren.²⁴

Auch schon während der ersten Revolutionsphase waren im Ruhrgebiet vereinzelt Auseinandersetzungen aufgeflackert. Doch erst um den Jahreswechsel 1918/19 formierte sich eine – durch die politische Revolution vom November 1918 angestachelte – soziale Protestbewegung, die sich in massiven Ausschrei-

20 Siehe Abelshäuser/Himmelman, *Revolution*; Tenfelde, *Arbeiterbewegung*, S. 344.

21 Siehe Aufruf des Recklinghäuser Arbeiter- und Soldatenrats vom 9. November 1918 und Erklärung desselben vom gleichen Tag, in: Bogdal, *Rote Fahnen*, S. 13 u. 14.

22 Siehe Abelshäuser, *Umsturz*, S. XIII-XXI.

23 Siehe Rürup, *Einleitung*; Oertzen, *Ruhrbergarbeiterschaft*.

24 Siehe Wirsching, *Weimarer Republik*, S. 53.

tungen, Generalstreiks und bürgerkriegsähnlichen Kämpfen artikulierte. Einen frühen Kristallisationspunkt der Proteste bildeten Streikaktionen von Bergleuten in Duisburg-Hamborn vom Dezember 1918, die sich unter maßgeblichem Einfluss einzelner Vertreter der syndikalistischen „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (FVdG) in kürzester Zeit auf das westliche Ruhrgebiet ausweiteten.²⁵ Der lokal und betrieblich akzentuierte Anarcho-Syndikalismus konnte im Ruhrgebiet an syndikalistische Traditionen aus der Vorkriegszeit anknüpfen und gerade in Regionen wie Hamborn, die eine zügig wachsende, junge und hoch mobile Arbeiterbevölkerung sowie ein geringes Maß an sozialer Integration aufwiesen, reüssieren.²⁶ Mit den Forderungen nach kürzeren Arbeitszeiten und höheren Löhnen vermengte sich in Hamborn der Ruf nach Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Die Streikwelle erfasste am 17. Dezember über 28.000 Bergarbeiter und erlahmte erst Anfang Januar 1919.²⁷

Vor dem Hintergrund der Hamborner Streikbewegung und der Verhärtung der Frontlinien zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen Sozialisten auf Reichsebene infolge des Auszugs der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten im Dezember 1918 und des Arbeiteraufstands in Berlin im Januar 1919 weitete sich die Proteststimmung im Ruhrgebiet aus und gipfelte im Februar in einer exzeptionellen Massenstreikbewegung.

Die Bewegung, die massenhaft Zulauf erhielt und sich zunehmend radikalisierte, riss sowohl die Arbeiter- und Soldatenräte als auch die sozialistischen Arbeiterparteien mit sich. Zwar waren die Bemühungen von KPD- und USPD-Vertretern sowie syndikalistischen Gruppen, Einfluss auf lokale und regionale Räteorganisationen zu gewinnen, vor dem Hintergrund einer allgemeinen „Linksschwenkung“ in der Arbeiterschaft in zunehmenden Maße von Erfolg gekrönt – drangen sie doch darauf, dem politischen Umsturz nunmehr die sozialistische Revolution folgen zu lassen. Aber im Grunde wurde die „Flutwelle“ bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen und Massenstreiks in der zweiten Revolutionsphase weder von den Arbeiter- und Soldatenräten noch von den sozialistischen Parteien getragen. Vielmehr ging die „Initiative zur Zweiten Welle der Revolution (...) spontan von den Arbeitermassen selbst aus“.²⁸

Die Rätebewegung sowie die erstarkenden linkssozialistischen und syndikalistischen Strömungen erfuhren ihre regionalspezifische Dynamik *zum einen* dadurch, dass sie an sozialgeschichtlich bedeutsame Strukturen des Kohlenbergbaus und der schwerindustriellen Arbeiterklasse des Ruhrgebiets anknüpfen konnten. Insbesondere die „strukturelle Analogie“ der Räteidee zu den Traditionen der direktdemokratischen Belegschaftsartikulation und teilautonomen Arbeitsformen im Bergbau mobilisierte die dort tätigen Arbeiter. Von den Hamborner Protesten

25 Siehe Mommsen, Bergarbeiterbewegung, S. 289f.; Jenko, Anarcho-SyndikalismusS.

26 Siehe ebenda; Erhard, Ursachen; Lucas/Tedesco, Bergarbeiterbewegung.

27 Siehe Winkler, Revolution, S. 159-167; Lucas, 9. November; Lucas/Del Tedesco, Hamborn.

28 Mommsen, Revolution, S. 369f. (Zitat), 374f. In diesem Sinne auch Tenfelde, Schichtung, S. 10-213.

strahlte der Gedanke der direkt-demokratischen Willensbildung insofern aus, als es im Frühjahr 1919 auf zahlreichen Zechen zur Etablierung einer von der Ortskameradschaft über das Steigerrevier und den Zechenrat reichenden „Basisdemokratie“ kam, die vielfach die Keimformen für überregionale Räteorganisationen bildeten. Die Bergleute setzten in besonderem Maße auf Bewegung und spontane Aktion.²⁹ *Zum anderen* konnte sich das revolutionäre Protestpotenzial aufgrund spezifischer demographischer Faktoren des Ruhrgebiets erfolgreich entfalten. Denn die im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung explosiv gewachsene Bevölkerung an der Ruhr zeichnete sich gegenüber dem übrigen Deutschen Reich bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein nicht nur durch eine starke Zuwanderung aus, sondern auch durch eine damit verbundene, weil importierte, höhere Geburtenrate und einen entsprechend hohen Anteil Jugendlicher und junger Erwachsener. Zuwanderer und junge Arbeiter bildeten wirkungsmächtige Trägergruppen der Proteste zwischen 1918 und 1920: Beide waren nur in geringem Maße politisch sozialisiert worden und suchten weniger den Anschluss an etablierte Politikformen und Verbändedemokratie, wie sie die etablierten Arbeiterorganisationen repräsentierten, sondern orientierten sich vielmehr an antibürokratischen und spontanen Aktionsformen.³⁰ Die revolutionären Protestbewegungen fanden mithin in besonderen regionalen, sozialgeschichtlichen Faktoren „Anknüpfungspunkte“. Diese allein erklären aber noch nicht hinreichend die Intensität der 1918/19 ausbrechenden Radikalisierungsschübe, die des revolutionären Impulses bedurften.

Dabei speiste sich der Protest aus einer vielschichtigen und diffusen Gemengelage politischer, wirtschaftlicher und sozialer Motive: *Erstens* aus der grassierenden Enttäuschung über den bisherigen Verlauf der Revolution „in Berlin“, vor allem über die schwerwiegenden Kompromisse des Rates der Volksbeauftragten mit den traditionellen Gewalten in Bürokratie, Unternehmerschaft und Militär, die mit den im Krieg aufgebauten Erwartungshaltungen an einen politischen und sozialen Umbau der bestehenden Ordnung kollidierten.³¹ Die Mehrheitssozialdemokratie schien sich von grundlegenden programmatischen Zielsetzungen der Arbeiterbewegung zu entfernen. Die revolutionäre Wut und Verbitterung traf daher in erster Linie die etablierten Arbeiterorganisationen vor Ort und führte im sozialdemokratisch geprägten Alten Verband zu heftigen innerorganisatorischen Konflikten und massenhaften Austritten jüngerer Bergarbeiter.³²

Eine *zweite* Triebfeder waren grundlegende materielle Problemlagen, die an die industrielle Lebens- und Existenzweise der großen Mehrheit der Ruhrgebietsbevölkerung gekoppelt waren und von der kriegs- und nachkriegsbedingten Nahrungsmittelknappheit wie auch der Inflation und der Demobilmachung noch ver-

29 Siehe Lucas, Ursachen; Tenfelde, Schichtung, S. 210-212; Tenfelde, Arbeiterbewegung, S. 338f.

30 Siehe Tenfelde, Arbeiterbewegung, S. 335-338.

31 Siehe Martiny, Arbeiterbewegung, S. 242f.; Tenfelde, Arbeiterbewegung, S. 338; Rürup, Einleitung, S. 9-11; Tampke, The Ruhr and Revolution; Wirsching, Revolution, S. 8.

32 Siehe Tenfelde, Schichtung, S. 211f.

stärkt wurden. Bereits im so genannten Steckrübenwinter 1916/17 war es in Essen zu Hungerunruhen und Streiks gekommen, an denen gut 20.000 Bergleute teilgenommen hatten. Mit der Revolution schien die Zeit nunmehr reif für den Ausgleich der im Krieg erbrachten Entbehrungen.³³ Daher waren die revolutionären Postulate vielfach mit der Forderung nach verbesserten Lohn- und Existenzbedingungen verzahnt. Gerade im Schlagwort der Sozialisierung des Kohlenbergbaus verdichtete sich das Streben der Bergleute nach Überwindung sozialer Not und restriktiver Arbeitsbedingungen aus der Zeit des Weltkriegs; es entsprang weniger dem theoretischen Entwurf eines gesamtgesellschaftlichen Umbaus, denn vielmehr dem mental tief verankerten „Verlangen nach Humanisierung und Respektierung der bergmännischen Arbeit“.³⁴ Sozialisierung, darauf hat die Forschung hingewiesen, wurde im Frühjahr 1919 vielfach zu einem Symbol für die angestrebte Verbesserung der sozialen Lage und die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz.³⁵

Schubkraft erhielt die Protestbewegung *drittens* durch die Kritik der Soldatenräte an der Militärpolitik des Rates der Volksbeauftragten, die konterrevolutionären Kräften in der Armee uneingeschränkte Handlungsspielräume einzuräumen schien.³⁶ Und die blutigen Gewalttaten der Freikorps und Reichswehrtruppen gegen Sicherheitswehren dürften die Verbitterung vertieft haben. Zumal deutlich wurde, dass das Militär ungeachtet des politischen Umsturzes weiterhin einen gravierenden innenpolitischen Machtfaktor darstellte. Im Ganzen dürfte es in Anlehnung an Andreas Wirsching nicht ganz falsch sein anzunehmen, dass die erfahrungsgeschichtlich greifbare „Diskrepanz zwischen Revolutionserwartung und Revolutionsabkehr“ ausschlaggebend für das hohe Ausmaß der politischen Polarisierung war, die das Ruhrgebiet in den Jahren 1919 und 1920 prägen sollte.³⁷

Die Proteste waren zugleich Ursache, Begleitfaktor und Ergebnis tief greifender Radikalisierungsschübe in der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets, mit denen die sozialistischen Parteien weitgehend unvorbereitet konfrontiert waren. Die Generalstreiks vom Frühjahr 1919, die Sozialisierungsdebatte, der Aufstieg des Anarcho-Syndikalismus und der „Ruhrkampf“ vom März/April 1920 waren Kristallisationspunkte der Protestbewegungen, die es im Folgenden zu untersuchen gilt.

33 Siehe Wirsching, Weimarer Republik, S. 54.

34 Abelshäuser, Umsturz, S. XXIII.

35 Siehe ebenda; Mommsen, Bergarbeiterbewegung, S. 290-295; Mommsen, Revolution, S. 375-383, 389f.

36 Siehe Mommsen, Revolution, S. 370.

37 Andreas Wirsching: Die paradoxe Revolution 1918/19, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 50-51/2008, S. 9f.

Die Streikbewegung vom Frühjahr 1919

Parallel zu Streikbewegungen im sächsisch-thüringischen Industrieviertel weitete sich die Proteststimmung im Ruhrgebiet während des Februar 1919 aus und gipfelte in zwei Generalstreiks, die mit massivsten Ausschreitungen und bürgerkriegsähnlichen Kämpfen verbunden waren. Ein Großteil der Arbeiterschaft begehrte gegen die Machtverhältnisse auf, „deren Veränderung sie seit dem Revolutionsbeginn erhofft hatten“, so dass sich innerhalb kürzester Zeit eine politisch hochexplosive Stimmung in der Region breit machte.³⁹ Örtliche Vertreter der FVdG und der um die Jahreswende 1918/19 gegründeten KPD erkannten in der zunehmenden Unruhe der Arbeiterschaft einen Hebel zur Aufwertung der eigenen Machtpositionen, so dass sie sich vielfach, gerade in den Hochburgen des östlichen Ruhrgebiets, an die Spitze lokaler Arbeiter- und Soldatenräte stellten. Erst in diesem Zeitraum entfaltete die sozialistisch-utopistische Räteidee in der schwerindustriellen Ballungsregion an der Ruhr ihre gewaltige sozialpsychologische Anziehungskraft, die zum erstrebenswerten Gegenentwurf zu den scheinbar unveränderten gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen avancierte. Schien sie doch dem unmittelbaren „Volkswillen“ der revoltierenden Massen Ausdruck zu verleihen.⁴⁰

Auslöser des Generalstreiks war die Absetzung des Münsteraner Generalsoldatenrates am 11. Februar 1919 durch Reichswehrgeneral Oskar von Watter. Der Soldatenrat, der die Kommandogewalt im Bereich des VII. Armee Korps – zu dem das Ruhrgebiet gehörte – beanspruchte, war der Obersten Heeresleitung ein Dorn im Auge gewesen. Die Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrgebiets betrachteten diesen Schritt als einen Angriff auf die eigene Position und reagierten mit der Androhung des Generalstreiks zum 18. Februar, worüber eine Revierkonferenz befinden sollte. In diesem Zeitfenster rissen nun Arbeiter- und Soldatenräte aus dem Mülheimer Raum, die von Syndikalisten und Kommunisten dominiert waren, das Heft des Handelns an sich, indem sie am 16. Februar – gegen den Widerstand von SPD-Vertretern und des Alten Verbandes – den Generalstreik ausriefen.⁴¹ Der Alte Verband rief in seinem Organ, der „Bergarbeiter-Zeitung“, zur Mäßigung auf. Er warnte, der von „unverantwortlichen spartakistischen Elementen“ initiierte Streik würde das wirtschaftliche Leben, „welches ohnehin vor dem Zusammenbruch steht“, vollends zerstören, „unermäßliche Not, Hunger und Elend“ würden um sich greifen. Damit nicht genug, die Reichsregierung wurde sogar „im Auftrag des überwiegenden großen Teils der Belegschaften“ aufgefordert, „unverzüglich

38 Siehe Mommsen, *Revolution*, S. 375.

39 Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, S. 399.

40 Siehe Abelshäuser, *Umsturz*, S. XX; Mommsen, *Revolution*, S. 370, 376f.; Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, S. 400.

41 Siehe den Artikel „Warum sind wir gegen den Generalstreik?“ des Sozialdemokraten und Mitglieds des Essener Arbeiter- und Soldatenrats, Heinrich Limbertz, in der Essener Arbeiterzeitung vom 19.2.1919, in: Abelshäuser/Himmelman, *Revolution*, S. 59-61.

die geeigneten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ zu ergreifen.⁴² Doch in den folgenden Tagen befanden sich über 180.000 Bergleute im Ausstand – allein die große Masse war Symptom für das hohe Ausmaß der Entfremdung zwischen Verbandsführung und der Mitgliedschaft zu diesem Zeitpunkt.⁴³

Die nach dem Novemberumsturz in fast allen Städten des Ruhrgebiets gebildeten Arbeiter-Sicherheitswehren lieferten sich blutige Kämpfe mit dem Freikorps Lichtschlag, das am 14./15. Februar in Hervest-Dorsten einmarschiert war.⁴⁴ Die militärischen Überreaktionen der Freikorps unter dem sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske verursachten eine zunehmende Militanz und wechselseitigen Hass. Die Unruhen wurden schließlich mit brutaler Gewalt von Freikorps und regulären Truppen am 23./24. Februar niedergeschlagen.⁴⁵

Aber schon kurze Zeit später, Ende März, löste das Aufeinandertreffen von Arbeitern und Polizei am 24. und 25. März in Witten neue Proteste aus, die vor dem Hintergrund der Streikbewegungen in Berlin, Sachsen und Thüringen und der nur schleppend vorankommenden Sozialisierungsdebatte in einen zweiten Generalstreik mündeten. Dieser wurde von einer von USPD und KPD dominierten Schachtdelegiertenkonferenz am 30. März ausgerufen. An die Streikerklärung knüpften die Delegierten die Forderung nach Einführung der Sechsstundenschicht und 25-prozentiger Lohnerhöhung, auch forderten sie den Austritt aus den Gewerkschaften und die Gründung einer „Allgemeinen Bergarbeiterunion“, die der Räteidee verpflichtet sein sollte. Die Sechsstundenschicht war für die Bergleute insofern bedeutsam, als sie dadurch Benachteiligungen gegenüber anderen Branchen, etwa der Stahlindustrie, ausgleichen wollten. Hatten sie doch in ungleich geringerem Maße von dem Achtstundentag profitiert, der im Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918 vereinbart wurde und ihnen nur eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde einbrachte.⁴⁶

Trotz des von der Regierung verhängten Ausnahmezustands beteiligten sich seit dem 4. April 345.000, später über 400.000 Bergleute an dem Ausstand, der somit weit über die linksradikale Strömung in der Arbeiterschaft ausgriff und auch Anhänger der gemäßigten Arbeiterorganisationen erfasste.⁴⁷ Die Streiks waren ungleich heftiger als die vorangegangenen Protestaktionen und setzten die Reichsregierung unter Philipp Scheidemann (SPD) unter Handlungsdruck. Da aus ihrer Sicht die Industrieregion in Chaos und Gewalt unterzugehen und der Republik der wirtschaftliche Ruin drohte, griff die Regierung zu einem Bündel differenzierter

42 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 9 vom 1.3.1919, S. 1.

43 Siehe Mommsen, *Bergarbeiterbewegung*, S. 293.

44 Siehe Bogdal, *Rote Fahnen*, S. 62-93.

45 Siehe Abelshauser, *Umsturz*, S. XX; Rürup, *Einleitung*, S. 27f.; Bogdal, *Rote Fahnen*, S. 108-110; Winkler, *Revolution*, S. 169f.

46 Siehe Abelshauser, *Umsturz*, S. XXXV.

47 Die erste Angabe ist der Streikerklärung der Essener Neunerkommission vom 4.4.1919 entnommen, in: Bogdal, *Rote Fahnen*, S. 99. Die zweite Angabe nach Mommsen, *Bergarbeiterbewegung*, S. 294.

Maßnahmen und entsandte den ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär und Reichstagsabgeordneten Carl Severing als Reichskommissar in das Ruhrgebiet. Mit einer Mischung aus militärischer Härte sowie politischem Verhandlungsgeschick und der avisierten Verbesserung der Lebensmittelsituation konnte dieser schließlich bis zum 28. April auf ein Ende des Generalstreiks hinwirken.⁴⁸

Durch die Ruhrstreiks vom Frühjahr 1919 wurden heftige Auseinandersetzungen, wie sie deutschlandweit geführt wurden, fortgesetzt, auch wenn das quantitative Ausmaß das der Streiks in Sachsen und Thüringen oder Berlin deutlich übertroffen hatte.⁴⁹ Zur Niederschlagung der Streiks durch Freikorps und Reichwehrtruppen sah sich die Reichsregierung veranlasst, da ihrer Überzeugung nach die Revolution mit der Konstituierung der Nationalversammlung am 6. Februar zu ihrem Abschluss gekommen war. Der Regierung, aber auch der Führung des Alten Verbandes fehlte die grundlegende Einsicht in die Triebkräfte des Protestes; stattdessen wurde die Streikbewegung vielfach als „rebellische Aktionen von durch Spartakisten und sonstige radikale Elemente irreführten Arbeitermassen“ wahrgenommen, die den „wahren Interessen“ der von der MSPD repräsentierten Arbeiterbewegung zuwiderlaufen würden.⁵⁰

Die Sozialisierungsdebatte und die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

Die Forderung nach Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaus bündelte und dynamisierte die Protestbewegung vom Frühjahr 1919.⁵¹ Dass sich die hochfliegenden und zugleich diffusen Erwartungen der Arbeiterschaft an einen gesellschaftlichen Wandel und die Verbesserung der eigenen Lage gerade im Schlagwort der Sozialisierung symbolisch verdichteten, mag auch daran gelegen haben, dass die bekannte Programmatik der sozialistischen Arbeiterbewegung ein Ende der Entfremdung, die Selbstbestimmung und die materielle Besserstellung projizierte, wenn nur die Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt seien.⁵² Bereits im November 1918 hatten Arbeiter- und Soldatenräte der Industrieregion formuliert: „Das Ziel der Revolution ist, die Sozialisierung der Gesellschaft, die Überführung der Produktionsmittel aus den Händen weniger in den Besitz der Gesamtheit (...). Hierauf hat die heutige Macht mit allen Mitteln hinzuwirken, umso mehr als das revolutionäre Proletariat, die Masse des Volkes, die Herbeiführung dieses Ziels erwartet und stürmisch verlangt.“⁵³ Aber die Hoffnungen auf einen gesellschaftli-

48 Siehe Abelshäuser, Umsturz, S. XXf.; Rürup, Einleitung, S. 29; Bogdal, Rote Fahnen, S. 110-113; Winkler, Revolution, S. 173f.

49 Siehe Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 399.

50 Mommsen, Revolution, S. 386.

51 Siehe Mommsen, Bergarbeiterbewegung, S. 292.

52 Siehe Mommsen, Revolution, S. 375, 390.

53 Beschluss der Bezirkskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Bezirk Niederrhein vom 20.11.1918, zit. nach Abelshäuser, Umsturz, S. XXIII.

chen Wandel widersprachen der Wirtschaftspolitik des Rates der Volksbeauftragten, der ganz im Zeichen seiner „Politik der Risikovermeidung“⁵⁴ während der ersten Revolutionsphase vor massiven Eingriffen in das Wirtschaftsleben zurückgeschreckt war. Stattdessen wurde der raschen Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft Priorität eingeräumt und die Entscheidung über die künftige Wirtschaftsordnung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.⁵⁵ Die Übergangsregierung berief eine Sozialisierungskommission unter dem Vorsitz von Karl Kautsky ein, die mit Vertretern von MSPD und USPD und namhaften Wissenschaftlern besetzt wurde und erste Planungsschritte skizzieren sollte. Damit konnte gegenüber der eigenen Anhängerschaft der Anschein aufrecht erhalten werden, dass die Sozialisierung unmittelbar bevorstehe. Im Grunde war die Kommission jedoch nur ein Instrument, um die von der Mehrheitssozialdemokratie abgelehnte Sozialisierung auf die lange Bank zu schieben. Und als die Kommission schließlich im Februar mit Vorschlägen zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus an die Öffentlichkeit trat, wurden diese von den sozialdemokratischen Regierungsgliedern schlicht übergangen.⁵⁶

In ihrer Haltung wusste sich die MSPD-Spitze im Einverständnis mit der Führung der Freien Gewerkschaften und im Besonderen mit der Führung des Alten Verbandes. Die Gewerkschaften hatten schon am 15. November 1918 mit dem „Stinnes-Legien-Abkommen“ mit den Unternehmern die Zentralarbeitsgemeinschaft begründet. Das schlug ein neues Kapitel in der Geschichte der Arbeitsbeziehungen auf. Während den Arbeitgebern an der Verhinderung möglicher Sozialisierungen gelegen war, zielten die Gewerkschaften nach jahrzehntelangen Kämpfen im Zeichen des Klassenkampfes besonders auf die Anerkennung als legitime Vertretung der Arbeitnehmerschaft. Im Ergebnis einigte man sich auf den von der Arbeiterschaft seit langem geforderten Achtstundentag, Tarifverträge und die Einsetzung von Arbeiterausschüssen in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten. Der gewerkschaftspolitische Erfolg bedeutete aber zugleich die Bestätigung der geltenden Eigentumsverhältnisse, so dass „künftig jeder weitere Vorstoß zu einer Sozialisierung auf den überwiegenden Widerstand der Gewerkschaftsführungen“ stieß.⁵⁷

Die Sozialisierungsdebatte nahm im Januar 1919 an Fahrt zu. Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Rudolf Wissel plädierte für das in der Tradition des „Kriegssozialismus“ stehende Konzept der „Gemeinwirtschaft“ – ein „System von Wirtschaftsräumen (...), in denen Unternehmer und Gewerkschaften als Produzenten zusammen mit dem Handel und den Verbrauchern unter der Moderation des Staates die Kontrolle über die Produktionsmittel ausüben sollten“.⁵⁸ Damit

54 Rürup, Einleitung, S. 14.

55 Siehe Abelshauer, Umsturz, S. XXIII.

56 Siehe Winkler, Revolution, S. 191-193.

57 Wirsching, Weimarer Republik, S. 6f.

58 Abelshauer, Umsturz, S. XXIV.

sollten die Großunternehmen in einen korporativen Rahmen eingefasst und zugleich staatlicher Kontrolle unterworfen werden. Eine Änderung der Eigentumsverhältnisse, wie sie die Programmatik der Arbeiterbewegung nahelegte, war mit *dieser* Idee der Gemeinwirtschaft nicht vorgesehen. Dies hinderte *Wissel* dennoch nicht daran, das Modell unter dem Label des Sozialismus zu postulieren, was ein Schlaglicht auf die revolutionäre Containment-Politik von SPD und Gewerkschaften und die damit verbundene Umdeutung zentraler Begriffe aus der sozialistischen Programmatik der Arbeiterbewegung wirft.

Auch die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zielte weniger auf Revolution denn auf die evolutionäre Fortentwicklung des Bestehenden ab. Die Realisierung der sozialistischen Wirtschaftsordnung sollte nun nicht mehr auf dem Wege der Abschaffung der kapitalistischen Ordnung erreicht werden, sondern durch deren Demokratisierung. Damit korrespondierte die Transformation des marxistischen Vokabulars: „Sozialismus“ konnte in wirtschaftlicher Hinsicht nunmehr auch „Gemeinwirtschaft“ bedeuten.⁵⁹ In der „Bergarbeiter-Zeitung“ hieß es etwa im Februar 1919: „Das Ziel der wirtschaftlichen Revolution ist der Sozialismus, d. h. an die Stelle der privatkapitalistischen Güterherstellung und Warenverteilung (soll) die gemeine Wirtschaft (gesetzt werden), in der nicht mehr um des Profites willen, sondern von der Gesellschaft der Bedarf der Gesellschaft produziert wird.“⁶⁰ Vor dem Hintergrund der großen ideengeschichtlichen Tradition des Sozialisierungsprojekts blieb dieses Konzept der Gemeinwirtschaft entsprechend weit hinter den Erwartungen zahlreicher Sozialdemokraten und Gewerkschafter sowohl im Reich als auch im Ruhrgebiet zurück. Eine Mehrheit in den Arbeiterorganisationen hielt daher an der „Vollsozialisierung“ fest, worunter „sie die Enteignung der Produktionsmittelbesitzer zugunsten des Staates oder der Gesellschaft verstand“.⁶¹

Am wahrscheinlichsten war noch eine Einigung in der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Gerade die Ruhrzechen erschienen aufgrund der weitgehenden Kartellierung im Kontext des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats (RWKS) und der starken Stellung des preußischen Staates als Eigentümer zahlreicher Ruhrzechen für die Vergesellschaftung besonders geeignet.⁶² Nichtsdestotrotz bildete das Ruhrgebiet die Kulisse für die Verschleppung und das letztliche Scheitern eines grundlegenden Umbaus der Wirtschafts- und Sozialordnung während der Revolution.

Am 13. Januar 1919 forderte die „Neunerkommission“, ein mit Vertretern aus SPD, USPD und KPD paritätisch besetzter Ausschuss des Essener Arbeiter- und Soldatenrates, unter dem Druck der Streikbewegung die Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaus. Schon am 11. Januar waren die Verwaltungen des RWKS und des

59 Siehe Wirsching, Weimarer Republik, S. 5.

60 Bergarbeiter-Zeitung, Nr. 5 vom 1.2.1919, S. 1.

61 Abelshauer, Umsturz, S. XXIII.

62 „Sozialisierung des Bergbaus“, Bergarbeiter-Zeitung, Nr. 5 vom 1.2.1919, S. 1.

Bergbaulichen Vereins besetzt und mit dem Landrichter Ruben (MSPD) ein „Volkskommissar für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaus im Rheinisch-westfälischen Industriebezirk“ ernannt worden.⁶³ Diese „basissozialistische“ Initiative der drei Arbeiterparteien stellt den Versuch dar, die spontanen Streiks zur Stabilisierung der Produktion einzuhegen und das revolutionäre Protestpotenzial auf das politische Ziel Sozialisierung hin zu kanalisieren. So wird in der Erklärung des Essener Arbeiter- und Soldatenrates vom Januar 1919 den Streikenden vorgeworfen, sie würden „das Erreichte“ zerstören, dem Kapitalismus in die Hände spielen und langfristig dem Sozialismus Schaden zufügen.⁶⁴ Andererseits wollten die Parteien „nicht den Anschluß an eine offensichtlich mächtige Strömung in der Arbeiterschaft verlieren“.⁶⁵ Die streikenden Arbeitermassen erzwangen gewissermaßen die Einheit der drei Arbeiterparteien auf regionaler Ebene – trotz aller politisch-ideologischen Differenzen. Sie schien dem Sozialisierungsprojekt zunächst eine erhebliche Stoßkraft zu verleihen.

Das Essener Modell entsprach weniger einer Verstaatlichung als vielmehr der Konzeption einer umfassenden Betriebsautonomie mit syndikalistischem Einschlag, womit man sich dezidiert auf die basisdemokratischen Traditionsbestände und Organisationsformen im Bergbau bezog und sich damit im Einklang mit jahrzehntelang erhobenen Forderungen der Bergarbeiterschaft zu befinden glaubte. Es sah ein hierarchisch abgestuftes Räte-System für alle Zechen vor – vom Steigerrevier bis hinauf zum Zentralzechenrat –, in dessen Rahmen die Arbeiter direkt die Produktion und den Absatz der Kohle kontrollieren sollten.⁶⁶

Tatsächlich stellten sich die lokalen Gliederungen der Bergarbeitergewerkschaften hinter die Neunerkommission.⁶⁷ Doch gerade der Alte Verband fand in der politisch aufgeheizten Lage keine klare Positionierung in der Sozialisierungsfrage und scheiterte letztlich am „Widerspruch zwischen taktischem Eintreten für und entschiedener innerer Stellungnahme gegen die Sozialisierung“.⁶⁸

Freilich war dieser Vorstoß auf die Sanktionierung durch den Rat der Volksbeauftragten angewiesen. Doch dieser reagierte mit hinhaltendem Widerstand und zeigte in Verhandlungen am 17. Februar kaum Entgegenkommen. Stattdessen verlor sich die Reichsregierung in recht vagen Formulierungen, die auf erste Schritte zur Verankerung einer gemeinwirtschaftlichen Neuordnung hindeuteten. Des Weiteren ernannte sie drei „Sozialisierungskommissare“ – für den Staat den Geheimen Bergrat Arnold Rörig, für die Unternehmerseite den Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG Albert Vögler sowie den

63 Siehe Erklärung des Essener Arbeiter- und Soldatenrats zur Sozialisierung, in: Abelshäuser/Himmelmann, *Revolution*, S. 146-149. Siehe hierzu auch Abelshäuser, *Umsturz*, S. XXVf.; Winkler, *Revolution*, S. 160.

64 Siehe Erklärung des Essener Arbeiter- und Soldatenrats zur Sozialisierung, in: Abelshäuser/Himmelmann, *Revolution*, S. 148.

65 Winkler, *Revolution*, S. 166. Siehe auch Rürup, *Einleitung*, S. 24; Mommsen, *Bergarbeiterbewegung*, S. 292.

66 Siehe Erklärung des Essener Arbeiter- und Soldatenrats zur Sozialisierung, in: Abelshäuser/Himmelmann, *Revolution*, S. 147.

67 Siehe ebenda.

68 Abelshäuser, *Umsturz*, S. XXXV.

Führer des Alten Verbandes Otto Hue als Arbeitervertreter – und stellte die Implantierung von „Arbeiterausschüssen (Zechen- und Bergwerksräte)“ in Aussicht, deren Kompetenzen aber weit hinter dem Essener Rätemodell zurückbleiben sollten.⁶⁹ Die Nominierung eines Unternehmervertreters zum Sozialisierungskommissar unterstreicht in aller Deutlichkeit, dass die Regierung kein Interesse an der Sozialisierung hatte.

Der Vorschlag rief bei den Arbeiter- und Soldatenräten des Ruhrgebiets großen Unmut hervor, so dass eine Rätekonferenz am 6. Februar ultimativ an die Reichsregierung appellierte, die Neunerkommission bis zum 15. Februar anzuerkennen und das Räteystem zu legalisieren. Als sich dann die politische Lage im Ruhrgebiet infolge der Absetzung des Münsteraner Soldatenrates zuzuspitzen drohte, zeigte sich die Regierung in Maßen kompromissbereit, erkannte die Neunerkommission vorläufig an und erklärte sich bereit, die – freilich mit geringeren Rechten als von der Neunerkommission vorgesehenen – Betriebsräte zu sanktionieren.

Doch noch bevor eine auf den 18. Februar datierte Rätekonferenz über die Verhandlungen befinden konnte, erging am 16. Februar der Streikaufruf der kommunistischen und syndikalistischen Mülheimer Arbeiter. Damit brach der von den Arbeitermassen improvisierte Konsens zwischen den regionalen Gliederungen der Arbeiterparteien in der Sozialisierungsfrage auf.⁷⁰ Auf der einen Seite traten die örtlichen MSPD-Vertreter nicht zuletzt aus Loyalität gegenüber der sozialdemokratischen Reichsregierung aus der Neunerkommission aus und sprachen sich gegen den Generalstreik aus. Auf der anderen Seite erhielten die radikalen Kräfte, Syndikalisten und Kommunisten, erheblichen Auftrieb. Vielfach wurde die Sozialisierungspareole hier, wie Abelshäuser betont, ohnehin als Vehikel für den Kampf gegen die Republik und das Weitertreiben der Revolution genutzt.⁷¹ Doch die „Dynamik der Sozialisierungsbewegung, die auf der Einheit von Rätebewegung und Arbeiterparteien beruht hatte, war gebrochen“.⁷²

Im März 1919 zog die Reichsregierung dann einen vorläufigen Schlussstrich unter die Sozialisierungsdebatte: Mit einem Sozialisierungs- und einem Kohlenwirtschaftsgesetz vom 13. und vom 23. März goss sie das Modell der Gemeinwirtschaft in Gesetzesform. Das Sozialisierungsgesetz räumte die Möglichkeit ein, Unternehmen, gerade „solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen“. Das Kohlenwirtschaftsgesetz sanktionierte die Zusammenführung der Syndikate des Kohlenbergbaus und unterstellte das RWKS einem Reichskohlenrat, der sich aus Arbeitnehmern, Unternehmern und Verbrauchern rekrutieren und wiederum dem Staat untergeordnet sein sollte. Damit blieben die Eigentumsverhältnisse im Ruhrkoh-

69 Siehe Abelshäuser, Umsturz, S. XXV-XXVII; Rürup, Einleitung, S. 26f.; Winkler, Revolution, S. 160, 166-168.

70 Siehe Abelshäuser, Umsturz, S. XXVII; Winkler, Revolution, S. 169f.

71 Siehe Abelshäuser, Umsturz, S. XXVI.

72 Rürup, Einleitung, S. 28f.

lenbergbau und der politische Einfluss der Unternehmer im Grunde unberührt. Gegen den Widerstand letztgenannter konnte der Kohlenrat auch nicht die ihm zugestandene Kontrolle der Preispolitik ausfüllen.⁷³

Welches waren nun die Gründe für das Scheitern der Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaus im Frühjahr 1919? *Erstens* entzog die politische Polarisierung im Industrieviertel dem basisdemokratischen Sozialisierungskonzept den Boden. *Zweitens* setzten nicht nur die mächtige Phalanx der Unternehmer des Ruhrgebiets, sondern auch die Vorstände der Freien Gewerkschaften – inklusive der Führungsriege des Alten Verbandes – dem Projekt Widerstand entgegen. Sie verstanden sich im Zeichen des Stinnes-Legien-Abkommens zuallererst als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft. Die Vergesellschaftung von Industriesektoren lag außerhalb ihres politischen Entscheidungs- und Handlungshorizonts. Zudem räumten sie der Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften aus der ersten Revolutionsphase Priorität ein. Aus Sicht der Gewerkschafter, der MSPD-Spitze und der Reichsregierung sprachen *drittens* volkswirtschaftliche Gründe gegen die Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaus während des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Sie sahen durch das „Sozialisierungsexperiment“ das Ziel einer leistungsfähigen Ruhrkohlenwirtschaft in Gefahr, die als Schlüsselindustrie im ökonomischen Wiederaufbau betrachtet wurde. Neben die Furcht vor nicht zu überschauenden wirtschaftlichen und politischen Risiken trat *viertens* die Ahnung, verstaatlichtes Eigentum sei schutzlos den Reparationsforderungen der Alliierten ausgesetzt.⁷⁴

Der Aufschwung des Anarcho-Syndikalismus im Ruhrgebiet 1918 bis 1920

Zeitgleich mit den Protesten des Frühjahrs 1919 erfuhr der gewerkschaftlich getragene Anarcho-Syndikalismus eine Hochkonjunktur, er war sowohl treibende Kraft als auch Profiteur der Radikalisierungsschübe im Ruhrgebiet zwischen 1918 und 1920. Ausgehend von den Hamborner Streikaktionen vom Dezember 1918 wuchs sich der Syndikalismus im Ruhrgebiet rasch zu einer Massenbewegung aus, die mit den Generalstreiks und dem Ruhrkampf phasenhaft verschobene Kulminationspunkte erfuhr. Der auf politische Mäßigung und wirtschaftliche Konsolidierung bedachte Kurs der Freien Gewerkschaften und des Alten Verbandes führte im Frühjahr 1919 zu erheblichen Mitgliederverlusten und hinterließ im politisch polarisierten Ruhrgebiet erheblichen Manövrierraum für eine radikale Gewerkschaftsalternative, den die syndikalistische Bewegung unter dem Einfluss der Streiks, der Unruhen und Demonstrationen auszufüllen wusste. Dabei konnte sie an ältere syndikalistische Traditionen in der Gewerkschaftsbewegung und organi-

73 Siehe ebenda, S. XXVIII; Winkler, *Revolution*, S. 144f.

74 Siehe Abelshäuser, *Umsturz*, S. XXV, XXVIIIff.; Schönhoven, *Gewerkschaften*, S. 126-128; Winkler, *Revolution*, S. 196-198.

satorische Strukturen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg anknüpfen. Dem „kometenhaften Aufstieg“ der Bewegung folgte aber eine ebenso rasche Phase der Zerrüttung und Aufsplitterung.⁷⁵

Der revolutionäre Syndikalismus setzte auf direkte Aktion, stützte sich auf eine dezentrale Organisation in den Betrieben und postulierte mit sozialrevolutionärer Emphase den Umbau des Kapitalismus. Damit konnte er antibürokratische Impulse und die radikale Kritik am Verlauf der Revolution aus Teilen der Ruhrbergarbeiterschaft aufnehmen, wodurch die Region bis 1920 zu einer Hochburg der Bewegung avancierte. Die o.g. spezifischen sozialgeschichtlichen Strukturen des Bergbaus mit seinen „versammlungsdemokratischen Traditionen und ständischen Berufsvereinigungen“ ließ die Bergarbeiterschaft zur hauptsächlichen Trägergruppe des Anarcho-Syndikalismus werden.⁷⁶ Weitere Trägergruppen des Syndikalismus waren zweitens vom sozialen Abstieg bedrohte Handwerker gewesen, drittens der „Hamborner Typus“ des mobilen Arbeiters und viertens Arbeiter, die durch den Weltkrieg radikalisiert worden waren.

Nach dem Abflauen des zweiten Generalstreiks und der Zerschlagung der „Allgemeinen Bergarbeiter-Union“ gelang im September die Zusammenführung verschiedener syndikalistischer und linksextremer Strömungen in der „Freien Arbeiter-Union/Syndikalisten“, die den organisatorischen Kern der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)“ (FAUD) mit ihren über 110.000 Mitgliedern (Dezember 1919) bildete. Auch wenn die Syndikalisten noch einmal eine einflussreiche Rolle im Ruhrkampf spielen sollten, so zerfiel die Bewegung doch ziemlich rasch, nachdem die dritte Revolutionswelle im April 1920 ein Ende gefunden hatte und sich in den Folgejahren eine Periode relativer innenpolitischer Stabilität abzuzeichnen begann.

Für den Niedergang des Syndikalismus und die Entradikalisierung der Ruhrarbeiterschaft kann ein ganzes Bündel an Ursachen identifiziert werden: Neben exogenen Wirkungsfaktoren, wie der abnehmenden Kohäsionskraft proletarischer Milieuzusammenhänge in den 1920er Jahren, machten sich innerhalb der Bewegung Zerrüttungserscheinungen breit, die sich etwa in der Abspaltung parteikommunistisch orientierter Kräfte äußerten. Zweitens war die kulturelle Bindekraft der Bewegung durchgehend schwach geblieben, denn, wie Jenko betont, „spielte die Rezeption syndikalistischer Theorien (...) an der Basis offensichtlich eine allenfalls sekundäre oder sogar überhaupt keine Rolle“.⁷⁷ Drittens ging der fortschreitende Vertrauensverlust der Arbeiterorganisationen, spätestens mit der Abkehr vom Achtstundentag 1923 eingeleitet, auch zu Lasten der FAUD.

75 Siehe Abelshauer, Umsturz, S. XXXI-XXXIV; Jenko, Anarcho-Syndikalismus; Gesau, Syndikalismus; Schönhoven, Gewerkschaften, S. 128.

76 Siehe Jenko, Anarcho-Syndikalismus, S. 21-23; Tenfelde, Schichtung, S. 210-212.

77 Jenko, Anarcho-Syndikalismus, S. 18-20.

Der Ruhrkampf – März 1920

Nachdem die Proteste der Ruhrarbeiterschaft im April 1919 beendet worden waren, folgte eine Phase der Entspannung. Doch ein knappes Jahr später, im März 1920, entfachte ein weiteres Ereignis die dritte und letzte Revolutionswelle.

Als am Morgen des 13. März 1920 in Berlin die Regierung von den Militari-
sten unter der Führung des Generals Walther Freiherr von Lüttwitz gestürzt und
der ostpreußische Landschaftsdirektor Wolfgang Kapp zum neuen Reichskanzler
ausgerufen wurde, formierte sich rasch in den verschiedensten Regionen Deutsch-
lands der Widerstand gegen die neue Regierung. Vielerorts wurde der General-
streik ausgerufen, und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern
und dem auf der Seite der Putschisten stehenden Militär. Dabei gelang es den Ar-
beitern in manchen Städten – wie zum Beispiel in Stettin – das Militär zu über-
wältigen, zu entwaffnen und für unterschiedliche Zeit die umkämpfte Stadt oder
Region zu kontrollieren. Heftige Kämpfe gab es im Industriegebiet um Halle, in
der Mark Brandenburg, in Schlesien, in den Städten Frankfurt/Main, Kiel und
Harburg.⁷⁸ Allerdings endete diese Herrschaft der Arbeiter recht schnell, nachdem
sie von den Reichswehrtruppen niedergeschlagen wurde. Zum Verhängnis wurde
der spontan aufgekommenen Massenbewegung der Arbeiter die Unfähigkeit der
drei Arbeiterparteien, sich für die weiteren Ziele auf einen Weg zu einigen. Hinzu
kam die Unkenntnis der Akteure, wie mit der revolutionären Situation umzugehen
war, die einigen bestenfalls aus der Theorie bekannt war.

Auch an der Ruhr führte der so genannte Kapp-Lüttwitz-Putsch zu großer Auf-
regung. Innerhalb eines Monats sollte im Ruhrgebiet die letzte große Massenbe-
wegung entstehen, die mit ihrer „Wucht und Entschlossenheit“⁷⁹ die Ereignisse zu
Beginn der Revolution übertreffen sollte. Dabei spielte neben linken Strömungen,
wie den Syndikalisten, vor allem die USPD eine aktive Rolle. Die KPD griff erst
relativ spät ins Geschehen ein: Die Enttäuschung über das Verhalten und die
Politik der SPD/USPD aus dem vergangenen Jahr hinderte sie zunächst an einer
Zusammenarbeit. Dem aus den Freien Gewerkschaften im Juni/Juli 1919 hervor-
gegangenen *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund* (ADGB) und der SPD
lag indes eher daran, den aufkeimenden Aufstand einzudämmen.⁸⁰ Damit verfolgten
die etablierten Arbeiterorganisationen die gleiche Politik wie im Jahr zuvor.
Die Lage im Ruhrgebiet änderte sich täglich, ja fast stündlich (z. B. an der Front-
linie), und auch die Ziele sowie die Partner der Verhandlungen wechselten häu-
fig.⁸¹ Daher soll nun im Folgenden auf die Ereignisse eingegangen werden, die
für die Beendigung des Konflikts – der in der Historiographie als Ruhrkampf oder
Ruhraufstand bezeichnet wird – wesentlich waren. Zudem soll gezeigt werden,

78 Siehe Winkler, *Revolution*, S. 308.

79 Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, S. 403.

80 Siehe ebenda, S. 403.

81 Siehe Detlev J. K. Peukert, *Ausblick*, in: Johannes Gorlas/Detlev J. K. Peukert: *Ruhrkampf 1920*, Essen 1987, S. 109-113, hier 109.

dass die Dynamik der Massenbewegung aus dem Inneren der Arbeiterschaft entstanden war und nicht von den Parteien und Gewerkschaften vorgegeben wurde.

Als man im Revier von den Geschehnissen in Berlin am 13. März erfahren hatte, begann hier wie im ganzen Land der Generalstreik. Da am frühen Morgen bereits die Telefonleitungen nach Berlin durch den Generalstreik unterbrochen waren, konnten sich die Partei- und Gewerkschaftsinstanzen im Ruhrgebiet nicht mehr mit den Zentralen in Berlin über das weitere Vorgehen abstimmen. Doch schnell wurden, wie in anderen Regionen Deutschlands auch, in den Städten des Reviers Aktionsausschüsse gebildet, in denen Vertreter der drei Arbeiterparteien zusammenkamen. Auch gab es Konstellationen mit der im November 1918 gegründeten liberalen *Deutschen Demokratischen Partei* (DDP) oder ohne die SPD. Erkennbar war im Ruhrgebiet ein Ost-West-Gefälle, wie es sich bereits 1918/19 abgezeichnet hatte: Der Westen war radikaler als der Osten. Mülheim war die Hochburg der Syndikalisten, in Essen gab es eine große Anzahl von Kommunisten, und in Hagen dominierte die USPD.⁸³ Trotz ihrer unterschiedlichen politischen Positionen schafften sie es, diese für den Moment zu überwinden und sich solidarisch gegen den Militärputsch zu zeigen. In Gelsenkirchen organisierte die MSPD noch am Tag des Putsches eine Massendemonstration, an der Tausende von Arbeitern teilnahmen und auf deren Kundgebung Vertreter der drei Arbeiterparteien gemeinsam die Aktionen der Putschisten in Berlin verurteilten.⁸⁴

Die Arbeiter an der Ruhr sahen unter der Herrschaft einer Militärdiktatur vor allem die sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution von 1918 gefährdet. Um diese zu verteidigen, entwickelte sich eine Massenbewegung, die „zur größten proletarischen Erhebung der deutschen Geschichte, ja zum größten Aufstand seit dem Bauernkrieg von 1525“⁸⁵ werden sollte. Innerhalb der Arbeiterschaft hatte sich seit den Ereignissen vor 1¹/₂ Jahren eine Aversion gegen Uniformträger entwickelt, die als Reaktionäre angesehen wurden.⁸⁶ Im Raum Hagen war es bereits im Januar 1919 zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Militär gekommen.⁸⁷ Im Raum Wetter-Herdecke-Hagen eskalierte die Situation am 15. März 1920, und es kam zu ersten Kämpfen zwischen Arbeitern und den erneut ins Ruhrgebiet einrückenden Freikorps.⁸⁸ In Wetter blieben „von der ganzen Kompanie [Hasenclever] nur 18 Gefangene übrig“,⁸⁹ und der Sieg mobilisierte rund 1.500 weitere Arbeiter, die sich zunächst aus den Beständen der Werks- und Sicherheitswehren bewaffnet hatten und nun ihre Waffenbestände durch die der ge-

82 Siehe Lucas, Märzrevolution 1920, Bd.1, S. 120.

83 Siehe Winkler, Revolution, S. 326.

84 Siehe Goch, Arbeiterbewegung, S. 245.

85 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 403.

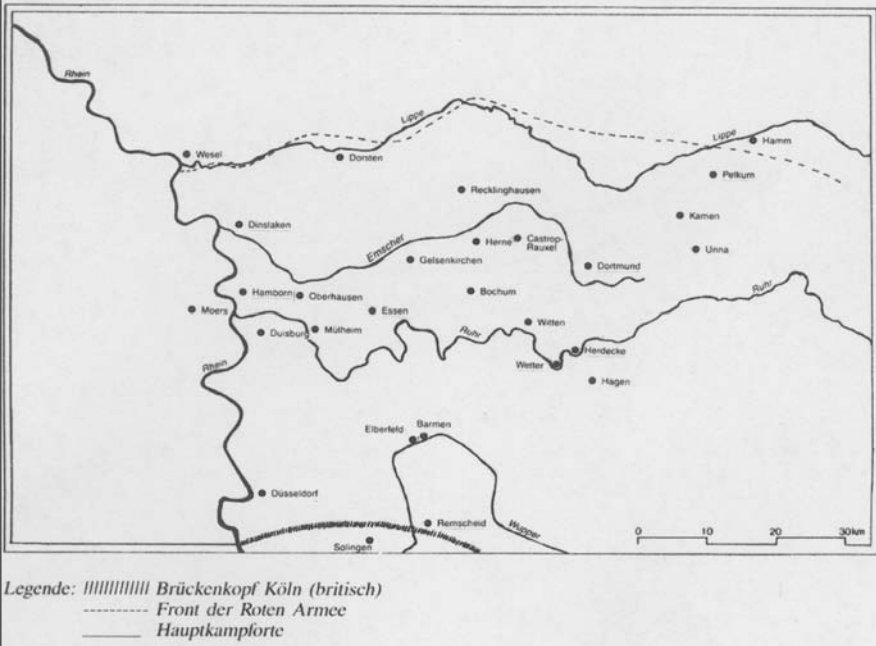
86 Siehe Goch, Arbeiterbewegung, S. 247f.

87 Siehe Abelshauer, Umsturz, S. XXXVIII.

88 Siehe Goch, Arbeiterbewegung, S. 248.

89 Siehe Proklamation der Zentralstreikleitung von Rheinland-Westfalen zur Befreiung des Industriereviers durch die Rote Armee, in: Arbeitereinheit rettet die Republik. Dokumente und Materialien zur Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920, Frankfurt/M. 1970, S. 129.

Das Operationsgebiet der „Roten Ruhr Armee“



Quelle: Abelshauser, Umsturz, S. XL.

schlagenen Freikorps und der versteckten Restbestände vergangener Kämpfe aus dem Jahr 1919 aufstocken konnten.⁹⁰ Zusätzliche Dynamik erhielt der Konflikt dadurch, dass mittlerweile rund 12 Millionen Arbeiter und Angestellte im ganzen Reich streikten.

Einen Tag später schlugen die Arbeiter die Verstärkung der Batterie Hasenclever – das Freikorps Lichtschlag – bei Dortmund-Aplerbeck in die Flucht.⁹¹ Die Kämpfe breiteten sich rasch über das ganze Ruhrgebiet aus. Acht Hundertschaften staatlicher Sicherheitspolizei (Sipo) und die Einwohnerwehr konnten nicht verhindern, dass Essen bald von den Arbeitern besetzt wurde. Heftige Kämpfe gab es auch um Remscheid, dem Stützpunkt des Freikorps Lützow. Die Stadt konnte nach 18 Stunden Kampf von den Arbeitern eingenommen werden.⁹² Getötet wurden bei diesem Kampf 21 Remscheider, unter denen sich auch fünf Unbeteiligte befanden, mindestens 16 Arbeiter und 58 Mann auf Seiten des Militärs.⁹³

90 Siehe Abelshauser, Umsturz, S. XXXVIII.

91 Siehe ebenda, S. XXXVIII.

92 Siehe ebenda.

93 Siehe Lucas, Märzrevolution 1920, Bd.1, S. 120.

Am 17. März floh Kapp mit seinen Männern aus Berlin. Nach vier Tagen war der Putsch beendet. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Arbeiterschaft den gesamten Staats-, Wirtschafts- und Verkehrsapparat lahmgelegt hatte. Auch die Weigerung der Ministerialbeamten, die Befehle der neuen Machthaber auszuführen, führte zum Scheitern von Kapp und Lüttwitz.⁹⁴ Doch das änderte nichts an der Tatsache, dass die Verhältnisse, die einen solchen Putsch erst möglich gemacht hatten, weiter bestanden. Daraufhin einigten sich ADGB, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA) und Deutscher Beamtenbund am 18. März auf eine Fortführung des Generalstreiks, bis die Regierung die von ihnen aufgestellten Forderungen erfüllte.⁹⁵ Diese waren in einem Neun-Punkte-Plan zusammengetragen und beinhalteten u. a. den Rücktritt von Gustav Noske und der preußischen Minister Rudolf Oeser (DDP) und Wolfgang Heine (SPD) sowie die Mitarbeit der drei Verbände bei der Umgestaltung der Verhältnisse. Die Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch Beteiligten und die Sozialisierung des Bergbaus gehörten ebenso zu den Forderungen. Nichtvertrauenswürdige Militärgruppen sollten entwaffnet und aufgelöst werden.⁹⁶

Das Ende der Kapp-Lüttwitz-Regierung schürte nun die Angst vor der Bedrohung von links und von rechts. Die Demokratie musste jetzt „um ihre Existenz nach zwei Fronten kämpfen“.⁹⁷ Dortmund war mittlerweile in den Händen der bewaffneten Arbeiter. Aus den lokalen Arbeiterwehren bildete sich nach erfolgreichen Kämpfen gegen die Freikorps die sogenannte Rote Ruhr Armee.⁹⁸ Dieser Zusammenschluss von Arbeitern ist zu diesem Zeitpunkt einzigartig. Trotz massiver Widerstände im ganzen Reich gegen die Kapp-Lüttwitz-Regierung gelang es lediglich den Arbeitern im Ruhrgebiet, eine solche Armee aufzustellen. Die bewaffneten Arbeiter ließen sich in zwei Gruppen unterscheiden. Zum einen gab es die Mitglieder der örtlichen Arbeiterwehren, die für Sicherheitsaufgaben zuständig waren. Die anderen wurden von den Zeitgenossen als „Rotgardisten“ bezeichnet und waren durch ein rotes Band oder Schleifchen erkennbar. Sie verfolgten das Militär und die Sipo von Ort zu Ort und forderten sie zum Kampf heraus.⁹⁹

Am Abend des 19. März 1920 sah der Kommandierende General des VII. Armeekorps in Münster, General von Watter, die Aussichtslosigkeit der weiteren Kämpfe der Reichwehrtruppen gegen die Arbeiter ein und befahl den Rückzug nach Wesel. Daraufhin kam es am Niederrhein zu schweren Straßenkämpfen zwischen den durchziehenden Militärtruppen und den Arbeitern.

94 Siehe Winkler, *Revolution*, S. 308.

95 Siehe Aufruf des ADGB, der AfA und des Deutschen Beamtenbundes vom 18.3.1920 zur Fortsetzung des Generalstreiks, in: *Arbeitereinheit*, S. 106. Siehe hierzu auch Winkler, *Revolution*, S. 309.

96 Siehe Neunpunkteprogramm des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes, in: *Arbeitereinheit*, S. 106. Siehe hierzu auch Winkler, *Revolution*, S. 310.

97 *Bergarbeiter-Zeitung*, Nr. 14 vom 3.4.1920, S. 1.

98 Die zeitgenössische Bezeichnung lautete „Rote Armee“. Jedoch soll hier die Bezeichnung „Rote Ruhr Armee“ gebraucht werden, um sie von der sowjetischen Roten Armee zu unterscheiden.

99 Siehe Lucas, *Märzrevolution 1920*, Bd. 2, S. 63.

Einen Tag später, am 20. März – eine Woche nach dem Putsch in Berlin – beherrschten die Arbeiter das ganze Ruhrgebiet. Diese Tatsache förderte jetzt die Annäherung zwischen der in Berlin regierenden SPD und dem gerade noch putschfreudigen Militär, da die inzwischen wieder eingesetzte Regierung diesen Umstand auf keinen Fall hinnehmen wollte. Die Herrschaft der Roten Ruhr Armee im Ruhrgebiet stellte – rein rechtlich gesehen – einen Aufstand gegen die legitime Staatsgewalt dar, die es zu beseitigen galt.¹⁰⁰

Nach Verhandlungen am 19./20. März mit der Reichsregierung wurden die gewerkschaftlichen Forderungen des Neun-Punkte-Plans angenommen, was einen Abbruch des Generalstreiks zur Folge gehabt hätte. Gegen einen Abbruch des Generalstreiks war jedoch die in Berlin am Tag des Putsches gebildete Zentralstreikleitung von Groß-Berlin (Zusammenschluss von USPD und KPD). Sie beschloss die Weiterführung des Generalstreiks und verkündete diese Entscheidung in 22 öffentlichen Versammlungen.¹⁰¹ Auf einer Versammlung in Hagen verhandelten 145 Delegierte über den Fortgang der Aktionen. Sie forderten ein Ende der Truppenbewegung der Reichswehr, um die Arbeiter zu schützen. Währenddessen wurden in Marl bereits Verteidigungsstellungen gegen die Reichswehr angelegt.

Am 22. März blieben die Arbeiter noch immer der Arbeit fern.¹⁰² Der ADGB, der AfA, die Berliner Gewerkschaftskommission, die SPD und die USPD bemühten sich um die Beendigung des Generalstreiks am 23. März, falls die Regierung auf weitere Forderungen einging. General von Watter forderte währenddessen weitere Truppen zur Verstärkung gegen die Rote Ruhr Armee an.

In Bielefeld begannen am 23. März Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung, der SPD, USPD und KPD unter der Leitung des Reichskommissars Severing über das Abrüsten der Roten Ruhr Armee und die kontrollierte Waffenabgabe. Daraus ging einen Tag später das „Bielefelder Abkommen“ hervor, das im Wesentlichen die Punkte wiederholte, worauf sich vor vier Tagen bereits die Gewerkschaften und die Mehrheitssozialdemokraten geeinigt hatten.¹⁰³ Beschlossen wurden darüber hinaus der Abbruch des Generalstreiks, die Waffenabgabe, die Bildung und Zusammensetzung von Ortswehren, die Aufhebung des Ausnahmezustandes, das Verbot des Einrückens der Reichswehr ins Ruhrgebiet, die Freilassung der Gefangenen bis zum 27. März, die Regelungen zur Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten sowie die Straffreiheit für die Kämpfer der Roten Ruhr Armee.¹⁰⁴ Sollten diese Vereinbarungen eingehalten werden, würde die Reichswehr nicht ins rheinisch-westfälische Industriegebiet einrücken.¹⁰⁵ Die USPD und die Hagener Zentrale standen hinter den Bielefelder Vereinbarungen,

100 Siehe Winkler, *Revolution*, S. 325.

101 Siehe Lucas, *Märzrevolution 1920*, Bd. 2, S. 124.

102 Siehe ebenda, S. 127.

103 Siehe Winkler, *Revolution*, S. 328.

104 Siehe Vereinbarungen über den Abbruch der Kämpfe im Ruhrgebiet, beschlossen am 24. März 1920 in Bielefeld (Bielefelder Abkommen), in: *Arbeitereinheit*, S. 131-134.

105 Siehe Winkler, *Revolution*, S. 328-330.

während die KPD und der Essener Zentralrat neue Verhandlungen forderten. Die syndikalistischen Mülheimer und Hamborner lehnten die Konferenz wie die Kampfleitung der Roten Ruhr Armee ab, und letztere begann noch während der Verhandlungen mit einem Artillerieangriff auf Wesel. Die von der Regierung durch das „Bielefelder Abkommen“ erhoffte Spaltung der Arbeiterschaft trat ein.¹⁰⁶ Am 25. März fand in Essen eine Konferenz der Vertreter der Vollzugsräte bzw. Aktionsausschüsse mit Vertretern aller Parteien statt, die sich für ein Ende der Kämpfe aussprachen. Doch nicht alle waren für einen Abbruch der Kämpfe. Die syndikalistischen Mülheimer z. B. sahen in dem „Bielefelder Abkommen“ die Revolution verraten und zogen sich von der Konferenz zurück.¹⁰⁷ Die Kampfleiter an der Lippefront warnten vor den Rachegelüsten der Reichswehr. In einem Flugblatt vom 26. März gab die Rote Ruhr Armee die Parole heraus: „Jetzt oder nie! [...] Vor dem Sieg gibt es keinen von der Futterkrippenpolitik diktierten Waffenstillstand und Frieden.“¹⁰⁸ Die Regierung sollte das „Bielefelder Abkommen“ zunächst garantieren, bevor die Kämpfe seitens der Arbeiter eingestellt würden. Hier traten die unterschiedlichen politischen Positionen der verschiedenen zusammengesetzten Aktionsausschüsse zu Tage, die im weiteren Verlauf des Ruhrkampfes die einst spontan, über Parteigrenzen hinaus, zusammengesetzte Massenbewegung sprengen sollten.¹⁰⁹

Der Zentralrat der Vollzugsräte forderte am 28. März neben einem erneuten Aufruf zum Generalstreik die Fortsetzung der Kämpfe bis zur Zusage der Reichsregierung für das Waffenstillstandsgebot des Bielefelder Abkommens. Aufgrund der Bedrohung durch einen erneuten Generalstreik sah sich die Regierung gezwungen zu handeln und stellte noch am gleichen Tag ein Ultimatum an die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet. Sie sollte die verfassungsmäßige Staatsautorität uneingeschränkt anerkennen, die staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane wiedereinsetzen, die Rote Ruhr Armee auflösen und die Bevölkerung entwaffnen.¹¹⁰

Die im Zentralrat vertretenen Parteien verloren zunehmend ihren Einfluss in der Roten Ruhr Armee, nachdem erstgenannter das Ultimatum der Regierung angenommen hatte. Doch noch einmal scheint eine umfassende Solidarität der Arbeiter gegen die Reichswehr möglich gewesen, nämlich ab dem Zeitpunkt, als von Watter dem Ultimatum der Reichsregierung am 29. März Zusatzbedingungen über die Abgabe der Waffen und die Auflösung der Roten Ruhr Armee hinzufügte, die innerhalb eines Tages erfüllt werden sollten, ohne sie mit dem Reichskommissar Severing abzuklären. Diese Bedingungen konnten die Arbeiter unmöglich einhalten, und sie waren somit nicht zu erfüllen. Von Watter stand bereits in den Startlöchern und war bereit, gegen die Rote Ruhr Armee loszuschlagen. Daraufhin

106 Siehe ebenda, S. 330.

107 Siehe Abelshauer, Umsturz, S. XLI.

108 Hugo Delmes, Soldaten der Roten Armee (Flugblatt), in: Bergarbeiter-Zeitung, Nr. 14 vom 3.4.1920, S. 1.

109 Siehe Abelshauer, Umsturz, S. XLI.

110 Siehe Bergarbeiter-Zeitung, Nr. 15 vom 10.4.1920, S. 1.

stellten nun der ADGB, der AfA und die sozialistischen Parteien der Regierung ein Ultimatum, in dem sie u. a. das Bielefelder Abkommen garantieren sollte.¹¹¹

Als Antwort auf das Verhalten von Watters brach noch am selben Tag eine zweite Streikwelle aus, und am 30. März – dem Tag, an dem das Ultimatum abließ – hatten bereits 330.000 Kumpel im Revier bzw. 77 Prozent der gesamten Belegschaften die Arbeit niedergelegt.¹¹² Von Watter setzte daraufhin seine Truppen in Bewegung – in der Regel Freikorps, die gerade noch das Vorgehen von Kapp und Lüttwitz unterstützt hatten –, nachdem er von der Berliner Regierung freie Hand im Vorgehen gegen die Aufständischen bekommen hatte.¹¹³ Diese Bedrohung hatte eine weitere Radikalisierung der Arbeiter zur Folge,¹¹⁴ die jedoch nicht zur Vereinheitlichung ihrer Kämpfe führte. Stattdessen wurde die Spaltung innerhalb der verschiedenen Strömungen der Arbeiterschaft größer: Der vom Essener Zentralrat geführte Teil wollte die Ergebnisse des Bielefelder Abkommens durch weitere Verhandlungen nochmals verbessern, während die Vollzugsräte aus Mülheim und Hamborn nicht bereit waren, ihr syndikalistisches Sofortprogramm aufzugeben. In Duisburg herrschte linkskommunistischer Anarchismus, und die Kampfleiter der Roten Ruhr Armee ließen sich ebenfalls dem linkskommunistischen Spektrum zuordnen.¹¹⁵ Letztere begannen, sich Ende März immer weiter zu isolieren.

Am 31. März wurde auf einer Konferenz in Münster die Frist des Ultimatums der Reichsregierung auf den 2. April verlängert, weitere Vereinbarungen auf der Grundlage der vorausgegangenen Verhandlungen wurden getroffen, und die Reichswehr sollte ihren Vormarsch am Abend des 31. März einstellen. Doch mittlerweile zerfiel die Rote Ruhr Armee. Die Kämpfer fühlten sich von ihren Heimatstädten im Stich gelassen, waren von der Versorgung abgeschnitten und hegten großes Misstrauen gegen die Reichswehr und gegen ihre eigene Führung.¹¹⁶ Dadurch wurde es unmöglich, die Bedingungen des Waffenstillstands zu erfüllen, worauf die Reichswehrtruppen ins Ruhrgebiet einmarschierten. In Hamm wurden am 1. April – Gründonnerstag – von einem Freikorps 49 Arbeiter und in Pelkum 150 Personen erschossen.¹¹⁷ Nachdem absehbar war, dass kein neuer Generalstreik kommt, wurde in Essen der Abbruch der Kämpfe von Seiten der Arbeiter beschlossen, und die Abkommen von Bielefeld und Münster wurden angenommen. Auch die Kampfleiter der Roten Ruhr Armee erklärten schließlich, „dass sie sich diesen Vereinbarungen unterwerfen und für die sofortige Durchführung sorgen werden“.¹¹⁸

111 Siehe ebenda.

112 Siehe Winkler, *Revolution*, S. 331.

113 Siehe Ultimatum der Reichsregierung an das Ruhrproletariat, in: *Arbeitereinheit*, S. 152.

114 Siehe ebenda, S. 332.

115 Siehe ebenda, S. 332f.

116 Siehe Abelshauser, *Umsturz*, S. XLI.

117 Zu der Situation in Pelkum siehe Jürgen Lange: *Die Schlacht bei Pelkum im März 1920. Legenden und Dokumente*, Essen 1994.

118 *Bergarbeiter-Zeitung*, Nr. 15 vom 10.4.1920, S. 1.

Am 2. April betrat die Reichswehr die entmilitarisierte Zone des Rheinlands mit der Begründung, auf andere Weise die Ordnung im Industrieviertel nicht wieder herstellen zu können. Damit verstieß die Regierung gegen den Versailler Vertrag und nahm die Konsequenzen der Franzosen in Kauf. Die Reichswehrtruppen waren entschlossen, Vergeltung gegen die Arbeiter zu üben, und somit begann im Ruhrgebiet der weiße Terror, der weit schlimmer war als der rote.¹¹⁹ Es wurden mehr Arbeiter nach ihrer Gefangennahme erschossen als im Kampf. Aufgrund der Aufhebung der Standgerichtsbarkeit am 3. April durch die Regierung konnte weiteres Blutvergießen verhindert werden. Bis zum 6. April nahm die Reichswehr, nicht immer unblutig, die Städte Duisburg, Mülheim, Gelsenkirchen, Buer, Herne und Dortmund ein. Schließlich wurden am 7. April Essen und Bochum von der Reichswehr besetzt.¹²⁰ Rotgardisten, die nicht rechtzeitig in britisch besetztes Gebiet flüchten konnten und vom Militär aufgegriffen wurden, mussten mit drakonischen Strafen rechnen.

Der Ruhrkampf war die „größte proletarische Massenaktion in Deutschland überhaupt“.¹²¹ Die Arbeiter wollten zum einen die sozialpolitischen Errungenschaften der ersten Revolutionsphase verteidigen und zum anderen das nachholen, was ihrer Meinung nach im Winter 1918/19 versäumt worden war. Hierzu zählte, dass republikfeindliche Personen aus der Regierung entfernt und eine zuverlässige republikanische Armee aufgebaut würde.¹²² Doch diese Massenbewegung, die sich über die Parteigrenzen hinweg gebildet hatte, scheiterte letztlich aufgrund der unterschiedlichen politischen Positionen ihrer Parteien, was in den Verhandlungen mit der Regierung immer stärker zum Ausdruck kam, als es um die Festigung einer proletarischen Macht und somit um die Erfüllung der Forderungen der Revolution im Ruhrgebiet ging.

Resümee

Die in den Streiks und Auseinandersetzungen vom Frühjahr 1919 und den Kämpfen vom März/April 1920 hervorgetretenen Radikalisierungsschübe in der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets waren eine Folge der tief greifenden Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Revolution. Die Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrgebiets stützten zunächst den politischen Kurs des Rates des Volksbeauftragten. Im Verlauf der Proteste wurde der Einfluss verschiedener linker Strömungen größer. Syndikalistinnen, Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten gelang es vielfach, sich an die Spitze der Protestbewegungen zu stellen. Doch die Proteste selbst gingen weniger von den Parteien aus. Vielmehr schlossen sich die Arbeiter

119 Siehe Winkler, *Revolution*, S. 335.

120 Siehe Abelschauser, *Umsturz*, S. XLI.

121 Winkler, *Revolution*, S. 336.

122 Siehe Horst Ueberhorst: *Wattenscheid: die Freiheit verloren?*, Düsseldorf 1985, S. 92.

aus eigenem Antrieb zu Massenbewegungen zusammen. Die Einheit der Arbeiterbewegung vollzog sich auf Druck von „unten“. So kam es sowohl 1919 als auch 1920 im Ruhrgebiet zunächst zu einer wenn auch nur vordergründig stabilen Einheit zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten, den drei Arbeiterparteien und dem ADGB bzw. seiner Vorgängerverbände (einschließlich des Alten Verbands): Sie versuchten, die Proteste und die Sozialisierungsdebatte des Frühjahrs 1919 zu moderieren, und verurteilten 1920 gemeinsam den Kapp-Putsch. Doch die Fronten zwischen den Arbeiterorganisationen verhärteten sich, sobald es galt, sich auf den weiteren Weg zu einigen.

Große Teile der Ruhrarbeiterschaft wandten sich schon im Verlauf der zweiten Revolutionsphase von den sozialdemokratischen Organisationen ab, deren Führungen ihrer Ansicht nach die Ziele einer wahrhaftig sozialistischen Revolution verraten hätten. Zwischen Februar und April 1919 traten die scharfen Gegensätze zwischen streikenden Arbeitern auf der einen sowie der SPD-Spitze und der Führung des Alten Verbandes auf der anderen Seite massiv hervor. In der Sozialisierungsdebatte wurden Bruchlinien in der Arbeiterbewegung durch den Konflikt zwischen den Anhängern des Essener Modells und den Akteuren der SPD und des Alten Verbandes konturiert. Erstgenannte beabsichtigten, die Sozialisierung des Kohlenbergbaus über eine direkt-demokratische Räteorganisation zu etablieren. Letztgenannte verschleppten zunächst tief greifende ordnungspolitische Entscheidungen und implantierten sodann Ansätze einer „gemeinwirtschaftlichen“ Ordnung, die die herrschenden Eigentumsverhältnisse im Kohlenbergbau und darüber hinaus so gut wie gar nicht antastete. Stattdessen drangen Mehrheitssozialdemokraten und Bergarbeitergewerkschaft auf die „soziale und wirtschaftliche Demokratisierung des Kapitalismus“ im Zeichen der Sozialpartnerschaft, wie sie im Stinnes-Legien-Abkommen vom November 1918 angelegt war. Die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung, die im Ruhrgebiet durch den Konsens der Parteien 1919 und 1920 zunächst verhindert werden konnte, wurde seither zu einer prägenden Erfahrung für die Ruhrarbeiterschaft. Die Versuche, sozialistische Konzeptionen in Staat und Gesellschaft zu verankern, scheiterten nicht zuletzt an den Differenzen in der Arbeiterbewegung. Die Wut und die Empörung der Arbeiter über die „verratene Revolution“ entluden sich schließlich mit aller Macht im Ruhrkampf. Die Herausbildung der Roten Ruhr Armee aus dem Inneren der Arbeiterschaft ist einzigartig. In ihr versammelten sich Menschen verschiedener Couleur, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit. Den bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen mit dem Militär waren viele zum Opfer gefallen: „Blut ist geflossen, viel Menschenblut!“¹²³

Im Ruhrgebiet fand die gesamtdeutsche Polarisierung während der revolutionären Nachkriegsphase ihre regionalspezifische Ausprägung. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft potenzierte sich – nicht nur im Ruhrgebiet – nach Beendigung

123 Bergarbeiter-Zeitung, Nr. 13 vom 27.3.1920, S. 1.

des Ruhrkampfes die Enttäuschung über die MSPD-Führung, die mit republikfeindlichen Truppen paktiert hatte, um die Arbeitermassen im Revier niederzuschlagen. Dies zog eine lang anhaltende Radikalisierung von Teilen der Arbeiterschaft nach sich, die sich im Laufe der Weimarer Republik in den Auseinandersetzungen zwischen linken und rechtsgerichteten Teilen der Arbeiterschaft niederschlagen sollte.

Die Revolution in Hessen – einige Grundzüge

Die Landschaft vor der Revolution

Die Welle der Revolution, die seit den ersten Novembertagen von den Kriegshäfen Richtung Süden rollte, stieß auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen auf die Territorien zweier Staatsgebilde: auf die preußische Provinz Hessen-Nassau mit den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden (1919: 2,2 Millionen Einwohner) sowie auf das Großherzogtum Hessen mit den drei Provinzen Oberhessen, Starkenburg und der linksrheinischen (heute zum Bundesland Rheinland-Pfalz gehörenden) Provinz Rheinhessen (1,1 Millionen Einwohner). Der industrielle Schwerpunkt mit der größten Bevölkerungsdichte lag im Ballungsraum des Rhein-Main-Gebietes um die Großstadt Frankfurt am Main, die 1919 rd. 438.000 Einwohner zählte. Großstädte wie das preußische Wiesbaden und das hessische Mainz mit je knapp über 100.000 Einwohnern gehörten ebenso zu dieser wirtschaftlichen Einheit wie die großhessischen Mittelstädte Darmstadt (82.000) und Offenbach (75.000) oder das preußische Hanau (39.000). Im nördlichen landwirtschaftlich dominierten Regierungsbezirk der preußischen Provinz Hessen-Nassau war die Stadt Kassel mit 160.000 Einwohnern das bedeutendste Industrie- und Wirtschaftszentrum. Im Krieg wurde die metallverarbeitende Industrie, die an den verschiedenen Standorten als Maschinenbau, Elektrotechnik oder Fahrzeugbau eine wichtige Rolle spielte, ebenso wie die chemische Produktion fast vollständig in den Dienst der Rüstungsproduktion gestellt. In Kassel wurde 1916 eine neue Munitionsfabrik, die bis zu 15.000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte, aus dem Boden gestampft.¹

Der politische Charakter der Regionen, der Boden, der den revolutionären Impuls aufnahm und weiterentwickelte, war unterschiedlich beschaffen. Im Großherzogtum Hessen waren die Rahmenbedingungen für die Organisation und die Tätigkeit der sozialistischen Arbeiterbewegung freizügiger gestaltet als in Preußen. Die Wahlbestimmungen zu den öffentlichen politischen Vertretungen (Kommunen, Landtag) waren weniger rigide als das preußische Dreiklassenwahlrecht. Weitere Lockerungen brachte das Reformgesetz von 1911. Es schaffte die indirekte Wahl und den Zensus ab, setzte das Wahlrecht für die Steuerzahler über

¹ Die statistischen Angaben sind folgenden Publikationen entnommen: Statistisches Handbuch für den Volksstaat Hessen, 3. Ausgabe 1924, Darmstadt 1924, S. 7, 9; Franz Lerner: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Nassauer Raumes 1816-1964, Wiesbaden 1965, S. 180, 226; Jürgen Höpken: Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914-1922, Darmstadt 1983, S. 12; Frankfurt am Main: Bevölkerung und Wirtschaft, Frankfurt am Main 1965, S. 9; Judit Pákh: Das rote Hanau. Arbeit und Kapital 1830-1949, Hanau 2007, S. 949.

dem 25. Lebensjahr fest, begünstigte allerdings die Wähler über dem 50. Lebensjahr mit einer zusätzlichen Stimme. Insgesamt waren aber kaum mehr als 20 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt.² In der zweiten Kammer des Darmstädter Landtags saßen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Mandatsträger der Sozialdemokratie (1911 acht Abgeordnete von 58), während in den preußischen Landtag erstmals 1908 Kandidaten der SPD Einzug hielten. 1913 gehörten der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung neben 10 Vertretern des Bürgertums 32 der SPD an. Im preußischen Kassel ging ihre Zahl nicht über drei.³

Unter dem Einfluss führender Revisionisten wie Carl Ulrich, Bernhard Adelung, Eduard David wurde die parlamentarische Tätigkeit zum Nährboden für die Durchsetzung des Reformismus im Großherzogtum. Listenverbindungen mit den bürgerlichen Parteien bei den kommunalen und den Landtagswahlen waren an der Tagesordnung. Die Plaudereien auf „parlamentarischen Abenden“ mit dem kunstsinigen, konzilianen Großherzog Karl Ludwig gaben den Sozialdemokraten im Landtag ein Gefühl der Zugehörigkeit zur gehobenen Gesellschaft.⁴

Auch im preußischen Regierungsbezirk Kassel gehörten die tonangebenden Vertreter der SPD zur reformistischen Richtung und zu den Verfechtern der im Krieg eingeschlagenen Burgfriedenspolitik. Es seien nur Philipp Scheidemann, zwischen 1905 und 1911 Redakteur beim „Kasseler Volksblatt“, und Albert Grzesinski, Vorsitzender der Verwaltungsstelle Kassel des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) und ab 1913 des Gewerkschaftskartells, genannt. Einer der eifrigsten Unterstützer der Kriegspolitik war Georg Thöne, der 1908 als erster Abgeordneter der SPD für Kassel in den Reichstag gewählt wurde. Die bürgerlichen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung gestanden im Februar 1916 der Kasseler SPD über ihre in der Wahl gewonnenen drei Mandate hinaus zwei weitere Mandate zu, als „Belohnung“ für ihren Einsatz im Dienste der Kriegsanstrengungen. Das konservative ländliche Umfeld vieler Arbeiter und die lassalleanische Tradition mit ihrer ausgeprägten Staatsgläubigkeit boten der opportunistischen Politik in Kassel einen günstigen Nährboden.⁵

Zaghafte nur entwickelte sich unter solchen Umständen der Widerstand gegen den Krieg. Die erste Ortsgruppe der USPD im ganzen sozialdemokratischen Agitationsbezirk Kassel wurde im Mai 1917 in dem Kasseler Arbeitervorort Wolfsanger gegründet. Im Sommer des Jahres wurden auch im Kasseler DMV die Zeichen einer oppositionellen Strömung erkennbar.⁶ Vor diesem Hintergrund

2 Siehe Wolf-Heino Struck: Die Revolution von 1918/19 im Erleben des Rhein-Main-Gebietes, Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 19, 1969, S. 399; Tobias Haren: Der Volksstaat Hessen 1918/1919. Hessischer Weg zur Demokratie, Berlin 2003, S. 26.

3 Siehe Bernhard Adelung: Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen, Offenbach 1952, S. 96; Haren, Volksstaat Hessen, S. 27; Rudolf Günter Huber: Sozialer Wandel und politische Konflikte in einer südhessischen Industriestadt. Kommunalpolitik der SPD in Offenbach 1898-1914, Darmstadt 1985, S. 261; Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 306.

4 Siehe Adelung, Sein und Werden, S. 89, 118; Haren, Volksstaat Hessen, S. 25.

5 Siehe Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 4, 69, 72, 75, 84.

6 Siehe ebenda, S. 79, 143ff.

überraschte die Dynamik der Streikbewegung, die sich Ende Januar 1918 in den Kasseler Rüstungsbetrieben ausbreitete. Über 10.000 Arbeiter und Arbeiterinnen legten die Arbeit nieder und schlossen sich in einer Versammlung im Stadtpark den politischen und wirtschaftlichen Forderungen ihrer streikenden Berliner Kollegen an. Die Kasseler Bewegung war die größte Aktion im Zusammenhang der Januarstreiks in dem ganzen hier behandelten Raum. Die Vertreter der MSPD, sonst Anhänger des burgfriedensbedingten Streikverbots, waren jetzt auch in Kassel sofort zur Stelle, um der USPD die Führung streitig zu machen. Der Kasseler Oberbürgermeister Erich Koch (Fortschrittspartei) fand in seinem Tagebuch zur Charakterisierung dieses Verhaltens die Worte: „Diese unglücklichen sozialdemokratischen Führer schwanken jetzt zwischen zwei Wünschen hin und her: einerseits möchten sie die Massen ruhig halten, andererseits aber möchten sie ihnen zeigen, wie tapfer sie selber mit ihnen gehen.“⁷

Im Gegensatz zu Nord- und Südhessen setzte der Widerstand gegen den Krieg im südlichen Teil des Frankfurter Agitationsbezirkes der SPD, vor allem in Frankfurt und Hanau, nie vollständig aus.⁸ Er nährte sich nur vordergründig aus der Ernüchterung über das Kriegsgeschehen und den zweifelhaften Errungenschaften der Burgfriedenspolitik. Seine Grundlage bildete eine langjährige politische und gewerkschaftliche Erziehungsarbeit im Sinne des proletarischen Internationalismus, die über den Charakter der imperialistischen Kriege und einer sogenannten Sozialpartnerschaft keine Illusionen nährte. Leopold Emmel, Gustav Hoch, Robert Dißmann, Paul Levi, Tony Sender und Friedrich Schnellbacher waren in Frankfurt und in Hanau die führenden Vertreter dieser marxistischen Traditionslinie. Der Hanauer Kreiswahlverein der SPD forderte noch am 3. August 1914 die Reichstagsfraktion der Partei dazu auf, am 4. August gegen die Kriegskredite zu stimmen. Aus dem Gebiet des sozialdemokratischen Agitationsbezirks Frankfurt bekräftigten 51 Sozialdemokraten und Gewerkschafter im Juni 1915 mit ihren Unterschriften öffentlich die Forderung an den Parteivorstand und an die Reichstagsfraktion zur Beendigung der Burgfriedenspolitik: Sechs Unterschriften stammten aus Frankfurt, zwei aus Höchst, eine aus Wiesbaden und 35 aus dem Stadt- und Landkreis Hanau.⁹ Der Konstituierung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ im März 1916 im Reichstag folgten entsprechende Vorgänge in den Lokalorganisationen. Im Frühjahr 1917 ging die Mehrheit der Mitglieder im SPD-Kreiswahlverein Hanau-Gelnhausen-Orb und im Kreiswahlverein Höchst-Homburg-Usingen zur Opposition über.¹⁰ An der Spitze der Opposition im DMV gegen die Burgfriedenspolitik der Gewerkschaftsführung stand Robert Dißmann, der seit März 1917 auch als Bezirkssekretär der USPD in Südwestdeutsch-

7 Ebenda, S. 139ff.

8 Organisationstechnisch gehörte Hanau zum sozialdemokratischen Agitationsbezirk Frankfurt, verwaltungsmäßig zum Regierungsbezirk Kassel.

9 Siehe Pákh, Hanau, S. 292, 300.

10 Siehe Judit Pákh: Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832-1933, Bd. 2, Frankfurt am Main 1997, S. 695ff.; Pákh, Hanau, S. 300.

land die parteipolitische Organisation vorantrieb. Unter seiner Führung gelang es der Frankfurter USPD, in den dortigen Metallbetrieben bis zum Herbst 1918 ein dichtes Netz von Vertrauensleuten aufzubauen.¹¹

Der Weg der Hanauer Genossen in die USPD verlief im Verbund mit der Gruppe Internationale bzw. seit Anfang 1916 mit der Spartakusgruppe. Die Hanauer Sozialdemokraten standen schon vor dem Krieg zu den führenden Persönlichkeiten des linken Parteiflügels in enger Verbindung. Rosa Luxemburg und Paul Levi waren in ihren Veranstaltungen gern gesehene Gäste. Auf dem Gründungsparteitag der USPD in Gotha im April 1917 wurde der Hanauer Delegierte Friedrich Schnellbacher als Vertreter des Spartakusbundes in den Parteibeirat gewählt. Die Hanauer Unabhängigen standen mit der Arbeiterschaft in engem Kontakt. Am 29. Oktober 1918 demonstrierten mehrere Tausend Teilnehmer anlässlich der ersten öffentlich genehmigten Versammlung der Hanauer USPD begeistert für die sozialistische Republik, ebenso wie zwei Tage zuvor in Frankfurt die 6.000 Teilnehmer an einer Versammlung mit dem Vorsitzenden der USPD Hugo Haase.¹²

Die Revolution wird ausgebremst: Vom Großherzogtum zum „Volksstaat“

Heinrich Delp, Stadtverordneter in Darmstadt und Geschäftsführer der Baugewerkschaft, erfuhr am 8. November 1918 in einer vertraulichen Besprechung mit dem Oberbürgermeister und dem Großherzog im Stadthaus zu Darmstadt, dass sich auf dem Truppenübungsplatz Griesheim Soldatenräte gegründet hatten. Auf einer nachfolgenden Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensleute im Gewerkschaftshaus unterschlug er diese Nachricht.¹³ Noch in der Nacht wurden auch in den Darmstädter Kasernen Soldatenräte gewählt. Am 9. November um 2.00 Uhr früh belagerten etwa 7.000 Soldaten das Neue Palais, um dort einzudringen und den Großherzog gefangenzunehmen. Am Morgen planten sie, zu den Fabriken zu gehen und dort mit den Arbeitern Kontakt aufzunehmen. Jetzt war Heinrich Delp zur Stelle. In Begleitung des Landtagsabgeordneten der SPD Heinrich Fulda vermochte er es, die Soldaten von ihrem Vorhaben abzubringen. Für den Vormittag des 9. November organisierte die MSPD-Führung eine Kundgebung der Arbeiterschaft, zu der sie durch ihre Emissäre zuvor die Genehmigung der Unternehmer eingeholt hatte.¹⁴ Ein Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR) wurde gebildet, dem außer den Soldatendelegierten vier Vertreter der MSPD und ein Mitglied der

11 Siehe Pákh, Frankfurter Arbeiterbewegung, S. 693ff., 697, 699; Pákh, Hanau, S. 300; Zwischen Römer und Revolution. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Frankfurt am Main, Frankfurt 1969, S. 67.

12 Siehe Pákh, Hanau, S. 299, 301, 303; Pákh, Frankfurter Arbeiterbewegung, S. 704.

13 Siehe L. Bergstässer (Hrsg.): Carl Ulrich. Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten, Offenbach 1953, S. 104ff.. Delp gab sein Geheimnis erst in einer Sitzung des hessischen Landtags im Herbst 1928 preis als Beweis dafür, dass die SPD sich im November 1918 nicht nur aus selbststüchtiger parteipolitischer Absicht an die Spitze der Bewegung gesetzt hatte.

14 Siehe Struck, Die Revolution von 1918/19, S. 401.

Fortschrittspartei angehörten. Auf Anordnung des AuSR wurden alle öffentlichen Gebäude vom Militär besetzt und für den Tag das Erscheinen der bürgerlichen Zeitungen verboten.

Am Nachmittag des 9. November mahnte der inzwischen in Darmstadt eingetroffene Reichstags- und Landtagsabgeordnete der MSPD Carl Ulrich auf einer Volksversammlung die Massen zur Ruhe und Ordnung und bekundete als Ziel der Umwälzung die Errichtung eines Volksstaates. Anschließend begab er sich ins Neue Palais, wo es ihm jedoch nicht gelang, den Großherzog zur Abdankung zu bewegen. In der nachfolgenden Sitzung des AuSR antwortete Ulrich auf die Frage, ob Ernst Ludwig abgedankt habe: „Ihr habt ihn ja in der vorigen Nacht abgesetzt. Dabei bleibt´s.“ Noch in dieser Sitzung beauftragte der Darmstädter AuSR die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit der Bildung einer republikanischen Regierung.¹⁵

Auf einem Extrablatt des Darmstädter MSPD-Organs „Hessischer Volksfreund“ prangte am Abend des 9. November die Schlagzeile: „Hessen Sozialistische Republik“.¹⁶ Sie zielte auf die tiefe Sehnsucht breiter Volksschichten, die in der Tradition der Sozialdemokratie verankert waren und im Vertrauen auf diese Partei die Verwirklichung einer revolutionären Utopie erhofften. Schließlich galt noch immer das Erfurter Programm von 1891, das als Ziel der Partei die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft definierte. Die erfolgreiche Revolution in Russland, deren Beginn am 7. November 1917 ein Jahr zurücklag, gab solchen Hoffnungen Auftrieb.

In Offenbach, im Industriezentrum der Provinz Starkenburg, leitete am Nachmittag des 8. November 1919 eine große Demonstration aller Betriebe, von den sozialdemokratischen Vertrauensleuten organisiert, die Revolution ein. Ein Arbeiterrat („Arbeiter-Aktionsausschuss“) wurde am Abend in der Versammlung der Betriebsvertrauensleute gewählt mit dem SPD-Landtagsabgeordneten und Chefredakteur des „Offenbacher Abendblattes“ Georg Kaul als Vorsitzenden. Die Gründung eines Soldatenrates in der Garnison folgte am nächsten Tag, und am Nachmittag des 9. November fand die formelle Konstituierung des AuSR statt, in den auch Delegierte der USPD und der Fortschrittspartei eintraten. Der Soldatenrat besetzte alle staatlichen Behörden, die Stadtverwaltung aber blieb unter der Kontrolle der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Zur Sicherung der öffentlichen Ordnung wurde eine „Volkswehr“ aufgestellt.¹⁷

Im Unterschied zu Darmstadt und zu Offenbach waren in Mainz 50 Matrosen aus Frankfurt/Main die Sendboten der Revolution. Sie trafen dort am Abend des 8. November 1918 mit dem Zug ein, entwaffneten ohne Widerstand die Bahnhofswache und die dort postierten Festungsgendarmen. Soldaten der Ersatztrup-

¹⁵ Siehe ebenda, S. 401f.

¹⁶ Abgebildet in Eckhart G. Franz, Die Chronik Hessens, Dortmund 1991, S. 328.

¹⁷ Siehe Struck, Die Revolution von 1918/19, S. 402; Heinrich Galm: Ich war halt immer ein Rebell, Offenbach 1980, S. 38.

parteile der Mainzer Garnison schlossen sich ihnen an. Am Morgen des 9. November folgte die Befreiung der Insassen aus dem Militär- und dem Landgerichtsgefängnis. Die Matrosen ahnten noch nicht, dass man sie im Laufe des Tages verhaften und aus der Stadt schaffen würde. Noch bevor die Revolution in Berlin siegte, hatte sich in Mainz die Gegenrevolution organisiert. Die Abwehr des „Chaos“ wurde durch die örtlichen Vertreter der freien Gewerkschaften und der MSPD durchgeführt. Sie standen unter der Leitung des Landtagsabgeordneten und Redakteurs des „Mainzer Volksblattes“ Bernhard Adelung. Ihnen gelang es, einen Teil des anwesenden Militärs zu gewinnen, besonders Offiziere und Unteroffiziere des Mainzer Landsturmabteilungen und der Festungsgendarmerie. In Windeseile wurde eine Bürgerwehr aus den Anhängern aller Parteien aufgestellt. Am Nachmittag konstituierte sich aus den gewählten Soldatenräten und aus sozialdemokratischen wie freigewerkschaftlichen Funktionären der Mainzer AuSR als Zentralrat, welcher die vollziehende Gewalt über die Stadt und über die Provinz Rheinhessen übernahm. Vorsitzender wurde Adelung. Zur Abwehr angeblich drohender Gefahren wie Mord, Raub, Plünderung wurden in Mainz wie auch in Darmstadt Standgerichte gebildet.¹⁸ Am 15. November wurde Adelung zur Belohnung von der Stadtverordnetenversammlung zum 3. Beigeordneten (Bürgermeister) der Stadt Mainz gewählt mit einem Jahresgehalt von 10.000 Mark. Eine großherzogliche Bestätigung der Bürgermeisterwahl, die vor 1914 Sozialdemokraten regelmäßig verwehrt wurde, hätte wohl nicht lange auf sich warten lassen. Adelung brauchte sie nun nicht mehr.¹⁹

Der 10. November war ein milder Herbstsonntag, an dem Zehntausende von Menschen aus dem Land in die Städte strömten, um den Sieg der Revolution, den Sturz der Hohenzollern-Monarchie gemeinsam zu feiern. Auch nach Darmstadt setzte die Völkerwanderung ein, wo die Landtagsfraktion der SPD gerade über die ihr vom AuSR übertragene Aufgabe der Regierungsbildung verhandelte. Carl Ulrich sah in dem Massenaufgebot eine Gefahr für die „öffentliche Sicherheit“ aufziehen und war bereit zu handeln: „In dieser Situation trat ich an den Kommandeur der Soldaten heran und besprach mit ihm, was im Interesse der Volksmassen, die die Straßen belebten, getan werden könnte. Er wusste sofort Rat: ‚Wir werden Fliegeralarm schießen, das wird die Straßen schnell säubern‘, meinte er. Ich stimmte dem Vorschlag zu, und bald donnerten und krachten die Kanonen, dass uns in der Fraktionssitzung in der Kanzlei der Kammer die Ohren dröhnten. Die Wirkung trat unerwartet schnell ein: In kaum mehr als eine Viertelstunde waren die Straßen fast leer, und die Gefahr für die Volksmassen war glücklich beseitigt.“²⁰ Anzumerken bleibt, dass sowohl Fliegeralarm wie auch Fliegerangriff zu den Kriegserlebnissen der Darmstädter Bevölkerung gehörten.

18 Siehe Adelung, Sein und Werden, S. 173ff., 177; Struck, Die Revolution von 1918/19, S. 403; Franz, Chronik, S. 328.

19 Siehe Adelung, Sein und Werden, S. 184.

20 Ulrich, Erinnerungen, S. 118f.

So abweisend Ulrich den Volkmassen begegnete, so vertrauensvoll wandte er sich den Bürgerlichen zu. Nach der Proklamierung der hessischen Republik noch am Nachmittag des 10. November auf der Versammlung der inzwischen zum *Hessischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat* (ABuSR) aufgestiegenen Darmstädter AuSRäte wurde am 14. November die neue provisorische Regierung vorgestellt. Ihr gehörten neben dem Ministerpräsidenten Ulrich zwei Vertreter der SPD und je ein Mitglied der Fortschrittspartei (bald „Deutsche Demokratische Partei“ genannt) und des Zentrums an. Ohne Not, sozusagen in vorauseilendem Legitimationsbedürfnis, holte Ulrich Vertreter des Bürgertums in die Regierung, denen an der Verwirklichung der revolutionären Ziele und der Sicherung der Räte genauso wenig lag wie ihm selber. Am gleichen Tag schloss die neue Regierung ein Übereinkommen mit den AuSRäten über die Kompetenzabgrenzung, das die Räte praktisch jeder Zuständigkeit beraubte. Für interne militärische Angelegenheiten waren die Soldatenräte allein zuständig, alle Fragen des zivilen Lebens aber unterstanden der Regierung. Als Regierungsprogramm sollten die schwammigen Begriffe „Volkswohlfahrt und Demokratie“ genügen. Schon am 3. Dezember wurde die „Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden Volkskammer der Republik Hessen“ verabschiedet.²¹ Die Möglichkeit einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft wurde damit bewusst verbaut. Konnten die Delegierten des Reichsrätekongresses, der zwei Wochen später am 16. Dezember in Berlin begann, noch hoffen, die sozialistischen Parteien würden in den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 die absolute Mehrheit gewinnen, so waren für die hessische Republik von vornherein die Weichen in Richtung einer Koalition mit den Bürgerlichen gestellt. Sie schloss nicht nur sozialistische Ziele aus, sondern rückte auch eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft in weite Ferne.

Zwar schlossen sich am 19. November 1918 die hessischen Arbeiter- und Soldatenräte zu einem Landesverband zusammen, ihre Tage waren aber schon gezählt. Infolge der Waffenstillstandsvereinbarungen gehörte Rheinhessen zu französisch besetztem Gebiet, ebenso wie der Mainzer Brückenkopf, der auch Teile der Provinz Starkenburg einschloss. Nach dem Einrücken von französischen Truppen im Dezember 1918 wurden die AuSR in diesen Regionen bald aufgelöst. Darmstadt und Offenbach lagen in der entmilitarisierten Zone. Zumindest die Arbeiterräte hätten dort weiter bestehen können, der hessische ABuSR löste sich aber am 10. Dezember ebenfalls auf. Es wurde ein „Volksrat für die Republik Hessen“ gebildet, der sich auf alle Bevölkerungsschichten stützen sollte. Eine entsprechende Änderung wurde auch auf örtlicher Ebene veranlasst. Die Wahlen zum verfassunggebenden Landtag am 26. Januar 1919 brachten der MSPD von 70 Mandaten 31, der USPD nur eins. Am 11. Februar löste sich der „Landesvolksrat“ auf und übertrug die gesetzgebende Gewalt, die er praktisch nie ausgeübt hatte,

²¹ Siehe Struck, *Die Revolution von 1918/19*, S. 403f.

auf den Landtag, der zwei Tage später zusammentrat. Am 20. Februar 1919 wurde das „Gesetz über die vorläufige Verfassung für den Freistaat (Republik) Hessen“ verabschiedet, schließlich am 12. Dezember 1919 mit der endgültigen Verfassung der „Volksstaat Hessen“ proklamiert.²² Vom „Geist des Sozialismus“ fand sich in ihr keine Spur.²³

Nicht überall wurde diese Politik widerstandslos hingenommen. In Offenbach versuchten am 18. April 1919, dem Karfreitag, mehrere tausend Menschen unter Führung der KPD, teilweise bewaffnet, den allgemein verhassten „Volksrat“ abzusetzen. Die Volkswehr und das aus Darmstadt herbeigeholte Militär schossen in die Menge. 16 Tote und viele Verletzte blieben auf dem Pflaster. Der Belagerungszustand wurde verhängt und die Führer der Aktion verhaftet.²⁴

Der Vertrauensverlust der MSPD wurde das erste Mal bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 deutlich. Im Wahlkreis Darmstadt verlor die MSPD im Verhältnis zu den Wahlen zur Nationalversammlung über 10 Prozent der Stimmen, in Mainz über 14 Prozent und in Offenbach fast 20 Prozent. Die Verluste kamen in allen drei Fällen fast vollständig der USPD zugute.²⁵

Ordnungsfaktor in Nordhessen: Der „Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat“ in Kassel

Nachdem am Morgen des 9. November 1918 etwa 200 Matrosen aus Köln in Kassel die Revolution eingeleitet hatten, wurde noch am Nachmittag in einer Volksversammlung, an der die Beschäftigten sämtlicher Betriebe teilnahmen, ein provisorischer AuSR bestätigt. In der konstituierenden Versammlung am 12. November bekam der AuSR seine endgültige Gestalt. Die Versammlung wurde aus 300 Soldatenvertretern und aus 300 Arbeiterdelegierten gebildet. Letztere wurden nicht in den Betrieben gewählt, sondern je zur Hälfte von den Gewerkschaftsvorständen und vom Vorstand des Gewerkschaftskartells nominiert. Die andere Hälfte wurde von den Vorständen der MSPD und der USPD entsandt. Die in dieser Versammlung durch Zuruf gewählte Exekutive des Arbeiterrates wurde durch die Arbeiterparteien paritätisch besetzt. Infolge der gemäßigten Haltung der Kas-

22 Siehe ebenda, S. 405f.; Franz, Chronik Hessens, S. 330.

23 Der Landtagspräsident Adelong bat sein Publikum in seiner Eröffnungsrede am 13. Februar um Nachsicht für eventuelle unvermeidliche Veränderungen: „Vergessen wir ... nicht, dass die Masse des Volkes mehr als je durch Sozialismus der kapitalistischen Gewinnanhäufung entgegen zu wirken sucht.“ Adelong, Sein und Werden, S. 194.

24 Siehe Franz, Chronik Hessens, S. 334; Haren, Volkstaat Hessen, S. 164f.; Galm, Ich war halt ein Rebell, S. 37f.

25 Siehe Thomas Klein: Die Hessen als Reichstagswähler 1867-1933, Bd. 3, Marburg 1993. Die Verringerung in den einzelnen Städten in absoluten Zahlen: Darmstadt 1919: 16134, 1920: 12966; Mainz 1919: 27170, 1920: 16414; Offenbach 1919: 22544, 1920: 13462. Im ganzen Volksstaat Hessen gaben im Januar 1919 289.211 Wähler der MSPD, 12.633 der USPD ihre Stimme. Im Juni 1920 entfielen auf die MSPD 179.800, auf die USPD 72.420 und auf die KPD 3.014 Stimmen. (Statistisches Handbuch für den Volksstaat Hessen 1924, S. 153).

seler USPD waren von ihrer Seite gravierende Kontroversen nicht zu erwarten. Da in der Leitung des Soldatenrates Vertreter der MSPD überwogen, dominierten sie das Gremium.²⁶

In der Exekutive des AuSR waren von der Seite der MSPD die leitenden Funktionäre der örtlichen Arbeiterbewegung zusammengefasst: der Vorsitzende und Leiter des Gewerkschaftskartells Albert Grzesinski, sein Stellvertreter und Vorsitzender der Kasseler MSPD Richard Hauschildt, das Mitglied des Kasseler Parteivorstandes Cornelius Gellert, der Reichstagsabgeordnete der Kasseler MSPD Georg Thöne. Sie alle genossen Rückhalt in den Führungsstäben der MSPD im Reich und in Preußen. Grzesinski und Thöne wurden in die höchste Vertretung der Räte, in den Zentralrat der Republik gewählt, Grzesinski bekam im Juni 1919 den Posten eines Staatssekretärs im preußischen Kriegsministerium.

Noch in seinem provisorischen Stadium ernannte sich der Kasseler AuSR zum Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat (ZAuSR) für den Bereich des 11. Armeekorps, das teilweise auch Gebiete des Großherzogtums Hessen sowie von Thüringen umfasste. Dadurch erhob er sich zur Kontrollinstanz für das Stellvertretende Generalkommando. Für den Regierungsbezirk übernahm er gleichzeitig die Rolle eines Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrates (BAuSR). Von der Reichsregierung wurde diese übergeordnete Funktion des Rates am 18. November ausdrücklich bestätigt. Der Regierungspräsident erteilte noch am 11. November den Landräten die Weisung, fortan den Anordnungen der KreisAuSR und des BAuSR Folge zu leisten.²⁷ Die zivilen wie die Militärbehörden kamen dem AuSR bereitwillig entgegen, da sie in diesem Gremium einen Garanten gegen eine tatsächliche Revolution erblickten.

Der Kasseler AuSR verstand sich als oberstes Kontroll- und Verwaltungsorgan seiner Zuständigkeitsbereiche, zunehmend auch als selbständige Behörde mit Weisungsbefugnis. Er entsandte jedoch im Unterschied zum AuSR in Frankfurt keine Vertrauenspersonen mit Kontrollbefugnis in kommunale und staatliche Instanzen, außer zwei Vertretern in den Kasseler Magistrat, die von den Stadtverordneten als Stadträte bestätigt wurden. Es kam in der zivilen und militärischen Verwaltung zu keiner Amtsenthebung.²⁸

Auf dem Gebiet des Regierungsbezirks war der Kasseler AuSR die höchste Instanz der Räteorganisation mit politischer Entscheidungskompetenz, während den örtlichen Räten eine Kontrollaufgabe zukam. Sie hatten den BAuSR bei seiner Arbeit zu unterstützen und die Durchführung seiner Maßnahmen sowie die örtlichen Behörden und die Landräte zu überwachen. Allerdings hatten die örtlichen Räte auf der gemäßigten Linie der Kasseler Vorgesetzten zu bleiben.

26 Siehe Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 171ff., 178f., 184f., 188. Erst im Mai 1919 bekam in der Exekutive auch ein bürgerlicher Vertreter aus der DDP Platz.

27 Siehe ebenda, S. 176, 216, 218f.

28 Siehe ebenda, S. 175, 259.

Bei der Auflösung des von Marinesoldaten gegründeten „wilden“ AuSR in Hofgeismar im November 1918 spielte der ZAUSR eine aktive Rolle. Der AuSR in Schlüchtern wurde wegen eigenmächtigen Vorgehens ermahnt: Demokratie heiße auch ein- und unterordnen.²⁹ Die AuSR in Hanau und Gelnhausen im Süden des Regierungsbezirks, in denen die USPD dominierte, erkannten die führende Position des ZAUSR in Kassel nicht an.³⁰ Sie sahen in diesem Gremium zu Recht ein Bollwerk der MSPD. Die militärpolitische Tätigkeit des ZAUSR war eindeutig auf die Begrenzung des Wirkungsfeldes der Soldatenräte ausgerichtet, nach der Devise der MSPD, dass diese nur ein bis zum Friedensschluss bestehendes Provisorium darstellten. Auf Anregung der thüringischen Garnisonen, die mehrheitlich zur USPD standen, wurde am 3. Dezember als Gegengewicht zum ZAUSR ein gesonderter Zentral-Soldatenrat (ZSR) gewählt, der sich aus Vertretern des 11. und des 15. Armeekorps zusammensetzte. Vertreter der thüringischen Garnisonen bezeichneten die Kasseler Revolution als eine „künstliche“, da der ZAUSR das Generalkommando nicht entschieden genug kontrolliere.³¹

Am 13. November 1918 ließ sich die Oberste Heeresleitung (OHL) unter der Leitung des Generalfeldmarschalls Hindenburg und des Generalquartiermeisters Wilhelm Groener in Kassel-Wilhelmshöhe nieder. Der ursprüngliche Plan, sich in Bad Homburg einzurichten, scheiterte nur anscheinend an den „unverschämten Forderungen“ des Homburger AuSR. Ausschlaggebend für den Verzicht war die Nähe der Großstadt Frankfurt mit ihrer starken linken Arbeiterbewegung. Vom Kasseler ZAUSR erwartete Groener eine positivere Haltung, da es der Kasseler Oberbürgermeister (OB) Koch nach seiner Ansicht verstand, den dortigen AuSR in Schach zu halten.³²

Die geheime Vereinbarung zwischen Ebert und Groener, die die Revolution von ihrer ersten Stunde an den militärischen Kräften der Gegenrevolution ausgeliefert hatte, bestärkte Hindenburg in seiner Grundhaltung, dem Soldatenrat der Obersten Heeresleitung, auch Soldatenrat (SR) des Feldheeres genannt, keine Eingriffsmöglichkeit in die Militärpolitik der OHL zu geben. Der Beschwerde des Soldatenrates der OHL darüber Ende Dezember an Ebert und an den Kasseler ZAUSR stieß auf taube Ohren.³³ Konkret ging es um die „Hamburger Punkte“, die am 18. Dezember vom Reichsrätekongress gegen den Willen der MSPD-Führung angenommen worden waren. Sie unterstrichen die ursprünglichen antimilitaristischen Forderungen der Soldatenräte. Die sieben „Hamburger Punkte“ stießen auf den erbitterten Widerstand der militärischen Führung. Der Weihnachtserlass Hindenburgs, der sich gegen diese Forderungen richtete, war ohne Wissen des Solda-

29 Siehe ebenda, S. 216ff., 219; Struck, Die Revolution von 1918/19, S. 434.

30 Siehe Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 218.

31 Siehe Gunther Mai: Der Marburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/1920, Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 26, 1976, S. 186f.

32 Siehe Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 365, Anm. 844.

33 Siehe ebenda, S. 246; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Frankfurt am Main-Berlin-Wien 1978, S. 212.

tenrates der OHL veröffentlicht worden. An der Chefbesprechung der OHL, die diesem Aufruf vorausgegangen war und bei der die Stellungnahme gegen die Rätebeschlüsse erfolgte, waren weder der Soldatenrat noch die Reichsregierung vertreten.³⁴

Am 30. Dezember fand im Kasseler Rathaus auf Veranlassung der OHL eine Besprechung mit dem Kasseler OB und mit dem ZAUSR statt. Ziel war es, die in Kassel aufgekommene Unruhe über das Verhalten der OHL zu besänftigen. Groener versicherte den Anwesenden, dass die OHL keinerlei Ambitionen zu gegenrevolutionären Maßnahmen habe und voll hinter der Regierung stehe. Der ZAUSR vertraute auf dieses Versprechen, trotz der Kenntnis des Anschlags auf die Volksmarinedivision zu Weihnachten in Berlin und der Tatsache, dass der Ring der Freikorps um Berlin unter der Regie der OHL und mit Billigung der Regierung Ebert immer enger gezogen wurde. In seinem Beschluss vom 7. Januar 1919 in dieser Angelegenheit bestätigte er das übergeordnete Kontrollrecht der Reichsregierung über die OHL und beschränkte das Kontrollrecht des Soldatenrates der OHL auf Ausnahmesituationen.³⁵

Am 19. Januar 1919 erließ die Reichsregierung in Übereinstimmung mit der OHL Ausführungsbestimmungen zu den „Hamburger Punkten“, die einer Entmachtung der Soldatenräte gleichkamen. Diese „Vorläufige Regelung der Kommandogewalt“ stieß bei allen Soldatenräten des 11. Armeekorps auf einhellige Ablehnung. Mit der Besetzung Weimars durch ein Freikorps unter dem Kommando des Generals Maercker und der nachfolgenden Absetzung einiger Soldatenräte in Thüringen setzte die Regierung jedoch immer neue Tatsachen.³⁶

Ganz auf der Linie der MSPD verstand sich der Kasseler ZAUSR als Provisorium bis zur „Demokratisierung Deutschlands“, worunter die MSPD-Führung die Stabilisierung der bürgerlichen Gesellschaft im Rahmen des Parlamentarismus und die Abwehr aller sozialistischen Forderungen verstand. In diesem Sinne unterstützte der Zentralrat die baldige Wahl der Nationalversammlung mit den Stimmen seiner vier Delegierten im Dezember auf dem Reichsrätekongress.

Bald nach der Zusammenkunft der Nationalversammlung in Weimar, fern vom unruhigen Berlin, tauchten jedoch Zweifel an der bisherigen Politik auf. In der Bezirksversammlung am 18. Februar trat der BAUSR vehement für die Stärkung der Räte als Kontrollorgane der Verwaltungen ein, und einige Tage später bekräftigte auch der ZAUSR diese Auffassung.³⁷ In der Vollversammlung des ZAUSR am 6. März 1919 legte Hauschildt einen Forderungskatalog an die Reichsregierung und an die Nationalversammlung vor, der die Rückkehr zu den ersten Novembertagen anstrebte: Umbildung der Reichsregierung in eine rein sozialdemokratische, Errichtung einer Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkammer neben der National-

34 Siehe ebenda, 212f.; Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 246f.

35 Siehe ebenda, S. 247ff.

36 Siehe Mai, Marburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 187f.

37 Siehe ebenda, S. 234ff.; Mai, Marburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 193.

versammlung, Weiterbestehen der größeren Räte und der Rätevereinigungen, Sozialisierung der geeigneten Betriebe. Der Katalog wurde mit wenigen Gegenstimmen angenommen. Als Unterstützung der Belange der Soldatenräte wurde die Abschaffung der bestehenden „Militärgewalt“ bis zum 1. Oktober 1919 und die Entfernung aller Rangabzeichen bis zum 25. März in die Liste der Forderungen aufgenommen.³⁸

Die reale Entwicklung war inzwischen jedoch über Forderungen und Zugeständnisse gleichermaßen hinweggegangen. Bei der Niederschlagung des gleichzeitigen Generalstreiks in Berlin fanden schätzungsweise 1.200 Menschen den Tod.

Gegen den Strom: Der Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat³⁹

Als sich am Nachmittag des 9. November 1918 der Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat konstituierte, hatte er schon verschiedene Etappen der Ausgestaltung hinter sich, vom Wettlauf der Arbeiterparteien um die Gunst der Soldaten bis zur Bildung eines Arbeiterrates mit USPD-Dominanz. Im Vollzugsausschuss saßen schließlich mehrheitlich der MSPD angehörende Soldatenräte und je sieben Vertreter beider Arbeiterparteien. Der kommandierende General des 18. Armeekorps war aus der Stadt geflohen, der Polizeipräsident Rieß von Scheurnschloß verhaftet und der SPD-Stadtverordnete Hugo Sinzheimer vom Soldatenrat zum Polizeipräsidenten ernannt. Am Montag, dem 11. November, nahm das Plenum des Arbeiterrates Gestalt an. Dessen Mitglieder, zuvor in den Betrieben gewählte Arbeiterräte, bestätigten den 14köpfigen Vollzugsausschuss als Exekutive. Nachdem Magistrat und Stadtverordnetenversammlung den AuSR als die höchste Vertretung der Stadt anerkannt hatten, wurde am 13. November auf dem Römer, dem Frankfurter Rathaus, die rote Fahne gehisst. Vor dem Hauptbahnhof verkündete eine große Tafel den Ankommenden: „Die deutsche sozialistische Republik grüßt Euch! Die alten Gewalten sind durch die Revolution des schaffenden Volkes gestürzt. Künftig seid Ihr Herr Eurer Geschicke.“

Die Träger der Revolution in Frankfurt waren neben der USPD und ihrer Anhängerschaft der starke linke Flügel der MSPD und deren Vertreter im AuSR. Für Delegierte der Angestellten- und Beamtenverbände stand der Rat ebenso offen wie später für die Erwerbslosenkommission und die neu gegründete KPD. Der Kontrolle der Kommunalverwaltung diente die Entsendung von vier Vertretern des AuSR in den Magistrat (Eduard Gräf und Karl Möller für die SPD, Robert Dißmann und Toni Sender für die USPD), wie auch die Platzierung von Beauftragten des AuSR in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung. Am 19.

38 Siehe ebenda, S. 190; Höpken, Kasseler Arbeiterbewegung, S. 237f.

39 Siehe Judit Pákh (Bearb.): Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832-1933, Bd. 2, Frankfurt am Main 1997, S. 775ff.

November wurde der AuSR von der Vollversammlung der Soldatenräte des Korpsbereichs des 18. Armeekorps (AK) als Zentralinstanz anerkannt. Allerdings hielt sich der Vertreter des Offenbacher AuSR Georg Kaul auf Distanz. (Offenbach lag im Korpsbereich des 18. AK) „Wir wollen die Revolution, aber nicht die Diktatur des Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrats“, verkündete er in der Sitzung.

In seiner Funktion als Zentralinstanz entsandte der Frankfurter AuSR auch in staatliche Dienststellen wie Eisenbahndirektion und Oberpostdirektion Vertreter, die sogenannten Kontrollausschüsse, die praktisch als Betriebsräte tätig werden sollten. Der Kontrollausschuss bei der Eisenbahndirektion Frankfurt der Preußisch-hessischen Eisenbahnen, der „Verkehrsausschuss“, erkämpfte in seiner Dienststelle weitgehende Mitbestimmungsrechte. Er setzte sich entschieden für den Ausbau des Räteystems in der gesamten deutschen Eisenbahnverwaltung ein. Der Anregung des Verkehrsausschusses folgend, trat Anfang April 1919 in Frankfurt ein allgemeiner Kongress der Eisenbahnerräte zusammen, auf dem die Bildung einer zusammenhängenden Räteorganisation der Eisenbahner beschlossen wurde.⁴⁰

Das Inkrafttreten des Waffenstillstands am 11. November 1918 bewirkte auch für Frankfurt und seine Umgebung einschneidende Veränderungen. Zwischen Dezember 1918 und April 1919 zogen in Höchst, Nied und Griesheim französische Truppen ein. Auch Wiesbaden, das Verwaltungszentrum des Regierungsbezirks, wurde besetzt. Die dort gegründeten AuSR wurden aufgelöst. Frankfurt und Hanau lagen in der neutralen Zone, die von sämtlichen militärischen Einrichtungen und den dort stationierten Soldaten geräumt werden musste. Am 10. Dezember löste sich auch der Frankfurter Soldatenrat auf. Die vom AuSR geschaffenen eigenen Sicherheitsorgane gewannen jetzt größeres Gewicht. Ihren Kern bildete der 130 Mann starke Marinesicherungsdienst. Die Mitte November aufgestellte Arbeiterwehr fasste politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zusammen und erreichte im Januar 1919 eine Stärke von 1.400 Mann. In diesem Monat wurde sie als „Hilfspolizei“ mit der kommunalen Polizei vereinigt. Ihre Mitglieder erhielten Beamtenstatus.

Die OHL versuchte, die Räumung der neutralen Zone für einen Angriff auf die Revolution zu nutzen. In der Presse wurde am 9. Dezember die Falschmeldung verbreitet, dass die Entente auch in der neutralen Zone unverzüglich die Auflösung der AuSR wünscht. Der Frankfurter Arbeiterrat verwahrte sich bei der Reichsregierung wie auch beim Reichsrätekongress gegen diese Manipulation. In Wirklichkeit bot die Entmilitarisierung des Gebiets für die Räte vorerst einen gewissen Schutz, da deutsches Militär dieses Terrain nur mit Zustimmung der Besatzungsmacht betreten durfte.

Das Wüten der Regierungstruppen in Berlin, das auch den Hintergrund für die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht lieferte, rief die Fraktionen des

40 Siehe Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Berlin 1976, S. 177ff.

Arbeiterrates gemeinsam auf den Plan. Die Exekutive stimmte einhellig einer EntschlieÙung zu, die am 17. Januar 1919 als Telegramm an die Ebert-Regierung und an alle deutschen Arbeiterräte verschickt wurde. Sie forderte den Rücktritt der Reichsregierung. Die Regierung habe die notwendigen Demokratisierungsmaßnahmen vor der Einberufung der Nationalversammlung unterlassen und dadurch die blutigen Ereignisse in Berlin provoziert sowie das Schicksal der Revolution einer bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung in die Hände gelegt. An ihre Stelle solle eine Regierung aus Vertretern aller sozialistischen Gruppen treten. – Der Vorstand der Frankfurter MSPD distanzierte sich sofort von dieser Aktion und sprach ihren Vertretern in der Exekutive des Arbeiterrates das Recht ab, den Rücktritt der Regierung zu fordern. Die erhobenen Vorwürfe seien zudem „sachlich unrichtig“.

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erbrachten in Frankfurt, im Gegensatz zum Reich, eine knappe Mehrheit der Arbeiterparteien, wobei die USPD im Vergleich zur MSPD etwa ein Zehntel der Stimmen bekam (MSPD: 112.012, USPD: 11.133). In der Stimmung der MSPD-Wählerschaft brachten die nächsten Wochen eine merkbliche Veränderung. Bei der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung am 2. März 1919 verlor die MSPD fast die Hälfte der am 19. Januar erhaltenen Stimmen. Der Verlust führte allerdings nur zu einer geringfügigen Erhöhung der Stimmenzahl für die USPD. Es liegt nahe, in diesem Wahlergebnis einen Ausdruck der Resignation innerhalb der linken Anhängerschaft der MSPD zu sehen. Die Tätigkeit der Nationalversammlung in Weimar und die von Gustav Noske im Auftrag der Regierung Ebert koordinierten Militäreinsätze gegen die Zentren der Revolution waren wenig dazu angetan, die Mitglieder und Wähler auf dem linken Flügel der MSPD zu motivieren. Zum Zeitpunkt der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung herrschte im nahen Hanau der Belagerungszustand, verhängt von General Rumschötel, Befehlshaber der Regierungstruppen, die am 22. Februar die Stadt besetzt hatten. Die Vollversammlung des Frankfurter Arbeiterrates protestierte am 25. Februar einstimmig gegen den Militäreinsatz.⁴¹

Nach dem erfolgreichen Angriff der Konterrevolution auf Hanau initiierten bürgerliche Kreise auch in Frankfurt eine breit angelegte Diffamierungskampagne gegen den Arbeiterrat, die vor allem die angeblich schlechte Sicherheitslage und den Zustand der Hilfspolizei zum Gegenstand hatte. Die Kritik richtete sich auch gegen Leopold Harris (MSPD), der Ende April 1919 Hugo Sinzheimer als Polizeipräsident abgelöst hatte. Durch eine Neuwahl sollten auch Vertreter des Bürgertums in den Arbeiterrat Eingang finden. Die Arbeiterwehr (Hilfspolizei) sollte die Aufnahme bürgerlicher Kräfte zulassen. Dem Arbeiterrat gelang es, von der sozialdemokratischen Linken gestützt, diese Forderungen abzuwehren und die Aufstellung einer reaktionären „Einwohnerwehr“ zu verhindern.

Der Frankfurter Arbeiterrat proklamierte für den 13. Juni, den Tag der Beisetzung von Rosa Luxemburg, mit den Stimmen aller seiner Fraktionen einen Generalstreik. Die drei Arbeiterparteien, MSPD, USPD, KPD, hielten getrennte

41 Siehe Pákh, *Das rote Hanau*, S. 380ff.

Kundgebungen ab. Diese Ereignisse lieferten neue Nahrung für die Attacken der Reaktion, ebenso wie Anfang Juli der Streik der Eisenbahner. Ende Juli stellte der Magistrat offiziell die Kontrollrechte des Arbeiterrates in Frage.

Die Vorbereitungen zur Absetzung der revolutionären Vertretung der Frankfurter Arbeiterschaft traten mit Unterstützung der Reichsregierung in ihre letzte Phase. Am 9. August 1919 trafen sich außerhalb der neutralen Zone in Bad Nauheim Vertreter des 18. Armeekorps, der Kasseler Oberpräsident sowie Beauftragte des Frankfurter Magistrats mit Carl Severing (MSPD), den die Reichsregierung zum Generalkommissar für den Korpsbereich ernannt hatte. Gegenstand der Besprechung bildeten die Maßnahmen, die zum Sturz des Frankfurter Arbeiterrates als notwendig erachtet wurden. Nachdem geklärt war, dass sich die französische Besatzungsbehörde einer Aktion gegen die revolutionären Organe in Frankfurt nicht widersetzen würde, konnten Ende September Noske-Truppen in Gestalt der „Garde-Landesschützenabteilung“ Frankfurt besetzen. Am Rathaus war zuvor die Rote Fahne eingeholt worden.

In Kenntnis der neuen Lage gab nun auch die Frankfurter MSPD ihren Widerstand gegen die Neuwahl des Arbeiterrates auf. Die MSPD-Delegierten im Arbeiterrat stellten dort am 1. Oktober 1919 einen entsprechenden Antrag, doch die Rats-Mehrheit verwarf eine Neuwahl unter dem Druck von außen.

Anfang Oktober wurde zeitgleich den Räten bei der Oberpostdirektion und der Eisenbahndirektion das Recht bestritten, weiterhin an den Entscheidungen dieser Behörden mitbestimmend teilzuhaben. Der „Verkehrsausschuss“ forderte am 9. Oktober ultimativ die Beachtung seiner durch die Revolution erworbenen Rechte. Am 13. Oktober begann zur Verteidigung der Position des „Verkehrsausschusses“ der zweite Eisenbahnerstreik. Leopold Harris war als Polizeipräsident auch diesmal, wie schon beim ersten Eisenbahnerstreik Anfang Juli, nicht gewillt, gegen die streikenden Arbeiter einzuschreiten. Er verweigerte dem Einsatz der Gardeschützen seine Zustimmung. Der „Verkehrsausschuss“ wurde vorerst in seiner Funktion belassen.

Am 11. November 1919 trat Harris auf Druck seiner Partei, der MSPD, von seinem Posten zurück. Zum neuen Polizeichef wurde der Leiter des Bezirks Frankfurt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Fritz Ehrler (MSPD) ernannt. Am 12. November verließen die MSPD-Delegierten den Arbeiterrat. Die Macht des Arbeiterrats wurde am Morgen des 22. November 1919 endgültig gebrochen, als die Noske-Truppen das Polizeipräsidium stürmten und die Bereitschaft der Hilfspolizei und des Marinesicherungsdienstes entwaffneten.

Eine Insel: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Hanau⁴²

Der Hanauer AuSR wurde am 9. November 1919 überwiegend aus Mitgliedern der USPD gebildet. Im Arbeiterrat saßen 20 Unabhängige neben 5 Vertretern der

42 Siehe Pákh, Das rote Hanau, S. 380ff.

MSPD. Vorsitzender wurde das USPD-Mitglied und Mitglied des Spartakusbundes Friedrich Schnellbacher. Als Organ der Revolution verfolgte der AuSR von Anfang an das Ziel einer sozialistischen Umgestaltung. Dabei fand der Rat in der Hanauer Arbeiterschaft breite Unterstützung.

Der AuSR griff mit mehreren Verordnungen in die Verfügungsgewalt der Unternehmer ein, so bei Entlassungen, bei der Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern und selbst bei Entlohnungsfragen. Zur Absicherung seiner Tätigkeit im Stadt- und Landkreis bestellte der AuSR den Stadtverordneten der USPD Georg Wagner zum provisorischen Polizeidirektor und Landrat. Dem amtierenden Landrat Carl Christian Schmid wurde Mitarbeit angeboten. Er war noch am 4. November, d. h. vor der Revolution, von der preußischen Regierung in Kassel ernannt worden. Schmid, bis ins Mark konservativ und antisozialistisch eingestellt, gab sich zunächst kooperativ, betrieb jedoch hinter den Kulissen von Anfang an die Absetzung Wagners und die Beseitigung der Räte. Dabei kamen ihm seine Kontakte zu führenden Vertretern der MSPD zugute. Er hatte sie während des Krieges als Regierungsrat im preußischen Innenministerium geknüpft. Unterstützung fand er auch im Kreisausschuss, einem noch nach dem reaktionären Dreiklassenwahlrecht gewählten Gremium. Unter dem Eindruck des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht trat Georg Wagner am 16. Januar zurück. Dem Ultimatum des Generalkommandos des 18. Armeekorps folgend, schränkte der AuSR Ende Januar seine Funktion auf die Wahrnehmung von Arbeiterinteressen ein.

Davon unbeeindruckt bemühte sich Schmid weiterhin im Zusammenwirken mit dem Regierungspräsidenten (MSPD) und dem preußischen Innenminister Rudolf Breitscheid (USPD) um militärische Unterstützung. Schmid's offenkundiges Ziel war dabei die gewaltsame Zerschlagung der Linken in Hanau. Unruhen am 18. und 19. Februar, deren Ursachen nie ganz aufgeklärt wurden, dienten als Vorwand zum Einmarsch der Regierungstruppen am 22. Februar 1919. Die Führer des AuSR wurden verhaftet und das Gewerkschaftshaus durchsucht. Noch während des Belagerungszustandes fanden am 2. März 1919 in Hanau die Stadtverordnetenwahlen nach dem neuen Wahlrecht statt. Die USPD, deren Listenführer Friedrich Schnellbacher, Georg Wagner und Wilhelm Schwind im Gefängnis saßen, bekam die meisten Stimmen und gewann 12 von 42 Mandaten.

Das Beispiel Hanau macht deutlich, wie viel Energie durch das Doppelspiel der Regierung Ebert und ihrer Stellvertreter vergeudet wurde, so dass der Kampf selbst dort verloren ging, wo alle Voraussetzungen des Sieges bestanden hatten. Clara Zetkin hat die Bedeutung dieses Beispiels gewürdigt. Sie nannte die revolutionäre Hanau eine Insel im Ozean: „Es war ein vorgeschobener Posten der proletarischen Revolution, der zurückgezogen werden musste, weil die breiten starken Heersäulen nicht folgten.“⁴³

43 Clara Zetkin: Vorwort zu Friedrich Schnellbacher: Hanau in der Revolution vom 7. November 1918 bis 7. November 1919, Hanau 1920, S. 9.

Zur Novemberrevolution 1918/1919 in Thüringen

Soll über die Novemberrevolution in Thüringen berichtet werden, so bedarf es zunächst des Hinweises auf die Tatsache, dass der heutige Freistaat zum Zeitpunkt der Revolution 1918 nicht existierte. Als politisch-administrative Einheit ist Thüringen ein konkretes und bis heute sichtbares Ergebnis der Novemberrevolution, auch wenn hieran offiziell kaum erinnert wird.¹ Die Initiative zur Überwindung der Kleinstaaterie ging von der Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des 36. Reichstagswahlkreises vom 10. Dezember 1918 in Erfurt aus, die eine einheitliche Provinz Thüringen als Teil der angestrebten deutschen Einheitsrepublik forderte.²

Vor diesem Hintergrund richtet sich der Blick auf die Ereignisse während der Novemberrevolution in Thüringen zunächst auf 8 Fürstentümer, die in 16 größere und 60 kleinere Landesteile zerfielen. Daneben existierten auf dem Gebiet des heutigen Thüringen einige preußische Enklaven, unter ihnen die beiden Industriestädte Erfurt und Suhl. Damit fehlte der Region ein mit Berlin oder München vergleichbares Zentrum, in dem sich für den Verlauf der Revolution entscheidende Vorgänge hätten abspielen können. Auch deshalb spielten die Ereignisse in Thüringen für den Gesamtverlauf der Novemberrevolution zunächst keine Rolle, weshalb sie in der späteren Revolutionsgeschichtsschreibung nur wenig Beachtung fanden. Lediglich Weimar als Tagungsort der Nationalversammlung wurde erwähnt, nach den hiermit verbundenen Rückwirkungen auf die weitere Entwicklung in Thüringen jedoch kaum gefragt.

Die bisher vorliegenden regionalgeschichtlichen Darstellungen zur Novemberrevolution in Thüringen vermitteln ein äußerst heterogenes Bild.³ In diesen Arbeiten spiegeln sich die jeweils herrschende Lehre desjenigen Umfeldes wieder, in denen sie entstanden sind.⁴ Die westdeutsche Sicht vor 1989 wurde weitgehend von der Interpretation des DV-Politikers Georg Witzmann dominiert, der in seinen

1 Im Geleitwort zu einer Veröffentlichung über die 1919 gewählten Landtage in den Thüringer Freistaaten vermied es die damalige Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht, die Novemberrevolution auch nur zu erwähnen. Siehe Christine Lieberknecht, Geleitwort in: Die vergessenen Parlamente. Landtage und Gebietsvertretungen in den Thüringer Staaten und Gebieten 1919-1923. Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Erfurt 2002, S. 9/10.

2 Siehe Bernhard Post/Volker Wahl (Hrsg.): Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995. S. 81. (Dok. 10).

3 Siehe hierzu insgesamt: Jürgen John/Günther Mai: Thüringen 1918-1952. Ein Forschungsbericht in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen, Weimar/Köln/Wien 1995, S. 553-590.

4 Siehe hierzu Heinrich August Winkler: Ein umstrittener Wendepunkt: Die Revolution von 1918/19 im Urteil der westdeutschen Geschichtswissenschaft, und Jürgen John: Das Bild der Novemberrevolution 1918 in Geschichtspolitik und Geschichtswissenschaft der DDR., in: Heinrich August Winkler (Hrsg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S. 33-42 und S. 43-84.

Erinnerungen die antirepublikanische Politik großer Teile des thüringischen Bürgertums mit dem Linksradikalismus insbesondere der Gothaer Arbeiterbewegung zu rechtfertigen versuchte.⁵ Diese Sichtweise findet sich auch in landes- und lokalgeschichtlichen Arbeiten wieder, die nach 1990 entstanden sind.⁶

Demgegenüber hat die DDR-Geschichtsschreibung nachzuweisen versucht, dass die in Gotha dominierenden linken Kräfte in der USPD erst im Verlauf der Revolution „zusehends Klarheit über den unüberbrückbaren Gegensatz zu den Zentristen und den anderen Opportunisten gewannen“.⁷ Dennoch hätten die revolutionären Kräfte des ganzen Gothaer Gebietes den eigentlich aus dieser Erkenntnis logisch folgenden Schritt zur Gründung der KPD unterlassen, weil sie die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei als Lehre der Oktoberrevolution nicht erkannten.⁸ Die Gründung der KPD galt auch in der lokalgeschichtlichen DDR-Geschichtsschreibung als das wichtigste Ereignis der Novemberrevolution⁹, wengleich eine große Diskrepanz zwischen dem veröffentlichten Bild zu Rolle und Einfluss der jungen KPD 1919/20 in Thüringen¹⁰ und dem eigenen Forschungsergebnissen bestand.¹¹

Vor diesem Hintergrund weist das Bild zur Novemberrevolution große Lücken auf, die erst noch gefüllt werden müssen. Deshalb soll hier in wenigen Umrissen eine Sicht vorgestellt werden, die in der Novemberrevolution einen Ausgangspunkt für die 1921/22 betriebene linkssozialistisch-republikanische Reformpolitik erblickt.¹² In der demokratischen Tradition der mitteldeutschen Region stehend¹³

- 5 Siehe Georg Witzmann: Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958. Seine Sicht prägte die Darstellung in Friedrich Facius: Politische Geschichte Thüringens von 1828-1945, in: Hans Patze/Walter Schlesinger (Hrsg.): Geschichte Thüringens. Politische Geschichte in der Neuzeit. Bd. 2, Köln/Wien 1978, Lauf 2001. Kritisch hierzu: Lothar Ehrlich/Jürgen John: „Weimar 1930“. Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur, in: Lothar Ehrlich/Jürgen John (Hrsg.): Weimar 1930. Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur, Köln/Weimar/Wien 1998, S. VII-S. XXXVIII.
- 6 Siehe Joachim Bergmann: Die innenpolitische Entwicklung Thüringens in der Zeit von 1918 bis 1932, Lauf 2001; Helge Matthiesen: Bürgertum und Nationalsozialismus in Thüringen. Das bürgerliche Gotha von 1918 bis 1930, Jena 1994.
- 7 Gerhard Schulze: Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, Erfurt 1974, S. 97.
- 8 Siehe Ewald Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 bis 1920 unter besonderer Berücksichtigung von der Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920. DisS. (unveröffentlicht) Halle 1965, S. 126.
- 9 Siehe Schulze, Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, S. 176.
- 10 Horst Müller: Über die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihre Entwicklung zur revolutionären Massenpartei in Thüringen 1919/20, in: Beiträge zur Geschichte Thüringens, Erfurt 1968, S. 22-52.
- 11 Siehe Buchsbaum: Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung, S. 198-217; Walter Pöhlend: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ostthüringen 1914-1920 unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung des revolutionären linken Flügels der USPD bis zur Vereinigung mit der KPD. Diss. (unveröffentlicht) Halle 1965, S. 217-246.
- 12 Hierzu aus jeweils unterschiedlicher Sicht: Manfred Weißbecker (Hrsg.): Rot-Rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und heute, Jena 2004; Josef Schwarz: Die linkssozialistische Regierung Frölich in Thüringen 1923. Hoffnung und Scheitern, Schkeuditz 2000; Beate Häupel: Die Gründung des Landes Thüringen. Staatsbildung und Reformpolitik 1918-1923, Weimar/Köln/Wien 1995; Erhard Wörfel: Die Arbeiterregierung in Thüringen im Jahre 1923, Erfurt 1974; Paul Mitzenheim: Die Greilsche Schulreform in Thüringen. Die Aktionseinheit der Arbeiterparteien im Kampf um eine demokratische Einheitsschule in den Jahren der revolutionären Nachkriegskrise, Jena 1965.

und sich positiv auf die Novemberrevolution 1918 beziehend¹⁴ unternahmen die thüringischen Sozialisten den Versuch, die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie durch die Demokratisierung der Verwaltung zu stärken, eine konsequent soziale Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu betreiben und die Trennung von Staat und Kirche herbeizuführen. Das sich im Aufbau befindliche Land Thüringen wurde so Anfang der 20er Jahre „zu einem regionalen Reformzentrum der frühen Weimarer Republik – zu einem Hoffnungsträger der Reformgruppen und zu einem Schreckgespenst ihrer Gegner.“¹⁵ Hier wurde kurzzeitig eine alternative Entwicklungsmöglichkeit in der Weimarer Republik sichtbar. Diese scheiterte 1923 zunächst mit dem Einmarsch der Reichswehr. Kurz darauf erfolgte ein grundlegender Kurswechsel in der Landespolitik, den die nun mit Unterstützung der völkisch-nationalsozialistischen extremen Rechten regierenden bürgerlichen Parteien vornahmen.¹⁶

Im folgenden soll auf vier Aspekte der Revolution 1918/1919 in Thüringen eingegangen werden.

Erstens:

Die von Norddeutschland ausgehende Revolution traf in Thüringen am 8. und 9. November 1918 auf unterschiedliche sozial-ökonomische und politische Konstellationen, woraus sich ihre differenzierten Verläufe erklären.

Neben Rheinland, Sachsen und Berlin hatte sich die thüringische Region vor der Jahrhundertwende zu einem vierten Ballungsgebiet des Kaiserreiches entwickelt¹⁷, das ohne Schwerindustrie vor allem in West- und Mittelthüringen dennoch strukturschwach geblieben war. Die den Thüringer Wald und das „weimarisches Manchester“¹⁸, die Strick- und Wirkwarenstadt Apolda, beherrschende Leichtindustrie bestand vorrangig aus Klein- und Mittelbetrieben und aus Hausindustrie.¹⁹ Hier dominierten dörfliche Strukturen. Die wenigen größeren Städte waren in Thüringens Kleinstaatenwelt hauptsächlich fürstliche Residenzen, die sich nicht zu Industriestädten entwickeln sollten.²⁰

13 Diesen Aspekt hebt ausdrücklich Karsten Rudolph hervor: Untergang auf Raten. Die Auflösung und Zerstörung der demokratischen Kultur in Thüringen 1930 im regionalen Vergleich, in John Ehrlich (Hrsg.): Weimar 1930, S. 25.

14 Eine der ersten Maßnahmen der 1921 gewählten sozialistischen Regierung bestand in der Einführung des 9. November als gesetzlicher Feiertag.

15 Jürgen John (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens 1918-1945, Erfurt 1996, S. 29.

16 Siehe ebenda, S. 17/18.

17 Siehe Ullrich Hess: Geschichte Thüringens 1866 bis 1914. Aus dem Nachlass herausgegeben von Volker Wahl, Weimar 1991, S. 95/96.

18 Siehe ebenda, S. 103.

19 Siehe ebenda, S. 299/300.

20 Siehe Andreas Wolfrun: Die Sozialdemokratie im Herzogtum Sachsen-Altenburg zwischen 1848 und 1920, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 34-36.

Nach der Revolution von 1848/49 hatten die Thüringischen Kleinstaaten als ein „Hort der Freiheit“ gegolten. Der preußische Gesandte am Hof des Weimarer Herzogs charakterisierte 1869 die Bevölkerung Thüringens als durchweg liberal, demokratisch und republikanisch.²¹ Kennzeichnend für diese liberale Atmosphäre war die Begrüßung August Bebels durch den Eisenacher Polizeidiinspektor 1869 am Beginn des Gründungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei: „Sie sind hier in einem freien Lande, Sie können hier sprechen und beschließen, was Sie wollen. – Wir werden nicht danach fragen.“²² Die soziale Situation der thüringischen Arbeiter war im Vergleich zu anderen Regionen des Kaiserreiches jedoch noch schlechter.²³ Die Sozialdemokratie gewann in diesem von „Verbitterung und Verdrossenheit“ bestimmten Umfeld mit ihren visionären Zielstellungen, die vielen Notleidenden wieder einen Lebenssinn gab, schnell an Einfluss.²⁴

Bereits in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts zogen Sozialdemokraten in die kleinstaatlichen Landtage ein und begannen, eine stetig anwachsende parlamentarische Präsenz aufzubauen.²⁵ In einigen Landtagen gelang es den Abgeordneten der SPD, durch Zusammenarbeit mit den Liberalen und den Regierungen bestimmte Forderungen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen. Damit zeigte die Sozialdemokratie, dass sie nicht nur die Erreichung ihres Endziels vorbereitete, sondern auch für die Gegenwartsinteressen der Arbeiter wirkte.²⁶ Die Regierungskoalitionen, die Sozialdemokraten beider Richtungen mit den bürgerlichen Demokraten in den Anfang 1919 neu gewählten Landtagen mit Ausnahme Sachsen-Gothas eingingen²⁷, lagen in der Kontinuität sozialdemokratischer parlamentarischer Tradition und liberaler bürgerlicher Demokratie in Thüringen.

Im Zuge der Industrialisierung während des letzten Drittels des 19. Jh. bildeten sich in Thüringen zwei Industrielandschaften heraus. Während in den Dörfern und Landgemeinden des Thüringer Waldes weiterhin die aus der vorindustriellen Zeit stammenden Strukturen dominierten, veränderte sich die industrielle Basis in der ostthüringischen Region erheblich. Sowohl die Textilproduktion, als auch die Metallwarenherstellung und die Papier- und Lederproduktion wurden nun zunehmend fabrikmäßig betrieben. Zum größten Unternehmen in Thüringen wurde das Zeiss-Werk in Jena. Insbesondere in Ostthüringen entwickelte sich die Sozialdemokratie zur Milieupartei eines schnell anwachsenden Industrieproletariats.²⁸

21 Siehe Rudolph, Untergang auf Raten, Weimar 1930, S. 19.

22 Protokoll über die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen sozial-demokratischen Arbeiterkongresses zu Eisenach am 7., 8. und 9.8.1869, Leipzig 1869, S. 7.

23 Siehe Hess, Geschichte Thüringens, S. 141/142.

24 Siehe ebenda, S. 146.

25 Zur Entwicklung der SPD bis 1914 in Thüringen insgesamt siehe Hess, Geschichte Thüringens, S. 95/96.

26 Siehe Wilhelm Bock: Im Dienste der Freiheit. Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg, Berlin 1927, S. 58.

27 Siehe Häupel, Die Gründung des Landes Thüringen, S. 64-67.

28 Siehe hierzu insgesamt Franz Walter: Thüringen – Einst Hochburg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung? In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 28. Jg. (1992), S. 21-39.

Der Erste Weltkrieg bewirkte vor allem in der Residenzstadt Gotha gravierende strukturelle Veränderungen. Insgesamt wies das Herzogtum Sachsen-Gotha-Coburg in den letzten beiden Kriegsjahren die höchste Produktion pro Kopf an Kriegsmaterial im gesamten Kaiserreich auf.²⁹ Hatte in Gotha die Zahl der bürgerlichen Erwerbstätigen bis 1914 zu- und die der Industriearbeiterschaft abgenommen³⁰, stieg letztere infolge des Ausbaus der Rüstungsindustrie stark an.³¹ Diese Arbeiterschaft bildete vor Ort die soziale Basis der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), die 1917 in Gotha von den Gegnern der sozialdemokratischen Kriegspolitik gegründet worden war.

Die politische Grundlage für die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterschaft war jedoch bereits 1910 mit der Einstellung Otto Geithners³² als Redakteur des „Volksblattes“ gelegt worden. Durch ihn verfügte die Parteilinke vor Ort über einen entsprechenden Einfluss auf die lokale Parteizeitung. Seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges war das „Gothaer Volksblatt“ bis zu seinem Verbot im März 1915 ein Sprachrohr der innerparteilichen Antikriegsopposition. Geithner nahm am 5. März 1915 an der Gründung der Gruppe Internationale in Berlin teil³³, war aber aufgrund seiner Einberufung an weiterer aktiver Antikriegsarbeit stark gehindert.

Nachhaltiger konnte der auf zentristischer Position stehende Gothaer SPD-Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bock, der am 3. August 1914 intern gegen die Kriegskredite gestimmt hatte,³⁴ für die innerparteiliche Opposition wirken. Der Parteiveteran Bock hatte 1869 zu den Mitbegründern der Eisenacher Partei gehört und war 1875 aktiv an deren Vereinigung mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beteiligt.³⁵ Er übernahm im April 1917 nicht nur die organisatorischen Vorbereitungen zur Gründung der USPD in Gotha, sondern wirkte aktiv am Aufbau der neuen Partei in Thüringen mit.³⁶ Unter seiner Führung ging die Gothaer Sozialdemokratie nahezu geschlossen in die neue Partei. Sowohl am Aprilstreik 1917³⁷, als auch am Januarstreik 1918³⁸ war die Gothaer Arbeiterbewegung aktiv beteiligt. Bock war es auch, der am 9. November 1918 den Herzog von Sachsen-

29 Siehe Buchsbaum, Die Linksentwicklung, S. 91.

30 Siehe Matthiesen, Bürgertum und Nationalsozialismus, S. 26.

31 Siehe ebenda, S. 44/45.

32 Siehe Helga Raschke: „In contumicium“ aus der KPD geworfen. Ernst Geithner (1876-1948), in: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen, S. 177-183; Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 239/240.

33 Siehe Schulze, Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, S. 24.

34 Siehe Eugen Prager, Geschichte der USPD, Berlin 1921, S. 26.

35 Siehe Mario Hesselbarth: Der Großvater des Sozialismus in Thüringen. Wilhelm Bock (1846-1931), in: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen, S. 53-62. In seinen Erinnerungen machte Bock keine Angaben über seine Rolle während der Parteispaltung 1916/17; siehe Bock, Im Dienste der Freiheit.

36 Siehe hierzu insgesamt Mario Hesselbarth: Zur Spaltung der thüringischen Sozialdemokratie im Frühjahr 1917, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. II/2008, S. 92-101.

37 Siehe Schulze, Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, S. 31.

38 Die Streikaktion im Januar 1918 wurde von einem Arbeiterrat geleitet, zu dem auch Bock gehörte. Siehe Buchsbaum, Die Linksentwicklung, S. 89-94.

Coburg-Gotha für abgesetzt erklärte, dem damit als einzigem Thüringischen Fürsten dieses Schicksal wiederfuhr.³⁹

Wie in Gotha waren die Sozialdemokraten in den beiden preußischen Kleinstaaten nahezu geschlossen der USPD beigetreten, auch hier bildete die Industriearbeiterschaft die soziale Basis der neuen Partei. Demgegenüber blieben die Sozialdemokraten vor allem in den ländlichen Regionen und im Freistaat Sachsen-Altenburg in der sozialdemokratischen Mehrheitspartei (MSPD). Damit ging die regionale Arbeiterbewegung bei unterschiedlicher Dominanz der jeweiligen Richtung nahezu geschlossen in die Revolution, was deren weiteren Verlauf prägen sollte.

Zweitens:

Die Initiative zur Revolution ging in Thüringen zu großen Teilen von den Soldaten aus. Neben dem Zusammenbruch der militärischen Disziplin beeinflusste vor allem der Informationsvorsprung über die Vorgänge in Norddeutschland, den sie gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung aufgrund ihrer besseren Kommunikationsmöglichkeiten hatten, ihr Agieren.⁴⁰ Einen wichtiger Faktor für die Initiative der Soldaten der Weimarer Garnison bildete der Umstand, dass hier Jenaer Arbeiter, die aufgrund ihrer Teilnahme am Januarstreik 1918 eingezogen worden waren, die revolutionären Aktionen am 8. November 1918 auslösten.⁴¹ Bereits am Vormittag hatten zwei Soldaten der Weimarer Garnison Kontakt mit August Baudert⁴², Reichs- und Landtagsabgeordneter sowie Sekretär des Agitationsbezirkes Großthüringen der MSPD, aufgenommen.⁴³ Mit dem Verweis auf die explosive Stimmung unter den Mannschaften forderten sie die Partei zum Handeln auf. Baudert schlug für den Abend eine Demonstration vor und formulierte gemeinsam mit den Soldaten deren Forderungen. Diese sollte er als deren Sprecher gegenüber dem Garnisonkommandeur vertreten. Bis zum Abend wurde das Vorhaben der Soldatendemonstration sowohl dem Garnisonskommandeur als auch der Polizei bekannt. Baudert gelang es hinter den Kulissen mit der Zusicherung, dass die Demonstration friedlich verlaufen würde, eine Gegenaktion der alten Ordnungsmacht zu verhindern.

Zwischenzeitlich hatten die Soldaten einen Soldatenrat gewählt und ein Programm, das u. a. die Forderung nach Abdankung des Kaisers und der Fürsten be-

39 Siehe Häupel, Die Gründung, S. 46.

40 Siehe Günther Hautal: Aus der Geschichte des Herzogtums Sachsen-Altenburg. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Entstehung des Freistaates Sachsen-Altenburg (1919), Bd. IV., Altenburg 2003, S. 71.

41 Siehe Schulze, Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, S. 69.

42 Siehe Peter Franz: Ein sozialdemokratischer Basisarbeiter. August Baudert. In: Hesselbarth/Schulz/Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen, S. 30-38.

43 Zu den Ereignissen in Weimar u. a. August Baudert: Sachsen-Weimars Ende. Historische Tatsachen aus sturmbelegter Zeit, Weimar 1923, S. 10-17.

inhalten, formuliert. Die politischen Forderungen sollten nach Auffassung der Soldaten von der lokalen Sozialdemokratie und der SPD-Landtagsfraktion ausgearbeitet werden. Baudert führte die Soldaten wie abgesprochen am Abend friedlich durch die Stadt zum Schlossplatz und hielt eine kurze Ansprache, in der er die demokratische Republik forderte. Nur mit Mühe gelang es ihm, ein sofortiges Losschlagen der Soldaten und damit den Sturm auf das Schloss zu verhindern. Der Garnisonskommandeur erklärte sich zur Annahme der Soldatenforderungen bereit und veranlasste die Freilassung der wegen Disziplinvergehen Inhaftierten. Aber damit gab sich der Soldatenrat schon nicht mehr zufrieden. Post, Bahnhof und Telegrafnamt wurden besetzt, und die Soldaten übernahmen die politische und militärische Macht in der Stadt. Einen Tag später bildeten die Partei- und Gewerkschaftsleitung einen Arbeiterrat, zu dessen schnellster Konstituierung sie nach Bauderts eigener Darstellung „von den Allerradikalsten“ gedrängt werden mussten. Am gleichen Tag dankte der Großherzog nach einer Aufforderung durch den Arbeiter- und Soldatenrat ab, der sich selbst zunächst lediglich als Provisorium betrachtete. Er stellte die Wahl einer konstituierenden Versammlung für das Weimariische Land aufgrund gleichen Wahlrechts zum schnellst möglichen Zeitpunkt in Aussicht. Diese sollte über die weitere politische Ausgestaltung des Landes beschließen.

In vielen thüringischen Städten verlief die Revolution nach einem ähnlichen Muster wie in Weimar.⁴⁴ Die Soldaten verweigerten den Gehorsam, wählten Soldatenräte und nahmen Kontakt zur lokalen sozialdemokratischen Parteileitung auf.⁴⁵ Angestoßen von den Soldaten bildeten sich vielerorts Arbeiterräte, die sich dann mit den Soldatenräten zu gemeinsamen Organen vereinigten. Von deren Agieren hing dann der weitere Verlauf ab, wobei sich nach einem groben Raster zwei Entwicklungslinien unterscheiden lassen.

Insbesondere dort, wo die Mehrheitssozialdemokraten dominierten, gestaltete sich die Revolution als politische Umwälzung, die schnell in die Herstellung bürgerlich-parlamentarischer Verhältnisse mündete. Die Arbeiter- und Soldatenräte bekamen hier nur wenig oder wie in Sachsen-Meiningen gar keinen Einfluss. Die bestehenden Landtage leiteten mit entsprechenden Wahlrechts- und Verfassungsänderungen die politischen Veränderungen selbst ein.

44 Siehe hierzu im einzelnen Häupel, Die Gründung des Landes Thüringen, S. 38-53; Schulze, Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, S. 60-91.

45 „Ich befand mich zur Zeit der Novemberrevolution als Vizefeldwebel und Flugzeugführer bei der Fea 3 (Flieger-Ersatzabteilung 3) in Gotha. Am 8. November 1918 war vormittags ein allgemeiner Kleiderappell angesetzt, der von einem alten Tattergreis von General, der eigens aus Erfurt kam, abgehalten wurde. Der Appell konnte nicht beendet werden, da aus den Reihen der Kameraden Rufe laut wurden wie: Alter Weihnachtsmann geh nach Hause, worauf sich die angetretene Menge spontan auflöste. Die diensthabenden Offiziere und einige Unteroffiziere verdrückten sich lautlos. Dann wurde ein Soldatenrat gewählt.“ Augenzeugenbericht des Soldaten Willi Boll. In: Ewald Buchsbaum, Die Linksentwicklung, S. 102. Bereits Mitte Oktober 1918 hatten die Gothaer Behörden gemeldet, dass die sich in der Stadt befindlichen Truppen disziplinos und nicht mehr gewillt seien, Soldaten im Sinne militärischer Überlieferung zu sein. Siehe ebenda, S. 100.

Als revolutionärer Umsturz gestaltete sich die Revolution in denjenigen Industriezentren, wo die linksorientierte USPD dominierte bzw. großen Einfluss ausübte. Bereits in den letzten Oktobertagen 1918 war in Jena und Gotha in öffentlichen Volksversammlungen der USPD offen über einen revolutionären Ausweg aus dem Krieg und über den Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus diskutiert worden. So rief der USPD-Reichstagsabgeordnete Herzfeld im Jenaer Volkshaus zur Revolution nach russischem Vorbild auf.⁴⁶ Dennoch lösten auch in den beiden Industriezentren die Soldaten die revolutionären Aktionen aus. Die hier gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte verstanden sich als revolutionäre Übergangsorgane, die bis zur Wahl der Nationalversammlung die alleinige Macht auszuüben gedachten. In diesem Sinne antwortete der aus beiden sozialistischen Parteien paritätisch zusammengesetzte Jenaer Arbeiter- und Soldatenrat auf das Anliegen des liberalen Jenaer Bürgertums zur Beteiligung am Rat.⁴⁷

In den beiden preußischen Fürstentümern machte die zentristisch orientierte USPD ihren Willen zur Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse mit entsprechenden Eingriffen in die politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse sichtbar. Ihre Initiativen zielten letztlich auf eine Umsetzung der Überlegungen Kautskys zur Übergangswirtschaft ab. Auf kapitalistischer Grundlage sollte die zerrüttete Wirtschaft wieder in Gang gesetzt, zugleich aber deren negative Auswirkungen auf die Arbeitenden durch konkrete Maßnahmen wie Achtstundenarbeitstag, Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsschutzgesetze eingedämmt werden. Zu den ersten Maßnahmen gehörte deshalb die Verordnung über Mindestlöhne und Arbeitszeiten, die eine tatsächliche materielle Besserstellung der arbeitenden Bevölkerung bewirkten.⁴⁸

Insgesamt herrschte im November/Dezember 1918 innerhalb der Thüringer Rätebewegung bis hin zu den auf dem linken Flügel der USPD stehenden lokalen Parteiorganisationen Konsens über die Notwendigkeit der Wahl einer Nationalversammlung. Die wenigen Stimmen, die für ein reines Räte-system plädierten, blieben zu diesem Zeitpunkt in einer verschwindend geringen Minderheit. Sowohl die Landeskonzferenz der Gothaer USPD am 24.11.1918⁴⁹ als auch die von den

46 Siehe Eberhart Schulz: Gegen Krieg, Monarchie und Militarismus. Der Weg in die Revolutionsstage 1918/19 in Jena, Jena 2008, S. 134.

47 „An die gesamte fortschrittliche Einwohnerschaft zu Händen Herrn Dr. Schomerus. Ihr Gesuch um Aufnahme in den Arbeiter- und Soldatenrat wird abgelehnt. Begründung: Nachdem die Revolution von der Arbeiterschaft in Verbindung mit den Soldaten aus eigener Kraft durchgeführt ist, ist es nicht angängig, dass die Kreise, die dieser gewaltigen geschichtlichen Tat gleichgültig, zum Teil sogar feindlich gegenüberstanden, mindestens zur Erringung des jetzigen Zustandes nichts beigetragen haben, nunmehr in die neugebildete Volksregierung eintreten. Durch einen Erlaß der sozialdemokratischen Reichsregierung, nach der in absehbarer Zeit die Wahlen zur Nationalversammlung und anderen Vertretungskörperschaften stattfinden, wird es allen Schichten des Volkes möglich sein, sich eine Vertretung in derselben zu sichern. Bis zum jetzigen Zeitpunkt wird der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Jena als Provisorium in seiner jetzigen Zusammensetzung bestehen bleiben.“ Jenaer Volksblatt, 17.11.1918, zitiert nach Schulz: Der Weg in die Revolutionsstage, S. 149.

48 Siehe Schulze, Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, S. 107-109.

49 Zum ersten Teil des Referats der Parteileitung, in dem von der Wahl einer Nationalversammlung ausgegangen wurde, gab es keine Diskussion, da sich dem Bericht des „Gothaer Volksblattes“ zufolge „wohl alle Anwesenden einig“ waren (Gothaer Volksblatt, 26.11.1918).

Vertretern der USPD im Jenaer Arbeiter- und Soldatenrat eingebrachte Resolution vom 13. Dezember 1918 zeigen dies. Die Jenaer Resolution forderte die Konstituierung der Republik durch eine Nationalversammlung⁵⁰ und zugleich die Herstellung einer geschlossenen proletarischen Front auf der Grundlage des Erfurter Programms.⁵¹

Bereits Ende November 1918 hatte Emil Vetterlein, ein führender USPD-Funktionär in Gera, in einem Aufruf das gemeinsame Antreten der beiden sozialdemokratischen Parteien bei den Wahlen zur Nationalversammlung gefordert.⁵² Sein Aufruf richtete sich ausdrücklich gegen die Positionen des Spartakusbundes, denn die Mehrheit des Proletariats wolle die Wahlen zur Nationalversammlung. Dieser Wille sei eine reale Macht, gegen die auch tiefere Einsichten, historische Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse nichts ausrichten könnten. Hieran kämen deshalb auch die weiter links Stehenden nicht vorbei, denn sie könnten die Massen nicht von dem Weg abbringen, den diese selbst gewählt hätten.

Erste konkrete Absprachen zur Verwirklichung eines gemeinsamen Wahlantritts trafen die thüringischen Delegierten zum Reichsrätekongress im Dezember 1918.⁵³ Am 19. Dezember 1918 beschloss die Bezirkskonferenz der USPD unter den Bedingungen, dass besonders kompromittierte Mitglieder der MSPD nicht aufgestellt und die gemeinsame Liste paritätisch zusammengesetzt sein würde, in konkrete Verhandlungen mit der MSPD einzutreten.⁵⁴ Der Außerordentliche Bezirksparteitag der Thüringischen MSPD erklärte kurz darauf ebenfalls seine prinzipielle Bereitschaft zu Verhandlungen über einen gemeinsamen Wahlantritt, wenngleich er die konkreten Vorschläge der USPD zurückwies und von seiner Seite das Zusammengehen an bestimmte Bedingungen knüpfte.⁵⁵ Letztlich scheiterten die Bemühungen um einen gemeinsamen Antritt zur Wahl der Nationalversammlung.⁵⁶ Bei den Landtagswahlen in Schwarzburg-Sondershausen und Reuß j.L. gab es jedoch gemeinsame Listen von SPD und USPD.⁵⁷ Im Frühjahr 1919 begannen die Forderungen nach Herstellung der sozialistischen Einheit sich über die Köpfe der Führer hinweg gegen die Politik der MSPD-Führung zu richten, die jetzt als Hauptursache für den Vormarsch der Gegenrevolution gesehen wurde.

50 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 14.12.1918. Die Resolution ist teilweise enthalten in: Schulz, Der Weg in die Revolutionsstagen, S. 156.

51 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 14.12.1918.

52 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 14.12.1918.

53 Siehe Pöhlend, Die Entwicklung der Arbeiterbewegung, S. 258.

54 Siehe Gothaer Volksblatt, 23.12.1918.

55 Siehe Weimarerische Volkszeitung, 28.12.1918.

56 Siehe ebenda, 03.01.1919.

57 Siehe Häupel, Die Gründung des Landes Thüringen, S. 65/66.

Drittens:

Die lokalen Kräfte der Gegenrevolution erstarkten vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung in Deutschland im Frühjahr 1919 und infolge des Einmarsches der Noske-Truppen Anfang Februar 1919 in Weimar.

Unter dem Eindruck der Berliner Januarkämpfe und der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts wurde die Besetzung Weimars von großen Teilen der Thüringer Arbeiterschaft als reine Provokation aufgefasst.⁵⁸ Hierauf verwies der Thüringer Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrat in Erfurt ausdrücklich, als er den sofortigen Rückzug der Noske-Truppen forderte.⁵⁹ Diese waren mit der Begründung einer drohenden Putschgefahr von Links nach Weimar beordert worden, da 800 bewaffnete Arbeiter aus Gotha und Erfurt versucht hätten, die Nationalversammlung gewaltsam auseinander zu treiben.⁶⁰

August Baudert kann in dieser Angelegenheit als unvoreingenommener Zeuge gelten. Er schrieb in seinen Erinnerungen, dass der Weimarer Soldatenrat den Schutz der Nationalversammlung selbst übernehmen wollte. Dies entsprach auch der Auffassung des Thüringer Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrats, der darauf verwies, dass die lokalen Räte bisher trotz verschiedener Konflikte stets Ruhe und Ordnung sichergestellt hatten.⁶¹ Sehr schnell sahen der Weimarer und die anderen lokalen Räte jedoch, dass bewaffneter Widerstand gegen die Regierungstruppen sinnlos gewesen wäre. Ein kleinerer Trupp linksradikaler Arbeiter sei deshalb entwaffnet worden. Gleichzeitig wurden die vom Weimarer Soldatenrat gerufenen Verstärkungen aus Gotha noch vor Erreichen der Klassikerstadt zurückbeordert. Schon am 26. Januar hätte Baudert zwischen dem Weimarer Soldatenrat und General Maercker erfolgreich vermitteln und eine gewisse Beruhigung der Lage erreichen können.⁶²

Das „Gothaer Volksblatt“ wies am 7. Februar 1919 bürgerliche Pressemeldungen über die Gefahr eines von Gotha ausgehenden Putsches gegen die Nationalversammlung als unsinnig zurück und äußerte die Vermutung, dass mit derartigen Lügen der Einmarsch von Regierungstruppen erreicht werden sollte.⁶³ Dieser erfolgte dann am 17. Februar 1919 tatsächlich. Die Gothaer Arbeiterschaft beantwortete den Truppeneinmarsch mit einem Generalstreik, den das Bürgertum unter dem Schutz der Noske-Truppen mit einem Bürgerstreik zu kontern versuchte. Es erreichte, dass ab 27. Februar alle lebenswichtigen Betriebe der Stadt die Arbeit

58 Gegen die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gab es in Thüringen zahlreiche Massenkundgebungen. Siehe Schulze, Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, S. 165-167.

59 Siehe Gothaer Volksblatt, 01.02.1919.

60 So das häufig unkritisch wiedergegebene Argument aus der zeitgenössischen bürgerlichen Presse u. a. in Mathiesen, Bürgertum und Nationalsozialismus, S. 83.

61 Siehe Gothaer Volksblatt, 01.02.1919.

62 Siehe Baudert, Sachsen-Weimars Ende, S. 45/46.

63 Siehe Gothaer Volksblatt, 07.02.1919.

wieder aufnahmen. Zugleich wirkte sich der Bürgerstreik unmittelbar auf die Landtagswahl aus, bei der die DDP massive Stimmenrückgänge zu verzeichnen hatte, während die bürgerlichen Rechtsparteien DVP und DNVP massiv hinzugewannen. Langfristig stärkte der Bürgerstreik die Bereitschaft im Bürgertum, unter dem Schutz von Regierungstruppen mit Gewalt gegen die Arbeiter vorzugehen.⁶⁴ Die hier zum Ausdruck kommende Radikalisierung des Bürgertums war jedoch keine kurzfristige Reaktion auf den Radikalismus der Arbeiterbewegung,⁶⁵ vielmehr richtete sich der bürgerliche Radikalismus insgesamt gegen die Ergebnisse der Revolution, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie und die junge Republik.

Schon die Regierungskrisen in mehreren thüringischen Kleinstaaten in Reaktion auf die Oktoberreformen 1918 hatten gezeigt, dass sich die monarchistischen, nationalistischen und völkischen Kreise aktiv gegen die von der neuen Reichsregierung ausgehenden Parlamentarisierungsbestrebungen zu wenden versuchten.⁶⁶ Hier wurde eine zweite, oftmals übersehene oder bewusst verschwiegene Kontinuitätslinie des thüringischen Bürgertums kenntlich, deren Anfänge in die Zeit der Reichsgründung von Oben (1866–1871) zurückreichten.⁶⁷ Während dieser Zeit veränderte sich das politische Klima in der Region nachhaltig. Sichtbar wurde dies in der Spaltung der Nationalliberalen Partei. Während sich führende Vertreter des thüringischen Liberalismus um Eduard Lasker 1880 an der Bildung der Liberalen Vereinigung maßgeblich beteiligten⁶⁸, gehörte ein großer Teil seiner bürgerlichen Basis zu den „Stützen der reaktionären Politik der letzten Kanzlerjahre Bismarcks“⁶⁹. In der Losung „Das Nationale voran, das Liberale folgt dann“⁷⁰ kam ein Nationalismus zum Ausdruck, der, als Ausgrenzungsideologie gegenüber inneren und äußeren Feinden verstanden, zur verbindenden Gedankenwelt des Bürgertums wurde. Vor allem in den milieuübergreifenden bürgerlichen Massenorganisationen bildete er die Grundlage einer Politik, „die auf Parteien und parlamentarische Mehrheiten nichts gab“⁷¹. Dieser im Deutschen Kaiserreich allgemeine Entliberalisierungsprozess wurde in Thüringen durch mehrere Aspekte nachhaltig beeinflusst und verstärkt.

64 Siehe hierzu insgesamt Matthiesen, Bürgertum und Nationalsozialismus, S. 72-80.

65 Dies ist die zentrale These von Matthiesen.

66 Siehe Schulze, Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, S. 44/45. „Die neueste innenpolitische Entwicklung erfüllt alle monarchistischen Herzen mit ernster Sorge. Fest und sicher ruhte bisher das Deutsche Reich auf der Dreiteilung der Gewalten zwischen Kaiser, Bundesfürsten und Reichstag. Fällt durch die beabsichtigte Parlamentarisierung ein Großteil der Kaisermacht dem Reichstag zu, so muss dessen Übergewicht die Fürstengewalt zermalmen. (...) Der auf fremden Boden erwachsene und für uns schädliche Parlamentarismus, dem der Fürst nicht wie uns der Vorderste des Volkes, sondern eine in Schach zu haltende Partei ist, würde über die reiche Entwicklung deutscher Geschichte zerstörend hinweg schreiten und müsste die Verkümmernung deutscher Art zur Folge haben.“ Zitiert nach Baudert, Sachsen-Weimars Ende, S. 4.

67 Siehe Rudolph, Untergang auf Raten, S. 19.

68 Siehe Hess, Geschichte Thüringens, S. 159.

69 Ebenda, S. 161.

70 Ebenda, S. 166.

71 Matthiesen, Bürgertum und Nationalsozialismus, S. 32.

Das thüringische Mittel- und Kleinbürgertum war aufgrund der spezifischen Industriestruktur zahlenmäßig sehr stark, wegen seiner Exportabhängigkeit von Weltmarktkrisen oft sehr hart betroffen und durch die geringe Urbanisierung von einem starken ländlichen konservativen Milieu umgeben. Zudem war es politisch nicht repräsentiert. Die republikanisch gesinnte kleinbürgerliche Volkspartei war zum Teil in der Sozialdemokratie aufgegangen. Deshalb gab es hier, anders als in den süddeutschen Staaten, „keine demokratisch-republikanische Partei des Kleinbürgertums und der Kleinbauern mehr zwischen liberalem Bürgertum und Arbeiterpartei“.⁷²

Aus diesen Gründen konnte der Bund der Landwirte (BdL), eine straff organisierte, aggressiv gegen Sozialdemokratie und Liberalismus ausgerichtete agrarische Kampforganisation⁷³, bis in das städtische Klein- und Mittelbürgertum⁷⁴ vordringen. Der BdL hatte der „politischen Reaktion und geistigen Rückständigkeit im thüringischen Dorf seit dem Ende des 19. Jh.“⁷⁵ eine breite Massenbasis verschafft und die Grundlage für die starke Verankerung des Antisemitismus in der ländlichen Bevölkerung gelegt. Die Übergänge zwischen agrarischem Konservatismus und völkischem Radikalismus waren dabei fließend, und die tatsächliche Bedeutung des Begriffes „völkisch“ in der bäuerlichen Vorstellungswelt ist nur schwer verifizierbar.⁷⁶

Nach der Jahrhundertwende bauten antisemitische und völkische Gruppierungen ihren Einfluss in Thüringen vor allem auf Kosten der Liberalen aus.⁷⁷ Bei der Reichstagswahl 1907 eroberte die antisemitische Deutsch-soziale Partei⁷⁸, in Thüringen hauptsächlich eine Hilfstruppe des BdL⁷⁹, drei Wahlkreise. Sie gehörte dabei zu der in Reaktion auf den großen Reichstagswählerfolg der SPD von 1903 formierten antisozialistischen Gegenfront, die gerade wegen des großen Erfolges der SPD bei der darauf folgenden Wahl 1912⁸⁰ den Gedanken an die Wiederaufnahme der antisozialistischen Bewegung des Bürgerblocks gegen die „rote Gefahr“ wach hielt⁸¹.

Vor diesem Hintergrund wirkte die Novemberrevolution nur kurzzeitig paralyisierend auf große Teile des thüringischen Bürgertums. Sichtbar wird dies an einer Bemerkung der bürgerlichen Jenaischen Zeitung vom 12.11.1918, in der sie an-

72 Hess, Geschichte Thüringens, S. 147.

73 Siehe Dieter Fricke/Edgar Hartwig: Bund der Landwirte (BdL) 1893-1920, in: Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 1, Leipzig 1984, S. 241-270.

74 Siehe Hess, Geschichte Thüringens, S. 380.

75 Ebenda, S. 129/130.

76 Siehe Guido Dressel: Der Thüringer Landbund, Erfurt 1998, S. 41.

77 Siehe Hess, Geschichte Thüringens, S. 384/385.

78 Siehe Dieter Fricke: Deutsch-Soziale Partei (DSP) 1900-1914, Bd. 2, Leipzig 1984, in: Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Bd. 2, S. 534-537.

79 Siehe Hess, Geschichte Thüringens, S. 384.

80 Sie errang 10 Mandate und erreichte knapp 50% der Stimmen. Siehe Hess, Geschichte Thüringens, S. 406/407.

81 Siehe Rudolph, Untergang auf Raten, S. 21.

gesichts der sich aus ihrer Sicht überstürzenden Ereignisse diese lediglich zusammenfassen könnte, sich aber jeden Kommentars enthalten wollte. Doch schon wenige Tage später begann das Blatt mit massiver Kritik an den Entscheidungen der Räte.

Aus dieser zweiten Kontinuitätslinie erklärt sich die Abwendung großer Teile des thüringischen Bürgertums von der DDP im Verlauf des Jahres 1919. Trotz friedlichen Verlaufs der Revolution und trotz der insbesondere vom Bürgertum geforderten Wahlen zu einer Nationalversammlung sowie den einzelstaatlichen Landtagen traten dessen antiparlamentarische Tendenzen sehr schnell wieder hervor. In Sachsen-Meinigen, wo die Revolution sofort in bürgerlich-parlamentarischen Bahnen verlief, waren die Abgeordneten der monarchistisch ausgerichteten Bauern- und Bürgervereinigung nicht bereit, die Regeln des Parlamentarismus zu akzeptieren. Sie beharrten auf einer Beteiligung an der Regierung, was die Mehrheit aus SPD, USPD und DDP ablehnte, worauf sich die Rechtspolitiker „in eine Art Fundamentalopposition“⁸² flüchteten und sich an der parlamentarischen Arbeit faktisch nicht mehr beteiligten.

Viertens:

Als Reaktion auf die innenpolitische Gesamtentwicklung im Frühjahr 1919, vor allem aber infolge der Unmittelbaren militärischen Angriffe der Gegenrevolution radikalisierten sich Teile der thüringischen Arbeiterbewegung. Radikalisierung meint in diesem Zusammenhang keine Hinwendung zum reinen Rätssystem, zum „Bolschewismus“ bzw. zur KPD. Vielmehr gewann bei vielen Arbeitern im Angesicht der Regierungstruppen zunehmend die Einsicht Raum, dass sich die Gegenrevolution auf dem Vormarsch befand. Hieraus wurde geschlossen, dass dieser Entwicklung mit Aktionen über die Parteigrenzen hinweg entschlossen entgegengetreten werden müsse. Dabei entwickelten die Arbeiter einen kompromisslosen Antimilitarismus, der u. a. in den von einigen sozialdemokratischen Landesregierungen ausgesprochenen Werbeverboten für die Freikorps⁸³ zum Ausdruck kam.

Erfolgreich war dieser Radikalismus in den konkreten Abwehraktionen des Frühjahrs 1919, in denen sowohl die Gothaer⁸⁴ als auch die Jenaer Arbeiterschaft jeweils den Abzug der Noske-Truppen erzwang bzw. die Belegung von Städten mit Regierungstruppen verhinderte.

82 Norbert MoczarSKI: Der letzte Landtag von Sachsen-Meinigen und die ihm nachfolgende Gebietsvertretung in den Jahren 1919-1923, in: Die vergessenen Parlamente, S. 102.

83 So zum Beispiel in Sachsen-Weimar. Siehe hierzu Schulze, Die Novemberrevolution 1918 in Thüringen, S. 165.

84 „Der Arbeiterrat [in Gotha] konnte trotz Maerkers Aktion seine Macht behaupten - darin unterschied sich dieser Fall von allen anderen Besetzungen radikaler Städte.“ (Eberhard Kolb: Arbeiterräte in der Novemberrevolution, S. 291.)

Am 25. April 1919 beantwortete die Jenaer Arbeiterschaft den Einmarsch von Regierungstruppen mit einem Generalstreik. SPD, USPD und KPD bildeten einen paritätisch zusammengesetzten Aktionsausschuss und einigten sich auf ein Aktionsprogramm, in dem die Diktatur des Proletariats und die Entfernung der gegenwärtigen Regierung gefordert wurden.⁸⁵ Die Bezirkskonferenz der Arbeiterräte Thüringens schloss sich dem Jenaer Aktionsprogramm vorbehaltlos an.⁸⁶ Für dessen Forderungen traten am 1. Mai 1919 sowohl in Jena als auch in Gera tausende Arbeiterinnen und Arbeiter auf den bis dahin größten Maikundgebungen ein. Anfang Juni 1919 beschlossen die Arbeiterräte in Thüringen aus Protest gegen die Ermordung des Führers der Münchener Räterepublik Eugen Levine einen eintägigen politischen Generalstreik. An diesem beteiligten sich in vielen thüringischen Städten tausende Arbeiterinnen und Arbeiter. Im Zusammenhang mit dieser Aktion wurde auch hier die Bildung einer neuen sozialistischen Regierung gefordert, aus der alle Personen ausgeschlossen bleiben sollten, die durch ihre Handlungen den Boden der Revolution verlassen hatten.⁸⁷

Wie wenig die Radikalisierung von Teilen der thüringischen Arbeiterbewegung mit einer Hinwendung zum reinen Rätssystem gleichzusetzen ist, zeigt die Entscheidung der Landeskonferenz der USPD in Gotha Ende April 1919, bei den Beratungen über die Landesverfassung auf die Einführung eines reinen Rätessystems zu verzichten.⁸⁸ Obwohl die Gothaer USPD bereits Ende Januar 1919 ihre Delegierten zum bevorstehenden Parteitag beauftragt hatte, sich für ein solches Rätssystem auszusprechen und obwohl sie bei der Landtagswahl vom 23. Februar 1919 eine absolute Mehrheit errungen hatte, lehnte die Landeskonferenz einen diesbezüglichen Antrag ab. Diese Ablehnung war wesentlich von der Einsicht motiviert, dass sich die staatsrechtlichen Verhältnisse im Land Gotha nicht unabhängig vom Charakter der Weimarer Verfassung entwickeln könnten.⁸⁹ In dieser Richtung hatte auch die vom Arbeiterrat eingesetzte Verfassungskommission argumentiert, die einerseits die Entgegensetzung von Demokratie und Rätssystem ablehnte, da aus ihrer Sicht mit dem reinen Rätssystem das demokratische Mehrheitsprinzip zum Ausdruck kam. Andererseits hielt sie die Verwirklichung des Rätessystems als neue Staatsform nur international für möglich und realistisch.⁹⁰ Der von ihr vorgelegte Verfassungsentwurf stellte den Versuch dar, parlamentarische und rätendemokratische Elemente miteinander zu verbinden.

85 Der Wortlaut des Aktionsprogramms und der Ereignishergang in: Schulz, *Gegen Krieg*, S. 176-180, sowie Institut für Marxismus-Leninismus (Hrsg.): *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II, Bd. 3, Berlin 1958, S. 411.

86 „Die am 8. Mai in Erfurt tagende Konferenz der Arbeiterräte Thüringens schließt sich der von Jena und Gera ausgehenden Protest- und Generalstreiksbewegung gegen die Belegung thüringischer Städte mit Reichswehrruppen irgendwelcher Formation an. Die Belegung thüringischer Städte mit diesen Truppen ist geeignet, die ruhige Weiterentwicklung der Revolution zu gefährden, der immer mehr um sich greifenden Gegenrevolution Vorschub zu leisten und somit die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufzubeschwören.“ Resolution der Bezirkskonferenz der Arbeiterräte Thüringens vom 8.5.1919, zitiert nach Pöhlend, *Die Entwicklung der Arbeiterbewegung*, S. 278.

87 Siehe ebenda, S. 281/282.

Als höchste Gewalt sollte der Landesarbeiter- und Bauernrat mit einem dreiköpfigen Rat der Volksbeauftragten als Landesregierung fungieren. Der Rat der Volksbeauftragten sollte durch die Landesversammlung bestätigt werden. Konnten sich Landesversammlung und Arbeiter- und Bauernrat nicht einigen, sollte die Landesversammlung neu gewählt werden. Wahlberechtigt für den Arbeiter- und Bauernrat sollten alle Personen sein, die gesellschaftlich notwendige Arbeit leisteten, deren Einkommen max. 8.000 Mark im Jahr betrug und die nicht ausschließlich oder überwiegend von Kapitalerträgen lebten. Weiterhin durften sie dauerhaft nicht mehr als einen nicht zur Familie gehörenden Lohnarbeiter beschäftigen. Die Landesversammlung sollte aus allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen hervorgehen. Gesetze sollten die Landesregierung, der Landesarbeiter- und Bauernrat und Wahlberechtigte ab 5.000 Unterschriften initiieren dürfen. Die Gesetzgebung selbst war der Landesversammlung vorbehalten, wobei die von ihr verabschiedeten Gesetze der Zustimmung durch den Arbeiter- und Bauernrat bedurft hätten. Versagte der Rat die Zustimmung, war automatisch ein Volksreferendum vorgesehen.⁹¹

Über die Landesverfassung brachen die seit langem schwelenden Konflikte innerhalb der Gothaer USPD vollständig auf. Vor die Entscheidung gestellt, den mit der Weimarer Verfassung nicht zu vereinbarenden Verfassungsentwurf zu verabschieden und damit einen gewaltsamen Konflikt mit der Reichsregierung zu riskieren oder aber die Gegebenheiten zu akzeptieren, wurde Ende 1919 ein von Hermann Brill erarbeitetes Gesetz über die vorläufige Regierungsgewalt angenommen.⁹² Obwohl er wesentlichen Anteil daran hatte, dass die USPD-Landtagsfraktion letztlich einem Gesetzentwurf zustimmte, in dem die Räte als Institution nicht mehr vorkamen, beschäftigte Brill der Rätegedanke weiterhin. Nach seiner Befreiung/Selbstbefreiung aus dem Konzentrationslager Buchenwald im April 1945 knüpfte er an ihn wieder an, als er in dem von ihm initiierten Manifest demokratischer Sozialisten des Konzentrationslagers Buchenwald die Bildung von Antifaschistischen Volkssausschüssen forderte. Sie sollten die Grundlage eines neuen Typs der Demokratie bilden, der sich nicht im leeren und formelhaften Parlamentarismus erschöpft, sondern den breiten Massen eine effektive Betätigung in Politik und Verwaltung ermöglichen würde.⁹³ Die sozialen Forderungen des Manifests finden sich zum Teil heute noch in der hessischen Landesverfassung wie-

88 Siehe Buchsbaum, Die Linksentwicklung, S. 182.

89 Siehe ebenda, S. 183.

90 Siehe Gothaer Volksblatt, 24.04.1919.

91 Siehe Häupel, Die Gründung des Landes Thüringen, S. 77/78. (Der Text des Verfassungsentwurfes war abgedruckt im Gothaer Volksblatt vom 24.4.1919.)

92 Siehe ebenda, S. 78.

93 Brill hatte im Januar 1919 einen Antrag an die Landeskonferenz der Gothaer USPD formuliert, der die Partei auf das reine Räteystem festlegte. Seine Initiative erklärt sich aus der Enttäuschung über den Ausgang der Wahl zur Nationalversammlung: Diese repräsentiere in ihrer Zusammensetzung nicht wirklich die Gesellschaft. Deshalb müsse die Regierung aus den Arbeiterräten hervorgehen, die ihrerseits aus den Arbeiterausschüssen gebildet werden sollten. Siehe Gothaer Volksblatt, 28.1.1919.

der, an der Brill nach 1945 als Leiter der hessischen Staatskanzlei ebenso mitwirkte wie am Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.⁹⁴

Brill steht stellvertretend für eine ganze Generation sozialdemokratischer Politikerinnen und Politiker in Thüringen, die ihre Ideen von einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft mit einem sozialistischen Gestaltungsanspruch verbanden. Zwar ließ die lange parlamentarische Tradition der regionalen Sozialdemokratie keinen Raum für ein reines Räte-systems, doch zugleich entwickelte hier die sozialistische Arbeiterbewegung Ansätze zu einem linksrepublikanischen Reformprojekt auf Grundlage der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, das von Beginn an auf den Widerstand eines nationalistischen und antirepublikanischen Bürgertums traf.

94 Für diesen Hinweis und zum Gesamtkomplex des Gothaer Verfassungsentwurfes danke ich Michael Kellner, der mir freundlicher Weise sein Manuskript für eine Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V. vom April 2007 aus Anlass des 90. Jahrestages der Gründung der USPD überlassen hat. Siehe hierzu auch Mario Hesselbarth: „Von einer Parteidisziplin in die nächste?“ Tagung in Gotha anlässlich der Gründung der USPD in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, H. III/2007, S. 139-142.

Die Revolution 1918/19 in Leipzig

1. November- und Dezembertage 1918 – ein ereignisgeschichtlicher Abriss¹

Im Alltag Leipzigs deutete in den ersten Novembertagen zunächst wenig auf eine bevorstehende Revolution hin. Selbst viele Mitglieder der „radikalen“ USPD² verhielten sich im Oktober beinahe regungslos in einer Abwartehaltung. Dies widersprach in merkwürdiger Weise den Befürchtungen amtlicher Stellen. Zu einer Zeit – am 30. Oktober –, als der Leipziger Kreishauptmann für die nächsten Tage vor Aufständen warnte und für die Amtshauptmannschaften Schutz durch „zuverlässige Militärpersonen“ anforderte³ und in der „Leipziger Volkszeitung“, dem Organ der USPD, darüber berichtet wurde, dass das XIX. Armeekorps für den Fall innerer Unruhen Schusswaffeneinsatz angeordnet hatte, fiel es den führenden Funktionären der Leipziger Partei außerordentlich schwer, auch nur etwas ähnliches wie Begreifen der – ihrer Ansicht nach – „vorrevolutionären Lage“ bei ihren Anhängern zu befördern. „Es war eine merkwürdige Lage. Es war ganz offensichtlich eine vorrevolutionäre Situation – aber die Leute, die sie zu einer revolutionären verwandeln sollten, mussten mühevoll zum Verständnis der Situation gebracht werden, während die Staatsgewalt selbst es begriffen hatte und deutlich zu resignieren begann.“⁴ Jedenfalls geht aus den Quellen hervor, dass von einer Bewegung „breiter Volksmassen“⁵ in Leipzig bis zur Auslösung der Revolution durch revoltierende Soldaten kaum die Rede sein konnte. Immerhin sollen bereits

- 1 Auf eine Darstellung der Vorgeschichte der Revolution in Leipzig muss hier verzichtet werden. Verwiesen sei nur auf einige prägende neuere Forschungsarbeiten. Grundlegend für die Sozialdemokratie in Sachsen – Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871-1923), Weimar/Köln/Wien 1995. Eher sozialgeschichtlich und speziell auf die Leipziger Entwicklung ausgerichtet – Michael Rudloff/Thomas Adam: Leipzig. Wiege der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1996. Jüngst erschien die ausgezeichnete Dissertation von Jesko Vogel: Der sozialdemokratische Parteibeizirk Leipzig in der Weimarer Republik. Sachsens demokratische Tradition, Hamburg 2006.
- 2 Die Leipziger Sozialdemokratie galt schon seit den Wahlrechtskämpfen der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts als radikaler im Vergleich zur sächsischen Partei im allgemeinen. Damals hatte sie wegen Benachteiligungen im neuen Landeswahlgesetz die Beteiligung an Wahlen grundsätzlich abgelehnt und damit einen lang anhaltenden Streit gegen den eigenen Parteivorstand heraufbeschworen, der erst auf einem Reichsparteitag der SPD gegen die Leipziger Richtung entschieden wurde.
- 3 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (SStAL), Amtshauptmannschaft Leipzig, Nr. 45, Bl. 1.
- 4 Curt Geyer: Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD. Erinnerungen, Stuttgart 1976, S. 68. Curt Geyer, Mitglied der SPD seit 1911, 1917 wegen Ablehnung des Burgfriedens Übertritt zur USPD, seitdem auch Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ). In der Revolution Mitglied und ab Februar 1919 Vorsitzender des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates.
- 5 So etwa Gerhard Puchta: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig vom November bis vor dem 2. Rätekongress Anfang April 1919, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig (WZUL)VII, 1957/58, S. 363-384, hier: S. 363.

im September 1918 in einigen Betrieben Vorläufer von Arbeiterräten, sogenannte Arbeiterausschüsse, gebildet worden sein. Dennoch bedurfte es eines auslösenden Anlasses von außen, und diesen Anlass stellte der Kieler Matrosenaufstand dar. Am 4. November bildete die Erhebung der Matrosen den Auftakt zur Revolution.

Die LVZ versuchte am 6. November mit der Überschrift „Die Revolution marschiert!“ den revolutionären Geist zu erwecken. Offenbar war in USPD-Führungskreisen auch der Plan eines Aufstandes erörtert worden, der allem Anschein nach jedoch verworfen wurde. Danach sollte „Richard Lipinski⁶ ... Garnisonstruppen, die in Leipzig-Connewitz in einem Versammlungslokal untergebracht waren, auffordern, sich hinter uns zu stellen. Die Mehrheit dieser Truppen bestand aus unseren Parteimitgliedern. Mein Vater [Friedrich Geyer⁷] sollte den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung unter Kontrolle stellen. Hermann Liebmann mit 25 Mann, bewaffnet mit Pistolen, das Generalkommando überfallen und absetzen, und ich [Curt Geyer] sollte mit ebenfalls 25 Mann und gleicher Bewaffnung das Hauptpostgebäude, Telegraph und Telefon besetzen, alle Verbindungen sperren und nur kontrollierte Mitteilungen durchlassen...“⁸

Die Revolution hatte Sachsen bereits am 6. November erreicht. Während im Landtag noch über die Gehälter von Volksschullehrern debattiert wurde, hatte sich in einer Großenhainer Kaserne der erste Soldatenrat auf sächsischem Boden gebildet, welcher die Offiziere verhaftete und einen Tag darauf die Übernahme der Macht bekannt gab.⁹ Die Leipziger Region wurde von den revolutionären Gesehnissen einen Tag später mit der Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates in Wurzen erfasst, welcher sofort die Stadtverordnetenversammlung auflöste. Am 6. November befürchtete die Amtshauptmannschaft Leipzig Unruhen und forderte vom XIX. Armeekorps militärischen Schutz für besonders wichtige Einrichtungen, so das Landkraftwerk Kulkwitz, das Elektrizitätswerk Oetzsch und verschiedene Großmühlen sowie Rathäuser und Sprengstofflager. Für Kulkwitz wurde das Anlegen elektrischer Drahtsperrungen und das Entsenden von 30-50 zuverlässigen Soldaten erwogen.¹⁰ Bezeichnend war die Reaktion der angeblich Schutzbedürftigen: Als man in Kulkwitz von den ins Auge gefassten Maßnahmen erfuhr, bat man die Amtshauptmannschaft dringend, „... von der Absicht, ein Wachtkommando nach Kulkwitz zu verlegen, Abstand zu nehmen“, da man dadurch eine unnötige Provokation der eigenen Belegschaft befürchtete.¹¹ Die LVZ berichtete am 7. November über die Sicherung des Leipziger Rathauses durch schwere Maschinengewehre, auch in der Beethovenstraße errichtete man Sperrungen und Feuernester.

6 Richard Lipinski, der mit kurzer Unterbrechung seit 1908 das Amt des Bezirksvorsitzenden 25 Jahre hintereinander innehatte, war der unumstrittene Führer der Leipziger USPD, eine markante Erscheinung, begabter Redner und glänzender Organisator zugleich.

7 Friedrich Geyer, Mitglied der Sozialdemokratie seit 1871, 1890-1918 MdR für die SPD, 1917 Übertritt zur USPD.

8 Curt Geyer, Die revolutionäre Illusion, S. 72.

9 Siehe Rudolph/Adam, Die sächsische Sozialdemokratie, S. 169.

10 Siehe SStAL, Amtshauptmannschaft Leipzig, Nr. 45, Bl.3f.

11 Ebenda, Bl.16.

Schließlich erreichte die Revolution am 8. November Leipzig. Gegen Mittag kamen am Hauptbahnhof mehr als hundert Soldaten, vor allem Fronturlauber, zusammen und beschlossen, nicht mehr zu ihren Einheiten zurückzukehren. Es formierte sich ein Zug von zunächst etwa 200 demonstrierenden Soldaten, die immer mehr Zulauf erhielten, zum Volkshaus. Von dem Geschehen überrascht – die USPD hatte erst für den 10. November zu großen Kundgebungen aufgerufen –, hielt Richard Lipinski eine Ansprache an die Soldaten, die daraufhin zur Wahl eines Soldatenrates übergingen.¹² Die Ereignisse sprachen sich schnell herum, denn fast zeitgleich kam es in mehreren Kasernen Leipzigs zu spontanen Erhebungen, in deren Verlauf die Offiziere entwaffnet und ihrer Kommandogewalt enthoben wurden. Widerstand wurde kaum geleistet, das Generalkommando des XIX. Armeekorps übergab ohne Verzögerung die Kommandantur und alle wichtigen militärischen Einrichtungen an den Soldatenrat. Nur einige wenige Militärs wurden wegen Widersetzlichkeiten vorübergehend in Haft genommen.

Aus allen Teilen der Stadt zogen daraufhin revolutionäre Soldaten in Richtung Innenstadt. Der Gendarmerie-Inspektor von Connewitz meldete an seine Direktion in Dresden: „Am 8. November gegen 2 Uhr bewegte sich ein Zug Soldaten (400-500 Mann), mit einer roten Fahne an der Spitze, durch die Südstraße nach Connewitz. Eine Stunde später marschierte der inzwischen durch die Connewitzer Massenquartiere auf etwa 800 Mann verstärkte Trupp mit Gewehren zurück ins Innere der Stadt. Außerdem waren 9 Straßenbahnwagen mit revolutionierenden (sic!) Soldaten gefüllt, die ebenfalls nach dem Stadttinneren fuhren. ... Im Volkshaus hat sich ein Soldatenrat gebildet, der unter Leitung der unabhängigen Sozialdemokraten Geyer und Lepinsky (sic!) arbeitet.“¹³ Am Abend des 8. November hielten die Soldaten im Hauptbahnhof eine große Versammlung ab.

Die USPD Leipzig fand nach der ersten Überraschung rasch zu sich. Noch am 8. November wurde aus Funktionären der Partei ein provisorischer Arbeiterrat gebildet, an dessen Spitze Lipinski und Friedrich Geyer traten. Curt Geyer erinnerte sich: „Die Funktionärsversammlung unserer Partei trat in einem der kleinen, schlecht beleuchteten Versammlungsräume des Volkshauses zusammen. ... Die Versammlung erklärte sich durch einstimmige Abstimmung zum provisorischen Leipziger Arbeiterrat ... Dann wurden nach den Vorschlägen der Parteileitung, die sich rasch unter sich verständigte, die Kommissare für die Überwachung und Kontrolle aller städtischen und aller Landesbehörden in Leipzig ... gewählt.“¹⁴ Am Abend vereinigte sich der Arbeiter- mit dem Soldatenrat zum provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat mit Lipinski sowie – von Soldatenseite – dem etwa dreißigjährigen Erich Geschwandtner, einer nach verschiedenen Berichten schillernden Persönlichkeit, an der Spitze.¹⁵

12 Siehe Horst Beutel: Die Novemberrevolution in Leipzig und die Politik der Leipziger USPD-Führung bis zum 12.5.1919, in: WZUL VII, 1957/58, S. 385-411.

13 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SHStAD), Akten des Ministeriums des Inneren, Nr. 11090, Bl.10.

14 Curt Geyer, Die revolutionäre Illusion, S. 74.

Die Bilanz des ersten Tages der Revolution in Leipzig war: Die militärischen Behörden kapitulierten so schnell und widerstandslos, dass man für Leipzig von einer „geräuschlosen“ Revolution gesprochen hat.¹⁶ Die LVZ stellte zu diesem Sachverhalt am 9. November fest: „Schneller als sich die Gewalthaber von gestern dachten, ist der große Zusammenbruch ihrer Herrlichkeit gekommen. ... Das war ein schnelles Volksgericht. Tausende hurtiger Soldaten griffen entschlossen zu, und unter ihren Händen zerbrach die ganze Herrlichkeit des Militarismus wie morscher Zunder.“ Anders dagegen die Sicht des liberalen „Leipziger Tageblatts“. Dieses schrieb am gleichen Tag: „Im Publikum war man im allgemeinen über die Vorgänge überrascht und vermochte sie schwer zu begreifen. Von allen Seiten hörte man die Worte: ‚Wozu das jetzt, wo der Frieden unmittelbar vor der Tür steht?‘“

Die ersten Maßnahmen des Arbeiter- und Soldatenrates waren die Auflösung der politischen Polizei und die Einsetzung des USPD-Stadtverordneten Johann Scheib als neuen Polizeidirektor. Die Polizei wurde vorläufig entwaffnet und eine eigene Sicherheitswehr gebildet, das Generalkommando der Befehlsgewalt des Soldatenrates unterstellt. Bemerkenswert war die Zusicherung der Pressefreiheit. Als am selben Abend Soldaten vorübergehend den Verlag der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (LNN) besetzt hatten, wurde dies vom Rat ausdrücklich nicht gebilligt, und schon am nächsten Tag konnte die Zeitung wieder erscheinen.

Für den 9. bis 11. November wurde der Generalstreik proklamiert.¹⁷ Am 10. November wurden die 33 Mitglieder eines „Engeren Ausschusses“ gewählt, darunter ausnahmslos die USPD-Funktionäre Friedrich Geyer, Curt Geyer, Karl Rysse¹⁸ und Hermann Liebmann¹⁹. Eine Beteiligung der MSPD und der Mitglieder des Gewerkschaftskartells hatte man abgelehnt.

Der Aufruf zum Generalstreik wurde am 9. November vor allem in den Großbetrieben geschlossen befolgt. In den überall stattfindenden Betriebsversammlungen wurden Arbeiterräte gebildet, welche als Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Unternehmern und zugleich als Kontrollinstanz für die Durchführung zentraler Anweisungen gedacht waren. Für den 10. November hatte die USPD, wie bereits erwähnt, schon vor Ausbruch der Revolution zu Massenkundgebungen aufgerufen. In zwölf Veranstaltungssälen der Stadt fanden an diesem Tag überfüllte Versammlungen statt, die den Charakter von Siegesfeiern annahmen. Nach deren Abschluss strömten die Teilnehmer in langen Zügen ins Stadttinnere, wo auf dem Augustusplatz eine große Kundgebung stattfand, der eine schwer zu schät-

15 Geschwandtner wurde am 21. November in einer etwas undurchsichtigen Angelegenheit wegen angeblichen „Geheimnisverrats“ vorläufig verhaftet und seines Postens enthoben. Sein Nachfolger wurde mit Schöning ein Vertrauensmann der USPD. Siehe Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), Kapitelakten I, Nr. 90, Bl.19.

16 So eine Kapitelüberschrift bei Rudloff/Adam, Wiege der deutschen Sozialdemokratie.

17 Siehe Puchta, Der Arbeiter- und Soldatenrat, S. 364.

18 Karl Rysse, seit 1914 Mdr, war bereits vor dem Krieg Parteisekretär der SPD in Leipzig gewesen. 1917 trat er der USPD bei.

19 Hermann Liebmann, SPD-Mitglied seit 1905, war seit 1913 Redakteur der Leipziger Volkszeitung. 1917 Beitritt zur USPD.

zende Zahl von Teilnehmern beiwohnte; die Angaben in den Leipziger Tageszeitungen bewegten sich zwischen 40.000 und 100.000. Die USPD-Führer Ryssel, Lipinski, Friedrich Geyer und Seger²⁰ wandten sich mit Ansprachen an die Menge. Seger rief zur Aufrechterhaltung der Disziplin auf, führte Beweise für die deutsche Kriegsschuld an und gab der illusorischen Überzeugung Ausdruck, dass auch in England und Frankreich Matrosenaufstände stattfänden und damit die Weltrevolution im Gange sei.²¹ Nach übereinstimmenden Meldungen herrschte auf der Kundgebung eine friedliche Atmosphäre, Ausschreitungen wurden nicht gemeldet.

Am 9. November war Friedrich Seger zum provisorischen Volkskommissar der Stadt Leipzig ernannt worden. In einem Aufruf, welcher an diesem Tag in allen Leipziger Zeitungen abgedruckt werden musste und Passagen der Rede Lipinskis vom Vortag wiedergab, hieß es: „Die Ereignisse haben sich überstürzt. ... Die nächste Aufgabe des Arbeiter- und Soldatenrates wird sein, die Ordnung und Ruhe in der Stadt und der Umgebung und die Ernährung für die Bevölkerung mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. ... Das Ziel der Bewegung ist die sozialistische Republik.“

Die kommunalen und Regierungsbehörden wurden angewiesen, dass, vorbehaltlich einer Neuregelung, alle Beamten zunächst weiterarbeiten sollten und lediglich durch Abgesandte des Rates überwacht wurden. In einer Anweisung des noch amtierenden letzten königlichen Innenministers Koch vom 11. November an alle Dienststellen hieß es: „Im Einverständnis mit dem Gesamtministerium richte ich an alle Beamten und Angestellten im Bereich des Ministeriums des Inneren die dringende Aufforderung, auf ihren Posten auszuharren und ihre Pflicht wie bisher zu erfüllen. ... Mehr als je muss in diesen schweren Tagen das Wort gelten: Über alles das Vaterland!“²²

Sowohl die Kreishauptmannschaft Leipzig als auch der Amtshauptmann von Finck führten daraufhin die Geschäfte weiter. Am 15. November wurde allerdings im Mitteilungsblatt des Arbeiter- und Soldatenrates verkündet: „Der engere Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates Leipzig beschließt: Das bisherige Dreiklassen-Stadtverordnetenkollegium nicht mehr als bestehend zu betrachten und den Rat der Stadt Leipzig solange die Geschäfte weiterführen zu lassen, bis der Arbeiter- und Soldatenrat zu Leipzig und die sächsische Regierung in verfassungsrechtlicher Hinsicht andere Beschlüsse gefasst haben.“²³

Der Oberbürgermeister Dr. Rothe stellte dem Arbeiter- und Soldatenrat vorläufig eine Tagungsmöglichkeit im Rathaus zur Verfügung. Im Dezember bezog der Rat dann sein neues Domizil in der Harkortstraße. Auch finanziell kam Dr. Rothe

20 Friedrich Seger, seit 1883 in der SPD, war seit 1901 Redakteur der LVZ. 1917 Übertritt zur USPD.

21 Siehe StadtAL, Kapitelakten 1, Nr. 90, Bl.8f.

22 SStAL, Amtshauptmannschaft Leipzig, Nr. 45, Bl.45.

23 StadtAL, Kapitelakten 70, Nr. 165, Beiheft 2, Blatt 10 (= Mitteilungsblatt des Arbeiter- und Soldatenrates Leipzig, Teil A (Stadt Leipzig), Nr. 1).

zumindest bis Februar 1919 den Forderungen des Rates willig nach. Bis dahin wurden insgesamt 140.000 Mark an städtischen Geldern für dessen Aufwendungen bewilligt.²⁴

Ansonsten blieb Rothe in seiner Arbeit zwar ziemlich unbehindert, hatte aber mit der Polizeigewalt doch das alles entscheidende Machtmittel abgeben müssen. Im Laufe der darauffolgenden Wochen witterte der ausgewiesene Fachmann allerdings wieder Morgenluft und versuchte, seinen Spielraum auszuweiten, da ihm nicht verborgen bleiben konnte, dass die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates in verwaltungstechnischen Fragen mangelnde Kenntnisse hatten. Am 31. Dezember beschloss der Arbeiter- und Soldatenrat, seine Mitglieder Alfred Dietze und Johann Kolb zur Kontrolle der Tätigkeit des OB zu entsenden. Sie sollten an allen Tagungen teilnehmen und sämtliche ausgehenden Verfügungen einsehen. Nach geharnischten Protesten Rothes einigte man sich schließlich auf einen Verzicht der Kontrolle gegen Zusicherung regelmäßiger Informationen seitens des OB über alle Ratsbelange.

In der Rückschau ist die Weiterführung der Ratsgeschäfte unter Ausschaltung der Stadtverordneten verschiedentlich bedauert worden, da dadurch die Position des „reaktionären“ Rats eher gestärkt worden sei. Hermann Liebmann führte in seinen Erinnerungen dazu aus: „Es war eine schwere Unterlassungssünde der Revolution, dass nicht sofort gründlich mit den gesetzlichen Bestimmungen aufgeräumt wurde, die dem Ratskollegium eine bevorrechtete Stellung gegenüber den Stadtverordneten sichern, so dass heute noch die Stadtverordneten unter der Kontrolle des reaktionären Ratskollegiums stehen.“²⁵

Am 11. November reisten Richard Lipinski, Friedrich Geyer und Friedrich Seger als Beauftragte des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates nach Dresden, um sich an den notwendigen Gesprächen über die Bildung einer neuen sächsischen Landesregierung zu beteiligen. Erste Kontaktaufnahmen mit den Dresdner Vertretern, welche hauptsächlich MSPD-Mitglieder waren, konnten Meinungsverschiedenheiten nicht beseitigen, so dass die alte Regierung Heinze noch bis zum 13. November amtierte. An eben diesem Tag trafen sich vier Dresdener und drei Chemnitzer Vertreter mit den Leipziger Abgesandten und konstituierten sich zum Zentralen Arbeiter- und Soldatenrat für Sachsen. Da von den 10 Mitgliedern nur drei der MSPD angehörten (die beiden Dresdener Neuring und Schwarz sowie der Chemnitzer Fellisch), dagegen sieben den Unabhängigen (außer den drei Leipzigern auch Rühle und Fleißner aus Dresden sowie Heckert und Melzer für Chemnitz), gab es ein deutliches linkes Übergewicht, welches sich auch in dem Aufruf „An das sächsische Volk!“ niederschlug. In diesem hieß es u. a.: „Das revolutionäre Proletariat hat die öffentliche Gewalt übernommen. Sein Ziel ist die so-

24 Siehe Sebastian Thiem: Der Oberbürgermeister blieb aber weiter auf seinem Posten. Das Leipziger Oberbürgermeisteramt vom Vorabend des Ersten Weltkriegs bis zum Ende der zwanziger Jahre, in: Werner Bramke/Ulrich Heß: Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert, Leipzig 1998, S. 293-327, hier: S. 309.

25 Hermann Liebmann: Zweieinhalb Jahre Stadtverordnetentätigkeit der USP in Leipzig, Leipzig 1921, S. 2.

zialistische Republik. Verwirklichung des Sozialismus heißt: Verwandlung der kapitalistischen Produktion in gesellschaftliche, Enteignung des Privateigentums an Grund und Boden, Berg- und Hüttenwerken, Rohstoffen, Banken, Maschinen, Verkehrsmitteln usw., Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, Übernahme der Produktion durch das Proletariat. [...] Die republikanische Regierung Sachsens hat die besondere Aufgabe, die Liquidierung des sächsischen Staates herbeizuführen und die einheitliche sozialistische deutsche Republik zur Tatsache zu machen.“²⁶

Dieser Aufruf ging den rechtssozialdemokratischen Kräften, die in Chemnitz und Dresden über eine Mehrheit verfügten und sich im Zentralrat nicht genügend repräsentiert sahen, entschieden zu weit, und es kam zu ersten schweren Auseinandersetzungen unter den verschiedenen Parteien der Revolution in Sachsen. Vor allem die weit rechts stehende „Chemnitzer Volksstimme“ charakterisierte den Aufruf am 16. November als „deutschen Bolschewismus“. Die Dresdener MSPD-Funktionäre Neuring und Schwarz zogen kurze Zeit später – offenbar nach Einspruch seitens ihrer Partei – ihre Unterschriften zurück. Da aber der Spartakusanhänger Otto Rühle kurz darauf eine Gruppe „Internationale Kommunisten Deutschlands“ gründete und seine Beteiligung an einer Koalitionsregierung mit Verweis auf die gegenrevolutionären Aktivitäten der Mehrheitssozialdemokraten absagte und sich obendrein auch noch Fritz Heckert zurückzog, war der Weg zu einer gemäßigten unabhängig-mehrheitssozialdemokratischen Regierung frei. Am 15. November wurde ein paritätisch besetztes Gesamtministerium gebildet, in dem die wichtigsten Ressorts an die Unabhängigen gingen. Richard Lipinski übernahm das Innen- und Außenministerium, Friedrich Geyer wurde Finanz- und Hermann Fleißner Kriegsminister. Die Mehrheitssozialdemokraten erhielten das Arbeitsministerium (Albert Schwarz) sowie das Justiz- (Otto Uhlig, kurz darauf Georg Gradnauer) und das Kultusministerium (Wilhelm Buck).

In allen sächsischen Tageszeitungen erschien am 18. November der Aufruf „An das sächsische Volk!“, der zwar genauso hieß wie der vorhergehende des Zentralrates, aber bedeutend milder und vorsichtiger ausgefallen war. Als Ziel wurde „die Einordnung Sachsens in eine einheitliche Großdeutsche Volksrepublik“ bezeichnet. Unmittelbare Aufgabe sei, „das Land über die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage hinwegzuführen, die demokratischen Errungenschaften sicherzustellen und wirtschaftliche Umgestaltungen nach sozialistischen Grundsätzen zu verwirklichen.“ Den Arbeiter- und Soldatenräten wurde etwas verschwommen die Aufgabe zugewiesen, „die sozialistische Volksregierung zu schützen und zu kontrollieren“. Die Linke hatte nur den Erfolg verbuchen können, dass Wahlen für eine sächsische Nationalversammlung nicht terminiert worden waren.

Womöglich noch wichtiger für den weiteren Ablauf der Ereignisse als der oben erwähnte Aufruf vom 18. November war eine Bekanntmachung der neuen Regie-

26 Zit.nach Walter Fabian: Klassenkampf in Sachsen, Löbau 1930, S. 30.

rung vom 16. November gewesen, wonach „örtliche Arbeiterräte keine Befugnis [haben], den Behörden Befehle zu erteilen, die mit den Verordnungen der vorgesetzten Dienstbehörden in Widerspruch stehen“.²⁷ Eigenmächtige Entlassungen von Richtern, Lehrern und anderen Beamten wurden den Räten verboten. Diese Verfügungen kamen bereits einer teilweisen Entmachtung der örtlichen Räte nahe, welche im unmittelbaren Gefolge der Revolution in vielen Städten die eigentliche vollziehende Gewalt ausgeübt hatten und nun im wesentlichen auf Kontrollrechte beschränkt wurden. In Leipzig löste diese Verfügung Ärger und Widerstand aus. Friedrich Seger erklärte am 6. Dezember in seiner Eigenschaft als Volkskommissar der Kreishauptmannschaft Leipzig, sämtliche Befugnisse der Gemeinderäte seien durch die Revolution auf die Räte übergegangen, und wies die kommunalen Behörden der Amtshauptmannschaft an, sich daran zu halten. Es deutete sich an, dass die Vertreter der USPD in der sächsischen Regierung schnell in Widerspruch zu eigenen Basis zu geraten drohten.

Das Bürgertum atmete auf und forderte nunmehr Beteiligung am Neuaufbau. Das liberale „Leipziger Tageblatt“, realistischer in der Beurteilung des Revolutionsverlaufes als andere bürgerliche Blätter, hatte schon am 18. November konstatiert: „Der erste junge Freiheitsrausch ist zerstoben, man hat erkannt, dass unser heutiges Staats- und Wirtschaftsleben zu kompliziert ist, um das Alte einfach beiseite zu schieben.“ Das „Tageblatt“, das schon im Krieg Kritikern der imperialistischen Politik Stimme verliehen hatte, versuchte nun, Anstöße zum Mitwirken des Bürgertums beim Aufbau neuer Machtstrukturen auf demokratischer Grundlage zu geben. Denn wie in den meisten deutschen Ländern hatten bis zu diesem Zeitpunkt nicht nur die Träger der politischen und militärischen Macht schwächlich (wenn überhaupt) Widerstand geleistet. Auch die bürgerlichen Eliten zeigten kaum Bereitschaft, die Monarchie zu verteidigen, und verhielten sich in ihrer Mehrheit passiv oder agierten wenig effektiv.

Am 18. November gründete sich ein Leipziger Bürgerausschuss – an seiner Spitze stand der Professor und Historiker an der hiesigen Universität Walter Goetz – und vereinigte zunächst etwa 100 bürgerliche Verbände. Neben Goetz wirkten maßgeblich mehrere Angehörige des Verbandes der Metallindustriellen in dem neuen Ausschuss mit. Für die verschiedentlich vertretene Auffassung, Goetz sei nur eine Marionette der im Hintergrund die Fäden ziehenden Industriellen gewesen, gibt es keine Beweise. Die Gründer des Bürgerausschusses kamen ganz überwiegend aus dem liberalen, zum Teil linksliberalen Spektrum. Die früheren Anhänger der Vaterlandspartei, die sich inzwischen im „Nationalliberalen Verein“ um den Historiker Erich Brandenburg zusammengeschlossen hatten und ihr Ziel in der Abwehr des Bolschewismus sahen, spielten zumindest in der hier behandelten Phase in der Politik des Bürgerausschusses keine Rolle²⁸. Das Ersuchen des

27 SStAL, Amtshauptmannschaft Leipzig, Nr. 46, Bl.4.

28 Zum Bürgerausschuss bisher am gründlichsten Siegfried Hoyer: Der Leipziger Bürgerausschuss. Messestädtisches Bürgertum und revolutionäre Krise 1918/19, in: Leipziger Kalender 1999, S. 235-255. Siehe ferner

Ausschusses, Vertreter in den Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat entsenden zu können, wurde von diesem am 25. November abgelehnt.²⁹ Sicherlich fürchtete der Arbeiter- und Soldatenrat zu Recht eine weitere Aushöhlung und Unterwanderung dieses Stützpfiebers der noch jungen Ordnung, der den Trägern der Revolution vorbehalten bleiben sollte. Auch war den USPD-Mitgliedern die politische Konfrontation der Vorkriegszeit und das Verhalten des Leipziger Bürgertums in der Wahlrechtsfrage noch in allzu frischer Erinnerung.

Es gehört zu den Besonderheiten Leipzigs, dass die sich neu formierenden bürgerlichen Kräfte besonders starke Positionen an der Universität hatten. Es ist bereits auf die Professoren Goetz und Brandenburg verwiesen worden, die sich in der Revolutionszeit allerdings weniger um die Vorgänge an der Alma mater kümmerten als vielmehr parteipolitisch für die Stadt und den Freistaat Sachsen wirkten, wobei Ernst Brandenburgs Parteinahme für die DDP etwas überraschte, war er doch zuvor Mitglied der Vaterlandspartei gewesen. Beide haben augenscheinlich der Universitätsleitung ein eher flexibles Verhalten gegenüber dem ungeliebten Arbeiter- und Soldatenrat angeraten, was der Universität jedoch nicht immer gelang und von vielen Hochschulangehörigen, besonders von Studierenden, die Soldaten bzw. auch Offiziere gewesen waren, abgelehnt wurde. Hinzu kam eine etwas überforderte und widersprüchlich agierende Universitätsleitung, die im Prorektor Professor Kittel ihren eigentlich führenden Kopf hatte. Kittel hatte am 18. November in seinen Aufzeichnungen notiert: „Ich kann mir denken, dass eines Tages Ebert einem General Befehl geben könnte, mit 100.000 Mann nach Sachsen zu marschieren und Ordnung zu schaffen.“³⁰

In Sachsen verstärkten sich schnell die Differenzen im Lager der beiden Regierungsparteien. Die „Freie Presse“, Zeitung der in Leipzig marginalen MSPD, startete am 3. Dezember 1918 eine Kampagne, die sich entschieden gegen den Fortbestand der Arbeiter- und Soldatenräte richtete. Diese wurden als Hemmnis für die neue Regierung und Hindernis für die gewünschte Parlamentarisierung des Reiches bezeichnet. Dem Blatt der MSPD assistierten die bürgerlichen Zeitungen, die immer öfter darauf hinwiesen, dass die Alliierten die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkannten und ein Fortbestehen dieser Organe die Normalisierung der Beziehungen zum Ausland erschweren würde. All dies war wohl als Reaktion auf eine scharfe Erklärung des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrats zu werten, der sich vehement gegen die „Parlamentsspielerei“ im Dresdner zentralen Landesrat gewandt hatte und offenbar immer weiter nach links driftete. Das zeigte sich bei-

auch Michael Schäfer: Bürgertum in der Krise, Göttingen 2003, S. 225-237. Zu den Bürgerräten im Reich generell Hans-Joachim Bieber: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland, Hamburg 1992.

29 Siehe Puchta, Der Arbeiter- und Soldatenrat, S. 368.

30 Rudolf Kittel: Die Universität Leipzig im Jahr der Revolution. Rektoratserrerinnerungen, Leipzig/Stuttgart 1930, S. 12. Zur Universität in der Revolutionszeit siehe Udo Baumann: Zur politischen Geschichte der Universität Leipzig während der Novemberrevolution 1918, in: WZUL VII (1957/58), Heft 5, S. 519-537. Die Darstellung ist zwar streng parteilich gehalten, aber quellennah und zuverlässig.

spielhaft in dem Agieren Curt Geysers, der am 10. Dezember an der Spitze demonstrierender Soldaten und Matrosen eine Versammlung der Demokraten gesprengt hatte, worauf es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit den Anwesenden gekommen war. In derselben Nacht war das Verlagsgebäude der „Neuesten Nachrichten“ demoliert worden.³¹

Am 8. Dezember hatte der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat in einer Erklärung verlangt, erst nach der „wirtschaftlichen Gleichstellung der Volksgenossen“ könnten Wahlen zur Nationalversammlung erfolgen, was nichts anderes bedeutete, als dass die Sozialisierung Vorrang haben sollte. Eine Konferenz von Räten der Kreishauptmannschaft Leipzig sanktionierte diese Erklärung mit überwältigender Mehrheit von 83 gegen 3 Stimmen.³² Dagegen wandten sich sowohl die sächsischen MSPD-Volksbeauftragten als auch die von der Mehrheitspartei dominierten Räte in Dresden und Chemnitz ganz entschieden. In Erklärungen verlangten letztere am 10. und 15. Dezember die schnellstmögliche Wahl einer Nationalversammlung. Der Chemnitzer Rat forderte vom sächsischen Landesrat am 15. Dezember schnellstmögliche Wahlen zu einer „Nationalversammlung der Republik Sachsen“ und den Rücktritt der jetzigen Regierung, da sie „in ihr Amt nicht durch eine Vertrauenserklärung des sächsischen Proletariats ... gelangte.“³³ Über die Auseinandersetzungen im Dresdener Rat bezüglich des Antrages auf baldige Wahlen wurde vom „Leipziger Tageblatt“ berichtet: „Da die Unabhängigen dem Antrag widerstrebten und ihr Redner Schultze den Antrag als Bankrott der Revolution bezeichnete, kam es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Unter den Gründen für den Antrag wurde unter anderem von Minister Dr. Gradnauer scharf hervorgehoben, dass eine Nationalversammlung für Sachsen besonders deswegen notwendig sei, weil [...] insbesondere der Arbeiter- und Soldatenrat für Leipzig eine geradezu lebensgefährliche Sonderpolitik treibe. Im übrigen wurde erklärt, dass dem Bürgertum die Mitarbeit an dem Wiederaufbau nicht vorenthalten werden könne und dass auch in dem Gesamtministerium ... Platz für das Bürgertum sein müsse.“³⁴

Die Terminierung der Wahlen zur Nationalversammlung stellte einen Scheidepunkt im weiteren Geschehen dar. Die Stellung der Leipziger USPD wurde noch mehr geschwächt durch den Beschluss der Generalversammlung der Partei am 15. Dezember in Berlin, welche sich eine Resolution Hilferdings zu eigen machte, die für die Wahlen zur Nationalversammlung und für den Verbleib im Rat der Volksbeauftragten votierte. Schon zehn Tage zuvor hatte der führende Theoretiker des gemäßigten Parteiflügels Karl Kautsky in der Berliner „Freiheit“ geschrieben, dass nicht Nationalversammlung oder Räte die Losung sein müsse, sondern Nationalversammlung *und* Räte. Dies entsprach sichtlich nicht der radi-

31 Siehe StadtAL, Kapitelakten 72, Nr. 75, Bd. 1, Bl. 2.

32 Siehe Leipzig in den Tagen der Novemberrevolution. Eine Chronik, hrsg. von einem Kollektiv unter Leitung von Bernd Rüdiger, in: Jahrbuch der Geschichte der Stadt Leipzig, 1978, S. 79-121, hier: S. 96.

33 HStAD, Akten der Staatskanzlei, Nr. 141, Bl.7f.

34 Leipziger Tageblatt, 11.12.1918.

kaleren Auffassung der Leipziger. Die auf Kompromissbasis paritätisch aufgebaute sächsische Regierung verlor – angesichts der überaus schwachen Position der Unabhängigen außerhalb des Leipziger Bezirks – in den Augen der MSPD-Mitglieder immer mehr ihre Legitimation.

Entscheidende Bedeutung für den weiteren Verlauf der Revolution kam dem Ersten Reichsrätekongress vom 16.-21. Dezember in Berlin zu. Dessen Zusammensetzung ließ freilich von vornherein für die USPD wenig Gutes erwarten. Unter den 489 Delegierten befanden sich neben 292, welcher der MSPD und diversen Splitterfraktionen zugerechnet wurden, ganze 94 Unabhängige. So war es nicht verwunderlich, dass die Linken auf dem Kongress mit nahezu allen wesentlichen Anträgen scheiterten. So wurde der Antrag der Berliner revolutionären Obleute, das Rätssystem zur Verfassungsgrundlage zu machen, abgelehnt; angenommen wurde dagegen der Antrag des MSPD-Vertreters Cohen-Reuß, am 19. Januar Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen und bis dahin die „gesetzgebende und vollziehende Gewalt“ dem Rat der Volksbeauftragten zu übergeben, der von einem auf dem Kongress zu wählenden Zentralrat „überwacht“ werden sollte. Da diesem Zentralrat keinerlei echte Befugnisse übertragen werden sollten, boykottierten die Unabhängigen auf Initiative von Curt Geyer und anderen dessen Wahl, so dass dieser zu einem reinen MSPD-Organ wurde. Der Bruch zwischen den sozialdemokratischen Parteien auf dem Kongress war da, in der Regierung war er nur noch eine Frage von Tagen. Er erfolgte schließlich am 29. Dezember als Konsequenz aus den bewaffneten Auseinandersetzungen um die Volksmarine-division während der Weihnachtstage.

Die sächsische Regierung hatte am 25. Dezember mit den Stimmen ihrer unabhängigen Mitglieder, die offensichtlich resignierten, nur einen Tag später Wahlen zur sächsischen Volkskammer für den 2. Februar 1919 festgelegt. Damit waren auch in Sachsen die Würfel für eine Parlamentarisierung gefallen. Am 27. Dezember erfolgte ein weiterer Schritt zur Entmachtung der USPD: Der zentrale Landesrat der Arbeiter- und Soldatenräte – bei seiner Neukonstituierung am 3. Dezember entsprechend der Stärkeverhältnisse in den drei sächsischen Metropolen gebildet – beschloss gegen die Stimmen der Unabhängigen die Etablierung eines nach Berliner Muster gestalteten Zentralrats, der die bisherige paritätische Geschäftsführung im Landesrat obsolet machte. Er bestand – entsprechend den Verhältnissen im Landesrat – aus 7 MSPD- und nur 2 USPD-Vertretern und wurde deswegen von der USPD nicht anerkannt. Curt Geyer verkündete in seiner Rede die Leipziger Position zum Zentralrat und zur weiteren Taktik der USPD: „Wir fordern die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie auf, ihr Mandat weiter auszuüben und sich den rechtsungültigen Beschlüssen des Landesrats nicht zu unterwerfen. Das gilt namentlich für die Beschlüsse über den sogenannten Zentralrat und über die Früh(v)erlegung des Termins zur sächsischen Nationalversammlung.“³⁵ Daraus folgt, dass wir uns an den Wahlen zu dem so-

³⁵ Der Landesrat hatte von der sächsischen Regierung verlangt, die Wahlen auf den 19. Januar vorzuziehen.

nannten Zentralrat nicht beteiligen. Wir erkennen diesen Zentralrat nicht an.“ So war es in der LVZ am 28. Dezember zu lesen.

Der endgültige Bruch der Revolutionsregierung auch in Sachsen konnte nunmehr nur noch eine Frage der Zeit sein. Den äußeren Anlass dazu bildeten die blutigen Januarkämpfe in Berlin, die auch auf Sachsen übergriffen und in Leipzig und Dresden zu Auseinandersetzungen mit mehreren Toten führten. Da sich der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat eindeutig auf Seiten der Aufständischen in Berlin positionierte, wurde die Stellung der drei unabhängigen Minister unhaltbar. Unter immer stärkerem Druck des linken Leipziger Parteiflügels geratend, der manche Parteifunktionäre eine neuerliche Spaltung der Partei befürchten ließ, traten sie am 16. Januar 1919 von ihren Ämtern zurück.

Die sächsische Revolutionsregierung war, gemessen an ihren Zielen bei Beginn ihres Amtierens, gescheitert. Richard Lipinski hat in seinen Erinnerungen die Versäumnisse benannt, die aus seiner Sicht zum Bruch der Regierungen sowohl auf Reichs- als auch auf Landesebene geführt hatten: Der Schritt zur „sozialen Republik“ wurde nicht gegangen, man verharrte im Stadium der bürgerlichen Demokratie. Die Arbeiter- und Soldatenräte blieben ohne wirkliche Macht, eine Sozialisierung der Produktion kam nicht in Gang, schließlich unterblieb auch die Schaffung eines wirklichen Volksheeres.³⁶

2. Das Jahr 1919: Der Abschwung

Drei Wahlakte prägten die ersten Wochen des Jahres nach dem Ende der Revolutionsregierung.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar erhielten die beiden sozialdemokratischen Parteien innerhalb Sachsens eine klare Mehrheit – allerdings mit extrem verschobenen Prozentzahlen. Während in ganz Sachsen die USPD nur auf 13,9 Prozent kam, erhielt sie in Leipzig 38,2 Prozent. Umgekehrt die MSPD, die in Sachsen mit 46,0 Prozent haushoher Sieger war, in Leipzig dagegen bei – immerhin – 20,7 Prozent blieb. Obwohl die USPD ihr Leipziger Ergebnis als Erfolg verbuchte, blieb sie weit von der insgeheim erhofften absoluten Mehrheit entfernt.

Nicht anders eine Woche darauf bei der Wahl zur neuen Stadtverordnetenversammlung, bei der 33 der 72 Sitze auf die USPD entfielen. Zusammen mit den sechs gewählten MSPD-Stadtverordneten wäre zwar eine sozialdemokratische Mehrheit denkbar gewesen, zu tief waren aber die Gräben. So konnten denn die rechtsbürgerlichen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zufrieden schreiben: „Jedenfalls verfügt der radikale Flügel der Sozialdemokratie nicht, wie er gehofft hatte, über die absolute Mehrheit, und da die Bürgerlichen mit der alten Sozialde-

36 Siehe Richard Lipinski: Der Kampf um die politische Macht in Sachsen, Leipzig 1926, S. 15.

mokratie ein gut Stück Weges werden zurücklegen können und müssen, wird die Unabhängige Sozialdemokratie im Stadtverordnetensaale kaum zur alleinigen regierungsfähigen Partei aufrücken können, zumal da die alte Sozialdemokratie die aktive Teilnahme an gewissen lebensgefährlichen sozialistischen Experimenten ablehnt. Es ist also immerhin zu erwarten, dass die Unabhängigen sich in lebenswichtigen Fragen einem geschlossenen Block gegenübersehen werden.“³⁷ Und so kam es dann auch.

Nur unwesentliche Abweichungen ergaben die Wahlen zur sächsischen Volkskammer am 2. Februar. In Dresden kam es daraufhin zur Bildung eines rein mehrheitssozialdemokratischen Kabinetts, welches auf Tolerierungen, von welcher Seite auch immer, angewiesen war. In Leipzig waren die Vorgänge um die Regierungsbildung in Sachsen auf wenig Gegenliebe gestoßen. Curt Geyer hatte am 21. Februar Friedrich Seger als Vorsitzenden des Engeren Ausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats abgelöst, was bei der Persönlichkeit des neuen Vorsitzenden zwangsläufig zu einer radikaleren Politik führen musste.

Überdies sorgten schon die angespannten Lebensverhältnisse in Leipzig für eine bedrohliche Situation. Wie das gesamte Reichsgebiet³⁸ war auch Sachsen, dessen Industrie überdies stark vom weitgehend zusammengebrochenen Export abhängig war, während der unmittelbaren Nachkriegszeit von einer Wirtschaftskrise schwersten Ausmaßes betroffen.³⁹ Am 5. Februar versuchten Arbeitslose, deren Zahl mittlerweile in Leipzig auf über 40.000 angewachsen war, das Rathaus zu stürmen, und konnten nur durch das Eingreifen von Liebmann und Seger davon abgehalten werden.⁴⁰ Am 20. Februar wurde in der LVZ bekannt gegeben, dass ab der folgenden Kalenderwoche nur noch 2 Pfund Kartoffeln pro Person ausgegeben werden könnten.

Angesichts dieser Lage und unter dem Eindruck der blutigen Januarereignisse in Berlin, bei denen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den vom MSPD-Politiker Gustav Noske befehligten Freikorps zum Opfer gefallen waren, brach in Mitteldeutschland am 24. Februar ein Generalstreik aus, der in Leipzig eskalierte. Die Forderungen der Streikleitung waren hier die Einführung der Betriebskontrolle durch die Arbeiterräte als Vorstufe der Sozialisierung, die gesetzliche Verankerung der Arbeiterräte, die Freilassung der politischen Gefangenen sowie der Rücktritt der „bürgerlich-rechtssozialistischen Regierung“.⁴¹ Als Reaktion auf den Einmarsch der Reichswehrtruppen in Halle am 1. März ordnete der Engere Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates darüber hinaus die Bewaffnung der Arbeiter und

37 Leipziger Neueste Nachrichten, 27.1.1919.

38 Auf Reichsebene fiel die Industrieproduktion (1913=100) 1919 auf einen Index von 38 ab. Siehe Jürgen Kuczynski: Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 5, Köln 1993, S. 26.

39 Zu den besonders schwierigen Startbedingungen der sächsischen Nachkriegsindustrie siehe Werner Bramke: Sachsens Industrie(gesellschaft) vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Werner Bramke/Ulrich Heß: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 27-53.

40 Siehe StadtAL, Kap.72, Nr. 75, Bd. 1, Bl.13

41 Siehe LVZ, 28.2.1919.

die Bildung einer „Volkswehr“ aus Mitgliedern der USPD an, eine Maßnahme, die später der sächsischen Regierung den Vorwand zur Besetzung Leipzigs lieferte. Ab dem 27. Februar fuhren Straßen- und Eisenbahnen nicht, Gas- und Elektrizitätswerke wurden abgeschaltet, der Telefon- und Telegraphenverkehr mit der Außenwelt unterbrochen. Abordnungen der Streikleitung nahmen Durchsuchungen von Wohnungen und Geschäften nach „Hamsterlagern“ vor und besetzten sämtliche Bankengebäude. Von den Tageszeitungen erschien allein die LVZ täglich und fungierte als unermüdliches Propagandaorgan der Streikleitung. Erst am 11. März konnten die übrigen Zeitungen wieder erscheinen.

Als ungewöhnliche Reaktion auf den Generalstreik beschloss der Leipziger Bürgerausschuss den Gegenstreik des Bürgertums. Dieser war nicht schlecht vorbereitet. „Um die Beamten zum Streik zu veranlassen, wurde die Gehaltszahlung für die Beamten einige Tage vor dem Fälligkeitstermin vorgenommen. Während man den Arbeitern noch am 1. März den fälligen Lohn mit der Begründung vorenthielt, der Schlüssel zum Kassenschrank sei nicht zu finden.“⁴² Neben den Beamten der Stadtverwaltung beteiligten sich Handwerker, Apotheker, Ärzte und viele sonstige Berufsgruppen an dem Gegenstreik. Die Amtshauptmannschaft verweigerte die Öffnung des Lebensmittelamtes, woraufhin der Amtshauptmann von Finck von Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates kurzerhand verhaftet wurde.⁴³

Vor allem der Leipziger Kreishauptmann von Burgsdorff heizte mit unverantwortlichen Telegrammen an den sächsischen Gesandten bei der Weimarer Nationalversammlung die Situation bis zum Unerträglichen an. So telegraphierte er am 3. März: „Für morgen, da Fortdauer des allgemeinen Streiks nicht abwendbar, allgemeiner Aufruhr mit Gewaltmaßnahmen, als Plünderungen, Sprengung der öffentlichen Gebäude, der Banken, Entnahmen von Geiseln usw. bestimmt beabsichtigt. Herrschaft völlig bei Spartakisten. Vernichtung der Stadt, Mord und Totschlag unvermeidlich, wenn nicht militärische Hilfe sofort zur Stelle. Erbitten solche im Einverständnis mit allen Behörden. Ohne sofortige militärische Hilfe alles verloren.“⁴⁴

Die offensichtliche Patt-Situation in Leipzig führte im Arbeiter- und Soldatenrat zu Differenzen über Sinn oder Unsinn der Fortsetzung des Streiks. Vor allem Friedrich Seger riet zum Abbruch, da die hochgesteckten Ziele zumindest im Augenblick nicht zu erreichen seien. Scharf gegen einen Abbruch argumentierten dagegen Hermann Liebmann und Arthur Lieberasch, welche für kompromissloses Weiterkämpfen „bis zur sozialistischen Republik“ eintraten.⁴⁵ Um die Lage zu entschärfen, entsandte die Landesregierung am 7. März den Arbeitsminister Schwarz nach Leipzig, der zunächst mit seinem Auftreten den Bürgerausschuss brüskierte,

42 Zit. nach Liebmann, *Zweieinhalb Jahre*, S. 61.

43 Siehe SStAL, AH Leipzig, Nr. 1708, Bl.25.

44 HStAD, Akten der Sächsischen Gesandtschaft, Nr. 375, Bl.102.

45 Siehe LVZ, 7.3.1919.

indem er den streikenden Beamten unter Androhung staatlicher Sanktionen die Beendigung des Gegenstreiks zur Pflicht machte.⁴⁶ Damit sicherte sich Schwarz für geraume Zeit die erbitterte Feindschaft aller bürgerlicher Parteien, was bis zu scharfen Polemiken und verletzenden persönlichen Angriffen in parlamentarischen Sitzungen führte. Schwarz gelang es schließlich, unter Zusage der verfassungsrechtlichen Anerkennung der Betriebsräte, die Streikleitung zu einem Abbruch des Generalstreiks zu bewegen.

Im Grunde genommen war der Streik eine Niederlage für die USPD und den Arbeiter- und Soldatenrat, denn von den ursprünglichen Forderungen war so gut wie keine erfüllt worden, gleichzeitig hatte das Bürgertum an Selbstvertrauen gewonnen. Eine weitere Zuspitzung der Situation schien nicht ausgeschlossen, da die Unzufriedenheit der radikalen Arbeiter mit dem Erreichten groß war, was auf den Streikversammlungen vom 8. März deutlich zum Ausdruck kam.⁴⁷ Die Frage, ob die USPD ihre Anhänger zügeln konnte, musste offener denn je erscheinen, zumal in der Partei selbst der Kampf zwischen dem vorsichtigeren Seger und den Anhängern Curt Geyers heftiger wurde.

Seit Ende März lieferte der sächsische Militärbevollmächtigte bei der Weimarer Nationalversammlung Oberst Schulz regelmäßig neue bei ihm eingegangene Warnungen und Horrormeldungen konservativer Leipziger Abgeordneter an die sächsische Regierung über angeblich geplante Geiselnahmen durch den Arbeiterrat, Störungen während der bevorstehenden Messe, die sinkende Kreditwürdigkeit der Stadt im Ausland bei Weiterbestehen des gegenwärtigen „Terrors der Geyer-Leute“ sowie ständig neue Forderungen nach Entsendung „zuverlässiger“ Truppen, die „Ruhe und Ordnung“ wiederherstellen sollten.⁴⁸ In den Augen führender Militärs war ein bewaffneter Schlag ohnehin längst überfällig: „Es wurde Zeit, dass gegen die Auflehnungen und Übergriffe des Arbeiter- und Soldatenrates und gegen die Hetzer der Volkszeitung, die den Kampf gegen die Regierung nur noch im Lästertone führte und z. B. den mehrheitssozialdemokratischen Kriegsminister einen ‚größtenwahnsinnigen Schneider‘ nannte, endlich wirksam eingeschritten wurde.“⁴⁹ All dies blieb bei der USPD nicht unbemerkt und führte schon bald zu Warnungen vor einem möglichen Truppeneinmarsch.⁵⁰

Im sächsischen Landtag entlud sich die gespannte Atmosphäre in radikalen Reden von beiden Seiten des Hauses in den letzten Sitzungen vor den Parlamentsferien. Hermann Liebmann hatte am 8. April die wiederholten Angriffe der rechten Seite des Parlaments gegen die angeblichen „spartakistischen Umtriebe“ der Arbeiter- und Soldatenräte mit ungewöhnlicher Schärfe zurückgewiesen und in hit-

46 Siehe SStAL, AH Leipzig, Nr. 1708, Bl.25b.

47 Siehe Rudolph, Die sächsische Sozialdemokratie, S. 218. Immer öfter wurden Stimmen laut, die eine Neuwahl des Rates verlangten, was zu diesem Zeitpunkt eine weitere Radikalisierung wahrscheinlich gemacht hätte.

48 Siehe HStAD, Sächsische Gesandtschaft, Nr. 375, Bl.144f.

49 Zit. nach Georg Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Leipzig 1921, S. 239.

50 So etwa in der LVZ vom 26.März 1919 („Eine Weiße Garde für Leipzig“).

ziger Art und Weise der Regierung die Anerkennung abgesprochen: „Der Arbeiter- und Soldatenrat erkennt überhaupt keine andere Instanz an als die Revolution, deren Werkzeug und Produkt er ist [Hört, hört – rechts]. Seine Aufgaben, seine Gesetze, seine Rechte und Pflichten ruhen nur auf der Revolution. [...] Die oberste Instanz des Arbeiter- und Soldatenrates ist niemand anderes als die Revolution selbst.“⁵¹ In seinen mehrfach von Tumult und Zwischenrufen unterbrochenen Ausführungen drohte er den bürgerlichen Abgeordneten an, sie würden „nicht mehr lange in diesem Hause sitzen“. Der Präsident der Volkskammer Fräßdorf (MSPD) erklärte, er habe die parlamentarisch unzulässigen Ausführungen Liebmanns nicht unterbrochen, damit sich jeder ein Bild von der Gesinnung der Unabhängigen machen könne. Nur zwei Tage später sorgte er freilich selbst für einen Eklat, als er im selben Hause für den Fall neuer Streiks mit dem Einsatz militärischer Gewalt und dem Erlass von Ausnahmegesetzen drohte und nach stürmischen Protesten der USPD-Fraktion wutentbrannt die Sitzung verließ. Später wurde deutlich, dass das Kabinett schon an diesem Tage die Verhängung des Belagerungszustandes geplant hatte.

Der entsprechende Anlass wurde bald gefunden: Der Mord an dem sächsischen Kriegsminister Neuring am 12. April in Dresden. Sofort nach Bekanntwerden des Mordes rief die Regierung den Belagerungszustand zunächst für Dresden, ab dem nächsten Tag für das ganze Land aus. Das Standrecht wurde verhängt, die Presse- und Versammlungsfreiheit ausgesetzt und die Unverletzlichkeit der Wohnung suspendiert. Der neue Kriegsminister Kirchhoff ernannte Generalmajor Löffler zum Beauftragten für die Durchführung des Belagerungszustandes in Leipzig. Das Innenministerium ordnete an, dass „die Polizeibehörden während der Dauer des Belagerungszustandes der Abhaltung aller öffentlichen Versammlungen, deren Zweck auf den Sturz der gegenwärtigen Regierung, die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Einführung der Räterepublik gerichtet ist, ihre Genehmigung zu versagen [haben]. Die Erfahrung der letzten Zeit hat gelehrt, daß derartige Bestrebungen hauptsächlich von den unabhängigen Sozialdemokraten, den Kommunisten und Spartakisten ausgehen.“⁵²

In Leipzig ging das Leben in der Stadt zunächst seinen gewohnten Gang, auch wenn die Universität seit dem 12. April ihre Pforten geschlossen hatte.⁵³ Die Leipziger Messe fand ohne irgendwelche Störungen statt. Der Feiertag des 1. Mai wurde – je nach Befindlichkeit – ohne Zwischenfälle begangen, obwohl aufgrund des Belagerungszustandes alle öffentlichen Veranstaltungen verboten waren. Am 7. Mai nahm die Stadtverordnetenversammlung aufgrund der entspannten Situation einstimmig einen – freilich um eine radikalere Passage gekürzten – Antrag

51 HStAD, Akten des Ministeriums des Inneren, Nr. 11075, Bl.23f.

52 SStAL, Akten der Amtshauptmannschaft Leipzig, Nr. 1709, Bl.3.

53 Mit Zustimmung des Rektors Professor Kittel hatte der Studentenausschuss alle Studenten zur Meldung für den „Grenzschutz“ im deutsch-polnischen Grenzgebiet aufgerufen, woraufhin die Eröffnung des neuen Semesters verlegt worden war.

Hermann Liebmanns an, den Rat der Stadt zu ersuchen, „die notwendigen Schritte für die Aufhebung des Belagerungszustandes bei der Regierung zu unternehmen“.⁵⁴

Am selben Tag, als die Stadtverordnetenversammlung die Aufhebung des Belagerungszustandes forderte, erhielt General Maercker, Kommandeur des Landesjägerkorps, welches zuvor unter anderem auch in Halle eingesetzt worden war, von Reichswehrminister Noske den Befehl zur militärischen Besetzung Leipzigs. Wie bei Noske üblich, war der Befehl in nicht gerade zimperlichen Worten abgefasst: „[...] 2. a) Die volle Regierungsgewalt der sächsischen Regierung ist wiederherzustellen und auf die Dauer zu sichern. b) Die Sicherheitstruppen, welche sich auf unabhängig-spartakistische Seite und regierungsfeindlich gestellt haben, sind zu entwaffnen und aufzulösen. [...] 4b) Sollte in Leipzig bewaffneter Widerstand geleistet werden, so ist er rücksichtslos zu brechen. [...] 4d) Die Leipziger Volkszeitung ist bis auf weiteres zu verbieten...“⁵⁵ Neben der LVZ waren die kommunistischen Blätter zu verbieten, sogenannte Rädelsführer – ein weit auslegbarer Begriff – waren zu verhaften. Wie sich später herausstellen sollte, war zumindest der Oberbürgermeister Dr. Rothe über die Pläne der militärischen Besetzung der Stadt informiert.⁵⁶ Als Verbindungsmann der Regierung wurde zu Maercker der Leipziger MSPD-Funktionär Otto Mylau entsandt, der sich als Scharfmacher betätigte und einen ausgesprochen schlechten Ruf bei der Leipziger Arbeiterschaft erwarb. Er verließ später die Stadt, nachdem er aus der örtlichen Gewerkschaft ausgeschlossen worden war.⁵⁷

Am 11. Mai 1919 war es dann soweit. Für den Leipziger Arbeiterrat, die USPD-Parteileitung und die Mehrzahl der Stadtverordneten völlig überraschend, rückten Maerckers zwei Divisionen in Leipzig ein. Vereinzelt Warnungen in den Tagen zuvor waren nicht ernst genommen worden.⁵⁸ Der Einmarsch vollzog sich ohne militärische Zusammenstöße, die Sicherheitswehr des Arbeiterrates ließ sich zu meist ohne Widerstand entwaffnen. Es war überaus deutlich, dass Widerstand gegen eine derartige Übermacht nur zu sinnlosem Blutvergießen führen konnte, und es muss als klares Verdienst des Arbeiterrates gewertet werden, dass er nicht zu derlei Aktionen unüberlegt aufrief. Maercker löste mit Hinweis auf dessen „undemokratische Zusammensetzung“ den Arbeiterrat auf, in den Folgetagen setzte eine Verhaftungswelle gegen dessen Angehörige ein. Unter anderem wurden die führenden Funktionäre Dietze, Schöning und Schroers festgenommen, man brach in die Wohnung Hermann Liebmanns ein und holte ihn zum Verhör und suchte

54 StadtAL, Kapitelakten 72, Nr. 74, Bl.10.

55 Zit. nach Maercker, Vom Kaiserheer, S. 243f.

56 Siehe Thiem, Der Oberbürgermeister, S. 313.

57 „Damit [mit der Räumung der Stadt Ende Juli] war die Aktion beendet, in der die Rechtssozialisten mit ihrem Regierungsbeauftragten Mylau eine so außerordentlich schimpfliche Rolle spielten. Mylau, der ehemalige Arbeiterssekretär, konnte sich vor der Leipziger Arbeiterschaft nicht sehen lassen, er floh in eine kleine sächsische Stadt als Stadtrat.“ Zit. nach Liebmann, Zweieinhalb Jahre, S. 66.

58 Siehe etwa entsprechende Hinweise in der LVZ vom 8. und 9. Mai 1919.

nach Curt Geyer, der die Stadt jedoch Richtung Berlin verlassen hatte. Gemäß den Richtlinien Noskes wurde neben allen kommunistischen Blättern auch die LVZ verboten.

Der Truppeneinmarsch wurde erwartungsgemäß von den rechtsbürgerlichen „Neuesten Nachrichten“ begrüßt: „... dürfen wir wohl [...] unserer Freude Ausdruck geben, wieder einmal Soldaten gesehen zu haben; wirkliche Soldaten, denen man den redlichen Willen zur Ordnung zutraut und die man deshalb für berufen hält, Träger dessen zu sein, was von deutscher Reichsgewalt noch übrig ist.“⁵⁹ Die vereinzelt Streikaufrufe, die in den Tagen nach dem Einmarsch ohne Billigung der USPD erschienen, wurden von der Arbeiterschaft sehr mäßig befolgt. Isolierte Proteststreiks gab es unter anderem in Leutzsch, Böhlitz-Ehrenberg, Mölkau und Wahren; nach Meldung eines Gendarmerie-Inspektors vom 12. Mai wurden an diesem Tage 22 Betriebe bestreikt.⁶⁰ Das Militär ging mit Gewalt gegen Streikende vor und verhaftete bis zum 14. Mai 43 „Rädelsführer“.⁶¹ Ab 14. Mai flauten die Streiks bereits merklich ab, die zunächst befürchtete Ausweitung zu einem Generalstreik fand nicht statt. Die USPD-Führung hatte auch nicht zu einem solchen aufgerufen. Vermieden wurde damit eine – in der gegebenen Situation – aussichtslose Konfrontation mit der Macht, die nur zu noch schärferen Repressionen seitens des Militärs führen konnte.

Einer der eigentlichen Anlässe des Truppeneinmarsches, die „Machtanmaßung des undemokratischen Leipziger Arbeiterrates“, war mit dessen Auflösung erledigt. Der später, nach dem Abzug der Truppen, Ende Juni neu gewählte Arbeiterrat, dem nun auch Handwerker und Angestellte angehörten, besaß keinerlei kommunalpolitische Macht mehr.

Der linke Leipziger „Sonderweg“ war endgültig zu Ende. „Mit der militärischen Besetzung Leipzigs verlor die radikale Linke ihre letzte Bastion in Deutschland. Die Macht der Räte war in Sachsen endgültig gebrochen. Bis ins Jahr 1920 bestanden sie zwar vielerorts noch fort, waren nun aber politisch ohne jeden Einfluss.“⁶²

59 LNN, 12. Mai 1919.

60 Siehe SStAL, Akten der Amtshauptmannschaft Leipzig, Nr. 1707, Bl.6.

61 Siehe ebenda, Bl.19.

62 Frank Heidenreich: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933, Weimar/Köln/Wien 1995, S. 149.

Die revolutionären Kämpfe in Zittau 1918-1920

In den Jahren vor dem ersten Weltkrieg gab es in Zittau die Königs-Ludwig-Kaserne. Die heute verfallene Mandaukaserne war damals schon nicht mehr ständig von Soldaten belegt. Aber in Königs-Ludwig-Kaserne lag ein Bataillon des Infanterieregiments 102, und diese „Einhundertzwei“ waren völlig integriert in die Stadt Zittau, aus ihr nicht mehr wegdenkbar. Es gab sogar ein Lied über die 102er, das zu Beginn des ersten Weltkriegs oft gesungen wurde. Es begann so: „In einem kleinen Städtchen Sachsens, einer wunderschönen Stadt ... In diesem kleinen Städtchen lag eine Garnison von lauter 102er Schützen, ein ganzes Bataillon ...“ Und die nächste Strophe begann: „Im Jahre 1914, da war die Freude groß ...“ Allerdings kam dann zum Kriegsende noch eine Strophe hinzu, die so begann: „Im Jahre 1918, da war der Jammer groß ...“, da war nichts mehr von den nationalistischen Sprüchen übrig geblieben, die am Beginn des Ersten Weltkriegs immer wieder zitiert wurden, nämlich: „Jeder Schuss ein Russ, Jeder Stoß ein Franzos, Jeder Tritt ein Britt“ – und das war natürlich auch in der Oberlausitz so.

Das gesamte politische Geschehen, der im Laufe der Kriegsjahre immer härter werdende Klassenkampf, der immer mehr wachsende Wille der Menschen, Schluss mit dem verheerenden Krieg zu machen, bestimmte das öffentliche Leben. Das kam am sichtbarsten in den Industriebetrieben zum Ausdruck. Die Amtshauptmannschaft Zittau gehörte ja zu den am dichtesten besiedelten Gebieten Sachsens, wie überhaupt das Königreich Sachsen zu den drei großen Industriegebieten neben Berlin und dem Ruhrgebiet gehörte. Besondere Bedeutung für die Wirtschaft der Oberlausitz, also weit über die Kreisgrenzen hinaus, hatte das 1917 durch den sächsischen Staat erworbene Braunkohlen- und Kraftwerk Hirschfelde, das 1918/19 etwa 1.200 Arbeiter beschäftigte und bei Ausbruch der Novemberrevolution ein Zentrum des revolutionären Kampfes in der Amtshauptmannschaft Zittau und in der gesamten Oberlausitz war. Damals hatte Zittau nach dem Einwohnerbuch der Stadt und des Amtsgerichtsbezirks Zittau 34.246 Einwohner.

Hier soll nicht auf die Gründung und Entwicklung der sozialdemokratischen Partei eingegangen werden. In der Zeit unmittelbar vor dem und während des Ersten Weltkriegs war sie zu einem bedeutsamen Machtfaktor geworden. Und je länger der Krieg dauerte, je härter er die Menschen traf, um so mehr wuchs ihr politischer und gesellschaftlicher Einfluss. Unter dem Druck der sozialdemokratischen Parteimitglieder hatte sich der Vorstand der sozialdemokratischen Kreisorganisation Zittau entschließen müssen, bereits im März 1916 eine Unterschriftensammlung für eine „Friedenspetition“ an den Reichstag zu organisieren. Auch die rechtsgerichteten sozialdemokratischen Funktionäre der Amtshauptmannschaft Zittau mussten eingestehen, dass „der Wille zum Frieden ... am stärksten in

der Arbeiterschaft“ zum Ausdruck kam. Als sich schon nach kurzer Zeit zeigte, dass die vor allem für die Waffenproduktion arbeitenden Frauen und Männer in der Unterschriftenaktion eine Möglichkeit sahen, ihren Friedenswillen zu bekunden, wurde selbst diese mehr zur Besänftigung der Massen gedachte Initiative von den staatlichen Behörden verboten. In der sozialdemokratischen Kreisorganisation kam es zu immer mehr und stürmischer werdenden Protesten gegen den Proriegskurs der Parteiführung, was schließlich im Frühjahr 1918 zur Abspaltung der USPD-Ortsgruppe führte.

Führende Funktionäre waren dabei Emil Rauch, Redakteur der „Volkszeitung für die Oberlausitz“, und die Arbeiter Oskar Stürmer, Wilhelm Treibig, Karl Lange und Willibald Pech. Ihr Einfluss auf die Arbeiterschaft blieb jedoch gering, und die politisch-ideologischen Unstimmigkeiten unter ihnen erleichterten es den führenden Funktionären – so Edmund Fischer als Reichstagsabgeordneter, Heinrich Schnettler als Kreisvorsitzender, Otto Burckholt als Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse sowie Otto Schembor als Geschäftsführer der Konsumgenossenschaften der Amtshauptmannschaft Zittau – die opportunistische Linie des Parteivorstandes der SPD auch vor und während der Novemberrevolution zu vertreten.

Die revolutionäre Woge hatte auch das Zittauer Gebiet erfasst. Alle Versuche der oben genannten sozialdemokratischen Funktionäre, sie aufzuhalten und in leicht plätschernde Wellen opportunistischer Reformen zu verwandeln, blieben nahezu erfolglos. Als die Nachricht von den revolutionären Kämpfen und vor allem vom Sturz des Kaisers in Berlin und des sächsischen Königs in Dresden („Macht euern Dreck alleene“) Zittau erreicht hatte, versammelten sich am 9. November 1918 spontan Tausende zum Ringen für eine demokratische Republik bereit Menschen auf dem Markt und danach auf dem Bahnhof, weil dort eine Delegation des Dresdner Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats mit Otto Rühle¹ eintreffen sollte. Auch in Zittau hatte der Rätegedanke unter dem Einfluss der Revolution in Russland einen großen Teil der werktätigen Massen ergriffen. Am 9. November wurde von den Vertrauensleuten der größten Zittauer Betriebe ein provisorischer Arbeiterrat gewählt, dessen Vorstand Otto Schembor als Vertreter der SPD, August Jochmann als Gewerkschaftsfunktionär und Oskar Stürmer von der USPD bildeten. Am gleichen Tag wählten die Soldaten der Zittauer Garnison – also die 102er – einen Soldatenrat mit dem Gefreiten Strobach an der Spitze. An der von beiden Räten gemeinsam am 10. November im „Hotel zur Sonne“ einberufenen Versammlung nahmen etwa 200 Menschen teil, darunter Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Külz.²

1 Otto Rühle, seit 1896 Mitglied der SPD, 1912-1918 MdB, stimmte 1915/16 mit Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite, war 1918 Führer der Dresdener Linksradikalen, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldaten-Rates von Groß-Dresden, 1919 KPD, 1920 wegen linkssektiererischer Positionen ausgeschlossen.

2 Wilhelm Külz hatte damals noch nicht jene politischen Einsichten, die es ihm nach 1945 ermöglichten, sich an der Spitze der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands in der DDR für eine demokratische Entwicklung einzusetzen. In Würdigung seines Wirkens ist am Zittauer Rathaus eine Gedenktafel angebracht.

Bei der Versammlung im „Hotel zur Sonne“ kam es jedoch wegen der Hinhaltepolitik der sozialdemokratischen Funktionäre nur zu endlosen Diskussionen. Beschlüsse zur Durchsetzung revolutionärer Ziele wurden nicht gefasst, vielmehr riefen die sozialdemokratischen Funktionäre ähnlich wie der Oberbürgermeister zu „Ruhe und Ordnung“ auf. Am 15. November fand im „Hotel zur Sonne“ die endgültige Konstituierung des Arbeiter- und Soldatenrates statt. Maßgebender Geschäftsführer wurde Otto Schembor (SPD), Vorsitzender des Soldatenrates der Gefreite Hängekorb.

Die Leitungsmitglieder des Arbeiterrates waren aber gezwungen, der revolutionären Stimmung bei den Massen in gewissem Maße Rechnung zu tragen, was in manchen Fällen zu Differenzen mit der konservativen Stadt- und Kreisverwaltung führte. Ein Beispiel dafür war das am 15. November gegen den reaktionären Beamtenapparat erzwungene Hissen der roten Fahne auf dem Zittauer Rathaus. Dieses Zeichen für die Revolution traf bei der Mehrheit der Zittauer Einwohner auf stürmische Zustimmung. In einer vom Kreisvorstand der SPD 1924 herausgegebenen Broschüre hieß es dazu: „Am nächsten Tage (dem 16.11.) holte sich dann eine Deputation des Arbeiter- und Soldatenrates bei den städtischen Behörden die schriftliche Zustimmung ..., dass von dieser Seite kein Entgegenwirken gegen die revolutionären Bestrebungen stattfindet, sondern dass man diese anerkenne.“ Diese kaum revolutionär zu nennende Haltung versetzte den Oberbürgermeister in die Lage, sich vor der nur aus Vertretern des Bürgertums bestehenden Stadtverordnetenversammlung damit zu rechtfertigen, dass er das Hissen der roten Fahne nicht mit Polizeigewalt verhindert habe, um Blutvergießen zu vermeiden.

Doch ganz so reibungslos, wie vom Oberbürgermeister und den Stadträten sowie den führenden Funktionären des Arbeiter- und Soldatenrates gewünscht, gestaltete sich noch längere Zeit nach den Novembertagen die Zusammenarbeit zwischen den alten Behörden und dem Arbeiter- und Soldatenrat nicht. Immer wieder kam es zu Kundgebungen und Demonstrationen, zu revolutionären Aktionen der Werktätigen. Das Streben nach sozialistischer Umgestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft brachten besonders die Arbeiter der Großbetriebe – des Braunkohlen- und des Kraftwerkes Hirschfelde, der Phänomen-Werke Zittau, der Mechanischen Weberei Zittau – zum Ausdruck. Wie anderswo auch fehlte es hier an einer zielklaren Führung. Der Arbeiter- und Soldatenrat stellte nicht die Frage nach Übergabe der örtlichen Staatsmacht an die berufenen Vertreter der Arbeiter und anderer Werktätigen. Schembor, Fischer und andere sozialdemokratische Funktionäre riefen in Versammlungen und Presseerklärungen immer wieder dazu auf, für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen.

Die Wahlen zur Sächsischen Volkskammer am 2. Februar 1919 brachten in der Amtshauptmannschaft Zittau der SPD und der USPD zusammen rund 30.000 Stimmen, die bürgerlichen Parteien kamen auf knapp 28.000. Das war ein ähnliches Ergebnis wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung zwei Wochen zuvor.

Als Vertreter der Zittauer Sozialdemokraten zog Otto Schembor in die Sächsische Volkskammer ein.³

Im Zusammenhang mit der Novemberrevolution steht in der Oberlausitz der so genannte Zittauer Putsch im Juli/August 1920.

Wenige Wochen vor den Reichstagswahlen von 1920 kam es in Zittau zu einer bis dahin nicht gekannten Zuspitzung des Klassenkampfes. Die eigentliche Ursache für die im Juli beginnenden Aktionen waren die Hungerdemonstrationen im August 1919, die zu keiner Verbesserung der Lage der Menschen geführt hatten, die zunehmende Erwerbslosigkeit und die sich verschärfende Inflation, die die allgemeine Not vergrößerten und die mangelhafte Lebensmittelversorgung verschlechterten. Als bekannt wurde, dass ein Lebensmittelhändler gesagt hatte, die Arbeiter sollten doch Sägespäne fressen, wenn sie kein Geld für Lebensmittel hätten, brach der Sturm los. Empörte Demonstranten zogen spontan zu diesem Geschäft in der Reichenberger Straße und verprügelten den Inhaber; die im Geschäft vorhandenen Lebensmittel wurden zu herabgesetzten Preisen verkauft. Ein herbeigerufener Trupp der Schutzpolizei griff zunächst nicht ein und zog sich wieder zurück.

Die Empörung der Massen erreichte ihren Siedepunkt, als kurze Zeit darauf, vom Oberbürgermeister alarmiert, bewaffnete Hundertschaften der Landespolizei anrückten. Diese waren seit längerer Zeit wegen der immer wieder aufflammenden revolutionären Stimmung der Zittauer Arbeiter von der Stadtverwaltung angefordert und in der Kaserne stationiert worden. Trotz Waffengebrauchs und einzelner Schüsse gelang es der Sicherheitspolizei nicht, die Demonstranten zurückzudrängen. Am Abend sperrte die Polizei die Reichenberger Straße und den Rathausplatz mit Maschinengewehren und Drahtverhau ab. Dabei flammten immer wieder Schießereien auf, und es gab bei den Demonstranten die ersten Verletzten.

Am nächsten Tag trat die Zittauer Arbeiterschaft aus Protest gegen die Willkür der Polizei in den Streik. Aus Solidarität legten neben den Belegschaften anderer Betriebe die Arbeiter des Großkraftwerkes Hirschfelde die Arbeit nieder und beteiligten sich mit an der Großkundgebung auf der Schießwiese (heute Neubaugebiet Zittau-Ost). Zu den hier gestellten Forderungen an den Staatsapparat sprach auch der aus Berlin herbeigeeilte ehemalige Redakteur der „Volkszeitung“ Emil Rauch, der jetzt Mitglied des Parteivorstands der USPD war. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit der Stadtverwaltung griff die sächsische Landesregierung mit einer so genannten Zivilkommission ein und ließ am 2. und 3. August per Flugzeug über Zittau Flugblätter abwerfen, in denen die bedingungslose Einstellung des Generalstreiks gefordert wurde. Gleichzeitig wurde bekannt, dass General Müller, der reaktionäre Reichswehrgeneral (der später, im Herbst 1923, mit brutaler Waffengewalt über ganz Sachsen die Macht ausübte und viele Arbeiter nieder-

3 Nach 1933 folterten ihn die Nazis in Konzentrationslagern, er starb nach seiner Entlassung 1937. Sein Grab auf dem Krematoriumsgelände in Zittau ist vor Jahrzehnten eingeebnet worden.

schießen ließ), in Absprache mit Innenminister Kühn von der SPD den Belagerungszustand verhängte.

Am 3. August wurden die ersten Reichswehrtruppen nach Zittau in Marsch gesetzt. In dieser äußerst zugespitzten Situation wurden die örtlichen SPD-, USPD- und Gewerkschaftsfunktionäre wankelmütig und konnten aufgrund ihres bisherigen Einflusses erreichen, dass sich bei der von den Gewerkschaften durchgeführten Urabstimmung 9.641 Arbeiter für die Beendigung des Generalstreiks aussprachen. Die junge KPD-Ortsgruppe konnte dies nicht verhindern. Aber immerhin waren noch 6.313 Arbeiter bereit, den Kampf fortzusetzen. Es steht außer Frage, dass die überwiegende Mehrheit der Streikenden nicht aufgegeben hätte, wenn die sozialdemokratischen und die Gewerkschaftsfunktionäre die proletarische Einheitsfront weitergeführt hätten.

So rückten am 4. August 1920 zum zweiten Mal die Reichswehrverbände in Zittau ein, und am 5. August erzwangen sie die Wiederaufnahme der Arbeit, obwohl – wie die örtliche Führung der SPD eingestehen musste – die Arbeiter in Zittau in ihrer Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks waren. Die meisten Mitglieder des Fünfzehner-Ausschusses und andere klassenbewusste Arbeiter wurden verhaftet und abgeurteilt.

Die Ereignisse erregten großes Aufsehen. Die Stadtverwaltung, die Amtshauptmannschaft, die Kreishauptmannschaft Bautzen, die sächsische Landesregierung und der sächsische Landtag beschäftigten sich damit mehrfach.

Am 4. August kamen die „Zittauer Vorgänge“ auch im Reichstag zur Sprache. Reichsinnenminister Koch erklärte dort, dass die „Zittauer Unruhen“ ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit des so genannten Entwaffnungsgesetzes seien, welches am 1. Oktober 1920 in Kraft treten sollte. Zugleich forderte er ein schärferes Vorgehen gegen die – wie er sie nannte – „Unruhestifter“.⁴

Anders berichtete über die Vorgänge in Zittau die „Rote Fahne“ der KPD. In ihrer Ausgabe vom 3. August 1920 hieß es: „Wir wissen nicht, was in Zittau in Wahrheit vorgefallen ist, wohl aber wissen wir, dass die deutsche Arbeiterschaft in 1 1/2 Jahren Revolutionserfahrung es gelernt hat, dass man nicht an einem isolierten Ort durch einen Handstreich die Räte-Diktatur errichten kann.“ Damit machte das KPD-Organ deutlich, dass nur bei Vorhandensein einer wirklich revolutionären Situation, und das nicht in einem kleinen abgekapselten Gebiet, die Macht der Bourgeoisie gestürzt werden kann. In diesem Sinne wirkte Rudolf Renner, Sekretär der Bezirksleitung Ostsachsen der KPD, als er in seiner Rede am 4. August in Seiffhennersdorf die Demonstranten zur Ruhe ermahnte und sich deutlich gegen alle linkssektiererischen Kräfte wandte, die durch ihre unüberlegten Aktionen dem Geschehen nur schaden mussten.

Die Ereignisse vom Juli und August 1920 erregten Aufsehen, sie ängstigten die örtliche Bourgeoisie, doch sie wurden nicht zu einer wirklich ernsthaften Gefahr

4 Siehe „Zittauer Morgen-Zeitung“ und „Zittauer Nachrichten und Anzeiger“, 5.8.1920.

für die bürgerliche Klassengesellschaft; sie ließen sich eher von den herrschenden Kreisen zur Begründung undemokratischer Maßnahmen ausnutzen. Zugleich sind die Kampftage ein anschauliches Beispiel dafür, dass viele Arbeiter in Zittau, wie auch anderswo in Deutschland, durchaus zum Kampf um die Verwirklichung ihrer Klasseninteressen bereit waren, dass ihre revolutionäre Stimmung von 1918 noch nicht abgeklungen war. Das sollte sich in den folgenden Kämpfen, besonders im Herbst 1923, zeigen...

GÜNTER WEHNER

Die Stahlwerker von Hennigsdorf bei Berlin in der Novemberrevolution

Bereits am Munitionsarbeiterstreik im Januar/Februar 1918 beteiligten sich 5.000 Arbeiter und Angestellte der Hennigsdorfer AEG-Betriebe und des Stahl- und Walzwerkes im Ort. Sie legten bis zum 5. Februar 1918 die Arbeit nieder. Die gesamte Produktion in den Großbetrieben brach zusammen. Organisiert wurde diese Streikaktion durch eine rührige Spartakusgruppe in den AEG-Betrieben unter Leitung von Jakob Weber. Bedeutsam für die Arbeiterschaft dieser Betriebe in Hennigsdorf war der Entschluss, im Rahmen der Organisation der revolutionären Obleute eine bewaffnete Gruppe der Arbeiterschaft, die sogenannten „Schwarzen Katzen“, zu bilden. So entstand in den AEG-Betrieben des Ortes eine bewaffnete Gruppe. Sie verteilte sich auf fast alle Bereiche der Werke: den Flugzeugbau, die Isolatorenwerke, die Lokomotivfabrik, den Scheinwerferbau und das Stahlwerk, das zu diesem Zeitpunkt noch zur AEG gehörte. Leiter war ein in Hennigsdorf illegal lebender Spartakusgenosse. So gelang es noch vor dem Ausbruch der Novemberrevolution, einen revolutionären Kern in den Werken zu schaffen. Dazu gehörten die AEG-Arbeiter Oskar Dutschke, Wilhelm Heller, H. Kern, Karl Dunker, Hilde Steinbring, Karl Unger, Jakob Weber und ein Matrose, der ebenfalls illegal in Hennigsdorf lebte.¹

Wesentlich komplizierter und langwieriger verliefen die Bemühungen, den Einfluss der reformistischen SPD-Führer auf die große Masse der Werkstätigen zurückzudrängen. Sie verfügten über fast alle wichtigen Publikationsorgane der Partei. In den dort erscheinenden Beiträgen zur politischen und militärischen Lage Deutschlands suggerierte die SPD-Spitze, dass sie nach dem Januarstreik 1918 eine umfassende Initiative für den Frieden und eine demokratische Umgestaltung des Landes in Gang gesetzt habe.

Der Spartakusgruppe in Hennigsdorf gelang es trotzdem, die Werkstätigen in den AEG-Fabriken des Ortes am 6. November 1918 für die sofortige Beendigung des Krieges zu mobilisieren. Der Landrat von Nauen benachrichtigte den Regierungspräsidenten in Potsdam, dass in den Hennigsdorfer AEG-Werken mit Flugblättern und mündlicher Agitation zum Streik aufgefordert wurde. Geschlossen legten am 9. November 1918 die ca. 10.000 Arbeiterinnen, Arbeiter, Angestellten die Arbeit nieder. Siebzig Prozent der Belegschaft marschierten zunächst nach Schulzendorf und von dort zur Berliner Innenstadt weiter. In Berlin-Mitte erhielten die Hennigsdorfer Demonstranten Waffen und nahmen an der Massenkundgebung im Berliner Lustgarten teil, auf der Karl Liebknecht die sozialistische Republik ausrief.

In einem Staatstelegramm berichtete an diesem Tag der Regierungspräsident von Potsdam an die „Meldestelle Innenreich“ Berlin, dass die Hennigsdorfer Fa-

¹ Siehe Jakob Weber: *Trotz Alledem! Berlin 1960*, S. 122ff.

briken von den Arbeitern übernommen worden seien. An der Spitze des Arbeiterrats, der ebenfalls am 9. November 1918 gebildet wurde, stand als Obmann des Betriebes Heinrich Weber. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des zentralen Arbeiterrates, der sich aus Vertretern aller Fabriken des Ortes zusammensetzte, gehörte der USPD an.² Ähnlich wie bei der Firma Schwartzkopf und in einigen anderen Berliner Großbetrieben erkämpften sich die Hennigsdorfer Werkstätigen in den AEG-Betrieben weitgehende Kontrollrechte. Zu diesen Rechten gehörte, dass der Betriebsrat bei seiner Tätigkeit im Betrieb nicht behindert werden durfte, dass der engere Betriebsrat (er umfasste ein Drittel des Gesamtbetriebsrates) von der Betriebsarbeit befreit war und berechtigt war, in sämtlichen Hennigsdorfer AEG-Fabriken zu wirken. Einstellungen und Entlassungen durften nur mit Zustimmung des Betriebsrates vorgenommen werden. Im Nachbarort Velten wurde auf einer Versammlung, die von ca. 1.000 Einwohnern besucht war, ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet.³

Am 13. November 1918 wurden in einer großen Versammlung im Speisesaal der AEG die Hennigsdorfer Arbeiterräte bestätigt. Gleichzeitig begann aber, wenn auch zunächst vorsichtig, von Berlin aus der Abbau der Räte. In den ersten Verlautbarungen sowohl des Rates der Volksbeauftragten wie der Preußischen Regierung wurde auf die konstituierende Versammlung bzw. die verfassungsgebende Versammlung orientiert. Die Arbeiter- und Soldatenräte wurden bewusst ignoriert.

Im Dezember 1918 beteiligten sich Arbeiter und Angestellte am Proteststreik gegen den Mord an 14 Demonstranten in der Berliner Chausseestraße.

Im Ringen gegen die konterrevolutionäre Gefahr entschlossen sich revolutionäre Hennigsdorfer Arbeiter, in der AEG eine Ortsgruppe der KPD im Ort zu gründen. Etwa 35 Mitglieder der USPD und des Spartakusbundes bildeten die kommunistische Ortsgruppe. Die Hennigsdorfer Kommunisten mussten sich bereits in den Berliner Januarkämpfen bewähren. Hilde Steinbring, Fritz Bojun, Oskar Dutschke, Wilhelm Heller, Kurt Unger und Jakob Weber gehörten zu den Verteidigern des „Vorwärts“-Gebäudes in Berlin.

In Hennigsdorf zeigte sich am Beispiel der Arbeiterräte, dass das Zentrum revolutionärer Tätigkeit zunächst nicht der Ort, sondern der Betrieb war. Das widerspiegelte die Protestresolution des Hennigsdorfer Arbeiterrates vom 18. Februar 1919, in der die schnelle Untersuchung des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gefordert wurde. Sie wurde in der „Roten Fahne“ vom 28. Februar 1919 veröffentlicht. Die Arbeiterschaft des gesamten AEG-Konzerns – ca. 60.000 Arbeiter und Angestellte – schloss sich der Hennigsdorfer Resolution an. Ein bleibendes Ergebnis der Novemberrevolution für Hennigsdorf war, dass sich der Industriort in den folgenden Jahren zu einem Zentrum der Arbeiterbewegung im Land Brandenburg entwickelte.

2 Siehe Claus Glöckner: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung Hennigsdorfs (1917 bis 1933) unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes der KPD um die Erweiterung ihres Masseneinflusses im Ort und dessen Betrieben. Inaugural-Dissertation, vorgelegt an der Pädagogischen Hochschule Potsdam, April 1969, S. 160ff.

3 Siehe ebenda, S. 162 f.

Räteaktivisten in der USPD: Richard Müller und die Revolutionären Obleute in Berliner Betrieben¹

Nach Beginn des ersten Weltkrieges bildete sich nicht nur innerhalb der sozialdemokratischen Partei und ihrer Reichstagsfraktion Widerstand gegen den Krieg und die Politik des „Burgfriedens“. Auch in der Gewerkschaftsbewegung formierte sich eine schlagkräftige Opposition. Ausgehend von Berlin entstand mit dem Netzwerk der „Revolutionären Obleute“ eine einflussreiche Untergrundorganisation, die letztendlich den Sturz der Monarchie entscheidend mit vorantrieb. Zusammen mit der Spartakusgruppe bildeten die Obleute seit 1917 den linken Flügel der USPD. Im Gegensatz zu den Anhängern Liebknechts und Luxemburgs sind jedoch ihre Aktivitäten im Geschichtsbewusstsein der Öffentlichkeit nicht präsent, und auch von Historikern und Historikerinnen wurden die Obleute bisher kaum in ihrer Bedeutung gewürdigt.²

Die Revolutionären Obleute entstanden aus der Berliner Branchengruppe der Dreher innerhalb des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV). Branchenleiter dieser Berufsgruppe war seit 1914 der Metallarbeiter Richard Müller, unter dessen Leitung sich die Berliner Dreher seit Beginn des Krieges der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften widersetzen und wilde Streiks und Lohnbewegungen durchführten. Ihre Stellung als qualifizierte Facharbeiter verlieh den Drehern eine starke Verhandlungsposition; daher konnten sie nicht nur eigene Forderungen durchsetzen, sondern auch für organisatorisch schwächere Arbeitergruppen und vor allem die Arbeiterinnen Zugeständnisse erreichen.³

- 1 Dieser Beitrag ist die überarbeitete Version eines gleichnamigen Aufsatzes, der im Heft I/2008 des Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung erschien - insbesondere am Schluss sind aufgrund neuer Quellenfunde weitere Informationen hinzugekommen. Beide Versionen basieren auf meinen Forschungen zur Biographie Richard Müllers, die mittlerweile als Monographie vorliegt: Ralf Hoffrogge: Richard Müller - Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008.
- 2 Ausnahmen sind u. a. die längere Untersuchung von Erwin Winkler: Die Bewegung der revolutionären Obleute im ersten Weltkrieg. Entstehung und Entwicklung bis 1917, Dissertation, Humboldt Universität zu Berlin 1964; Ders. : Die Berliner Obleutebewegung im Jahre 1916, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, 16 (1968), S. 1422-1435; ein Unterkapitel bei Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 71ff; sowie der Kurzüberblick von Bodo Hildebrand: Die Revolutionären Obleute – Keimzelle des Räteystems im ersten Weltkrieg, in Jörn Garber/Hanno Schmitt: Die Bürgerliche Gesellschaft zwischen Demokratie und Diktatur, Marburg 1985, S. 134-145. Zur Rätetheorie der Obleute siehe auch Guenter Hottmann: Die Rätekonzeptionen der revolutionären Obleute und der Links- (bzw. Räte-) Kommunisten in der Novemberrevolution. Ein Vergleich (unter Einschluss der Genese der Rätekonzeptionen), Examensarbeit, Göttingen 1980.
- 3 Siehe Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik, Wien 1924, S. 94. Die organisatorisch schwächere Position von Frauen war jedoch nicht naturgegeben, sondern beruhte darauf, dass die Gewerkschaften strukturell am Modell des männlichen Ernährers ausgerichtet waren, Frauenarbeit wurde oft nur als „Zuverdienst“ oder Ausnahmerecheinung gesehen.

Richard Müller, geboren 1880 im Dörfchen Weira im heutigen Thüringen, hatte sich noch 1913 in einer Veröffentlichung als eher typischer Gewerkschaftsvertreter seiner Zeit präsentiert. Im Vorwort einer Broschüre erklärte er es zum Ziel der Agitationsarbeit des DMV, „auch den letzten unserer Kollegen zum Kämpfer zu machen“, die Umsetzung dieses Ziels sah er allerdings am besten gewährleistet durch ein selbst entworfenes Kontrollsystem mit sechs verschiedenen, ausgeklügelte aufeinander abgestimmten Formblättern, welche die kontinuierliche Mitarbeit der Gewerkschaftsbasis sichern sollten. Einen Widerspruch zwischen Bürokratismus und Sozialismus sah Müller hier noch nicht.⁴

Wie bei vielen Funktionären und Mitgliedern in SPD und freien Gewerkschaften bewirkte jedoch der Schock des Krieges und das Versagen der europäischen Sozialdemokratie in dieser Krise auch bei Richard Müller das Überdenken eingefahrener Praktiken und einen erneuten Politisierungsschub. So entstanden schließlich unter seiner Führung die „Revolutionären Obleute“. Diesen Namen erhielt die Gruppe jedoch erst im November 1918, vorher agierte sie geheim und ohne genauere Selbstbezeichnung.

Die Obleute wirkten als Parallelstruktur innerhalb der Gliederungen des Berliner DMV, dessen offizielle Leitungsorgane den Krieg befürworteten. Zu Anfang wurden daher auf eigens organisierten „Dreherfesten“ oder im Anschluss an offizielle Gewerkschaftssitzungen informelle Kontakte geknüpft. Paul Blumenthal, seinerzeit Branchenleiter der Schweißer im DMV, berichtete in seinen Erinnerungen: „Auf den Konferenzen wurden gewerkschaftliche Fragen behandelt. Aber bald hatten sich die oppositionellen Genossen erkannt, und wir kamen dann anschließend noch beim Glase Bier zusammen. Wir bereicherten uns gegenseitig mit den gesammelten Erfahrungen, und das war gewissermaßen der Uranfang der Revolutionären Obleute in Groß-Berlin!“⁵ Die Bierrunden wurden schnell durch geheime Treffen ersetzt, das Netzwerk festigte sich, und man schritt zum systematischen Aufbau einer Widerstandsorganisation.⁶

Die Obleute knüpften teilweise an bestehende Vertrauensmänner-Systeme in den Berliner Großbetrieben an. Bereits vor dem Krieg gab es gewerkschaftliche Betriebsobmänner und Werkstattsvertrauensleute, die als Ansprechpartner für die Unternehmer dienten. Offizielle Betriebsräte waren diese Obleute jedoch nicht, sie hatten informellen Status, und ihre Anerkennung durch die Unternehmer war stets prekär.

Müller und seine Genossen fassten nun die oppositionell gesinnten Obmänner zusammen. Dadurch, daß ein Obmann⁷ einen ganzen Betrieb oder ein ganzes

4 Siehe Richard Müller: Die Agitation in der Dreherbranche, Berlin 1913.

5 Erinnerungsmappe Paul Blumenthal, in BArch, SG Y 30/0079, S. 10.

6 Zur Entstehung der Obleute siehe auch Erinnerungsmappe Paul Eckert, in BArch, SG Y 30/0180, S. 5.

7 Es ist nur von der Position des „Obmannes“ die Rede, denn Obfrauen gab es in der Praxis nicht. Auch die Revolutionären Obleute waren, wie sämtliche Organisationen der Arbeiterbewegung, ein Männerclub - obwohl sie gerade in Streiks auch viele Arbeiterinnen vertraten, denn die Frauenarbeit hatte im Zuge des Krieges enorm zugenommen. Allerdings wurde im Januar 1918 mit Cläre Casper auch eine Arbeiterin in die Berliner

Werk vertrat, in dessen Abteilungen und Werkstätten er wiederum eigene Vertrauensleute hatte, konnten die Obleute trotz ihrer relativ geringen Zahl von etwa 50-80 Mitgliedern Tausende von Metallarbeitern und Arbeiterinnen erreichen. Die Obleute waren durch diese Struktur im Gegensatz zu USPD und Spartakusgruppe „keine Massenorganisation, zu der jeder Zutritt hatte, sondern ein ausgewählter Kreis von Personen, die eine gewisse Schulung und Erfahrung im politischen und gewerkschaftlichen Tageskampf genossen hatten und im Betrieb unter den Arbeitern einen Einfluss haben mussten. Es war im wahren Sinne des Wortes ein `Vortrupp des Proletariats´.“⁸ Diese Formulierung Richard Müllers darf nicht im Sinne eines autoritären Avantgarde-Konzepts missverstanden werden: Trotz ihrer Mitgliedsbeschränkungen repräsentierten die Obleute durch ihre organische Verankerung in den Betrieben sehr authentisch die politische Stimmung innerhalb der Arbeiterklasse. Sie weigerten sich stets, politische Aktionen gegen den Mehrheitswillen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu erzwingen.

Im Streikfall kam es oft auch zu Solidarisierungen und Sympathiestreiks in vom Netzwerk der Obleute nicht erfassten Betrieben, so dass die Gruppe bis zum Jahr 1918 in der Lage war, die gesamte Berliner Rüstungsindustrie lahmzulegen.⁹ Die Organisation war auf diese Weise nicht nur sehr effizient, sondern aufgrund der geringen Mitgliederzahl und des informell-geheimen Charakters sehr schwer von Polizei und Militärbehörden angreifbar. Zwar wurden nach den politischen Massenstreiks immer wieder Mitglieder und Anführer der Gruppe zum Kriegsdienst verpflichtet. Im Unterschied zur Spartakusgruppe gelang es jedoch den Militärbehörden niemals, das Netzwerk der Obleute aktionsunfähig zu machen oder einen Spitzel einzuschleusen.

Nach Gründung der USPD im April 1917 schlossen sich die Obleute der neuen Partei an, agierten aber völlig unabhängig vom Parteivorstand und behielten ihr Organisationsprinzip bei. Man benutzte die USPD ähnlich wie die Gewerkschaften als „organisatorische Plattform“, ohne sich in eigene Aktionsformen groß reinreden zu lassen.¹⁰

In Streikfragen war die Hierarchie vollkommen auf den Kopf gestellt. Die Revolutionären Obleute entschieden von sich aus, wann die Zeit reif war für größere Streikaktionen. Danach zogen sie den Parteivorstand hinzu, dieser konnte dann zustimmen oder es sein lassen. Vor dem Januarstreik 1918 etwa luden die Obleute Landtags- und Reichstagsfraktion der USPD zu einer Besprechung ein und verlangten von diesen die Unterstützung eines Aufrufs zum revolutionären Streik.

Streikleitung gewählt und hinterher gleichberechtigt in den Kreis der Obleute aufgenommen. Siehe Erinnerungsmappe Cläre Casper, in BArch SG Y 30/0148, S. 4, S. 15.

8 Müller, Vom Kaiserreich, S. 161f.

9 Gegen Ende des Krieges weiteten die Obleute ihre Verbindungen auch in andere Industriegebiete aus, besonders in Düsseldorf und Braunschweig bestanden starke Gruppierungen von Revolutionären Obleuten innerhalb des DMV. Siehe David W. Morgan: *The Socialist Left and the German Revolution – A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917-1922*, Ithaca-London 1975, S. 211. Richard Müller selbst berichtet von einer reichsweiten Ausdehnung der Obleute (Müller, Vom Kaiserreich S. 161).

10 Siehe Müller, Vom Kaiserreich S. 161f.

Die Parteivertreter zögerten zunächst, befürchteten Verhaftung oder gar ein Parteiverbot, stimmten schließlich jedoch einem allgemein gehaltenen Aufruf zu, der sofortige „kräftige Willensbekundungen der werktätigen Bevölkerung“ forderte, aber nicht direkt zu Streik oder Umsturz aufrief.¹¹

Letztendlich blieben die Obleute eine reine Arbeiterorganisation, der „Vortrupp des Proletariats“ agierte unabhängig von den Parteintellectuellen in Reichstagsfraktion und USPD-Vorstand. Der einzige Intellektuelle, den die Obleute als einen der Ihren akzeptierten, war Ernst Däumig, ehemaliger Redakteur des SPD-Zentralorgans „Vorwärts“. Däumig war wegen seiner kriegskritischen Berichte zusammen mit weiteren Mitgliedern aus der Redaktion entfernt worden.¹² Im Sommer 1918 stieß er zu den Obleuten. Zu dieser Zeit war Richard Müller zeitweise zum Militär eingezogen worden. Gemeinsam mit dem späteren Volksbeauftragten Emil Barth übernahm Däumig bis zu Müllers Rückkehr im September 1918 die Führung der Obleute.¹³

Der Kurs der Obleute während des Krieges lässt sich am besten als pragmatisch-radikal beschreiben. Sie standen durchaus links von der USPD-Führung, die vor außerparlamentarischen Aktionen zurückschreckte, lehnten aber die aktionistische Demonstrationstaktik der Spartakusgruppe ebenfalls ab. Liebknecht und die Spartakusgruppe forderten ständige Aktionen, Demonstrationen und Streiks. Polizeiaktionen und Zusammenstöße sollten die Situation eskalieren und letztlich zur Revolution führen. Die Revolutionären Obleute verspotteten diese Taktik als „revolutionäre Gymnastik“, Richard Müller selbst verurteilte sie als idealistischen Voluntarismus, dem die Arbeiter als Masse nicht folgen würden.¹⁴ Daher ließen die Obleute keine Spartakusvertreter in ihren regelmäßigen Sitzungen zu und stritten sich auf gesonderten Treffen mit Liebknecht und seinen Anhängern über die zu wählende Taktik. Trotz der Differenzen arbeiteten beide Gruppen bei entscheidenden Aktionen zusammen. Die politische Waffe und eigentliche Existenzberechtigung der Revolutionären Obleute war der politische Massenstreik. Dieses Kampfmittel, über das Partei und Gewerkschaften Anfang des Jahrhunderts heftig gestritten hatten und das der Kölner Gewerkschaftskongress im Jahr 1905 für „indiskutabel“ erklärt hatte, wurde nun erstmals 1916 unter Leitung der Obleute von der Arbeiterklasse selbst verwirklicht.¹⁵

11 Siehe ebenda, S. 139. Erste Sondierungsgespräche für einen erneuten Massenstreik führte Paul Blumenthal bereits im Oktober 1917 mit den USPD-Politikern Georg Ledebour und Leo Jogiches (siehe Erinnerungsmappe Paul Blumenthal, S. 13). Zum Januarstreik insgesamt siehe den Aufsatzband „Streiken gegen den Krieg“, herausgegeben von Lothar Wentzel und Chaja Boebel, Hamburg 2008.

12 Zur Biographie Däumigs siehe David. W. Morgan: Ernst Däumig and the German Revolution of 1918, in: Central European History, 1983 Vol XV, No. 4, S. 303-331, sowie Horst Naumann: Ein treuer Vorkämpfer des Proletariats. Ernst Däumig, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) Berlin H. 6/1986, S. 801-813.

13 Siehe Müller, Vom Kaiserreich, S. 163.

14 Siehe Müller, Vom Kaiserreich, S. 165ff.

15 Zur Massenstreikdebatte siehe u. a. Hans Limmer: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, München 1986, S. 34f.

Insgesamt drei große Massenstreiks organisierten die Revolutionären Obleute: Den Solidaritätsstreik für Liebknecht im Juni 1916, den „Brotstreik“ im April 1917 und den Januarstreik 1918. An diesem letzten Massenstreik nahmen in Berlin eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen teil, die Streikleitung nannte sich hier bereits „Arbeiterrat“ und war Vorbild für viele der einige Monate später in der Novemberrevolution spontan überall entstehenden Räte.¹⁶

Die Streikleitungen wurden überwiegend aus den Reihen der Obleute gewählt, beim Januarstreik zog man allerdings auch Vertreter von USPD und sogar SPD hinzu, um die Basis der Aktionen zu verbreitern. Die wilden Massenstreiks, insbesondere in der Rüstungsindustrie, waren in den Augen von Militärbehörden und Regierung die wohl beängstigendsten Manifestationen des Widerstandes. Weder das Bündnis zwischen Staat, Militär und Gewerkschaftsspitzen noch Massenverhaftungen und Einziehungen zum Militär nach jedem Streik konnten den Ausbruch neuer Massenstreiks verhindern. Die Initiative zu diesen Aktionen ging stets vom Kreis der Obleute aus, die USPD-Führung scheute sich aus Angst vor staatlichen Repressalien vor Streikaufrufen, die Spartakusgruppe hingegen hatte nicht annähernd den Rückhalt in den Betrieben, den die Revolutionären Obleute aufweisen konnten, und konnte nur lokale Streiks organisieren. Das Netzwerk der Revolutionären Obleute war also, insbesondere nach der 1917 erfolgten Ausweitung über den Großraum Berlin hinaus, die entscheidende Oppositionskraft während des Weltkrieges.

Die Funktion der Aufklärung und kritischen Meinungsbildung innerhalb der Arbeiterklasse wurde allerdings vollständig von USPD und Spartakusgruppe übernommen. Sie prägten mit ihren Zeitungen und Flugblättern die Diskussion, agitierten gegen Krieg, Burgfrieden und Belagerungszustand und entlarvten die Regierungpropaganda. Auch für die Radikalisierung der Obleute selbst war diese Agitation entscheidend, auch sie wurden erst im Verlauf des Krieges zu Revolutionären.¹⁷ Die Obleute selbst schrieben keine Flugblätter, sie agierten nur heimlich und gaben erst Wochen nach der Revolution erstmals eine Presseerklärung unter ihrem Gruppennamen heraus.¹⁸ Stattdessen beschränkten sie sich zwischen den Streiks auf die Ausweitung ihres Netzwerkes und das Gewinnen neuer Vertrauensmänner. Nur wenn sie die Stimmung innerhalb der Arbeiterklasse für reif erachteten, riefen sie einen Streik aus. Ihr Ziel war, durch wuchtige Überraschungsschläge die Militärdiktatur von Ludendorff und Hindenburg in die Knie zu zwingen.

16 Siehe Dieter Schneider/Rudolf Kuda: Arbeiterräte in der Novemberrevolution, Frankfurt am Main 1968, S. 21.

17 Fritz Opel bemerkt zu Recht, dass die Obleute zunächst kein eigenes politisches Konzept hatten und trotz Autonomie in der Aktion ideologische Anlehnung an Spartakus und USPD benötigten. Siehe Fritz Opel: Der deutsche Metallarbeiter-Verband während des ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover-Frankfurt a. M. 1957, S. 55. Zur Radikalisierung der Obleute von Lohnstreiks über radikalen Pazifismus hin zu einer aktiv revolutionären Haltung siehe Hoffrogge, Der Mann hinter der Novemberrevolution, S. 25-63.

18 Siehe Morgan, The socialist Left, S. 209.

Die eigentliche Revolution ging jedoch nicht von Berlin aus. Die Kieler Matrosen kamen den Obleuten zuvor, obwohl diese im Laufe des Jahres 1918 Waffen gesammelt und detaillierte Aufstandspläne vorbereitet hatten.

In einer Geheimsitzung am 2. November mit den Revolutionären Obleuten, Vertretern der Spartakusgruppe und der USPD war entschieden worden, nicht am 4., sondern erst am 11. November loszuschlagen. Grund für die Verzögerung war, dass man sich weder über die Stimmung in der Provinz noch über die Zuverlässigkeit der Berliner Truppen völlig sicher war. Und ein verfrühtes Losschlagen sollte auf jeden Fall vermieden werden.¹⁹

Als nun die Revolte der Flotte die Revolution in Gang setzte, mussten die Pläne eilig geändert werden, kurzfristig wurde am 8. November für den nächsten Tag das Losschlagen beschlossen, und am 9. November stürzte dann die Herrschaft der Hohenzollern in Berlin zusammen. Die Obleute versammelten sich im Reichstag, wo gerade eine eher zufällig zusammengesetzte Versammlung von Soldatenräten tagte. Hastig wurden für den nächsten Tag die Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Berlin und eine Zusammenkunft derselben im „Zirkus Busch“ verkündet, auf der eine Revolutionsregierung gewählt werden sollte.

Dies geschah dann auch. Statt jedoch den Revolutionsausschuss in Berlin zu dominieren und somit faktisch die Regierung zu stellen, mussten sich die Obleute aufgrund des chaotischen Verlaufs der Aktionen und der schnellen Reaktion der SPD mit der Parität USPD-SPD in den entscheidenden Gremien abfinden. Bei den USPD-Mandaten stellen sie eine Person im „Rat der Volksbeauftragten“ und alle USPD-Mandate im „Berliner Vollzugsrat der Arbeiter und Soldatenräte“²⁰. Richard Müller wurde Vorsitzender des Vollzugsrates, der Obmann Emil Barth wurde Volksbeauftragter in der neuen Regierung Ebert-Haase.

Die Obleute im Vollzugsrat lagen nun in stetigem Kampf mit den Soldatenvertretern und der SPD-Fraktion sowie mit dem Rat der Volksbeauftragten als Ganzes. Die zunächst von Müller und Däumig propagierte Aufstellung einer revolutionären Roten Garde scheiterte. Der Vollzugsrat hatte somit keine eigene Machtbasis, und die Initiative lag allein beim Rat der Volksbeauftragten, in dem die SPD-Vertreter sich gegenüber den Unabhängigen in allen entscheidenden Fragen durchsetzten. Statt einer revolutionären Räterepublik, wie sie die Obleute im Blick hatten, trieben die Dinge nun immer mehr auf eine bürgerlich-parlamentarische Republik hin. Sogar der erste Reichsrätekongress am 16. Dezember entschied sich gegen die Festschreibung des Räteystems und für die Wahl zu einer Nationalversammlung. Richard Müller, der den Kongress eröffnet hatte, schimpfte ihn deshalb wenige Tage später einen „Selbstmörderklub“.²¹

19 Siehe Müller, Vom Kaiserreich, S. 173.

20 Zu den Revolutionsorganen siehe Ingo Materna: Der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter und Soldatenräte 1918/19, Berlin 1978, sowie Susanne Miller: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/1919, Düsseldorf 1969.

21 Siehe Rede Richard Müllers, Archiv der Sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, 1/PLAA000060. Höchst-

Die Krise der Revolution führte im Dezember 1918 zur Krise zwischen Obleuten und USPD-Vorstand. Eine Presseerklärung der Obleute verlangte den sofortigen Rücktritt der USPD-Volksbeauftragten, eine Distanzierung der Partei von der SPD und die Führung des Wahlkampfes zur Nationalversammlung klar gegen die Mehrheitssozialisten. Müller und Däumig weigerten sich zudem, mit dem USPD-Vorsitzenden Hugo Haase auf eine Kandidatenliste für die Wahl gesetzt zu werden. Sie stellten eine eigene linke Liste unter Beteiligung Karl Liebknechts auf, was jedoch von der überrumpelten Parteibasis abgelehnt wurde. Die Obleute waren nun innerhalb der USPD isoliert.²² Dennoch schlossen sie sich zunächst nicht der vom Spartakusbund am 1.1.1919 neu gegründeten KPD an. Wegen ihres Antiparlamentarismus und des Vorherrschens der Syndikalisten und Ultralinken war die junge Partei den Obleuten suspekt.²³

Die Obleute blieben in der USPD, führten ihre Politik allerdings weiterhin unabhängig vom Parteivorstand fort. Ihr Aktionsfeld war die Arbeiterrätebewegung, die sich seit Anfang 1919 aus den zunächst sehr heterogenen und ohne Programm agierenden Rätestrukturen entwickelte. Denn obwohl das Organisationsprinzip der Obleute, die Matrosenräte und die Berliner Streikleitung von 1918 schon rätetförmig waren, gab es bisher keinerlei Theorie oder Konzept für ein Räteystem innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft. Wie in Russland entstanden die Räte auch in Deutschland spontan aus der Praxis des politischen Kampfes heraus.²⁴

Richard Müller und Ernst Däumig gründeten nun die Zeitschrift „Der Arbeiter-Rat“, entwarfen quasi nachträglich eine eigene Rätetheorie, das sogenannte „reine Räteystem“. Hier wurde erstmals der Entwurf einer kompletten Rätedemokratie vom einzelnen Betriebsrat über Industriegruppen-, Bezirks- und Branchenräte bis hin zu einem Reichswirtschaftsrat vorgelegt.²⁵

Anfang 1919 wurden die Forderungen nach Sozialisierung und Arbeiterkontrolle, die vom Rat der Volksbeauftragten bisher verschleppt worden waren, beständig lauter. In den Fabriken und Bergwerken sah man die Revolution noch nicht als abgeschlossen an, die Enttäuschung über die hinhaltende, in den Januar-kämpfen 1919 blutig repressive Politik der SPD wuchs innerhalb der gesamten

wahrscheinlich handelt es sich bei dem undatierten Dokument um eine Rede vor der Berliner Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 23.12.1918.

22 David Morgan schätzt das Gewicht der Obleute in der Partei sehr hoch ein und macht unter anderem ihre parteipolitische Unerfahrenheit für die Erfolglosigkeit der Intervention verantwortlich: „With a credible program and shrewd political leadership, they could have mounted a formidable threat to the established direction, or even the existence, of the USPD. Their lack of these assets, than and later, was important for the history of the party.“ (The Socialist Left, S. 211.)

23 Siehe Hoffrogge, Der Mann hinter der Novemberrevolution, S. 96 ff.

24 Als Vorläufer ist allerdings die versammlungsdemokratische Praxis der Gewerkschaftsbasis anzusehen. Siehe dazu Dirk. H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918, Berlin 1985.

25 Müllers und Däumigs Schriften zum reinen Räteystem sind in Auszügen nachzulesen bei Schneider/Kuda, eine ausführliche Analyse des reinen Räteystems und ein Vergleich mit anarchosyndikalistischen Vorstellungen findet sich bei Guenter Hottmann: Die Rätekonzeptionen (Anm. 2); zur Rätetheorie siehe auch Hoffrogge, Der Mann hinter der Novemberrevolution, S. 108-116.

Arbeiterschaft. Aus dieser Stimmung heraus entwickelte sich im Frühjahr 1919 eine Streikwelle im ganzen Reichsgebiet mit Zentren in Berlin, Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet. Diese Streikwelle war die stärkste Machtdemonstration der Anhänger des Rätesystems, einer Bewegung, die nun weit über den Kreis der Obleute hinausging und die Mehrheit der Arbeiterklasse erfasste. Insbesondere durch die mitteldeutschen Streiks, welche die Nationalversammlung in Weimar praktisch umzingelten, war die Frage „Parlamentarische Republik oder Rätesystem?“ wieder offen.

Doch die Streiks erlitten dasselbe Schicksal wie alle weiteren Versuche, die Revolution von links voranzutreiben. Sie waren lokal und ungleichmäßig verteilt, zeitlich nicht aufeinander abgestimmt und konnten somit durch die Regierung, in der nunmehr die SPD alleine vertreten war, einzeln niedergeschlagen werden.²⁶ Richard Müller und Wilhelm Koenen erkannten diese Problematik, ihr Versuch einer gesamtdeutschen Koordination der Streiks schlug jedoch fehl. Die finale Niederlage der Streikwelle markierten die blutigen Märzkämpfe in Berlin, in denen die Bezirke Lichtenberg und Friedrichshain nur unter Einsatz von schwerer Artillerie und mit hohem Blutzoll den aufständischen Arbeitern abgekämpft werden konnten. Regierung und rechte Freikorps hatten bewusst die militärische Konfrontation gesucht, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen.²⁷

Die gewaltsame Niederschlagung des Januaraufstandes in Berlin und der Streikwelle im Frühjahr hatte alle Hoffnungen auf ein bewaffnetes Weiterreiben der Revolution zunichte gemacht. Die Nationalversammlung und somit die parlamentarische Natur der neuen Staatsverfassung waren nun Fakten, die auch die Verfechter des Rätesystems nicht mehr ignorieren konnten. In dieser Situation kam es zu einer Kursänderung. Der neue Kompromisskurs von Richard Müller und Ernst Däumig lautete: Integration des Rätesystems in die Verfassung.²⁸ Vorangetrieben wurde dieser Kurs nun vor allem von den USPD-Arbeiterräten, in denen die Gruppe der Obleute mehr oder weniger aufgegangen war, nachdem sie im Januaraufstand 1919 eine heftige Niederlage erlitten hatte. Denn obwohl Müller und Däumig diesen Aufstand von Anfang an als verfrüht abgelehnt hatten, hatte sich eine Mehrheit der Obleute am Aufstand beteiligt. Die Niederlage schwächte den Zusammenhalt der Obleute, aber ihre wesentlichen Akteure blieben im Rahmen des Vollzugsrates und der Arbeiterräte weiterhin gemeinsam aktiv.

Nach diesen Niederlagen wurde die Rätebewegung zu einer Betriebsrätebewegung, ihre Anhänger wollten den neuen Arbeitervertretungen soviel Macht als

26 Richard Müller machte später die Demoralisierung nach dem verfrühten Berliner „Januarputsch“ dafür verantwortlich, dass die Streiks in Berlin erst losgingen, als sie in anderen Gebieten schon auseinanderfielen, und dass somit keine einheitliche gesamtdeutsche Streikfront entstehen konnte. Siehe Richard Müller: *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, Berlin 1925, S. 154.

27 Zum Verlauf der Streikwelle siehe Müller, *Bürgerkrieg*, S. 124-163, sowie Morgan, *The Socialist Left*, S. 230ff. Über die Märzkämpfe in Berlin siehe auch den Zeitzeugenbericht von Franz Beiersdorf, BArch SAPMO, DY 30 IV 2/2.01.

28 Siehe Morgan, *The Socialist Left*, S. 252.

möglich sichern, um sie als Ausgangspunkt für weitere politische Kämpfe in Richtung Sozialisierung und Arbeiterkontrolle auszubauen. Ließ der Artikel 165 der Weimarer Verfassung noch Raum für weitergehende Kontrollrechte der Arbeiter, so bedeutete das neue Betriebsrätegesetz im Jahre 1920 eine entscheidende Niederlage der Rätebewegung. Die Betriebsräte wurden zu reinen Arbeiterausschüssen degradiert, eine Kontrolle der Unternehmensleitung oder Mitspracherechte in der Produktion hatten sie nicht. Die Betriebsräte wurden zu dem, was sie auch heute noch sind: Interessenvertretungen der Arbeitenden gegenüber dem Unternehmer, der allerdings grundsätzlich Herr im Hause ist und sowohl über Produktionsmittel als auch über Unternehmensgewinne frei verfügen kann.

Der letzte Akt der Rätebewegung war der Kampf mit den Gewerkschaften um die Betriebsrätezentrale. Die Frage lautete: Organisation der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften oder selbständige Dachorganisation aller Betriebsräte als revolutionäres Kampforgan? In Berlin hatte sich Richard Müller nach Auflösung des Vollzugsrates im August 1919 letzterem Zweck gewidmet. Als Nachfolger des aufgelösten Vollzugsrates wurde von ihm und anderen aus dem Kreis der Obleute eine selbständige Betriebsrätezentrale aufgebaut, die auch von den örtlichen Gewerkschaftsorganen mitgetragen wurde. Gemeinsam mit dem Kommunisten Heinrich Brandler verteidigte Richard Müller dieses Modell der selbständig-revolutionären Betriebsrätebewegung auf dem 1. Betriebsrätekongress vom 5.-7. Oktober 1920 in Berlin.²⁹

Der Übergang Müllers und einer Mehrheit der Obleute zur KPD bahnte sich hier schon an. Bei der Spaltung der USPD auf dem Parteitag in Halle wenige Tage später waren Müller und seine Genossen Verfechter des Anschlusses an die Kommunistische Internationale und der damit verbundenen „21 Bedingungen“. An dieser Frage zerbrach die USPD. Müller wurde 1920 einige Monate Mitglied im Zentralkomitee der USPD-Linken, nach dem Anschluss deren linken Flügels an die KPD im Dezember 1920 wurde er Vorsitzender der Reichsgewerkschaftszentrale der KPD. Mit dem Gewinn dieses linken USPD-Flügels einschließlich eines wesentlichen Teils der Betriebsrätebewegung war die KPD nun schlagartig zur Massenpartei geworden.³⁰

In der Auseinandersetzung um die Betriebsräte trugen allerdings die Gewerkschaften den Sieg davon. Trotz eines antikapitalistischen Konsenses und feuriger Reden von Gastrednern aus Sowjetrußland konnten sich Müller und Brandler auf dem Betriebsrätekongress nicht durchsetzen. Stattdessen wurde ein Antrag Robert Dißmanns angenommen, der zwar auch die Betriebsräte als revolutionäres Kampforgan beschwor, ihre Zusammenfassung aber unter dem Dach der bisher konservativ agierenden Gewerkschaftsführungen vorsah. Obwohl der Beschluss

29 Siehe Protokoll der Verhandlungen des ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands - Abgehalten vom 5.-7.10.1920 zu Berlin, Berlin 1920.

30 Zur USPD Spaltung siehe u. a. Hartfrid Krause: USPD – Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main 1975, S. 132-216.

sich explizit und kämpferisch für den Sturz des Kapitalismus einsetzte, bedeutete er doch faktisch die Niederlage für die revolutionäre Rätebewegung. Die Betriebsräte wurden Organe der Gewerkschaften, die selbständige politische Rätebewegung in Deutschland war damit beendet.

Müller, Däumig und viele weitere Obleute wirken nun in der KPD weiter, und zwar in hohen Positionen: Däumig als Parteivorsitzender, Müller als Leiter einer neu geschaffenen Reichsgewerkschaftszentrale, die aus der Betriebsrätezentrale heraus gegründet wurde. Däumig musste jedoch bereits kurz nach Antritt seinen Posten räumen, und nach den Märzkämpfen 1921 in Mitteldeutschland verlor auch Richard Müller seine Position. Wie schon im Januar 1919 hielt Müller den Aufstandsversuch für einen taktischen Fehler und behielt auch diesmal recht. Die Partei war jedoch nicht bereit, diese Kritik zu akzeptieren, und drängte Müller in die Opposition. Nachdem schlichtende Eingriffe Lenins die Partei kurz stabilisiert hatten, setzte sich jedoch gegen Ende des Jahres die Linie des Vorstands wieder durch, und Müller wurde im Januar 1922 gemeinsam mit anderen Oppositionellen aus der KPD ausgeschlossen.³¹

Nachdem die Anti-Kriegsopposition gegenstandslos geworden und die selbständige Rätebewegung eingegangen war, waren die Politikformen von Müller, Däumig und dem Kreis der Obleute an ihr Ende gelangt. Träger der politischen Kämpfe waren nun alleine die Parteien, für die ökonomischen Kämpfe waren die Gewerkschaften zuständig – eine Arbeitsteilung, die wesentlich zum Versagen der Arbeiterbewegung im Jahre 1914 beigetragen hatte, war damit wiederhergestellt. Auch die in der deutschen Arbeiterbewegung einmalige Eigenaktivität der Basis und ihr Gewinn an Handlungsmacht gegenüber den hauptamtlichen Apparaten war mit dem Ende der Räte im wesentlichen beendet.

Den verbliebenen Obleuten fehlte nun die politische Heimat. Innerhalb der KPD waren sie seit der Absetzung Müllers und der Disziplinierung der Reichsgewerkschaftszentrale isoliert, von der SPD wollten sie nichts wissen, eine USPD als starke Mittelkraft existierte nicht mehr. Das Zusammenspiel von radikaler Basisbewegung und Parlamentsopposition einer Partei, das von Obleuten und USPD während des Krieges und auch danach teilweise sehr erfolgreich praktiziert wurde, konnte durch die sich abzeichnende Bolschewisierung der KPD nicht erhalten werden. Auch Versuche, die Obleutebewegung als parteiunabhängige Struktur zu reaktivieren, scheiterten.³² Einzelne Obleute blieben in der KPD aktiv, andere wandten sich der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) zu oder verließen die Politik ganz. Der Zusammenhang als solcher, schon im Januar 1919 brüchig geworden, verliert sich hier endgültig. Ebenso wenig wie es ein Gründungsdokument gab, gibt es keine offizielle Auflösungserklärung der revolutionären Obleute.

31 Siehe Reiner Tosstorff: Profintern - Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1921-1937, S. 392-395.

32 Siehe Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, Frankfurt-New York 1986, S. 418ff.

Richard Müller blieb nach 1922 parteilos und begann eine kurze Karriere als Historiker. Bis 1925 war er als Autor sehr produktiv und verfasste mit den Titeln „Vom Kaiserreich zur Republik“, „Die Novemberrevolution“ und „Der Bürgerkrieg in Deutschland“ drei einflussreiche Werke zur Revolutionsgeschichte.³³ Nach einem kurzen Intermezzo bei der Linksgewerkschaft „Deutscher Industrieverband“ um 1929 zog sich Richard Müller endgültig aus der Politik zurück. Er erwarb um 1930 ein Vermögen als Bauunternehmer, war jedoch wohl nur wenige Jahre in dieser Branche tätig. Informationen darüber sind uns lediglich durch Presseberichte über heftige Mietrechtsstreitigkeiten überliefert. Widerstandshandlungen gegen den Faschismus sind von Richard Müller nicht bekannt, wahrscheinlich ist, dass er sich seit Anfang der 30er Jahre völlig ins Privatleben zurückzog.

Richard Müller starb am 11. Mai 1943 in Berlin, Todesursache und Grabstätte sind bis heute unbekannt.³⁴

33 Zur Rezeptionsgeschichte der Müllerschen Werke siehe Hoffrogge, Der Mann hinter der Novemberrevolution, S. 171-183.

34 Zu Müllers letzten Lebensabschnitten siehe ebenda, S. 198ff.

Draufgängertum zwischen Diktatur und Demokratie: Johann Knief in der revolutionären Hochburg Bremen

Einer der interessantesten Akteure der deutschen Revolution 1918/19 war ohne Frage Johann Heinrich Knief¹, geboren 1880 in der aufblühenden Industrie- und vor allem Werftenstadt Bremen, in der sich in rasantem Tempo ein industrielles Proletariat zusammenballte, dessen soziale Emanzipationskämpfe bereits im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts den Nährboden für eine mehrheitlich links orientierte Sozialdemokratie bildeten.²

Johann Knief, fleißiger Schüler aus einer kleinbürgerlichen Familie, strebsamer Zögling des Bremer Lehrerseminars, war 1901 in den bremischen Volksschuldienst eingetreten. Frühzeitig in Opposition zum verkrusteten Schulsystem, wurde er einer der Aktivisten der linksliberalen Schulreformbewegung um Fritz Gansberg und Wilhelm Scharrelmann, damals die am weitesten links operierenden Schulreformer, deren Forderungen nach Trennung von Schule und Kirche, nach Einheits- und Arbeitsschule und nach einer durchgreifenden Demokratisierung des Schulwesens vom Sozialdemokratischen Verein Bremen, an dessen Spitze Wilhelm Pieck stand, und von der „Bremer Bürger-Zeitung“ mit ihrem Chefredakteur Alfred Henke nachdrücklich unterstützt wurden.³ Knief, von früh auf bildungsbeflissen und dem Lebensprinzip ergeben, jede Halbheit abzulehnen und jeden Konflikt bis zur äußersten Konsequenz auszutragen, als Lehrer mit dem sozialen Milieu und den Kämpfen der Bremer Arbeiter bestens vertraut, befand sich bald auf dem linken Flügel der Schulreformer. Über die dort aktiven sozialdemokratischen Lehrer Wilhelm Holzmeier, Emil Sonnemann und Heinrich Eildermann kam er rasch in Kontakt zur Sozialdemokratie und wurde 1905 Mitglied der SPD. Aus diesem Jahr stammt ein Foto, das Knief bereits im Gruppenbild mit den Zentralgestalten der Bremer Parteiorganisation zeigt: Pieck, Henke, Heinrich Schulz u. a.⁴ Nach Piecks Weggang aus Bremen 1910, in jenem Jahr, in dem die sozialdemokratischen Lehrer des Stadtstaates mit ihrer demonstrativen Gratula-

1 Zur Biographie Kniefs siehe die Skizzen von Herbert Schwarzwälder: Johann Knief (1880-1919). Vom Volksschullehrer zum kommunistischen Revolutionär, in DerS. : Berühmte Bremer, München 1972, S. 152-202; und Gerhard Engel: Johann Knief – Biographisches zu seinem Platz in der Geschichte der deutschen Linken, in Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. III/2005, S. 112-133.

2 Zur Geschichte der Bremer Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit siehe Karl Ernst Moring: Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890-1914, Hannover 1968, S. 69-205; Hansgeorg Conert: Reformismus und Radikalismus in der bremischen Sozialdemokratie vor 1914. Die Herausbildung der „Bremer Linken“ zwischen 1904 und 1914, Bremen 1985.

3 Zur Schulreformbewegung in Bremen siehe Dirk Hagener: Radikale Schulreform zwischen Programmatik und Realität. Die schulpolitischen Kämpfe in Bremen vor dem Ersten Weltkrieg und in der Entstehungsphase der Weimarer Republik, Bremen 1973, bes. S. 79-101.

4 Siehe Christian Paulmann: Die Sozialdemokratie in Bremen 1864-1964, Bremen 1964, neben S. 121.

tion zu August Bebels 70. Geburtstag deutschlandweites Aufsehen erregt hatten, war Knief de facto das Haupt der Bremer Linken oder Linksradikalen, wie sie sich zur Abgrenzung von jenen Radikalen nannten, die in einigen Fragen zu Kompromissen mit der nach rechts driftenden Parteiführung und Reichstagsfraktion bereit waren.

Der Verfolgungsjagd der Behörden auf die sozialdemokratischen Lehrer entzog sich Knief 1911 durch seinen Abschied aus dem ihm verhassten, erstarrten und auch im liberalen Bremen verpreußten Schuldienst. Eine erfolgreiche Schulreformbewegung schien ihm ohnehin nur noch möglich, wenn die Sozialdemokratie eine sozialistische Gesellschaftsumwälzung erkämpfen würde. Knief zog es daher in die hauptberufliche Parteiarbeit für die Sozialdemokratie. Er wurde zweiter politischer Redakteur der „Bremer Bürger-Zeitung“. Seit 1912, als Henke in den Reichstag gewählt wurde, war er faktisch ihr politischer Kopf. Ihre Spalten standen den namhaftesten deutschen Linken zur Verfügung. Sie war das wichtigste Sprachrohr der damals in Bremen wirkenden Revolutionäre Anton Pannekoek und Karl Radek, in denen Knief seine Lehrer sah. Am Beginn des Krieges nahm die Zeitung eine eindeutig gegen die sogenannte Vaterlandsverteidigung und den „Burgfrieden“ gerichtete Haltung ein. Dies gilt mit Abstrichen noch bis in das Jahr 1916, als die Rechtssozialisten, obwohl in Bremen die „Minderheitssozialdemokraten“, das Parteiblatt usurpierten. Der von den Linken dominierte Sozialdemokratische Verein Bremen wurde bereits 1916 aus der SPD ausgeschlossen.⁵ Johann Knief, genesen von einem Nervenzusammenbruch, den er als Soldat an der Westfront erlitten hatte, und Paul Frölich gaben ab Juni 1916 die „Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ heraus, das einzige legal erscheinende Organ der deutschen Linken während der zweiten Kriegshälfte. Es stand in schärfster Frontstellung gegen die Burgfriedenspolitik und ihre sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Befürworter, kritisierte mit gleicher Heftigkeit auch die verspätete Kreditlehnung durch das sogenannte Parteizentrum und dessen Wankelmütigkeit gegenüber Parteivorstand und Fraktion. In den Antikriegsaktionen völlig eins mit der Spartakusgruppe und anderen linken Gruppierungen in Deutschland, forderten Knief und seine Anhänger von der Spartakusgruppe die Bildung einer eigenständigen konsequent linken Partei, blieben der USPD fern und missbilligten den Anschluss an sie der Spartakusgruppe.⁶

Johann Knief musste im April 1917 in die Illegalität gehen, wurde Ende Januar 1918 in München verhaftet und als sogenannter Schutzhäftling in die Berliner

5 Die Geschichte der bremischen Sozialdemokratie und ihrer Spaltung während des ersten Weltkrieges behandelt Erhard Lucas: Die Sozialdemokratie in Bremen während des ersten Weltkrieges, Bremen 1969; siehe auch Wilhelm Eildermann: Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972, sowie Gerhard Engel: Rote in Feldgrau. Kriegs- und Feldpostbriefe junger linkssozialdemokratischer Soldaten des Ersten Weltkrieges, Berlin 2008, S. 30-36.

6 Siehe die zahlreichen einschlägigen Artikel in der „Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“. Unveränderter Neudruck mit einer Einleitung von Gerhard Engel, Bd. I, 1. Jg., 24. Juni-30. Dezember 1916, 2. Jg., 6. Januar-29. Dezember 1917, Leipzig 1975.

Stadtvogtei bzw. in die Nervenlinik Dr. Weiler in Charlottenburg weggeschlossen.⁷ Seine Möglichkeiten, die Entwicklung der Arbeiterbewegung bis zum November 1918 zu verfolgen, waren bis zu seiner Befreiung durch die Revolution am 9. November höchst begrenzt.

Der Heimweg nach Bremen führte Knief zunächst nach Dresden, wo er mit den Anhängern Otto Rühles über die Möglichkeit einer eigenständigen kommunistischen Parteigründung beriet, und dann nach Cuxhaven, wo er gemeinsam mit dem Matrosenführer Eugen Lieby eine bewaffnete Matrosenabteilung für den Schutz der Revolution in Bremen in Marsch setzte.⁸

In Bremen traf Knief am 18. November 1918 auf eine fortgeschrittene revolutionäre Lage, die im Unterschied zu vielen anderen deutschen Großstädten von einem deutlichen Übergewicht der USPD-Linken und der Linksradikalen geprägt war.⁹ Sie gaben den Ton im Arbeiter- und Soldatenrat an, der sich am 6. November unter Vorsitz von Alfred Henke (USPD) konstituiert hatte. Die linke Majorität war auch nicht in Frage gestellt, als nach deren Versicherung, sie würden „sich ganz in den Dienst der revolutionären Bewegung stellen“, einige Tage später sechs Gewerkschaftsfunktionäre in den Aktionsausschuss aufgenommen wurden. Dessen programmatische Erklärung vom 9. November hatte den Räten die Aufgabe zugewiesen, die Revolution auszubauen, zu sichern und zu vertiefen. Zusammenfassend hieß es: „Die ganze Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte, Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit Aufhebung jeder Art von Ausbeutung und Unterdrückung..., Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft.“¹⁰

Der politisch und sozial weitreichende Revolutionsaufruf enthielt freilich keine konkreten Tagesforderungen, die zur Massenmobilisierung geeignet gewesen wären. Solche standen aber am gleichen Tag in der linksradikalen „Arbeiterpolitik“.¹¹ Sie griff weitgehend jene aus dem gemeinsamen Aufruf der Spartakusgruppe und der Linksradikalen vom Oktober 1918¹² auf, ergänzte und präzierte sie und erweiterte sie um das Verlangen nach Bildung roter Garden. Die Bildung einer roten Garde war bezeichnenderweise das Spitzenpostulat. Gefordert war weiter die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Ersetzung der bürgerli-

7 Siehe die entsprechenden Akten im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, Abt. I, Ministerium des Innern, Nr. 66283, im Staatsarchiv München, Polizeidirektion, Nr. 10087, sowie die Akten des Oberreichsanwalts im Bundesarchiv Berlin (BArch), R 3003, J 205/18.

8 Siehe Karin Kuckuk: Im Schatten der Revolution. Lotte Kornfeld – Biografie einer Vergessenen (1896-1974), Bremen 2009, S. 58f.

9 Die Angaben zum Verlauf der Revolution in Bremen stützen sich vor allem auf die umfassende Darstellung und gründliche Analyse von Peter Kuckuk: Bremen in der Deutschen Revolution 1918-1919. Revolution – Räterepublik – Restauration, Bremen 1986.

10 Zit. nach Peter Kuckuk, Bremen, S. 57.

11 Siehe „Arbeiterpolitik“ 3 (1918), Nr. 45, S. 267f.

12 Siehe Lothar Berthold/Ernst Diehl: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1967, S. 102-106; siehe auch Walter Bartel: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin 1958, S. 574-576.

chen Gerichte durch Revolutionstribunale, die Abschaffung der Todes- und Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen, die Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes und des Belagerungszustandes, Arbeiterkontrolle über die Lebensmittelverteilung, Nationalisierung des Groß- und Mittelgrundbesitzes, des Bankkapitals, der Bergwerke, der Hütten und jeglicher anderer Großbetriebe sowie die Annullierung der Krieganleihen von 1.000 Mark aufwärts. Charakteristisch war der Schluss des Aufrufs, der als Ziel die „kommunistische Republik“ anvisierte, eine Forderung, die es im Aufruf des Aktionsausschusses unter Henkes Führung nicht gab. Von Anfang an bestand bei den Linksradiakalen Skepsis gegenüber der revolutionären Entschiedenheit der Unabhängigen. Sie kannten zwar nicht den Bericht des preußischen Generalkonsulats an Ebert, aber sie waren sicher der gleichen Meinung wie die Diplomaten, die aus Bremen nach Berlin schrieben: „Henkes Forderungen schwanken je nach der Entwicklung... Je nach der Stimmung der Versammlungsmehrheit pflegt Henke seine Forderungen zu modifizieren.“¹³

Johann Knief trat in der Bremer Revolution am 18. November erstmalig selbst in Aktion. Überraschend erschien er in einer vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen öffentlichen Versammlung, auf der Henke referierte. Sofort erwies er sich als „ebenbürtiger Gegenspieler auf der Linken“¹⁴. In der Diskussion billigte er zwar Henkes Ausführungen, ging aber zugleich über sie hinaus, indem er angesichts der von den Räten trotz formeller Absetzung des Senats und der Bürgerschaft am 14. November weiter geduldeten alten Staatsorgane die Eroberung der Staatsmacht als wichtigste Aufgabe der Revolution kennzeichnete. Er brachte drei Anträge ein. Die Versammlung beschloss die von ihm vorgetragene Sympathieerklärung für die Bolschewiki, mit der die sofortige Rückkehr der russischen Botschaft nach Deutschland gefordert wurde. Gleichfalls angenommen wurde Kniefs Resolution zur Rückgabe der „Bremer Bürger-Zeitung“, über welche die Rechtssozialisten geboten. Seinen dritten Antrag für die „völlige Entwaffnung des Bürgertums“ und „die Bildung bewaffneter kommunistischer Garden aus den Reihen der klassenbewusstesten Schichten des Industrieproletariats“ überwies die Versammlung dem Soldatenrat, der freilich bis dahin weit weniger revolutionär aufgetreten war als der Arbeiterrat.

Ähnliche Forderungen wie am 18. November erhob Knief in einer weiteren Volksversammlung am 22. November. Hinzu trat erstmalig das Verlangen nach „Entfernung aller nicht rein proletarischen Elemente“ aus den Revolutionsorganen, das sich vor allem gegen die rechtssozialdemokratischen Vertreter im Aktionsausschuss richtete. Seine Forderung auf Rückgabe der „Bremer Bürger-Zeitung“ an die Organisation der Linksradiakalen (das war bekanntlich der aus der SPD ausgeschlossene Sozialdemokratische Verein Bremen) begründete Knief damit, dass nur die linksradikale Organisation „allein die Klasseninteressen des re-

13 BArch, R 1501, Nr. 1711, Bl. 261f.

14 Peter Kuckuk, Bremen, S. 94.

volutionären bremischen Proletariats vertritt“, ein deutlicher Seitenhieb gegen die hinsichtlich ihrer Konsequenz weiterhin beargwöhnten unabhängigen Sozialdemokraten. Und schließlich verlangte Knief, die Forderung nach Eroberung der Staatsmacht konkretisierend, die restlose Beseitigung von Senat und Bürgerschaft und die völlige Erneuerung der Staatsverwaltung.

Alle diese Programmpunkte bestimmten seit Kniefs direktem Einwirken auf den revolutionären Prozess in Bremen seine Aktionen wie auch das agitatorische Wirken der Linksradikalen oder zeitlich genauer: der „Internationalen Kommunisten Deutschlands, Ortgruppe Bremen“. Diese hatte sich am 23. November 1918 konstituiert und gab seit dem 27. November eine eigene Tageszeitung „Der Kommunist“ in der Redaktion von Johann Knief, Charlotte Kornfeld und Wilhelm Eildermann heraus. Die Bremer IKD-Gruppe und ihre Zeitung hatten auch entscheidenden Anteil daran, dass sich ihre Parteigänger im Dezember 1918 auf einer Reichskonferenz in Berlin als Partei „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) organisierten und ein wesentlich von Knief beeinflusstes Programm annahmen.

Der Kurs dieser Partei, das gesamte Auftreten Kniefs und der Duktus seiner Tageszeitung sind zwischen Ende November und Ende Dezember 1918 in hohem Maße, wenn auch nicht ausschließlich, von den Einschätzungen, Schlussfolgerungen und Forderungen bestimmt, die Knief alias Peter Unruh in einer analytischen und programmatischen Revolutionsbroschüre zusammenfasste.¹⁵ Sie entstand offenbar im Dezember 1918, konnte jedoch erst im Januar 1919 erscheinen und in 100.000 Exemplaren verbreitet werden.

Es ist hier nicht möglich, Kniefs Auftritte und Aktionen zwischen dem 23. November und dem Jahresende, an dem er schwer erkrankte, weiter von Station zu Station zu verfolgen und zu würdigen, so etwa die denkwürdige Ansprache auf dem sogenannten Canossa-Schuppen der Bremer Weserwerft-AG am 28. oder den Demonstrationsstreik der von Knief persönlich angeführten Arbeiter Bremens vor dem Arbeiter- und Soldatenrat am 29. November mit seinen gravierenden Wirkungen auf die Radikalisierung des Revolutionsprozesses in Bremen.¹⁶ Es können nur einige Positionen verdeutlicht werden, die Kniefs Argumentation für einen sofortigen Übergang zur proletarischen Revolution bestimmten.

Knief hatte von vornherein und ausschließlich auf eine sozialistische Revolution gesetzt. Anfang November war er voller Hoffnung gewesen, dass sich eine solche Bewegung Bahn brechen würde. Doch schon in den ersten Tagen zeigte er sich enttäuscht, dass „nur“ bürgerlich-demokratische Ziele erreicht worden waren.¹⁷ Er erklärte die erste Phase der Revolution zu einer bloßen „Militärrevolte“

15 Peter Unruh [d. i. Johann Knief]: Vom Zusammenbruch des deutschen Imperialismus bis zum Beginn der proletarischen Revolution, Berlin 1919.

16 Siehe hierzu Peter Kuckuk, Bremen, S. 86-88, 97-99.

17 Siehe hierzu seinen Brief an Charlotte Kornfeld vom 8.11.1918, in: Johann Knief, Briefe aus dem Gefängnis, Berlin 1920, S. 93-96.

und später zu einer „allgemeinen Volksbewegung“ für *den* Frieden und *die* Republik, an der die proletarische Bewegung zwar teilgenommen, die aber deren Forderungen nicht erfüllt hatte: den Sturz der kapitalistischen Ordnung, ihres Staatsapparates, die Bewaffnung des Proletariats und den Übergang zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Die allgemeine Volksbewegung habe ihre Ziele und auch ihr Ende erreicht. Die proletarische Klassenbewegung löse sich nun aus der allgemeinen Volksbewegung und wende sich mit selbständigen Aktionen ihrer eigentlichen Aufgabe, der proletarischen Revolution, zu. Geführt werde sie durch die Kommunisten und Spartakusbündler. Der Beginn der proletarischen Revolution ziele auf den Endkampf zwischen Kapital und Arbeit, der nun unmittelbar bevorstehe.

Zu dieser Sicht der Dinge hatte offenbar Kniefs lange Isolierung von den vorrevolutionären Kämpfen, auch vom Zustandekommen des gemeinsamen Aufrufs der Spartakusgruppe und der Linksradikalen vom Oktober 1918, der zahlreiche demokratische Forderungen enthielt, nicht unwesentlich beigetragen. Kniefs revolutionäre Ungeduld verführte ihn immer wieder zur Geringschätzung der Revolutionsergebnisse unmittelbar nach dem 9. November. Er maß alles mit der Elle einer proletarischen, sozialistischen Revolution. Andererseits sah er durchaus, dass die Revolution ein „Ereignis von höchster historischer und politischer Bedeutung“¹⁸ war. Denn, so stellte er fest, die Bourgeoisie hätte für kurze Zeit ihr entscheidendes politisches Machtmittel verloren – die Kontrolle über die bewaffneten Kräfte. Das hielt Knief für den entscheidenden Moment in der Anfangsphase des Umsturzes, dessen Chance aber durch den sozialdemokratischen Rat der Volksbeauftragten verspielt worden sei. Das jedoch hielt er für folgerichtig. Er begründete seine Auffassung, wonach die offizielle Sozialdemokratie schon lange vor dem Krieg ihren Charakter als Umsturzpartei verloren hatte. Das sukzessive Abstreifen des revolutionären Charakters der Maifeier, das Ausbleiben eines wirklichen Bruchs der Radikalen mit den Revisionisten, die Ablehnung des politischen Massenstreiks, das Abwürgen des preußischen Wahlrechtskampfes, die proliberale Dämpfungstaktik bei den Reichstagswahlen 1912, die Begünstigung der Militärvorlage 1913 durch die Bewilligung der Deckungsvorlage und das Erdrosseln des großen Werftarbeiterstreiks 1913 (das Schlüsselerlebnis der Bremer Arbeiter vor dem Krieg!) wertete Knief als Belege dafür, dass die Sozialdemokratie bei Kriegsbeginn bereits auf Gedeih und Verderb mit der bürgerlichen Gesellschaft verflochten war und ihren revolutionären Charakter längst eingebüßt hatte. Knief sah die Politik des 4. August als die konsequente Fortsetzung der bisherigen Partei- und Gewerkschaftspolitik. Im Verhalten der MSPD-Führung in der Revolution vermochte er folgerichtig nur einen weiteren Schritt dieser Parteientwicklung zu sehen. Wörtlich: „Nicht ein Verrat der Führer liegt hier vor, sondern eine ganz konsequente Entwicklung... der Sozialdemokratie... Sie ist ihrem Wesen nach eine

18 Peter Unruh, Vom Zusammenbruch, S. 14.

19 Ebenda, S. 10.

bürgerliche Partei geworden mit einem für bürgerliche Begriffe immerhin ausgedehnten sozialen Reformprogramm. Aber die Partei des Umsturzes ist sie *gewesen*...“¹⁹

Schärfste Kritik übte Knief auch an der USPD. Die einzige oppositionelle Gruppe im Reichstag habe sich erst von den Mehrheitssozialisten zwingen lassen, viel zu spät eine eigene Partei zu bilden, die aber nie ihr Ja zur Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg aufgegeben und parlamentarische, legale Kampfmittel stets höher geschätzt habe als außerparlamentarische Massenaktionen. Wörtlich: „Haben die Sozialdemokraten die Kriegspolitik grundsätzlich mitgemacht, so haben die Unabhängigen diese Kriegspolitik nicht grundsätzlich bekämpft.“²⁰ In der Revolution sei sie nun gar ein Bündnis mit der MSPD eingegangen und diese wiederum mit den alten Gewalten: „Die neue Republik reichte von Solf und Scheüch über Ebert und David bis zu Haase und Ledebour.“²¹

So konnten die alten Mächte rasch erkennen, dass längst „nicht alle Säulen ihrer Herrschaft zerborsten“ waren, und stellten sich, vom Saulus zum Paulus gewandelt, der angeblich sozialistischen Regierung zur Verfügung. Knief rechnete vor, dass viele Forderungen des Erfurter Programms von der Volksbewaffnung über die Trennung von Staat und Kirche, die Brechung des Bildungsprivilegs bis zum Achtstundenarbeitstag nicht oder verzerrt verwirklicht würden bzw. nicht dauerhaft gesichert seien. Er folgerte: „Der Reformteil des Erfurter Programms lässt sich in seinen wesentlichsten Bestandteilen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft nicht verwirklichen.“²²

Freilich, eine der Forderungen des Erfurter Programms wolle die MSPD gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien und der Generalität sofort erfüllen, aber zugleich gegen die Revolution kehren: die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Auf seiner Grundlage werde bei Fortbestand der alten Machtverhältnisse eine Nationalversammlung entstehen, die nur eine bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit haben könne, also lediglich Interessen an der Beendigung revolutionärer Veränderungen vertreten werde. Das eigentliche Novum der Revolution, die Räte als proletarische Machtorgane, würden negiert und bekämpft.

Deshalb hielt es Knief für nötig, den Gedanken der Nationalversammlung zu bekämpfen und eine Rätemacht zu schaffen, die dem Ziel der proletarischen, sozialistischen Revolution verpflichtet blieb. Aber die bestehenden Räte, ursprünglich als Klassenorgane des Proletariats gedacht, entsprächen in ihrer Zusammensetzung aus Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten nicht dieser Aufgabe. Aus vielen Räten seien „Organe der Bourgeoisie“ geworden. Dies gelte zwar am meisten für die Soldatenräte, aber ähnlich stehe es auch um die Arbeiterräte. Knief führte die Inhomogenität der Räte und damit ihre weitge-

20 Ebenda, S. 12.

21 Ebenda, S. 16.

22 Ebenda, S. 21.

hende Untauglichkeit für die Führung in einer sozialistische Revolution auf das bereits im Kriege sichtbare Phänomen zurück, dass die Arbeiterklasse keine homogene Masse mit völlig einheitlichen Interessen sei. Gerade dafür sei die Spaltung der Arbeiterbewegung der Beweis gewesen. Kniefs Schlussfolgerung: „Die Arbeiterklasse... ist als Ganzes nicht aktionsfähig.... Aber auch ein Arbeiterrat, der aus dieser bunten Gefolgschaft hervorgegangen ist, ist nicht aktionsfähig.“²³ Der Reichsrätekongress in Berlin habe dies ebenso bewiesen wie der Alltag der örtlichen Räte. Folglich müssten aus den Räten alle nicht für die sozialistische Revolution einstehenden Mitglieder entfernt werden, nur die klassenbewusstesten Teile der Arbeiterschaft seien zu bewaffnen, damit der politisch fortgeschrittenste Teil der Klasse in sich steigenden Massenaktionen die auf der Tagesordnung stehende, aber bisher ausgebliebene sozialistische Revolution in Angriff nehmen könne.

Diese Position bedeutete letztlich die Einengung der Massenbasis der revolutionären Arbeiterbewegung, den Verzicht auf die Gewinnung jener Mehrheit, die – wenn auch zunehmend kritisch – nach wie vor den alten sozialdemokratischen Führern Gehör schenkte. Der freilich nicht mit den Maßstäben des bürgerlichen Parlamentarismus zu messende, aber dem Begriff Diktatur des Proletariats innewohnende Demokratiebegriff (Herrschaft der bisher unterdrückten Volksmehrheit über die unterdrückende Minderheit) wurde auf diese Weise niegt.

Knief hielt infolge der Differenzierung der Arbeiterklasse und ihrer parteipolitischen Spaltung die Machteroberung und Machtausübung durch eine Minderheit der Klasse für möglich, ja erforderlich. Hierin zeigt sich am deutlichsten die Schwierigkeit des äußersten linken Flügels der Revolution, das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus zu definieren, Demokratie nicht nur unter dem empirischen Gesichtswinkel negativer Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung mit dem Parlamentarismus zu erörtern und Vorstellungen von sozialistischer Demokratie nicht nur in einer ausschließlichen Diskontinuität zur geschichtlichen Entwicklung menschlicher Rechte und Freiheiten zu begründen.

Dennoch möchte ich im Anschluss an Manfred Weißbecker betonen, dass die Ablehnung eines sich demokratisch gerierenden Parlamentarismus, der die Linke ja ausdrücklich bekämpfte und ausgrenzte, nicht pauschal mit Antidemokratismus oder Antiparlamentarismus gleichgesetzt werden darf. Die revolutionäre Arbeiterbewegung hatte auch in der deutschen Revolution einen demokratischen Charakter. Maßstab dafür ist nicht, wie oft oder abstrakt das Wort Demokratie gebraucht wurde. In der Revolution waren alle Aktionen gegen den Krieg und die Monarchie, für soziale und politische Rechte des arbeitenden Volkes *an sich* demokratisch. „Maßstäbe dafür“, schrieb Weißbecker, „boten dafür die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen, deren Vertretung und Realisierung unter den damaligen Bedingungen einer Interessenvertretung ihrer Gegner diametral entgegenstand.“²⁴

23 Ebenda, S. 25.

Um Johann Knief gerecht zu werden, muss gesagt werden, dass er – stets ein nachdenklicher und grübelnder Mensch – in der Revolution politische Erfahrungen sammelte und zu Schlussfolgerungen kam, die andere Mitstreiter der IKD nicht gezogen hatten und mit denen er sich unter ihnen in der Minderheit befand. Sein ungestümes Drängen auf eine sozialistische Revolution, sein „Tunnelblick“ auf Perspektiven, Möglichkeiten und Garantien ließen durchaus Sensibilität gegenüber neuen Erfahrungen zu. So erklärt sich sein Eintreten für die Beteiligung der Kommunisten an den Wahlen zur Nationalversammlung. Knief sah in der Einberufung der Nationalversammlung den Beweis für die Stärke der Konterrevolution und für das Fehlen momentaner Garantien für den Erfolg einer weiterführenden Revolution. Also, so folgerte er, müsse man die Wahlen nutzen, um die Ziele der Kommunisten zu propagieren. In seiner Zeitung schrieb er zur Begründung seines Minderheitenvotums für die Wahlbeteiligung: „Je gründlicher die Arbeiterschaft für den großen schweren Kampf vorbereitet ist, und zwar materiell, intellektuell, organisatorisch und moralisch, desto günstiger sind ihre Aussichten auf den Sieg. Je überhasteter sie sich jedoch in Kämpfe verwickelt, desto günstiger sind die Aussichten für die Reaktion, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen, und ihre Schwäche auszunutzen...“ Boykott der Wahlen und Ersticken der Argumente der Gegner im Tumult lehnte er ab, sie müssten widerlegt werden. Das gelte auch für die Arbeiterratswahlen, wenn es darum gehe, Rechtsopportunisten aus den Räten zu verdrängen. Kommunistische Agitation müsse auch auf das „flache Land“ ausgedehnt werden. Und schließlich hätten Kommunisten dafür zu sorgen, dass bei Kundgebungen und Demonstrationen nur für erreichbare Ziele demonstriert werde. Jede „Demonstration in die blaue Luft hinein“ müsse verhindert werden.²⁵

Knief konnte seine Positionen auf dem Gründungsparteitag der KPD nicht zur Geltung bringen. Sein an den Wahlboykottbeschluss der Bremer IKD gebundenes Mandat wies er zurück. Seine schwere Krankheit hätte ihm ohnehin die Fahrt nach Berlin unmöglich gemacht. Vom Krankenbett aus riet er im Januar 1919 seinen Genossen, den Berliner Aufständischen nicht durch eine isolierte Machtübernahme durch das Proletariat in Bremen helfen zu wollen.²⁶ Als dies am 10. Januar dennoch geschah, wählte man den Kranken, auf seine Genesung hoffend, in den Rat der Volkskommissare der Bremer Räterepublik. Doch Kniefs Zustand verschlechterte sich weiter. Er starb am 6. April 1919 kurz vor Vollendung seines 39. Lebensjahrs.

Reine Spekulation wäre es natürlich, darüber zu sprechen, was aus Knief in der deutschen Arbeiterbewegung geworden wäre. Als sicher kann gelten, dass die

24 Manfred Weißbecker: Parlamentarismus und Demokratie im Verständnis proletarischer Massen in Deutschland 1918/19, in: Perspektive und Aktion. Erfahrungen deutscher Arbeiterbewegung, Jena 1989, S. 67-74, hier. S. 73.

25 Johann Knief: Die Konsequenzen, in: „Der Kommunist“ (Bremen), Nr. 24, 24. Dezember 1918.

26 Siehe Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 339.

deutsche Arbeiterbewegung frühzeitig einen hochgebildeten, vielseitigen, auch musisch aktiven Journalisten und Publizisten und einen rhetorisch begabten Agitator für ihre Interessen verlor. Als relativ sicher ist nur das zu benennen, was er nicht geworden wäre. Er bekleidete nie eine Funktion in einer Parteiorganisation, seine Beliebtheit und Autorität vor allem unter den Bremer Werftarbeitern beruhte auf der Volkstribunen eigenen vollständigen Hingabe für die Interessen der Ausgebeuteten und Benachteiligten. Er war als organisierender Funktionär ungeeignet. Als Vertreter eines föderalistischen Parteiaufbaus, in dem basisdemokratische Elemente, ein Willensbildungsprozess von unten nach oben – und nicht umgekehrt – einen hohen Stellenwert haben sollten, hätte er Spitzenpositionen im deutschen Parteikommunismus nicht einnehmen können. Aber Johann Kniefs Auffassungen von Partei, Parteidemokratie und Organisationsaufbau sind ein neues Thema.

Ernst Meyer vor und während der Novemberrevolution im Jahre 1918

Ernst Meyer – vergessene Führungsfigur der deutschen Arbeiterbewegung

Ernst Meyer (1887-1930) ist heute weitgehend vergessen. Dabei war er „einer der bemerkenswertesten Führer des deutschen Kommunismus“, so Hermann Weber.¹ Außer einigen Kurzbiographien², der – allerdings sehr ergiebigen – politischen Autobiographie seiner Frau, einem Aufsatz von Hermann Weber aus dem Jahre 1968 und einem Aufsatz von Florian Wilde gibt es keine Arbeiten, die sich intensiver mit ihm beschäftigen.³

Auf dem Gründungsparteitag der KPD wurde Meyer in die Zentrale der Partei gewählt, der er in den folgenden Jahren fast ununterbrochen angehörte und in der er verschiedene leitende Funktionen übernahm. Am II. und IV. Weltkongress der Komintern (1920 und 1922) nahm Meyer als Delegierter der KPD teil. In Folge der Verhaftung des KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler im April 1921 übernahm Meyer kommissarisch die Leitung der Partei. Nach dem Jenaer Parteitag im August 1921 zum Leiter des Polbüros gewählt, wurde er zum faktischen Vorsitzenden der KPD.⁴ Unter seiner Führung gelang – vor allem wegen der wesentlich von

- 1 Hermann Weber: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ), H. 2/April 1968, S. 177-208, hier S. 180. In der Einleitung zu Rosa Meyer-Leviné: Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, mit einer Einleitung von Hermann Weber, Köln 1982, S. 8, bezeichnet Weber Meyer als „einen der bedeutendsten KPD-Führer“. Auch im biographischen Handbuch deutscher Kommunisten wird Meyers „überragende Rolle in der KPD“ gewürdigt, in: Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S. 503.
- 2 Auswahl der Kurzbiographien: Weber/Herbst: Kommunisten, S. 501-503; Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969, Bd. 2, S. 220-222; Ders. (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, mit einer Einleitung von Hermann Weber, Frankfurt/M. 1969, S. 325f; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1970 [künftig zit. als IML: Lexikon], S. 328f.
- 3 Rosa Meyer-Leviné, Erinnerungen; Weber, Beziehungen. Florian Wilde: „Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig“. Zum Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2006, S. 168-184. Außerdem liegt meine Magisterarbeit vor: Ernst Meyer als Vorsitzender der KPD 1921/22, Hamburg 2003 (unveröffentl.). Ich arbeite z. Zt. an einer Dissertation über „Ernst Meyer (1887-1930) – vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie.“
- 4 Formal bestand die KPD-Zentrale seit dem Jenaer Parteitag aus gleichberechtigten Mitgliedern. Meyer, auf den auf dem Jenaer Parteitag (gemeinsam mit Wilhelm Pieck) die meisten Stimmen entfallen waren (siehe Die Rote Fahne, 27.8.21), wurde auf der ersten Sitzung der neugewählten Zentrale zum Vorsitzenden des Politischen Büros gewählt (siehe Protokoll der Sitzung der Zentrale vom 31.8.21, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/2/13, Bl. 304) und übte in der folgenden Zeit entscheidenden Einfluss auf die Politik der KPD aus. Meyers formale Funktion als Vorsitzender des Polbüros, dem „Spitzengremium der Partei“ (Weber/Herbst: Kommu-

ihm vorangetriebenen Einheitsfrontpolitik gegenüber SPD und Gewerkschaften – eine Konsolidierung der KPD als Massenpartei. Nach der Rückkehr Brandlers im August 1922 mit Unterstützung des Komintern-Apparates allmählich entmachteter, wurde Meyer auf dem Leipziger Parteitag der KPD (Januar 1923) nicht wieder in die Zentrale gewählt. Als der linke Flügel um Ruth Fischer Anfang 1924 die Führung der Partei übernahm, wurde er zur führenden Figur der oppositionellen Kreise, der sogenannten Mittelgruppe, von ihren Gegnern später als „Versöhnler“ geschmäht. 1926 kehrte Meyer als Führer der Mittelgruppe in die zentralen Gremien der Partei zurück, war vorübergehend neben Thälmann der „eigentliche Parteiführer“ und bestimmte erneut „maßgebend die Geschicke der KPD“.⁵ Er kämpfte für die Aufrechterhaltung innerparteilicher Demokratie in den Zeiten des aufkommenden Stalinismus, für eine Autonomie der KPD gegenüber der Komintern und für eine Einheitsfrontpolitik gegenüber der SPD. Nach der erneuten ultralinken Wende der KPD 1929 wurde der schwer Erkrankte aus der Führung entfernt und in der Partei an den Rand gedrängt. Am 2. Februar 1930 starb Ernst Meyer und wurde auf dem Sozialisten-Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde bestattet.

So unbekannt, wie Meyers Rolle als führender KPD-Politiker heute ist, so vergessen ist auch seine wichtige Rolle in der Gruppe Internationale und dem Spartakusbund während des Krieges und in der Novemberrevolution. Diese soll im folgenden dargestellt werden.

Auf dem linken Flügel der Vorkriegs-SPD

1908 trat der damals 21-jährige Student Meyer in Königsberg der SPD bei.⁶ 1910 siedelte Meyer nach seiner Promotion zum Dr. phil. nach Berlin über.⁷

In Berlin ließ Meyer sich in Steglitz nieder – und wohnte in nächster Nähe zu denen, die in den folgenden Jahren zu seinen engsten politischen Weggefährten werden sollten. Denn Steglitz und Umgebung waren in den Jahren vor dem Krieg eine Art geographischer Schwerpunkt der radikalen Linken in der Groß-Berliner SPD. Hier wohnten die Familie Pieck und Rosa Luxemburg. Gleich um die Ecke

nisten, S. 43), seine real führende Rolle in der Partei und seine in der Literatur sehr weit verbreitete Titulierung als Parteivorsitzender lassen es daher als gerechtfertigt erscheinen, ihn als Vorsitzenden der KPD zu bezeichnen.

5 Weber/Herbst, *Kommunisten*, S. 503.

6 Siehe ebenda, S. 502.

7 In verschiedenen Kurzbiographien und in Nachrufen auf Ernst Meyer wird 1912 als Jahr seines Umzuges nach Berlin angegeben. Siehe Weber/Herbst S. 502; IML, *Lexikon*, S. 328; *Die Rote Fahne*, 4.2.1930. Wann genau Meyer nach Berlin zog, ließ sich nicht ermitteln. Da sein erster Sohn Heinz am 2.7.1911 in Berlin-Steglitz geboren wurde (Siehe Landesarchiv Berlin [in Folgenden als LAB] A Pr.Br.Rep. 030 Nr. 15872, Bl.233), liegt ein Umzug nach Berlin bereits vor 1912 nahe. 1912 fand Meyer eine Anstellung beim Kaiserlichen statistischen Amt in Charlottenburg als Mitarbeiter von Prof. Wagemann, (siehe Weber/Herbst, S. 502; IML, *Lexikon*, S. 328; *Die Rote Fahne*, 4.2.1930).

von Ernst Meyer wohnte Franz Mehring in der Albrechtstraße. 1912 zogen Käte und Hermann Duncker nach Steglitz, und auch der aus Polen emigrierte Julian Marchlewski (Karski) ließ sich hier nieder.⁸ Ob Meyers Kontakte zu dem Kreis um Luxemburg und Mehring schon 1912 so eng waren, dass er gezielt in ihre Nähe zog, oder ob dies eher zufällig geschah, wissen wir nicht. Für die illegale Tätigkeit während des Krieges erwies sich der Umstand, dass die meisten führenden Köpfe der späteren Spartakusgruppe so nahe beieinander wohnten, als überaus vorteilhaft.

Eine wichtige Rolle bei der Verständigung und Herausbildung einer radikalen linken Strömung in der SPD, aus der später der Spartakusbund hervorging, spielten gesellige Zusammenkünfte halb privaten, halb politischen Charakters. Einem solchem Zirkel um Franz Mehring – der nach dem bei diesen Zusammenkünften im Winter bevorzugten scharfen Grog „Eisbrecher-Runde“ genannt wurde – gehörte auch Ernst Meyer an. „In der Tat entwickelte sich hier [gemeint: Eisbrecherrunde] auch jener Nachrichtendienst, der vor allem wohl von Ernst Meyer gespeist wurde und in der Form der Spartakusbriefe internationalen Ruf erhalten hat.“⁹

1912 oder Anfang 1913 wechselte Meyer von dem statistischen Amt Berlin-Charlottenburg in die Tätigkeit eines Journalisten und Redakteurs, die er sein ganzes weiteres Leben ausüben sollte: Meyer begann, beim „Vorwärts“ in Berlin als Redakteur zu arbeiten.¹⁰ Mehrfach musste er sich wegen „Majestätsbeleidigung“ und ähnlicher Vergehen vor Gericht verantworten. Nur der Ausbruch des Krieges bewahrte ihn vor dem Vollzug bereits gefällter Urteile: Sie wurden im Zuge einer kaiserlichen Amnestie erlassen.¹¹

Entstehung einer linksradikalen Antikriegsopposition

Mit der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten trug sich am 4. August 1914 die alte, in harter Opposition zu Staat und bürgerlicher Gesell-

8 Siehe Annemarie Lange: Das Wilhelminische Berlin. Zwischen Jahrhundertwende und Novemberrevolution, Berlin (Ost) 1988., S. 439. Siehe auch SAPMO SgY30/0168 (Hermann Duncker), Bl.99.

9 SAPMO-BArch, NY 4020/4 (Rudolf Franz), Bl. 8. Siehe zur Eisbrecherrunde auch Brief von W. Pieck an „Lieber Genosse Franz“, 26.2.1915, in: Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften. Bd.1: August 1904 bis Januar 1919, Berlin (Ost), S. 325.

10 Der genaue Beginn von Meyers Tätigkeit ließ sich nicht ermitteln. Meist wird in der Literatur der Beginn seiner Tätigkeit auf Anfang 1913 datiert, (siehe Weber/Herbst, S. 502; Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte, S. 469. siehe auch Die Rote Fahne, 4.2.1930). Andere Quellen nennen das Jahr 1912 (siehe Karl Schulz: Ernst Meyer gestorben, in: Die Welt am Abend, 3.2.1930) oder bereits 1911 als Beginn seiner Tätigkeit (siehe Ernst Meyer [Nachruf], in: Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition), 8.2.30, S. 84f, künftig zit. als GdS).

11 Siehe SAPMO-BArch, RY 20/II 145/38, Bl.13f. Siehe auch LAB A Pr. Br. Rep. 358-01 2037, Bl.7f: Dokument über die Einstellung in Folge des Gnadenerlasses vom 4.8.14: „Haft und Kosten werden erlassen“. Aufgrund des Krieges wurden auch zwei laufende presserechtliche Verfahren gegen Meyer eingestellt, (siehe „Die Preßkommission“, März 1916, in: SAPMO-BArch, RY 20/II 145/38, Bl.13f.)

schaft stehende Sozialdemokratie zu Grabe. Dieser Tag war aber zugleich, wie Meyer später wiederholt betonte, die eigentliche Geburtsstunde des Spartakusbundes und der KPD.¹² Noch am Abend des 4. August trafen sich in der Wohnung Rosa Luxemburgs ihre engsten Freunde und Mitstreiter, unter ihnen Ernst Meyer, zu einer ersten Beratung.¹³ Der damals 27-jährige Meyer war der mit Abstand jüngste in der Runde – der nächst Ältere, Wilhelm Pick, war 38, die anderen alle über 40 Jahre alt, Franz Mehring ging bereits auf die 70 zu.

Kaum einer der führenden Linksradikalen hatte mit so einem Ausgang der Abstimmung im Reistag gerechnet, zumindest eine Enthaltung der Fraktion war erwartet worden.¹⁴ Meyer schrieb später, der 4. August war „selbst für den gegenüber der offiziellen Politik der SPD kritisch eingestellten linken Flügel eine furchtbare Enttäuschung.“¹⁵ Und an anderer Stelle: „Für den radikalen, linken Flügel in der SPD [kam] der ungeheure Verrat der Kreditbewilligung am 4. August 1914 ebenso unerwartet wie für die übrigen, auf dem linken Flügel kämpfenden Mitglieder der 2. Internationale [...]“¹⁶

Das Treffen bei Rosa Luxemburg offenbarte zunächst einmal mit aller Deutlichkeit die Schwächen der Linksradikalen: Weder waren sie auf die – von ihnen von Anfang an als „Verrat“ empfundene – Zustimmung zu den Kriegskrediten vorbereitet, noch besaßen sie auch nur in Ansätzen eine organisatorische Struktur, um sofort darauf reagieren zu können. Diese aufzubauen war die zentrale Herausforderung, vor der sie in den nächsten Jahren standen. Und dennoch war das Treffen dieses „ganz kleine[n] Häuflein[s] von aufrechten Genossen“¹⁷ (Meyer) von historischer Bedeutung. Hier formierte sich unter der Wucht der Ereignisse der Kern, der in den nächsten Jahren den Spartakusbund und die KPD führen und entscheidend prägen sollte.

Wenn die radikale Linke in der SPD zu Kriegsbeginn derart schlecht aufgestellt war, so lag das auch daran, dass ihre wichtigsten Repräsentanten in den vergan-

12 Siehe Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, Frankfurt/M 1978, S. 1; Ernst Meyer: Zur Vorgeschichte der KPD, in: Die Internationale, 1927, H. 4, S. 102-107.

13 Höchstwahrscheinlich von Hugo Eberlein verfasster Bericht in: Die Revolution, Nr.2, Berlin, August 1924 (Gedächtnisnr. Zum 10. Jahrestag der Gründung des Spartakusbundes); Clara Zetkin: Einleitung zum Neudruck von Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, Berlin 1919; Hugo Eberlein: Erinnerungen, in: Karl und Rosa. Erinnerungen. Hrsg. vom IML, Berlin 1978. Dazu siehe Ulla Plener: Hugo Eberleins Erinnerungen an Rosa Luxemburg bei Kriegsausbruch 1914, Original und Fälschung, in: Utopie kreativ, H. 174, April 2005, S. 355-362.

14 Noch am Abend vor der Abstimmung hatte Rosa Luxemburg gesagt: „Ich fürchte, die Reichstagsfraktion wird uns morgen verraten. Sie wird sich nur der Stimme enthalten,“ in: (Hugo Eberlein): Die ersten Schritte, in: Die Revolution. Gedächtnisnummer zum 10. Jahrestag der Gründung des Spartakusbundes, (August 1924), S. 2-3, hier S. 2.

15 Ernst Meyer: Kommunismus, in: Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen... herausgegeben von Bernhard Harms, 2. Bd., S. 142-188, Berlin 1929, hier S. 143.

16 Ernst Meyer (Hrsg.): Spartakus im Kriege. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege. Gesammelt und eingeleitet von Ernst Meyer, Berlin 1927, Einleitung, S. 5. Künftig zitiert als Meyer: Spartakus, Einleitung bzw. den Dokumentationsteil betreffend als Meyer: Spartakus.

17 Meyer: Spartakus, Einleitung, S. 5

genen Jahren aus den relevanten Stellen der Partei hinausgedrängt worden waren. Neben dem Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht war Ernst Meyer einer der wenigen aus der Kerngruppe des künftigen Spartakusbundes, der sich als „Vorwärts“-Redakteur noch in einer zentralen Position der Partei befand. Diese Tatsache und der Umstand, dass Meyer aufgrund seiner Tuberkulose-Erkrankung anders als viele seiner engsten Genossen vor einer Einziehung zum Kriegsdienst sicher war, trugen zu seiner trotz der jungen Jahre bald führenden Stellung unter den deutschen Linksradiakalen bei.¹⁸

Erst allmählich entwickelte sich aus dem Kreis um Rosa Luxemburg eine eigenständig auftretende Gruppe. Sie stellte sich von Anfang an zwei Aufgaben: Auf die innerparteiliche Diskussion einzuwirken und eine selbstständige Agitation unter den Massen zu betreiben.¹⁹

Seit 1915 nannte sich die Gruppe nach ihrer (zensurbedingt nur einmal erschienenen) Zeitschrift „Gruppe Internationale“.²⁰ In der Anfangszeit des Krieges waren die Grenzen zur größten Oppositionsströmung, dem linken Parteizentrum um Hugo Haase, Karl Kautsky und Georg Ledebour, noch fließend. Es gab eine ganze Reihe gemeinsamer Treffen beider Strömungen, an denen Meyer beteiligt war.²¹ Er gehörte zu den Autoren eines als „Protestschreiben vom 9. Juni“ bekannt gewordenen, strömungsübergreifenden Unterschriftenflugblattes, „die erste Aktion der Opposition, in der sie den Versuch machte, ihre Anhänger im ganzen Reichsgebiet zu mobilisieren“.²² 729 Unterschriften kamen für diesen an den Parteivorstand der SPD und den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gerichteten Aufruf zusammen.²³ Eine zentrale Rolle bei der Herausbildung einer internationalen sozialistischen Anti-Kriegsopposition spielten die Konferenzen von Zimmerwald (5.-8. September 1915) und Kienthal (24.-30. April 1916)²⁴, die zugleich einen wichtigen

18 Meyer war als dienstuntauglich ausgemustert worden (siehe BArch-SAPMO, NY 4131/12, Bl.195). Siehe auch Weber/Herbst, S. 502 und Interview [Hermann Weber] mit Rosa Meyer-Leviné, in: BArch Koblenz, N 1246/34, Bl. 41.

19 Siehe Meyer: Spartakus, Einleitung, S. 7.

20 Siehe Ernst Meyer: Vorwort zum ersten Band der Spartakusbriefe, in: Spartakusbriefe, Berlin (Ost) 1958, S. XXXIV-XLIII (künftig zit. als Meyer: Vorwort Spartakusbriefe), hier S. XXXIX.

21 Siehe Ernst Meyer: Zur Geschichte der KPD, in: Die Internationale 1926, H. 15, S. 674-680, hier S. 676. Ähnlich in: Ernst Meyer: Rosa Luxemburg: Entweder – oder, mit einer Einleitung von Ernst Meyer, in: Kommunistische Internationale, Jg.6 (1925), H 9, S. 944-958, hier S. 945.

22 Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Bonn 1974, S. 107f.

23 Aufruf und Unterschriften in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd.1 (Juli 1914-Oktober 1917), Berlin (Ost) 1958 (künftig zit. als DuM II/1), S. 173-185. Meyer unterschrieb ihn mit „Ernst Meyer (Berlin), Redaktion Vorwärts“. Meyer und Liebknecht schrieben später, es seien sogar ca. 1.000 Unterschriften zusammengekommen, siehe Ernst Meyer: Zur Geschichte der KPD, in: Die Internationale 1926, H 15, S. 674-680, hier S. 675; Karl Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg, Anhang 1: Betrachtungen und Erinnerungen aus „großer Zeit“, geschrieben von Karl Liebknecht im Untersuchungsgefängnis Moabit 1916; Anhang 2: Karl Radek: Karl Liebknecht zum Gedächtnis, Berlin 1919, S. 94f.

24 Zu den Konferenzen siehe Horst Lademacher (Hrsg.): Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, Bd.1: Protokolle, Bd. 2: Korrespondenz, The Hague und Paris, 1967; Jules Humbert-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien 1964; Angelica Balabanoff: Die Zimmerwalder Bewegung 1914-1919, Leipzig 1928.

Einfluss auf die Ausdifferenzierung der deutschen Opposition hatten. An beiden Konferenzen nahm Meyer zusammen mit Berta Thalheimer als Delegierter der Gruppe Internationale bzw. der Spartakusgruppe teil. Am 14. September 1915 – also kurz nach seiner Rückkehr aus Zimmerwald – wurde Ernst Meyer verhaftet und bis zum 5. Oktober 1915 in Untersuchungshaft gehalten.²⁵ Grund der Verhaftung war seine Beteiligung an der Verbreitung einer Reihe von Flugblättern. Verhaftung und Anklage belegen die wichtige Rolle, die Meyer mittlerweile im illegalen Apparat der Gruppe Internationale spielte und für die er die Verbreitung von Flugschriften wesentlich organisierte.

Gründung der Spartakusgruppe und Entlassung vom „Vorwärts“

Gegen Ende des Jahres 1915 wuchsen die Differenzen zwischen radikalen und gemäßigten Linken in der SPD. Dies geht u. a. aus dem Briefwechsel von Käte und Hermann Duncker hervor, der Meyers wichtige Rolle bei der Zusammenarbeit der beiden Flügel unterstreicht. Am 5.12.1915 schrieb Käte Duncker an ihren Mann: „Eben war E[rnst] M[eyer] bei mir und klagte mir wieder die Misere von Georg [Ledebour] und Joseph [Herzfeld]. Ich fürchte doch, dass wir mit ihnen brechen müssen. Sie sind die Hemmschuhe für jede, aber auch jede Tätigkeit [...]“²⁶ Und in einem weiteren Brief vom 8. und 9.12. heißt es: „Was Meyer mir mitteilte, ist nicht besonders erfreulich. Es wird schließlich darauf hinauskommen, dass wir ohne die Gruppe Georg [Ledebour] und Joseph [Herzfeld] und so weiter weiterarbeiten müssen, wollen wir nicht zur Ohnmacht verdammt werden.“²⁷

Der Kreis um Rosa Luxemburg lud daher zu einer ersten Reichskonferenz ein, die am 1. Januar 1916 zusammentrat.²⁸ An ihr nahmen Vertreter der Gruppe Internationale aus zahlreichen deutschen Städten sowie Abgesandte der Bremer und Hamburger Linksradikalen teil. Die gemäßigte Opposition wurde nicht eingeladen. Unter anderem wurde die Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes beschlossen. Unterzeichnet mit „Spartacus“, wurde es als „Spartakusbriefe“ bekannt. „Spartakus“ wurde auch bald zum gängigen Namen der Gruppe. Der Name geht auf einen Vorschlag Meyers zurück und wurde auf einer Sitzung der Spartakusgruppe Mitte Januar 1916 festgelegt. Meyer erinnerte sich: „Diese Sitzung

25 Abschrift der auf den 6. November 1916 datierten Anklageschrift gegen Ernst Meyer in: SAPMO-BArch, NY 4131/12, Bl.195-201. Siehe auch Autorenkollektiv unter Leitung von Wilibald Gutsche: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Januar 1915 bis Oktober 1917. 3 Bände, Berlin (Ost) 1968, Bd. 2, S. 307.

26 Zit. nach Heinz Deutschland (Hrsg.): „Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten“. Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915-17, Bonn 2005, S. 37.

27 Zit. nach ebenda, S. 38. Käte Duncker berichtet zu dieser Zeit immer wieder von Besuchen Meyers bei ihr, siehe ebenda, S. 37 und 42.

28 Zur Reichskonferenz siehe den Bericht des Teilnehmers Rudolf Lindau, in: DuM II 1, S. 283f. Siehe auch Heinz Wohlgenuth: Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Frankfurt(M) 1978, S. 122-131; Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, 2 Bde., Berlin (Ost) 1987, S. 385-389.

beschäftigte sich mit der Festlegung der politischen Richtlinien für unsere Arbeit und mit der Herausgabe eines neuen Informations-Materials. Dabei wurde auch die Frage nach einem Kriegsnamen zur Unterscheidung unserer Publikationen von denen der Ledebour-Gruppe aufgeworfen. Da ich mit der Zusammenstellung und technischen Verbreitung unseres Informationsmaterials beauftragt wurde, überließ man mir auch die Wahl des Kriegsnamens. Mir fiel der Name Spartakus ein, der Name des römischen Sklavenbefreiers. Nach kurzer Rücksprache mit Karl Liebknecht nannte ich unsere Korrespondenz >Spartakus<. Bei der nächsten Zusammenkunft der >Zentrale< gab es einigens Hallo: niemand war mit dem Namen zufrieden. Aber vergeblich bemühten wir uns dann, an der Stelle dieses Namens, der mit erstaunlicher Schnelligkeit populär wurde, die Bezeichnung >Gruppe Internationale< [...] einzuführen. Spartakus war sofort zum Symbol der revolutionären Elemente Deutschlands geworden, und das Wort >Spartakist< galt von nun an als Schreckenstitel für jeden Bourgeois und Sozialdemokraten und als Ehrenname für jeden Revolutionär.²⁹

Meyer gehörte auch zur Redaktionsgruppe, die die „Leitsätze“ der Gruppe ausarbeitete.³⁰ Die „Leitsätze“ trugen wesentlich zur Klärung der Fronten innerhalb der Gesamtopposition in der SPD bei. Für die Strömung um Kautsky waren sie mit ihrer antiimperialistischen Ausrichtung von vornherein unannehmbar, aber auch die weiter links stehenden Anhänger Ledebours stießen sich an ihrer strengen Verpflichtung auf die internationale Disziplin.³¹ „Die Fragen des Zentralismus, die bei der Erörterung der 21 Bedingungen der Kommunistischen Internationale später so eine große Rolle spielten, wurden schon im Februar 1916 zum Schnittpunkt einer wirklich revolutionären und einer kleinbürgerlich-pazifistischen Opposition“ (Meyer).³²

Unter dem Druck der Spartakusgruppe verweigerten 18 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete am 24. März 1916 die Zustimmung zu den Kriegskrediten. Sie wurden daraufhin aus der Fraktion ausgeschlossen und gründeten die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (SAG).³³ Am 31. März brachte der „Vorwärts“ das Gründungsmanifest der SAG auf seiner Titelseite, während die Erklärung der Fraktionsmehrheit erst im hinteren Teil der Zeitung erschien.³⁴ Es war eine eindeutige Parteinahme der Redaktion und ein klarer Affront gegenüber

29 Ernst Meyer: Spartakus, in: Die Revolution, Nr.2, Berlin, August 1924. Dort wird als Datum der Zentrale-Sitzung Februar 1916 angegeben. Meyer nannte das später einen Irrtum, tatsächlich sei das Treffen Mitte Januar gewesen, siehe Ernst Meyer: Die Entstehungsgeschichte der Junius-Thesen, in: Unter dem Banner des Marxismus, 1925, H. 2, S. 416-425, hier 425. Siehe zur Namensgabe auch Karl Retzlav: Spartacus Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt/M 1976, S. 39.

30 Siehe Meyer, Die Entstehungsgeschichte, S. 425; Meyer: Vorwort Spartakusbrieft, S. XXXIX. Zu den „Leitsätzen“ und der Debatte um sie siehe Annelies Laschitzka/Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M 1971, S. 366-379.

31 Siehe Frölich, Luxemburg, S. 284.

32 Meyer, Vorwort Spartakusbrieft, S. XL.

33 Siehe Wohlgenuth, KPD, S. 145. Zur Gründung der SAG siehe auch Miller, Burgfrieden, S. 125-133.

34 Siehe Miller, Burgfrieden, S. 143.

dem Parteivorstand, der daraufhin seine Anstrengungen intensivierte, das Zentralorgan wieder unter seine Kontrolle zu bekommen. Sein erster Schlag traf den radikalsten der „Vorwärts“-Redakteure, Ernst Meyer, dem am 15. April gekündigt wurde. Anlass für die Kündigung war seine Mitarbeit an dem von Rosa Luxemburg verfassten Flugblatt „Die Lehren des 24. März.“³⁵ Die Presskommission der SPD stellte sich aber hinter Meyer, und die Abstimmung über den Fall in der Kontrollkommission der SPD ergab ein Patt.³⁶ Der Geschäftsführer des „Vorwärts“ weigerte sich, Meyer den Lohn auszuzahlen, und forderte die Redaktion auf, keine Beiträge von ihm mehr anzunehmen, was die Redaktion entschieden ablehnte.³⁷ An die weitere Eskalation des Konfliktes erinnert sich Friedel Gräf, damalige Stenotypistin beim „Vorwärts“: „So sollte auch unser Genosse Dr. Ernst Meyer, ein enger Mitarbeiter von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, aus der Redaktion des >Vorwärts< verdrängt werden. Ernst Meyer ließ sich aber nicht einschüchtern und ging nach wie vor in sein Redaktionszimmer. Er sagte, der Parteivorstand habe kein Recht, ihn abzubufen, da er von der Pressekommission eingesetzt worden sei, und nur diese habe ein Recht, ihn von seinem Posten zu entfernen. Daraufhin ließ der Parteivorstand das Arbeitszimmer von Ernst Meyer verschließen, aber Ernst Meyer holte einen Schlosser und ließ die Tür öffnen. Am nächsten Tag aber hatte der Parteivorstand dafür gesorgt, dass Ernst Meyer nicht mehr in sein Büro konnte. Ein Polizist stand davor.“³⁸ Meyers Gehalt wurde bis auf weiteres von der Berliner SPD, die die Entlassung ablehnte, ausgezahlt. Der Fall wurde bis in bürgerliche Medien hinein breit diskutiert und machte Meyer zu einer reichsweit bekannten Persönlichkeit der radikalen Linken.

Die Verhaftung von Liebknecht und anderen im Frühsommer 1916 machte den Aufbau einer neuen Führung der Spartakusgruppe notwendig, in der Meyer eine immer wichtigere Rolle spielte. Rosa Luxemburgs Sekretärin Mathilde Jacob erinnerte sich: „Nach der Verhaftung Karl Liebknechts am 1. Mai 1916 hatte der von ihm zur illegalen Arbeit herangezogene Vorwärtsredakteur Dr. Ernst Meyer die Leitung des Spartakusbundes übernommen.“³⁹ Auf einem Treffen linksradikaler Gruppen am 4. Juni 1916 in Berlin wurde Meyer zusammen mit Mehring, Käthe Duncker und anderen in einen fünfköpfigen Aktionsausschuss der Spartakusgruppe gewählt. Wohlgemuth schreibt darüber, es müsse im Sommer 1916 „eine straffe konspirative Leitung“ der Gruppe gegeben haben. „Sie hat wahrscheinlich

35 Siehe Spartakusbrief vom 22.4.16, in Meyer: Spartakusbriefe, S. 154.

36 Siehe Herm[ann] Müller an die Presskommission des „Vorwärts“, Berlin, 19.4.16, in: BArch-SAPMO, NY 4131/17, Bl.43. Zur Kontrollkommission siehe Erklärung des Vorsitzenden der Kontrollkommission, Bock, in: SAPMO-BArch, RY 20/II 145/38, Bl.40. Siehe auch die Erklärung Rosa Luxemburgs als Beauftragte der Berliner Presskommission, in: Ebenda, Bl.39.

37 Siehe Brief Fischer an die Redaktion des Vorwärts, Berlin, o.D., und die Antwort der Redaktion vom 12.05.16, in: SAPMO-BArch, RY 20/II 145/38, Bl.44. Siehe auch Vossische Zeitung, Nr.245, 18.05.16. Dort werden Auszüge des Briefwechsels dokumentiert.

38 SAPMO-BArch, SgY30/0297 (Friedel Gräf), Bl.34.

39 Mathilde Jacob: Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914-1919. Hrsg. und eingeleitet von Sibylle Quack und Rüdiger Zimmermann, in: IWK, Jg. 24 (1988), H. 4, S. 435-515, hier S. 447.

bei Ernst Meyer und nach dessen Verhaftung bei Käte Duncker gelegen.“⁴⁰ Die neue Führung wurde rasch zerschlagen: Am 3. August wurde Ernst Meyer und kurz darauf Franz Mehring verhaftet, Käte Duncker erhielt ein Redeverbot.

Erneuter Gefängnisaufenthalt, USPD-Gründung und politische Enttäuschung

Nach seiner Verhaftung am 3. August 1916 musste Meyer diesmal fünf Monate, bis zum 30. Dezember, in Schutzhaft verbringen, erst in der Stadtvogtei am Berliner Alexanderplatz, dann ab dem 13. September in der Krankenstation des Untersuchungsgefängnisses Alt-Moabit. Meyers Verhaftung war Teil einer Verhaftungswelle, die die Führung der Spartakusgruppe und betriebliche Aktivisten traf. Der August-Brief 1916 der Gruppe Spartakus bemerkte dazu sarkastisch: „Auch in Deutschland kommen wir allmählich in Zeiten, wo der geziemendste Ort für anständige Leute hinter Gefängnisgittern ist.“⁴¹

Sofort nach seiner Haftentlassung stürzte sich Meyer erneut in die illegale Arbeit der Spartakusgruppe. Dabei arbeitete er eng mit Leo Jogiches zusammen, der nach Meyers Verhaftung die Leitung des illegalen Apparates der Gruppe übernommen hatte.⁴²

Bereits wenige Tage nach seiner Entlassung nahm Meyer an einer vom Vorstand der SAG einberufenen gemeinsamen Konferenz von SAG und Spartakusgruppe am 7. Januar 1917 im Reichstagsgebäude in Berlin teil.⁴³ Er trat hier als Wortführer der Spartakusgruppe auf. Mit ihrer Beteiligung verfolgte die Gruppe das Ziel, die der SAG folgenden Arbeiter aufzuklären und politisch zu gewinnen sowie die Fronten innerhalb der Opposition weiter zu klären.⁴⁴ Als es zur Abstimmung kam, entfielen auf die von Lipinski (SAG) vorgelegte Resolution 111 Stimmen, auf die von Meyer vorgelegte 34 Stimmen.⁴⁵ In seinem Schlusswort sagte Meyer: „Ich bin der Überzeugung, dass, ganz gleich, was Sie heute beschließen, Sie in einigen Monaten alle dem zustimmen werden, was wir heute vorgeschlagen haben.“⁴⁶ Meyer sollte recht behalten: Wie von ihm vorausgesagt, brauchte der Parteivorstand keinen Beschluss der Oppositionellen über eine Beitragssperre

40 Wohlgemuth: KPD, S. 159.

41 Politische Briefe Nr.22, 12.08.16, in: Meyer: Spartakusbriefe, S. 192-205, Zitat S. 194.

42 Siehe Käte Duncker an Hermann Duncker, 11.2.17, in: Deutschland, „Ich kann nicht ...“, S. 112.

43 Zu dieser Konferenz siehe Miller, Burgfrieden, S. 149-152; Wohlgemuth, KPD, S. 166-168; Bericht über die Konferenz in: Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7.1.1917 in Berlin, Berlin 1921, S. 84-121 (Der Bericht künftig zitiert als Protokoll Gründungsparteitag USPD, Anhang). Siehe auch Ernst Meyer: Zur Geschichte der KPD, in: Die Kommunistische Internationale, Jg. 7, H. 15(24), 28.12.1926, S. 674-680, beS. S. 678.

44 Siehe Wohlgemuth, KPD, S. 167.

45 Protokoll Gründungsparteitag USPD, Anhang, S. 118. Eine weitere von Borchardt eingebrachte Resolution erhielt 7 Stimmen.

46 Protokoll Gründungsparteitag USPD, Anhang, S. 114.

oder den Aufbau eigener Strukturen (wie es Meyer gefordert hatte), um diese aus der Partei zu drängen. Die angeblich nur taktische Zurückhaltung der SAG war umsonst gewesen. Das Abhalten der Konferenz selber genügte dem Parteiaussschuss der SPD, um am 18.01.1917 den Ausschluss der Opposition aus der Partei zu beschließen. Susanne Miller schreibt, den Einladern der Konferenz sei die Gefahr einer solchen Konsequenz klar gewesen; unter dem von der Spartakusgruppe ausgehenden massiven Druck von links meinte man aber, nicht anders handeln zu können.⁴⁷ Von den Ereignissen getrieben, musste der SAG auch die Gründung einer eigenen Partei durch den Parteivorstand erst aufgezwungen werden. Diese wurde auf einem Parteitag vom 6.-8. April 1917 in Gotha unter dem Namen „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD) gegründet, und die Spartakusgruppe schloss sich ihr – wenn auch unter Vorbehalten – an.⁴⁸ Bei den Wahlen zum Zentralkomitee erlitt die Spartakusgruppe allerdings eine Niederlage: Ihr Kandidat Ernst Meyer fiel mit 60 Stimmen durch.⁴⁹

Meyer scheint sich dann 1917 – bedingt durch Arbeitssuche und kurzzeitiger Anstellung in Nürnberg, verstärktes Auftreten seiner Lungentuberkulose, vor allem aber in Folge tiefer politischer Enttäuschung – für mehrere Monate aus der Spartakusführung zurückgezogen zu haben. Mathilde Jacob erinnerte sich: „Meyer war lungenleidend, seine körperlichen Kräfte waren den Strapazen des illegalen Arbeitens auf die Dauer nicht gewachsen, und, verzweifelt über die Haltung des deutschen Proletariats, hatte er sich von der illegalen Arbeit zurückgezogen. Nach Leo Jogiches' Verhaftung stellte er sich zur Verfügung und übernahm wieder die Herausgabe der >Spartakus-Briefe<.“⁵⁰

Die von Mathilde Jacob erwähnte Verzweiflung Meyers über die Haltung des deutschen Proletariats und seine politische Enttäuschung gehen aus einem Brief an seinen Freund Rudolf Franz vom 23. Juni 1917 deutlich hervor: „Politisch ist alles tot. Die USP ist nichts als Neuauflage der alten Partei und die Gruppe >Int[ernationale]< zu ohnmächtiger Opposition verurteilt. Auch als selbstständige Partei, wie die Bremer sie wollen, wäre die >Int[ernationale]< genauso hoffnungslos isoliert und winzig wie die Bremer Gruppe. Die Verblödung der Arbeiterklasse ist viel, viel schlimmer als wir je gedacht. [...] Honolulu? Ich wäre da-

47 Siehe Miller, Burgfrieden, S. 152.

48 Zum Gründungsparteitag der USPD siehe Miller, Burgfrieden, S. 158-166; Wohlgenuth, KPD, S. 175-177; Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitages der USPD vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha. Mit Anhang: Bericht über die gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7.1.1917 in Berlin, Berlin 1921. Künftig zit. als Protokoll Gründungsparteitag USPD.

49 Siehe Protokoll Gründungsparteitag USPD, S. 71. Ob Meyer selbst in Gotha war, ist unklar. Das Protokoll enthält keine namentliche Anwesenheitsliste und verzeichnet keinen Redebeitrag von ihm.

50 Jacob, Luxemburg, S. 486. Diesen Angaben folgend schreibt Ottokar Luban, dass sich Meyer nach seiner Haftentlassung nur wenige Monate an der politischen Arbeit beteiligte, sich dann aus beruflichen und gesundheitlichen Gründen, aber auch aufgrund politischer Enttäuschung zurückzog und sich erst nach Jogiches' Verhaftung in stärkerem Umfang – als Leiter der Spartakusaktivitäten – wieder beteiligte, siehe Ottokar Luban: Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen Mathilde Jacob und Leo Jogiches (1915-1918), in: IWK 1995, H. 3, S. 307-333, hier S. 321.

bei, aber können Sie garantieren, dass ich dort keine Mehrheit und Minderheit treffe?“⁵¹ Offensichtlich war Meyer der politischen Arbeit und wohl auch seiner Genossen (der „Minderheit“) überdrüssig. Der Führungskreis der Spartakusgruppe war von Anfang an immer auch ein politisch-sozialer Freundeskreis. Politische und persönliche Entfremdung waren daher eng miteinander verbunden und gingen ineinander über. Aus der Zeit der politischen Enttäuschung Meyers finden sich weitere Dokumente, die seine zeitweise persönliche Entfremdung von politischen Freunden belegen. Sein ebenfalls aus Königsberg stammender Freund Fritz Ausländer schrieb ihm: „Du hast ganz recht, wenn du bemerkst, dass man mit dem Berliner Kreis [Spartakusführung] doch fast nur äußerliches gemeinsam hatte. (Von Mehring hielt und halte ich allerdings sehr viel, der ist Fundament, trotz alledem).“⁵² In einem Brief vom 19. Juli schrieb Meyer, an Rudolf Franz: „Wie viel Illusionen über die gegenwärtige Leistung der Arbeiterschaft stecken noch darin. Ich bin völlig resigniert und zweifle, dass überhaupt noch etwas aus diesem verlotterten Geschlechte wird.“⁵³ Neben Meyer scheint auch Leo Jogiches im Sommer 1917 vorübergehend in eine tiefe Resignation verfallen zu sein.⁵⁴

Leiter der Spartakusgruppe 1918

Die von der Oktoberrevolution in Russland 1917 ausgehenden Wellen der Hoffnung erreichten auch Meyer und veranlassten ihn, wieder politisch aktiv zu werden. Im Frühjahr 1918 wurde die Spartakusgruppe erneut hart von der polizeilichen Repression getroffen. In ihrem Zuge wurde am 24. März Leo Jogiches verhaftet. In der Folge lag die Leitung der Spartakusgruppe und die Herausgabe ihrer illegalen Materialien bis zur Haftentlassung von Liebknecht und anderen kurz vor Ausbruch des Novemberrevolution wieder in den Händen Meyers.⁵⁵

Wilhelm Pieck, mit dem Meyer damals eng zusammenarbeitete, erinnerte sich an diese Zeit: „Da fast alle führenden Genossen der Spartakusbewegung in den Kerkern saßen, [...] oblag dem Genossen Ernst Meyer die Führung der gesamten Spartakuspropaganda, die im letzten Kriegsjahre in stärkster Weise auf die Organisation revolutionärer Kämpfe und der Beendigung des Krieges durch den Bürgerkrieg eingestellt war.“⁵⁶ Meyer selbst schrieb später: „Die Herausgeber arbeiteten vollständig illegal, wurden Stunde für Stunde bespitzelt und mussten sich jede

51 Ernst Meyer an [Rudolf] Franz, Berlin-Steglitz, 23.6.17, in SAPMO-BArch, NY 4020/15, Bl.10.

52 Fritz Ausländer an Ernst Meyer, Königsberg, 1.6.17, in SAPMO-BArch, NY 4131/17.

53 Brief Ernst Meyer an [Rudolf Franz], Berlin-Steglitz, 19.07.17, in SAPMO-BArch, NY 4020/15, Bl.12.

54 Siehe Ottokar Luban: Die „innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen“. Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-Zentrale, in: IWK, 1993, H. 4, S. 421-470, hier S. 437.

55 Siehe Weber/Herbst, S. 502; IML, Lexikon, S. 328. Luban: Notwendigkeit, S. 436, schränkt hingegen ein: „Meyer, der ab April 1918 in der Spartakusgruppe die Leitungsaufgaben – zumindest zum Teil – übernommen hatte [...]“, um aber an anderer Stelle im selben Text über Meyer zu schreiben: „[...] in den letzten Kriegsmontaten, als er die Spartakusgruppe leitete...“ (ebenda S. 459).

56 Wilhelm Pieck.: Ernst Meyer, in: Inprekorr Nr.13, März 1930, S. 323.

Minute auf eine Verhaftung gefasst machen. [...] Zuweilen war Leo Jogiches Verfasser, Herausgeber und Bote in einer Person. Nach seiner Verhaftung im Frühjahr 1918 übernahm wiederum ich die Zusammenstellung, Herausgabe und Verbreitung [...]. Die Verbreitung geschah durch Hunderte von Freiwilligen, die mit beispiellosem Opfermut und freudiger Hingabe die Briefe in Tausenden von Exemplaren in die Betriebe, in die Arbeiterorganisationen und sogar in die Schützengräben brachten. Besonders viel leisteten dabei die Jugendlichen und die Frauen. Es wurde so kräftig zugepackt, dass die von uns vorgesehenen Auflagen häufig nicht ausreichten [...]. Auf Herstellung und Verbreitung standen hohe Strafen. Zuletzt verhängten die Gerichte Zuchthausstrafen.⁵⁷

Bis es Meyer gelang, eine neue illegale Struktur zu schaffen, konnten eine Zeit lang kaum Flugblätter und Zeitungen herausgebracht werden, was die illegale Arbeit schwer hemmte.⁵⁸ So konnte Meyer erst im Juni 1918 nach viermonatiger Unterbrechung wieder einen Spartakusbrief in einer Auflage von ca. 6.000 Exemplaren herausbringen,⁵⁹ und erst ab Juli 1918 verbreitete die Gruppe wieder regelmäßig Flugblätter.⁶⁰ Trotz aller Rückschläge und der Illegalität war die Flugblattagitatorik der Spartakusgruppe „die bei weitem umfangreichste der Linken“.⁶¹ Die Aushebung einer Berliner Spartakus-Druckerei im Juni 1918, die Zerschlagung der Struktur für den Spartakusflugschriftenversand am 15. August 1918 und eine damit einhergehende weitere Verhaftungswelle trafen die Gruppe erneut hart.⁶² Zudem sah sie sich auch innerhalb der radikalen Linken zunehmend isoliert: Die Revolutionären Obleute, die wichtigste radikale Struktur in der Berliner Industriearbeiterschaft, brachen im Sommer 1918 alle Kontakte zur Gruppe ab, da sie aufgrund der permanenten polizeilichen Überwachung ihrer Aktivisten und des Einsatzes von Spitzeln in der Spartakusgruppe eine Gefahr für ihre Organisation witterten.⁶³ Auch auf diese Art führte die polizeiliche Repression zu einer massiven Einschränkung der politischen Handlungsmöglichkeiten der Spartakisten.

Am 5. September 1918 schickte Meyer einen Brief an Lenin, um ihm nach dem Attentat (am 30.8.1918) baldige Genesung zu wünschen. Aus diesem Brief geht ein weiteres Mal die schwierige Situation der Gruppe im Sommer 1918 hervor,

57 Ernst Meyer: Spartakus, in: Die Revolution, Nr.2, August 1924. Siehe auch Ernst Meyer: Rosa Luxemburg und die Bolschewiki, in: Die Rote Fahne, 15.1.22, Beilage: „Genossin Luxemburg sandte aus ihrer Schutzhaft regelmäßig Beiträge für die Zeitschrift „Spartakus“, deren Inhalt anfänglich von mir, seit meiner Verhaftung vom Genossen Leo Jogiches und nach seiner Verhaftung im Frühjahr 1918 wiederum von mir zusammengestellt wurde.“

58 Siehe Wohlgenuth: KPD, S. 204 und 207.

59 Ab August erschienen die Spartakusbriefe bis zum Ausbruch der Novemberrevolution wieder monatlich, siehe Meyer: Spartakusbriefe. Zur Auflage siehe Luban, Luxemburg, S. 19.

60 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom IML, Reihe II, Bd. 2 (November 1917-Dezember 1918), Berlin (Ost) 1957 [künftig zit. als DuM II/2], Dok. 66, 67, 68, 72, 74, 79.

61 Ottokar Luban: Rosa Luxemburg, Spartakus und die Massen. Vier Beispiele zur Taktik der Spartakusgruppe bzw. des Spartakusbundes, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1997, H. 5, S. 11–27, hier S. 17.

62 Siehe Luban, Ermittlungen, S. 328.

63 Siehe Hoffrogge, Müller, S. 56; sowie dessen Beitrag im vorliegenden Band; Luban, Massenstreiks, S. 24.

aber auch ein allmählich wieder zunehmender Optimismus: „Sie werden ebenso ungeduldig wie wir selbst auf die Zeichen revolutionärer Bewegungen in Deutschland gewartet haben und noch warten. Erfreulicherweise sind alle meine Freunde wesentlich optimistischer geworden. Leider können wir von größeren Aktionen in der Gegenwart und in der nächsten Zeit nicht berichten. Aber noch für den Winter ist mehr geplant, und die gesamten Verhältnisse in Deutschland stützen unsere Arbeit. [...] Die Vorgänge in Russland haben ein lehrreiches, für niemanden übersehbares Beispiel aufgerichtet. Da die Mehrzahl meiner Freunde noch immer im Zuchthaus oder in Schutzhaft sitzt und Genosse Mehring zur Erholung im Harz weilt, unterzeichne ich diesen Brief allein mit nochmaligen herzlichen Wünschen für ihre baldige Wiederherstellung.“⁶⁴ Dem Schreiben Meyers ist nicht zu entnehmen, dass er damit rechnete, in Deutschland könne binnen zwei Monaten die Revolution ausbrechen. In der Spartakusführung stand Meyer mit seiner Skepsis gegenüber den Aussichten auf eine baldige Revolution keineswegs alleine: Leo Jogiches und Clara Zetkin waren ebenso skeptisch, und Hermann Duncker rechnete im Sommer 1918 mit dem Ausbruch einer Revolution in Deutschland in ca. 2 Jahren.⁶⁵

Meyer in der Novemberrevolution

Mit der Haftentlassung Liebknechts, der Rückkehr Piecks im Oktober 1918 und der Entlassung Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis rückte Meyer – der zuvor monatelang die zentrale Persönlichkeit im illegalen Apparat der Spartakusgruppe gewesen war – wieder stärker in den Hintergrund, übernahm aber sowohl in der Zeit unmittelbar vor Ausbruch der Revolution als auch während und nach der Revolution weiterhin wichtige Leitungsaufgaben. In die unmittelbare Vorbereitung der Revolution war Meyer intensiv involviert.

Bereits am 26. Oktober 1918 war er – zusammen mit Liebknecht und Pieck – in den Vollzugsausschuss der Berliner Revolutionären Obleute eingetreten.⁶⁶ In diesem kamen Vertreter der Spartakusgruppe und der USPD mit den Führern der Revolutionären Obleute zusammen.⁶⁷ In den Wochen vor dem 9. November war der Vollzugsausschuss das zentrale Gremium zur Vorbereitung der Revolution.

64 Meyer an Lenin, 4.9.18, in: DuM II/2, S. 195.

65 Siehe Ottokar Luban/Felix Tych: Die Spartakusführung zur Politik der Bolschewiki. Ein Kassiber Leo Jogiches' aus dem Gefängnis an Sophie Liebknecht vom 7. September 1918, in: IWK, Jg. 33 (1997), H. 1, S. 92-102, S. 97. Zu Zetkin siehe Luban, Notwendigkeit, S. 442.

66 Siehe Wilhelm Pieck: Erinnerungen an die Novemberrevolution in Berlin. Nach Tagebuchaufzeichnungen 1920, in: Ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd.1: August 1904 bis Januar 1919, Berlin (Ost) 1959, S. 412-482., S. 414. Der Spartakist Otto Franke war bereits zuvor Mitglied in diesem Gremium gewesen. Unmittelbar vor dem 9.11.18 wurden außerdem Jacob Walcher, Paul Lange und evtl. noch weitere Spartakusmitglieder hinzugezogen, siehe Ottokar Luban: Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg. (Juni 1917; 5.11.1918), in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. IX (1971), S. 225-240, hier S. 239, Anm.65.

67 Die Obleute hatten aus Vertretern der Betriebe außerdem einen „Arbeiterrat“ gebildet, der wiederum mit dem Vollzugsausschuss eine Vollversammlung beider Gremien bildete. Siehe Luban, Schreiben, S. 239, Anm. 66, sowie Hoffrogge, Müller, und im vorliegenden Band.

Die Zusammenarbeit mit den Obleuten war für die Spartakusgruppe von höchster Priorität, gerade auch in Anbetracht ihrer eigenen Schwäche. Noch am 5. November schrieb Paul Levi an Rosa Luxemburg, dass „uns ja augenblicklich jeder Mechanismus fehlt, der selbstständig Massen in Bewegung setzen könnte“.⁶⁸ Eben einen solchen Mechanismus boten die in den Betrieben stark verankerten Obleute, die während des Krieges zwei Massenstreiks in Berlin durchgeführt hatten. Sie waren für die Spartakisten der notwendige Hebel, um eine revolutionäre Entwicklung in der Hauptstadt in Gang setzen zu können. Außerdem lag der Eintritt der Spartakisten in dieses Gremium auf der Linie ihres auf der Oktoberkonferenz der Gruppe gefällten Beschlusses, „die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sofort in allen Orten in Angriff zu nehmen, soweit solche Räte bisher nicht in Funktion getreten sind“.⁶⁹ Die in Berlin einem Arbeiterrat am nächsten kommende Struktur bildeten die Revolutionären Obleute.

Die bereits in der Vergangenheit konfliktträchtige Beziehung zwischen Spartakisten und Obleuten blieb allerdings gespannt. Richard Müller, einer ihrer Führer, erinnerte sich: „Nach der Meinung Liebknechts und der anderen Spartakusleute mußte die Arbeiterschaft ständig in Aktionen, ständig in Kampfhandlungen gehalten werden. Demonstrationen, Streiks, Zusammenstöße mit der Polizei, sollten den revolutionären Elan der Masse anfachen und bis zur Revolution steigern. [...] Die Erfahrungen der russischen Revolution wurden zur Begründung herangezogen.“⁷⁰ Den Obleuten erschien diese Taktik gefährlich und voluntaristisch. Sie wollten den richtigen Augenblick abwarten und keinesfalls zu früh losschlagen. Außerdem hielten sie die bisherige Bewaffnung der Arbeiter für unzureichend.⁷¹ Am Vormittag des 2. November legten Obleute und Spartakisten in einer Neuköllner Wirtschaft schließlich den Aufstandsplan für Berlin fest: Von den Großbetrieben am Stadtrand aus sollten bewaffnete Demonstrationzüge zu den Kasernen ziehen und von dort aus – gemeinsam mit überlaufenden Soldaten und mit weiteren Waffen ausgestattet – die Machtzentren in der Innenstadt besetzen. Als Datum des Aufstandes wurde der 4. November festgelegt.⁷²

Bei einer Aussprache, die Liebknecht, Pieck und Meyer mit anderen Genossen anschließend hatten, wurde der Plan, mit einem Aufstand zu beginnen, kritisiert. Stattdessen sollte am Anfang ein Generalstreik stehen, der dann bis zum Aufstand gesteigert werden sollte.⁷³

Noch am Abend des 2. November kam der Vollzugsausschuss zu einem weiteren Treffen zusammen. Liebknecht, Meyer und Pieck kämpften für ein Festhalten an dem vormittags gefällten Beschluss, den Beginn der Aktionen auf den 4. No-

68 Zit. nach Ottokar Luban: Siehe im vorliegenden Band.

69 Meyer, Spartakusbriefe, S. 470.

70 Zit. nach Hoffrogge, siehe im vorliegenden Band.

71 Siehe Pieck, Erinnerungen, S. 414f; siehe auch Hoffrogge.

72 Siehe ebenda.

73 Siehe Pieck, Erinnerungen, S. 417. Laut Heinz Voßke/Gerhard Nitzsche: Wilhelm Pieck. Biographischer Abriss, Frankfurt/M 1975, S. 84, fand diese Aussprache mit „russischen Genossen“ statt.

vember zu legen. Einigen der Obleute aus den kleineren Betrieben (sie vertraten 48.000 Kollegen) waren aber Bedenken über die tatsächliche Revolutionsbereitschaft der Massen gekommen. Nach endlosen Debatten wurde morgens um 3 Uhr mit knapper Mehrheit (22:19) der geplante Aufstandstermin auf den 11. November verschoben und ein von Ledebour verfasster Revolutionsaufruf verworfen.⁷⁴

Während in Berlin die beiden wichtigsten Formationen der revolutionären Linken – Spartakusgruppe und Revolutionäre Obleute – noch um den Revolutionstermin rangen, brach unabhängig von ihnen die Revolution in anderen Teilen des Reiches aus. Nur in Berlin blieb es zunächst merkwürdig ruhig, die alten Autoritäten fühlten sich sogar stark genug, noch am 7. November eine Versammlung zur Feier des Jahrestages Revolution in Russland zu sprengen. Starke Militärpräsenz prägte das Berliner Straßenbild am folgenden Tag.⁷⁵

Hinter den Kulissen drängten die Spartakus-Vertreter in den jetzt fast täglich stattfindenden Geheimsitzungen mit den Revolutionären Obleuten diese zu verzweifeln, den Aufstandstermin vorzuverlegen. Liebknecht notierte: „Allen Forderungen auf Beschleunigung der Aktion wird seit dem 3. November von Däumig, Barth, Müller usw. stereotyp entgegnet: Jetzt sei alles auf den 11. November vorbereitet, es sei technisch unmöglich, die Revolution früher zu machen! Alle Proteste L.[iebknecht]s gegen diese grob-mechanische Auffassung prallten ab, bis die objektiven Verhältnisse die superklugen Revolutionsfabrikanten überrannten.“⁷⁶

Erst als sich die Revolution bereits im ganzen Reich ausgebreitet hatte, gaben die Obleute dem Drängen der Spartakisten nach. In eine gemeinsame Sitzung des Vollzugausschusses der Obleute mit dem USPD-Vorstand im Fraktionszimmer der USPD im Reichstag, an der Meyer, nicht aber Liebknecht teilnahm, platzte am 8. November die Nachricht, Däumig, einer der Führer der Obleute, der die Aufstandspläne bei sich trug, sei verhaftet worden. Mit einer umfassenden Verhaftungswelle war zu rechnen. Nun musste augenblicklich gehandelt werden. Einstimmig wurde beschlossen, die Berliner Arbeiterschaft für den Morgen des 9. November zum Losschlagen aufzufordern.⁷⁷ Vom Vollzugsrat erschien ein kurzer Aufruf, der „die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen“ forderte, ohne allerdings die nächsten Schritte auf dem Weg dorthin oder die Ausgestaltung dieser Republik näher zu benennen.⁷⁸

Noch am gleichen Tag erschien ein von Liebknecht und Meyer unterzeichneter Aufruf: „Arbeiter und Soldaten! Nun ist eure Stunde gekommen. Nun seid ihr

74 Siehe Pieck, *Erinnerungen*, S. 417-419; Der Ledebour-Prozess. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni 1919, aufgrund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour, Berlin 1919, S. 28-30 (künftig zitiert als: *Der Ledebour-Prozess*).

75 Siehe Chris Harman: *Die verlorene Revolution. Deutschland 1918-1923*, Frankfurt(M) 1998, S. 55.

76 Zit. nach Hoffrogge, Müller.

77 Siehe *Der Ledebour-Prozess*, S. 30. Dort wird auch die Teilnahme Meyers an dem Treffen erwähnt.

78 Siehe Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna: *Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress*, Berlin 1993, Dok. 3, S. 5f.

nach langem Dulden und stillen Tagen zur Tat geschritten. Es ist nicht zuviel gesagt: In diesen Stunden blickt die Welt auf euch und haltet ihr das Schicksal der Welt in euren Händen. [...] Jetzt, da die Stunde des Handelns gekommen ist, darf es kein Zurück mehr geben. Die gleichen >Sozialisten<, die vier Jahre lang der Regierung Zuhälterdienste geleistet haben [...], setzen jetzt alles daran, um euren Kampf zu schwächen, um die Bewegung abzuwiegeln. [...] Von der Zähigkeit und dem Erfolg eures Kampfes [...] hängt der Erfolg des Proletariats der ganzen Welt ab. Soldaten! Handelt wie eure Kameraden von der Flotte, vereinigt euch mit euren Brüdern im Arbeitskittel. Lasst euch nicht gegen eure Brüder gebrauchen, folgt nicht den Befehlen der Offiziere, schießt nicht auf die Freiheitskämpfer.“ Der Aufruf stellte 6 Forderungen auf:

„1. Befreiung aller zivilen und militärischen Gefangenen. 2. Aufhebung aller Einzelstaaten und Beseitigung aller Dynastien. 3. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten [...]. 4. Sofortige Aufnahme der Beziehungen zu den übrigen deutschen Arbeiter- und Soldatenräten. 5. Übernahme der Regierung durch die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte. 6. Sofortige Verbindung mit dem internationalen Proletariat, insbesondere mit der russischen Arbeiterrepublik.“ Er schloss mit den Worten: „Hoch die sozialistische Republik! Es lebe die Internationale!“⁷⁹ Anders als im Aufruf des Vollzugsrates werden hier konkrete Forderungen genannt. Besonders wichtig waren dabei die, die eine auf Arbeiter- und Soldatenräte gestützte Regierung forderten. Zugleich warnte der Aufruf eindeutig vor den Bestrebungen der SPD. Der Aufruf trug nur zwei Unterschriften: die Liebknechts und die Meyers. Dies unterstreicht, wie bekannt der ehemalige Vorwärts-Redakteur Meyer zumindest in der Berliner Arbeiterschaft mittlerweile war. Wahrscheinlich ist der Aufruf nur von Meyer verfasst und von ihm in seinem und Liebknechts Namen unterschrieben worden, was Liebknecht nachträglich billigte.⁸⁰

Am 9. November war Ernst Meyer unermüdet im Einsatz und an den verschiedensten Schauplätzen der Revolution in Berlin präsent. Bereits am frühen Morgen des 9. November nahm er in der Mühlenstraße in Schöneberg an einer Besprechung des Vollzugsausschusses teil. Von dort aus eilten Liebknecht, Meyer und Hermann Duncker in die Innenstadt und sprachen von Autodächern aus zu den Massen.⁸¹

Gemeinsam mit Paul Levi und Käte Duncker beteiligte sich Meyer gegen 13 Uhr an der Befreiung von inhaftierten politischen Gefangenen, unter ihnen Leo Jogiches, aus dem Gefängnis Berlin-Moabit durch bewaffnete Arbeiter und Soldaten.⁸² Anschließend eröffnete er die nach der Ausweisung des russischen Bot-

79 DuM II/2, S. 324f. In der Dokumentation „Spartakus im Kriege“ wird das Flugblatt bereits auf den 7. November datiert, (siehe Meyer, Spartakus, Dok. 57).

80 Siehe KPD (Hrsg.): Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929 (Reprint Frankfurt/M 1971), S. 204.

81 Siehe Annemarie Lange: Das Wilhelminische Berlin, S. 798.

82 Siehe SAPMO-BArch, SgY30/0169 (Käte Duncker), Bl.31; siehe auch IML (Hrsg.): Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/19, Berlin 1978, S. 143.

schafters am 5. November geschlossene sowjetische Telegrafagentur ROSTA neu. Über diesen Vorgang schrieb er später: „Am 9. November ging ich nachmittags, ehe ich die Redaktion der >Roten Fahne< [...] übernahm, in das Polizeibüro in der Wilhelmstrasse, wo die Schlüssel zur Rosta aufbewahrt wurden. Ich entfernte die noch vorhandenen Polizeisiegel an den Türen der Rosta und begann sofort wieder die Übermittlung von Nachrichten an die Presse. Eines der ersten Dokumente war der deutsch-japanische Geheimvertrag, den mir Joffe am Tage vor seiner Ausweisung zwecks Publikation übergeben hatte.“⁸³ Währenddessen wurde unter der Leitung Hermann Duncckers der „Berliner Lokal-Anzeiger“, ein zum Hugenberg-Konzern gehörendes, politisch weit rechts stehendes Blatt, von einem Trupp revolutionärer Arbeiter und Soldaten besetzt. Duncker erinnerte sich: „Ich hatte von der Druckerei aus sofort mir telefonisch erreichbare Freunde aus der Spartakusleitung herbeigerufen. Dr. Ernst Meyer kam als erster und übernahm die Redaktion.“⁸⁴

Erstmals seit seiner Entlassung aus der Vorwärts-Redaktion konnte Meyer nun wieder legal in seinem Beruf als Redakteur arbeiten. Die neue Zeitung erschien am Sonntag, dem 10. November, in einer Auflage von 15.000 Stück und wurde an alle Abonnenten des „Lokalanzeigers“, darunter verschiedene Frontgarnisonen, verschickt.⁸⁵ Sie machte auf mit einem Aufruf des Vollzugsrates zur Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten, die sich am kommenden Tag im Zirkus Busch zur Wahl einer provisorischen Regierung versammeln sollten. Weiterhin brachte die Zeitung auf der Titelseite die Notiz, das der bisherige Lokal-Anzeiger „von uns erst in später Abendstunde übernommen wurde“ und daher die Zeitung eine Reihe bereits gesetzter Artikel enthalte, die nicht die Meinung der neuen Redaktion wiedergeben. Neben verschiedenen Meldungen findet sich auch ein redaktioneller Beitrag auf der Titelseite, der die Ausrichtung der Spartakusgruppe unterstrich: „Diese Revolution muss nicht nur hinwegschwemmen alle Reste und Ruinen des Feudalismus, sie muss nicht nur brechen alle Zwingburgen des Junkertums, [...] ihre Losung heißt nicht nur Republik, sondern sozialistische Republik! [...] Aus den Trümmern und dem Schutt des Weltkrieges muss das revolutionäre, siegreiche Proletariat die neue Wirtschaft errichten. Dazu bedarf es der politischen Macht und der wirtschaftlichen Kräfte. [...] Arbeiter und Soldaten! Organisiert euch, befestigt eure Macht! Behaltet eure Waffen!“ Immer wieder warnte die Zeitung ihre Leser, sich nicht vorschnell des Sieges zu freuen, und rief sie auf, wachsam und misstrauisch zu sein: „Arbeiter, Soldaten, bleibt auf der Hut!“⁸⁶ Weitere Artikel zählten die nächsten notwendigen Schritte zur Befestigung der Rätemacht auf und griffen die SPD scharf an: „Vier lange Jahre lang haben die Scheidemänner, die

83 Ernst Meyer an die Zentrale der KPD, 1.8.25, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/75, Bl.334f, hier Bl.335. Meyer behielt die Leitung der ROSTA bis zu ihrer endgültigen Schließung während des Januar-Aufstandes 1919. Adolf Joffe war der Botschafter Sowjetrusslands in Berlin.

84 SAPMO-BArch, NY 4445/30, Bl.16.

85 Siehe Annemarie Lange: Berlin in der Weimarer Republik, Berlin 1987, S. 18.

86 Rote Fahne, Nr. 2, 10.11.18, S. 1.

Regierungssozialisten euch durch die Schrecken eines Krieges gejagt, haben euch gesagt, man müsse >das Vaterland< verteidigen, wo es sich nur um die nackten Raubinteressen des Imperialismus handelte. Jetzt, wo der deutsche Imperialismus zusammengebrochen ist, suchen sie für die Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist, und suchen, die revolutionären Energien der Massen zu ersticken.“⁸⁷

Welchen Weg Deutschland künftig gehen würde, war in den Wochen nach dem 9. November offen. Ob sich eine bürgerliche „Republik Deutschland“ oder die „freie sozialistische Republik“ durchsetzen würde, war noch nicht eindeutig absehbar.

Bereits am 10. November, einem Sonntag, versammelten sich ab 17.00 die in den Morgenstunden desselben Tages in den Betrieben und Kasernen gewählten Delegierten zu einer Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch. Pathetisch titelte der „Vorwärts“ an diesem Tag: „Kein Bruderkampf!“. Mit dieser die Stimmung der Massen treffenden Parole sollte jede Kritik an der Politik der SPD in den vergangenen vier Jahren abgewehrt und somit radikaler Agitation im Namen der „Einheit“ entgegengewirkt werden. Spartakus stellte nur wenige der ca. 3.000 Delegierten, weder Rosa Luxemburg noch Karl Liebknecht hatten ein Mandat erhalten. Ernst Meyer nahm an der Versammlung teil, wahrscheinlich aber auch nur als Beobachter. Die Vollversammlung beschloss, die Regierungsgewalt einem „Rat der Volksbeauftragten“ zu übertragen, der aus drei SPD- und drei USPD-Mitgliedern bestand. Weiterhin erklärte die Vollversammlung Deutschland zur sozialistischen Republik, in der die Arbeiter- und Soldatenräte die Träger der politischen Macht seien.⁸⁸ Noch am Abend desselben Tages kam die Spartakusführung (einschließlich der aus dem Gefängnis entlassenen Rosa Luxemburg, die gegen 22 Uhr Berlin erreichte) in den Räumen des besetzten „Berliner Lokal-Anzeigers“ zusammen. Trotz der Freude, dass sie nun endlich wieder alle beisammen waren, herrschte eine sehr nachdenkliche Stimmung. Auch wenn die Revolution vorerst erfolgreich gewesen war: Die Versammelten fürchteten, dass die Konterrevolution keineswegs besiegt war, und ihnen war bewusst, dass der Spartakusgruppe „die Massenorganisation, mit der sie nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich ihre Aufgabe hätte erfüllen können“, fehlte.⁸⁹

Am 11. November kamen Vertreter der Spartakusgruppe zur ersten legalen Konferenz ihrer Geschichte im Hotel Excelsior am Anhalter Bahnhof zusammen. Luxemburg, Liebknecht, Levi und Meyer hatten hier vorübergehend Quartier genommen.⁹⁰ Die Konferenz beschloss, die Spartakusanhänger fester zusammenzu-

87 Ebenda, S. 3.

88 Zur Vollversammlung der Berliner A.- und S.-Räte siehe IML: Novemberrevolution, S. 149-153, Zitat S. 152. Zur Teilnahme Meyers siehe Lange, Berlin (1987), S. 39. Siehe auch Pieck, Erinnerungen, S. 433f. Womöglich nahm Meyer als Pressevertreter teil. Er musste sich am 10.11. sowohl um die Redaktion der „Roten Fahne“, als auch um die Anwerbung neuer Mitarbeiter der ROSTA kümmern. Dazu siehe SAPMO-BArch, SgY30/0297 (Friedel Gräf), Bl.44.

89 Pieck, Erinnerungen, S. 455.

fassen und die Gruppe in „Spartakusbund“ umzubenennen. Eine Mehrheit der Anwesenden sprach sich dafür aus, vorerst weiter in den Reihen der USPD zu wirken, um die sich an ihr orientierenden Arbeitermassen besser erreichen zu können. Der Spartakusbund solle aber in der USPD als geschlossene Propagandavereinigung auftreten und eigene Mitgliedskarten ausgeben. Als nächste Aufgaben wurden die Herausgabe einer Tageszeitung, einer wissenschaftlichen Wochenzeitung, einer Jugendzeitung, einer Frauenzeitung und eines Blattes für Soldaten festgelegt. Der Spartakusbund wählte sich eine dreizehnköpfige Zentrale, der Willi Budich, Hermann und Käte Duncker, Hugo Eberlein, Leo Jogiches, Paul Lange, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck und August Thalheimer angehörten.

Luxemburg und Liebknecht sollten künftig die Redaktion der „Roten Fahne“ leiten, Meyer als ihr Vertreter in der Redaktion arbeiten. Allerdings kam dem Spartakusbund am Tage seiner Gründung sein Zentralorgan vorerst abhanden. Daran erinnerte sich die Spartakus-Anhängerin Lotte Pulewka: „An diesem Tag bemerkte ich, dass das Gebäude des Lokal-Anzeigers nicht wie sonst von Soldaten des Arbeiter- und Soldatenrates bewacht war. Ich ging eine alte Wendeltreppe hinauf über einen Korridor, machte vorsichtig die Tür zum Konferenzsaal auf, und schon hatte mich jemand von innen bei der Hand gepackt und in den Saal gezerrt. Dieser Konferenzsaal war fast völlig von einem großen ovalen Tisch und den dazugehörigen Stühlen ausgefüllt. [...] Im Saal war ein furchtbarer Lärm, alle Anwesenden schrien durcheinander. Ich sah auch unsere Genossen bei einander stehen: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht (er war blaß, hager, übermüdet), Käte und Hermann Duncker, Dr. Ernst Meyer, Lotte Haenschel und andere. Außer ihnen waren im Saal einige vornehm gekleidete, gut genährte Herren und unsere Wache, die völlig betrunken war. Mit Hilfe von Ernst Meyer stieg eine kleine, zarte Frau auf den Tisch, sie hatte ein liebes, kluges Gesicht. Ich war erschüttert: Zum ersten Mal sah ich Rosa Luxemburg. [...] Sie sagte: >[...] Ich empfehle, dass wir eine Kommission bilden, der ein Mitglied der alten Redaktion, eins der neuen und ein Mann von der Wache angehören. Sie sollen zum Reichstag gehen, dort Klarheit schaffen und dann Bericht erstatten.< Einer der Soldaten ergriff die Initiative, stimmte Rosa Luxemburg zu und sagte zu Ernst Meyer: >Du fährst mit und die anderen Genossen von der >Roten Fahne< werden so lange eingesperrt und bewacht.“⁹¹

Diese Episode wirft ein bezeichnendes Bild auf die deutsche Revolution und auf die Schwäche des Spartakusbundes: Am Tag drei der Revolution kann ein politisch rechtsstehender Verleger mit Hilfe eigentlich „revolutionärer“ Soldaten die

90 Zur Konferenz siehe Pieck, *Erinnerungen*, S. 437-439; siehe auch IML: *Novemberrevolution*, S. 173f. Zu Meyer im *Excelsior* siehe das Schreiben Mathilde Jacobs vom 12.11.18: „Sie [Rosa Luxemburg] arbeitet Tag und Nacht. Vorläufig wohnt sie im Hotel, und Karl [Liebknecht], Paul [Levi], Ernst [Meyer] auch.“ Nach Luban, *Notwendigkeit*, S. 450.

91 SAPMO-BArch, SgY30/0738 (Lotte Pulewka), Bl.7f.

bekanntesten radikalen Revolutionäre kurzerhand festsetzen und ihnen das requirierte Haus des Scherl-Verlages abnehmen. Der Vollzugsrat der Berliner A.- und S.-Räte stellte sich zwar auf die Seite der Spartakisten und beschloss am 12. November: „Dem Scherl-Verlag wird vom Vollzugsrat des A.-u. S.-Rates die Verpflichtung auferlegt, die täglich erscheinende Zeitung >Die Rote Fahne< unter der Redaktion von Frau R. Luxemburg (Vertreter [Ernst] Meyer) zu drucken und die für die Herstellung und Verbreitung erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.“⁹² Der Verlag weigerte sich aber, der Anordnung Folge zu leisten, und organisierte sich die Unterstützung der Regierung Ebert. Die „Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger“, der der Scherl-Verlag angehörte, wandte sich protestierend an den Reichskanzler Ebert und drohte, die Verlage würden ihr Vertrauen in die Regierung verlieren, wenn diese nicht sofort in ihrem Interesse handle. Darauf wurde der Befehl zurückgezogen.⁹³ Es sollte eine Woche vergehen, bis der Spartakusbund endlich eine regelmäßige Tageszeitung herausbringen konnte. Vor welchen Schwierigkeiten die Redaktion stand, illustriert ein Schreiben Rosa Luxemburgs an Wolfgang Fernbach, in dem sie auf sein Angebot zur Mitarbeit an der Zeitung eingeht: „Was aber sehr nötig und nützlich, sind Notizen, kurze Entrefilets aktueller Natur. Darüber müsste man sich von Fall zu Fall verständigen. Aus allen diesen Gründen wäre es nötig, dass Sie nächstens mal auf die Redaktion kommen und mit uns, namentlich mit Genossen Meyer, der Sekretär der Redaktion ist, sprechen oder mit Genossen Levi, der dieses Ressort meist selbst bearbeitet, Rücksprache nehmen. Freilich haben wir vorläufig nicht einmal Redaktionsräume, das soll alles noch beschafft und geordnet werden. Doch ich hoffe, bald wird alles klappen.“⁹⁴ Die Redaktion fand schließlich Unterschlupf in den Räumen des Zentralbüros des Spartakusbundes, einer siebenräumigen Etage in der Wilhelmstr. 114. Diese erwies sich jedoch bald als zu klein, weswegen das Zentralbüro in die Friedrichstr. 217 – den von Meyer angemieteten früheren Sitz der ROSTA – verlegt wurde. Die Redaktion blieb in der Wilhelmstr. Außerdem wurden für sie zusätzlich Räume im Hotel „Askanischer Hof“ in der Anhalter Straße gemietet.⁹⁵

Die Aufgaben des Spartakusbundes in den Wochen nach der Novemberrevolution beschrieb Meyer später folgendermaßen: „Der Sturz der Monarchie in Deutschland gab dem Spartakusbund die breitesten Entfaltungsmöglichkeiten. Er setzte der bereits am 9. November von Ebert ausgegebenen Aufforderung der Ablieferung der Waffen die Parole der Bewaffnung des Proletariats und der Entwaffnung der Bourgeoisie entgegen. Er kritisierte auf Schritt und Tritt die Unzuläng-

92 Engel/Holtz/Materna, Arbeiter- und Soldatenräte, S. 40.

93 Das Protestschreiben der Zeitungsverleger in: DuM Bd. II/2, S. 389-392, zum Zurückziehen des Befehls des Vollzugsrates siehe ebenda, S. 392, Anm. 1.

94 Rosa Luxemburg an Wolfgang Fernbach, [Berlin], 18.11.18, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 5, Berlin 1987, S. 416.

95 Siehe Pieck, Erinnerungen, S. 438f.

lichkeiten der deutschen Revolution, die Schwankungen der Unabhängigen und das immer deutlicher werdende Bündnis zwischen der SPD und der bewaffneten Gegenrevolution. Er begann gleichzeitig, einen eigenen legalen Parteiapparat aufzubauen, und arbeitete unermüdlich an der ideologischen Aufklärung der Arbeiter, besonders durch die anfangs im von revolutionären Arbeitern besetzten Berliner >Lokalanzeiger< herausgegebene >Rote Fahne<. Gleichzeitig entstanden in der Provinz eine Reihe von kommunistischen Tageszeitungen, ebenfalls meist in gewaltsam besetzten bürgerlichen Druckereien. Aber dem starken Einfluss des Spartakusbundes in den Kämpfen des Wintern 1918/19 entsprach nicht sein schwacher organisatorischer Apparat.⁹⁶ Und an anderer Stelle: „Der Spartakusbund stellte sich zur Aufgabe, die in den Novembertagen spontan entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte zu festigen und sie zu leitenden Organen des Staatsapparates zu gestalten, das Proletariat zu bewaffnen, die Bourgeoisie zu entwaffnen und die proletarische Revolution durch die Diktatur des Proletariats zu vollenden.“⁹⁷

Bereits im Dezember kam es zu massiven Spannungen zwischen den Spartakus-Anhängern, die unter der Parole „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“ auf eine Fortführung der Revolution drängten, und der sich immer enger mit dem alten Militär verbündenden SPD-Führung, die eben dies verhindern wollte. Wiederholt schlug dieser Konflikt in große Demonstrationen und gewalttätige Zusammenstöße um. Ernst Meyer dürfte an den meisten der Demonstrationen im Dezember 1918 teilgenommen, auf einigen gesprochen und viele von ihnen in der Spartakuszentrale mit geplant haben. Eine genaue Rekonstruktion seines Anteils daran lassen fehlende Quellen allerdings nicht zu. Auf den zahlreichen öffentlichen Diskussionsveranstaltungen des Spartakusbundes in Berlin im November und Dezember 1918 trat Meyer nicht als Referent in Erscheinung.⁹⁸

In den Wochen nach der Novemberrevolution hatte Ernst Meyer die Herausgabe von Lenins Standartwerk „Staat und Revolution“ redigiert. Er war außerdem als Verantwortlicher der Zentrale für den Pressedienst an den Versuchen beteiligt, kommunistische Zeitungen in der Provinz aufzubauen.⁹⁹ Im Dezember besuchte er Spartakus-Gruppen außerhalb Berlins, referierte in Danzig und agitierte vermutlich auch in Ostpreußen.¹⁰⁰

Am 24. Dezember beschlossen die sich jetzt Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD) nennenden Linksradikalen aus Bremen, Hamburg und anderen Städten ihren Anschluss an den Spartakusbund.¹⁰¹ Dessen Reichskonferenz,

96 Ernst Meyer: Zur Geschichte der KPD. Zum Jahrestag der Gründung der KPD am 30. Dezember 1918, in: Die Internationale, Jg. 7 1926, H. 15 (24), S. 674-680, hier S. 679.

97 Meyer, Kommunismus, S. 145.

98 Siehe Die Rote Fahne, November und Dezember 1918. Bei den zahlreichen hier angekündigten Veranstaltungen des Spartakusbundes wird Meyers Name nicht genannt.

99 Siehe Der Ledebour-Prozess, S. 515f.

100 Zu Meyers Referat in Danzig siehe IML, Novemberrevolution, S. 244.

101 Siehe Marie-Luise Goldbach: Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Ein Beitrag zum Verhältnis von KPD und Komintern und zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen 1918 und 1923, Hannover 1973, S. 24-28. Siehe auch den Beitrag von Gerhard Engel im vorliegenden Band.

auf der die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet wurde, brachte eine vierjährige Entwicklung zum Abschluss, an deren Anfang eine Besprechung in Luxemburgs Wohnung am 4. August 1914 stand. Aus den Linksradikalen der Vorkriegs-SPD bildete sich eine eigenständige kommunistische Strömung heraus, eine Entwicklung, an der Ernst Meyer einen wichtigen Anteil hatte.

Der streitbare Freireligiöse Adolph Hoffmann: politisches Wirken vor und während der Novemberrevolution 1918/1919¹

Viele Männer und Frauen aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung sind heute fast vergessen. Zu ihnen gehört der Freireligiöse, sozialistische Verleger und Politiker Adolph Hoffmann. Er wurde 1858 in Berlin in einer katholischen Fischerfamilie geboren. In der Sozialdemokratie entwickelte sich Hoffmann zu einem Volkstribun, und er war einer der Akteure der Novemberrevolution 1918/19 in seiner Heimatstadt.

Mit dem Kieler Matrosenaufstand am 3. November 1918 begann in Deutschland die Novemberrevolution. In Berlin brodelte es. Am Abend des 7. November fanden sich Tausende Berliner Arbeiter trotz Versammlungsverbots zur Jahresfeier der Oktoberrevolution in Russland zusammen. Im Wedding sprach Adolph Hoffmann, wobei er knapp einer Verhaftung entging. Am 9. November wurde unter seiner Leitung das Berliner Rathaus und einen Tag später das preußische Abgeordnetenhaus besetzt. Der Groß-Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte bestätigte am 10. November 1918 die Berufung von Adolph Hoffmann für die USPD als Mitglied des politischen Kabinetts und gleichberechtigter Minister neben dem von der SPD gestellten Konrad Haenisch an die Spitze des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.² Er wurde für die Ressorts Volksschulwesen, Kirchenfragen und Theaterangelegenheiten zuständig. Entsprechend seinem Verständnis hatte er den festen Willen, seinen Ministerbereich nicht nur zu reformieren, sondern grundlegend umzugestalten. Adolph Hoffmann bedeutete einem vor ihm dienenden Geheimrat: „Merken Sie sich eins: ‘Ich will hier weniger Minister als Ausmister sein!’“³

Seit über 40 Jahren war Adolph Hoffmann bereits in der sozialistischen Arbeiterbewegung organisiert. 1873 hatte er bei Vorträgen in der Freireligiösen Ge-

- 1 Die Langfassung des Beitrages „Adolph Hoffmann und die deutsche Sozialdemokratie“ siehe in einer Publikation „Los von der Kirche!“ der Humanistischen Akademie Berlin, alibri Verlag 2009. Zur Biographie Adolph Hoffmanns siehe Gernot Bandur: Adolph Hoffmann. Leben und Werk. Freireligiöser, sozialistischer Verleger und Politiker, ebenda, und Ders.: Adolph Hoffmann – Feuriger proletarischer Vulkan, Selbstverlag, Berlin 2000.
- 2 Siehe Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress. Hrsg. von Gerhard Engel, Bärbel Holtz und Ingo Materna, Berlin 1993, S. 38/39, und Reinhold Zilch: Bürokratie in der Revolution. Aus der Geschichte des preußischen Kultusministeriums 1918/19, in: Revolution und Reform in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Erster Halbband: Ereignisse und Prozesse. Zum 75. Geburtstag von Walter Schmidt, hrsg. von Helmut Bleiber und Wolfgang Küttler, Berlin 2005, S. 193-209.
- 3 Adolph Hoffmann: Episoden und Zwischenrufe aus der Parlaments- und Ministerzeit, Berlin 1924, S. 78. Siehe auch Horst Groschopp: Dissidenten. Freidenkerei und Kultur in Deutschland, Berlin 1997, S. 398-406.

meinde Berlin die Bekanntschaft mit Sozialdemokraten wie Friedrich Wilhelm Fritzsche, Wilhelm Hasenclever und Theodor Metzner gemacht. Im Jahre 1876, Adolph Hoffmann war gerade 18 Jahre alt geworden, schloss er sich der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, der späteren Sozialdemokratischen Partei an. In dem vom Gothaer Einigungskongress 1875 beschlossenen Parteiprogramm hieß eine Forderung, die von Wilhelm Liebknecht initiiert worden war: „Erklärung der Religion zur Privatsache.“⁴

In den Anfangsjahren des Sozialistengesetzes war Adolph Hoffmann zu einem Vertrauensmann der Sozialdemokratie im Berliner Osten gewählt worden. Nach einer fingierten Anklage wegen „Hochverrats“ und zeitweiliger Inhaftierung verließ er seine Heimatstadt Berlin und siedelte nach Halle über, wo sich seit 1882 der Gerber mit der Feder Wilhelm Hasenclever⁵, ein politischer Freund und Mentor Adolph Hoffmanns, niedergelassen hatte. Später zog Adolph Hoffmann nach Zeitz, wo er 1887 im Wahlkreis Merseburg-Querfurt, 1890 und 1893 als Sozialdemokrat im Wahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz für den Reichstag kandidierte und 1890 Redakteur und Herausgeber des neu gegründeten Zeitzer „Volksboten“ wurde. Im Wahlkreis bewies er besonders in der Landagitation seine Fähigkeit, einfache, ungebildete Menschen mit den Zielen der Sozialdemokratie vertraut zu machen. Schlagfertiger Mutterwitz, verständliche Sprache und pffilige Argumentationen machten ihn zu einem idealen sozialdemokratischen Agitator. Davon zeugt auch seine 1892 veröffentlichte Flugschrift „Vorsicht! Hütet Euch! Die Sozialdemokraten kommen!“, von der innerhalb eines Jahres 100.000 Exemplare erschienen.⁶

Von 1890 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 nahm Adolph Hoffmann an fast allen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie aktiv teil. Seine Themen waren dabei u. a. das Verhältnis der Sozialdemokratie zu Religionsfragen und zur Kirche, Presse- und Agitationsfragen, die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen und Probleme der Anwendung des politischen Massenstreiks. Adolph Hoffmann ließ sich in seiner gesamten politischen Tätigkeit von den Inhalten des auf dem Parteitag in Erfurt 1891 beschlossenen Programms leiten, in denen die „Erklärung der Religion zur Privatsache“ und die „Weltlichkeit der Schule“ verlangt wurden.⁷ Auf dem Berliner Parteitag 1892 begründete Adolph Hoffmann folgenden Antrag der Sozialdemokraten des Wahlkreises Naumburg-Weißenfels-Zeitz: „Im Programm Teil VI, Ziffer 6 ist der Punkt 'Religion ist Pri-

4 Protokoll des Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands abgehalten zu Gotha, vom 22. bis 27. Mai 1875, Leipzig 1875, S. 55.

5 Siehe Wilhelm Hasenclever: Reden und Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Ludger Heid, Klaus-Dieter Vinschen und Elisabeth Heid, Bonn 1989, S. 139-310.

6 Siehe Adolph Hoffmann: Die Sozialdemokraten kommen. Vorsicht! Hütet Euch! Eine wahre Dorfgeschichte, Zeitz 1892; Ders.: Ein Warnungsruf! An die Frauen und Mädchen aller Stände, Pankow-Berlin 1893; Ders.: Frieden auf Erden? Ein Weihnachtstraum für Erwachsene von Adolph Hoffmann. Ein neues Jahr – ein schlimmeres Jahr! Eine Mahnung in elfter Stunde von Adolph Hoffmann, Pankow-Berlin 1894.

7 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 5.

vatsache´ zu streichen und dafür zu setzen: Die Religionen und deren Lehrer sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegengetreten oder die nach Erlösung aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen.“⁸ Er argumentierte vor allem mit seinen Erfahrungen aus der Landagitation, bei der es gerade dort, „wo das strenge Dogma noch vorhanden ist, unmöglich, ja undenkbar ist, mit unseren Ideen durchzudringen. Solange man glaubt, dass ohne Gottes Wille kein Spatz vom Dache fällt, hat man nicht Ursache, an der wirtschaftlichen Verbesserung seiner Lage mitzuarbeiten. Wenn man sagt, dass Religion Herzensangelegenheit ist, so kann uns das recht sein, so lange es eben Herzensangelegenheit bleibt. Sobald aber die Lehrer und Vertreter der Religion diese dazu benutzen, um die Leute in Bedrückung und Abhängigkeit zu erhalten, den Fortschritt zu verhindern und der wirtschaftlichen Aufklärung entgegenzutreten, haben wir die strenge Pflicht, dagegen Protest zu erheben. Das muss ganz klar und deutlich in unserem Programm ausgedrückt werden Ich habe wohl gesehen, dass man gegen die Religion ankämpfen kann, wenn man es nicht mit bloßen Redensarten und Schimpfereien tut, sondern mit Gründen. Gerade dieser Punkt unseres Programms wird von unseren Gegnern dazu benutzt, um uns überall anzufinden, weil wir unsere Ansichten nicht offen hervortreten wagten.“⁹

Aus dieser Zeit stammt eine Broschüre Adolph Hoffmanns, herausgegeben im Selbstverlag, die 1891 bis 1904 neun Auflagen mit insgesamt 90.000 Exemplaren erreichte und zu einer der erfolgreichsten Massenschriften der deutschen Sozialdemokratie wurde. Sie ging aus einem Vortrag hervor, den ihr Verfasser mehrere hunderte Male über das Thema „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse“ gehalten hatte.¹⁰ Aus dem bürgerlichen Lager wurde Adolph Hoffmann Gotteslästerer vorgeworfen. Er hielt den Besitzenden und Herrschenden den Spiegel der zehn Gebote vor, prangerte ihre frömmelnde Verlogenheit an und enthüllte in einem noch heute aufschlussreichen Sittengemälde der damaligen Zeit das Pharisäertum derjenigen, die Wein tranken und dem Volk Wasser predigten. Der Adolph Hoffmann von gegnerischer Seite zuge dachte Spitzname „Der Zehn-Gebote-Hoffmann“ wurde bald zu seinem Ehrennamen und machte ihn bei Freund und Feind populär.

Die Zehn Gebote oder Gebete und kirchliche Lieder, die zu den Glaubens- und Denkvorstellungen des Volkes gehörten, methodisch für die Agitation zu nutzen und an sie anzuknüpfen, war charakteristisch für die Arbeiterbewegung bei ihrer Suche nach neuen antikirchlichen Glaubensinhalten und weltanschaulichen Wertvorstellungen.

8 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag es der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892, Berlin 1892, S. 249.

9 Ebenda, S. 249/250.

10 Siehe A[dolph]Hoffmann: Die Zehn Gebote und die besitzende Klasse, Zeitz 1891. Ab der neunten Auflage 1904 erschien die Broschüre mit einem Geleitbrief von Clara Zetkin.

1893 kehrte Adolph Hoffmann in seine Heimatstadt Berlin zurück, um als Buchhändler und Verleger von freigeistigen Publikationen, sozialdemokratischen Agitationsbroschüren, Bilderbüchern, Theaterstücken für Laiengruppen, Witzen, Parodien, Musikalien und Gedichten tätig zu sein.

Adolph Hoffmann wurde schon in den neunziger Jahren einer der führenden Berliner Sozialdemokraten. Er war Mitglied der Pressekommission des „Vorwärts“, wurde 1900 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt und arbeitete in den Deputationen (Kommissionen) für Steuer-, Buch-, Schreib- und Drucksachen, für Grundstücks- und Siedlungs- sowie Wohnungswesen, Verkehrsbetriebe, Schulen und Ernährungswirtschaft mit. Aus dieser Zeit datiert seine Zusammenarbeit und persönliche Freundschaft mit Karl Liebknecht.

Am 16. Juni 1908 wurde Adolph Hoffmann gemeinsam mit sechs weiteren Sozialdemokraten, darunter Karl Liebknecht, erstmals in den preußischen Landtag gewählt. In seiner ersten Rede nahm er dort für die Sozialdemokratie zum Gesetz über die Besoldung der Pfarrer Stellung. Die ablehnende Haltung seiner Partei gegenüber Staatsaufwendungen für die Besoldung der Geistlichen begründete er mit der sozialdemokratischen Forderung nach der Trennung von Staat und Kirche. Den programmatischen Grundsatz der Sozialdemokratie: „Erklärung der Religion zur Privatsache“, interpretierte Adolph Hoffmann wie August Bebel: Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften seien als „private Vereinigungen“ zu betrachten, die „ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen“ müssten.¹¹ Die Pfarrerbesoldung sah Adolph Hoffmann als „Belohnung für die Besorgung der Geschäfte der besitzenden und herrschenden Klassen“¹². Nach heftigen Tumulten wurde ihm daraufhin vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses das Wort entzogen. Gerade dieser Akt verlieh der Landtagsrede Adolph Hoffmanns, die er in einer Volksversammlung im Berliner Feenpalast fortsetzte, ungewöhnliche Publizität. Er verbreitete die Rede in einer Broschüre seines Verlages. Der Titel war bereits Programm: „Los von der Kirche!“ Er rief in ähnlicher Diktion wie 1878 Johann Most dazu auf: „Meldet die große Masse des arbeitenden und werktätigen Volkes sich aus der Staats-, der Landeskirche ab, dann verlieren die Regierungen, die Agrarier und Kapitalisten, jedes Interesse an der Kirche, die keinen Einfluss mehr auf die Massen hat; und Staat, Junker und Geldsack werden nicht einen Pfennig mehr bewilligen für eine Kirche, die ihren Interessen nicht mehr dienen kann. Die ungeheuren Summen, die zu immer neuen Kirchenbauten aus den Gemeindepäckeln bewilligt werden müssen, wo das Geld für Schulen, Krankenhäuser, Siechenanstalten, Findelhäuser, ja zur Speisung hungernder Schulkinder fehlt, die stetig anwachsende Kirchensteuer ... diese werden uns ein neues ungeheures Agitationsmaterial bieten, mittels welchem wir unzählige noch Schlummernde aus der Umarmung der Kirche befreien und zu neuen Kämpfern heranziehen, die nicht ru-

11 Siehe Adolph Hoffmann: Los von der Kirche! Meine erste Anti-Kirchenrede im Preußenparlament, Berlin 1921, S. 7.

12 Ebenda, S. 12.

hen und rasten werden, nicht nur bis Staat und Schule von dem Alp der Kirche befreit, sondern bis das preußisch-deutsche Volk erlöst ist von dem Modergeruch der Reaktion.“¹³ In der Übersicht der Berliner Politischen Polizei zur allgemeinen Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung von 1908 wurde Hoffmann daraufhin „als der grimmigste und lärmendste Feind der Kirche“¹⁴ bezeichnet.

1913 erfolgte die Wahl Adolph Hoffmanns zum Vorsitzenden der Freireligiösen Gemeinde Berlin. Im gleichen Jahr bildete die Gemeinde gemeinsam mit dem „Komitee Konfessionslos“ die Vereinigten Komitees für Kirchenaustritt – sie riefen zum Massenaustritt aus der Staatskirche auf. Karl Liebknecht entwickelte am 28. Oktober 1913 auf einer Volksversammlung in der Neuköllner „Neuen Welt“ den Gedanken einer Übertragung der politischen Massenstreikidee auf die Kirchenaustrittsbewegung.¹⁵ Auf Antrag des Kölner Sozialdemokraten Johannes Meerfeld befasste sich am 20. Dezember 1913 der Parteiausschuss der SPD mit der Agitation für den Austritt aus der Landeskirche und beschloss einstimmig, sich von dieser Bewegung zu distanzieren: „Parteivorstand und Parteiausschuss stellen ausdrücklich fest, dass die Agitation zum Austritt aus der Landeskirche eine private Veranstaltung des „Komitees Konfessionslos“ und der Freidenkervereine ist, denen die sozialdemokratische Partei völlig fernsteht. Sie lehnt es entschieden ab, die Parteiororganisationen in den Dienst dieser Bewegung zu setzen.“¹⁶

Im preußischen Abgeordnetenhaus unterstützte Adolph Hoffmann die Positionen Karl Liebknecht zur Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes und zur Reform des preußischen Verwaltungswesens. Er gehörte als Vertreter seiner Fraktion der Unterrichtskommission an. Stets betonte er die Notwendigkeit der Weltlichkeit und der Unentgeltlichkeit eines einheitlichen Schulwesens. In den Debatten zum Kulturetat war er einer der Redner der sozialdemokratischen Fraktion.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges kämpfte er gemeinsam mit anderen Sozialdemokraten gegen die tiefe Krise an, die seine Partei erfasste. Mit ihnen trat er für eine grundlegende Erneuerung der erstarrten Parteispitze und für außerparlamentarische Massenaktionen ein.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 war über die meisten Corpsbezirke der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden, der den Militärbefehlshabern

13 Ebenda, S. 45.

14 Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 3, Übersichten der Berliner politischen Polizei, Teil III: 1906-1913, Berlin 2004, S. 114.

15 Siehe Karl Liebknecht: Heraus aus der preußischen Staatskirche! In Ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI, Berlin 1965, S. 397; Horst Groschopp: Dissidenten. Freidenkerei und Kultur in Deutschland, Berlin 1997, S. 187-192; Jochen-Christoph Kaiser: Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981, S. 30-37; Ders.: Sozialdemokratie und ‚praktische‘ Religionskritik. Das Beispiel der Kirchenaustrittsbewegung 1878-1914, in: Archiv für Sozialgeschichte. XXII. Band, Bonn 1982, S. 277-298.

16 Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921. Inkl. Protokoll der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23. März 1919. Protokoll über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Abgehalten in Berlin am 5. und 6. Mai 1920, Bd. I, Berlin/Bonn 1980, S. [64].

fehlshabern diktatorische Gewalt einräumte. Dazu gehörten die Presse- und Versammlungszensur, Briefzensur, Eingriffe in den Handel, insbesondere in die Lebensmittelverteilung, sowie das Einsetzen von Stand- und Kriegsgerichten. Die Führer der deutschen Sozialdemokratie untersagten im Interesse des Burgfriedens jegliche Massenaktionen für den Frieden. Zugleich stimmten sie mit in die Lüge vom Verteidigungskrieg gegen das zaristische Russland ein. Der entschiedene Kampf gegen den imperialistischen Krieg wurde infolgedessen außerordentlich erschwert.¹⁷

Während der ersten Kriegstagung des preußischen Abgeordnetenhauses am 22. Oktober 1914 bekundete Adolph Hoffmann seine oppositionelle Haltung zum Krieg und zur Burgfriedenspolitik der Führer der SPD und der Gewerkschaften, indem er gemeinsam mit Karl Liebknecht und drei anderen sozialdemokratischen Abgeordneten aus Protest den Saal verlies.¹⁸ Er bestritt 1915 auf der Zimmerwalder Konferenz, die Sozialdemokratie sei von der Zustimmung ihrer Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten völlig überrascht worden: „Aber die Massen sind auf den Kopf geschlagen worden durch die Abstimmung der Fraktion. Es war im Volke die Furcht geweckt worden vor der Invasion der russischen Barbaren. Gewiss wäre es nicht leichter gewesen, der allgemeinen Aufregung gegenüber die Kriegskredite zu verweigern. Man fürchtete sich vor der Wut der Bevölkerung, man sagte, diese würde die Volkshäuser demolieren usw. Ich sage: besser die Volkshäuser demoliert als die Prinzipien. (Zustimmung). Der größte Teil der Opposition ist mit Liebknecht vollkommen einig, nur hätte er sich mit ihr verständigen sollen.“¹⁹ Gleich anderen oppositionellen Sozialdemokraten setzte Adolph Hoffmann allein auf die Reaktivierung der Partei von unten und nicht auf einen Neubeginn, wie es ab 1915 die Gruppe „Internationale“ getan hatte, wobei sich beide Entwicklungsprozesse längere Zeit überlagerten und durchkreuzten. Dies führte zu heftigen Kontroversen und Konflikten mit den Linken um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.²⁰ Adolph Hoffmann näherte sich Auffassungen von Georg Ledebour an.²¹ Auf der Zimmerwalder Konferenz 1915 initiierte er eine Erklärung mit, die zur Verständigung der deutschen und französischen Arbeiter aufrief. Am 16. März 1916 solidarisierte er sich öffentlich als einziger Abgeordneter des preußischen Abgeordnetenhauses mit Karl Liebknecht, der in seiner Parlamentsrede zum Kulturretat die preußische Schule als „ein besonderes Mittel zur Erziehung für den Krieg“²² charakterisiert hatte. Diese Erziehung stehe einer hu-

17 Siehe Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 1. Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Fritz Klein, Berlin 1968, S. 412-503.

18 Siehe Karl Liebknecht: Über die Kriegssitzung des preußischen Landtages, in Ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VIII, Berlin 1972, S. 159.

19 Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz, Mouton/The Hague/Paris 1967, S. 82.

20 Siehe Annelies Laschitzka: Die LiebknechtS. Karl und Sophie – Politik und Familie, Berlin 2007, S. 288-323; DieS. : Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996, S. 508-527.

21 Siehe Elke Keller: Georg Ledebour. Ein alter sozialistischer Haudegen. (Entwurf für ein Taschenbuch). Diss. A, Berlin 1987, S. 78-89; Ursula Ratz: Georg Ledebour 1850-1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers, Berlin 1969, S. 151-178.

manistischen Bildung, die universal und natürlich sei, Freiheit der Kritik und Protest gegen alle knechtischen Vorurteile beinhalte, entgegen. Für die Arbeiterklasse aller Länder gelte es, „die Waffen [zu] senken und sich gegen den gemeinsamen Feind [zu] kehren, der ihnen Licht und Luft nimmt“.²³

Im Juni 1916 wurde Adolph Hoffmann zum Vorsitzenden des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend gewählt. Im Stimmungsbericht der Berliner Politischen Polizei vom 5. August 1916 wurde konstatiert: „Die radikalen Teile der Sozialdemokratie sind natürlich weiter rege an der Arbeit, die Teuerungsverhältnisse zur Hetze gegen die Regierung und den Krieg auszunutzen, besonders nachdem der alte gemäßigte Zentralvorstand der Berliner sozialdemokratischen Wahlvereine durch einen radikalen unter Führung Adolph Hoffmanns ersetzt worden ist.“²⁴ Im Januar 1917 erfolgte der Ausschluss Adolph Hoffmanns aus der Landtagsfraktion der SPD. Mit anderen Mitgliedern der Freireligiösen Gemeinde Berlin – Ernst Däumig und Ewald Vogtherr – gehörte er im April 1917 zu den Mitbegründern der USPD.²⁵

Eine leitende Rolle spielte er bei den Streiks der Berliner Rüstungsarbeiter im April 1917 und Januar 1918. So heißt es in einem Agentenbericht über Arbeiterversammlungen in Berlin im April 1917, Adolph Hoffmann habe mit Bezug auf die Februarrevolution in Russland gefordert, den Krieg gegen Russland sofort einzustellen. Er bestärkte die Streikenden in ihren ökonomischen und politischen Forderungen und marschierte an der Spitze von Antikriegs- und Hungerdemonstrationen.²⁶

Am 24. Januar 1918 erklärte er im preußischen Abgeordnetenhaus: „Sie tanzen auf einem Vulkan. ... Wir stehen wie in Österreich 10 Minuten vor Ausbruch der Katastrophe. Das Volk hat es satt, weiter in den Krieg gehetzt zu werden.“²⁷ In einem von Adolph Hoffmann unterzeichneten Flugblatt der USPD zu Beginn des deutschlandweiten Munitionsarbeiterstreiks mit einer Million Teilnehmer Ende Januar 1918²⁸ mit dem Titel „Nicht abseits stehen“ wurde zur Werbung neuer Mitglieder aufgerufen und eingeschätzt: „Der Weltkrieg zwingt die Arbeiterklasse in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen. Die Lebenslage eines jeden Arbeiters, einer jeden Arbeiterin, ihre politische Freiheit und ihr wirtschaftliches Wohl-

22 Karl Liebknecht: Krieg und Schule, in Ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VIII, Berlin 1972, S. 555.

23 Ebenda, S. 544.

24 Dokumente aus geheimen Archiven, Band 4. 1914-1918. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914-1918, Weimar 1987, S. 155.

25 Siehe Dieter Engelmann/Horst Naumann: Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922. Berlin 1993, S. 7-42.

26 Siehe Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Band 1: Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1987, S. 618-633.

27 Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge, Vierunddreißigster Jahrgang 1918, Erster Teil, München 1922, S. 48.

28 Siehe Ottokar Luban: Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und politische Massenstreiks während des Ersten Weltkrieges, in: Ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919, Schkeuditz 2008, S. 127-171.

ergehen wird davon abhängen, ob sie selbst an der Gestaltung ihrer Geschicke teilnehmen und ihre Interessen in den politischen Kämpfen der Zukunft in die Waagschale werfen wollen. Gleichgültigkeit und Stumpfheit werden sich an der Arbeiterschaft unter den Nachwirkungen des Krieges schwer rächen. Auf jeden einzelnen Arbeiter, jede einzelne Arbeiterin kommt es an, sollen die Mächte des Großkapitals nicht als Triumphatoren aus dem Völkerringen hervorgehen und die Arbeiterklasse unter ihre Botmäßigkeit zwingen. Politisch betätigen kann sich jeder Arbeiter aber nur in einer Partei, die die rückhaltlose Vertretung der Arbeitermassen nach den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie auf ihre Fahne geschrieben hat. Das ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Auf ihrem Würzburger Parteitag [Oktober 1917] hat die sogenannte sozialdemokratische Partei kundgetan, dass sie keine reine Kampfpartei der Arbeiterklasse mehr sein will, dass sie der Regierung Gefolgschaft leisten und im Arm mit den bürgerlichen kapitalistischen Parteien marschieren will. Sie will und kann den Arbeitern nur noch Brosamen bieten, die von der Kapitalisten Tische fallen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands dagegen will ihren Kampf für das Wohl der Arbeiterklasse führen, unabhängig von der Regierung des Obrigkeitsstaates, unabhängig von parlamentarischen Schachergeschäften, die den Arbeitern Scheinerfolge vortäuschen. Rücksichtslos will sie eintreten für das wirtschaftliche Wohlergehen und die politische Freiheit der Arbeiterklasse.²⁹

Am 24. August 1918 teilte der Polizeipräsident von Berlin dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf mit: „Dass es bei der Fortdauer der gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Lage zu Ende d.J. zu Unruhen und Arbeitseinstellungen größeren Umfangs kommen wird. Ich habe bereits mehrmals darauf hingewiesen. Die USPD rechnet damit und ist eifrig tätig, die erforderlichen Vorbereitungen zu einer umfassenden Ausstandsbewegung zu treffen. Dass dabei ihre Abgeordneten und unter diesen auch Ledebour und Hoffmann lebhaft mitwirken, ist selbstverständlich. Sie sind vor allem bemüht, die süddeutschen Organisationen der Partei mit der Berliner Leitung in enge Verbindung zu bringen. Die USPD liegt dieser vorbereitenden Arbeit um so williger ob, als sie allem Anschein nach an der hiesigen Botschaft der sozialistischen russischen Republik einen Rückhalt hat und es der Sowjetregierung sehr darauf ankommt, auch in Deutschland den radikalen Sozialismus ans Ruder zu bringen, da sie wohl der Meinung ist, sich nur dann in Russland noch längere Zeit behaupten zu können.“³⁰

Mit der Ernennung des Prinzen Max von Baden am 3. Oktober 1918 zum Reichskanzler, der Aufnahme von Mehrheitssozialdemokraten in die Regierung und dem Übergang zu einer parlamentarischen Monarchie wurde versucht, den Ausbruch der Revolution zu verhindern. Auch die Amnestierung Karl Liebknechts am 23. Oktober aus dem Zuchthaus Luckau sollte in diese Richtung wirken.

29 Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4/III. Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, Berlin 1959, S. 972.

30 Ebenda, S. 1507.

Adolph Hoffmann hieß Karl Liebknecht in den Sophiensälen im alten Handwerkervereinshaus offiziell willkommen und solidarisierte sich politisch mit ihm. Die politischen Auffassungen und Aktivitäten prädestinierten Hoffmann in den ab 3. November 1918 beginnenden und den sich wellenartig ausweitenden Unruhen bis hin zum Sturz der Monarchie am 9. November 1918 eine führende Rolle in der Revolution zu übernehmen.

Auf Drängen des Vollzugsrates des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates erklärte sich Adolph Hoffmann am 10. November 1918 zum Eintritt in die neue, paritätisch aus Vertretern von SPD und USPD zusammengesetzte preußische Regierung bereit.

Am 13. November 1918 kündigte die preußische Regierung in ihrem Aufruf die Trennung von Staat und Kirche, die Aufhebung der Konfessionsschulen und die Beseitigung des kirchlichen Einflusses in der Schule an. Damit wurde dem Prozess der Säkularisierung der Gesellschaft ein Schub gegeben, wobei Adolph Hoffmann mit Rückhalt des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates Breschen in die Phalanx Kirche-Staat schlug. Bei einer Konferenz der Geistlichen Abteilung des am 14. November neu benannten „Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ bekräftigte er am 16. November 1918 das Programm der preußischen Regierung. Die Richtlinien Hoffmanns für die Arbeit des Ministeriums begannen mit der Trennungsformel, obwohl Konrad Haenisch (SPD) dagegen seine Bedenken vorgetragen hatte.³¹ Im November und Anfang Dezember 1918 war die Kirchenpolitik der preußischen Regierung entsprechend der Intentionen Adolph Hoffmanns von der Loslösung der Kirche vom Staat und der Beseitigung aller bisherigen kirchlichen Privilegien bestimmt.

In seinem programmatischen Presseartikel „Neue Bahnen im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ nach der Amtsübernahme als Minister erklärte Adolph Hoffmann: „Ein Sturmwind ist über die Erde dahin gebläht! Eine Umwälzung von kaum zu ermessender Bedeutsamkeit hat sich vollzogen. Ein neues Leben hebt an in deutschen Landen, auch innerhalb der schwarz-weißen Pfähle, wo man bisher am hartnäckigsten an den alten Überlieferungen festgehalten hatte. Die alten Burgen der Gewalt sind gefallen. Nun gilt es, Platz zu schaffen für ein neues Gebäude, ein Haus, in dem das ganze Volk sich wohl fühlt. Fort zunächst mit all den hindernden Schranken und Hemmungen, die die jahrhundertelange Reaktion noch in unseren öffentlichen Einrichtungen zurückgelassen, fort mit den Resten überlebter Vorstellungen und Gedanken, die der Geist der Enge und Finsternis, die Anbetung der brutalen Macht, die Verherrlichung des Militarismus und der Bürokratie noch so vielfach in den Köpfen hat wuchern lassen! Neue Gedanken und Ideale verlangen gebieterisch ihre Verwirklichung! Neue Bahnen frei zu machen, das ist die Aufgabe des neuen Ministeri-

31 Ernst Rudolf Huber/Wolfgang Huber: Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Band IV: Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik, Berlin 1988, S. 14/15.

ums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. In ihm sollen alle Bestrebungen, die sich zu diesen Zielen bekennen, ihren Mittelpunkt finden. Die Bürgerschaft für die Erhaltung und Festigung des durch die Revolution geschaffenen neuen Staates ist die Jugend. Darum werden die Reformen mit der Schule beginnen. Die Schule, die das künftige Geschlecht heranbilden soll, muss auf dem Prinzip der Einheitsschule aufgebaut werden. Allen Staatsbürgern werden gleiche Bildungsmöglichkeiten eröffnet. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel werden durchgeführt werden. Frei von jeder Bevormundung, frei von traditioneller Geschichtsverfälschung und frei von konfessioneller Beeinflussung wird der Unterricht sein. Vollkommene Trennung von Schule und Kirche wird gewährleistet. ... Die Fähigkeiten jedes Einzelnen sollen zur höchsten Entfaltung kommen. ... Freiheit des religiösen Bekenntnisses wird gewährleistet. Religion ist persönliche Angelegenheit und Sache der religiösen Gemeinschaft. Darum wird vollständige Trennung von Staat und Kirche oberster Grundsatz sein. Die Kirche soll ihr eigenes freies Leben führen, aber auch selbst die Lasten aufbringen, die zur Bestreitung ihrer Lebensbedürfnisse erforderlich sind.⁴³²

Die gesamte Beamtenschaft des Ministeriums verpflichtete Adolph Hoffmann auf die neugebildete preußische Regierung. Die folgende von ihm und Konrad Haenisch gezeichnete Verfügung vom 27. November 1918 wurde vervielfältigt und unter den Beamten verteilt: „Es scheint geboten, über den gegenwärtigen Aufbau des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung grundsätzliche Feststellungen zu machen. Das Ministerium ist gegenwärtig ein Organ der durch die Revolution ans Ruder gekommenen Volksgewalt. Die Minister sind dafür verantwortlich, dass in ihm eine der Tendenz der Revolution entsprechende Politik gemacht wird. Der Beamtenkörper des Ministeriums besteht vorläufig durchweg aus Männern einer anderen politischen Richtung, er muss infolgedessen auf eine Mitbestimmung der politischen Richtlinien der Verwaltung und auf eine Beteiligung an den grundsätzlichen Entscheidungen verzichten. Dass er sich trotzdem aus Liebe zu unserem Volk und Vaterland und aus staatsbürgerlichem Willen zur Ordnung und zur Erledigung der Geschäfte zur Verfügung gestellt hat, dafür wissen wir aufrichtig Dank. Wir geben uns der Hoffnung hin, dass die Herren die Folgerichtigkeit dieser unserer Auffassung willig anerkennen werden, sind aber andererseits gern bereit, in allen Fällen, wo ihre Erfahrung der Sache von Nutzen sein kann, ihren Rat zuzuziehen. Wir müssen uns jedoch besonders in diesen Zuständen der Übergangszeit auch vorbehalten, in gewissen grundsätzlichen Fragen und Neuordnungen ohne weiteres unsere politische Ansicht durch Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Das bedeutet kein Übergehen, noch irgend eine Missachtung, sondern ist lediglich ein Ausdruck der gegenwärtigen politischen Situation.“⁴³³

32 Deutsche Lehrer-Zeitung. Organ des Verbandes deutscher evangelischer Schul-, Lehrer- und Lehrerinnen-Vereine e.V., Rheydt, Nr. 48 vom 30.11.1918, S. 545/546.

33 Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Staatsbibliothek zu Berlin, Handschriftenabteilung, Sammlung Darmstaedter, Adolf Hoffmann, 2 L 1914 19.

Unbeschwert von Tradition und unbesorgt von Nachwehen untersagte der neue Minister durch Erlass vom 15. November jede Form von Volksverhetzung, tendenziöse und falsche Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sowie das Schüren von gegenrevolutionärer Propaganda in der Schule. Wörtlich lautete der Erlass: „I. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern dazu missbraucht wurde, Volksverhetzung zu betreiben, hat solches in Zukunft zu unterbleiben, vielmehr einer sachgemäßen kulturhistorischen Belehrung Platz zu machen. Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden. II. Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche Krieg an sich verherrlichen. III. In keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution sowie der gegenwärtigen Regierung zu äußern, welche geeignet sind, bei der Schuljugend das Ansehen und die Errungenschaften dieser Volksbefreiung herabzuwürdigen. IV. Es hat seitens der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Jugend alles zu unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution (besonders auf dem flachen Lande) zu schüren, da solches Vorgehen im jetzigen Augenblick die größte Gefahr eines Bürgerkrieges für unser Volk in sich birgt. V. Bis zum Erlass über Trennung der Schule und Kirche sind Kinder von Dissidenten und solchen Andersgläubigen, für die ein Religionsunterricht im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Erziehungsberechtigten ohne jeden weiteren Nachweis vom Religionsunterricht zu befreien.“³⁴ Mit der Verordnung vom 29. November „über die Stellung der Religion in der Schule“ wurden die geistliche Ortsschulaufsicht und das obligatorische Schulgebet abgeschafft, Befreiung vom Religionsunterricht erlaubt und Religion als Prüfungsfach abgesetzt. Im Erlass hieß es: „1. Das Schulgebet vor und nach dem Unterricht wird, wo es bisher noch üblich war, aufgehoben. 2. Eine Verpflichtung der Schüler seitens der Schule zum Besuch von Gottesdiensten oder anderen religiösen Veranstaltungen ist unzulässig. Auch hat die Schule keine gemeinsamen religiösen Feiern (z. B. Abendmahlbesuche) zu veranstalten. Schulfeiern dürfen keinen religiösen Charakter tragen. 3. Religionslehre ist kein Prüfungsfach. 4. Kein Lehrer ist zur Erteilung von Religionsunterricht oder zu irgend welchen kirchlichen Verrichtungen verpflichtet, auch nicht zur Beaufsichtigung der Kinder beim Gottesdienst. 5. Kein Schüler ist zum Besuch des Religionsunterrichts gezwungen. Für Schüler unter 14 Jahren entscheiden die Erziehungsberechtigten, ob sie einen Religionsunterricht besuchen sollen, für Schüler über 14 Jahren gelten die allgemeinen Bestimmungen über Religionsmündigkeit. 6. Es ist unzulässig, im Religionsunterricht der Schule häusliche Schularbeiten, insonderheit das Auswendiglernen von Katechismusstücken, Bibelsprüchen, Geschichten und Kirchenlieder aufzugeben.“³⁵

34 Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, I. HA, Rep. 76 VI, Sekt. 1 Gen. Nr. 265, Maßnahmen der Revolutionsregierung auf dem Gebiete des Schulwesens 1918-1933, Bl. 4.

35 Ebenda, Bl. 40-46.

Das katholische Episkopat, die evangelische Kirche, der Philologenverband, Lehrerverbände und die katholische Zentrum-Partei reagierten mit wütendem Protest und organisierten Widerstand. Schon am 19. November hatte sich der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, der Kölner Erzbischof Kardinal Hartmann, mit einem Protestschreiben an die preußische Regierung gewandt. Namens der preußischen Bischöfe bezeichnete er die geplante Trennung von Staat und Kirche als einen „flagranten Rechtsbruch“. „Denn 1. ist die gegenwärtige Regierung nur eine vorläufige, die höchstens befugt ist, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung die erforderlichen Anordnungen zu treffen – nicht aber kann sie als berechtigt angesehen werden, bestehende Gesetze aufzuheben. 2. Durch die geplante Trennung wird nicht nur eine ganze Reihe geltender Gesetze, sondern auch die Verfassungsurkunde verletzt.“³⁶ In Hirtenschreiben der bayrischen und preußischen Erzbischöfe und Bischöfe vom 17. bzw. 20. Dezember 1918, die Ende des Monats von allen Kanzeln verlesen wurden, wurde der Religionserlass als gefährlich für die Sittlichkeit und die öffentliche Ordnung gebrandmarkt. Diese Hirtenbriefe dienten der Mobilisierung der katholischen Bevölkerung gegen die angekündigten Trennungsmaßnahmen. „Und merkt wohl auf,“ hieß es im Hirtenbrief der preußischen Erzbischöfe und Bischöfe, „geliebte Diözesanen, das Allerschlimmste ist dieses: aus den Schulen schwindet jegliche Religion. Lehrer und Lehrerinnen werden für ihr hohes Amt vorbereitet ohne Religion und Glaubensbekenntnis. Für das wichtigste Erziehungs- und Unterrichtsfach gibt es im Schulplan keinen, gar keinen Platz.“³⁷ Im Rheinland und Schlesien erhoben sich separatistische Forderungen nach Abtrennung vom Reich.³⁸

Adolph Hoffmann wurde einer gottentfremdeten Kulturpolitik bezichtigt, womit eine Kulturkampfstimmung angeheizt wurde. Otto Dibelius, damals evangelischer Pfarrer in Schöneberg, hetzte in einem Artikel: „Eine Regierung aber, die das Recht unseres Glaubens auf unserer Kinder Leben antastet, darf sich nicht wundern, wenn wir die kirchlich Gesinnten zum Kampf aufrufen – solange der Religionserlass nicht zurückgezogen wird. Einst hat Rudolf Virchow das Wort vom ‘Kulturkampf’ geprägt ... Wir nehmen das Wort auf im neuen Sinne. Was man jetzt entfesselt hat, ist ein Kampf gegen die Grundlagen der christlich-deutschen Kultur. Wir treten ein in diesem Kampf als Kämpfer für dieses von den Vätern ererbte Gut. Wir erheben den alten Kreuzfahrerruf: ‘Gott will es! Gott will es!’“³⁹

Obwohl die Verordnung auch von Konrad Haenisch mit gebilligt und gezeichnet worden war, hob dieser den Religionserlass Ende Dezember 1918 mit dem Argument eines drohenden Kulturkampfes und der Gefahr separatistischer Ten-

36 Huber/Huber, Staat und Kirche, S. 18.

37 Ebenda, S. 28.

38 Siehe Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Düsseldorf 1969, Erster Teil, S. 132, Zweiter Teil, S. 58-65.

39 Zitiert nach Ludwig Richter: Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung, Düsseldorf 1996, S. 16.

denzen wieder auf. Adolph Hoffmann war am 10. Dezember der schweren spanischen Grippewelle erlegen, die in Berlin Tausende und weltweit Millionen Todesopfer gefordert hatte, und bis Ende Dezember dienstunfähig. Er war mit der Rücknahme des Religionserlasses nicht einverstanden.⁴⁰ In einem persönlichen Brief an Adolph Hoffmann erklärte Haenisch am 31. Dezember 1918: „Ich mache gar kein Hehl daraus, dass ich mit voller Absicht die ganze Zeit darauf hingearbeitet habe, die Wirkung unserer Tätigkeit aus den ersten Ministerwochen nach Möglichkeit abzuschwächen. Du wirst Dich erinnern, dass ich von Anfang an voraussagte, diese ganze überstürzte Schul- und Kirchenpolitik werde die schwerstwiegenden politischen Konsequenzen haben, und dass ich sie schließlich nur mitgemacht habe, nachdem Du immer von neuem mit dem Appell an den Arbeiter- und Soldatenrat gedroht hattest. Die Folgen dieser Politik sind nun in einem Grade eingetreten, wie ich selbst es kaum für möglich gehalten hätte. Meine allerschwersten Befürchtungen sind weit übertroffen worden. Die ganze Separatistenbewegung im Rheinlande wie in Posen und Oberschlesien wird fast ausschließlich mit unserer Schul- und Kirchenpolitik geschürt. Massenhaft waren in diesen letzten Wochen Parteigenossen aus diesen Gebieten bei mir, um mich händeringend zu beschwören, noch schleunigst gut zu machen, was noch irgend zu machen sei. Die Telegramme, die vor bevorstehenden Aufständen warnten, häuften sich. Es ergab sich, dass die Durchführung dieser Politik zur Zeit absolut unmöglich ist. Übereinstimmend wird weiter aus allen katholischen Bezirken berichtet, dass das Zentrum seine Wahlgeschäfte ausschließlich mit dem ‘neuen Kulturkampf’ macht und dass auch die Arbeiter, die ihm schon abtrünnig geworden waren, ihm in hellen Scharen wieder zuströmen. Jeder weitere Tag der Aufrechterhaltung insbesondere des Religionserlasses hätte unseren beiden Parteien hunderttausende von Stimmen gekostet. Unter diesen Umständen war es nicht nur höchste politische Pflicht, sondern auch Pflicht dem Sozialismus gegenüber, einzulenken. Ich habe die Verantwortung für die Maßnahmen durchaus auf meine eigenen Schultern genommen und bin gern bereit, sie vor jeder Instanz zu tragen.“⁴¹

Am 3. Januar 1919 schied Adolph Hoffmann wie alle Minister der USPD aus der preußischen Regierung aus. In seinen Erinnerungen „Unter den Linden 4“ schilderte er 1920 den Widerstand, den die im Geiste der Reaktion erzogenen höheren Staatsbeamten jeder noch so bescheidenen Reform entgegensetzten: „Die Reaktion der Kirche war durch ein uraltes ‚Rätesystem‘ in allen maßgebenden und führenden Stellen fest verankert. Als die Novemberstürme heranbrausten, saß das lichtscheue schwarze Raubvogelgezücht in allen Löchern, Ritzen und Verstecken, im Gemäuer des alten, in seinen Festen erzitternden Turms der Reaktion und

40 Siehe Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, I. HA, Rep. 76 VI, Sekt. 1 Gen. Nr. 265, Maßnahmen der Revolutionsregierung auf dem Gebiete des Schulwesens 1918-1933, Bl. 91.

41 Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19. Hrsg. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam und Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bonn: I. Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik. 19.12.1918-8.4.1919. Vom Ersten zum Zweiten Rätekongress, Leiden 1968, S. 139/140.

harrte schlaue und geduldig auf – besseres Wetter. Den festesten Halt und die größte Sicherheit bot den schwarzen Galgenvögeln der älteste und mit tausendfältigen Schlupfwinkeln versehene Hort der kirchlichen Reaktion in Berlin, Unter den Linden 4, ‚Kultus‘-Ministerium genannt. Hier hatten sich die Totengräber deutscher Denkfähigkeit so fest eingenistet, dass mehr denn eine Herkulesarbeit dazu gehörte, Wandel zu schaffen, oder, richtiger gesagt, Auskehr zu halten... Nun könnte man mit Recht sagen: ‚Die sozialdemokratischen Minister hätten doch das Großreinemachen besorgen müssen!‘ Gewiss, das war auch meine Meinung und Absicht! Aber wer Konrad Haenisch und seine Entwicklung vom radikal sich überschlagenden Flugblattschreiber – innerhalb einiger Tage – zum Deutschland, Deutschland über alles brüllenden Überalldutschen kennt, der wird die Unmöglichkeit, von ihm überhaupt nur etwas wie Grundsätze zu verlangen oder umfassende Änderungen durchzuführen, einsehen. Und dieser Mann war mir gleichberechtigt zur Seite gegeben als Folge eines Beschlusses jener denkwürdigen Zirkusversammlung am 10. November der Arbeiter- und Soldatenräte, bei der die irreführten Massen nur auf die Phrasen ‚Einigkeit‘ und ‚Parität‘ dressiert waren.... Der Fehler bei unserem Eintritt ins Ministerium, dem größten Teil der Geheimen Räte, vor allem dem Mephisto derselben, Herrn Hintze, nicht unverzüglich Luftveränderung verordnet zu haben, musste sich bald an uns selbst und an der Entwicklung revolutionärer Ideen in unserem Machtbereich empfindlich bemerkbar machen. Die Herren übten in und bei allem passiven Widerstand, indem sie die Durchführung von Anordnungen und Verfügungen verhinderten oder doch ins Unendliche verschleppten.“⁴²

Im Januar 1919 wurde Adolph Hoffmann für die USPD in die Verfassunggebende preußische Landesversammlung gewählt. Im Parlament geißelte er mehrmals die Morde an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, verurteilte er den Belagerungszustand und die Ausrufung des Standrechts während der Berliner Märzkämpfe. Er appellierte: „Kehren Sie zur Menschlichkeit zurück! Sorgen Sie dafür, dass wir das Deutsche Reich errichten als einen freien Menschenstaat, der in der Kultur vorangeht, aber nicht immer tiefer sinkt durch solche Rohheiten und Brutalitäten unter der Regierung sogenannter sozialistischer Minister!“⁴³

Die Weimarer Verfassung von 1919 brachte Fortschritte in der Trennung von Kirche und Staat. Der Artikel 137 lautete: „Es besteht keine Staatskirche.“⁴⁴ Die Auseinandersetzungen um das Verhältnis Kirche und Schule mündeten im Sommer 1919, als die Unterzeichnung des Versailler Vertrages anstand, im „Weimarer Schulkompromiß“. Die Reichsverfassung von 1919 sah als zukünftige Regel-

42 Adolph Hoffmann: Unter den Linden 4, in: Die Revolution. Unabhängiges sozialdemokratisches Jahrbuch für Politik und proletarische Kultur, Berlin 1920, S. 176-184.

43 Drei Reden nach dem amtlichen stenographischen Protokoll der Preußischen Landesversammlung aus den Debatten über Belagerungszustand und Standrecht von Adolph Hoffmann und Obuch, Mitglieder der Verfassunggebenden preußischen Landesversammlung, Berlin 1919, S. 75.

schule die konfessionsübergreifende Gemeinschaftsschule vor. Artikel 146 eröffnete die Möglichkeit, auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung – und damit auch weltliche Schulen – einzurichten.⁴⁵ Doch blieb die praktische Umsetzung dieser Verfassungsziele ausdrücklich einem noch zu verabschiedenden „Reichsschulgesetz“ vorbehalten, wozu es nicht kam. Konrad Haenisch hatte in seiner Funktion als preußischer Kultusminister am 11. Juli 1919 den Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion in der Verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung über die Kompromissbedingungen zur Annahme der Weimarer Verfassung informiert: „Es scheint in diesem Augenblick unmöglich, in der Schul- und Kirchenfrage vom Zentrum weitere Zugeständnisse zu erlangen ... Die Reichsregierung hält es jetzt aus sehr schwerwiegenden allgemeinpolitischen Gründen, deren Bedeutung ich vollaufwändige, für unmöglich, es jetzt zu einem Bruch mit dem Zentrum kommen zu lassen. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als uns, wenn auch zähneknirschend, dessen Bedingungen zu fügen. Diese Bedingungen sind im Wesentlichen: 1. Befreiung der Kirche von jeder irgend gearteten staatlichen Aufsicht, während der Staat der Kirche nach wie vor alle Rechte einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, ferner das Steuerrecht auf Grund der staatlichen Steuerlisten und außerordentlich weitgehende Rechte auf dem Gebiete der Schule einräumt. Mit einem Wort: Die freie Kirche im gefesselten Staat. 2. Eine außerordentlich weitgehende Freiheit des Privatschulwesens. 3. Festlegung der Konfessionsschule bis zum Erlass eines vielleicht erst nach einem halben Dutzend Jahren zu erwartenden Reichsschulgesetzes. Bis dahin völlige Unterbindung der Landesgesetzgebung auf diesem Gebiet.“⁴⁶ Vertraulich teilte er weiter mit, falls diese Bedingungen zum Tragen kämen, wolle er sein Amt zur Verfügung stellen. Als die SPD bei den preußischen Landtagswahlen im Februar 1921 eine schwere Niederlage erlitt, schied alle sozialdemokratischen Minister, so auch Haenisch, aus der Regierung aus.⁴⁷

Zur 6. Auflage seiner Schrift „Los von der Kirche!“ schrieb Adolph Hoffmann im Mai 1921 in einer neuen Vorrede mit der Überschrift: „Mein Abschied vom Preußischen Landtag“: „Die 45 Jahre, die ich jetzt im öffentlichen Leben stehe, haben meine Überzeugung nicht wankend gemacht, sondern immer mehr bestärkt:

44 Die Verfassung des Deutschen Reichs (Weimarer Verfassung) vom 11. August 1919, in: Deutsche Verfassungen, München 1981, S. 122.

45 Siehe Michael Schmidt: Ein langer steiniger Weg – wie Lebenskunde an die Berliner Schule kam, in: Horst Groschopp/Michael Schmidt: Lebenskunde – die vernachlässigte Alternative. Zwei Beiträge zur Geschichte eines Schulfaches, Berlin 1995, S. 23-36.

46 Zitiert nach Dirk H. Gentsch.: Zur Geschichte der sozialdemokratischen Schulpolitik in der Zeit der Weimarer Republik. Eine historisch-pädagogische Analyse zur Schulpolitik der SPD in Deutschland in den Jahren von 1919 bis 1933. Eine Studie, Frankfurt/Main u. a., 1994, S. 159/160; Siehe Peter Braune: Die gescheiterte Einheitsschule. Heinrich Schulz – Parteisoldat zwischen Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert, Berlin 2004, S. 161-205.

47 Siehe Matthias John: Konrad Haenisch (1876-1925). Laufbursche bei der „Leipziger Volkszeitung“ – Redakteur in Dormund – preußischer Kultusminister, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, Nr. 1/2001, S. 55-69.

Das Proletariat kann alle Rechte und Freiheiten, die es unter unsäglichen Opfern, zu denen das Leben als höchstes gehört, erkämpft hat, nur dann für die Zukunft und seine Kinder behalten, wenn es erstens die Gewalt der Kirche bricht, d.h. ihren Missbrauch der Religion als Dienerin des Kapitalismus und der Reaktion beseitigt, zweitens die Schule von dem unheilvollen Einfluss der Kirche reinigt, damit ein neues freies Geschlecht herangezogen werden kann, das jedem Rückfall in geistige und physische Knechtschaft dauernd einen unüberwindlichen Damm entgegensetzt... Die heutigen Inhaber der Gewalt denken gar nicht daran, die Aufwendungen für die Kirche abzubauen und den notleidenden Schulen zuzuführen. Sie denken gar nicht daran, die Schulen so zu gestalten, dass wirklich freie Menschen herangezogen werden... Das ist natürlich nur möglich, wenn die Masse des Volkes die Entwicklung vorwärts treibt und durch Massenaustritt aus der Kirche selbst die wirkliche Trennung von Staat und Kirche einerseits und damit zugleich die Trennung von Schule und Kirche andererseits durchführt... Dieser Kampf ist mir Lebensbedürfnis geworden... es [ist] meine felsenfeste Überzeugung..., dass nur durch die Befreiung der Menschheit vom religiösen Aberglauben und von der Pfaffenherrschaft, durch eine auf wissenschaftlicher Grundlage wirkende freie weltliche Einheitsschule die mit schweren Opfern zu erringende Freiheit uns und unseren Kindern erhalten werden kann. Wo darum gekämpft wird, wird man mich bis zum letzten Atemzuge finden.“⁴⁸ Diesem Credo ist Adolph Hoffmann treu geblieben.

1920 führte Adolph Hoffmanns politischer Weg mit dem linken Flügel der USPD zur VKPD, von dieser 1921 erneut zur USPD, die sich 1922 mit der SPD wiedervereinigte. Als Reichstags- und Landtagsabgeordneter (1920-1924, 1928-1930) und als Berliner Stadtverordneter (1925-1930) vertrat er bei der Sicherung der Weimarer Republik und der Abwehr von Nationalismus, Chauvinismus und Antisemitismus linke Positionen. Mit der Schulhumoreske „Knorke“ wollte er um 1924 wirksame Propaganda für die weltliche Schulbewegung betreiben. Nach einer Rezension im „Vorwärts“ schien ihm das gut gelungen zu sein: „Den echt berlinischen, stets schlagfertigen Humor des Redners Hoffmann kennen unsere Leser, und sie wissen, dass er nie Selbstzweck ist, sondern immer im Dienst einer höheren Wahrheit steht, die er zu erläutern, zu bekräftigen, zu propagieren sucht. Der Humor des Schriftstellers Hoffmann trägt denselben Charakter. Die Humoreske ‚Knorke‘ will nicht nur unterhalten und erheitern, sondern sie ist zugleich eine Tendenzschrift, die der Schulreform dienen und das Verständnis für die modernste Form des Unterrichts, die Lebensgemeinschaftsschule, fördern soll.“⁴⁹

Mit der Veröffentlichung von Memoiren, Anekdoten und Begegnungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes, von Episoden und Zwischenrufen aus seiner Tätig-

48 Adolph Hoffmann: Los von der Kirche! Meine erste Anti-Kirchenrede im Preußenparlament, Berlin 1921, S. 2-5.

49 Zitiert nach Adolph „Hoffmann’s Erzählungen“. Gesammelte und heitere Erinnerungen aus sozialistengesetzlicher Zeit, Berlin o.J. [1928], Anhang [S. 199].

keit als Parlamentarier wollte Adolph Hoffmann Fälschungen und Entstellungen seiner politischen Arbeit widerlegen, Erfahrungen und Lehren dem Vergessen entreißen, denn wie er am 28. Februar 1929, fast zwei Jahre vor seinem Tod am 1. Dezember 1930, in einer handschriftlichen Buchwidmung schrieb: „Erinnerung hält immer jung“.⁵⁰ Sein größter Wunsch war es, dass „die Jugend der Völker nie wieder mit Kriegsfanatismus“ vergiftet wird.⁵¹

In Erinnerung blieben bei Zeitgenossen Adolph Hoffmanns parlamentarische Zwischenrufe. Er entwickelte eine wahre Meisterschaft in kurzen, drastischen Zwischenrufen, die von seiner gespannten Aufmerksamkeit, von seinem kernigen Berliner Mutterwitz Zeugnis ablegten und fast immer den Nagel auf den Kopf trafen. Karl Liebknecht charakterisierte ihn als den geborenen Regisseur für parlamentarische Zwischenrufe, die eine Waffe unterdrückter parlamentarischer Minderheiten seien.⁵² Ludwig Kantorowicz schrieb 1928 in der Wochenschrift „Der Drache“: „In einer Philosophie der Zwischenrufe wird einst der Name Adolph Hoffmann einen breiten Raum einnehmen. Als klassischer Zwischenrufer im Streit ist er populär geworden, denn auch seine so berühmten ‚Zehn Gebote‘ sind nichts anderes als Zwischenrufe zum biblischen Dialog. ... In Hoffmanns Zwischenrufen steckt mehr als Witz. Da ist tiefere Bedeutung. Es sind einzeilige Epigramme, die besten Reden, die je in einem deutschen Parlament gehalten wurden. In einigen Sekunden sagt er, was andere in einigen Stunden nicht sagen. Er nimmt den Dingen die hohle Pathetik, ihre falsche Feierlichkeit... Hoffmanns Zwischenrufe verletzen nicht, sie töten. Das sind geschliffene Dolche. Er zückt sie, und ein parlamentarischer Kretin deckt die Rednertribüne. Das Parlament wird zur lachenden Trauergemeinde. ‚Große Heiterkeit‘ zur Todesanzeige. So hat sein Witz die Kröcher, die Stoecker und Pappenheims zur Strecke gebracht.“⁵³

50 Zitiert nach ebenda, in: SAPMO-BArch, Bibliothek, Signatur 51/2064.

51 Ebenda, S. 196.

52 Siehe Karl Liebknecht an Sophie Liebknecht vom 6. Juli 1918, in: Ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1971, S.549; Ders.: Politischer Brief der Spartakusgruppe, 22.4.1916, in: Ebenda, Bd. VIII, Berlin 1972, S. 607.

53 Zitiert nach Adolph „Hoffmann’s Erzählungen“, Anhang [S. 197].

Marie Juchacz: Reflexionen der Novemberrevolution 1918/1919 in der „Gleichheit“

Der Erste Weltkrieg hatte verheerende Folgen für die Arbeiterbewegung – so auch für die proletarische Frauenbewegung. Von einschneidender Bedeutung für die deutsche und die internationale proletarische Frauenbewegung war der Mai 1917: Am 16. Mai 1917 teilte der Parteivorstand der SPD der langjährigen Redakteurin der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ und Sekretärin der sozialistischen Fraueninternationale Clara Zetkin (1857-1933) mit, sie sei entlassen. Aus Sicht des Parteivorstands unter dem Vorsitz Friedrich Eberts (1871-1925) wurde Zetkin aufgrund ihrer kritischen Haltung zu Krieg und Burgfrieden untragbar: Zu vehement hatte die konsequente Antimilitaristin den Parteivorstand für sein „Umlernen“ kritisiert, zu deutlich nahm sie einen radikalisierenden Einfluss auf die Frauenorganisationen. Die unleugbar sinkenden Abonnementzahlen der Zeitschrift¹ waren willkommenen Anlass für Parteivorstand und Parteiausschuss, Zetkin ihre wichtigste öffentliche Plattform aus der Hand zu nehmen.

Die Entlassung Zetkins und „der Gleichheitsmord“² kamen keineswegs überraschend. Eine richtungweisende Personalentscheidung an der Spitze der proletarischen Frauenbewegung war bereits vorausgegangen. Luise Zietz (1865-1922), erstes und einziges weibliches Mitglied im Parteivorstand der SPD, hatte ihre anfangs befürwortende und später abwartende Haltung zum Krieg aufgegeben und sich auf die Seite der radikalen Kriegsgegner gestellt. Ebert hätte sie deshalb gerne bereits 1916 durch eine wesentlich weniger streitbare Person ersetzt, doch die Genossin, die er für diesen Posten vorgesehen hatte, zögerte.³ Erst nachdem Luise Zietz offen die neue oppositionelle Gruppierung unterstützte, war die Auserkorene – das war Marie Juchacz – bereit, die unbequem gewordene Frauensekretärin im Parteivorstand zu beerben. Luise Zietz erhielt ihre Kündigung im Februar 1917, Zetkin die ihre drei Monate später. Beide Positionen, die höchsten in der Frauenbewegung der SPD, wurden nun von Marie Juchacz übernommen. In der Redaktion der „Gleichheit“ stellte man ihr den Parteifunktionär und Pädagogen Heinrich Schulz zur Seite.⁴ „Die Gleichheit“ und die proletarische

1 Die enormen Verluste der „Gleichheit“ ergaben sich vornehmlich aus gezielten Abonnementkündigungen der Gewerkschaften und aus der allgemein miserablen Lebenssituation während des Krieges. Für die Entlassung Zetkins waren sie nur vorgeschoben. Siehe Mirjam Sachse: „Ich erkläre mich schuldig.“ – Clara Zetkins Entlassung aus der Redaktion der „Gleichheit“ 1917, in: Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin. Berlin 2008, S. 72-78.

2 Käthe Duncker in einem Brief an Hermann Duncker, 23./24.05.1917, SAPMO-BArch, NY 4445/138.

3 Siehe Susanne Müller: Marie Juchacz als Frauensekretärin der SPD, in: Marie Juchacz. Leben und Werk. Hrsg. vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, Bonn 1979, S.106-122, S. 112.

4 Das Verhältnis der beiden neuen „Gleichheit“-Redakteure scheint nicht unproblematisch gewesen zu sein.

Frauenbewegung sollten wieder im Sinne des Parteivorstands geführt werden.

Wer war Marie Juchacz und welchen Wandel erfuhr „Die Gleichheit“ unter ihrer Redaktion? Juchacz wurde 1879 in Landsberg an der Warthe – dem 80 km nordöstlich von Frankfurt/Oder gelegenen heutigen Gorzów Wielkopolski – geboren. 22 Jahre jünger als die Pionierinnen der Frauenbewegung Clara Zetkin und Emma Ihrer (1857-1911) gehörte sie bereits der nächsten Generation von Streiterinnen für die Frauenbewegung an. In ihrer autobiographischen Skizze „Kindheit, Jugend und erste politische Tätigkeit“⁵ beschrieb sie sehr detailliert die Umstände, die dazu führten, dass sie als die älteste Tochter des Zimmerermeisters Friedrich Theodor Gohlke und seiner Frau Henriette zunächst als Dienstmädchen, Fabrikarbeiterin und Krankenpflegerin arbeiten musste. Ihr familiäres Umfeld zeichnete sie als ein sehr harmonisches und liebevolles: Der Vater ermöglichte ihr den Zugang zu allgemeinbildenden Büchern; die Mutter zog später zu ihren Töchtern nach Berlin und unterstützte sie bei der Bewältigung des Alltags. Es war die sozialdemokratische Gesinnung des sieben Jahre älteren Bruders Otto, die sowohl das politische Bewusstsein der Marie Juchacz wie auch das ihrer neun Jahre jüngeren Schwester Elisabeth geprägt hatte.⁶ Die zutiefst politische Überzeugung war es, die die beiden Schwestern neben einer herzlichen Geschwisterliebe und Kameradschaft auf das Engste verband, eine Überzeugung, der stets die Bereitschaft innewohnte, in leitender Position Verantwortung zu übernehmen. Nachdem es Marie Juchacz schließlich doch möglich geworden war, die ersehnte Ausbildung als Schneiderin abzuschließen, zogen sie und ihre Schwester 1906 nach Berlin, wo sie gemeinsam die ersten Schritte auf dem beschwerlichen Weg in die große Politik gingen.

Neben der familiären Herkunft und dem besonderen Verhältnis zur Schwester beschreibt Juchacz in der autobiographischen Skizze ihren politischen Werdegang. Im Ton der Bescheidenheit weist sie den Verdacht zurück, sie habe nach per-

Schulz, der noch 1906 gemeinsam mit Zetkin ein Grundlagenreferat für die sozialdemokratische Bildungspolitik ausgearbeitet hatte, soll Juchacz nachgesagt haben, dass sie „weder Erfahrung noch Begabung für eine Redakteurstätigkeit“ habe (Hedwig Wachenheim: Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin, Berlin 1973, S. 84). Sie habe „Die Gleichheit“ lediglich „nominell“ geleitet, er dagegen die eigentliche Arbeit geleistet. Zumindest das Hauptblatt vermittelt jedoch den gegenteiligen Eindruck. Beide sollten 1919 als Abgeordnete in den Reichstag berufen werden und deshalb die Redaktion der „Gleichheit“ wieder abgeben.

5 Marie Juchacz: Kindheit, Jugend und erste politische Tätigkeit, in: Marie Juchacz, (Anm. 3), S. 7-78. Diese autobiographische Skizze umfasst nur die Zeit und Erlebnisse bis 1917.

6 Elisabeth Gohlke, geschiedene Röhl, verheiratete Kirschmann-Röhl lebte vor ihrer Heirat mit dem Bauarbeiter Röhl und nach Auflösung dieser Ehe, aus der ein Sohn hervorging, in einer Wohngemeinschaft mit ihrer älteren Schwester. 1921 heiratete sie den sozialdemokratischen Redakteur, Ministerialrat und Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann (1888-1948), arbeitete als Autorin und Herausgeberin und vor allem für „Die Gleichheit“-Beilage „Die Frau und ihr Haus“. Sie wirkte in kommunalen SPD-Organisationen, war 1919 bis zu ihrem Tod 1930 Mitglied des Hauptausschusses der AWO, Leiterin der AWO-Anstaltskommission und kurzzeitig Reichstagsabgeordnete. Die beiden Schwestern wurden in Charakter und Kompetenz durchaus direkt verglichen. So urteilte z. B. Hedwig Wachenheim, dass Röhl „eine viel freundlichere Natur“ gehabt habe, „viel wortgewandter als ihre Schwester“ und „allgemein sehr beliebt“ gewesen sei. (Siehe Wachenheim, Vom Großbürgertum, S. 130.)

sönlichem Erfolg gestrebt – es seien Zufälle gewesen, die sie an die Spitze eines Vereins, eines Regionalverbandes und schließlich in den Parteivorstand der SPD gebracht hätten. „Stets wurden mir diese Ämter angetragen.“⁷

In Berlin suchten die beiden „Provinzküken“ die „bewußte und intensive Mitarbeit in der sozialdemokratischen Frauenbewegung“. Juchacz, die bis dahin prinzipiell die Notwendigkeit einer eigenständigen proletarischen Frauenbewegung bestritten hatte, entschied sich für den „Umweg über die sozialdemokratische Frauenbewegung“⁸, weil sie Trägerin und nicht nur Mitläuferin der Arbeiterbewegung sein wollte. So war sie 1907 nicht abgeneigt, den ihr durch eine Frauendeputation angetragenen Vorsitz des „Frauen- und Mädchenbildungsvereins“ zu (Berlin)Schöneberg anzunehmen. Beide Frauen traten 1908 konsequenterweise der SPD bei und etablierten sich in der proletarischen Frauenbewegung. Die Frauensekretärin Luise Zietz betraute sie mit Agitationstouren, die sie wahrnehmen konnten, weil Mutter Henriette Haushalt und Kinderbetreuung erledigte und sie als Näherinnen für Konfektionshäuser flexible Arbeitszeiten hatten. Eine dieser Agitationsreisen führte Marie Juchacz nach Köln, wo sie schließlich einen besoldeten Posten als Parteisekretärin annahm und wohin 1913 die gesamte Familie zog. Als hauptamtliche Parteisekretärin arbeitete Juchacz bis 1917. Bereits damals entwickelte sie die Idee einer eigenen sozialdemokratischen Wohlfahrtsorganisation – 1919 entstand die „Arbeiterwohlfahrt“ (AWO).

Während des Ersten Weltkriegs war Marie Juchacz in der „Nationalen Frauengemeinschaft“, in verschiedenen kölnischen Körperschaften und privaten Wohlfahrtsorganisationen aktiv und wirkte im Ernährungsausschuss. In den autobiographischen Aufzeichnungen reflektiert sie diese Tätigkeiten keineswegs als kriegsunterstützende Maßnahmen. Noch im Nachhinein beurteilte sie die Lösung der kriegsbedingten Lebenshaltungsprobleme als eine „Mission“ und den Ersten Weltkrieg als eine „große Zeit“⁹. Ihrer Meinung nach hatten die deutschen Frauen den Durchhalteparolen der SPD-Führung zu folgen, denn sie war der Überzeugung, dass „[d]ie große Prüfung des Ersten Weltkriegs [...] für die Frauen der Anfang für neue Verantwortung“ wurde.¹⁰

Ganz in diesem Sinne gestaltete Marie Juchacz „Die Gleichheit“, deren redaktionelle Leitung sie seit Mai 1917 innehatte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sie als Hilfssekretärin gearbeitet und verfasste einige wenige Artikel für die Zeitschrift.¹¹

7 Juchacz, Kindheit, S. 7.

8 Ebenda, S. 42.

9 Juchacz, Kindheit, S. 77.

10 Juchacz wurde 1918 in die Nationalversammlung und 1919 in den Reichstag gewählt. Sie emigrierte 1933 ins Elsass und floh schließlich in die USA. Dort wurde sie u.a. Mitglied im Exekutivkomitee „German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism“ und kehrte 1949 wieder nach Deutschland zurück.

11 Der früheste Artikel, der Juchacz zugeordnet werden kann, erschien 1911 und war ein Bericht über die sozialdemokratische Frauenorganisation in Berlin-Rixdorf (siehe „Die Gleichheit“ vom 5.6.1911, S. 280-281). Diesem Artikel folgten noch einige weitere Beiträge über regionale Organisationen: M.[arie] Juchacz: Im siebten sächsischen Reichstagswahlkreis ... , in: „Die Gleichheit“ vom 26.6.1912, S. 312; Marie Juchacz: Jahresbericht der Genossinnen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, in: „Die Gleichheit“ vom 16.10.1912, S. 26.

Nach Übernahme der Redaktion begann Juchacz den bis dahin unabhängigen Charakter der „Gleichheit“ aufzugeben und den Wünschen des Parteivorstandes anzupassen. Dazu gehörte die Kritik an den Positionen von Luise Zietz und Clara Zetkin. So war der Frieden zwischen der Parteispitze und „ihren“ Frauen eingeleitet.

Die radikale Konkurrenz in Gestalt der „Leipziger Volkszeitung“ erachtete es als vorzügliche Aufgabe der Marie Juchacz, „Die Gleichheit“ und deren Leserinnen „zu kritiklosen Mitläuferinnen der nationalsozialen Mehrheitspolitik“¹² zu machen. Parteipolitische und tagesaktuelle Themen spielten in der „Gleichheit“ nunmehr nur noch eine untergeordnete Rolle und wurden ganz im Sinne der Parteispitze und mit Seitenhieben gegen die USPD-Konkurrenz dargestellt.¹³ Der gewählte Tonfall war durchaus aggressiv.

Juchacz war davon überzeugt, dass der von der gegnerischen Seite geschürte Parteizwiespalt den Friedensprozess unnötig verlangsamte.¹⁴ Doch war es gerade die Friedensfrage, in der sich die ganze Zerrissenheit innerhalb der proletarischen Frauenbewegung zeigte – dort manifestierte sie sich stärker als in der übrigen Arbeiterbewegung. Der Frieden war das erklärte und ersehnte Ziel. Zugleich, so meinte Marie Juchacz, bot er die einmalige Chance für die Frauen, mit Engagement und „Durchhalten“ ein Zeugnis für ihre staatsbürgerlichen Qualitäten abzulegen und so der berechtigten Forderung nach dem Frauenwahlrecht Nachdruck zu verleihen. In ihren Leitartikeln schürte sie zugleich die Hoffnung und die Befürchtung, das Ende des Krieges könnte ähnlich plötzlich und mehr oder weniger gewaltsam kommen wie sein Anfang¹⁵, und sie meinte, dass die proletarischen Frauen auf diesen Fall vorbereitet sein müssten, denn „ein starkes und freies Deutschland [...] [sei] die erste Vorbedingung für eine starke und freie deutsche Arbeiterbewegung sowie für die Fortentwicklung der deutschen Kultur, dieses wertvollen und wichtigen Stückes der allgemeinen Kultur“.¹⁶ Der Krieg wurde damit von der „Gleichheit“ nunmehr ganz im Sinne der Parteiführung als eine für die Arbeiterbewegung insgesamt förderliche Notwendigkeit verteidigt. Und so wurde kein sofortiges und vor allem kein bedingungsloses Ende des Krieges, sondern ein letztes Aufgebot aller Kräfte gefordert. Die „Gleichheit“-Redaktion kritisierte zwar die Durchhalteparolen der Militärs, da diese schon lange kein Trost mehr seien, aber sie hoffte zugleich, „daß die deutschen Heere die schützende Mauer im Westen halten werden!“¹⁷. Juchacz's „Gleichheit“ warb bei ihren Leserinnen um Verständnis für die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, denn

12 Die Maßregelung der Redaktion der „Gleichheit“, in: Frauen-Beilage der „Leipziger Volkszeitung“ vom 29.6.1917, S. 3.

13 Susanne Miller meinte, Juchacz wäre vielleicht keine geradlinige MSPD-Politikerin geworden, wenn ihr Wirkungskreis nicht der oberrheinische Partebezirk und dort die meisten der Mitglieder und Funktionäre nicht Mehrheitssozialdemokraten gewesen wären. (Siehe Miller, Marie Juchacz, S. 109.)

14 Siehe In eigener Sache, in: „Die Gleichheit“ vom 8.6.1917, S. 118-119, S. 118.

15 Siehe Ein Ende und ein Anfang, in: „Die Gleichheit“ vom 25.12.1918, S. 9.

16 In eigener Sache, in: „Die Gleichheit“ vom 8.6.1917, S. 117-118.

17 Kritische Tage, in: „Die Gleichheit“ vom 11.10.1918, S. 1-2, S. 1.

„jede andere Haltung [würde] die ungeheuerliche Gefahr einer deutschen Niederlage, zunächst des Eindringens feindlicher Heere in deutsches Gebiet, später der Unterbindung und Lähmung des deutschen Wirtschaftslebens herbeiführen“.¹⁸

So war es ganz im Sinne der Redaktion der „Gleichheit“, dass die SPD im Oktober 1918 in die Regierung eintrat. Die Redaktion sah darin die Voraussetzung dafür gegeben, „in unserem Innern für Ordnung zu sorgen und unser Deutsches Reich verfassungsrechtlich und innenpolitisch so einzurichten, daß es als ein ebenbürtiger Teilnehmer in einem großen demokratischen Völkerbund der Zukunft gelten kann“.¹⁹ Der Frieden wurde ersehnt, aber nicht jeder Frieden, sondern zumindest ein Verständigungsfrieden. Nur so könne man beruhigt in die Zukunft schauen.

Im Zusammenhang mit der angestrebten Aufnahme in den Völkerbund erinnerte sich „Die Gleichheit“ wieder der Prinzipien internationaler Solidarität und sogar des internationalen Klassenkampfes. Die Voraussetzungen für die Teilnahme Deutschlands am internationalen Demokratiesierungsprozess wurde tatsächlich in der „Niederringung der junkerlich-militärischen Herrschaft in Deutschland und in der Errichtung einer demokratischen Regierung“²⁰ gesehen, eine Sichtweise, die beim bejubelten Kriegseintritt 1914 nur in der von Zetkin geführten „Gleichheit“ nicht in den Hintergrund gerückt worden war. Nunmehr erinnerte man sich in der „Gleichheit“ der Juchacz auch wieder der „sozialistischen Brüder [...] in den feindlichen Ländern“ und hoffte, dass sie „ihre siegestrunkenen Regierungen zur Menschlichkeit und zur Ordnung zurück[...]rufen“²¹ würden.

In der Beurteilung des Krieges, in Argumentation und Inhalten blieb „Die Gleichheit“ aber hin- und hergerissen. Es gab lichte Momente wie z. B. die Stellungnahme der Redaktionsmitarbeiterin Klara Bohm-Schuch (1879-1936), „daß der Militarismus keine herrschende Gewalt für sich ist, sondern nur das Machtmittel der international herrschenden Gewalt, des Kapitalismus, darstellt“, zu dessen „Bekämpfung [...] die Arbeitermassen der ganzen Welt zusammenstehen“²² sollten. Und es gab zugleich die angesichts der „Sinnlosigkeit und Ruchlosigkeit dieses Mordens“²³ seltsam anmutende Hoffnung, „[e]ine spätere Zeit [werde] auch trotz dieses trüben Ausgangs der kriegerischen Ereignisse für Deutschland die ungeheure Leistung des deutschen Volkes in diesem Kriege gerecht würdigen“²⁴. Es fiel der Redaktion sichtbar schwer einzugestehen, dass jeder Krieg in erster Linie eine Katastrophe und keine Bewährungsprobe für ein Volk ist.

Die sozialistischen Gruppierungen, die im eigenen Land gegen den Krieg kämpften, betrachtete die „Gleichheit“ nicht als Verbündete, sondern als „Stören-

18 In eigener Sache, in: „Die Gleichheit“ vom 8.6.1917, S. 118.

19 Kritische Tage, in: „Die Gleichheit“ vom 11.10.1918, S. 2.

20 Ebenda.

21 Weihnachten im „Frieden“, in: „Die Gleichheit“ vom 20.12.1918, S. 41.

22 Klara Bohm-Schuch, in: „Die Gleichheit“ vom 22.11.1918, S. 29.

23 Ebenda.

24 Ein Ende und ein Anfang, in: „Die Gleichheit“ vom 25.10.1918, S. 9.

friede“.²⁵ Juchacz kritisierte, dass sich die USPD-Frauen nicht einer öffentlichen Aufforderung an den Reichskanzler nach Anhörung einer Delegation von Frauen aus den verschiedenen Vereinen und Verbänden angeschlossen hatten, als es um die Forderung des Frauenwahlrechts ging. In ihrer schriftlichen Begründung, in der „Gleichheit“ abgedruckt, betonte Luise Zietz, dass sie trotz Beteiligung der SPD keinerlei parlamentarisch-demokratische Umbildung der Regierung erkennen könne, sondern die USPD stärker unterdrückt werde als zuvor. Sie sah die Durchsetzung aller demokratischen Forderungen allein durch den Kampf der proletarischen Massen gewährleistet.²⁶ Marie Juchacz erachtete diese Einstellung gegenüber den verhalten demokratischen Entwicklungen als bedauerliche Ignoranz.²⁷ An anderer Stelle fragte sie, ob Luise Zietz wirklich glaube, „dadurch das Proletariat zu erlösen, daß sie es antreibt, sich zu zerfleischen?“²⁸

Dreh- und Angelpunkt der „Gleichheit“-Berichterstattung im Rahmen der laufenden Friedensverhandlungen war die Frage des Frauenwahlrechts. US-Präsident Woodrow Wilson, an den sich die neue SPD-gestützte Regierung um die Einleitung von Friedensverhandlungen wandte²⁹ und der sich im eigenen Land für das Frauenwahlrecht stark machte³⁰, wurde den deutschen Frauen als doppelter Hoffnungsträger vorgestellt. In dem Leitartikel „Die Frauen und der kommende Frieden“³¹ forderte die „Gleichheit“-Redaktion alle Frauen auf zu verlangen, dass das Frauenwahlrecht als eine „unerläßliche Friedensbedingung für alle beteiligten Völker anerkannt“ werde. Den langersehten Frieden schon greifbar nahe, sollte mehreren Gefahren vorgebeugt werden. Es müsse „ein zukünftiger wilder Kampf der Frauenwelt gegen die Männerwelt“ und zugleich ein erneuter „bedauerliche[r] Gegensatz zu den anderen Völkern“ verhindert werden.³² Für beide Gefahren galt der „Gleichheit“-Redaktion das Frauenwahlrecht als Lösung. Selbst mit dieser geschlechtsspezifischen Forderung schaffte es die Redaktion der „Gleichheit“, ein gewisses nationales Geltungsbewusstsein auszudrücken. Ohne das Frauenwahlrecht riskiere man nämlich, dass Deutschland „auch in der zu erhoffenden demokratischen Zukunft der Welt [...] wiederum am hintersten Ende marschiert“³³.

25 Die Frauen im neuen Deutschland, in: „Die Gleichheit“ vom 8.11.1918, S. 17-18.

26 Siehe „Nicht das geringste gespürt“, in: „Die Gleichheit“ vom 8.11.1918, S. 18.

27 „Die Gleichheit“ erklärte später, dass die Amnestie für verhaftete USPD-Politiker wie Karl Liebknecht vor allem den Bemühungen Philipp Scheidemanns zuzuschreiben sei (siehe „Die Gleichheit“ vom 8.11.1918, S. 20). Dagegen war die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts der „Gleichheit“-Redaktion im Januar 1919 keine einzige Zeile wert (zumindest nicht in dem von mir untersuchten Hauptblatt der „Gleichheit“).

28 Unter dem Titel „Störenfriede!“ („Die Gleichheit“ vom 22.11.1918, S. 31-32) veröffentlichte Juchacz einen Bericht über eine Versammlung, die die Hamburger Mehrheitssozialdemokratinnen gemeinsam mit dem örtlichen bürgerlichen Frauenstimmrechtsverband veranstaltet hatten. Diese von 5.000 Personen besuchte Veranstaltung sei von Mitgliedern der USPD unter Führung von Luise Zietz in ungehörigem Maße gestört worden. Wegen des Radaus habe die Rednerin des Frauenstimmrechtsverbandes nur kurz und Marie Juchacz gar nicht mehr sprechen können. Die Versammlung musste schließlich aufgelöst werden. Sozialdemokratinnen müssten sich angesichts eines solchen Verhaltens von Zietz „angewidert“ (ebenda, S. 32) abwenden.

29 Siehe Ein Ende und ein Anfang, in: „Die Gleichheit“ vom 25.10.1918, S. 9.

30 Siehe Das Frauenwahlrecht in den Vereinigten Staaten, in: „Die Gleichheit“ vom 8.11.1918, S. 24.

31 Siehe „Die Gleichheit“ vom 22.11.1918, S. 25-26.

32 Ebenda, S. 25.

Und nun die Novemberrevolution 1918.

An keinem Ereignis zeigt sich das Manko der „Gleichheit“, parteipolitische und tagesaktuelle Themen nur marginal und durch ihr vierzehntägiges Erscheinen zudem zeitlich verzögert zu berücksichtigen, so deutlich wie an der Behandlung der Revolution. Erst die mit 6. Dezember 1918 datierte Ausgabe der „Gleichheit“ nahm auf dieses umwälzende Ereignis Bezug. Die Redaktion schrieb dazu: „Da die Redaktion unserer Zeitschrift der Fertigstellung und Beförderung wegen ungefähr zwei Wochen vor dem Erscheinungstermin jeder einzelnen Nummer abschließen muß, so konnte in der vorigen Nummer die große revolutionäre Umwälzung leider kaum eine Erwähnung finden, obwohl die Nummer das Datum des 22. November trägt. Wir bitten wegen dieser Schwierigkeiten, die besonders jetzt infolge der mangelhaften Beförderungsverhältnisse unvermeidlich sind, um Entschuldigung.“³⁴ Die Berichterstattung war im November 1918 nicht am Puls der Zeit, sie war außerdem sehr oberflächlich, wenn auch euphorisch.

Im Vordergrund stand auch hier die Frage, welche Bedeutung der Revolution für das Frauenwahlrecht zukommt: „Die Revolution hat ganze Arbeit gemacht. In wenigen Tagen haben Soldaten, Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihr einiges, geschlossenes Vorgehen alles Unrecht einer alten Zeit hinweggefegt. Niemals hat sich Größeres in der Weltgeschichte abgespielt. An der Spitze der jungen sozialistischen Republik stehen Männer, die ihr Leben lang nach bestem Wissen und aufrichtiger Überzeugung für das Recht und gegen das Unrecht gestritten haben. Es ist selbstverständlich, daß in der jungen, von Sozialdemokraten geführten Republik für die Entrechtung der Frauen kein Platz mehr ist.“³⁵

Euphorisch begrüßte „Die Gleichheit“ den Sturz der Monarchie und das Frauenwahlrecht: „Gestern noch sperrten die Gewalthaber einer vergangenen Zeit dem Werdenden einer neuen Zeit einsichtslos und herausfordernd den Weg. Heute liegen sie überwunden, entwurzelt, gebrochen, ohnmächtig irgendwo abseits vom Wege und warten des Straßenfegers, der sie auf den Kehrthauften der Geschichte wirft. Gestern noch waren die deutschen Frauen unfrei, ein unterdrücktes Geschlecht, das auch der erwachenden Demokratie nur mühsam kleine Zugeständnisse abringen konnte. Heute sind die deutschen Frauen die freiesten der Welt. Sie haben die volle und unbedingte Gleichberechtigung mit dem Manne, sie können zu allen Körperschaften wählen und gewählt werden.“³⁶ Jedoch mussten die sozialdemokratisch engagierten Frauen bald erkennen, dass es immer noch nicht selbstverständlich war, an den zukunftsweisenden Entscheidungen teilzuhaben. „Frauen in die Arbeiter- und Soldatenräte“³⁷ – so lautete die berechtigte Forderung der Juchacz, die gemeinsam mit sechs anderen MSPD-Frauen am

33 Ebenda.

34 „Die Gleichheit“ vom 6.12.1918, S. 40.

35 Marie Juchacz: An die Arbeit!, in: „Die Gleichheit“ vom 6.12.1918, S. 34. Hervorhebungen von mir.

36 Ebenda.

37 Marie Juchacz: Frauen in die Arbeiter- und Soldatenräte, in: „Die Gleichheit“ vom 6.12.1918, S. 40.

14. November 1918 einen Frauenbeirat gründete, der „zur Mitberatung und Durchführung aller die arbeitenden Frauen betreffenden Fragen“³⁸ befugt sein sollte. Darüber hinaus forderte sie Sitz und Stimme für eine Frau im Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Berlin.³⁹ Als Träger der Revolution galten der „Gleichheit“ nicht nur die Arbeiter und Soldaten, sondern auch als „die Dritten im Bunde: die Frauen!“⁴⁰.

Das Ende des Krieges und das Ende der Monarchie, die Grundlegung einer demokratischen Republik, das Frauenwahlrecht, die aus dieser Revolution hervorgingen, seien aktiv von den Frauen herbeigeführt worden – auch wenn sie quasi über Nacht gekommen seien. Die genauen Umstände, die zur Revolution geführt hatten – die Befehlsverweigerung der Matrosen und Soldaten, die Hungerrevolten der Frauen, das „Nicht-mehr-durchhalten-wollen“ dessen, was nicht mehr durchzuhalten und von Beginn an falsch war –, wurden nicht reflektiert.

Das Erreichte gab allgemein Anlass für Jubel und Spott gegenüber dem geschlagenen System. Aber es häuften sich auch zahlreiche ungelöste Probleme. Man sah zwar „die große Mehrheit des deutschen Volkes geschlossen hinter der siegreichen Novemberrevolution“ stehen und konnte den Umstand, dass „es bei dieser gewaltigen Bewegung fast ohne Menschenopfer abgegangen“ sei, kaum glauben, doch fehle noch „der Friede im Innern“.⁴¹ Die Revolution hatte jeden und alles erfasst, war überraschend unblutig verlaufen, musste aber nun kanalisiert werden, denn „die Leidenschaften im Volke [waren] aufgewühlt wie nie zuvor“, und die Qualität der Revolution war eine totale: „Nicht mehr spielen sich die Kämpfe im Innern zwischen einzelnen Schichten ab wie bei früheren revolutionären Bewegungen, von denen die große Masse des eigentlichen Volkes mehr oder weniger unberührt blieb, sondern das ganze Volk nimmt bis auf den schlichsten Arbeiter, vom zitternden Greise bis zu den unmündigen Kindern, teil an der gewaltigen Bewegung und Erschütterung.“⁴² Besonders die Frauen, so die Befürchtung der Redaktion, seien aufgrund ihrer bisherigen politischen Unfreiheit nun leider der „Beeinflussung im Guten wie im Bösen zugänglich“.⁴³

Dies beunruhigte Marie Juchacz sehr. Deshalb ließ sie dem euphorischen Jubel um Revolution und Frauenwahlrecht einen Artikel folgen, in welchem sie nochmals die vielen an die Frauen gestellten Erwartungen formulierte: „Wo Rechte gegeben werden, werden auch Pflichten verlangt. Die Wahlen zur gesetzgebenden Nationalversammlung stehen bevor. Bei diesen Wahlen wird das Ver-

38 Ebenda.

39 Juchacz forderte die USPD-Frauen auf, ebenfalls sieben Frauen in den Frauenbeirat zu entsenden und einen Sitz im Vollzugsrat zu erstreben. Auf dieses Ersuchen an den Vollzugsrat hatte es auch zwei Wochen später noch keinerlei Antwort gegeben. Die USPD-Leitung hatte sich an einer weiblichen Vertretung im Vollzugsrat vollkommen desinteressiert gezeigt. Dies laut „Gleichheit“ mit der Begründung, „daß unter dem gegenwärtigen Zustand die Interessen der Frauen vollauf gewahrt würden“ („Die Gleichheit“ vom 20.12.1918, S. 48).

40 „Die Gleichheit“ vom 6.12.1918, S. 33.

41 Weihnachten im „Frieden“, in: „Die Gleichheit“ vom 20.12.1918, S. 41.

42 Ebenda.

43 Ebenda, S. 42.

halten der Frauen von ausschlaggebender Bedeutung für das zukünftige Geschick der jungen deutschen Republik sein.⁴⁴⁴ Es waren nun die geschulten sozialdemokratischen Genossinnen, die gefordert waren. Sie sollten gezielt auf das Wahlverhalten der Frauen einwirken, es zugunsten der SPD beeinflussen. Im Rahmen dieser „Erziehung zur Demokratie“ war es taktisch erforderlich, gerade Frauen auf allgemeinen Versammlungen sprechen zu lassen und außerdem wieder besondere Frauenversammlungen und die nach 1908 aufgelösten Frauenabende wieder einzurichten – nun hatte man ja die Frauen wieder so im Griff, dass spalterische Tendenzen nicht zu befürchten waren. Eine massive Agitation unter den Frauen musste wieder aufgebaut und koordiniert werden. Die aufklärende Agitation unter allen Frauen sei „jetzt die dringendste Aufgabe“, hinter der „alles andere zurückstehen“ müsse, denn diese würde darüber entscheiden, ob man die gebotene Chance richtig nutze; die Sozialdemokratinnen sollten sich „nicht sagen lassen, daß die Republik in ihrer Weiterentwicklung zum Sozialismus durch die politische Rückständigkeit der Frauen gehemmt worden“⁴⁴⁵ sei.

Marie Juchacz machte es den Frauen leicht zu erkennen, wem ihre Wahlstimme gehören müsse, denn die Sozialdemokratie habe in allen politischen, sozialpolitischen und kulturellen Fragen die Interessen der Frauen am besten gewahrt. Sie könne „den Frauen mit gutem Gewissen sagen: Die Vergangenheit der Partei ist in jeder Beziehung makellos“, sie habe „von der ersten Kriegsstunde an ihren Einfluß zur Erreichung eines baldigen gerechten Friedens eingesetzt“ und „[i]n den vier Wochen, in denen Sozialdemokraten der damals noch bürgerlichen Regierung angehörten, [sei] alles geschehen, was möglich war, um der politischen Freiheit auch ohne Revolution zum Siege zu helfen“.⁴⁴⁶ Die Beteiligung am Kriegseintritt und am Fortwähren des Kriegs wurde übergangen.

Die Beurteilung der Revolution durch „Die Gleichheit“ war sehr zwiespältig. Die Partei hatte auf Reformen gesetzt, auf eine Revolution hatten die Parteiführer verzichten wollen. „Jedoch“, so die bittere Erkenntnis der Mehrheitssozialdemokratin, „kamen alle Reformen zu spät; das Volk hatte die Geduld und den Glauben verloren, die Zeit zur gewaltsamen politischen Umwälzung war reif. Der Gedanke der Revolution fand begeisterte Köpfe und Herzen. Die Enttäuschungen über die schlechte politische Führung der Regierung und der herrschenden Klassen, die uns in den Krieg geführt hatten, sowie über die Niederlage, die Wut über die offensichtliche Täuschung des gesamten Volkes, die Leiden der vier Kriegsjahre hatten die gesamte Bevölkerung mit revolutionärem Empfinden angefüllt.“⁴⁴⁷ Dass die Enttäuschung auch die Burgfriedenpolitik der SPD betraf, erwähnte sie nicht, dafür aber die Verdienste der SPD-Regierungsvertreter, die täglich gegen eine Menge von Vorurteilen, politische Dummheit und bösen Willen gekämpft und in

44 Marie Juchacz: An die Arbeit!, in: „Die Gleichheit“ vom 6.12.1918, S. 34.

45 Ebenda.

46 Marie Juchacz: Die Sozialdemokratie und die Frauen, in: „Die Gleichheit“ vom 3.1.1919, S. 51.

47 Ebenda.

den vier Oktoberwochen den Waffenstillstand durchgesetzt hätten. Dieser – nicht etwa die Entschlossenheit der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen am 9. November – sei die Grundlage dafür gewesen, dass der Kaiser kampfflos abgedankt habe und das Militär und andere reaktionäre Kräfte den Aufstand nicht gewaltsam unterdrückt hätten.⁴⁸

Juchacz ließ als Frauensekretärin der SPD keinen Zweifel daran, wem ihre Loyalität galt. Die Revolution – und damit erübrigte sich eine rückblickende Analyse – würde nur dann „dem Sozialismus die Tore öffnen“, wenn die Frauen ihren Teil dafür leisten würden, indem sie die SPD unterstützten.⁴⁹ Auch das Frauenwahlrecht würden sie nur dann dauerhaft in der Verfassung verankert sehen, wenn die Nationalversammlung entsprechend zusammengesetzt sei. Hinsichtlich dieser Zielsetzungen sei es vollkommen fruchtlos, sich in einer „Allgemeinen Frauenpartei“ zu engagieren. Diese sei ein Unsinn, ihre Aufgaben und Ziele undefiniert und die bisherigen politischen Organisationen für das Engagement von Frauen vollkommen ausreichend.⁵⁰

In den folgenden Monaten widmete Marie Juchacz ihre Artikel besonders der staatsbürgerlichen Schulung der Frauen. Sie machte sie u. a. mit der Verfassung der neuen Republik vertraut.⁵¹ Die Proletarierinnen mussten zu Republikanerinnen erzogen werden, die loyal zur deutschen Republik stehen und sich ihrer erkämpften Rechte bewusst sind. Die bürgerliche Frauenrechtlerin Agnes Zahn-Harnack (1884-1950) formulierte diesbezüglich sehr treffend: „Aufgabe der folgenden Generation wird es nun sein zu erwerben, was sie besitzen.“ Der Erwerb und die verinnerlichte Aneignung zuerkannter Rechte sollten das neue Aufgabengebiet der Frauenbewegung werden. Bemerkenswert selbstbewusst stellte Marie Juchacz daher in ihrer ersten Rede als Reichstagsabgeordnete, die zugleich die erste Rede einer Frau in einem deutschen Reichsparlament war, fest, „daß wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit; sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“⁵³

Bedingt durch die Erscheinungsweise der „Gleichheit“ war eine detaillierte Reflexion der revolutionären Ereignisse erst zum ersten Jahrestag der Novemberrevolution erfolgt. Mehrere Artikel verschiedener Autorinnen beschrieben anlässlich des 9. November 1919 die gespannte Situation, wie sie sich kurz vor dem mi-

48 Siehe ebenda.

49 Marie Juchacz: Genossinnen! Arbeiterinnen!, in: „Die Gleichheit“ vom 20.12.1918, S. 46.

50 Vorsicht vor unnützen Parteigründungen!, in: „Die Gleichheit“ vom 20.12.1918, S. 48.

51 Siehe Marie Juchacz: Die Verfassung des Deutschen Reiches, in: „Die Gleichheit“ vom 9.8.1919, S. 194-195; 26.7.1919, S. 180-182; 23.8.1919, S. 213-214; 6.9.1919, S. 227-229; 20.9.1919, S. 243-244; 27.9.1919, S. 253; 4.10.1919, S. 258-259.

52 Zit. nach Rosemarie Nave-Herz: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, 4. völlig überarb. u. erw. Aufl., Hannover 1993, S. 46.

53 Die erste Parlamentsrede einer Frau in Deutschland, in: „Die Gleichheit“ vom 14.3.1919, S. 89-93, 89. Diese Rede ist auch im Internet veröffentlicht: http://www.awo-le.de/awo/geschichte/marie_juchacz_rede.htm (letzter Seitenbesuch: 15.10.2008).

litärischen Zusammenbruch in Altona, Hamburg, Breslau, München, Köln, Berlin und Stuttgart dargestellt hatte.⁵⁵ Sie beschrieben, wie der in Kiel entzündete revolutionäre Funke den Weg in die Städte fand, die Massen mobilisierte und in einer nahezu unblutigen Revolution gipfelte. Die bewusst als Augenzeugenberichte abgefassten Artikel betonten die Entschlossenheit der Massen, die zu diesem Zeitpunkt zu allen Opfern bereit waren, und die in ihrer „Sorge um Hab und Gut“ gefangenen reaktionären Kräfte, die dem nichts mehr entgegenzusetzen hatten.⁵³ Juchacz' Schwester Elisabeth beleuchtete in ihrem Artikel vor allem das Verdienst der rheinischen Sozialdemokratie bei der Koordinierung des Truppenrückzugs. In Ermangelung jeglicher Unterstützung des Roten Kreuzes oder des Vaterländischen Frauenvereins seien es die sozialdemokratischen Frauen und die Mitglieder des Kölner Arbeiter- und Soldatenrates gewesen, die in unverzüglichem und unermüdlichem Einsatz einen weiteren „Menschen- und Materialverlust“ verhindert hätten. Sie resümierte in einer die bisherige sozialdemokratische Politik rechtfertigenden Weise: „Wir Sozialdemokraten aber wissen, was die Hauptsache war, und wir wissen immer, was in den Zeiten der Not des Vaterlandes unsere Pflicht war. Die taten wir am 4. August 1914. Aber am 9. November 1918 taten wir noch mehr als nur unsere Pflicht.“⁵⁶

Vor der Novemberrevolution hatte die Berichterstattung der „Gleichheit“ vornehmlich Durchhalteparolen und Forderungen nach einem gerechten Frieden zum Inhalt, wobei die Furcht vor den Folgen einer Invasion eine große Rolle spielte.⁵⁷ Ein zentrales innenpolitisches Thema war der Kampf gegen einen bevölkerungspolitischen Gesetzentwurf, der Verhütungsmittel und Schwangerschaftsabbruch kriminalisieren und das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper einschränken sollte.⁵⁸ Marie Juchacz sprach sich für eine legale Empfängnisverhütung, aber auch für eine „gesunde Volksvermehrung“ aus.⁵⁹ Außerdem forderte sie die Aufhebung des Zwangszölibats für Beamtinnen. Den Leserinnen wurden die USA und Präsident Woodrow Wilson als besondere Vorbilder für die Einführung des Frauenwahlrechts vorgestellt. Als Geburtsstunde der Demokratie galt der Redaktion vor allem der Eintritt der SPD in die Regierung im Oktober 1918.

Nach der Novemberrevolution wurde der Anteil der Frauen an der revolutionären Bewegung hervorgehoben und ihre Beteiligung in den Arbeiter- und Soldatenräten gefordert. Die Marschroute war klar: Die Demokratie sollte zum So-

54 Siehe Wie sich die Revolution vollzog I-III, in: „Die Gleichheit“ vom 8.11.1919, S. 298-300; 15.11.1919, S. 307-309 und 22.11.1919, S. 314-316.

55 Siehe Sophie Schöfer: Wie sich die Revolution vollzog II, in: „Die Gleichheit“ vom 15.11.1919, S. 307.

56 Elisabeth Röhl: Wie sich die Revolution vollzog II, in: „Die Gleichheit“ vom 15.11.1919, S. 307.

57 Neun Monate nach Kriegsende veröffentlichte „Die Gleichheit“ kommentarlos, dass „[in] Köln a. Rh. [...] in einem Monat 600 uneheliche Kinder geboren worden [seien], die Ausländer (englische Besatzung) zu Vätern haben“ („Die Gleichheit“ vom 15.9.1919, S. 310).

58 Gegen die bevölkerungspolitischen Pläne, in: „Die Gleichheit“ vom 13.9.1918, S. 193. Es wurde von der Redaktion sogar eine eigene Rubrik „Bevölkerungspolitik“ eingerichtet.

59 Marie Juchacz: Gegen die bevölkerungspolitischen Gesetzentwürfe, in: „Die Gleichheit“ vom 11.10.1918, S. 2.

zialismus führen. Im Zuge der politischen Erfolge wurde auch wieder verstärkt Kritik am Kapitalismus geäußert. Enteignungen galten als adäquates Mittel, den realen Problemen Armut und Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.⁶⁰ Für die politische Erziehung der Frauen wurden anfangs bevorzugt das Erfurter Programm und das Kommunistische Manifest empfohlen, schließlich aber vor allem der Text der Weimarer Verfassung.

Marie Juchacz steht für eine Generation von Sozialdemokratinnen, die die Zeit des Sozialistengesetzes, das gemeinsame Ringen von weiblichen und männlichen Sozialdemokraten um Parteitheorie und politische Beteiligung nicht als politisch Aktive miterlebt hatten. Sie hatten die SPD nicht mehr als eine während des Sozialistengesetzes illegal wirkende revolutionäre Organisation kennengelernt, sondern als eine Repräsentantin demokratischer und sozialer Ideen in einem bürgerlichen Parteiensystem.⁶¹ Eine solche SPD brauchte keine Klassenkämpferinnen, sondern kalkulierbare Wählerinnen. Es war vor allem die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft, die Marie Juchacz als ausschlaggebenden Beweis für die staatsbürgerliche Eignung der deutschen Frauen erachtete – die Hungerdemonstrationen oder Antikriegsbewegung blieben von ihr unberücksichtigt. Hingegen stehen diese Bewegungen für den Anteil der Frauen an der Novemberrevolution – und dies besonders deshalb, weil sie sich damit als *unkalkulierbarer* politischer Faktor erwiesen.

Marie Juchacz kämpfte für die Arbeiterbewegung und für die Frauen des Proletariats. Sie tat dies jedoch – gemäß des Auftrags an sie seitens des SPD-Parteivorstands – in kalkulierbaren Bahnen. Ihr Kampf richtete sich gegen die Symptome der kapitalistischen Klassengesellschaft, nicht konsequent gegen deren Grundlagen. Am 19. Februar 1919 kam ihr als erster Frau, als erster weiblichen Reichstagsabgeordneten der SPD, die besondere Ehre zuteil, das Wort an das erstmals in allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen gewählte Parlament der ersten deutschen Demokratie zu richten. Es war ein wohlinszeniertes Ereignis, ein Amt und eine Geschichte, die ohne die Novemberrevolution undenkbar, unmöglich gewesen wären.

Am 6. November 1920 erschien in der „Gleichheit“ ein Gedicht von Klara Bohm-Schuch zum 9. November 1918:

60 Siehe Klara Bohm-Schuch: Am Tor der neuen Zeit, in: „Die Gleichheit“ vom 6.12.1920, S. 34-35.

61 Für eine eingehendere Betrachtung der neuen SPD-Frauengeneration siehe Christl Wickert: Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919 bis 1933. 2 Bde., Göttingen 1986, Bd. 1. Wickert analysierte vor allem den politischen Werdegang derjenigen Frauen, die in der Weimarer Republik als Abgeordnete des Reichstages wirkten. Die Arbeit enthält wertvolle biographische Informationen.

Am Tor zur neuen Zeit

Blutumrauschet und tränenschwer
Zogen die Jahre,
Hart und leer
War unser Leben,
Todumdroht
Gingen wir hin
Durch all die Not.
Männer starben,
Kinder verdarben,
Wir schafften ums Brot.
Bis unser Tag kam!
November war es voll Frühlingsluft,
Voll Lerchenschlag und Veilchenduft,
November, wie kaum ihn Menschen gesehn
Voll Drängen und Werden und Auferstehn.
Aus all den Strömen von jungem Blut
Wuchs eines Volkes Verzweiflungsmut.
Es rüttelt hart an der Zwingburg Tor,
Und siehe, Menschen strömten hervor,
Zur Freiheit, zur Sonne, zum Menschensein!
Klirrend zersprangen Ketten und Schein.
Opfer fielen mit jauchzendem Schrei
Auf sterbenden Lippen:
Unser Volk ist frei!
Frei wurden auch wir, wir geknechteten Frau'n!
Wir dürfen froh auf zur Sonne schau'n.
Dürfen lieben das heilige Leben.
Rein ist die Seele,
Flammendurchloht.
Irrtum und Fehle,
Schmerz und Not
Läßt der Liebe heiligen Schein
Heller nur leuchten, welthinein!
Tag der Erlösung aus schmachvoller Qual,
Wir grüßen dich heut zum zweiten Mal.
Du bist der Wahrstein der wollenden Kraft,
Die in den Tiefen des Volkes schafft. –
Das Land voll Freiheit und Erdenglück –
Du zeigest es dem umflorten Blick.
Wegleuchte der Zukunft auf dunkeltem Pfad –
Du Tag des Wollens, du Tag der Tat!

Intellektuelle in der Revolution

Intellektuelle und Revolutionen

In der Haft beobachtete Ernst Toller 1920 in Niederschönenfeld: „Der Haß gegen den Intellektuellen ist nicht mehr ‚Überlegungshaß‘, ist reiner Triebhaß geworden.“ Doch liege die Schuld nicht auf einer Seite allein, denn in der Geschichte machten sich die Intellektuellen „der immer gleichen Verwechslungen zwischen den Nöten der Massen“ und ihren eigenen schuldig.¹ Erich Mühsam, am selben Ort zur selben Zeit in Haft, schrieb 1921 einen Essay „Die Intellektuellen“. Darin definierte er diese als „Personen“, die, literarischen oder akademischen „Bezirken“ entstammend, „in die Reihen der kämpfenden Arbeiter verschlagen wurden“, wo sie gern „ein besonders hohes Maß von Ansehen für sich in Anspruch nehmen“.² Das Merkmal „akademisch“ führt allerdings ins Enge. Das Gegenbeispiel sind Intellektuelle, die dies ohne Universitätsausbildung wurden, autodidaktisch. Hochintellektuellen Nichtakademikern stehen nicht selten akademische „Fachidioten“ gegenüber, wie 1968 die Studentenbewegung höhnte.

Unter den Frauen, die sich in der Novemberrevolution herausragend betätigten, war die Sozialistin Toni (eigentlich: Sidonie) Sender (1888-1964). Eine Intellektuelle? Sie war Angestellte, später Büroleiterin. Als junge Frau trat sie 1906 der Sozialdemokratie bei, opponierte im Weltkrieg gegen das Menschenschlachthaus Krieg und nahm 1917 am Gründungskongress der USPD teil. Sie betätigte sich führend in der Revolution in Frankfurt am Main, wurde 1919 dort Stadtverordnete, übernahm 1920 die Redaktionsleitung der „Betriebsräte-Zeitung“ der Metallarbeitergewerkschaft und war vom selben Jahr an Reichstagsabgeordnete der USPD, seit 1922 der SPD (bis 1933). Auf der Leipziger Frauenkonferenz am 29. November 1919 hielt sie ihre bis heute anregende Rede „Die Frauen und das Rätesystem“. Ihre Autobiographie, zuerst 1939 erschienen³, gehört zu den bestgeschriebenen anschaulichen Zeugnissen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als knapp Vierzigjährige (1927) nahm sie ein Hochschulstudium auf; sollte sie erst von da an eine Intellektuelle gewesen sein – vorher aber nicht?

- 1 Ernst Toller: Briefe aus dem Gefängnis, in Ders.: Prosa – Briefe – Dramen – Gedichte, Reinbek 1961, S. 185-234; hier: S.201 u. 216.
- 2 Erich Mühsam: Publizistik/Unpolitische Erinnerungen, in Ders.: Ausgewählte Werke, Bd. 2, Berlin 1978, S. 336-342; hier: S. 336.
- 3 Toni Sender: The Autobiography of a German Rebel, New York 1939; abermals London 1945; deutsch Autobiographie einer deutschen Rebellin, hrsg. von Gisela Brinker-Gabler, Frankfurt/M. 1981 (Die Frau in der Gesellschaft/Lebensgeschichten).

Mühsam lobt, es sei „ein Zeichen wachsender revolutionärer Einsicht im Proletariat“, dass es nicht frage, ob „der einzelne Mitstreiter mit akademischer Ausrüstung antritt oder von seinem ursprünglichen Klassengefühl zum Widerstand gegen die bürgerliche Gesellschaft gedrängt“ werde. Die „Voreingenommenheit für oder gegen die ‚Intellektuellen‘ bei der Arbeiterschaft“ sei revidiert, was sich „aus den unterschiedlichen Erfahrungen“ erkläre, „die sie sowohl mit den Flüchtlingen aus der Bourgeoisie als auch mit den ‚Führern‘ aus dem Proletariat selbst gemacht hat. Es kann schlechterdings keinem Proletarier einfallen, die ‚Literaten und Akademiker‘ Lenin, Trotzki, Lunatscharski, Bucharin, Sinowjew, Liebknecht, Luxemburg, Mehring, Landauer und so weiter als nicht zugehörig zu betrachten“. Wohl gibt es andere Intellektuelle, die nicht auf die proletarische Seite traten, doch darüber hinaus Proletarier, für welche gelte: „diese ‚gehobenen‘ Vertreter des Arbeiterstandes, denen die Assimilierung an die Bourgeoisie genauso gut gelungen ist wie den studierten Führern des revolutionären Kommunismus ihr Aufgehen im Proletariat“.⁴

In ihrer grundlegenden Rede: „Die Intellektuellenfrage“ (1924) leitete Clara Zetkin das Problem historisch her, beschrieb sie die unterschiedlichen Schichten in der Intelligenz und vermerkte wie Erich Mühsam die zwiespältige Einstellung des Proletariats zu den Intellektuellen. Hier vielleicht Bewunderung wegen des Wissens des Intellektuellen, seiner Geistigkeit, seiner Manieren. Dort Hass, weil der Proletarier in ihm den „Kommandierenden, Antreiber und Aufpasser“ erblicke, sogar den „Gendarmen, Schergen und Richter“, und zum Hass noch überdies Verachtung, weil der geistige Arbeiter der Mann sei, „der dank seinem Wissen und Können den Kapitalisten erfolgreich bekämpfen könnte“, es aber aus Feigheit und Dünkel unterlasse.⁵

Gerade gegenwärtig wird die Intellektuellenfrage wieder diskutiert. Das Heft 70 (Juni 2007) der Zeitschrift „Z“ („Marxistische Erneuerung“) brachte eine Auswahl von Beiträgen dazu in zeitgemäßer Aktualisierung: „Intellektuelle im Neoliberalismus“. David Salomon erinnert in seiner Untersuchung „Der Intellektuelle der sozialen Frage“ daran, der Begriff des Intellektuellen sei keine 120 Jahre alt. Er entstand in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Kontext der Dreyfus-Affäre in Frankreich (der Verfasser stützt sich u. a. auf Ausführungen von Gramsci und Sartre). Sieht man von dem Begriff ab, ist das bezeichnete Phänomen jedoch um ein Jahrhundert älter: Zur Zeit der Französischen Revolution bezichtigten konterrevolutionäre Wortführer die Intellektuellen, damals unter dem Namen „Philosophen“, den Umsturz herbeigeführt oder wenigstens vorbereitet zu haben. Napoleon beklagte sich über oppositionelle Kräfte, die er als „Ideologen“ verdächtigte. Richtig leitet Salomon die Erscheinung des Intellektuellen vom 18. Jahrhundert her: „Der moderne Intellektuelle ist ein genuines Produkt des Bürgertums und sei-

4 Mühsam, Publizistik, S. 336f.

5 Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, hrsg. von Katja Haferkorn und Heinz Karl, Leipzig 1974, S. 382f.

nes Aufstiegs.“ Die „geistige Haltung“, die dem Intellektuellen zugeschrieben werde, habe Kant in die Formel gepreßt: „sapere aude“, zu deutsch: habe den Mut, dich deines Verstandes „ohne Leitung eines anderen zu bedienen“. In der weiteren Entwicklung der Geschichte zeige sich dann „als erste konsequente Erscheinungsform eines Intellektuellen der sozialen Frage“ der „Intellektuelle der Arbeiterklasse“, „der das Kantsche *sapere aude* aus seiner bürgerlichen Beschränktheit gelöst“ habe.⁶

In der politischen und in der wissenschaftlichen Diskussion ist der Intellektuelle ein häufiges Thema. „Intellektuellentheorien“ wurden entwickelt. Einen zunächst davon getrennten Gegenstand, einen in der Öffentlichkeit, Publizistik, Historiographie und Politologie viel erörterten, bildet „die Revolution“, sowohl ihre historische Erscheinung an sich als auch die Fülle ihrer einzelnen geschichtlichen Formen; dazu der Revolutionen ‚des Geistes‘ („revolutions de l’esprit“ wie Renaissance, Reformation, Aufklärung ...). Es sind die Perioden großer Umwälzungen, worin beide Phänomene einander kreuzen, einander auffällig begegnet, die Revolution und die Intelligenz, in der Weise, dass Intellektuelle sich gefordert fühlen, mit der Revolution zu gehen, oder, in anderen Fällen, die Konterrevolution aufzurüsten. Solch Kreuzungspunkt war die Novemberrevolution in Deutschland 1918.

In ihr teilen sich die Intellektuellen wiederum in die Mitwirkenden und diejenigen, die sich mit der Konterrevolution verbünden. Ein anderer Teil bleibt abseits oder beschränkt sich aufs Beobachten. Mit Hilfe welcher Kategorien gelingt es, die beteiligten zeitgenössischen Intellektuellen und ihre damaligen Positionen zu beschreiben? Mit der einfachen Gegenüberstellung des bürgerlichen Intellektuellen und des Intellektuellen der Arbeiterklasse kann es kaum getan sein, zumal fraglich ist, wo denn die Arbeiterklasse in der Novemberrevolution zu finden gewesen sei, in welchen der drei deutschen Arbeiterparteien, in den Gewerkschaften, auf der Straße?

Aber was, wenn man die Verwendung von Kategorien verschmäht? Dann bleibt übrig die biographische Erforschung der Einstellung einzelner Intellektueller zu dem Ereignis, etwa nach dem Muster: Heinrich Mann in der Novemberrevolution (und vielleicht kontrastierend dazu: Thomas Mann ...). Was ergibt sich? „Während Heinrich Mann zu Ehren des ermordeten sozialistischen Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern Kurt Eisner sprach, begrüßte Thomas Mann das Militärregime der *Reichstruppen* in München, die sich zumeist aus Freikorpsverbänden rekrutierten (Stabchef der Münchner Kommandantur war der Hauptmann Ernst Röhm) und die das Aufleben eines alldeutsch-völkischen Nationalismus beschirmten und begünstigten.“⁷ Ein mögliches Ordnungsprinzip wäre die Topo-

6 Den Intellektuellen der Arbeiterklasse komme eine doppelte Aufgabe zu: „Er hat zum einen (normativ) den Anspruch der Befreiung in der Klasse zu verbreiten, zu unterstützen und ihm zu politischer Artikulation zu verhelfen. Dafür aber ist notwendige Bedingung zum andern (deskriptiv), die reale Klassenlage zu untersuchen und aus ihr heraus Strategien und Taktiken zu entwickeln, die freilich ihre Legitimität stets daraus schöpfen müssen, Bedingungen für universale Autonomie zu schaffen.“ – David Salomon: Der Intellektuelle der sozialen Frage, in „Z“, H. 70/Juni 2007, S. 7-21, hier S. 12f, 16f.

graphie: Wo, an welchem Ort, in welcher Region treten welche Intellektuellen hervor? Also etwa: Berlin, München ... Oder die Chronologie, die Auflistung revolutionärer Aktivitäten in zeitlicher Reihenfolge mit Berücksichtigung der Beteiligung Intellektueller. Aber die Topographie der Revolution und ihre Chronologie ersetzen nicht die systematisierende Analyse. Wer diese anstrebt, setzt sich andererseits dem Vorwurf aus, pedantisch zu sortieren: „Schubladendenken“! Ein Autor z. B. wie Kurt Hiller: bürgerlicher Herkunft, kritisch den Arbeiterparteien gegenüber, wird in der Revolution in Berlin der Vorsitzende des Politischen Rates geistiger Arbeiter, etabliert sich als Pazifist, nennt sich selber Sozialist. Ein marxistischer Gegner qualifizierte ihn einstmals als „revolutionären Querkopf“. War er es? Falls es zutrifft, dann lag er, der in jede Schublade gepasst hätte, in einer für sich. Die Schwierigkeit, die entsteht, ist ohnehin die der möglichen Mehrfachzuweisungen. Zweites Beispiel Ernst Toller: bürgerlicher Herkunft, als Sozialist Mitglied der USPD, führend in der Münchner Räterepublik, als Pazifist zum „Heerführer“ der Räte-Armee geworden, später in der „Gruppe Revolutionärer Pazifisten“ (GRP) aktiv, die Kurt Hiller führte. Persönlichkeiten gleich diesen scheinen sich gegen jede Einordnung zu sperren.

Hinzukommt: In veränderter Situation können einstmals gültige Zuweisungen hinfällig werden, während neue größte Wichtigkeit beanspruchen. War z. B. Thomas Manns Haltung 1918 die eines konservativ-nationalistischen Gegners des Umsturzes, wuchs er in der Weimarzeit in eine demokratische Position hinein, von da aus nach 1933 in eine antifaschistische. Jetzt galt überall die Frage, der sich kein europäischer Intellektueller entziehen konnte: Faschist oder Antifaschist?

Am weitesten scheint der Vorsatz zu führen, die zeitgenössischen Intellektuellen einer Revolutionsära in Gruppen zusammenzudenken – nicht um sie in Schubladen abzulegen, sondern um über sie zu sprechen mit Verwendung einer prinzipiell flexiblen Begrifflichkeit, einer dialektisierenden, d. h. mit ständiger Bereitschaft des Forschers, Widersprüche, Übergänge, Seitenwechsel, Abdikationen und Metamorphosen der einzelnen Intellektuellen stets einzukalkulieren, das Provisorische der hierbei angewandten Kriterien nie aus den Augen zu verlieren, sondern seiner beharrlich eingedenk zu sein.

Dann stellt sich als erstes die Aufgabe der Ermittlung der politischen Haltung (welche eingenommen? konstant? veränderlich?), des Motivs (Ursprung der Bereitschaft zum Eingreifen), der Mitgliedschaft in einer Partei (ob überhaupt; beibehalten, aufgegeben?). Ferner: konkrete Beteiligung des einzelnen, Erlebnisse (wie von ihm bewertet?), ob Bericht darüber (Niederschrift verfasst oder keine?). Seine Beurteilung rezenter historischer Ereignisse: Weltkrieg, Raubfriede von Brest-Litowsk, Oktober- und Novemberrevolution. Einstellung zu Kampfmitteln (bewaffneter Kampf bejaht oder nicht?), zur Zukunftsperspektive der Revolution, der Bevölkerung, des Reichs.

7 Klaus Schröter: Thomas Mann in Selbstzeugnissen und Dokumenten, Reinbek 1964, S. 90.

Im folgenden versuche ich, die Intellektuellen in der Novemberrevolution experimentell in Gruppen zusammenzudenken – die nur ausnahmsweise mit geschichtlich nachweislichen identisch sein werden. Soweit sich mehrere der Intellektuellen in der Tat den in der Realität existierenden Gruppen, Bündeln, Vereinigungen oder Parteien usw. anschlossen, soll doch diese Zugehörigkeit nicht allein in Betracht kommen, also die Zugehörigkeit etwa zu einer Partei, zur kommunistischen, zu den Unabhängigen Sozialdemokraten, zur MSPD, zu den Liberalen usw., nie das einzige Kriterium bilden. In der Regel kommen mehrere Aspekte vereint zur Anwendung: soziale Herkunft, politisch-philosophische Lehre im Kern, Zuordnung zu einer Partei, zum Räteregime oder zu beidem, vornehmliche Betätigung in der Revolution (ob als Mitwirkender, Beobachter, Gegner?).

Autoren aus dem Bürgertum

Die Einstellungen bürgerlicher Autoren zur Revolution waren nicht einheitlich, sondern sind auf einer Skala angeordnet zu denken: von rigoroser Feindschaft, über Schwanken zwischen dieser und Sympathie – bis hin zu einer Haltung, die aus Kritik an der Revolution und Bereitschaft zur Mitarbeit in ihr zusammengesetzt ist.

Feindschaft gegen jegliche Revolution und Demokratie in jeder Form äußerte in seinem Werk kontinuierlich Ernst Jünger. So gesehen ist es kein Zufall, dass er eine der großen Revolutionen der Neuzeit, die von 1789, herabsetzte und den Ersten „Weltkrieg zu einer historischen Erscheinung“ überhöhte, „die an Bedeutung der Französischen Revolution weitaus überlegen“⁸ gewesen sei. Daraus lässt sich ableiten, wie er die Novemberrevolution bewertete. Er trat ihr mit seinem Konzept der „totalen Mobilmachung“ entgegen. In demselben Buch, dem ein „Epigrammatischer Anhang“ beigegeben ist – der jedoch kein einziges Epigramm enthält, vielmehr eine Reihe unzusammenhängender Notizen –, steht auch zu lesen: „Die Zahl der Leidenden ist bedeutungslos.“ (S. 220) Sachlich, wie der Satz klingt, schließt er doch das Ja zu allen großen Verbrechen der Geschichte ein, zu sämtlichen Massakern, zum Genozid und zum Scheiterhaufen. Weil die *Zahl* der Leidenden eben niemals bedeutungslos war und ist, gab es und gibt es Revolutionen.

Ein bayerischer Beobachter der Vorgänge war ein Konservativer: Josef Hofmiller. In seinem „Revolutionstagebuch“ 1918/19 notierte er über die letzte, nicht mehr gehaltene Rede des von einem nationalistischen Attentäter ermordeten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD): „Sie wäre genau so verlogen und unverschämt gewesen wie seine früheren.“ Den Zwischenruf: „Hannibal“, der einmal in München im Zentralrat ertönte, kommentierte er spie-

8 Blätter und Steine, Leipzig 1943, S. 129.

bergemäß: „Beweis, wie literatenhaft die ganze Bagage ist. Schwabing!“ Am 7. April: „Seit heute früh haben wir die Räterepublik nach russischem und ungarischem Muster“, und so geht es weiter: die Münchner Garnison ist ihm eine Ansammlung „dieser kostümierten Strolche“, er vermutet in der Räterepublik die „Bewaffnung sämtlicher Zuhälter“, behauptet, dass „die Nichtdeutschen“ unter den Revolutionären, „Russen und Juden, meistens beides, die Massen aufpeitschen“ usw.⁹

Als Beobachterin in München empfand die damals bereits sehr renommierte Dichterin Ricarda Huch die Revolution, wie es nicht anders von einer konservativen Liberalen zu erwarten war, als unbehaglich: Die „russischen Zustände“ sind auf dem Wege, man begegnet auf den Straßen „einem kleinen Demonstrationzug ... , wie man solche seit der Revolution häufig zu sehen bekommt“; darunter „böse, unmenschliche, gefahrdrohende“ Gesichter. Sie fragt entsetzt: „Kamen sie früher aus ihren Höhlen nicht in die eleganten Viertel?“ Sie missversteht unbegreiflich naiv den sozialistisch-kommunistischen Eigentumsbegriff – die Forderung wäre: „allgemeine Besitzlosigkeit“. Sie versteift sich in ihrem Trotz gegen das, was sie von der Revolution befürchtet, betritt einen Laden und kauft – eine goldene Uhrkette.¹⁰ Mit alledem scheinbar das perfekte Bild einer gegenrevolutionär gestimmten Bürgerin. Aber so stimmt es nicht ganz, denn gegenläufige Bemerkungen der Verfasserin zur selben Zeit stören es. Als die Revolution in Bayern herankam, schrieb sie am 4. November 1918: „Alles, was jetzt untergeht, mußte zweifelsohne untergehen, und es ist gut, daß etwas Neues kommt; das hindert aber nicht, daß dies alles furchtbar schmerzlich ist.“¹¹ Noch überraschender vielleicht ihre folgende Notiz: „In Deutschland haben nur mehr, wie es scheint, die Bolschewisten Kraft, Energie, Unternehmungsgeist, und wenn das so ist, gehört ihnen die Zukunft mit Recht.“ (Ebenda, S.245) 1921 legt sie ihre positive Sicht der Räte dar, deren Entstehung eines der Charakteristika der Novemberrevolution war. Sie rezensiert das Buch von Siegmund Rubinstein „Romantischer Sozialismus“.¹² Sie, die Historikerin der deutschen Romantik, erwählt ein neues Ideal, den „romantischen Sozialismus“, der sich in den Räten verkörpere, worin Spuren der mittelalterlichen Zünfte erhalten geblieben seien. Sie empfiehlt Rubinsteins grauenhaften Mischmasch aus Romantik, Sozialismus, Mittelalter, Zünften und Räten, ohne zu begreifen, welche Ideologie – im negativen Sinne – sie da anpreist. Alles in allem zeichnete sie kein widerspruchsfreies Bild der Vorgänge, weil sie sich abwechselnd von Furcht und Vorliebe leiten ließ.

Aus Heinrich Manns Stellungnahme spricht, folgt man Klaus Schröter, ebenfalls eine gewisse Zwiespältigkeit. Er habe „sich der neuen Regierung unter dem

9 Zit. nach Klaus Behr (Hrsg.): Weimarer Republik. Literarische Texte zur politischen und sozialen Realität, Frankfurt/M. 1987, S. 18-21.

10 Siehe Ricarda Huch: Gesammelte Schriften. Essays, Reden, autobiographische Aufzeichnungen, Freiburg/Br. 1964, S. 131-137.

11 Zit. nach Marie Baum: Leuchtende Spur. Das Leben Ricarda Huchs, Tübingen 1950, S. 237.

12 Siehe ebenda, S. 250-256.

Ministerpräsidenten Eisner sogleich zur Verfügung“ gestellt und bereits im Dezember vor dem Politischen Rat geistiger Arbeiter über *Sinn und Idee der Revolution* gesprochen. Nach Eisners Ermordung hielt er ihm am 16. März die Gedenkrede. Doch gebe es in seinem Aufsatz „Kaiserreich und Republik“ Zweifel.¹³ Peter Stein hält fest, dass Heinrich Mann am 13. November in München den Vorsitz des Politischen Rates geistiger Arbeiter übernahm und dass er seine Zustimmung zum Ereignis der Revolution in die Formel kleidete: „Wir sind deutsch, demokratisch und europäisch.“¹⁴ Alle erwähnten Reden und Schriftstücke sind erhalten und liegen im Druck vor, so dass Heinrichs Manns Einstellung zur Novemberrevolution gut erkennbar ist.¹⁵

Im Gegensatz zu vielen bürgerlichen Schriftstellerkollegen verfügte Heinrich Mann über eine komplexe Theorie des Zeitalters. Zwar essayistisch entworfen, aber in ihren Grundzügen konsistent, gestattete sie ihm, die Vorgänge gedanklich einzuordnen. Die Vorkriegszeit in Deutschland sei – trotz siegreicher Überwindung des Sozialistengesetzes durch die Sozialdemokratie – nicht deren Epoche gewesen, sondern „unterstand dem junkerlichen Bürger. Seine übermächtige Geistesart prägte auch den sozialistischen Nachwuchs“. Die Klassenkämpfe hätten das Reich nur „an der Oberfläche“ berührt, darunter war Einigkeit (hier vernachlässigt er den Widerstand entschlossener Sozialdemokraten, vor allem der linken). Als „höchste Aufgabe und Pflicht“ erschien allen Deutschen: „reicher werden, härter werden, Weltmacht sein“. Im „wirtschaftlichen Militarismus“ sah er „die Seele der Epoche“. „Gewaltanbetung ... Was die Welt erblickte, war ein Herrenvolk aus Untertanen.“ „Sie kommen auf einmal aus allen Verlegenheiten und kürzen durch einen Krieg, selbst wenn er verlustreich wäre, immer noch um ein Menschenalter den Weg ab, der sie zur vollendeten Weltherrschaft führt.“ Es war ein deutscher Angriffskrieg: „Der Glaube an den schnellen Sieg, der nur ein deutscher Glaube war, setzt eine Vorbereitung nicht auf den Krieg nur, auch auf den Angriff voraus.“ Einstmals werde kein Zweifel mehr sein, „die Rede so selbstverständlich von dem Welteroberungskrieg Deutschlands gehen ..., wie von dem des ersten Napoleon“.¹⁶

In der Ansprache vom Dezember 1919 wendet sich Heinrich Mann gegen eine sozialistische Diktatur: „Diktatur selbst der am weitesten Vorgeschnittenen bleibt Diktatur und endet in Katastrophen.“ „Vergesellschaftung noch der letzten

13 Siehe Heinrich Mann in Selbstzeugnissen und Dokumenten, Reinbek 1967, S. 99f.

14 Peter Stein: Heinrich Mann, Stuttgart etc. 2002, S. 89.

15 Heinrich Mann: *Sinn und Idee der Revolution*. Ansprache im Politischen Rat geistiger Arbeiter, München, Dezember 1918, in: Heinrich Mann: *Essays*, 2. Bd., Berlin 1956, S. 22-25; Kurt Eisner. Gedenkrede, gehalten am 16. März 1919, ebenda., S. 26-30; Ders.: *Kaiserreich und Republik*. Mai 1919, die Veröffentlichung wurde bis nach dem Friedensschluss hinausgeschoben, ebenda, S. 31-68. An längerfristiger Effizienz übertraf diese Schrift gewiss desselben Autors satirisches Erzählwerk „Der Untertan“ (abgeschlossen 1914; erschienen nach Kriegsende). Manfred Hahn gab an, es seien „der Roman und sein Erfolg offenkundig eine wirksame Waffe der Revolution“ gewesen. Siehe von ihm den Aufsatz: Ein Roman in der Revolution, in: Helmut Bock u. a. (Hrsg.): *Gewalten und Gestalten. Miniaturen und Porträts zur deutschen Novemberrevolution*, Leipzig etc. 1978, S. 319-330; hier: S. 322. – Für den Hinweis darauf danke ich Ulla Plener.

16 H. Mann, *Kaiserreich*, S. 36, 39, 41, 51f., 59 (in der Reihenfolge der Zitate).

menschlichen Tätigkeit“ sei keineswegs „das Radikalste“, da ein „Radikalismus“ existiere, „der alle wirtschaftlichen Umwälzungen hinter sich läßt“: „der Radikalismus des Geistes“. Alles solle mitwirken, „daß die sittlichen Gesetze der befreiten Welt in die deutsche Politik eingeführt werden und sie bestimmen“. Dem ermordeten Eisner rühmte er nach, er habe die Einsicht besessen, „wie furchtbar gerade dieses Volk von seinen alten Machthabern überanstrengt worden war im Blutdienst eines Staats- und Machtwahnes, dem Menschen nichts galten. Fortan sollte Schonung walten, Versöhnung, Brüderlichkeit.“ Und daher: „... kein Krieg nach dem Kriege, kein Bürgerkrieg!“ Er ist sich gewiss, eine „wahre und reine Demokratie wird heranwachsen“, registriert aber auch, dass die „Lügen des Kaiserreichs ... übernommen“ werden; „die regierenden Sozialdemokraten schon wieder Gefangene des Militärs sind“, „Revolutionäre unter Qualen getötet werden ... , indessen den schlimmsten Kriegsfurien niemand ein Haar krümmt.“ Was sei aber Demokratie? – „... der Wille der Mehrheit, der Völkerfriede, Freiheit im Innern, Ausgleich des Besitzes – und ist es in dieser Folge. Ihr könnt den Ausgleich des Besitzes nicht schaffen, bevor ihr die Geister gerecht gestimmt habt.“¹⁷ Konnte man vordem geneigt sein, Heinrich Manns Sicht als überspannt „idealistisch“ abzutun, wird man nach dem Ende des ersten Sozialismus-Versuchs in Europa geneigter sein, ihn von Grund auf zu verstehen und seine Überlegungen in aktuelle Überlegungen einfließen zu lassen. Geistige, vor allem psychologische Vorbereitung ist die unerlässliche Vorbedingung für das Gelingen, wenn eine andere Welt Wirklichkeit werden soll, die – so die neue Parole – möglich wäre.

Das Klassensystem, sieht Heinrich Mann voraus, werde bald „unbrauchbar“, der „Arbeiterbürger das Zeitgemäße“. Übrig bleibe ein „weites Kleinbürgertum, aus Kopf- und Handarbeitern; – und die werden nicht in alle Ewigkeit um ihre Gewinne streiten. Ihre Vertretungen werden weder beschränkt sein noch ausschweifen ...“ Die Vorzüge des Rätessystems leuchten ihm ein, und er möchte es übrigens auch als Instrument der Kommunismusabwehr verstehen: „... ja, gerade ein Rätessystem, sofern es alle irgend Arbeitenden umschlösse, würde, indem es sie von Grund auf politisierte, jedem vernunftwidrigen Äußersten, ob Imperialismus oder Kommunismus, den Zugang sperren.“ Konnte er sich mit dem Rätessystem arrangieren, so betrachtete er doch die Räterepubliken als Fehlschlag: „Nun ereigneten sich in der Folge der Revolution die nur lokalen, übrigens unglücklichen Versuche einer proletarischen Klassenherrschaft, die weit übertrieben Bolschewismus hießen.“¹⁸

Aktivismus, Pazifismus und der Politische Rat geistiger Arbeiter

Mitten im Weltkrieg und in der Novemberrevolution entstanden neben den bekannten neuen Parteien auch neue politische Bewegungen. Eine kleinere darunter

17 H. Mann, Essays, 2. Bd., S. 23f., 29, 52, 55, 62.

18 Ebenda, S. 62f., 76.

war der Aktivismus. Gleichzeitig erlebte die bereits vor der Jahrhundertwende durch Bertha von Suttner gegründete Friedensbewegung ihren glänzenden Aufstieg. In ihr betätigten sich u. a. mehrere herausragende Persönlichkeiten der Frauenbewegung, unter ihnen Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann¹⁹, dazu Helene Stöcker²⁰, die Kulturpolitikerin, die zum Kreis um Hillers „Ziel“-Jahrbücher gehörte. Durch die Novemberrevolution war den Frauen die politische Gleichberechtigung zuteil geworden. Im Pazifismus eröffnete sich ihnen ein gern gewähltes Arbeitsfeld.

Kurt Hiller führte 1966 die Entstehung des Aktivismus, der sich vom Expressionismus ableitete, auf vier Initiatoren zurück: neben Alfred Kerr, Gustav Landauer und Ludwig Rubiner auch Heinrich Mann.²¹ Im Sommer 1918 hatte Hiller mit einigen Freunden den „Bund zum Ziel“ gegründet. Für den 7./8. November 1918 lud er die „verfügbaren“ Beiträger seiner Jahrbücher (deren Titel war: „Das Ziel“) „nebst einer Anzahl Sympathisierender“ zu einer Konferenz, wo die Gründung in „Aktivistenbund“ umgetauft wurde.²² Am Folgetage, dem 9. November, suchte namens des neu gegründeten Bundes dessen Mitglied Leo Matthias den Vorsitzenden des Berliner Zentralrats der Soldatenräte Hauptmann Hans-Georg von Beerfelde auf. Dieser versprach, „uns neben seinem Soldatenrat und dem Arbeiterrat als dritte Macht in die Exekutive und die für später in Aussicht genommene Legislative der Revolution, mit Kulturpolitik als Spezialaufgabe, einzubauen ...“ Zur Bedingung machte er nur, die Bezeichnung „Rat geistiger Arbeiter“ zu wählen; später: *Politischer Rat geistiger Arbeiter* (weshalb die Namensänderung?²³) Auch in anderen Städten des Reichs entstanden Pendanten, so in München, außerdem in Wien, wo Robert Müller den Vorsitz inne hatte.²⁴ In seiner Rede am 2. Dezember 1918 verwies Hiller darauf, worin der Rat das Schwergewicht seiner Tätigkeit erblicke – die Ähnlichkeit mit Heinrich Manns Sicht der Revolution sticht hervor: „Wir sahen die politische Revolution; das Proletariat, dessen Eigeninteresse sich deckt mit dem Gebot der Gerechtigkeit, wird dafür sorgen, daß der politischen die soziale Revolution folge; aber wahre Revolution ist erst dort, wo die kulturelle Revolution gelang.“²⁵ Bereits im Programm

19 Lida Gustava Heymann/Anita Augspurg: Erlebtes – Erschautes. Deutsche Frauen kämpften für Freiheit, Recht und Frieden 1850-1950, hrsg. von Margit Twellmann: Meisenheim/Glan 1972.

20 Siehe Rolf von Bockel: Philosophin einer „neuen Ethik“: Helene Stöcker (1869-1943), Hamburg 1991.

21 Siehe Kurt Hiller: Ratioaktiv. Reden 1914-1964. Ein Buch der Rechenschaft, Wiesbaden 1966, S. 12. – Den Anfangspunkt setzte – gleich unüberbietbar brillant – Heinrich Manns Aufruf „Geist und Tat“ (1910).

22 Siehe Leben gegen die Zeit (Logos), Reinbek 1969, S. 120; auf S. 120f. verweist er ausdrücklich darauf, das Ereignis der Revolution „würde ohne geistige Vorbereitung, ohne Parteien, Bünde, Köpfe, Presse, Literatur, ohne Aktivität der Aktivisten unmöglich geblieben sein“.

23 Ebenda, S. 128. Auf diesen Rat und seine Tätigkeit gehe ich im folgenden nicht genauer ein. Über ihn referierte mein Freund Harald Lützenkirchen auf der Konferenz „Kunst und Publizistik in der Novemberrevolution“, die von der „Hellen Panke“ e. V. (Berlin) veranstaltet wurde. In deren Reihe „Pankower Vorträge“ erscheint das Referat. Siehe die „Leitsätze“ des „Bunds zum Ziel“, in Leben gegen die Zeit, S. 121f.; das Programm des Rats, ebenda, S. 122-125, sowie Hillers „Präsidialrede“ vom 2.12.1918, in: Wer sind wir? Was wollen wir?, in: Hiller, Ratioaktiv, S. 19-24.

24 Zu Robert Müller siehe Leben gegen die Zeit, S. 137.

25 Leben gegen die Zeit, S. 122.

des Politischen Rats geistiger Arbeiter sieht man den Ansatz, der kurze Zeit später vom Aktivismus zum Pazifismus hinüberleitete: „Leitstern aller künftigen Politik muß die Unantastbarkeit des Lebens sein.“ Als Doppelaufgabe des Rates erscheint: Der Kampf „vor allem gegen die Knechtung der Gesamtheit des Volkes durch den Kriegsdienst und gegen die Unterdrückung der Arbeiter durch das kapitalistische System.“²⁶ Dass der Pazifismus, in den Hiller seine Energien seit 1920 immer stärker investierte, den Klassenkampf nicht ausschloss, sondern ausdrücklich legitimieren sollte, erweist seine Rede „Linkspazifismus“ (1920). Dieser sei eine „kämpferische Bewegung für eine Idee. ... Nicht für die Idee, daß auf Erden zwischen Menschen und Menschengruppen Kämpfe aufhören, sondern für die Idee, daß auf Erden Kriege aufhören.“²⁷ Den Begriff „Linkspazifismus“ wird sein Schöpfer präzisierend dereinst durch „Revolutionärer Pazifismus“ ersetzen.²⁸

Von Ludwig Rubiner klingt wie eine ferne Fanfare über ein knappes Jahrhundert hinweg eine Parole in das unsrige, die er einem seiner Essays zur Überschrift gab: „Der Dichter greift in die Politik“²⁹. Sein Essay von 1912 gehört unverkennbar in die Reihe der Bemühungen fortschrittlicher Literaten um die *Politisierung der Literatur*. Diese bahnte sich am Beginn des zweiten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts an, steigerte sich während des 1. Weltkriegs rasant und wurde in der Weimarerzeit z. B. im proletarischen Realismus fortgeführt. Gleich anderen bürgerlichen Intellektuellen ging Rubiner vom „Primat des Ideellen“ aus. Deshalb lehnte er ab: Materie, Materialismus, Marxismus, den Entwicklungsbegriff und einiges andere, was aus dem ideologischen Fundament der Arbeiterbewegung nicht wegedacht werden kann. Eine Folge der Absolutsetzung des Ideellen oder des Geistes in den früheren Phasen der Gedankenentwicklung Rubiners ist, dass er die zwei Komponenten des vollständigen Revolutionsbegriffs unausgewogen akzentuiert, die materielle Revolution – welche undenkbar ist ohne die Aktivität der Massen – anfänglich geringer gewichtend als die Revolution des Geistes (die ideelle). Dann ein Umsturz in seiner Gedankenwelt als Folge der Oktoberrevolu-

26 Hiller, *Ratioaktiv*, S. 19.

27 Hiller, *Ratioaktiv*, S. 27.

28 Auch Hiller entwarf seine individuelle Lehre, zu deren Kern gehört, was im 19. Jahrhundert als „Aristokratie des Geistes“ diskutiert wurde; bei Hiller steht dafür der Terminus „Logokratie“. Dies Gedankenelement wurde allerdings von Autoren unter seinen Zeitgenossen heftig oder mit Ironie angefochten; selbst von seinen engsten Kampfgefährten (z. B. Toller, wie Anm. 1, S. 231). Polemik gegen den Politischen Rat geistiger Arbeiter: Erich Mühsam (wie Anm. 2, S. 340); eher gelind-ironische Kritik kam von Siegfried Jacobsohn, siehe Ruth Greuner: Siegfried Jacobsohn. Rebellion und Resignation linksbürgerlicher „Kopfarbeiter“, in: Helmut Bock u. a., wie Anm. 14, S. 309-318; hier besonders S. 312-315. Auch für den Hinweis auf diesen Text danke ich Ulla Plener. – Außerdem Gustav Landauer, *Der werdende Mensch. Aufsätze über Leben und Schrifttum*, Potsdam 1921, S. 358 (Hillers „Herrenhaus“, falls etabliert, werde sich rasch als „Tollhaus“ erweisen!). Zur Kritik von Karl Kraus an Hillers „Herrenhaus“-Vorstellungen siehe Wolfgang Beutin: „Ich aber werde die Kraft haben, Sie nie mehr zu hassen ...“. Phasen einer schwierigen Beziehung – Kurt Hiller und Karl Kraus, in: *Schriften der Kurt Hiller Gesellschaft*, Bd. 2/2005, S. 43-82.

29 Mit dieser Überschrift ließ Rubiner den Text, der ursprünglich etwas anders betitelt war, in Sammlungen wieder abdrucken. Siehe z. B. *Der Mensch in der Mitte* (Essays, zuerst 1917), Potsdam 1920, hier: S. 17-30. – Auch auf Rubiner und die Novemberrevolution gehe ich nur stichwortartig ein, weil Heidi Beutin kürzlich über dies Thema referierte; siehe entsprechend das in Anm. 20 Gesagte.

tion. Er begrüßt sie enthusiastisch. In Rubiners Texten aus der Zeit seit dem Oktober 1917 drängen sich nun die Ausdrücke, die seiner vorherigen Kritik unterlagen oder gefehlt hatten: Klassenkampf, „Massenaktionen“, Proletariat. Er schreibt: „Ein Augenblick kommt, da bist du nicht mehr Klasse: nicht mehr Bürger. Wer führt die Massenaktionen aus? Die Arbeitenden. Das Proletariat. Sie handeln, die andern schauen zu.“ Die Antithese heißt nicht: die Geistigen / die Zuschauer, sondern: Proletariat / Zuschauer. „Es gibt aber keine Zuschauer mehr. Du sympathisierst mit den Handelnden, den Arbeitern, dem Proletariat? Man braucht keine bloßen Sympathiekundgeber mehr. Du hast heute zu handeln. Mein Freund, dein Weg geht zum Proletariat. Proletariat! darum kommt kein Gehirn von morgen mehr herum.“³⁰

Vorstellbar war, dass ein Pazifist in der Novemberrevolution unversehens in eine ausweglose Situation geriet. War er noch nicht zum Revolutionären Pazifismus vorgedrungen – der erst noch aus den Erfahrungen der Ära entwickelt werden wollte –, so hieß Pazifismus ihm einfach: bedingungsloser Verzicht auf Gewaltanwendung. Plötzlich konnte er als Revolutionär sich jedoch in die Pflicht genommen fühlen, Gewalt anzuwenden und die Anwendung von Gewalt zu befehlen. So Ernst Toller, der in Bayern „Heerführer“ wurde (im Weltkrieg Artillerieunteroffizier). Wie anderen schwebte auch ihm die Verwirklichung einer radikalen Demokratie vor, eines Rechtsstaats, der auf den Friedensgedanken eingeschworen war. Dem aber verweigerten sich die politischen, militärischen und ökonomischen Eliten. Ihren Widerstand zu brechen, bedurfte es starker Machtmittel, es ging nicht ohne Gewalt. Also doch: Gewaltanwendung? Bürgerkrieg? Eine neue Schwierigkeit: Für den war die breite Majorität im Lande kaum zu haben, die der Soldaten auch nicht, und selbst, wie das Beispiel Heinrich Manns zeigt, der mit der Revolution sympathisierende Intellektuelle nicht immer. In der Weimarer Republik fand Ernst Toller dann zum Revolutionären Pazifismus. In den USA 1936/37 auf Vortragsreise, hielt er seine Rede: „Das Versagen des Pazifismus in Deutschland“. Hierin durchdachte er unterschiedliche Definitionen. Er schrieb: „Pazifismus kann sein: eine revolutionäre Forderung. Es genügt nicht, sagt der revolutionäre Pazifist, den Frieden zu wollen, man muß wissen, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln er erreichbar ist.“³¹

Toller gestand, er sei als „Bourgeoisohn“ geboren. Aber: „Da ich erkannte, daß wir eine Gesellschaftsordnung haben, die auf sozialer Ungerechtigkeit aufgebaut ist, schlug ich mich auf die Seite der Arbeiterschaft.“³² Offensichtlich gewann er

30 Ludwig Rubiner: Der Dichter greift in die Politik. Ausgewählte Werke 1908-1919, hrsg. von Klaus Schuhmann, Frankfurt/M. 1976, S. 316f.

31 Zit. nach John M. Spalek/Wolfgang Frühwald: Ernst Tollers amerikanische Vortragsreise 1936/37. Mit bisher unveröffentlichten Texten und einem Anhang, in: Literaturwissenschaftliches Jahrbuch, N. F. 6/1965, S. 267-311; hier: S. 306. – In dieselbe ausweglose Situation geriet u. a. auch Max Hoelz. Er bekannte, er habe erkannt, „daß man für die soziale Revolution auch mit all den Mitteln kämpfen muß, die ich im Krieg verachten gelernt hatte. Ich war aus dem Krieg als Pazifist heimgekehrt.“ (Max Hoelz: Vom ‚Weißen Kreuz‘ zur roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse, Frankfurt/M. 1984, S. 183.)

32 Toller, Prosa (Anm. 1), S. 222.

im München der Revolution bei den Arbeitern viele Sympathien. Er war der junge Mann Kurt Eisners (beide USPD). In München vom Zentralrat der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zum zweiten Vorsitzenden ernannt, später zum ersten, war er an allen Vorgängen der Novemberrevolution in Bayern und an der Räterepublik beteiligt. Die Räterepublik vom 7. April 1919 hielt er für einen politischen Fehler; ihre Ersetzung durch die zweite am 14. April geschah in seiner Abwesenheit.³³ In seinen Erinnerungen, einem der wichtigsten Zeugnisse aus der Revolutionszeit, rekapituliert er diese mit klarem Blick, mit scharfer Kritik der Ereignisse, der handelnden Personen und seiner selbst.

„Der Sieg der bürgerlichen Demokratie“ im November war in Tollers Sicht nicht mehr als die Begleiterscheinung des Friedensangebots, das die Reichsleitung auf Anforderung der Obersten Heeresleitung Anfang Oktober an Wilson absandte. Diese Demokratie „weckt keinen Widerhall, weder der Reichstag erkämpfte sie noch das Volk, sie wurde diktiert ...“ (wie einstmals, ein knappes Halbjahrhundert zuvor, durch Bismarck bereits die Reichseinheit). Hier deckt sich Tollers Beurteilung vollkommen mit derjenigen des Historikers Fritz Fischer: „Als bolschewistische Revolution wird oft noch verstanden, was in der ersten Phase lediglich Revolution ‚von oben‘, in Wirklichkeit also überhaupt keine Revolution gewesen war ...“³⁴ Wie gestaltete sich die neue Demokratie? – „... die Generale herrschen wie früher, die Minister entstammen der alten Machtkaste, die Rechtssozialisten ... Staatssekretäre, Exzellenzen ... Nur an den Frieden denkt das Volk, es hat allzu lange an den Krieg gedacht ...“ Das Volk, wiederholt Toller: „Wollte es denn eine Revolution? ... Es wollte Frieden.“ Wohl habe es nach dem Sozialismus gerufen, doch ohne „klare Vorstellungen“. Das Ende aller solcher Bestrebungen, am Ende schon das Ende der Republik, sieht Toller mit dem Reichsrätekongress vom 16.-21. Dezember in Berlin gekommen: Er „verzichtet freiwillig auf die Macht, das unverhoffte Geschenk der Revolution, die Räte danken ab, sie überlassen das Schicksal der Republik dem Zufallsergebnis fragwürdiger Wahlen des unaufgeklärten Volks. ... Die Republik hat sich selbst das Todesurteil gesprochen.“³⁵

In München erlebt Toller zwei Ansätze der Räterepublik, dann die definitive militärische Niederlage. Er räumt ein: „Wir sind gescheitert, alle. Alle begingen Fehler, alle trifft Schuld, alle waren unzulänglich. Die Kommunisten ebenso wie die Unabhängigen. Unser Einsatz war vergebens, die Opfer nutzlos, die Arbeiter vertrauten uns, wie können wir uns jetzt vor ihnen verantworten?“ Im Rückblick versucht er zu analysieren. Ihm stellt sich eine historische Parallele vor Augen: die Taboriten (der linke Flügel der Hussitenbewegung im 15. Jahrhundert). Er macht die Anwendung auf alle Revolutionen: „Immer wurde der aktive Flügel isoliert

33 Nach dem Zeugnis von Stefan Großmann in seinem Dossier mit dem sarkastischen Titel: Der Hochverräter Ernst Toller. Die Geschichte eines Prozesses, als „Marginalie“ abgedruckt im Anhang zu Toller, Prosa, S. 473-489, hier: S. 480.

34 Fritz Fischer: Einleitung zu Wolfgang Malanowski: November-Revolution 1918. Die Rolle der SPD, Frankfurt/M. etc. 1919, S. 9-12; hier S. 10.

35 Toller, Prosa (Anm. 1), S. 97, 98, 99, 101.

und niedergeworfen von jenen, die ihre revolutionären Talente am Sonntag in Festartikeln manifestieren, die sich aber am Alltag verbünden mit der Klasse, die sie zu bekämpfen vorgeben.“³⁶

In der Haft hat er unfreiwillige Muße für seine Dichtungen, auch zum Nachsinnen über die Kunst, über proletarische Kunst. Er schreibt: „In den Werken der Revolutionäre wird der Kampf besungen und der kämpfende Mensch. Lieben wir den Kampf um des Kampfes willen? Nein. Der Kampf ist ein Mittel, wie die Politik ein Mittel ist. Ohne Kampf, ohne Politik sind wir das Eisen, auf das der Hammer schlägt. Wir aber müssen der Hammer werden, der das Eisen formt.“³⁷ Die Zentralfigur seines Schauspiels „Die Wandlung“ (entstanden noch vor der Revolution, 1917/18) heißt Friedrich. Friedrich hält am Schluss eine Ansprache mit Aufruf zur Aktion: „Nun geht hin zu den Machthabern und kündet ihnen mit brausenden Orgelstimmen, daß ihre Macht ein Truggebilde sei. Geht hin zu den Soldaten, sie sollen ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden. Geht hin zu den Reichen und zeigt ihnen ihr Herz, das ein Schutthaufen ward. Doch seid gütig zu ihnen, denn auch sie sind Arme, Verirrte. Aber zertrümmert die Burgen, zertrümmert lachend die falschen Burgen, gebaut aus Schlacke ...“³⁸ Das biblische „Schwerter zu Pflugscharen“ verweist auf den Pazifismus, à la Tolstoi klingt die Ermahnung, selbst mit den Reichen in Güte zu verhandeln. Kein Reicher der Ära indessen hätte die Zertrümmerung seiner Burg (Fabrik) als Beweis der Güte aufgefasst, diese daher auch mit Anforderung von Militär beantwortet. Ebenso das letzte Wort des Stücks: „Revolution!“ Auch sie hätte die *ultima ratio* herausgefordert. Schließlich wusste man in Preußen nicht erst seit 1918, dass gegen Demokraten nur halben – Soldaten.

Durch das dramatische Schaffen des Dichters Toller zieht sich diese Aporie: Frieden soll sein, Gerechtigkeit werden – auf einem neu zu legenden Fundament. Wie aber kann der Revolutionär, der Friedenskämpfer dazu gelangen, gewaltlos ein neues Fundament zu legen, solange die alten Kräfte weiterwirken, solange alte Mächte das Land beherrschen?

In seinem Revolutionsdrama „Masse-Mensch“ (geschrieben im Oktober 1919) ist die Zentralfigur „Die Frau“, in der Uraufführung unter dem Namen: „Sonja Irene L.“ (gespielt von – Mary Dietrich). Auch sie wendet sich mit einer Rede an die Arbeiter. Darin heißt es: „Einhaltet Kampfverstore! / Ich fall euch in den Arm. / Masse soll Volk in Liebe sein. / Masse soll Gemeinschaft sein. / Gemeinschaft ist nicht Rache. / Gemeinschaft zerstört das Fundament des Unrechts. / Gemeinschaft pflanzt die Wälder der Gerechtigkeit. ... Ich rufe: / Zerbrecht das System!“³⁹ Wie jedoch könnte die Masse es zerbrechen ohne Gewaltanwendung? Und wiederum: Der Gewalt würden die Verteidiger des Systems ihre Gewalt ent-

36 Ebenda, S. 130, 230.

37 Ebenda, S. 223.

38 Ebenda, S. 285.

39 Ebenda, S. 317f.

gegensetzen, und fraglich wäre, wessen siegreich aus dem Kampf hervorginge, die der Verteidiger oder die der Angreifer.

Linksradikale, Spartakusgruppe, KPD

Zur zahlenmäßig nicht eben bedeutenden Opposition während des Weltkriegs zählten neben einigen bürgerlichen Autoren und Autorinnen Gruppen und Einzelpersonen vom linken Flügel der SPD. Es waren die Linksradikalen um Johann Knief, die sich in der Revolution umbenannten in „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD); vor allem die Gruppe „Internationale“, später Spartakusbund (mit Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, den Dunckers u. a.), der sich am 31. Dezember 1918 mit den IKD zur Kommunistischen Partei zusammenschloss.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ vertrat, solange Johann Knief in ihr maßgebenden Einfluss ausübte, „mit aller Konsequenz die Beschlüsse, welche die Kongresse der II. Internationale gegen den Krieg und für den Fall eines Krieges gefasst hatten. ... Das Blatt demaskierte von vornherein die Losung vom antizaristischen Verteidigungskrieg und ließ keinen Zweifel an dem imperialistischen Charakter des heraufziehenden Krieges.“⁴⁰ In Berlin beantragte Karl Liebknecht Ende 1914, die sozialdemokratische Fraktion möge am 2. Dezember eine „Erklärung“ abgeben. Der Text ist eines der besten Dokumente gegen den Krieg. Er zerstreut allen Nebel, der von der Regierungspropaganda um Ursprung und Ziele des Kriegs gewoben worden war: „Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, und zwar besonders auch auf deutscher Seite mit dem Ziel von Eroberungen großen Stils.“ Den positiven Bestimmungen, was er sei, folgt eine Liste von negativen, was er nicht sei: kein Krieg „für die Wohlfahrt des deutschen Volkes“, „kein deutscher Verteidigungskrieg und kein deutscher Freiheitskrieg“, „kein Krieg für eine höhere ‚Kultur‘“.⁴¹ Die „Junius-Broschüre“ (eigentlicher Titel: „Die Krise der Sozialdemokratie“, 1916) erweist, dass auch deren Verfasserin Rosa Luxemburg das Wesen des Weltkriegs nicht weniger klar durchschaute als ihr Kampfgefährte.

Ungleich schwerer fiel es den Linksradikalen wie den Spartakisten, sich über das Wesen der Novemberrevolution zu verständigen. Um die Jahreswende 1918/19 schrieb Rosa Luxemburg: „Die jetzt begonnene Revolution des Proletariats kann kein anderes Ziel und kein anderes Ergebnis haben als die Verwirklichung des Sozialismus.“⁴² Zur selben Zeit, in ihrer Rede während des KPD-Gründungsparteitags, stellte sie die Dinge realistischer dar: Das Geschehene – eine

40 Gerhard Engel: Johann Knief – Biographisches zu seinem Platz in der Geschichte der deutschen Linken, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung H. 2005/III, S. 112-133; hier: S. 118. Siehe auch den Beitrag von Engel im vorliegenden Band.

41 Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 8, Berlin 1974, S. 57-61.

42 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1979, S. 431 (fortan: GW).

Revolution des Proletariats? Nein, oder höchstens partiell: „... was wir am 9. November erlebt haben, war zu drei Vierteln mehr Zusammenbruch des bestehenden Imperialismus als Sieg eines neuen Prinzips.“ (Das Protokoll verbucht hier: Zustimmung; ebenda, S.495) Johann Knief kam zu der „Fehleinschätzung“, was vorgefallen sei, wäre ein „Militärputsch“, und in der ersten Ausgabe der von ihm gegründeten Tageszeitung der IK: „Der Kommunist“ stand noch stärker übertrieben zu lesen, er sei „konterrevolutionär“. Weshalb? Die Bewegung sei eine für den Frieden und die Demokratie, aber sie hätte die Diktatur des Proletariats anstreben müssen, die „unmittelbare Herbeiführung des Kommunismus“⁴³. Den Führenden in der Spartakusgruppe und ebenso dem Bremer Knief öffneten erst die Vorgänge auf dem Reichsrätekongress vom 16.-21. Dezember in Berlin die Augen, als dieser der Wahl der Nationalversammlung (am 19. Januar des Folgejahres) zustimmte. Aber als Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Paul Levi u. a. sich auf dem Gründungsparteitag der KPD für die Beteiligung an den Wahlen aussprachen, blieben sie in der Minderheit.

Im politischen Leben Kniefs wird um die Jahreswende 1918/19 eine doppelte Tragik sichtbar: Bei der Gründung der KPD fehlte er, obwohl er – soweit festgestellt werden kann – als erster eine selbständige Partei der deutschen Linken gefordert hatte und damit als einer ihrer Initiatoren gelten muss. Seine Bremer Linksradikalen lehnten die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab. Knief, der diese zuvor ebenfalls bekämpft hatte, empfahl die Beteiligung in richtiger Einschätzung der Realitäten. Da aber seine Gruppe auf das „gebundene“ Mandat eingeschworen war, übte er beim Gründungsparteitag keines aus und musste ihm fernbleiben. Und zweitens: Anfang 1919 erkrankte er schwer, so dass er sich am 9. Januar in die Klinik begeben musste. (Er verstarb am 6. April d. J.). Noch vom Krankenbett aus riet er seinen Genossen „angesichts der Berliner Januarkämpfe, nicht zu versuchen, in Bremen eine isolierte Machtübernahme durch das Proletariat herbeizuführen“⁴⁴. Doch sie setzten sich über seinen Rat hinweg. Ihr Vorstoß endete mit einer Niederlage, so wie ein Vierteljahr später der vergleichbare der Bayerischen Räterepublik.

Franz Mehring sah sich bereits vor der Revolution genötigt, den aufflammenden Enthusiasmus für die Diktatur des Proletariats in der Linken zu dämpfen, indem er auf die Intention von Marx verwies.⁴⁵ Er verdeutlichte, „daß es sich dabei nicht um ewige Prinzipien, sondern um einen vorübergehenden Zustand handelt, nämlich um das Übergangsstadium der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft, wo das Proletariat bereits die politische Macht erobert hat, aber zunächst die Trümmer der alten Gesellschaft beseitigen muß, um Bahn für die neue Gesellschaft zu schaffen.“⁴⁶ Die Begrifflichkeit missverstand, wer die Paro-

43 Engel, Johann Knief, S. 130.

44 Ebenda, S. 131f.

45 Siehe Karl Marx, in MEW, Bd. 19, S. 28.

46 Franz Mehring, Gesammelte Werke, Berlin 1966, Bd. 15, S. 780.

len „Frieden“ und „Demokratie“ als einen – metaphysischen – Gegensatz zur Diktatur des Proletariats, gar als „konterrevolutionär“ interpretierte. Seine Artikelserie „Die Bolschewiki und wir“ (Mai/Juni 1918) schloss Mehring mit einem Satz, der im 21. Jahrhundert, nach dem ersten sozialistischen Großversuch in Europa, besonders nachdenklich stimmen kann: „Halten sich die Bolschewiki in Rußland, so ist trotz alledem ein Erfolg errungen, der über alle Enttäuschungen der letzten Jahre hinwegzuhelfen vermag; unterliegen sie, so mag es an der Zeit sein, daß die Toten ihre Toten begraben und ein oder ein paar Menschenalter hindurch nur noch mit einem Achselzucken von dem internationalen Sozialismus gesprochen werden kann.“⁴⁷

Im Januaraufstand in Berlin 1919 kam bereits nach einer Woche ihres Bestehens die erste Bewährungsprobe für die neue Kommunistische Partei in Berlin. Untersucht man ihre Beteiligung an den Vorgängen⁴⁸, ohne sich von den darum gestrickten Legenden von rechts (antikommunistische) und von links (kommunistische) beeindrucken zu lassen, erkennt man die große Unsicherheit, sowohl bei der Führung wie bei den Mitgliedern, Schwanken zwischen Beteiligung am Aufstand und dessen Verwerfung, Hektik und Vorpreschen der einen (vor allem Liebknechts und Piecks), Ratlosigkeit bei den anderen, z. B. bei Rosa Luxemburg, die zuerst die Massenaktionen für wenig aussichtsreich hielt, anschließend mehrere Tage lang den Regierungssturz in Reichweite sah und endlich die Aussichtslosigkeit des Aufstands erkannte, mit der Behauptung, daß er von Anfang an ohne Erfolgchance gewesen sei. Überhaupt nahm die KPD insgesamt einen bloß verhältnismäßig geringen Einfluss auf die Ereignisse, die im wesentlichen von Berliner Arbeitermassen, von den Revolutionären Obleuten (den Vertrauensleuten der Betriebe) und von Teilen der USPD und ihrer Führung (besonders Georg Ledebour) getragen wurden. Was die KPD dazu beisteuern konnte, war ihre Pressearbeit („Rote Fahne“), die Verbreitung ihrer Flugblätter und die Beteiligung einzelner Mitglieder ihrer Zentrale in der Aufstandsleitung. Insgesamt war der Januaraufstand also das gerade nicht, was die antikommunistische Legende besagen will: ein „Spartakusaufstand“.

Der Vertreter der Bolschewiki in Berlin Karl Radek beobachtete die Vorgänge in Berlin und schrieb darüber einen kritischen Bericht, der geeignet ist, jegliche Legendenbildung zu zerstören. Darin heißt es: „Leider befindet sich weder die Organisation noch die politische Führung der Kommunistischen Partei auf entsprechender Höhe ihrer Aufgabe. Weil sie sich gerade erst von den Unabhängigen getrennt hat, weist sie keine stabile Mitgliedschaft auf ... Die oppositionelle Stimmung der Arbeitermassen äußert sich nirgends in einer durch die Partei organisierten Form. Deshalb können schnell vergängliche Ersatzlösungen wie die revolutionären Obleute entstehen, ein Mischmasch von Ledebour- und Sparta-

47 Ebenda, S. 772.

48 In diesem Absatz meines Referats ziehe ich grundlegend die Analyse von Ottokar Luban heran. Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, Schkeuditz 2008, Darin S. 67-117.

kusanhängern, die ohne klare politische Linie an ein und demselben Tag versuchen, einen Kompromiß mit den Sozialpatrioten zu schließen und gleichzeitig die politische Macht durch einen Putsch an sich zu reißen. Das Fehlen einer eigenen Massenorganisation führte auch dazu, daß die Kommunisten, anstatt sich auf die Eroberung der Arbeiterräte zu konzentrieren, ohne jeden Plan nach jeder Möglichkeit griffen, um die erregte Stimmung der Massen für Aktionen zu nutzen. Die Aktionen verliefen ohne klares politisches Ziel, ohne Verständnis dafür, daß es unmöglich ist, die politische Macht zu erobern, ohne die Mehrheit der Arbeiter hinter sich zu haben und ohne in Gestalt der Arbeiterräte Organe des Kampfes und der Macht zu haben. In der Theorie verstehen die Führer es, sie äußern diese Ansicht in der Broschüre ‚Was will der Spartakusbund?‘⁴⁹ Aber in der Praxis war das nicht der leitende Gedanke ihrer Taktik. Das ist im nachhinein die Grundtendenz der Berliner Ereignisse. Sie begannen mit großen Demonstrationen hunderttausender Arbeiter, in denen sich die ganze Enttäuschung der Arbeitermassen entlud. Aber nach drei Tagen wußten die Massen nicht, was sie auf der Straße eigentlich sollten. Ich war selbst Zeuge, wie in der Redaktion der ‚Roten Fahne‘ alte Genossen händeringend fragten, was sie [die Spartakusführer] denn wollen. Sie wurden mit leeren Phrasen abgespeist, weil man dort selbst auch nicht wußte, was man wollte. Sie [die Spartakusführer] hörten einfach auf, zu den Demonstranten auf die Siegesallee hinauszugehen, und die Masse irrte ziellos umher, bis sie sich verlief.⁴⁵⁰

Ihr immer noch nicht erloschenes Wunschenken bezeugte Rosa Luxemburg selbst nach der Niederlage des Aufstands noch, als sie schrieb, die Revolution siege trotz alledem. In ihrem letzten Artikel vor ihrer Ermordung, geschrieben am 13., erschienen am 14. Januar, sprach sie vom „Endsieg“ und davon, dass er „nur durch eine Reihe von ‚Niederlagen‘ vorbereitet werden kann!“⁴⁵¹ Wohl blieb die Novemberrevolution tatsächlich hinter den Erwartungen vieler zurück, anders als es (um Schillers Distichon „Der Zeitpunkt“ zu zitieren) „der große Moment“ gestattet hätte und wie es historisch erforderlich gewesen wäre. In ihrer Rede vom März 1923 „Der Kampf gegen den Faschismus“ legte Clara Zetkin die Ursprünge und Wesenszüge des damaligen Faschismus dar, der in Italien bereits ein Jahr an der Macht war. Ihr erschien als eine „Wurzel“ des Faschismus „das Stocken, der schleppende Gang der Weltrevolution infolge des Verrates der reformistischen Führer der Arbeiterbewegung“. „Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Rußland eingeleitet worden, weitergeführt und weitergetrieben hat.“⁴⁵² Die Geschichte gab ihr Recht: Ohne das Steckenbleiben der Novemberrevolution in Deutschland hätte der Faschismus sich nicht aufschwingen können bis ins Zentrum der Macht.⁴⁵³

49 Von Rosa Luxemburg entworfen, auf dem Gründungsparteitag der KPD als Grundsatzprogramm angenommen.

50 Zit. nach Ottokar Luban: Karl Radek im Januaraufstand 1919 in Berlin. Drei Dokumente (Manuskript), S. 3.

51 Rosa Luxemburg, GW, Bd. 4, S. 534.

52 Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1960, S. 297, 293.

Was mindestens hergestellt werden musste, war die Demokratie in einer Form, die jeglichem Versuch gegenüber, sie wieder auszulöschen, resistent gewesen wäre, im Junktim mit einer verlässlichen deutschen Friedenspolitik, die künftig vor einem zweiten deutschen „Griff zur Weltmacht“ als unüberwindbares Hindernis gewesen wäre.

Räterepubliken, Räte, Betriebsräte

Als am weitesten vorangetriebene Schritte in Richtung Sozialismus, wenn nicht sogar mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats, erwiesen sich während der Novemberrevolution die Räterepubliken. Sie entstanden an mehreren Stellen im Reich, so in verschiedenen Hafenstädten an der Wasserkante, darunter in Bremen (10.1.-4.2.1919) und einigen kleineren Orten, sowie – am berühmtesten geworden – in Bayern. Hier bildeten die Novemberrevolution und die Bayerische Räterepublik – diese in zweierlei Abschattungen seit dem 7. April 1919 – auch insofern für die Beobachter etwas Besonderes, als die Beteiligung von Intellektuellen und Künstlern sehr hoch war.

Für die Bremer Räterepublik gilt das nicht. Der Führer der Bremer Linksradi-kalen Johann Knief (Lehrer, dann Journalist) konnte seit dem 9. Januar an der politischen Bewegung nicht mehr aktiv teilnehmen – er konnte es nur noch verbal, doch ohne dass sein Rat fruchtete. Dass der Versuch keinen Erfolg haben konnte, mussten auch die Anhänger der Räterepublik sich bald eingestehen. Im dokumentarischen Material gibt es Wendungen, deren Schlichtheit (die mit Wahrheit in eins fällt) bis heute anrührt, z. B. die Erkenntnis von Hagedorn (USPD) in der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats am 20. Januar 1919: „Wir stehen in Bremen allein ...“⁵⁴ Und die Ergänzung durch Dannat (KPD) am 21. Januar: „Was die Konstituante für Bremen betrifft, so haben wir erkannt, daß wir eine Position genommen haben, zu der es noch zu früh war. Eine Position haben wir genommen, zu der es nicht zu früh gewesen wäre, wenn in Berlin und im Reiche die Dinge günstiger gekommen wären.“⁵⁵ Ähnlich in München einer der Hauptbeteiligten: Erich Mühsam. Er hielt die Räterepublik, deren Proklamation er selber betrieben hatte, später für ein „Unglück“, nachdem ihn der Beauftragte der russischen Sowjetregierung Axelrod unterrichtet hatte: Sie sei ein Fehler gewesen, „weil sie ohne die genügende unterirdische Vorbereitung im Lande ins Werk gesetzt wurde. Alle Persönlichkeiten hätten überall in Bereitschaft stehen, alle Proklamationen und Maßnahmen im Augenblick der Aktion fix und fertig sein, vor allem der militärische Schutz wirksam organisiert sein müssen.“⁵⁶

53 Siehe auch den Beitrag von Peter Scherer im vorliegenden Band.

54 Zit. nach Peter Kuckuk: *Revolution und Räterepublik in Bremen*, Frankfurt/M. 1969, S. 116.

55 Ebenda, S. 120.

56 Nach Mühsam, *Publizistik* (Anm. 2): Von Eisner bis Leviné, S. 239-325; hier S. 267 u. 312 f.

Die Räterepublik Bayern war eine mittelbare Folge der Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner (USPD). Dieser, Schriftsteller von Beruf, hatte wie andere zeitgenössische Kollegen eine neue Version des Sozialismus zu popularisieren versucht, den er ethisch begründen wollte. Er hasste die Gewaltanwendung und rief bei der Proklamation der Bayerischen Republik (in der Nacht vom 7. zum 8.11.1918) zur Beendigung des Blutvergießens auf: „In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein!“⁵⁷

Gustav Landauer, ebenfalls Schriftsteller, beteiligte sich eine kurze Zeitlang an der Bayerischen Räterepublik. Nach deren Ende nahmen ihn die konterrevolutionären Truppen gefangen. Im Gefängnis wurde er grausam erschlagen. In seinen Untersuchungen und Essays vor dem Weltkrieg und während dessen hatte er die Sozialdemokratie scharf kritisiert: „... Stockung und Starrheit, ... die Gelenkigkeit eingerostet ..., Ungeist, Unrecht und Schlendrian ... Philister und strohtrockene Systematiker träumen den unsäglich öden Traum von der Einführung des Patentsozialismus ...“⁵⁸ Die „Geschichte des Sozialismus“ brachte er auf die Formel: „die Geschichte einer mit lebhaften Fiebergesichtern verbundenen Gelähmtheit“.⁵⁹ In der Novemberrevolution und der Räterepublik hoffte er, dass sich nun Hände in Bewegung setzen würden, um den Sozialismus aus seiner Erstarrung zu erlösen. Aber auch das blieb wieder nur ein Traum, kein öder, sondern ein facettenreich-bunter, doch bezahlte er ihn mit seinem Leben.

Einen anderen Intellektuellen, der in München an der Räterepublik beteiligt war, umgab schon zu jener Zeit ein Geheimnis, und das Geheimnis sollte sich erst postum lüften: Ret Marut, der nach seiner Flucht aus Bayern im mexikanischen Exil als Epiker zu großem Ruhm kam – nicht unter diesem Namen, sondern unter dem Decknamen B. Traven.⁶⁰ In seiner Zeitschrift „Der Ziegelbrenner“ kommentierte er Vorgänge des Weltkriegs, die Novemberrevolution, die Räterepublik und deren Niederschlagung. An der Räterepublik beteiligte er sich u. a. als Vorsitzender einer Kommission, die ein Revolutionstribunal vorbereiten sollte. Auch er blieb seinen Illusionen verhaftet, stellte z. B. im Heft 15 seiner Zeitschrift unter dem Datum des 30. Januar 1919 fest, die „Welt-Revolution beginnt“, und die Diktatur des Proletariats sei bereits Realität: „Noch nie in meinem ganzen Leben habe ich mich so unendlich frei und glücklich gefühlt, wie unter der Diktatur des Proletariats, einer Diktatur, die nicht die Diktatur einer Minderheit ist ..., sondern die die Diktatur der Mehrheit des deutschen Volkes ist ...“ Ausdrücklich gegen die marxistische Auffassung polemisierend, die Abschaffung des Eigentums an den

57 Zit. nach Gerhard A. Ritter/Susanne Miller: Die deutsche Revolution 1918-1919 – Dokumente, Frankfurt/M. etc. 1968, S. 58.

58 Gustav Landauer: Der werdende Mensch (Anm. 27), S. 363.

59 Ebenda, S. 120.

60 Siehe Rolf Recknagel: B. Traven. Beiträge zur Biographie, Leipzig 1971. – Der Nachdruck von Maruts Zeitschrift „Der Ziegelbrenner“ (1917-1921, 5 Jahrgänge mit insgesamt 40 Heften), Leipzig 1967, enthält ein instruktives Nachwort, ebenfalls von Rolf Recknagel, S. I-XXIV.

Produktionsmitteln sei notwendig, propagierte er im Heft 35/40 seiner Zeitschrift in höhnischem Ton die Abschaffung jeglichen Privateigentums. Damit hätte er Befürchtungen des Bürgertums, wie sie zur selben Zeit etwa Ricarda Huch hegte, nur bestärken können. Er empfahl die Iren und Inder die in ihrem Kampf gegen die Kolonialherrschaft der Engländer als Vorbild, verpflichtete zu passivem Widerstand und Waffenlosigkeit; verfocht also einen Pazifismus, der gewiss ungeeignet gewesen wäre, einer Diktatur des Proletariats, hätte sie denn wirklich existiert, zur Dauer zu verhelfen.

Toni Sender warf den Delegierten des 1. Nachkriegsparteitags der USPD (März 1919) vor, die Unabhängigen im Rat der Volksbeauftragten hätten niemals ihre Zustimmung zur Einberufung der Nationalversammlung geben dürfen, fehlte doch „eine solide Grundlage für die junge Republik“, da die ökonomisch stärksten Kräfte der Vergangenheit nach wie vor die politische Macht besaßen. Nur wo die „kreative, fundamentale Umwälzung des ökonomischen und politischen Systems“ gelinge, hätte man das Recht, „von einer echten Revolution zu sprechen“. Als Verfechterin des Rätegedankens bestand sie besonders hartnäckig darauf, in der Wirtschaft die Institution der Betriebsräte als Parallele der politischen Räte zu schaffen. Darüber sprach sie auf der Leipziger Frauenkonferenz am 29. November 1919 in ihrer Rede „Die Frauen und das Räteystem“. Diese Rede ist ein damals zeitgemäßes, heute, fast ein Jahrhundert später, noch sehr anregendes Lehrstück. Sie bildet den Verlauf der Novemberrevolution mit ihren Defiziten, Fehlern und Leistungen vorzüglich ab, ebenso die anschließenden Entwicklungen. Rückblickend überschätzte Toni Sender allerdings die Bedeutung der ein Jahr davor entstandenen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte maßlos, wenn sie in ihnen bereits die *temporäre Verwirklichung* der Diktatur des Proletariats in der Praxis erblickte. Inzwischen, Ende 1919, wesentlich ernüchtert, räumte sie ein, die zweite Hälfte der Umwälzung sei erst noch zu vollbringen: „Die Verleihung politischer Rechte kann aber für die Arbeiterklasse erst dann vollen Wert erlangen, wenn auch die wirtschaftliche Knechtschaft und Unfreiheit aufgehoben ist.“. Daher müsse aus der Revolution folgen: die „Niederhaltung des ausbeutenden Bürgertums und Aufbau resp. Organisation der sozialistischen Gesellschaftsordnung“. Hier lag für sie die Funktion der Betriebsräte. Schlüssig sei, dass „das wirtschaftliche Räteystem die Ausschaltung des Einflusses der Gegner des Sozialismus in der Wirtschaft zum Ziele“ habe, während gleichzeitig das politische Räteystem „deren Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung so lange ausscheiden“ solle, „bis durch die Enteignung der Besitzer der Produktionsmittel die Klassenscheidung überhaupt aufgehoben ist“. Aus diesem Vorschlag zur Rolle der politischen Räte und des wirtschaftlichen Räteystems resultiert auch, dass Toni Sender auf die Betriebsräte einen besonders starken Akzent setzte. Sie argumentierte: „In richtiger Erkenntnis der wahren Wurzel jeglicher Kraft des Proletariats im kapitalistischen Wirtschaftskörper hat sich gegenwärtig das Interesse zur Verwirklichung des Rätegedankens am stärksten konzentriert im Kampf um die *Betriebsräte*. Der Kapi-

talist herrscht, weil er die Produktionsmittel in Händen hat. Von unten auf muß versucht werden, aufzubauen und sich durchzusetzen. Darum bildet die Grundlage des *wirtschaftlichen Rätessystems* die kleinste wirtschaftliche Einheit, der Betrieb. Alle darin beschäftigten *Hand- und Kopfarbeiter wählen gemeinsam* den Betriebsrat, wobei beide Gruppen entsprechend zu berücksichtigen sind.“ Im selben Zusammenhang dachte sie an die Rechte der Frauen, als deren Sprecherin sie fungierte: „Die Räte können aber nur dann *Ausdruck des Massenwillens* werden, was sie ja sein sollen, wenn das Recht der Mitwirkung und Mitbestimmung nicht für eine ganze Hälfte des Proletariats toter Buchstabe bleibt.“ „Ist eine größere Anzahl von Frauen im Betrieb beschäftigt, so muß auch diesen eine Vertretung im Betriebsrat eingeräumt werden.“⁶¹

Die Institution der Betriebsräte, bis heute erhalten, obwohl – nein: deshalb – in Deutschland von den Kapitaleignern seit eh und je beargwöhnt, ist eine bedeutende historische Folge der Novemberrevolution. Sie könnte ein Funke sein, der unter der Asche weiterglüht. Dieser könnte vielleicht eines Tages zur Flamme werden, indem die Mehrheit der „Hand- und Kopfarbeiter“ sich besinnt auf die ursprünglich den Betriebsräten zugeordnete Zielstellung: die durchdringende Demokratisierung der Wirtschaft als Weg zur vollendeten Demokratie.

61 Toni Sender, Autobiographie (Anm. 3), (in der Reihenfolge der Zitate) S. 142, 116, 289, 291, 305, 300, 308, 300.

Zu den Weltkriegsrevolutionen 1918/1919 und ihrem Platz in der Geschichte

Imperialismus, Krieg und Revolution – Triade des Sozialismus?

Auf Marx und Engels geht die Erkenntnis zurück, dass Revolutionen das ideologische, politische, juristische und kulturelle Korrektiv zur Lösung des Konflikts zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zugunsten einer höheren Produktionsweise sind. In der bisherigen Menschheitsgeschichte geschah das an zwei historischen Schnittpunkten: beim Übergang von der Jäger- zur Agrargesellschaft und beim Übergang der Agrargesellschaft in die verschiedenen Entwicklungsstadien des Kapitalismus. Das erste Mal vollzog sich diese Revolution in einer sehr großen Raum-Zeitdimension, die ihr eher den Anschein eines Evolutionsprozesses verlieh. Aber auch der Übergang der verschiedenen Formen von Agrargesellschaften zum Kapitalismus in Europa vollzog sich im Rahmen jenes neuzeitlichen Revolutionszyklus, der von der Reformation im 16. bis weit ins 19. Jahrhundert reicht. Auf diese Weise durchlief die transatlantische Welt jenen klassischen neuzeitlichen Revolutionszyklus, der mit der Säkularisierung Anfang des 16. Jahrhunderts begann und seit der englischen Revolution die Vertiefung der Demokratisierung und eine zunehmende soziale Ausprägung der Ökonomie zum Inhalt hatte. Die Anpassung der verschiedenen vorkapitalistischen Gesellschaften außerhalb Europas an den Industriekapitalismus erfolgte, wenn nicht durch Krieg von außen, revolutionär von innen oder auf dem Weg der Reform von oben. Aber schon am Ende des 19. Jahrhunderts kam die Vermutung auf, dass nicht die allgemeine Kapitalverwertungskrise als vielmehr der große Krieg bereits zur Götterdämmerung des Kapitalismus werden könnte. Vier Jahre nach Marx' Tod meinte Friedrich Engels, dass die durch einen sich abzeichnenden Weltkrieg bedingte Krise zur Voraussetzung für „die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse“¹ werden könnte. Im Proletariat der westeuropäischen Industriegesellschaft glaubten Marx und Engels jene endgültig die Arbeit befreiende Klasse entdeckt zu haben, die durch die Wiederherstellung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln nach 5.000 Jahren Klassengesellschaft die eigentliche Menschheitsgeschichte begründen würde.

Doch die geistigen Erben dieser massenwirksamsten Ideologie des endenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts divergierten im Gefolge des weiteren Wandels des Kapitalismus in eine reform- und eine linkssozialistische Richtung, pola-

1 MEW, Bd. 21, S. 351

risierten sich und vollzogen mit der gegensätzlichen Stellung zum ersten Weltkrieg das große Schisma innerhalb der Arbeiterbewegung. In Deutschland, der modernsten aufstrebenden Nation neben den USA während der zweiten Industrialisierungswelle, war dieses Schisma besonders folgenschwer. Denn damit ging jenes reale Veränderungspotenzial verloren, wodurch die historische Chance einer Umgestaltung des Kapitalismus am Ende der durch den ersten Weltkrieg ausgelösten Krise vertan wurde. In Deutschland gab es die zahlenmäßig größte, bestorganisierte und einflussreichste sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung. Während sich die Reformsozialisten bei Kriegsausbruch entgegen den Proklamationen der II. Internationale (1889-1914) auf einen nationalen Standpunkt stellten und im Krieg die Notwendigkeit der Kooperation mit Regierung und Unternehmern sahen, verstanden die Linksozialisten den Krieg als Ausdruck der Internationalisierung der Produktivkräfte, der zufolge das seinem Wesen nach internationalistische Proletariat berufen sei, eine neue Wirtschaftsordnung zu gestalten.

Der Gegensatz zwischen Reform- und Linksozialisten hatte seine Wurzeln in der zentralen Streitfrage nach der Entwicklungsperspektive des Kapitalismus. Wurde diese Frage während der Revisionismusdebatte Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts zunächst philosophisch am Verhältnis von Reform und Revolution exemplifiziert und seit der ersten russischen Revolution von 1905/07 zum Streit um die politische Taktik (Primat des parlamentarischen oder außerparlamentarischen Kampfes), erhielt sie spätestens 1914 mit der Einschätzung des Charakters des Krieges und der Haltung zu den Kriegskrediten und zum „Burgfrieden“ unmittelbar politische Bedeutung. Für die sozialistische Linke erfolgte die diesbezüglich entscheidende Weichenstellung bereits 1907 auf dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongress. Auf diesem Kongress anerkannten alle Parteirichtungen, wenn auch mit unterschiedlichem theoretischem Verständnis der politischen Konsequenz, die Triade von expansiver Weltpolitik, Krieg und Revolution. Und dennoch: Mit der Absichtserklärung, die absehbare, durch einen kommenden Krieg ausgelöste systemische Krise zwecks Überwindung des Kapitalismus auszunutzen, legte sich die internationale Sozialdemokratie in einer Art und Weise fest, die ihr in der konkreten politischen Situation im Sommer 1914 große Entscheidungsschwierigkeiten bereitete. Denn auch wenn die deutsche Kriegsregie den österreichisch-serbischen Konflikt geschickt ausnutzte, um ihrer offensiven Kriegsabsicht einen defensiven Anschein zu geben, waren nicht allen beteiligten Regierungen tatsächliche Kriegsabsichten zu unterstellen. Das aber machte es den europäischen Sozialisten schwer, sich pauschal auf den Boden der Stuttgarter Friedensresolution von 1907, die 1910 in Kopenhagen und 1912 in Basel auf den internationalen Sozialisten-Kongressen bekräftigt wurde, zu stellen und statt der nationalen Verteidigung die Revolution im Blick zu haben. Zum einen waren sie durch die konkrete politische Situation selbst viel zu verunsichert, um in der Stuttgarter Resolution ein wirksames Handlungsinstrument zu sehen.

Zum anderen hätten sie einen erheblichen Autoritätsverlust bei den vorwiegend national und patriotisch gesinnten Massen hinnehmen müssen. Der vielschichtige und komplizierte Zusammenhang von großindustrieller Entwicklung mit Freihandel und wechselseitiger globaler ökonomischer Verflechtung einerseits und imperialer Weltpolitik, Wettrüsten, Bündnissystemen und neuartigem Kriegscharakter andererseits stellte bisherige Erfahrungen mit den auf die Schaffung moderner bürgerlicher Nationalstaaten gerichteten Revolutionen in Frage und den Sozialismus der Arbeiterbewegung mit seinen Perspektivvorstellungen vor völlig neue Herausforderungen. Für den reformsozialistischen Flügel war es demzufolge anders als für den linkssozialistischen nicht nachvollziehbar, dass die Revolution in Russland 1917 die Initialzündung der europäischen Revolution sei, deren Schicksal in den entwickelten kapitalistischen Staaten entschieden werden würde. Derartige Konsequenzen waren auch durch die Stuttgarter Antikriegsresolution von 1907 nicht gedeckt. Die Ungleichzeitigkeit des Revolutionsbeginns (Russland 1917, Mittelmächte 1918, in den Entente-Ländern ausbleibend) und der konkrete Kriegsverlauf zwangen die Bolschewiki in Russland zur Akzeptanz des Brester Separatfriedens im März 1918 und – unter Bedingungen des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention – zum Terror gegen ihre Opponenten im eigenen revolutionären Lager. Das aber diskreditierte die Bolschewiki und ihre Befürworter im übrigen Europa, so dass sie nicht zuletzt deshalb eine politisch verschwindende Minderheit blieben. Dennoch war das Beispiel der von den Bolschewiki geführten Revolution in Russland und deren Einfluss auf die europäische Linke derart wirkungsvoll, dass sich vor allem in Deutschland die Gegenrevolution mit dem reformsozialistischen Flügel verband, um ein übergreifen der Revolution auf Deutschland zu verhindern.

Der Erste Weltkrieg und das Problem seiner revolutionären Beendigung

Eric S. Hobsbawm zufolge begann das kurze 20. Jahrhundert mit dem Großereignis Weltkrieg/Revolution, das zweifellos als Schnittstelle zweier Epochen zu begreifen ist. Tatsächlich begann bereits in den 1890er Jahren jener bis dahin nicht gekannte Modernisierungsschub, den Christopher A. Bayly als die „große Beschleunigung“⁴² charakterisierte, die der sozialistischen Linken den Glauben an die historische Chance der Überwindung des Kapitalismus und den Reformsozialisten die Überzeugung von einer höheren Entwicklungsepoche des Kapitalismus vermittelte. Mit Deutschland, den USA und Japan gelangten weltpolitisch spät gekommene Nationen zu Beginn der zweiten Industrialisierungswelle an die wirtschaftliche und technologische Weltspitze, deren Ökonomien der nationale Rahmen zu eng wurde und die auf die internationalen Märkte und den Zugriff auf planetare Ressourcen drängten. Dabei gab es zwei epochal neue Optionen, deren

2 Siehe Christopher A. Bayly: Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780-1914, Frankfurt, New York, 2006, S. 564-609.

Tendenzen bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts sichtbar wurden: imperiale Expansion auf Grundlage der großindustriellen Ökonomie einerseits und internationale wirtschaftliche Verflechtung andererseits. So stand schon der Kapitalismus des beginnenden 20. Jahrhunderts vor der Alternative: Ausbau der internationalen Kooperation oder national-imperiale Herrschaft durch Krieg.³

Der Schlüssel zum Verständnis für das Auseinanderbrechen der II. Internationale liegt im Verhalten der französischen und deutschen Sozialisten 1914. Das beweist die Geschichte der Internationale von der Brüsseler Friedenskundgebung am 29. Juli 1914, auf der Jaurès sich klar zur Entente bekannte, über die Vorkonferenzen von Zimmerwald 1915 bis zu den Konferenzen von Kienthal 1916 und Stockholm 1917. Denn diese beiden nationalen sozialistischen Parteien verkörpern den Gegensatz zwischen den beiden Militärbündnissen, in dem auch die sehr unterschiedlichen Kriegsmotivationen eingefroren waren.

Es besteht kein Zweifel, dass die Mehrheit der deutschen sozialdemokratischen Fraktion die Hauptverantwortung für den Zusammenbruch der II. Internationale trägt, da sie am 4. August 1914 entgegen der Versicherung Hermann Müllers gegenüber den französischen Sozialisten am 30. Juli, sich der Stimme zu enthalten bzw. die Kriegskredite abzulehnen, diesen zustimmte. Die verabredete Stimmenthaltung wäre den französischen Sozialisten möglich gewesen. Aber anders als den serbischen und russischen Genossen war ihnen eine Ablehnung der Kriegskredite in Anbetracht der Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten schon aus Überzeugung nicht möglich. Es ist bezeichnend für die Kompliziertheit der Gesamtsituation und nicht nur der Julikrise 1914, dass der über jeden karrieristischen, revisionistischen und Eitelkeitsverdacht erhabene Jean Jaurès am 29. Juli auf der denkwürdigen Massenversammlung in Brüssel erklärte: „Ich, der ich nie gezögert habe, wegen meines hartnäckigen und nie schwankenden Willens zur französisch-deutschen Annäherung den Hass unserer Chauvinisten auf mein Haupt zu ziehen, ich habe das Recht zu sagen, dass in der jetzigen Stunde die französische Regierung den Frieden will und an der Aufrechterhaltung des Friedens arbeitet. – Die französische Regierung ist der beste Friedensverbündete der bewundernswerten englischen Regierung, die die Initiative zu einer Vermittlung ergriffen hat.“⁴ Ganz in diesem Sinne bat der belgische Sozialist Emile Vandervelde die russischen Sozialisten zu Beginn des Krieges, gegen Deutschland zu kämpfen.⁵ Denn es wäre unmöglich gewesen, den Ententevölkern den von deutschen Sozialdemokraten unterstützten Krieg gegen Deutschland als imperialistischen Krieg zu vermitteln.

3 Zu den imperialistischen Widersprüchen und Verflechtungen vor und während des Ersten Weltkrieges siehe Fritz Klein: Deutschland von 1897/98 bis 1917, 4. bearb. Aufl., Berlin 1977. Siehe auch Hartmut Henicke: Der historische Platz der Weltkriegsrevolutionen, in: Manfred Weißbecker (Hrsg.): November 1918. Gesellschaftliche Veränderungen und Zukunftsentscheidungen, Jena 2009, S. 20ff.

4 Zit. nach Jules Umberto-Droz: Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, Wien u. a. 1964, S. 39.

5 Siehe ebenda, S. 49.

Sogar Karl Liebknecht, der am 2. Dezember 1914 als einziger seiner Fraktion gegen die Kriegskredite stimmte, kam nicht umhin, neben der allgemein wirkenden Tendenz des Imperialismus die Hauptkriegsursache „im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg“⁶ zu sehen und damit rein logisch die Ententemächte zu entlasten.

Die vordergründige deutsche Kriegsverantwortung und der Verrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bewirkte den harten Verteidigungsstandpunkt und die unversöhnliche Haltung der französischen Sozialisten gegenüber Deutschlands Regierenden und Burgfriedenspolitikern. Und diese Position vertrat der große Jaurès! Die Sozialistische Partei Frankreichs erklärte noch in Reaktion auf die Zimmerwalder Konferenz 1915, „dass ein dauernder Friede nur durch den Sieg der Alliierten und den Ruin des deutschen militärischen Imperialismus erlangt werden kann und dass jeder andere Friede nur ein Trugbild oder eine Kapitulation wäre.“⁷ Das sich daraus ergebende Dilemma der Internationale brachte die auf der Zimmerwalder Konferenz berufene Internationale Sozialistische Kommission (ISK) in einer Erklärung zum Ausdruck, als sie eine Differenzierung der Positionen der Sozialisten in den einzelnen Ländern aufgrund der Besonderheiten der militärischen Lage ablehnte. „Die Internationale müsste in diesem Falle überhaupt so lange untätig bleiben, bis sich die militärische Lage geändert hat, oder sie müsste, je nach der militärischen Lage oder nach der Frage nach der äußeren Schuld am Kriegsausbruch, die Kriegspolitik der Arbeiterklasse gegen die Arbeiterklasse des andern Landes unterstützen. Das stände aber im Widerspruch mit den Stuttgarter, Kopenhagener und Baseler Beschlüssen...“⁸ Diese Feststellung verdeutlicht, dass die Linken die sehr konkreten, aber nicht weniger zu berücksichtigenden nichtimperialistischen Aspekte des Krieges vollständig ausklammerten, allein die sich aus der Interpretation der weltpolitischen Gesamtsituation ergebende Logik wie auch die Chancen einer revolutionären Ausnutzung der Weltkriegskrise in den Mittelpunkt ihrer Politik rückten und damit hinter den tatsächlichen Erfahrungen der Völker zu Kriegsbeginn zurückblieben.

Als die Februarrevolution 1917 in Russland den Separatfrieden mit den Mittelmächten wahrscheinlich werden ließ und sich das Internationale Sozialistische Büro endlich aktivierte und die Stockholmer Friedenskonferenz 1917 einberief, geschah dies nicht aus verräterischen proimperialistischen Motivationen, sondern aus berechtigter Sorge vor einem deutschen Sieg. Und diese Sorge war ebenso begründet wie die Parteinahme der Ententesozialisten für ihre Regierungen und der sozialistischen Pazifisten für den nichtrevolutionären Friedensschluss. Denn wie für die Ententesozialisten Deutschlands Hauptschuld am Krieg und die Verantwortung der deutschen Sozialdemokratie für die Unterstützung der Reichsleitung

6 Zu Liebknechts Sonderabstimmung, in: Karl Liebknecht. Gesammelte Reden und Schriften, Band VIII, Berlin 1982, S. 63.

7 Umberto-Droz, Der Krieg, S. 165.

8 Ebenda, S. 167.

feststand, stand für die Pazifisten in und außerhalb der Sozialdemokratie das unmittelbar Machbare im Mittelpunkt des Interesses und nicht die Revolution.

Einzig Rosa Luxemburg und W. I. Lenin als die herausragenden Köpfe der sozialistischen Linken stimmten trotz unterschiedlicher Akzentuierungen in ihren Imperialismustheorien grundsätzlich in der politischen Schlussfolgerung überein. Beide wollten nicht abwarten, bis sich das Kapital über Kataklysmen zum übermächtigen globalisierten Ultraimperialismus entwickeln würde. Sie wollten die erwartete Kriegskrise revolutionär ausnutzen, um das seinem Wesen nach internationalistische Proletariat zum Gestalter des Produktionsprozesses zu machen. Es war die historische Chance, die die europäische Linke verlockte, nach den Sternen zu greifen. Allein aus diesem Grunde verwandte Lenin während des 1. Weltkrieges alle Energie darauf, der Öffentlichkeit den Epochencharakter des Krieges begreiflich zu machen und sie vom Einfluss des pazifistischen Reformismus zu lösen.⁹ Die Friedenskonferenzen während des Krieges bewiesen den wachsenden Einfluss der Linken. Sie machten aber einmal mehr deutlich, dass die sozialistische Linke die Sozialismusalternative ausschließlich aus dem abstrakten Zusammenhang Imperialismus = Krieg, Sozialismus = Frieden ableitete. Dennoch wurde die Polarisierung zwischen den reformsocialistischen Burgfriedenspolitikern und der Zimmerwalder Linken nicht nur durch den starken pazifistischen Flügel innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung erschwert, sondern auch durch jene Linke, die sich zugunsten ideologischer Prinzipientreue nicht von diesem isolieren wollte.¹⁰ Das Zaudern des pazifistischen Flügels, uneingeschränkt für revolutionäre Aktionen zum Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einzutreten, war nicht seiner Inkonsequenz geschuldet, wie ihm seit dem Krieg und danach jahrzehntelang die kommunistische Geschichtsschreibung vorwarf, sondern den berechtigten Zweifeln, diese historische Möglichkeit realisieren zu können.

Die Beendigung des Krieges im Gefolge der durch den Krieg ausgelösten Krise sollte gemäß der Stuttgarter Friedensresolution von 1907 auf eine proletarische Revolution in England, Frankreich und Deutschland hinauslaufen. Denn hier waren die annähernden objektiven Voraussetzungen für eine solche Revolution gegeben. Der Resolutionsentwurf der Zimmerwalder Linken benannte die antiimperialistische Alternative: „Die Überwindung des Kapitalismus ist nur durch die Auflösung der Gegensätze möglich, die ihn erzeugt haben, das heißt durch die sozialistische Organisation des kapitalistischen Kulturkreises, wozu die objektiven Verhältnisse schon reif sind.“¹¹ Und im Hinblick auf eine dauerhafte allgemeine Friedensperspektive ergänzte die Resolution: „Gegenüber allen Illusionen , dass

9 Siehe z. B. W. I. Lenin: Unter fremder Flagge, in W. I. Lenin, Werke (LW) Bd. 21, S. 123-146; Der Zusammenbruch der II. Internationale, S. 197-256; Sozialismus und Krieg, S. 295-341; Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale, S. 446-460.

10 Siehe hierzu Eckhardt Müller: Clara Zetkin und die Internationale Frauenkonferenz im März 1915 in Bern, in: Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin, Berlin 2008, S. 69.

11 Humbert-Droz, Der Krieg, S. 153.

es möglich wäre, durch irgendwelche Beschlüsse der Diplomatie und der Regierungen die *Grundlagen eines dauernden Friedens, den Beginn der Abrüstung* herbeizuführen, haben die revolutionären Sozialdemokraten den Volksmassen immer wieder zu sagen, dass nur die *soziale Revolution* den dauernden Frieden wie die Befreiung der Menschheit verwirklichen kann.“¹²

Der Frieden von Brest-Litowsk war, auch wenn dieser von den Mittelmächten diktiert wurde, der logische Höhepunkt der linkssozialistischen Friedensstrategie. Die von Trotzki provozierten langwierigen Verhandlungen, die der deutschen Seite letztendlich die Geduld raubten und sie zum erneuten Vormarsch nach Osten veranlassten, wurzelten in letzter Konsequenz im gegensätzlichen Verständnis beider Seiten vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Während die deutsch-österreichischen Verhandlungsführer sich diesbezüglich auf den Willen elitärer Repräsentativkörperschaften beriefen, meinten die Bolschewiki damit den basisdemokratischen Mehrheitswillen auf Grundlage des verkürzten linkssozialistischen Friedens- und Revolutionsverständnisses. Wenn am Ende die Sowjet-Republik dennoch auf das deutsche Friedensdiktat einging, lag das an der widernatürlichen Gemeinsamkeit beider Seiten, deren Wurzel das Friedensbedürfnis bei gleichzeitig entgegengesetzter Motivation war: Deutschland brauchte den Frieden für die Beendigung des Zweifrontenkrieges; die Bolschewiki brauchten ihn, um die Macht zu erhalten, die sie bis zum Ausbruch der deutschen Revolution mit allen Mitteln bereit waren zu sichern. Mit der Revolution in Österreich-Ungarn und Deutschland im unmittelbaren Gefolge der militärischen Niederlage im Herbst 1918 wurde nunmehr auch Mittel- und Südosteuropa von jener Krise erfasst, die die Stuttgarter Friedensresolution vorausgesagt hatte und die die Revolution in Russland 1917 vorweggenommen hatte.

Zur Gestaltung der Nachkriegsgesellschaft aus dem Blickwinkel der gegensätzlichen Richtungen der Arbeiterbewegung

Mit den Weltkriegsrevolutionen stellte sich für die Linke die Frage nach der konkreten gesellschaftspolitischen Alternative. Es mutet merkwürdig an, dass die sozialistische Linke während des Krieges alles tat, um den Massen den imperialistischen Charakter des Krieges klar zu machen, sie von ihrer pazifistischen Friedenssehnsucht abzubringen und zum revolutionären Friedensschluss zu bewegen, aber auf die Erläuterung einer konkreten sozialistischen Alternative verzichtete.

In der Frage des Zusammenhangs von ökonomischer Struktur und politischer Macht gingen die Ansichten der Linken und Reformisten weit auseinander. Dieses Problem wurde bereits vor der Oktoberrevolution 1917 in Russland augen-

¹² Ebenda, S. 154.

scheinlich, als sich die deutsche Mehrheitssozialdemokratie auf ihrem Parteitag in Würzburg (Oktober 1917) mit der Gestaltung der Nachkriegswirtschaft beschäftigte. Die Notwendigkeit der konfliktlosen Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft unter Berücksichtigung der technologischen Innovation, der Kapitalkonzentration und der internationalen Konkurrenz veranlasste die Mehrheitssozialdemokratie zur Auseinandersetzung mit dem künftigen Gesellschaftsmodell. Während das Kapital naturgemäß auf Wirtschaftsliberalismus und freie Konkurrenz setzte, sah die Sozialdemokratie die Notwendigkeit einer sozialverträglichen staatlichen Regulierung und plädierte für die Beteiligung der Arbeiterschaft an einer „Übergangswirtschaft“.

Heinrich Cunow leitete aus diesen Notwendigkeiten das Konzept des „Staatssozialismus“ ab, der je nach Zweckmäßigkeit in Form staatlicher Kontrolle oder der „Verstaatlichung“ als Alternative zum „Privatmonopol“ realisiert werden sollte.¹³ Rathenaus staatlich reglementiertes Kriegswirtschaftssystem charakterisierte er als „Kriegssozialismus“ bzw. als „besondere Art des Staatssozialismus“ im Gegensatz zum „proletarischen Sozialismus“, wie er von der Sozialdemokratie vertreten wurde.¹⁴ Ungeachtet der Begriffsverwirrung, die auch Cunow nicht auflösen konnte, wurde dennoch klar, was er meinte. Ausdrücklich grenzte sich Cunow von der „expropriativen Übernahme der kapitalistischen Produktionsmittel durch das zur Staatsdiktatur gelangte Proletariat“ ab. Der Kapitalismus stehe nicht vor einem chaotischen Zusammenbruch, sondern vor einer „neuen, technisch und organisatorisch höher stehenden kapitalistischen Entwicklungsphase..., mit der jedoch eine zunehmende Demokratisierung und Sozialisierung des Staates einhergehen müsse, und zwar letztere vornehmlich durch Überführung immer weiterer Zweige der Privatwirtschaft in den Staatsbetrieb.“¹⁵

Es steht somit außer Frage, dass das von Heinrich Cunow als „Staatssozialismus“ oder „proletarischer Sozialismus“ bezeichnete Konzept seinem sozialökonomischen Wesen nach reiner Staatskapitalismus war, weil es zwar proletarische Mitbestimmung, nicht aber proletarische Staatsmacht verlangte. Doch stand dieses Konzept dem marxistischen Sozialismusmodell ebenso unversöhnlich gegenüber wie dem liberalen Privatkapitalismus. Dies ist der Grund, weshalb die bürgerlichen Parteien in dieser Frage zwischen Reformsozialisten und Linken keinen Unterschied machten, beide Parteiflügel jedoch das Konzept des anderen ablehnten.

Und dennoch ging das reformistische Konzept durchaus weit. Ein Viertel Jahr nach dem Parteitag gelangte Karl Kautsky sogar zu dem Schluss, dass die Übergangswirtschaft „die Zeit des Übergangs nicht nur vom Kriegszustand in den Friedenszustand, sondern auch des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bedeuten“¹⁶ kann. Dies sei jedoch von der Reife und Fähigkeit des Proletariats

13 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917, Berlin 1917, S. 159.

14 Siehe ebenda, S. 145.

15 Ebenda, S. 160.

16 Karl Kautsky: Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft, Leipzig 1918, S. IV.

abhängig, die kapitalistische Produktionsweise durch eine eigene Organisation der Produktion zu ersetzen. Dennoch wäre, so Kautsky, ein solcher Sieg des Proletariats unter den Bedingungen der Übergangswirtschaft wegen der schwierigen Nachkriegsbedingungen nicht wünschenswert.

Das Spartakusprogramm entsprach dem Leninschen Sozialismus-Projekt: Räte-macht und Enteignung des Großgrundbesitzes, der Großbanken und Großindustrie bei Fortexistenz eines privatkapitalistischen Sektors.¹⁷ Die Dekretierung der Sozialisierung der Gesamtwirtschaft lehnte Rosa Luxemburg allerdings ab.¹⁸ Das wollte sie der konkreten Auseinandersetzung der Belegschaften mit den Unternehmern in den Betrieben und Kommunen überlassen.

Für die der Revolution folgenden Auseinandersetzungen um den Inhalt der Sozialisierung spielte es keine Rolle, dass die verschiedenen Denkrichtungen unter Sozialisierung Besteuerungsvarianten, bürokratisch reglementierte Zwangswirtschaft, Arbeiterkontrolle, Mitbestimmung oder syndikalistisch geführte Kommune-Betriebe verstanden. Auch die von den beiden Gewerkschaftern Richard Müller¹⁹ und Emil Barth²⁰ entwickelten Organisationsprinzipien einer sozialisierten, von Räten kontrollierten Wirtschaft und entsprechende Entschädigungsmodalitäten für die Unternehmer sind hier von untergeordneter Bedeutung.

Die in der Folgezeit entstandene Sozialisierungsliteratur entwickelte wichtige Gedanken zum Thema. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere zwischen kurzfristiger Demokratisierung der Produktion und langfristiger Hebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft unterschieden.²¹ Die Diskussionen in ihrer Gesamtheit beweisen nur, dass eine kurzfristige Bewältigung des Themas nicht möglich war. Wesentlich ist deshalb allein die Thematisierung des Problems. Entscheidend ist, dass der großindustrielle Kapitalismus selbst mit dem Staatsmonopol und dem Kriegssozialismus tatsächlich neue Wirtschaftsstrukturen hervorgebracht hatte, die ihre Lebensfähigkeit in der Praxis des Krieges bereits bewiesen hatten. Wenn auf dieser Grundlage das „Archiv für die Sozialisierung...“ am 15.1.1919 meinte, Kriegswirtschaft sei kein Sozialismus, „das ist der private Kapitalismus in der Zwangsjacke des Staats. Die soziale Wirtschaft erstrebt keine Verewigung der Kriegszwangswirtschaft; sie erstrebt aber noch weniger die Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte“²², so war damit eine Idee in die Welt gesetzt, die auf die politische Beherrschung der Ökonomie abzielte, um den inneren und äußeren Krieg von Gesellschaften für immer zu beenden. Wenn somit am Ende des Krieges einerseits der sozialdemokratische Reformflügel und die Linke in Österreich

17 Siehe Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?, in: Dies., Gesammelte Werke (GW), Bd. 4, S. 447f.

18 Siehe ebenda, S. 444.

19 Siehe Ralf Hoffrogge: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008, S. 108-116.

20 Siehe Emil Barth: Sozialisierung. Ihre Notwendigkeit, ihre Möglichkeit, Neukölln 1920.

21 Siehe Alfred Amonn: Die Hauptprobleme der Sozialisierung, Leipzig 1920; Franz Eulenberg: Arten und Stufen der Sozialisierung, München und Leipzig, 1920.

22 Soziale Wirtschaft. Archiv für die Sozialisierung des gesamten Wirtschaftslebens, Hrsg: Dr. H.F. Geiler, Zehlendorf, 1.Jg., Nr. 1, 15.1.1919, S. 2.

in Anlehnung daran eine stärkere Partizipation an der Demokratie und betriebliche Mitbestimmung sowie andererseits Spartakus in Deutschland, die Bolschewiki in Russland und die vereinigte Linke in Ungarn die Staatsdiktatur des Proletariats und Gemeineigentum forderten, dann dachten die einen die vom Kapitalismus hervorgebrachte Realität nur konsequent weiter und die anderen zu Ende. Weder den Reformsozialdemokraten noch den sozialistischen Linken war vorzuwerfen, dass sie ihre Hausaufgaben nicht gemacht hatten.

Das sozialpolitische Programm der Revolution und die Idee der Sozialisierung knüpften nicht nur an die bereits durch die Kriegswirtschaft geschaffenen Voraussetzungen an, sondern ergaben sich auch aus den Sachzwängen der Kriegsfolgen.²³ Die physische Erschöpfung des Proletariats infolge Arbeitszwang und Unterernährung, die Wiedereingliederung der Heimkehrer und Kriegsindustriearbeiter in eine neu zu strukturierende Friedenswirtschaft, die Notwendigkeit der Lohnanpassung infolge der Geldentwertung und die teilweise Kapitalabwanderung verlangten Reformen, die über staatliche Reglementierungen hinausgingen und Mitbestimmung bzw. Kooperation zwischen Arbeiterschaft und Unternehmen erforderten. Ohne dies waren lebenswichtige Maßnahmen wie der Achtstundentag, Jahresurlaub, Arbeitsschutz, Verbot von Kinder-, Nacht- und Heimarbeit zur Aufrechterhaltung des Reproduktionsprozess nicht möglich. Auch wenn sich derartige Maßnahmen nur gegen eine extensive kapitalistische Ausbeutung, nicht aber fundamental gegen die kapitalistische Produktionsweise richteten, enthielten sie eine antikapitalistische Tendenz. Denn sie beschränkten eindeutig das vom Privatkapitalismus favorisierte freie Spiel des Marktes.

Noch interessanter als die betriebliche Mitbestimmung waren die realen Sozialisierungsinitiativen. Die Kriegswirtschaft hatte den Republiken, die in der ersten Revolutionsphase entstanden, Betriebe aus militärischem Eigentum hinterlassen. Die leitende Betriebsbürokratie überantwortete einen Teil des Betriebskapitals dem Schwarzmarkt. In dieser Situation ergriffen die Räte die Initiative und sicherten Rohstoffe und Anlagen vor Plünderungen. In Österreich kam es zur Bildung von gemeinwirtschaftlich arbeitenden Firmen, die Betriebs- Personal- und Konsumentenräte, auch landwirtschaftliche Genossenschaften vereinigten und die Einkauf, Produktion und Absatz organisierten. Das Problem dieser gemeinwirtschaftlichen Firmen war allerdings der Kapitalmangel, der unter den Bedingungen der Geldentwertung auch nicht durch staatliche Zuschüsse ausgeglichen werden konnte. Und zu Eingriffen in das Privatkapital und die Banken konnte sich in Österreich niemand entschließen. In Ungarn schwächte die Vollsozialisierung der Industrie und Landwirtschaft nach Errichtung der Räterepublik das Bündnis mit den Bauern und stärkte die Gegenrevolution.²⁴ In Deutschland wurde nach Revo-

23 Siehe Otto Bauer: Die österreichische Revolution, in: [HYPERLINK file://C:\Aktuelle Projekte\Historische Arbeiterbewegung\Transport ... \(Hier auch das Folgende\)](#)

24 Siehe Karl-Heinz Gräfe: Von der Asterrevolution zur Räterepublik. Ungarn 1918/19, in: UTOPIE kreativ, H. 168 (Oktober 2004), S. 885ff.

lutionsbeginn eine Sozialisierungskommission unter Karl Kautsky einberufen. Das Abkommen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften vom 15. November 1918 enthielt wesentliche politische und soziale Zugeständnisse an die Gewerkschaften.²⁵

In Deutschland hatten Mitbestimmung und Kooperation zwischen Arbeiter- und Unternehmerschaft keimhafte Vorläufer in den während des Krieges gebildeten Arbeiter- und Angestelltenausschüssen. In Österreich und Deutschland wurde mit der Betriebsrätegesetzgebung ein Schritt zur Ersetzung der autokratischen durch eine demokratische Arbeitsdisziplin getan. Während in Österreich das Betriebsrätegesetz auf dem Höhepunkt der mitteleuropäischen Revolution zur Zeit der Münchener und Budapester Räterepubliken 1919 erlassen wurde und den Betriebsräten keinerlei Beschränkungen bei der Wahrnehmung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Interessen der Arbeiterschaft auferlegte, griff das Betriebsrätegesetz in Deutschland von 1920 trotz verfassungsrechtlicher Absichtserklärungen nicht mehr so weit. Und auch in Russland wich die anfängliche demokratische Betriebsverfassung schließlich dem bürokratischen Staatsmonopolismus. Ein demokratisch kontrollierter Staatskapitalismus wäre in der Anfangsphase der Revolution gewiss das konsensfähigere Konzept gewesen. Karl Kautsky formulierte ein solches Konzept, das sich auf den Würzburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie stützte. Demgegenüber lässt sich Lenins Sozialismuskonzept als das konsequentere Modell nicht ohne weiteres verwerfen, weil es bisher noch gar nicht widerlegt ist. Denn die Parteidiktatur der Bolschewiki war nicht identisch mit proletarischer Staatsmacht. Deshalb ist Otto Bauer, dem Leiter der österreichischen Sozialisierungskommission, zuzustimmen, der den Betriebsräten in seinem Land eine größere Bedeutung, nämlich Vorstufe einer sozialistischen Produktionsweise zu sein, beigemessen hat, als der gewaltsamen Ersetzung des Unternehmers durch eine kommunistische Bürokratie.

Es muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass es nicht Lenin war, der die Oktoberrevolution in Russland zum Leitmodell aller sozialistischen Revolutionen erhoben hat. Und es war auch nicht Lenin, der den roten Terror zur Doktrin der Sowjet-Republik gemacht hat. Dass die Bolschewiki 1918 durch die Umstände gezwungen waren, die Alleinherrschaft auszuüben, kann ihnen unter dem Gesichtspunkt der Bedeutung des Brester Friedens nicht zum Vorwurf gemacht werden. Zeitweilige Diktatur und Terror waren im gesamten bürgerlichen Revolutionszyklus legitime Machtmittel, der Revolution zum Durchbruch zu verhelfen. Die Tatsache, dass auch die Revolution in Russland dieser Methode bedurfte, spricht, Rosa Luxemburg zufolge, eher für den bürgerlichen Charakter dieser Revolution.²⁶ Doch die Negativfolge dieser Alleinherrschaft und des Terrors war die Ablehnung nicht nur durch die Reformer der Sozialdemokratie. Auch Rosa Lu-

25 Heinrich August Winkler: Vom Kaiserreich zur Republik. Der historische Ort der Revolution von 1918/19, in: Streitfragen der deutschen Geschichte, München 1997, S. 65f.

26 Siehe Rosa Luxemburg: Ein gewagtes Spiel, in: GW, Bd. 4, S. 412.

xemburg verstand die tatsächlichen Zusammenhänge nicht, als sie die Annahme des Brester Friedens und den Terror der Bolschewiki im Gefolge des Mirbach-Attentates kritisierte.²⁷

Die historische Einordnung der Weltkriegsrevolutionen

Die Weltkriegsrevolutionen in Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn repräsentierten in ihrer Gesamtheit und in ihrem europäischen Zusammenhang vier soziale Kriege, die je nach Entwicklungsgrad der Regionen, in denen sie stattfanden, dominierten: die nationale Unabhängigkeitsrevolution, die Antikriegsrevolution, die Bauernrevolution und die Arbeiterrevolution. Von diesen vier sozialen Kriegen gehörten die ersten drei dem bürgerlichen Revolutionstyp an. Aus diesem Grund kritisierte Rosa Luxemburg das von den Bolschewiki realisierte Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die Aufteilung des Großgrundbesitzes zugunsten kapitalistisch wirtschaftender Farmerwirtschaften. Aber auch die Kriegsverweigerung der kämpfenden Truppe war bürgerlichen – immerhin antiimperialistischen Inhalts –, weil diese Truppe über das Proletariat hinaus alle sozialen Klassen und Schichten der bürgerlichen Gesellschaft integrierte. Dies prägte die soziale und politische Heterogenität der Soldatenräte, die ihre Ergänzung in „reinen“ Bauern- und Bürgerräten fand. Das bestimmte den bürgerlich-demokratischen Charakter dieser Bewegung. Aber auch den Arbeiterräten kann nicht a priori ein sozialistischer Charakter zugesprochen werden, da sich diese außerhalb der Industriezentren ausschließlich als Hilfsorgane, bestenfalls als Kontrollorgane der bürgerlichen Staatsverwaltung verstanden. Allein in den industriellen Ballungsgebieten, wo zudem die sozialistische Linke größeren Einfluss besaß, konkurrierten die Räte um die exekutive und legislative Macht.

Auch mit ihrer auf die Sozialisierung abzielenden wirtschaftspolitischen Zielstellung begründeten die Aktiven der Arbeiterrevolution in den Industriezentren einen proletarischen Revolutionstyp. Der Machtanspruch der Räte und die Sozialisierungsabsicht prägten erheblich den Charakter der Revolution. Die Revolutionen 1917/1918 hoben sich gerade dadurch von allen früheren Revolutionen ab, dass Teile des Proletariats, erstmals durch die Umstände begünstigt, die politische Macht der alten Eliten ausschalteten, die legislative und exekutive Gewalt beanspruchten und zeitweilig übernahmen, die Produktion teilweise kontrollierten, ins kapitalistische Eigentum eingriffen und damit eine reale sozialistische Alternative in der Praxis versuchten. Letzteres war in Sowjet-Russland, in Ungarn und partiell in Deutsch-Österreich der Fall.

Da jedoch außerhalb Russlands die Revolutionen in den bürgerlichen Parlamentarismus mündeten und auch die Ansätze eines demokratisch kontrollierten

27 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: GW, Bd. 4, S. 352.

Staatskapitalismus aufgehoben wurden, hatte die Oktoberrevolution in Russland keine Chance einer sozialistischen Entfaltung. Die sozialistischen Elemente endeten schließlich, so geformt seit Ende der 20er Jahre unter Stalin, in einem ideologisch kommunistisch verbrämten, bürokratisch organisierten Staatsmonopolismus. Die kommunistische Intelligenzija an der Spitze der Revolution übernahm praktisch die Rolle des radikalsten revolutionären Flügels einer Modernisierungsrevolution in einer vorwiegend agrarischen Gesellschaft. Unter den Bedingungen des Kapitalmangels und der Notwendigkeit einer beschleunigten Industrialisierung wurde die notwendige Kapitalakkumulation mit der diktatorisch durch die Partei- und Staatsbürokratie erzwungenen Unterkonsumtion der eigenen Gesellschaft realisiert, wodurch sozialistische Tendenzen behindert wurden.

Unter Berücksichtigung dessen, dass in der kapitalistischen Produktionsweise erst an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert Voraussetzungen ihrer globalen Regulierung entstanden sind, müssen sozialistische Revolutionsversuche im Vorfeld dieses Prozesses entsprechend relativiert, aber auch nichts desto weniger gewürdigt werden. Die Produktivkraftentwicklung unter Bedingungen der Globalisierung und die ihr durch privatkapitalistische Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums angelegten Fesseln lassen heute die strukturelle Grenze des Kapitalismus sichtbar werden. Welche Perspektive hat in diesem Zusammenhang der alte Traum der Arbeiterbewegung von der Sozialisierung – der finalen sozialen Revolution? Die Antwort kann nicht zuletzt in den Konzepten gesucht werden, die von den beiden Richtungen der Sozialdemokratie während der Weltkriegskrise 1914-1918 entworfen worden waren und in denen ganz praktisch die Frage nach einem ausgewogenen Verhältnis von Politik und Ökonomie aufgeworfen wurde.

Die Bedeutung der Novemberrevolution 1918 für die deutsche und europäische Geschichte

Der 9. November 2008 war ein doppelter Jahrestag, ein Tag des Sieges und ein Tag der Schande: Sieg, weil der 9. November 1918 für die größte und erfolgreichste Massenbewegung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung steht; Schande, weil am 9. November 1938 die Mordbanden der Nazis einen Pogrom veranstaltet haben, der den Auftakt zu einem der größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit bildete. Die Revolution lag an diesem Tag 2008 90 Jahre zurück, der *Pogrom* 70 Jahre. Beide Ereignisse stehen in einem unauflösbaren Zusammenhang, und doch haben wir es erlebt, dass das offizielle Berlin wie die Medien der Bundesrepublik sich auf den Pogrom konzentrierten. Von der Revolution war allenfalls beiläufig die Rede, mitleidig bis abfällig, spöttisch bis herablassend. Eine *deutsche* Revolution, also keine, sagten die einen, eine schändlich verratene Revolution, sagten die anderen. Und die gar nichts sagten, dachten an einen verlorenen Krieg, an „Nachkriegswirren“, an ein mit Mühe verhindertes Chaos. Den einen ist es zu wenig, was 1918 geschah, den anderen ist es eine Tragödie, und noch immer sehen die Reaktionäre aller Schattierungen im November 1918 nichts anderes als einen Akt des Hochverrats, noch immer ist er für sie der „Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres“.

Einen Weltkrieg beendet

Viele von denen, die jedes Jahr am 9. November der ermordeten und gedemütigten Juden gedenken, wissen nur wenig von der Revolution, deren Jahreszahl doch in jeder Kirche, auf jedem Gefallenendenkmal steht, zusammen mit jener anderen Jahreszahl 1945, die ebenfalls das Ende eines Weltkrieges bezeichnet. Aber dieser zweite Krieg ist bis zum Weißbluten geführt worden, bis zur Verwüstung des ganzen Landes, weil keine Kraft des Widerstandes stark genug war, dem Wahnsinn Einhalt zu gebieten.

Das ist die wichtigste Tatsache und der größte unter den Erfolgen der Revolution des 9. November 1918: Sie hat einen Weltkrieg beendet. Nach dem Sieg der Revolution in Berlin dauerte es bis zum 11. November noch ganze zwei Tage, und der Waffenstillstand trat in Kraft. Am 9. November 1918 siegte in erster Linie eine Revolution gegen Militarismus und Krieg, gegen das Morden draußen an den Fronten und gegen den Terror der Militärjustiz in der Heimat. Vielleicht ist auch das einer der Gründe, weshalb man diesem Tag die Feier und selbst ein Gedenken verweigert. Wer sich brüstet, deutsche Soldaten nach Jahrzehnten wieder in

Kampfeinsätze geschickt zu haben, wer das „Normalisierung der Außenpolitik“ nennt und den Einsatz der Armee im Innern vorbereitet, der kann mit den Matrosen und Soldaten des Jahres 1918 freilich nichts anfangen.

Am 11. November 2008 traf sich am Fort Douaumont vor Verdun der französische Präsident mit Prinz Charles samt Gattin zur Feier des Waffenstillstandes von 1918. Der deutsche Bundesratspräsident durfte auch dabeistehen und sich das militärische Zeremoniell ansehen. Auf Schillig-Reede vor Wilhelmshaven blieb es still, genauso in Kiel. Kein Trompetensignal, keine Schiffssirenen waren zu hören, und doch hatte *hier* der Friede begonnen, als die Heizer das Feuer unter den Kesseln herausrissen, als die Matrosen die Schiffe verließen.

Ohne den beharrlichen Widerstand, ohne den Mut der Revolutionäre hätte dieser Krieg noch Jahre fortgedauert, und die Opfer der letzten Jahre hätten alles überstiegen, was die Völker bis dahin schon hatten erdulden müssen. Um einen Begriff davon zu bekommen, mag man sich vorstellen, der Zweite Weltkrieg hätte wie der erste im Herbst des fünften Kriegsjahres, d. h. 1943 geendet, und das Elend der Jahre 1944 und 1945 wäre uns und der Welt erspart geblieben. Hätte die Revolution des 9. November 1918 nichts anderes gebracht als den Frieden, sie hätte es verdient, als ein Sieg der Menschlichkeit über die militaristische Barbarei Jahr um Jahr gefeiert zu werden.

Errungenschaften

Aber dabei blieb es nicht. Die Revolution ist die Geburtsstunde der deutschen Republik. Sie stürzte den Kaiser, diesen Götzen eines ganzen politischen Systems, und mit ihm jene Fürstenkaste, die das deutsche Volk jahrhundertlang durch Not und Krieg geschleift hatte. Die Männer und Frauen des November 1918 zerbrachen das preußische Dreiklassenwahlrecht, dieses Privileg der Reichen, dieses Vorrecht, die politische Macht nicht erst kaufen zu müssen, sondern kraft Eigentums ausüben zu können. Sie gaben den Frauen das Stimmrecht. Sie befreiten die Dienstboten und Landarbeiter von der Tyrannei der Gesindeordnungen und Ausnahme Gesetze.

Und sie legten das Fundament der Tarifpolitik, wie wir sie kennen. In *Tagen* erreichten sie mehr als alle Kampagnen und Manifestationen in den Jahrzehnten davor. Die Tarifvertrags-Verordnung, die den Vorrang des Tarifvertrages vor dem Einzelarbeitsvertrag festlegte, trägt das Datum des 23. Dezember 1918. Seit 1890 hatte man Jahr für Jahr am 1. Mai für den Achtstundentag demonstriert. Es brauchte die Revolution des 9. November, um den einfachen Satz in die Maschine zu diktieren: „Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten.“ So noch immer zu lesen im Reichsgesetzblatt vom 26. November 1918, und so noch immer und *wieder* von höchster Aktualität.

Die Gewerkschaften wurden im Feuer der Revolution geradezu neu geboren. Die Mitgliedschaft der sozialistisch orientierten Freien Gewerkschaften vervielfachte sich von einer Million auf fast acht Millionen. Und diese Millionen neuer Mitglieder blieben trotz aller politischen Enttäuschungen bis in die Inflationsmonate 1923 hinein ihren Verbänden treu. Die fünf Jahre nach der Revolution waren Jahre einer nie da gewesenen Machtfülle der Gewerkschaften. Nie zuvor und nie mehr danach hatte das Wort der Arbeitnehmer im Betrieb solches Gewicht. Im Oktober 1919 rechnete die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), der größten Einzelgewerkschaft, mit der anpasserischen Politik des Vorstandes während des Krieges ab und wählte eine neue Führung. Auch das war ein Zeichen von Stärke. Am 4. Februar 1920 verabschiedete der Reichstag das Betriebsrätegesetz, das trotz seiner Schwächen den Räten Rechte zugestand, von denen die einstigen „Arbeiterausschüsse“ nur träumen konnten. Wenn heute Mitglieder der Betriebsräte auch in den Aufsichtsräten Arbeitnehmerinteressen vertreten, dann ist das ein Erfolg des Jahres 1920 – im Gefolge der Revolution.

Generalstreik

Man muss sich dieses andere Kräfteverhältnis in den Betrieben vor Augen führen, wenn man verstehen will, wie es den Gewerkschaften im März 1920 gelingen konnte, den Putsch der Militaristen um Kapp und Lüttwitz durch Generalstreik innerhalb weniger Tage zum Scheitern zu bringen. Dieses Kräfteverhältnis war nicht allein innerhalb der deutschen Grenzen neu bestimmt worden. Seit dem Oktober 1917 ging eine revolutionäre Welle durch Europa, wie man sie seit 1848 nicht mehr gesehen hatte.¹ Die Arbeiter in Russland machten den Anfang. Fast auf den Tag genau zum ersten Jahrestag der russischen Revolution folgte 1918 die deutsche. Am 12. November erklärte sich Deutschösterreich unter sozialistischer Führung zu einem Teil der Deutschen Republik. 1919 wurde die ungarische Räterepublik errichtet. Die Kämpfe in Italien und Spanien nahmen an Schärfe zu. Vor diesem Hintergrund schlug am 13. März 1920 die Sternstunde der deutschen Gewerkschaften. Ohne langes Federlesen ging ihr Aufruf hinaus: „Die Reaktionäre [...] schicken sich an, auch die Errungenschaften der Revolution vom November 1918 zu beseitigen [...] Wir fordern daher alle Arbeiter, Angestellten und Beamten ... auf, überall sofort in den Generalstreik einzutreten.“²

Die Gewerkschaften waren nicht nur an Mitgliederzahlen gewachsen, sie hatten auch aus der Geschichte gelernt. Noch 1906 waren ihre Vertreter auf dem Mannheimer Parteitag der SPD als entschiedene Gegner des politischen Mas-

1 Siehe den Beitrag von M. Bois/R. Tosstorff in diesem Band.

2 Korrespondenzblatt, Berlin, 27.3.1920, S. 150 f.

senstreiks aufgetreten. Auch 1914 hatten sie ihren Teil dazu beigetragen, die Politik der SPD-Führung durchzusetzen, die von einem Generalstreik gegen den Krieg nichts wissen wollte, sondern die Politik der Hindenburg und Ludendorff vom ersten bis zum letzten Tag mitmachte. Jetzt, im März 1920, noch getrieben von der Dynamik der Revolution, trafen die Gewerkschafter die richtige Entscheidung, ohne lange auf die Regierung zu warten, die sich auf der Flucht befand.

Konterrevolution

Ein weiteres Moment trat hinzu. In diesen Tagen bekamen die deutschen Gewerkschafter einen ersten Begriff davon, was ihnen drohte. Wie ein Schatten war mit der Revolution die Konterrevolution in die Geschichte eingetreten. Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mochte man in den Vorständen der Gewerkschaften noch mit halbem Bedauern zur Kenntnis genommen haben. Die Niederschlagung der lokalen Räterepubliken durch Freikorpsöldner unter sozialdemokratischem Oberbefehl war schon peinlicher, zumal die Offiziere und Soldaten mit dem Totenkopf am Stahlhelm nicht den geringsten Hehl daraus machten, wo sie politisch standen. Als aber am 1. März 1920 in Ungarn das erste faschistische Regime errichtet wurde, hatte das eine neue Qualität. Am 5. März erließ der Internationale Gewerkschaftsbund einen Boykottaufruf, den er wie folgt einleitete: Man habe von den „entsetzlichen, unbeschreiblichen Verfolgungen Kenntnis genommen, denen die Arbeiter Ungarns jetzt unter der Gewaltherrschaft des weißen Terrors ausgesetzt sind. Tausende Männer und Frauen, deren einzige Missetat darin besteht, dass sie in den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Fachverbänden organisiert sind, schmachten in Gefängnissen und Konzentrationslagern.“⁴³

Da scheint es auf, dieses Wort, das alle Schrecken in sich vereinigt.

Man hat, bewehrt mit ganzen Bibliotheken, um die Frage gestritten, was denn Faschismus eigentlich sei. Im März 1920 bedurfte es keiner weitschweifigen Theorie, das herauszufinden. Faschismus, das war der weiße Terror gegen die „Roten“⁴⁴, gegen alles, was der Arbeiterbewegung angehörte, ihr nahestand oder ihr zugerechnet wurde, ob zu Recht oder zu Unrecht. *Faschismus war das politische System der Konterrevolution.*

Die deutschen Gewerkschafter wussten also recht gut, wofür und gegen wen sie nur acht Tage später zum Generalstreik aufriefen. Man hatte auch Fantasie genug, sich vorzustellen, was es bedeuten würde, wenn die Räterepublik in Russland ihren Feinden unterliegen würde. So kam es am 7. August 1920 zu dem gemeinsamen Aufruf von ADGB, SPD, USPD und KPD zur Verhinderung von Militärtransporten durch deutsches Gebiet gegen Sowjetrußland. Was war der Hinter-

3 Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, 3.4.1920.

grund? Die reaktionäre polnische Regierung hatte im April 1920 das vom Bürgerkrieg geschwächte Russland angegriffen, und ihre Truppen waren tief nach Weißrussland und in die Ukraine vorgedrungen. Frankreich und Großbritannien versorgten die polnische Armee mit Nachschub. Nicht zuletzt die Solidarität der deutschen Arbeiter ließ den polnischen Vormarsch stocken.

Konnte man die konterrevolutionären Regime in Ungarn und Polen noch der osteuropäischen Peripherie zuordnen und ihren angeblich „besonderen Verhältnissen“, so war das im Fall Italiens nicht mehr möglich. Als 1922 Mussolini sein Regime errichtete, tat er es in einem Kernland Europas, am Ursprung des Meisten, worauf sich Europa etwas einbildete. Das italienische Beispiel lehrte: Keine Gesellschaft, in der Großkapital und Großgrundbesitz die Herrschaft ausüben, ist immun gegen den Faschismus. Er ist die letzte Zuflucht großbürgerlicher Politik, er ist die Antwort auf den Versuch, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg aufzurichten.

Rosa Luxemburg war es, die an der Jahreswende 1918/19 den prophetischen Satz in das Programm der KPD geschrieben hatte: „Sie [die imperialistische Kapitalistenkaste] wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem Weltkriege an den Tag gelegt hat.“⁴ Sie schrieb das, kurz bevor sie selbst am 15. Januar 1919 Opfer des weißen Terrors wurde.

Judenhass und Konterrevolution

Zweimal hat die deutsche Konterrevolution versucht, ihre Herrschaft aufzurichten: das erste Mal am 13. März 1920, das zweite Mal am 9. November 1923. Beim dritten Mal, am 30. Januar 1933, hat man den Putschisten von 1923 die Macht auf dem Silbertablett überreicht. Das ist der Kern der Sache. Die Revolution von 1918 war der zentrale Punkt. Ihre Ergebnisse sollten ausgelöscht werden, ihre Vorkämpfer ermordet, ihre Idee diffamiert und dem Vergessen anheimgegeben werden. Deshalb hatten die Nazis ein so inniges Verhältnis zum Datum der Revolution, zum 9. November, dass sie ihren Putsch 1923 auf den fünften Jahrestag ansetzten, dass sie sich seither jedes Jahr an diesem Tag im Kreis der „alten Kämpfer“ trafen, dass sie an diesem Tag 1925 der SS ihren Namen gegeben haben und dass sie 1938 kein besseres Datum wussten, es „den Juden zu zeigen“, als den 9. November.

Im Mai 1919, als die Träger der Revolution und ihre Feinde sich noch leibhaftig vor Augen standen, war es relativ leicht, den Zusammenhang von Judenhass und Konterrevolution zu durchschauen. Ein führendes sozialdemokratisches Blatt,

4 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? In: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 446.

die in Nürnberg erscheinende „Fränkische Tagespost“, schrieb damals: „Es geht eine Welle von Judenfeindschaft durch das ganze Land. In Plakaten, Aufrufen, Handzetteln, in allen Formen [...] wird gegen die Juden geschürt und gehetzt.“ Man versuche, eine Meinung im Volk besonders auf dem flachen Land zu bilden, „die das Judentum und die Revolution in einen Topf wirft. Sie schlagen die Juden und meinen die Revolution. Das ist das ganze Geheimnis der antisemitischen Hetze, die sich immer drohender auswächst.“⁵ Ältere Sozialdemokraten werden sich beim Lesen dieses Artikels daran erinnert haben, wie nach dem Ende der Verfolgung unter den Sozialistengesetzen bürgerliche und kirchliche Kreise ab 1890 eine Welle antisozialistischer und eben auch antisemitischer „Aufklärung“ in Gang brachten, um mit ihrer Propaganda fortzusetzen, was dem Polizeisäbel einstweilen verwehrt war.

Alternativen

Nach den Alternativen der historischen Entwicklung zu fragen, ist nicht üblich. „Was wäre gewesen, wenn...?“ Wer diese Frage stellt, begibt sich schnell aller „Wissenschaftlichkeit“. Die Historiker sind im Allgemeinen froh, wenn sie plausibel machen können, „wie es wirklich war“. Schon darüber nehmen die Kontroversen kein Ende. Nicht auszudenken, wenn darüber hinaus weitere Möglichkeiten der Entwicklung diskutiert werden sollten. Und doch muss jeder, der aus der Geschichte *lernen* will, die Frage nach den Alternativen, nach den anderen, nicht verwirklichten Möglichkeiten stellen. An keinem Tag aber sind die Fragen nach Zwangsläufigkeit und Vermeidbarkeit, nach Chance und Scheitern so schmerzhaft wie am 9. November.

Ich will hier zwei Texte nebeneinander stellen, die im *historischen Konjunktiv* abgefasst sind, und erst später sagen, wer sie gesprochen hat, wo sie gesprochen wurden und wann.

Der erste Text: „Wenn es gelungen wäre, den geschichtlichen Prozess durch einheitliches, revolutionäres Handeln dahin zu bringen, dass sich das deutsche Proletariat dem russischen und ungarischen an die Seite gestellt hätte, dann wären wir einen weiten Schritt vorwärts gekommen. Wir hätten den Inseln und Oasen des sozialistischen Regiments einen ganz anderen moralischen und materiellen Rückhalt gegeben, und wir hätten dann das Triebrad der Weltgeschichte ganz anders in Bewegung setzen können. Dann wäre das Proletariat der westeuropäischen Länder nicht durch das Versagen von uns und der anderen Länder zurückgedrängt worden.“

Der zweite Text: „Wären die deutschen Arbeiter im November 1918 Karl Liebknecht und seiner Idee gefolgt, hätte dieser zweite Weltkrieg nie stattgefunden.“

5 Fränkische Tagespost, Nürnberg, 23.5.1919. Zit: nach Judit Pákh: Revolution und Konterrevolution: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nürnberg 1918-1933 (Das rote Nürnberg Bd. 4), Kösching 1985, S. 69 f.

Ein Meer von Blut und Tränen wäre dem deutschen Volk und der Menschheit erspart geblieben. Es hätte keinen Adolf Hitler gegeben, keine Konzentrationslager, keine Judenvernichtung. Europa wäre nicht zum Trümmerfeld geworden.“

Den ersten Text hat ein Metalller gesprochen, nämlich Robert Dißmann als Sprecher der linken Opposition auf der 14. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart am 16. Oktober 1919. Dißmann erhob eine bittere Anklage, aber war auch überzeugt davon, dass es noch nicht zu spät ist, das Steuer herumzureißen, die Fehler zu korrigieren. Den Anfang machten die Metalller noch in Stuttgart, indem sie sich einen neuen Vorsitzenden wählten, keinen anderen als Robert Dißmann selbst, Mitglied der USPD, die kurz zuvor, im April 1917, aus Protest gegen die Kriegspolitik des SPD-Parteivorstandes gegründet worden war. Der zweite Text stammt aus der Rede, die der Kommunist Fritz Martin, Mitglied des Betriebsrates bei Heraeus, anlässlich der Maifeier 1946 in Hanau gehalten hat, vor der Fassade eines Schlosses, das der Zufall übrig gelassen hatte, im Rücken der Zuhörer aber die Trümmerfläche der niedergebrannten Stadt.⁶

Wir wissen nicht, was aus einer siegreichen „Deutschen Föderativen Sozialistischen Republik“ des Jahres 1919 an der Seite von Räteungarn und Sowjetrussland im Laufe der Jahrzehnte geworden wäre. Vielleicht hätte auch sie inzwischen ein unrühmliches Ende gefunden. Wir können aber mit einiger Gewissheit dem Hanauer Kollegen zustimmen, wenn er aufzählte, was *nicht* geschehen wäre...

Die Konturen des europäischen Bürgerkrieges haben sich seit 1989-1991 verwischt. Niemand kann mehr sagen: Geh doch nach drüben! Die Sowjetunion hat sich selbst aufgelöst. Pankow ist ein beliebtes Wohnviertel in Berlin, weiter nichts. Touristen, die aus Israel kommen, meinen, die Berliner Mauer sei ja geradezu niedlich gewesen im Vergleich zu der Mauer, die sie in Israel gesehen hatten. In Brandenburg, in der Lausitz (und nicht nur dort) sind die Neonazis Teil der „dörflichen Jugendkultur“. Und wer einmal richtig linke Sprüche hören will, der läßt sich Norbert Blüm oder Heiner Geisler ein. Das ist die (nicht mehr ganz so) neue Unübersichtlichkeit, in der nur eines unstrittig ist: Das gesamte politische Spektrum verschiebt sich nach rechts, und das Kräfteverhältnis verändert sich zu Ungunsten der Arbeitnehmer. Ottmar Schreiner spricht von einer „Entsozialdemokratisierung“ seiner Partei, der SPD, in der Ära Schröder. Es ist in der Tat schwer, sich auch nur in den Sommer 1998 zurückzusetzen, als die Metalljugend bei ihrem Aktionsfestival in Frankfurt eine Puppe mit den Zügen von Helmut Kohl unter Jubel im Main versenkte. Sie wusste ja nicht, was folgen würde!

6 Die Texte finden sich in: Peter Scherer/Peter Schaaf: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848-1949, Stuttgart 1984, S.291, sowie Judit Pákh: Das rote Hanau. Arbeit und Kapital 1830-1949, Hanau 2007, S. 932.

Nicht wenige Gewerkschafter haben sich engagiert, das Vakuum am linken Ende des politischen Spektrums zu besetzen. Mehr als eine weit gestreute „Besetzung“ ist das bisher tatsächlich nicht, und wie bei den Sozialdemokraten sich die Mandatsträger Sorgen machen, was aus ihren Mandaten wird, wenn die Verluste so weitergehen, so hat die Linke Mühe, bei wachsendem Zuspruch ihre Listen mit geeigneten Kandidaten zu besetzen. Auch in diesen Prozessen der Selbstkritik und Selbstfindung ist es hilfreich, den schwierigen Weg der Linken durch die Geschichte zu kennen, die Vielfalt der Ursprünge, die Vereinigungen und Spaltungen, die Zeiten des Aufschwungs und die Zeiten der Verfolgung, die Phasen der Klärung und die langen, verheerenden Irrwege, die zur Entfremdung so vieler von der politischen Arbeiterbewegung geführt haben.

Es ist sicher notwendig, immer neu, Jahr um Jahr, daran zu erinnern, wozu die Faschisten im Allgemeinen und die deutschen Nazis im Besonderen fähig waren und sind. Und es ist genauso wichtig, daran zu erinnern, welche starke Kraft die Arbeiterbewegung vor den Katastrophen des 20. Jahrhunderts war – und wieder sein kann, wenn sie nur will. Das eine steht nicht gegen das andere. Wir brauchen beides. Wir müssen die Straße gegen die Neonazis verteidigen, und wir müssen uns gleichzeitig dessen bewusst bleiben: Der Hauptgegner ist ein System, das sich aller Fesseln und Beschränkungen entledigt hat und nun seit bald schon zwei Jahrzehnten eine nahezu absolute Herrschaft über die Welt ausübt. Das ist neu, und doch hat die historische Epoche, die 1991 begonnen hat, manche Ähnlichkeit mit der Welt vor 1917/1918, mit jener Welt, die auch in bürgerlichen Lehrbüchern unter der Überschrift „Das Zeitalter des Imperialismus“ beschrieben wird. Imperialismus – dieser Begriff ist unserer politischen Sprache verlorengegangen, aber „Globalisierung“ bedeutet im Grunde nichts anderes. Manche verzweifeln an dieser geisterhaften Wiederkehr des Vergangenen, des Hungers und der Kolonialkriege, der Armut und der Verschwendung. Sie sollen wissen:

Im November 1918 haben es Arbeiterinnen und Arbeiter, Matrosen und Soldaten es geschafft, die Maschinerie des ersten imperialistischen Weltkrieges zum Stehen zu bringen. Von *ihnen* können und müssen wir lernen.

Zwei Revolutionen im November

Wenige Tage vor dem 9. November 2008 deutet in den Medien nichts auf eine besondere Würdigung jener Revolution hin, die vor 90 Jahren den Weg in eine demokratische Republik eröffnete. Um so mehr erfahren wir seit Monaten, wie der „friedlichen Revolution“ von 1989 gedacht werden soll. Warum stellen nicht wenigstens die Historiker öffentliche Überlegungen über mögliche Zusammenhänge zwischen beiden Revolutionen an?

Wahrscheinlich werden schon hier Leser die Gegenfrage stellen, ob der Umbruch von 1989/1990 überhaupt als revolutionär zu bezeichnen, also ein Vergleich mit der Novemberrevolution 1918 legitim sei? Immerhin stehen die bisherigen Charakteristiken als „nachholende Revolution“ (Habermas), „protestantische Revolution“ (Pollack) oder gar „sächsische Revolution“ (Blaschke) auf wackligen Füßen. Auch Erhart Neuberts jüngste Deutung als „unsere“, gewissermaßen deutsche Revolution („Deutschland hat sich einer demokratischen Revolution zu verdanken“) wirkt gewunden. Er gesteht zu: „Die Integration der Revolution in die politische Kultur... ist noch im Gang.“ Vergessen wir aber nicht: Ähnliche Vorbehalte hatte es von prominenter Seite auch gegenüber der Revolution von 1918/1919 gegeben. Kurt Tucholsky prägte das ironisch-bittere Wort von der Revolution, die „im Saale stattgefunden“ habe. Rosa Luxemburg sah in der Novemberrevolution „zu drei Vierteln mehr Zusammenbruch des bestehenden Imperialismus als Sieg eines neuen Prinzips“. Was sie aber nicht verleitete, den revolutionären Charakter des Novemberumsturzes von 1918 anzuzweifeln. Auch für 1989 gilt: Erst die spontanen Massenaktionen brachten ein marodes Herrschaftssystem zum Einsturz.

Die Enthaltensamkeit der professionellen Historiker hinsichtlich der Novemberrevolution 1918/19 und das damit zusammenhängende öffentliche Schweigen sind hauptsächlich auf politische Ursachen zurückzuführen. Was damit zusammenhängt, dass in beiden deutschen Staaten die intensive Beschäftigung mit der Revolution von 1918/1919 wesentlich der Legitimation des jeweiligen politischen Systems diene, auch in der BRD, obwohl dort der einzelne Wissenschaftler nicht staatlicher Verordnung unterworfen war. Diese wurde in der DDR in den achtziger Jahren immer zurückhaltender, was viel über die Entwicklung dieses deutschen Staates aussagt. Doch mit der Vereinigung von 1990 schien den westdeutschen Historikern, die sich auf der Seite der Sieger wählten und die nun die gesamtdeutsche Geschichtswissenschaft beherrschten, die Revolution von 1918/1919 keiner besonderen Beachtung mehr wert zu sein. Die parlamentarische Demokratie, nach vorherrschender Meinung in der BRD-Historiographie das einzig realistische Ziel für die Revolution damals, hatte sich in ganz Deutschland durchgesetzt. Es gab also keinen Anlass mehr zu essentiellen Streit.

Andere Gründe für die Abstinenz blieben im Hintergrund, wirkten aber um so nachhaltiger. Die Novemberrevolution 1918 war von den Mehrheits-Sozialdemokraten auf den Weg der repräsentativen Demokratie gebracht worden, doch dies mit Hilfe der alten Militärs, die sich als die Totengräber der Weimarer Demokratie erweisen sollten. Der Vorwurf, dass eine solche Zusammenarbeit nicht nötig, ja vorhersehbar tödlich gewesen sei, ist nie mit überzeugenden Argumenten ausgeräumt worden. Im neuen Deutschland brauchte man mit solchen Vorwürfen kaum noch zu rechnen. Warum also daran rühren? Außerdem war für die Mehrzahl der Historiker eine Revolution in einer modernen Industrie-Gesellschaft ein Anachronismus, ein gefährlicher Störfaktor für eine hoch differenzierte Gesellschaft. Vielleicht hat sich deshalb bisher keiner der Wissenschaftler, der sich um die Erforschung der Revolution von 1918/1919 verdient gemacht hat, gründlicher mit der „friedlichen Revolution“ 1989/90 beschäftigt. Immerhin war die DDR, mochte man sie auch gründlich verabscheut haben, ein entwickelter Industriestaat gewesen, in dem es eine Revolution hätte gar nicht geben sollen. Sie stellen den Terminus „friedliche Revolution“ aber zumeist nicht in Frage, wobei Opportunitäts-Erwägungen mitspielen dürften.

Dem verbreiteten Jubel über den Kollaps des „realen Sozialismus“ und die deutsche Einheit folgte bald Ernüchterung. Soziale und politische Spannungen verschärften sich, die Lösung internationaler Konflikte erwies sich als schwieriger als in den drei Jahrzehnten davor. Es wäre an der Zeit gewesen, erneut die Novemberrevolution 1918/19 auf den Prüfstand zu stellen und zu analysieren, was an dieser erfolgreich und was Erfolg versprechend gewesen war, aber zu wenig ausgebaut wurde. Dabei hätte sich eigentlich aufdrängen müssen, den Verlauf der „friedlichen Revolution“ von 1989/90 mit dem der Novemberrevolution von 1918/19 zu vergleichen und – spätestens nach dem Erkennen gravierender Fehlentwicklungen nach 1989/1990 – danach zu fragen, wo es auch in dieser Revolution falsche Weichenstellungen gegeben habe.

Solche Überlegungen wurden vereinzelt angestellt. Reinhard Rürup, der sich verdient um die Erforschung der deutschen Revolution von 1918/1919 gemacht hatte, mahnte in einem Vortrag im Rahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung im November 1993 einen solchen Vergleich an.¹ Ein halbes Jahr vorher hatte ich auf einem internationalen Kolloquium an der Universität Leipzig vergleichende Betrachtungen über das Verhältnis von Revolution und Konterrevolution in den Umbrüchen von 1918/1919 und 1989/1990 vorgetragen.²

Der Vergleich drängt sich auch deshalb auf, weil 1918/1919 Weichen gestellt werden sollten für einen demokratischen Sozialismus und 1989 der Weg in die

1 Siehe Reinhard Rürup: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte. Vortrag vor dem Gesprächskreis der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 4. November 1993, Bonn-Bad Godesberg 1993, S.18-20.

2 Siehe Werner Bramke: Ungleiches im Vergleich. Revolution und Gegenrevolution in den deutschen Revolutionen von 1918/19 und 1989, in: Mattias Middel in Zusammenarbeit mit Roger Depuy und Thomas Höpel (Hrsg.): Widerstände gegen Revolutionen 1789-1919, Leipzig 1994, S.263-279.

Sackgasse des sowjetischen Sozialismus-Modells beendet und damit dem demokratischen Sozialismus oder der sozialen Demokratie eine neue Chance gegeben wurde.³ Und Letzteres nicht nur für Ostdeutschland. Die Resultate der „friedlichen Revolution“ mussten im Falle der Vereinigung die Ausgestaltung der Demokratie im neuen Deutschland wesentlich beeinflussen oder gar grundsätzlich verändern.

Bei dem abschließend unternommenen Vergleich werden die ersten drei Monate beider Erhebungen ins Visier genommen.

1918 und 1989 erlagen beide politischen Systeme den Angriffen der ersten Wochen, obwohl sie von außen betrachtet als stabil galten. Und Monarchie wie DDR-Regime waren zur Abwehr unfähig, obwohl ihre Apparate seit Monaten verbreitete Unzufriedenheit, ja System-Verdrossenheit in bisher nicht gekanntem Ausmaß signalisierten. Die stellvertretenden Generalkommandos meldeten im Sommer 1918 eine fast allgemeine Verbitterung selbst bei der Mehrheit der bis dahin treuen Anhänger der Monarchie. Über die Unzufriedenheit in der DDR braucht hier nichts vermerkt zu werden.

Die Unfähigkeit, trotz erkanntem Ernst der Situation der Lage Herr zu werden, hatte vor allem zwei Ursachen: Beide Herrschaftssysteme hatten sich in den Jahren davor gründlich verändert, die Monarchie beschleunigt in den Jahren des Weltkrieges, die SED-Herrschaft in einem längeren, schleichenden Prozess.

Die Lasten des Krieges bedingten im Kaiserreich eine Verarmung der Mehrheit. Die faktische Verwandlung der Monarchie in eine Militärdiktatur schränkte bürgerliche Freiheiten weiter ein. In der Gewissheit der Niederlage schienen die Opfer als sinnlos. Das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung zur Monarchie war zerstört – und auch das Vertrauen zum Kapitalismus. In dieser Situation versagten die Machtmittel des alten Systems völlig. In der DDR hat wohl zu keinem Zeitpunkt die Mehrheit Vertrauen zur politischen Führung gehabt. Man wusste soziale, kulturelle und bildungspolitische Leistungen zu schätzen. Gravierend wurden aber die Defizite an individueller Freiheit, politischer Partizipation und materielle Mängel empfunden. Eine gewisse Liberalisierung ab Mitte der siebziger Jahre beförderte zunehmend Proteste gegen eine Führung, der man nicht vertraute oder nichts zutraute.

Der Vergleich ergibt ein Paradoxon: in der Monarchie führte der Kurs in Richtung Diktatur zur Krise, in der DDR ermöglichte die Entwicklung der Diktatur zu einem autoritären Regime den nötigen Spielraum, um sich einer nicht vertrauenswürdigen Herrschaft zu entledigen. In beiden Fällen spielte die außenpolitische Isolierung eine mit bestimmende Rolle.

Das andere, nicht weniger wichtige Faktum für den vorerst schnellen Erfolg der Volkserhebungen war die nicht erwartete, spontane Massenbeteiligung. Diese ließ eine Unterdrückung mit Waffengewalt aussichtslos erscheinen, als man einsehen

3 Siehe Jörg Roesler: Die kurze Zeit der Wirtschaftsdemokratie. Zur „Revolution von unten“ in Kombinat und Betrieben der DDR während des 1. Halbjahres 1990, Hefte zur DDR-Geschichte, hrsg. von Helle Panke e. V., Berlin 2005.

musste, dass die Streitkräfte beim Einsatz nach innen kaum noch den Offizieren folgen würden. In der DDR musste die Führung damit rechnen, keine sowjetische Unterstützung zu erhalten. Für beide spontanen Massenerhebungen war die zunächst geringe Bindung an Parteien und dafür das Suchen und Finden von den Parteien unabhängiger Organisationsformen charakteristisch, wobei im November 1918 mit der Rätebewegung im Januar des Jahres 1918 allerdings ein Vorlauf geschaffen worden war.

Vergleichbar für beide Revolutionen (wenn wir die Massenbewegung von 1989 wenigstens bis zum Jahresende als revolutionär anerkennen) ist auch der Umschwung oder vielleicht genauer: die Peripetie (der Ausdruck „Wende“ würde in diesem Zusammenhang falsche Vorstellungen wecken) in der Zielsetzung der Aktionen: 1918 mit dem Reichsräte-Kongress im Dezember, 1989 in der Zeit von Anfang bis Mitte Dezember. Mit der erfolgreichen Einflussnahme von Parteien, in ersterem Falle durch die Mehrheits-Sozialdemokraten, im zweiten durch westdeutsche Parteien und die Regierung Kohl, verloren die spontanen Bewegungen ihren revolutionären Impetus. Sie erhielten eine Zielsetzung, die Bewährtes versprach und die von der Mehrheit angenommen wurde.

Gerade was das zuletzt Erörterte betrifft, müsste jetzt eine ausführliche, differenzierende Betrachtung der Zielsetzung in beiden Erhebungen kommen, um die verbreiteten Enttäuschungen danach in Beziehung zueinander zu setzen. Eine solche Analyse ist im Rahmen dieses Beitrags nicht zu leisten. Denn in der Revolution von 1918/19 hatten zumindest die drei aus der Sozialdemokratie heraus entstandenen Parteien sehr unterschiedliche Ziele, über die zudem die Historiker unterschiedlichen politischen Standortes kontrovers diskutierten. Was die Ziele der nichtproletarischen Bevölkerungsgruppen und deren Interessenvertretungen betrifft, weist die Forschung noch beträchtliche Lücken auf. Es sei nur angemerkt, dass eine quantifizierende, mit statistischen Methoden arbeitende Forschung – anders als in den Forschungen zur Wählerbewegung in der Weimarer Republik – in der Revolutionsforschung noch nicht versucht worden ist. Eine solche Forschung hätte auch große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, weil über die Ziele, die die Menschen in einer Stadt mit der Revolution verbanden, nur wenig statistisches Material zu finden sein würde. Trotzdem bleibt der Vorwurf einer Unterlassung, weil zum Beispiel die militärgeschichtliche Forschung mit der Einbeziehung eines kulturgeschichtlichen Ansatzes durch die Sichtung von Feldpostbriefen im Ersten Weltkrieg neue Erkenntnisse gewonnen hat, die auch für die Sicht auf die Vorstellungen von einem Deutschland nach dem Krieg von Bedeutung sein müssten.⁴

Es kann aus den genannten Gründen hier nur sehr summarisch festgehalten werden, dass die Haupttendenz in der Forschung seit längerem darin besteht, die Ziele der Mehrheitssozialdemokratie als die am meisten dem Mehrheitswillen der Bevölkerung entsprechenden und den realen Verhältnissen gerecht werdenden an-

4 Siehe u. a. Gerhard Engel: Rote in Feldgrau. Kriegs- und Feldpostbriefe junger linkssozialdemokratischer Soldaten des Ersten Weltkrieges, Berlin 2008.

zusehen. Diese Ziele hätten in der Herbeiführung des Friedens und in der Errichtung der Demokratie, und zwar der repräsentativen parlamentarischen Demokratie, bestanden. Es werden in dieser Sicht, die eine Rätedemokratie als illusionär verwirft, durchaus Fehler der MSPD eingeräumt; auch solche mit erheblichen Folgen wie die unterlassene Sozialisierung in der Schwerindustrie und in anderen Bereichen der Industrie sowie im Finanzwesen und die Kooperation mit der militärischen Führung. Doch beide Faktoren werden zu gering gewichtet, was dem Besonderen dieser Revolution nicht gerecht wird, nämlich ihrer antimilitaristischen Stoßrichtung und der Trägerschaft durch die Arbeiterbewegung. Vor allem Letzteres gab dieser Revolution eine starke soziale Komponente. Beide Unterlassungen ermöglichten die schrittweise Aushöhlung des Sozialstaates und den Einfluss der militärischen Führung, ja überhaupt der militaristischen Kreise auf die Politik, wodurch der NS-Herrschaft der Boden bereitet wurde.

Was die „friedliche Revolution“ von 1989 betrifft, so scheint das eben Erörterte mit deren Verlauf und Ausgang wenig und in dem Wenigen nur in sehr allgemeiner Weise in Verbindung zu bringen sein. Zwar wurde auch die Erhebung im Herbst 1989 vom Ruf nach Demokratie und Freiheit, vor allem mehr individueller Freiheit, getragen. Aber die Träger dieser Rebellion waren nicht die Angehörigen einer Klasse, sondern aufbegehrende Staatsbürger aller Schichten, wobei die Arbeiter unterrepräsentiert blieben. Das Problem Militär/Militarismus spielte nur in den ersten Tagen und auch da nur eine untergeordnete Rolle. Die Gegner der Erhebung waren andere als die von 1918/19 und verschwanden bald in der Versenkung, auch dies ganz anders als 70 Jahre zuvor. Was aber bei den bisherigen Deutungen des Umsturzes fast ganz außerhalb der Betrachtungen liegt, ist die Tatsache, dass all die Unzufriedenen mit dem politischen System sich bewusst waren, in einem ausgebauten Sozialstaat gelebt zu haben, der ihnen annähernd gleiche Chancen des Aufstiegs in der Gesellschaft ermöglichte und selbst eine gewisse Partizipation im politischen Bereich einräumte. Die Empörer, also die Bürgerbewegung und die sie unterstützenden Massen, wollten diese soziale Wirklichkeit mit wirklicher politischer Freiheit verbinden und hatten nicht daran gedacht, dass sie bald in eine Entgegensetzung von Gleichheit und Freiheit und damit in eine mindere Freiheit geraten könnten.

So wurden die Aktionen in beiden Erhebungen von politischen und sozialen Zielen bestimmt, was Anlass sein muss, die Vernachlässigung der sozialen Frage nach dem politischen Umbruch mit ihren Folgeerscheinungen auf mittlere und längere Perspektiven abzuschätzen. Die Erschütterung des ersten deutschen Sozialstaates entfremdete einen großen Teil der Bürger der Weimarer Demokratie. Gewiss, die Berliner Republik ist nicht die von Weimar. Aber das Fortschreiten der Erosion des Sozialstaates Bundesrepublik hat dieser Demokratie bereits großen Schaden zugefügt. Kapitalismus und Demokratie sind eben keine Geschwister und können nur mühsam in der Balance gehalten werden. Das ist am Ende der „friedlichen Revolution“ vergessen gemacht worden.

Namensverzeichnis

Abelshauer, Werner	104-106, 118
Adam, Thomas	163
Adelung, Bernhard	132, 136, 138
Albertini, Rudolf von	56
Altrichter, Helmut	43
Amonn, Alfred	291
Angell, Alan	56, 59
Arendt, Hannah	21, 23
Augspurg, Anita	270
Ausländer, Fritz	220
Axelrod, Pawel	279
Baake, Curt	103
Baden, Max von, Prinz	63, 95, 239
Baer, Emil	97
Balabanoff, Angelica	75, 214
Bandur, Gernot	232
Bartel, Walter	94, 202
Barth, Emil	63, 96, 192, 194, 224, 291
Baudert, August	152, 156
Bauer, Otto	292, 293
Baum, Marie	267
Baumann, Udo	171
Bayer, Osvaldo	56
Bayly, Christopher A.	285
Bebel, August	150, 201, 235
Beerfelde, Hans-Georg von	96, 270
Behr, Klaus	267
Beiersdorf, Franz	196
Bergmann, Joachim	148
Bernecker, Walther I.	51
Bernstein, Eduard	22
Berthold, Lothar	101, 202
Beutin, Wolfgang	40, 262
Beutin, Heidi	271
Beyrau, Dietrich	38, 43
Bieber, Léon E.	55
Bieber, Hans-Joachim	171
Bismarck, Otto von	28, 157, 273
Blair, Tony	47

Blaschke, Karl Heinz	304
Bleiber, Helmut	232
Bloch, Ernst	18
Blühm, Norbert	302
Blumenthal, Paul	190, 192
Bock, Helmut	268, 271
Bock, Wilhelm	150, 151, 217
Bockel, Rolf von	270
Boebel, Chaja	192
Bogdal, Hermann	106,
Bohm-Schuch, Klara	253, 260
Bois, Marcel	41, 298
Bojun, Fritz	188
Boll, Willi	153
Bonwetsch, Bernd	43
Borchardt,	218
Bordiga, Amadeo	49
Borsdorf, Ulrich	86, 106
Bramke, Werner	11, 168, 175, 304, 305
Brandenburg, Erich	170
Brandenburg, Ernst	171
Brandler, Heinrich	197, 210, 211
Braune, Peter	246
Braunthal, Julius	41
Brecher, Jeremy	53
Breitscheid, Rudolf	146
Brill, Hermann	161
Brinker-Gabler, Gisela	262
Bucharin, Nikolaj	263
Buck, Wilhelm	169
Buchsbaum, Ewald	148
Budich, Willi	228
Büchel, Franz	97
Burgsdorff von	176
Burckholt, Otto	182
Cammack, Paul	56
Carrière, Jean	59
Carsten, Francis L.	30, 38, 43
Casper, Cläre	190, 191
Clemenceau, Georges	36, 37, 45
Cohen-Reuß, Max	97, 173
Conert, Hansgeorg	200

Cunow, Heinrich	290
Däumig, Ernst	76, 77, 93, 96, 98, 192, 194-196, 198, 224, 238
Dannat, KPD, Bremen	279
David, Eduard	132, 206
Delmes, Hugo	126
Deng Zhongxia	58
Depuy, Roger	305
Deutschland, Heinz	215
Dibelius, Otto	243
Diehl, Ernst	202
Dietrich, Mary	274
Dietze, Alfred	168, 179
Dittmann, Wilhelm	63, 76, 96
Dißmann, Robert	133, 142, 197, 302
Drabkin, Jakov S.	16, 68
Drahn, Ernst	68
Dressel, Guido	158
Düwell, Kurt	107
Duncker, Hermann	77, 212, 215, 218, 222, 225, 226, 228, 275
Duncker, Käte	70, 74, 75, 212, 215, 217, 218, 225, 228, 249, 275
Duncker, Karl	187
Dutschke, Oskar	187, 188
Dutt, Rajani Palme	57, 58
Eberlein, Hugo	213, 228
Ebert, Friedrich	24, 28-34, 35, 38, 62-64, 95, 96, 100-102, 140, 144, 146, 203, 206, 229, 249
Ebert, Hans Georg	57
Eckert, Paul	96, 190
Ehrler, Fritz	145
Eichhorn, Emil	65
Eildermann, Heinrich	200
Eildermann, Wilhelm	201, 204
Eisner, Freya	36
Eisner, Kurt	34, 97, 264, 266, 268, 269, 273, 280
Emmel, Leopold	133
Engel, Gerhard	93, 98, 200, 201, 275
Engelmann, Dieter	106, 238
Engels, Friedrich	22-24, 79, 80, 83, 87, 88-90, 283
Eulenberg, Franz	291
Fabian, Walter	169
Faouk-Sluglett, Marion	57

Fellisch, Chemnitz	168
Fernbach, Wolfgang	229
Figes, Orlando	42
Fink von, Amtshauptmann	167, 176
Fisch, Jörg	54
Fischer, Edmund	182, 183
Fischer, Ruth	211
Fischer, Fritz	273
Fischer, Richard	217
Fleißner, Hermann	168, 169
Fräßdorf, USPD, Sachsen	178
Frakowiak, Johannes	14,
Franke, Otto	222
Franz, Rudolf	70, 212, 219, 220
Franz, Peter	152
Fricke, Dieter	93, 158, 215
Fritzsche, Friedrich Wilhelm	233
Frölich, Paul	201
Frühwald, Wolfgang	272
Fulda, Heinrich	134
Gandhi, Mahatma	57
Gansberg, Fritz	200
Garber, Jörn	189
Gautschi, Willi	51
Geiger, Emil	72
Geithner, Otto	151
Geisler, Heiner	302
Gellert, Cornelius	139
Gentsch, Dirk H.	246
George, Jolly	47
Gerhardt, Soldatenrat, Berlin	97
Gesau, Karl-Friedrich	107
Geschwandtner, Erich	165
Geyer, Curt	163-166, 172, 173, 175, 177, 179
Geyer, Dietrich	43
Geyer, Friedrich	164-169
Gietinger, Klaus	33
Glöckner, Claus	188
Gluckstein, Donny	46
Goch, Stefan	107
Goetz, Walter, Prof.	170, 171
Gohlke, Friedrich Theodor	250

Gohlke, Henriette	250
Gohlke, Otto	250
Gohlke-Röhl, Elisabeth	250, 259
Goldbach, Marie-Luise	230
Gorbatschow, Michail	11
Gorkij, Maxim	39
Gorlas, Johannes	106
Gottschling, Alfred	97
Gradnauer, Georg	169, 172
Gräf, Eduard	142
Gräf, Friedel	217
Gräfe, Karl-Heinz	292
Gramsci, Antonio	49, 263
Greuner, Ruth	271
Groener, Wilhelm	29, 64, 95, 99, 100, 140, 141
Groschopp, Horst	232, 236
Großmann, Stefan	273
Grotewohl, Otto	14
Grzesinski, Albert	132, 139
Gupta, Sobhanlal Datta	58
Gutsche, Willibald	215
Haase, Hugo	63, 93, 96, 134, 195, 206, 214
Habermas, Jürgen	304
Haenisch, Konrad	232, 240, 241, 243-246
Haenschel, Lotte	228
Hängekorb, Soldatenrat, Zittau	183
Hagedorn, USPD, Bremen	279
Hagener, Dirk	200
Hasenclever, Wilhelm	233
Häupel, Beate	148
Haffner, Sebastian	32
Hahn, Manfred	268
Harman, Chris	54, 224
Harms, Bernhard	213
Haren, Tobias	132
Harris, Leopold	144, 145
Harrison, James P.	58
Hartmann, Rudolf	53, 60
Haumann, Heiko	39, 43
Hauschildt, Richard	139, 141
Hautal, Günther	152
Hautmann, Hans	43

Heckert, Fritz	98, 168, 169
Heid, Elisabeth	233
Heid, Ludger	233
Heidenreich, Frank	180
Heine, Wolfgang	124
Heinze, Rudolf	168
Henicke, Hartmut	61, 283, 286
Heldt, Max	98
Heller, Wilhelm	187, 188
Henke, Alfred	200-203
Herbst, Andreas	210
Herzfeld, Joseph	154, 215
Heß, Ulrich	11, 18, 168
Hess, Ullrich	149
Hesse, Hermann	34
Hesselbarth, Mario	61, 147, 161
Heymann, Lida Gustava	270
Hildebrand, Bodo	189
Hildemeier, Manfred	43
Hilferding, Rudolf	22, 23, 172
Hiller, Kurt	265, 270, 271
Himmelmann, Ralf	104
Hindenburg, Paul v. Beneckendorf	29, 99, 140, 193, 299
Hinton, James	46
Hitler, Adolf	13, 25, 37, 302
Ho Chi Minh	36
Hoch, Gustav	133
Hobsbawm, Eric	42, 60, 285
Hoffmann, Adolph	232-261
Hoffrogge, Ralf	189, 221, 222, 291
Hofmiller, Josef	266
Holtz, Bärbel	93, 224, 232
Hoelz, Max	272
Höpel, Thomas	305
Höpken, Jürgen	131
Holze, Reiner	42
Holzmeier, Wilhelm	200
Horne, John N.	44
Hottmann, Guenter	189
Huch, Ricarda	267, 281
Huber, Rudolf Günter	132
Huber, Ernst Rudolf	240

Huber, Wolfgang	240
Hue, Otto	118
Humbert-Droz, Jules	214, 286
Ihrer, Emma	250
Jacob, Mathilde	217, 219, 228
Jacobsohn, Siegfried	271
Jaurès, Jean	286, 287
Jenko, Jürgen	107, 109, 120
Jochmann, August	182
Joffe, Adolph	70, 71, 74, 75, 77, 226
Jogiches, Leo	74, 93, 192, 218-222, 225, 228, 245, 275
John, Jürgen	11, 16, 147, 149
John, Matthias	246
Juchacz, Marie	249-261
Jülich, Ernst	96
Jünger, Ernst	266
Kaiser, Jochen Christop	236
Kaiser Karl I.	43
Kaliski, Julius	97
Kant, Immanuel	264
Kantorowicz, Ludwig	248
Kapp, Wolfgang	121, 124, 298
Kardinal Hartmann	243
Karl Ludwig, Großherzog	132
Karlen, Stefan	59,
Kaul, Georg	135, 143
Kautsky, Karl	86, 89, 115, 154, 172, 214, 216, 290, 291, 293
Keller, Elke	237
Kellermann, Bernhard	34
Kellner, Michael	161
Kendall, Walter	46
Kern, H. (AEG-Arbeiter)	187
Kerr, Alfred	270
Kessler, Harry Graf	94
Keßler, Mario	16
Khan, Amanullah	58
Khan, Habibullah, Emir	58
Kirchhoff, Minister, Sachsen	178
Kirschmann, Emil	250
Kittel, Rudolf	171, 178
Klein, Fritz	237, 286
Klein, Thomas	138

Kluge, Ulrich	11, 15
Knief, Johann Heinrich	200-209, 275, 276
Koch-Baumgarten, Sigrid	198
Koch, Erich, OB in Kassel	133, 140
Koch (Reichsinnenminister 1920)	185
Kocka, Jürgen	22
Köbis, Albin	29
Koenen, Wilhelm	196
Kohl, Helmut	302, 307
Kolb, Eberhard	12, 15, 106, 140, 159,
Kolb, Johann	168
Köllmann, Wolfgang	104, 107
Korolenko, Wladimir	39
Kornfeld, Lotte	202, 204
König, Max	98
Kossok, Manfred	17, 18,
Kötzsche, Rudolf	37
Kraus, Karl	271
Krause, Hartfrid	197
Krayer, Johannes	97
Kretzschmar, Hellmut	37
Kriegel, Annie	44
Krikler, Jeremy	54
Kruppa, Nadine	104
Kuckuk, Karin	202
Kuckuk, Peter	43, 202, 204
Kuda, Rudolf	193
Kuczynski, Jürgen	175
Kühn, Innenminister	185
Külz, Wilhelm Dr.	182
Küttler, Wolfgang	18, 232
Kulke Hermann	57
Lademacher, Horst	50, 214
Landauer, Gustav	263, 270, 271, 280
Landsberg, Otto	31, 63, 96
Lange, Annemarie	212, 225
Lange, Jürgen	106, 127
Lange, Karl	182
Lange, Paul	222, 228
Lange, Werner	97
Larkin, James	48
Laschitzka, Annelies	216, 237

Lasker, Eduard	157
Laufenberg, Heinrich	71
Ledebour, Georg	76, 77, 93, 96, 192, 206, 214-216, 224, 237, 239, 277
Legien, Carl	99
Lehnert, Detlef	30
Leipart, Theodor	81-86
Lemke, Elsaß-Lothringen	98
Lenin, W. I.	21, 60, 71, 75, 80, 83, 88, 89, 198, 221, 228, 230, 263, 288, 291, 293
Leonhard, Susanne	68, 71
Lequis, General	29
Lerner, Franz	131
Levi, Paul	71, 72, 74, 75, 77, 133, 134, 223, 225, 227-229, 276
Levine, Eugen	160
Lieberasch, Arthur	176
Lieberknecht, Christine	147
Liebmann, Hermann	164, 166, 168, 175-179
Liebknecht, Karl	24, 25, 33, 34, 63, 65, 69, 74, 77, 78, 93, 99, 100, 101, 143, 146, 155, 156, 175, 182, 187-189, 192, 193, 195, 214, 216, 217, 220, 222-225, 227, 228, 233, 235-240, 245, 248, 254, 263, 275-277, 286, 299, 300
Liebknecht, Sophie	222
Lieby, Eugen	202
Limbertz, Heinrich	112
Limmer, Hans	192
Lindau, Rudolf	215
Lipinski, Richard	164-166, 168, 169, 174, 218
Lloyd, George	41, 46, 47
Löffler, Generalmajor	178
Lorenz, Richard	43, 58
Luban, Ottokar	68, 219-222, 238, 277
Lucas, Erhard	106, 109, 201
Ludendorff, Erich	193, 299
Ludwig, Ernst	135
Lüpke, Lennart	104
Lunatscharski, Anatolij	263
Lüttwitz, Walther, Freiherr von	121, 124, 298
Lützenkirchen, Harald	270
Luxemburg, Rosa	25, 32-34, 65, 67, 69, 74, 77, 80, 83, 87-91,

	93, 100, 101, 134, 143, 144, 146, 155, 156, 175, 188, 189, 211-215, 217, 221-223, 227-229, 237, 245, 254, 263, 275-278, 288, 291, 293, 294, 299, 300, 304
MacIntyre, Stuart	54
Mai, Gunther	140, 147
Maercker, Georg	141, 156, 177, 179
Malanowski, Wolfgang	273
Mann, Heinrich	264, 267-270, 272
Mann, Thomas	264, 265
Mao Tse-tung	36
Marchart, Oliver	21
Marchlewski (Karski), Julian	212
Markov, Walter	17, 18
Martin, Fritz	302
Martiny, Martin	107
Marx, Karl	16, 22, 23, 80, 81, 83, 87, 89, 90, 276, 283
Materna, Ingo	88, 92, 93, 194, 224
Matthias, Erich	100
Matthias, Leo	270
Matthiesen, Helge	148, 157
Maxner, Stephen	36
Mayer, Hans	18
Maynz, Max	97
Meaker, Gerald	51
Meerfeld, Johannes	236
Mehring, Franz	74, 75, 88, 212, 213, 217, 218, 220, 222, 228, 263, 275-277
Meißner, Werner	58
Melzer (USPD, Chemnitz)	168
Merges, August	74
Merges, Walter	74
Metzner, Theodor	233
Meyer, Ernst, Dr.	70, 71, 74, 75, 210-231
Meyer-Leviné, Rosa	210, 214
Middell, Eike	34
Middel, Mattias	305
Miljutin, Wladimir	75
Miller, Susanne	24, 68, 100, 194, 214, 219, 249, 252, 280
Mitzenheim, Paul	148
Moczarski, Norbert	159
Möller, Karl	142

Molkenbuhr, Brutus	96
Mommsen, Wolfgang J.	104, 106, 107
Montant, Jean-Claude	76
Morgan, David W.	191, 192, 195
Moring, Karl Ernst	200
Most, Johann	235
Mühsam, Erich	262, 263, 271, 279
Müller, General	184
Müller, Andreas	107
Müller, Dirk H.	195
Müller, Eckhard	232, 288
Müller, Hermann	97, 217, 286
Müller, Horst	148
Müller, Richard	63, 96, 189-199, 223, 224, 291
Müller, Robert	270
Mussolini, Benito	49, 50, 300
Mylau, Otto	179
Napoleon I. Bonaparte	263, 268
Nave-Herz, Rosemarie	258
Naumann, Horst	192, 238
Neef, Helmut	101
Negt, Oskar	80
Neubert, Erhart	304
Neugebauer, Karl-Volker	29
Neuendorf, Paul	96
Neuring, MSPD, Dresden	168, 169, 178
Neuschl, Sylvia	70
Nicholson, Philip Yale	41, 53
Nitzsche, Gerhard	223
Noske, Gustav	65, 101, 113, 124, 144, 145, 155, 156, 175, 179, 180
Obuch, Gerhard	245
O'Conner, Emmet	48
Oehme, Walter	38, 39
Oertzen, Peter von	12, 15, 79, 81, 85, 86, 105, 143, 189
Oeser, Rudolf	124
Opel, Fritz	193
Paasche, Hans	97
Pabst, Waldemar	65
Paepflow, Fritz	85
Pákh, Judith	131, 142, 301, 302
Pannekoek, Anton	201

Paulmann, Christian	200
Pasternak, Boris	39
Patze, Hans	148
Paustovskij, Konstantin	39
Pech, Willibald	182
Peukert, Detlev J. K.	106, 121
Pieck, Wilhelm	76, 77, 200, 210-213, 220, 222-224, 228, 277
Piscator, Erwin	34
Plener, Ulla	79, 83, 86, 87, 213
Pöhland, Walter	148
Pollack, Detlev	304
Post, Bernhard	147
Potthoff, Heinrich	24, 100
Prager, Eugen	151
Puchta, Gerhard	163
Puhle, Hans-Jürgen	56
Pulewka, Lotte	228
Putlitz, Wolfgang zu	29, 38, 39
Quack, Sibylle	217
Radczun, Günter	216
Radek, Karl	201, 214, 230, 277
Rantzau, Graf, Staatssekretär	102
Raschke, Helga	151
Rathenau, Walter	290
Ratz, Ursula	237
Rauch, Emil	182, 184
Recknagel, Rolf	280
Reich, Konrad	34
Reichpietsch, Max	29
Reinhard, Wilhelm	33
Renner, Rudolf	185
Reisinger, Silvio	163
Retzlaw, Karl	216
Reulecke, Jürgen	107
Ribbe, Wolfgang	92
Richter, Ludwig	243
Riechers, Christian	48
Rieß von Scheurnschloß	142
Ritter, Gerhard A.	100, 280
Röhm, Ernst	264
Rörig, Arnold	117
Roesler, Jörg	306

Rogg, Ulrich	73, 74
Rothe, Dr., Leipzig	167, 168, 179
Rosenberg, Arthur	13, 17, 27, 28, 37
Rosmer, Alfred	44
Rothermund, Dietmar	57
Roy, Manabendra Nath	58
Ruben, MSPD, Ruhrgebiet	117
Rubiner, Ludwig	270-272
Rubinstein, Siegmund	267
Rudolph, Karsten	149, 163
Rück, Fritz	72, 74
Rüdiger, Bernd	172
Rühle, Otto	168, 169, 182, 202
Ruge, Wolfgang	11
Rudloff, Michael	163
Rürup, Reinhard	12, 15, 19, 39, 105, 106, 305
Rumschöttel, General	144
Rusch, Oskar	97
Ryssel, Karl	166, 167
Salvadó, Francesco J. Romero	51
Sassoon, Donald	41
Schaaf, Peter	302
Schäfer, Heinrich	98
Schäfer, Michael	171
Scharrelmann, Wilhelm	200
Scharrer, Manfred	89, 90
Scheel, Heinrich	94
Scheib, Johann	166
Schembor, Otto	182, 183, 184
Scheidemann, Philipp	31, 32, 63, 95, 96, 102, 113, 132, 254
Scherer, Peter	13, 279, 296, 302
Schiller, Friedrich	278
Schlesinger, Walter	148
Scheüch, Heinrich	206
Schmid, Carl Christian	146
Schmidt, Ernst-Heinrich	21, 95
Schmidt, Michael	246
Schmitt, Hanno	189
Schneider, Dieter	193
Schneider, Michael	86
Schnellbacher, Friedrich	133, 134, 146
Schnettler, Heinrich	182

Schöfer, Sophie	259
Schöning, Arbeiterrat, Leipzig	179
Schomerus, Dr.	154
Schreckenbach, Hans-Joachim	93
Schreiner, Ottmar	302
Schröder, Gerhard	302
Schroers, Arbeiterrat, Leipzig	179
Schröter, Klaus	265, 267
Schüddekopf, Otto-Ernst	33
Schuhmann, Klaus	272
Schulz, Oberst	177
Schulz, Eberhard	154
Schulz, Günther	58
Schulz, Heinrich	200, 246, 249
Schulz, Karl	74, 212
Schulze, Gerhard	100, 148
Schultze, USPD, Dresden	172
Schwarz, Arbeitsminister	168, 169, 176, 177
Schwarz, Josef	148
Schwarz, Albert	169,
Schwarzbach, Helmut	181
Schwarzwälder, Herbert	200
Schwind, Wilhelm	146
Sachse, Mirjam	249
Salomon, David	263, 264
Satre, Jean Paul	263
Seger, Friedrich	166-168, 170, 175-177
Sender, Toni (Sidonie)	133, 142, 262, 281, 282
Serge, Victor	51
Severing, Carl	114, 125, 126, 145
Silone, Ignazio	48
Sinowjew, Grigorij	263
Sinzheimer, Hugo	142, 144
Sluglett, Peter	57
Solf, Wilhelm	206
Sonnemann, Emil	200
Spalek, John M.	272
Spethmann, Hans	105
Spriano, Paolo	48
Stalin, Josef	89, 295
Stöcker, Helene	270
Stegmann, Dirk	43

Stein, Peter	268
Steinbring, Hilde	187, 188
Stern, Leo	69
Stinnes, Hugo	99
Strobach, Soldatenrat, Zittau	182
Struck, Wolf-Heino	132
Stürmer, Oskar	182
Stuāka, Pjotr	74
Sun Yat-sen	59
Suttner, Bertha von	270
Tampke, Jürgen	106
Tariq Ali	57
Tarnow, Fritz	83, 84
Taska, Angelo	48
Taylor, Lewis	55
Tedesco, Claus	106, 109
Tenfelde, Klaus	104, 107, 109
Thälmann, Ernst	211
Thalheimer, August	228
Thalheimer, Berta	215
Thiem, Sebastian	168
Tillys, Charles	21
Thöne, Georg	132, 139
Toller, Ernst	34, 262, 265, 271-274
Tosstorff, Reiner	41, 198, 298
Traven, B. (Ret Marut)	280
Treibig, Wilhelm	182
Trotzki, Leo	263, 289
Tucholsky, Kurt	304
Twellmann, Margit	270
Tych, Felix	222
Ueberhorst, Horst	128
Uhlig, Otto	169
Ullrich, Volker	70, 74, 77
Ulrich, Carl	132, 134-137
Umbreit, Paul	81
Unger, Karl	187
Unger, Kurt	188
Unruh, Peter (d.i. Johann Knief)	204
Vandervelde, Emile	286
Vatlin, Alexander	71
Vetterlein, Emil	155

Vinschen, Klaus-Dieter	233
Virchow, Rudolf	243
Vögler, Albert	117
Vogel, Jesco	163
Vogtherr, Ewald	238
Voßke, Heinz	223
Wachenheim, Hedwig	250
Wagemann, Prof.	211
Wagner, Georg	146
Wahl, Volker	147
Walcher, Jacob	72-74, 222
Waldmann, Peter	55
Walther, Henri	106
Walter, Franz	150
Walz, Eduard	94, 97
Watter, Oskar von	112, 124-127
Weber, Jakob	187, 188
Weber, Heinrich	188
Weber, Hermann	210
Wegmann, Paul	96
Wehler, Hans-Ulrich	22
Wehner, Günter	187
Weiler, Dr., Berlin-Charlottenburg	202
Weißbecker, Manfred	148, 207, 208
Welk, Ehm	34
Wende, Peter	38
Wentzel, Lothar	192
Wette, Wolfram	101
Wickert, Christl	260
Wilde, Florian	210
Wilhelm II., Kaiser	43
Williams, Gwyn A.	48
Wilson, Woodrow	102, 254, 259, 273
Winkler, Erwin	189
Winkler, Heinrich August	11, 12, 15, 30, 107, 147, 293
Wirsching, Andreas	106, 111
Wissel, Rudolf	115, 116
Witzmann, Georg	147, 148
Wölfel, Erhard	148
Wohl, Robert	44
Wohlgemuth, Heinz	68, 215, 217
Wolffheim, Fritz	71-74

Wolfrun, Andreas	149
Wulf, Peter	106
Zaghlul, Saad	57
Zahn-Harnack, Agnes	258
Zetkin, Clara	74, 88, 146, 213, 222, 234, 249, 250, 252, 253, 263, 275, 278
Zickler, Artur	33
Zietz, Luise	249, 250, 252, 254
Zilch, Reinhold	232
Zimmermann, Rüdiger	217
Zinn, Howard	41

Autoren

Marcel Bois – Doktorand, Universität Hamburg
Werner Bramke – Prof. Dr., Leipzig
Wolfgang Beutin – Dr. habil, Universität Bremen
Gerhard Engel – Prof. Dr., Am Mellensee/Brandenburg
Hartmut Henicke – Dr., Berlin
Mario Hesselbarth – Maschinenbauingenieur, Studierender an der Fernuniversität
Hagen, Jena
Ralf Hoffrogge – MA, Berlin
Nadine Kruppa – studentische Mitarbeiterin, Ruhruniversität Bochum
Ottokar Luban – Berlin
Lennart Lüpke – wissenschaftliche Hilfskraft, Ruhruniversität Bochum
Ingo Materna – Prof. Dr., Berlin
Eckhard Müller – Dr., Berlin
Judith Pákh – Dr., Frankfurt a. Main
Ulla Plener – Dr. sc., Mitglied der Leibniz-Sozietät, Berlin
Silvio Reisinger - MA, Universität Leipzig
Mirjam Sachse – Doktorandin, Universität Kassel
Peter Scherer – Dr., Frankfurt a. Main
Helmut Schwarzbach – Prof. Dr., Zittau
Reiner Tosstorff – Dr. habil., Privatdozent, Universität Mainz
Günter Wehner – Dr., Berlin
Florian Wilde – Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg

